Bundesgesetzblatt

Teil II

1953	Ausgegeben zu Bonn am 27. August 1953	Nr. 15

Tag	Inhalt:	Seite
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden**	331
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission**	480
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer der Lieferung von Überschußgütern)**	491
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland**	496
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe**	503
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe**	508
24. 8. 53	**Gesetz betreffend das Abkommen vom 26. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949**	512

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden.*)

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London von der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, Ceylon, Dänemark, Griechenland, Irland, Jugoslawien, Kanada, Liechtenstein, Luxemburg, Norwegen, Pakistan, Schweden, der Schweiz, Spanien und der Südafrikanischen Union unterzeichneten Abkommen über deutsche Auslandsschulden einschließlich seiner dazugehörigen Anhänge und Anlagen wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen sowie die dazugehörigen Anhänge und Anlagen werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem sie in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz gilt auch im Lande Berlin, sobald das Land Berlin seine Anwendung durch Gesetz festgestellt hat.

Artikel IV

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

*) Das Gesetz zur Ausführung des Abkommens wird auf Seite 1003 der Nummer 53 des Bundesgesetzblattes Teil I (Ausgabetag 28 August 1953) verkündet werden.

Abkommen über deutsche Auslandsschulden

London, den 27. Februar 1953

Agreement on German External Debts

London, 27th February, 1953

Accord sur les dettes extérieures allemandes

Londres, 27 février 1953

Abkommen über deutsche Auslandsschulden

Inhaltsverzeichnis

Präambel.

Artikel

1. Billigung der Regelungsbedingungen und der Verfahren.
2. Durchführung des Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland.
3. Begriffsbestimmungen.
4. Zu regelnde Schulden.
5. Nicht unter das Abkommen fallende Forderungen.
6. Zahlung und Transfer nach dem Abkommen.
7. Zahlung und Transfer für bestimmte nach dem Jahre 1945 fällig gewordene Verbindlichkeiten.
8. Verbot unterschiedlicher Behandlung.
9. Behandlung von Transferleistungen als Zahlungen für laufende Transaktionen.
10. Beschränkung und Ausschließung von Zahlungen.
11. Währung der zu zahlenden Beträge.
12. Behandlung von Goldklauseln.
13. Umrechnungskurse.
14. Bestimmungen über Schulden in deutscher Währung.
15. Annahme durch die Gläubiger.
16. Erlöschen der Schuld.
17. Durchsetzung der Rechte der Gläubiger.
18. Verjährungsfristen.
19. Ergänzende Abkommen.
20. Reichsschulden aus mehrseitigen Abkommen.
21. Erneuerung des in Anlage III enthaltenen Kreditabkommens.
22. Sozialversicherungsansprüche.
23. Schulden aus der Privatversicherung.
24. Anwendung des Abkommens auf Berlin.
25. Verfahren bei der Wiedervereinigung Deutschlands.
26. Frühere Abkommen.
27. Vorrang des Abkommens gegenüber seinen Anlagen.
28. Schiedsgerichtshof.
29. Schiedsverfahren nach Anlage I.
30. Beteiligung der Anleihetreuhänder nach Anlage II.
31. Gemischte Kommission nach Anlage IV.
32. Schiedsgericht für Streitigkeiten aus Anlage IV.
33. Streitigkeiten im Zusammenhang mit Entflechtungsverfahren.
34. Konsultation.
35. Inkrafttreten.
36. Beitritt.
37. Ausdehnung des Abkommens auf bestimmte Gebietsteile.
38. Vorbehalte und Einschränkungen.

Anmerkung. — Die Überschriften zu den Artikeln des Abkommens haben für den Inhalt des Abkommens keine Bedeutung.

Anlagen Seite

ANLAGE I. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung von Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften. 368

Unteranlage A. Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 380

Unteranlage B. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien. ... 381

Unteranlage C. Umtausch der Schuldverschreibungen der Preußischen Äußeren Anleihen von 1926 und 1927. 383

Unteranlage D. Gemeinsame Erklärung über die Umstellung und Regelung der ausländischen Goldmark-Anleihen deutscher Gemeinden. 384

Unteranlage E. Briefwechsel über die Regelung der Verbindlichkeiten der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden aus Einzahlungen von Schuldnern im Saargebiet sowie in Österreich, Frankreich, Luxemburg und Belgien. 385

ANLAGE II. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung mittel- und langfristiger deutscher Schulden aus privaten Kapitalgeschäften. 388

Unteranlage. Auslegung des zweiten Absatzes von Ziffer 1 des Artikels IX Anhang 4 des Schlußberichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden. ... 401

ANLAGE III. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung der Stillhalteschulden: Das Deutsche Kreditabkommen von 1952. 402

Unteranlage. Briefwechsel zwischen Vertretern der Gläubiger und der Schuldner enthaltend zusätzliche Vereinbarungen, die sie in Bezug auf Anlage III getroffen haben. 431

ANLAGE IV. Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, gewisser Forderungen aus dem Kapitalverkehr und verschiedener anderer Forderungen. 434

Unteranlage. Gemeinsame Erklärung der deutschen und der schweizerischen Delegation zu den Verhandlungen über die Regelung der Schweizer Frankengrundschulden. 453

ANLAGE V. Vereinbarte Empfehlungen für die Behandlung von Zahlungen an die Konversionskasse. 454

ANLAGE VI. Vereinbarte Empfehlungen für die Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben. 455

ANLAGE VII. Vereinbarung über Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel, die spezifisch ausländischen Charakter tragen. 456

Unteranlage. Vereinbarte Bestimmungen zur Klärung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit Anlage VII. 461

ANLAGE VIII. Vereinbarte Auslegung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden. 463

ANLAGE IX. Satzung des Schiedsgerichtshofes für das Abkommen über deutsche Auslandsschulden. 464

ANLAGE X. Satzung der Gemischten Kommission. 468

Anhänge

ANHANG A. Schriftwechsel vom 6. März 1951 über die Vereinbarung zwischen den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits. 473

ANHANG B. Bericht der Konferenz über deutsche Auslandsschulden (ohne Anhänge). 476

Die REGIERUNG der BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

einerseits und

die REGIERUNGEN BELGIENS, CEYLONS, DÄNEMARKS, der FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, GRIECHENLANDS, IRANS, IRLANDS, ITALIENS, JUGOSLAWIENS, KANADAS, LIECHTENSTEINS, LUXEMBURGS, NORWEGENS, PAKISTANS, SCHWEDENS, der SCHWEIZ, SPANIENS, der SÜDAFRIKANISCHEN UNION, des VEREINIGTEN KÖNIGREICHS VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und der VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

andererseits

HABEN,

getragen von dem Wunsche, Hindernisse auf dem Wege zu normalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den anderen Staaten zu beseitigen und dadurch einen Beitrag zur Entwicklung einer blühenden Völkergemeinschaft zu leisten; und

IN DER ERWÄGUNG,

DASS Zahlungen auf deutsche Auslandsschulden seit ungefähr zwanzig Jahren im allgemeinen nicht mehr den Vertragsbedingungen entsprochen haben; daß auf viele dieser Schulden in der Zeit von 1939 bis 1945 wegen des bestehenden Kriegszustandes Zahlungen unmöglich waren; daß derartige Zahlungen seit dem Jahre 1945 allgemein ausgesetzt waren; und daß die Bundesrepublik Deutschland den Wunsch hat, diesen Zustand zu beenden;

DASS Frankreich, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika nach dem 8. Mai 1945 Deutschland Wirtschaftshilfe geleistet haben, die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wesentlich beigetragen hat, wodurch die Wiederaufnahme der Zahlungen auf die deutschen Auslandsschulden erleichtert wurde;

DASS am 6. März 1951 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika der im Anhang A dieses Abkommens wiedergegebene Schriftwechsel stattgefunden hat, welcher diesem Abkommen über die Regelung der deutschen Auslandsschulden mit seinen Anlagen und den Abkommen über die Regelung der Verbindlichkeiten aus der Deutschland geleisteten Wirtschaftshilfe zugrunde liegt;

DASS die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und

The GOVERNMENTS OF BELGIUM, CANADA, CEYLON, DENMARK, the FRENCH REPUBLIC, GREECE, IRAN, IRELAND, ITALY, LIECHTENSTEIN, LUXEMBOURG, NORWAY, PAKISTAN, SPAIN, SWEDEN, SWITZERLAND, the UNION OF SOUTH AFRICA, the UNITED KINGDOM of GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, the UNITED STATES OF AMERICA, and YUGOSLAVIA

of the one part, and

THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

of the other part,

Desiring to remove obstacles to normal economic relations between the Federal Republic of Germany and other countries and thereby to make a contribution to the development of a prosperous community of nations;

CONSIDERING that, for about twenty years, payments on German external debts have not, in general, conformed to the contractual terms; that from 1939 to 1945 the existence of a state of war prevented any payments from being made with respect to many of such debts; that since 1945 such payments have been generally suspended; and that the Federal Republic of Germany desires to put an end to this situation;

CONSIDERING that France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America have, since 8th May, 1945, furnished to Germany economic assistance which has substantially contributed to the rebuilding of the German economy, with the effect of facilitating a resumption of payments on the German external debts;

CONSIDERING that on 6th March, 1951, an exchange of letters (copies of which are contained in Appendix A to the present Agreement) took place between the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States of America and the Government of the Federal Republic of Germany, which constitutes the basis on which have been established the present Agreement for the settlement of German external debts (with its Annexes) and the agreements for the settlement of the debts arising out of the economic assistance furnished to Germany;

CONSIDERING that the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and

Les GOUVERNEMENTS des ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE, de la BELGIQUE, du CANADA, de CEYLAN, du DANEMARK, de l'ESPAGNE, de la RÉPUBLIQUE FRANÇAISE, du ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD, de la GRÈCE, de l'IRAN, de l'IRLANDE, de l'ITALIE, du LIECHTENSTEIN, du LUXEMBOURG, de la NORVÈGE, du PAKISTAN, de la SUÈDE, de la SUISSE, de l'UNION DE L'AFRIQUE DU SUD et de la YOUGOSLAVIE

d'une part, et

le GOUVERNEMENT de la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

d'autre part

Désireux d'écarter tout obstacle aux relations économiques normales entre la République Fédérale d'Allemagne et les autres pays, et de contribuer ainsi au développement d'une communauté prospère de nations;

CONSIDÉRANT que depuis une vingtaine d'années les paiements sur les dettes extérieures allemandes n'ont pas, en général, été effectués conformément aux termes des contrats; que de 1939 à 1945 l'état de guerre a empêché tout paiement au titre d'un grand nombre de ces dettes; que depuis 1945 ces paiements ont en général été suspendus, et que la République Fédérale d'Allemagne est désireuse de mettre fin à cette situation;

CONSIDÉRANT que les Etats-Unis d'Amérique, la France et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont, depuis le 8 mai 1945, fourni à l'Allemagne une assistance économique qui a notablement contribué à la reconstruction de l'économie allemande, et a eu pour effet de faciliter une reprise des paiements sur les dettes extérieures allemandes;

CONSIDÉRANT qu'un échange de lettres (dont copie est jointe en Appendice A au présent Accord), est intervenu le 6 mars 1951 entre les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord d'une part, et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne d'autre part, et que cet échange constitue la base sur laquelle ont été établis le présent Accord sur le règlement des dettes extérieures allemandes (et ses Annexes), ainsi que les Accords sur le règlement des dettes résultant de l'assistance économique fournie à l'Allemagne;

CONSIDÉRANT que les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royau-

Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika einen Ausschuß mit der Bezeichnung „Dreimächteausschuß für deutsche Schulden" zu dem Zweck eingesetzt haben, mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, mit anderen interessierten Regierungen sowie mit Vertretern der Gläubiger- und Schuldnerinteressen einen Plan für eine ordnungsgemäße Gesamtregelung der deutschen Auslandsschulden vorzubereiten und auszuarbeiten;

DASS der genannte Ausschuß den Vertretern der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, daß die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika bereit seien, bedeutende Zugeständnisse hinsichtlich des Vorranges ihrer Forderungen aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe vor allen anderen Auslandsforderungen an Deutschland und deutsche Staatsangehörige sowie hinsichtlich des Gesamtbetrages dieser Forderungen zu machen, unter der Bedingung, daß eine befriedigende und gerechte Regelung der deutschen Vorkriegs-Auslandsschulden erreicht wird;

DASS eine derartige Regelung der deutschen Auslandsschulden allein durch einen einheitlichen und umfassenden Plan erreicht werden kann, der dem Verhältnis der Gläubigerinteressen untereinander und den Besonderheiten der verschiedenen Schuldenarten sowie der allgemeinen Lage der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt;

DASS zu diesem Zweck vom 28. Februar 1952 bis zum 8. August 1952 in London eine internationale Konferenz über deutsche Auslandsschulden stattgefunden hat, an der Vertreter interessierter Regierungen sowie Vertreter der Gläubiger- und Schuldnerinteressen teilgenommen haben;

DASS diese Vertreter vereinbarte Empfehlungen für Bedingungen und Verfahren der Regelung abgegeben haben (deren Wortlaut in den Anlagen I—VI dieses Abkommens abgedruckt ist); daß diese Empfehlungen dem Bericht der Konferenz über deutsche Auslandsschulden beigefügt worden sind (dessen Wortlaut im Anhang B dieses Abkommens abgedruckt ist); und daß dieses Abkommen von den in dem genannten Bericht enthaltenen Grundsätzen und Zielsetzungen getragen ist;

DASS die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Ergebnis gekommen sind, daß diese Empfehlungen einen befriedigenden und gerechten Plan für die Regelung der deutschen Auslandsschulden darstellen; und daß die genannten Regierungen daher mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über die Regelung der Verbindlichkeiten, die sich aus der von den drei Regierungen geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe ergeben, am

Northern Ireland and the United States of America set up a Commission entitled the Tripartite Commission on German Debts for the purpose of preparing for and working out, with the Government of the Federal Republic of Germany, with other interested Governments and with representatives of creditor and debtor interests, a plan for the orderly overall settlement of German external debts;

CONSIDERING that this Commission informed the representatives of the Government of the Federal Republic of Germany that the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America were prepared to make important concessions with respect to the priority of their claims for post-war economic assistance over all other foreign claims against Germany and German nationals and with respect to the total amount of these claims, on condition that a satisfactory and equitable settlement of Germany's pre-war external debts was achieved;

CONSIDERING that such a settlement of German external debts could be achieved only by a single overall plan which would take into account the relative positions of the various creditor interests, the nature of various categories of claims and the general situation of the Federal Republic of Germany;

CONSIDERING that, in order to achieve this purpose, an International Conference on German External Debts, which was attended by representatives of interested Governments and of creditor and debtor interests, was held in London from 28th February, 1952, to 8th August, 1952;

CONSIDERING that these representatives made agreed recommendations as to the terms and procedures of settlement (the texts of which are reproduced as Annexes I to VI, inclusive, to the present Agreement); that these recommendations were appended to the Report of the Conference on German External Debts (the text of which is reproduced as Appendix B to the present Agreement); and that the present Agreement has been inspired by the principles and objectives set forth in the above-mentioned Report;

CONSIDERING that the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, having found that these recommendations provide a satisfactory and equitable plan for the settlement of German external debts, have this day signed with the Government of the Federal Republic of Germany bilateral agreements for the settlement of debts arising from the post-war economic assistance furnished by these three Governments which set forth their modified rights

me-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ont institué une Commission, dénommée Commission Tripartite des Dettes Allemandes, afin de préparer et d'élaborer avec le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, avec d'autres Gouvernements intéressés et avec des représentants des créanciers et des débiteurs, un plan de règlement général et méthodique des dettes extérieures allemandes;

CONSIDÉRANT que cette Commission a fait savoir aux représentants du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne que les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la la République Française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord étaient prêts à consentir d'importantes concessions sur la priorité de leurs créances relatives à l'assistance économique d'après-guerre par rapport à toutes les autres créances extérieures sur l'Allemagne et ses ressortissants, et quant au montant total de ces créances, à condition que soit réalisé un règlement équitable et satisfaisant des dettes extérieures d'avant-guerre de l'Allemagne;

CONSIDÉRANT qu'un tel règlement des dettes extérieures allemandes ne pouvait être obtenu que grâce à un plan général unique qui tiendrait compte de la position relative des intérêts des divers créanciers, de la nature des diverses catégories de créances et de la situation générale de la République Fédérale d'Allemagne;

CONSIDÉRANT que pour atteindre ce but, une Conférence internationale des dettes extérieures allemandes, à laquelle participaient des représentants de Gouvernements intéressés ainsi que des créanciers et des débiteurs a siégé à Londres du 28 février au 8 août 1952;

CONSIDÉRANT que ces représentants ont approuvé des recommandations sur les modalités et les procédures de règlement (dont le texte est reproduit dans les Annexes I à VI au présent Accord); que ces recommandations étaient annexées au Rapport de la Conférence des Dettes Extérieures allemandes (dont le texte est reproduit en Appendice B au présent Accord), et que le présent Accord s'inspire des principes et tend à atteindre les objectifs exposés dans ce Rapport;

CONSIDÉRANT que les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, ayant estimé que ces recommandations constituent un plan équitable et satisfaisant de règlement des dettes extérieures allemandes, ont signé ce jour avec le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne des accords bilatéraux sur le règlement des dettes au titre de l'assistance économique fournie par ces trois Gouvernements après la guerre, accords qui définissent leurs droits et

heutigen Tage zweiseitige Abkommen unterzeichnet haben, in denen ihre geänderten Rechte und Prioritäten in Bezug hierauf niedergelegt sind;

FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Billigung der Regelungsbedingungen und der Verfahren

Die Parteien dieses Abkommens betrachten die Bestimmungen des Abkommens und seiner Anlagen als angemessen im Hinblick auf die allgemeine Lage der Bundesrepublik Deutschland sowie als befriedigend und gerecht für die beteiligten Interessen. Sie billigen die in seinen Anlagen niedergelegten Regelungsbedingungen und Verfahren.

Artikel 2

Durchführung des Abkommens durch die Bundesrepublik Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Rechtsvorschriften erlassen und die Verwaltungsmaßnahmen treffen, die zur Durchführung dieses Abkommens und seiner Anlagen erforderlich sind; sie wird auch die Rechtsvorschriften und die Verwaltungsmaßnahmen ändern oder aufheben, die mit diesem Abkommen und seinen Anlagen unvereinbar sind.

Artikel 3

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen und in seinen Anlagen IX und X bedeutet, soweit nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert,

(a) „Gläubiger": eine Person — ausgenommen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland — der gegenüber eine Schuld besteht;

(b) „Gläubigerstaat": einen Staat — ausgenommen die Bundesrepublik Deutschland — dessen Regierung Partei dieses Abkommens wird, mit allen Gebieten, auf die dieses Abkommen gemäß Artikel 37 ausgedehnt wird;

(c) „Währungsoption": eine Vertragsbestimmung, nach der ein Gläubiger das Recht hat, Zahlung in einer von zwei oder mehr Währungen zu verlangen;

(d) „Schuld": eine Schuld im Sinne des Artikels 4;

(e) „festgestellt" (in Bezug auf die Höhe einer Schuld): festgesetzt durch Vereinbarung, durch rechtskräftiges Urteil oder rechtskräftigen Beschluß eines Gerichts oder durch rechtskräftige Entscheidung einer Schiedsinstanz oder durch Rechtsvorschrift;

(f) „marktfähige Wertpapiere": Aktien, Anteile, Schuldverschreibungen sowie Obligationen und Pfandbriefe, die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt worden sind oder Teil einer Emission bilden, die an einer anerkannten Börse im Handel ist oder war;

and priorities in respect thereto;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:—

Article 1

Approval of Settlement Terms and Procedures

The Parties to the present Agreement regard the provisions thereof and of the Annexes thereto as reasonable in the light of the general situation of the Federal Republic of Germany and as satisfactory and equitable to the interests concerned. They approve the settlement terms and procedures contained in the said Annexes.

Article 2

Implementation by the Federal Republic of Germany

The Federal Republic of Germany will enact such legislation and take such administrative action as may be necessary to give effect to the present Agreement and the Annexes thereto and will modify or repeal such legislation and administrative measures as are inconsistent therewith.

Article 3

Definitions

For the purposes of the present Agreement and of Annexes IX and X thereto only, unless the context requires otherwise—

(a) "creditor" means a person, other than the Government of the Federal Republic of Germany, to whom a debt is owing;

(b) "creditor country" means a country, other than the Federal Republic of Germany, the Government of which becomes a party to the present Agreement and includes any territories to which the present Agreement is extended under Article 37;

(c) "currency option" means a term of a contract under which a creditor has the right to require payment in any one of two or more currencies;

(d) "debt" means a debt as qualified in Article 4;

(e) "fixed," in relation to the amount of a debt, means established by agreement, by final judgment or order of a court or final decision of an arbitral body, or by operation of law;

(f) "marketable securities" means stocks, shares, bonds and debentures which were issued for public subscription or form part of an issue which is or has been dealt in on a recognised stock market;

priorités modifiés au titre de ces dettes.

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

Approbation des modalités et procédures de règlement

Les Parties Contractantes considèrent que les dispositions du présent Accord et de ses Annexes sont raisonnables compte tenu de la situation générale de la République Fédérale d'Allemagne et sont équitables et satisfaisantes pour les intérêts en cause. Elles approuvent les modalités et les procédures de règlement contenues dans les Annexes à cet Accord.

Article 2

Mesures d'exécution incombant à la République Fédérale d'Allemagne

La République Fédérale d'Allemagne promulguera les lois et prendra les mesures réglementaires et administratives nécessaires pour donner effet au présent Accord et à ses Annexes, et modifiera ou abrogera les lois ainsi que les mesures réglementaires et administratives incompatibles avec leurs dispositions.

Article 3

Définitions

Aux fins du présent Accord et de ses Annexes IX et X seulement, et à moins que le contexte ne l'exige autrement:

(a) le terme «créancier» désigne toute personne (autre que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne) à qui une dette est due;

(b) les termes «pays créancier» désignent tout pays, autre que la République Fédérale d'Allemagne, dont le Gouvernement est Partie au présent Accord, et s'appliquent à tout territoire auquel le présent Accord est étendu au titre de l'Article 37;

(c) les termes «option de change» désignent toute clause contractuelle donnant au créancier le droit d'exiger un paiement dans l'une quelconque de deux ou de plusieurs monnaies;

(d) le terme «dette» désigne toute dette répondant aux conditions posées à l'Article 4;

(e) le terme «liquide», s'agissant d'une dette, signifie que le montant de celle-ci a été déterminé par un accord, une décision judiciaire ou arbitrale définitive ou par une disposition légale;

(f) les termes «valeurs mobilières négociables» désignent les actions, obligations et fonds d'Etat, émis par souscription publique ou appartenant à une émission qui est ou a été négociée sur un marché de valeurs reconnu;

(g) „Regelungsangebot" (bei Anwendung in Bezug auf verbriefte Schulden): ein Angebot des Schuldners über Zahlungs- und sonstige Bedingungen, die für die betreffende Schuld gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen durch Verhandlungen zwischen dem Schuldner und der zuständigen Gläubigervertretung, durch rechtskräftiges Urteil oder rechtskräftigen Beschluß eines Gerichts oder durch rechtskräftige Entscheidung einer Schiedsinstanz festgesetzt worden sind;

(h) „Partei dieses Abkommens": jede Regierung, für die dieses Abkommen gemäß den Bestimmungen seiner Artikel 35 oder 36 in Kraft getreten ist;

(i) „Person": natürliche Personen, Personenvereinigungen, juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie Regierungen einschließlich staatlicher oder kommunaler Gliederungen und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts nebst den für sie handelnden Dienststellen, Personen und Organen;

(j) „ansässig in": mit gewöhnlichem Aufenthalt in; eine juristische Person oder eine Gesellschaft gilt als in dem Staate ansässig, nach dessen Recht sie errichtet ist, oder, falls sich ihre Hauptniederlassung nicht in diesem Staate befindet, als in dem Staate ansässig, in dessen Registern ihre Hauptniederlassung eingetragen ist;

(k) „geregelt" (in Bezug auf eine Schuld): daß Zahlungs- und sonstige Bedingungen für eine solche Schuld gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen durch Vereinbarung zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner oder in einem Verfahren zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner durch rechtskräftiges Urteil oder rechtskräftigen Beschluß eines Gerichts oder rechtskräftige Entscheidung einer Schiedsinstanz festgesetzt worden sind;

(l) „Regelung": (in Bezug auf eine Schuld): die Festsetzung von Zahlungs- und sonstigen Bedingungen gemäß Buchstabe k.

Artikel 4
Zu regelnde Schulden

(1) Die gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen zu regelnden Schulden sind

(a) nichtvertragliche Geldverbindlichkeiten, die der Höhe nach vor dem 8. Mai 1945 festgestellt und fällig waren;

(b) Geldverbindlichkeiten aus Anleihe- und Kreditverträgen, die vor dem 8. Mai 1945 abgeschlossen wurden;

(c) Geldverbindlichkeiten aus anderen Verträgen als Anleihe- oder Kreditverträgen, sofern diese Verbindlichkeiten vor dem 8. Mai 1945 fällig waren.

(g) "offer of settlement," as used in relation to a bonded debt, means an offer by the debtor of terms of payment and other conditions which have been established for such debt in accordance with the present Agreement and the Annexes thereto, by negotiation between the debtor and the appropriate creditors' representative, by final judgment or order of a court or final decision of an arbitral body;

(h) "Party to the present Agreement" means any Government as to which the present Agreement has entered into force in accordance with the provisions of Article 35 or Article 36 thereof;

(i) "person" means any natural, collective or juridical person under public or private law, and any Government, including all political subdivisions, corporations under public law, including agencies and instrumentalities thereof and individuals acting on their behalf;

(j) "resides in" or "residing in" means having his ordinary residence in; a juridical person or a partnership shall be deemed to reside in the country under the laws of which it is organised or, if its head office is not in that country, in the country in which its head office is registered;

(k) "settled," in relation to a debt, means that terms of payment and other conditions have been established for such debt in accordance with the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto, by agreement between the creditor and debtor, or, in proceedings between the creditor and debtor, by final judgment or order of a court or by final decision of an arbitral body;

(l) "settlement," in relation to a debt, means the establishment of terms of payment and other conditions in accordance with paragraph (k).

Article 4
Debts to be Settled

(1) The debts to be settled under the present Agreement and the Annexes thereto are:—

(a) non-contractual pecuniary obligations the amount of which was fixed and due before 8th May, 1945;

(b) pecuniary obligations arising out of loan or credit contracts entered into before 8th May, 1945;

(c) pecuniary obligations arising out of contracts other than loan or credit contracts and due before 8th May, 1945;

(g) les termes «offres de règlement» utilisés à propos d'une dette obligataire, désignent l'offre par le débiteur de modalités de paiement et autres conditions établies pour la dette en cause, conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, par négociation entre le débiteur et les représentants habilités des créanciers ou par une décision judiciaire ou arbitrale définitive;

(h) les termes «Partie Contractante» désignent tout Gouvernement au regard duquel le présent Accord est entré en vigueur conformément aux dispositions de son Article 35 ou de son Article 36;

(i) le terme «personne» désigne toute personne physique ou morale, de droit public ou privé, et tout Gouvernement ainsi que toute circonscription politique, tout établissement public y compris toute agence ou service en dépendant et toute personne agissant en leur nom;

(j) les termes «résider» et «résidant» s'entendent de la résidence habituelle; une personne morale sera censée résider dans le pays sous les lois duquel elle est constituée ou, si son siège social n'est pas dans ce pays, dans le pays où il est situé;

(k) les termes «modalités de règlement établies», s'agissant d'une dette, désignent les modalités de paiement et autres conditions établies pour cette dette conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, soit par accord entre le créancier et le débiteur, soit par une décision judiciaire ou arbitrale définitive dans une instance entre le créancier et le débiteur;

(l) les termes «établissement de modalités de règlement», s'agissant d'une dette, désignent l'établissement de modalités de paiement et autres conditions conformément au paragraphe (k).

Article 4
Dettes à régler

(1) Les dettes à régler au titre du présent Accord et de ses Annexes sont les suivantes:

(a) obligations pécuniaires non contractuelles devenues liquides et exigibles avant le 8 mai 1945;

(b) obligations pécuniaires, nées de contrats de prêt ou de crédit conclus avant le 8 mai 1945;

(c) obligations pécuniaires, nées de contrats autres que de prêt ou de crédit, devenues exigibles avant le 8 mai 1945;

(2) Voraussetzung ist, daß die Schulden

(a) unter die Bestimmungen der Anlage I dieses Abkommens fallen oder

(b) von einer Person als Hauptschuldner oder in anderer Weise, als ursprünglichem Schuldner oder als Rechtsnachfolger geschuldet werden, die im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) jeweils in dem Zeitpunkt ansässig ist, in dem gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen vom Schuldner ein Regelungsvorschlag gemacht oder vom Gläubiger oder gegebenenfalls bei verbrieften Schulden von der Gläubigervertretung eine Regelung verlangt wird.

(3) Voraussetzung ist ferner, daß die Schulden

(a) entweder gegenüber der Regierung eines Gläubigerstaates bestehen oder

(b) gegenüber einer Person bestehen, die jeweils in demjenigen Zeitpunkt in einem Gläubigerstaat ansässig ist oder dessen Staatsangehörigkeit besitzt, in dem gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen vom Schuldner ein Regelungsvorschlag gemacht oder vom Gläubiger eine Regelung verlangt wird, oder

(c) aus marktfähigen Wertpapieren herrühren, die in einem Gläubigerstaat zahlbar sind.

Artikel 5

Nicht unter das Abkommen fallende Forderungen

(1) Eine Prüfung der aus dem Ersten Weltkriege herrührenden Regierungsforderungen gegen Deutschland wird bis zu einer endgültigen allgemeinen Regelung dieser Angelegenheit zurückgestellt.

(2) Eine Prüfung der aus dem Zweiten Weltkriege herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen, einschließlich der Kosten der deutschen Besatzung, der während der Besetzung auf Verrechnungskonten erworbenen Guthaben sowie der Forderungen gegen die Reichskreditkassen, wird bis zu der endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt.

(3) Eine Prüfung der während des Zweiten Weltkrieges entstandenen Forderungen von Staaten, die sich während dieses Krieges mit Deutschland nicht im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet nicht von Deutschland besetzt war, und von Staatsangehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen, einschließlich der auf Verrechnungskonten erworbenen Guthaben, wird zurückgestellt, bis die Regelung dieser Forderungen im Zusammenhang mit der Regelung der in Absatz 2

(2) Provided that such debts: —

(a) are covered by Annex I to the present Agreement, or

(b) are owed by a person, whether as principal or otherwise, and whether as original debtor or as successor, who, whenever a proposal for settlement is made by the debtor or a request for settlement is made by the creditor or, where appropriate in the case of a bonded debt, a request for settlement is made by the creditors' representative under the present Agreement and the Annexes thereto, resides in the currency area of the Deutsche Mark West;

(3) Provided also that such debts: —

(a) are owed to the Government of a creditor country; or

(b) are owed to a person who, whenever a proposal for settlement is made by the debtor or a request for settlement is made by the creditor under the present Agreement and the Annexes thereto, resides in or is a national of a creditor country; or

(c) arise out of marketable securities payable in a creditor country.

Article 5

Claims excluded from the Agreement

(1) Consideration of governmental claims against Germany arising out of the first World War shall be deferred until a final general settlement of this matter.

(2) Consideration of claims arising out of the second World War by countries which were at war with or were occupied by Germany during that war, and by nationals of such countries, against the Reich and agencies of the Reich, including costs of German occupation, credits acquired during occupation on clearing accounts and claims against the Reichskreditkassen shall be deferred until the final settlement of the problem of reparation.

(3) Consideration of claims, arising during the second World War, by countries which were not at war with or occupied by Germany during that war, and by nationals of such countries, against the Reich and agencies of the Reich, including credits acquired on clearing accounts, shall be deferred until the settlement of these claims can be considered in conjunction with the settlement of the claims specified in paragraph (2) of this Article (except in so far as they may be settled on the basis of, or in connexion with, agreements

(2) A condition que ces dettes:

(a) soient visées par l'Annexe I au présent Accord, ou

(b) soient dues par une personne, comme débiteur principal ou à un autre titre, comme débiteur originel ou comme ayant-cause, qui réside dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest au moment où une proposition est présentée par le débiteur ou une demande est faite par le créancier en vue de l'établissement de modalités de règlement ou, dans le cas des dettes obligataires justiciables de cette procédure, au moment où une demande en vue d'une offre de règlement est faite par le représentant des créanciers, au titre du présent Accord et de ses Annexes;

(3) A condition également que ces dettes:

(a) soient dues au Gouvernement d'un pays créancier, ou

(b) soient dues à une personne qui réside dans un pays créancier, ou a la qualité de ressortissant d'un tel pays au moment où une proposition est présentée par le débiteur ou une demande est faite par le créancier en vue de l'établissement de modalités de règlement au titre du présent Accord et de ses Annexes, ou

(c) soient dues au titre de valeurs mobilières négociables payables dans un pays créancier.

Article 5

Créances exclues du présent Accord

(1) L'examen des créances gouvernementales à l'encontre de l'Allemagne issues de la première guerre mondiale sera différé jusqu'à un règlement général définitif de cette question.

(2) L'examen des créances issues de la deuxième guerre mondiale des pays qui ont été en guerre avec l'Allemagne ou ont été occupés par elle au cours de cette guerre, et des ressortissants de ces pays, à l'encontre du Reich et des agences du Reich, y compris le coût de l'occupation allemande, les avoirs en compte de clearing acquis pendant l'occupation et les créances sur les Reichskreditkassen, sera différé jusqu'au règlement définitif du problème des Réparations.

(3) L'examen des créances nées au cours de la deuxième guerre mondiale des pays qui n'ont pas été en guerre avec l'Allemagne, ni occupés par elle au cours de cette guerre, et des ressortissants de ces pays, à l'encontre du Reich et des agences du Reich, y compris les avoirs acquis en compte de clearing, sera différé jusqu'à ce que le règlement de ces créances puisse être étudié en liaison avec le règlement des créances visées au paragraphe (2) du présent Article (sauf dans la mesure où elles pourraient être

dieses Artikels bezeichneten Forderungen behandelt werden kann (soweit nicht diese Forderungen auf der Grundlage von oder im Zusammenhang mit Abkommen geregelt werden, die von den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika sowie der Regierung eines solchen Staates unterzeichnet worden sind).

which have been signed by the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America and the Government of any such country).

réglées sur la base des accords qui ont été signés par les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et le Gouvernement d'un de ces pays, ou en relation avec ces accords).

(4) Die gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige gerichteten Forderungen von Staaten, die vor dem 1. September 1939 in das Reich eingegliedert oder am oder nach dem 1. September 1939 mit dem Reich verbündet waren, und von Staatsangehörigen dieser Staaten aus Verpflichtungen, die zwischen dem Zeitpunkt der Eingliederung (bei mit dem Reich verbündet gewesenen Staaten dem 1. September 1939) und dem 8. Mai 1945 eingegangen worden sind, oder aus Rechten, die in dem genannten Zeitraum erworben worden sind, werden gemäß den Bestimmungen behandelt, die in den einschlägigen Verträgen getroffen worden sind oder noch getroffen werden. Soweit gemäß den Bestimmungen dieser Verträge solche Schulden geregelt werden können, finden die Bestimmungen dieses Abkommens Anwendung.

(4) Claims against Germany or German nationals by countries which were, before 1st September, 1939, incorporated in, or which were, on or after 1st September, 1939, allied to, the Reich, and of nationals of such countries, arising out of obligations undertaken or rights acquired between the date of incorporation (or, in the case of countries allied to the Reich, 1st September, 1939) and 8th May, 1945, shall be dealt with in accordance with the provisions made or to be made in the relevant treaties. To the extent that, under the terms of such treaties, any such debts may be settled, the terms of the present Agreement shall apply.

(4) Les créances à l'encontre de l'Allemagne ou des ressortissants allemands des pays qui ont été incorporés au Reich avant le 1er septembre 1939, ou qui étaient les Alliés du Reich le 1er septembre 1939 ou après cette date, et des ressortissants de ces pays, lorsque ces créances résultent d'obligations contractées ou de droits acquis entre la date d'incorporation (ou, dans le cas des Alliés du Reich, le 1er septembre 1939) et le 8 mai 1945, seront traitées conformément aux dispositions prises ou à prendre dans les traités appropriés. Dans la mesure où de telles dettes pourront, aux termes de ces traités, faire l'objet d'un règlement, les dispositions du présent Accord seront applicables.

(5) Die Regelung der Schulden der Stadt Berlin und der im Besitz von Berlin befindlichen oder von Berlin maßgebend beeinflußten öffentlichen Versorgungsbetriebe, soweit sie in Berlin liegen, wird bis zu dem Zeitpunkt zurückgestellt, in dem Verhandlungen über die Regelung dieser Schulden von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Senat der Stadt Berlin sowie von den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika für tunlich angesehen werden.

(5) The settlement of debts owed by the City of Berlin and by public utility enterprises owned or controlled by Berlin, and situated in Berlin, shall be deferred until such time as negotiations on the settlement of these debts are considered by the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America and by the Government of the Federal Republic of Germany and the Senat of Berlin to be practicable.

(5) Le règlement des dettes de la Ville de Berlin et des services publics appartenant à Berlin ou contrôlés par elle et situés à Berlin sera différé jusqu'au moment où les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Sénat de Berlin estimeront qu'il est possible d'ouvrir des négociations pour le règlement de ces dettes.

Artikel 6
Zahlung und Transfer nach dem Abkommen

Die Bundesrepublik Deutschland wird

(a) gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen Zahlungen und Transfer für solche Schulden vornehmen, für die sie nach diesen Bestimmungen selber haftet;

(b) gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen die Regelung und die Bezahlung von solchen Schulden zulassen, für die eine andere Person als die Bundesrepublik Deutschland haftet, und gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen den Transfer von Zahlungen auf geregelte Schulden vorsehen.

Article 6
Payment and Transfer under the Agreement

The Federal Republic of Germany will: —

(a) make payments and transfers, in accordance with the provisions of the present Agreement and of the Annexes thereto, on the debts for which it is liable thereunder;

(b) permit the settlement and payment, in accordance with the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto, of debts for which any person other than the Federal Republic of Germany is liable, and make provision for the transfer of payments on such debts as are settled, under the provisions of this Agreement and the Annexes thereto.

Article 6
Paiements et transferts au titre du présent Accord

La République Fédérale d'Allemagne

(a) effectuera, conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, les paiements et les transferts afférents aux dettes qui lui incombent au titre de cet Accord et de ses Annexes;

(b) autorisera l'établissement de modalités de règlement et le paiement, conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, des dettes incombant à une personne autre que la République Fédérale d'Allemagne, et assurera le transfert, conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, des paiements effectués sur les dettes dont les modalités de règlement auront été ainsi établies.

Artikel 7

Zahlung und Transfer für bestimmte nach dem Jahre 1945 fällig gewordene Verbindlichkeiten

Die Bundesrepublik Deutschland wird die Bezahlung von Verbindlichkeiten, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens ausstehen, und gegebenenfalls entsprechend dem Sinne der einschlägigen Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen den Transfer solcher Zahlungen innerhalb eines angemessenen Zeitraumes gestatten, wenn diese Verbindlichkeiten

(a) nichtvertragliche Geldverbindlichkeiten sind, die vor dem 8. Mai 1945 begründet und nicht vor diesem Tage der Höhe nach festgestellt und fällig waren, oder

(b) Geldverbindlichkeiten sind, die auf anderen Verträgen als Anleihe- oder Kreditverträgen beruhten, vor dem 8. Mai 1945 begründet waren und an oder nach diesem Tage fällig geworden sind,

und wenn sie den Bedingungen der Absätze 2 und 3 des Artikels 4 genügen.

Article 7

Payment and Transfer with respect to certain Obligations due after 1945

The Federal Republic of Germany will authorise payment of obligations outstanding at the date of the entry into force of the present Agreement, and authorise transfer within a reasonable time in respect of such obligations where appropriate in the light of the relevant provisions of the present Agreement and the Annexes thereto, provided that such obligations —

(a) are non-contractual pecuniary obligations which originated before 8th May, 1945, and the amount of which was not fixed and due before that date, or

(b) are pecuniary obligations which arose out of contracts other than loan or credit contracts and which originated before 8th May, 1945, and became due on or after that day,

and provided that such obligations fulfil the conditions laid down in paragraphs (2) and (3) of Article 4.

Article 7

Paiements et transferts au titre de certaines obligations devenues exigibles après 1945

La République Fédérale d'Allemagne autorisera le paiement des obligations subsistant à la date de l'entrée en vigueur du présent Accord, et autorisera leur transfert dans un délai raisonnable, s'il y a lieu à transfert compte tenu des dispositions appropriées du présent Accord et de ses Annexes, à condition qu'il s'agisse:

(a) d'obligations pécuniaires non contractuelles nées avant le 8 mai 1945, mais qui n'étaient pas liquides et exigibles avant le 8 mai 1945 ou

(b) d'obligations pécuniaires découlant de contrats, autres que de prêt ou de crédit, nées avant le 8 mai 1945 mais devenues exigibles le 8 mai 1945 ou après cette date,

et sous réserve que ces obligations satisfassent aux conditions posées par les paragraphes (2) et (3) de l'Article 4.

Artikel 8

Verbot unterschiedlicher Behandlung

Die Bundesrepublik Deutschland wird bei Erfüllung von Regelungsbedingungen gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen oder auch sonst eine Schlechterstellung oder Bevorzugung weder mit Bezug auf die verschiedenen Schuldenarten noch auf die Währung, in denen die Schulden zu bezahlen sind, noch in anderer Beziehung zulassen; die Gläubigerstaaten werden dies von der Bundesrepublik Deutschland auch nicht verlangen. Eine unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Schuldenarten als Folge der Regelung gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen gilt nicht als Schlechterstellung oder Bevorzugung.

Article 8

Prohibition of Discriminatory Treatment

The Federal Republic of Germany will not permit, nor will the creditor countries seek from the Federal Republic of Germany, either in the fulfilment of terms of settlement in accordance with the present Agreement and the Annexes thereto or otherwise, any discrimination or preferential treatment among the different categories of debts or as regards the currencies in which debts are to be paid or in any other respect. Differences in the treatment of different categories of debts resulting from settlement in accordance with the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto shall not be considered discrimination or preferential treatment.

Article 8

Interdiction de tout traitement discriminatoire

La République Fédérale d'Allemagne n'autorisera, et les pays créanciers ne chercheront à obtenir de la République Fédérale, ni dans l'exécution de modalités de règlement établies conformément aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes, ni autrement, aucune discrimination ou traitement préférentiel entre les diverses catégories de dettes ou selon les monnaies dans lesquelles les dettes doivent être payées ou à tout autre égard. Les différences de traitement entre les diverses catégories de dettes résultant de l'établissement de modalités de règlement conformes aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes ne seront pas considérées comme constituant une discrimination ou un traitement préférentiel.

Artikel 9

Behandlung von Transferleistungen als Zahlungen für laufende Transaktionen

Transferleistungen für Zins- und Tilgungszahlungen gemäß diesem Abkommen sind als Zahlungen für laufende Transaktionen zu behandeln und sind, wo es in Betracht kommt, in zwei- oder mehrseitigen Vereinbarungen über den Handels- oder Zahlungsverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Gläubigerstaaten vorzusehen.

Article 9

Treatment of Transfers as Payments for Current Transactions

Transfers of interest and amortisation payments made under the present Agreement shall be treated as payments for current transactions and, where appropriate, provided for in any bilateral or multilateral arrangements relating to trade or payments between the Federal Republic of Germany and the creditor countries.

Article 9

Traitement des transferts comme des paiements courants

Les transferts des paiements d'intérêt et d'amortissement effectués au titre du présent Accord seront traités comme des paiements courants; des dispositions à cet effet seront prises, s'il y a lieu, dans tout accord de paiement ou de commerce, bilatéral ou multilatéral, conclu entre la République Fédérale d'Allemagne et les pays créanciers.

Artikel 10

Beschränkung und Ausschließung von Zahlungen

Die Bundesrepublik Deutschland wird bis zur Erledigung aller Verpflichtungen aus diesem Abkommen und seinen Anlagen sicherstellen, daß keine Zahlungen auf solche Verbindlichkeiten geleistet werden, die zwar im übrigen

Article 10

Limitations on Payment

The Federal Republic of Germany will, until the discharge or extinction of all obligations under the present Agreement and the Annexes thereto, ensure that payments will not be made in respect of obligations which, while

Article 10

Limitations aux paiements

La République Fédérale d'Allemagne prendra les mesures nécessaires pour assurer, jusqu'à l'exécution ou l'extinction de toutes les obligations résultant du présent Accord et de ses Annexes, qu'aucun paiement ne sera

den Bedingungen des Artikels 4 Absatz 1 und 2 genügen, jedoch gegenüber einer anderen Regierung als der eines Gläubigerstaates oder gegenüber einer Person bestehen, die weder in einem Gläubigerstaat ansässig ist noch dessen Staatsangehörigkeit besitzt, und die in nichtdeutscher Währung zahlbar sind oder waren. Dies gilt nicht für Schulden aus marktfähigen Wertpapieren, die in einem Gläubigerstaat zahlbar sind.

covered by paragraphs (1) and (2) of Article 4, are owed to a Government other than that of a creditor country or to any person not residing in or a national of a creditor country and which are or were payable in a non-German currency. This provision does not apply to debts arising from marketable securities payable in a creditor country.

fait au titre des obligations qui, répondant aux conditions posées dans les paragraphes (1) et (2) de l'Article 4, sont dues à un Gouvernement autre que celui d'un pays créancier ou à une personne n'ayant pas la qualité de résidant ou de ressortissant d'un pays créancier, et qui sont ou étaient payables en monnaie non allemande. La présente disposition ne s'applique pas aux dettes dues au titre de valeurs mobilières négociables payables dans un pays créancier.

Artikel 11

Währung der zu zahlenden Beträge

(1)—(a) Sofern in den Anlagen dieses Abkommens nichts anderes vorgesehen ist, ist eine Schuld ohne Währungsoption in der Währung zu zahlen, in der sie gemäß den Bedingungen des Schuldverhältnisses zahlbar ist. Schulden, die auf deutsche Währung lauten und gemäß den Bestimmungen der Anlagen dieses Abkommens in nichtdeutscher Währung zu zahlen sind, sind in der Währung des Staates zu zahlen, in dem der Gläubiger ansässig ist.

(b) Ungeachtet der Bestimmungen in Unterabsatz (a) dieses Absatzes sind die jeweils zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung eines Gläubigerstaates geltenden Zahlungsabkommen auf Schulden anzuwenden, die gemäß Unterabsatz (a) in nichtdeutscher Währung an in diesem Staat ansässige Personen zu zahlen sind. Bei Zahlungen auf Schuldverschreibungen, die in nichtdeutscher Währung zahlbar sind und nicht auf die Währung des an dem Zahlungsabkommen beteiligten Staates lauten, sind jedoch die Zahlungsabkommen nur anzuwenden, wenn die Regierung des betreffenden Staates damit einverstanden ist, daß solche Zahlungen an in diesem Staate ansässige Personen in seiner Währung geleistet werden.

(2)—(a) Die Frage, ob auf Schulden mit Währungsoption auch in Zukunft Zahlungen in einer Währung gefordert werden können, die nicht die Währung des Staates ist, in dem die Anleihe aufgenommen oder von dem aus der Kredit gewährt wurde, wird von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Staaten, um deren Währungen es sich handelt, in einer zwischen ihnen zu vereinbarenden Weise entschieden werden.

(b) Falls eine Währungsoption die Zahlung eines Festbetrages in einer Alternativwährung vorsieht, kann der Gläubiger den Gegenwert des Betrages der Alternativwährung, der bei Ausübung der Option zu zahlen gewesen wäre, zu dem am Fälligkeitstage maßgebenden Umrechnungskurs in der Währung des Staates verlangen, in dem die Anleihe aufgenommen oder von dem aus der Kredit gewährt wurde.

(c) Zahlungen auf Schulden mit Währungsoption, die vor der in Unterabsatz (a) dieses Absatzes vorgesehenen Entscheidung in der Währung des Staates

Article 11

Currency of Payment

(1)—(a) Except as otherwise provided in the Annexes to the present Agreement, debts without a currency option shall be paid in the currency in which they are payable under the terms of the obligation. If such debts are denominated in German currency and, under the provisions of the Annexes to the present Agreement, are to be paid in a non-German currency, they shall be paid in the currency of the country in which the creditor resides.

(b) Notwithstanding the provisions of the preceding sub-paragraph, any payments agreements from time to time in force between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of a creditor country shall apply to debts which, under that sub-paragraph, are to be paid to persons residing in that country in a non-German currency. However, any such payments agreements shall apply to payments on bonded debts payable in a non-German currency other than the currency of the country party to the payments agreement only if the Government of such country agrees that such payments to persons residing in its territory may be made in its own currency.

(2)—(a) The question whether payment on debts with a currency option may continue to be required in a currency other than the currency of the country in which the loan was raised or from which credit was advanced shall be determined in a manner to be agreed upon among the Governments of the Federal Republic of Germany and of the countries the currencies of which are concerned.

(b) If a currency option provides for payment of a fixed amount of an alternative currency, the creditor shall be entitled to receive, in the currency of the country in which the loan was raised or from which credit was advanced, the equivalent, at the rate of exchange current on the date payment shall fall due, of such amount of the alternative currency as would have been payable if the option had been exercised.

(c) Payments on debts with a currency option made, prior to the determination provided for in sub-paragraph (a) of this paragraph, in the

Article 11

Monnaies de paiement

(1)—(a) Sauf disposition contraire des Annexes au présent Accord, les dettes sans option de change seront payées dans la monnaie dans laquelle elles sont payables aux termes de l'obligation du débiteur. Si ces dettes sont exprimées en monnaie allemande et doivent, aux termes des Annexes au présent Accord, être payées dans une monnaie non allemande, elles seront payées dans la monnaie du pays de résidence du créancier.

(b) Nonobstant les dispositions de l'alinéa précédent, tout accord de paiement en vigueur entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement d'un pays créancier s'appliquera aux dettes qui, aux termes de cet alinéa, doivent être payées en une monnaie non allemande à des résidants de ce pays. Un tel accord de paiement, toutefois, ne s'appliquera aux dettes obligataires payables dans une monnaie non allemande autre que celle du pays partie à cet accord que si le Gouvernement de ce pays accepte que de tels paiements soient effectués dans sa propre monnaie aux personnes résidant sur son territoire.

(2)—(a) La question de savoir si les paiements afférents à des dettes avec option de change pourront continuer d'être demandés dans une monnaie autre que celle du pays où l'emprunt a été souscrit ou le crédit obtenu sera décidée selon des modalités à convenir entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des pays dont les monnaies sont en cause.

(b) Lorsqu'une option de change prévoit le paiement d'un montant déterminé d'une monnaie subsidiaire, le créancier sera en droit de recevoir, dans la monnaie du pays où l'emprunt a été souscrit ou le crédit obtenu, la contre-valeur, sur la base du taux de change en vigueur à la date d'échéance du paiement, du montant qui aurait été payable dans la monnaie subsidiaire si l'option avait été exercée.

(c) Les paiements afférents à des dettes avec option de change qui auraient été faits avant la décision prévue à l'alinéa (a) du présent para-

geleistet wurden, in dem die Anleihe aufgenommen oder von dem aus der Kredit gewährt wurde, werden von einer solchen Entscheidung nicht betroffen.

(3) Die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 dieses Artikels finden keine Anwendung auf Schulden, die unter die Bestimmungen der Ziffern 2 und 3 der Anlage I dieses Abkommens fallen.

(4) Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung eines Gläubigerstaates jeweils geltende Zahlungabkommen finden auf die Bezahlung solcher Schulden Anwendung, die unter die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 dieses Artikels fallen, sofern die Bezahlung in der Währung des Gläubigerstaates zu erfolgen hat.

(5) Sind aus dem laufenden Geschäft einer eingetragenen Zweigniederlassung eines Gläubigers Schulden entstanden, die vertragsgemäß in dem Staate zu zahlen waren, in dem sich die Zweigniederlassung befindet, so gilt dieser Staat als Gläubigerstaat im Sinne dieses Artikels.

currency of the country in which the loan was raised or from which the credit was advanced, shall not be affected by such determination.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) of this Article shall not apply to debts covered by paragraphs 2 and 3 of Annex I to the present Agreement.

(4) Any payments agreements from time to time in force between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of a creditor country shall apply to payments on debts which are subject to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article provided that these payments are due in the currency of the creditor country.

(5) In the case of debts originating in business transactions of a registered branch office of a creditor, a condition of which was that payment should be made to the country where the branch office is located, such country shall be deemed to be the creditor country within the meaning of this Article.

graphe dans la monnaie du pays où l'emprunt a été souscrit ou le crédit obtenu, ne seront pas affectés par cette décision.

(3) Les dispositions des paragraphes (1) et (2) du présent Article ne s'appliquent pas aux dettes visées par les paragraphes 2 et 3 de l'Annexe I au présent Accord.

(4) Tout accord de paiement en vigueur entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement d'un pays créancier s'appliquera aux paiements afférents aux dettes qui font l'objet des dispositions des paragraphes (2) et (3) du présent Article, à condition que ces paiements soient exigibles dans la monnaie du pays créancier.

(5) Dans le cas où la dette est née des opérations commerciales effectuées par une succursale du créancier et où il était prévu que le paiement serait effectué dans le pays où cette succursale est située, ce pays sera considéré comme pays créancier au sens du présent Article.

Artikel 12

Behandlung von Goldklauseln

Bei der Regelung und Erfüllung einer auf nichtdeutsche Währung lautenden Schuld, die auf Goldbasis beruht oder mit Goldklausel versehen ist, ist der zu zahlende Betrag, soweit nicht in den Anlagen dieses Abkommens ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, wie folgt zu berechnen:

(a) Bei einer Schuld, die nach den zur Zeit der Regelung bestehenden Bedingungen des Schuldverhältnisses auf US-Dollar oder Schweizer Franken lautet oder darin zahlbar ist und auf Goldbasis beruht oder mit Goldklausel versehen ist, wird der zu zahlende Betrag ohne Rücksicht auf die Goldbasis oder die Goldklausel bestimmt. Jeder neue Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner über eine derartige Schuld muß auf US-Dollar oder Schweizer Franken lauten, ohne auf den Wert der Währung in Gold Bezug zu nehmen und ohne eine Goldklausel zu enthalten.

(b) Bei einer Schuld, die nach den zur Zeit der Regelung bestehenden Bedingungen des Schuldverhältnisses auf eine andere nichtdeutsche Währung lautet oder darin zahlbar ist und auf Goldbasis beruht oder mit Goldklausel versehen ist, wird der zu zahlende Betrag wie folgt bestimmt:

(i) der Gegenwert des geschuldeten Nennbetrages ist zu dem am Tage der Begründung der Schuld, bei verbrieften Schulden zu dem am Tage der Begebung der Schuldverschreibungen maßgebenden Umrechnungskurs in US-Dollar zu errechnen;

(ii) der so errechnete Dollarbetrag ist in die Währung, in der die Schuld gemäß Artikel 11 zu

Article 12

Treatment of Gold Clauses

In the settlement and discharge of any debt denominated in a non-German currency on a gold basis or with a gold clause, the amount to be paid shall, except as specifically provided otherwise in the Annexes to the present Agreement, be computed as below: —

(a) The amount to be paid on a debt which, under the terms of the obligation existing at the time of the settlement, is denominated or payable in United States dollars or Swiss francs on a gold basis or with a gold clause, shall be determined without regard to such gold basis or gold clause. Any new contract entered into by the creditor and the debtor respecting such debt shall be denominated in United States dollars or in Swiss francs without reference to the value in terms of gold of such currency and shall not contain a gold clause.

(b) The amount to be paid on a debt which, under the terms of the obligation existing at the time of the settlement, is denominated or payable in any other non-German currency on a gold basis or with a gold clause, shall be determined as follows:—

(i) the equivalent in United States dollars of the nominal amount due shall be calculated at the rate of exchange on the date when the obligation was contracted or, in the case of a bonded debt, when the bonds were issued;

(ii) the dollar figure so calculated shall be converted into the currency in which the obliga-

Article 12

Traitement des clauses-or

Pour l'établissement des modalités de règlement et pour le paiement de toute dette exprimée en monnaie non allemande sur une base or ou avec une clause-or, le montant à payer sera, sauf disposition particulière contraire des Annexes au présent Accord, déterminé comme suit:

(a) le montant à payer au titre d'une dette qui, aux termes de l'obligation existant au moment de l'établissement des modalités de règlement, est exprimée ou payable en dollars des Etats-Unis ou en francs suisses sur une base or ou avec une clause-or, sera déterminé sans égard à cette base or ou à cette clause-or. Tout nouveau contrat conclu entre le créancier et le débiteur au sujet d'une telle dette sera exprimé en dollars des Etats-Unis ou en francs suisses, sans référence à la valeur de la monnaie en cause par rapport à l'or, et ne contiendra pas de clause-or;

(b) le montant à payer au titre d'une dette qui, aux termes de l'obligation existant au moment de l'établissement des modalités de règlement, est exprimée ou payable dans une autre monnaie non allemande sur une base or ou avec une clause-or sera déterminé comme suit:

(i) la contre-valeur en dollars des Etats-Unis du montant nominal exigible sera calculée sur la base du taux de change en vigueur à la date à laquelle l'obligation a été contractée ou, s'il s'agit d'une dette obligataire, en vigueur à la date d'émission des obligations;

(ii) le montant en dollars ainsi obtenu sera converti dans la monnaie dans laquelle l'obli-

zahlen ist, zu dem am Fälligkeitstage maßgebenden Umrechnungskurs zwischen dem US-Dollar und dieser Währung umzurechnen; ist der Umrechnungskurs jedoch für den Gläubiger ungünstiger als der zwischen dem US-Dollar und dieser Währung am 1. August 1952 maßgebend gewesene, so ist der Umrechnungskurs vom 1. August 1952 zu Grunde zu legen.

tion is to be paid in accordance with Article 11 at the rate of exchange between the United States dollar and such currency on the date when the amount payable is due, except that if such rate of exchange is less favourable for the creditor than the rate of exchange between the United States dollar and such currency on 1st August, 1952, the conversion shall be made on the basis of the rate of exchange on 1st August, 1952.

gation doit être payée conformément aux dispositions de l'Article 11, sur la base du taux de change entre le dollar des Etats-Unis et cette monnaie en vigueur à la date à laquelle le montant payable est exigible, toutefois, au cas où ce taux de change serait moins favorable pour le créancier que le taux de change du 1er août 1952 entre le dollar des Etats-Unis et cette monnaie, la conversion sera faite sur la base du taux de change en vigueur le 1er août 1952.

Artikel 13

Umrechnungskurse

Ist nach den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen ein Betrag auf der Grundlage eines Umrechnungskurses zu errechnen, so ist dieser Kurs, mit Ausnahme der in Anlage III und in Artikel 8 der Anlage IV dieses Abkommens vorgesehenen Fälle,

(a) durch die Paritäten zu bestimmen, die mit dem Internationalen Währungsfonds gemäß Abschnitt 1 des Artikels IV des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds vereinbart sind und demgemäß für die betreffenden Währungen an dem in Betracht kommenden Tage gelten; oder

(b) falls an dem in Betracht kommenden Tage keine solchen Paritäten gelten oder galten, der Umrechnungskurs, der in einem zweiseitigen Zahlungsabkommen zwischen den beteiligten Regierungen oder ihren Währungsinstanzen für den laufenden Zahlungsverkehr vereinbart ist; oder

(c) wenn an dem in Betracht kommenden Tage weder Paritäten noch Umrechnungskurse auf Grund von zweiseitigen Abkommen gelten oder galten, der im Handelsverkehr allgemein gültige mittlere Umrechnungskurs, der für Kabelüberweisungen in der Währung des Staates, in dem die Zahlung zu leisten ist, an der maßgebenden Börse des anderen Staates an dem in Betracht kommenden Tage oder gegebenenfalls an einem Vortage gilt oder galt; oder

(d) wenn an dem in Betracht kommenden Tage kein Umrechnungskurs gemäß den Buchstaben a, b oder c besteht oder bestand, der als cross-rate of exchange bezeichnete Umrechnungskurs, der sich aus den an diesem Tage oder gegebenenfalls an einem Vortage geltenden Mittelkursen der betreffenden Währungen an der maßgebenden Börse eines dritten Staates ergibt, in dem diese Währungen notiert werden.

Article 13

Rates of Exchange

Wherever it is provided in the present Agreement and the Annexes thereto that an amount shall be calculated on the basis of a rate of exchange, such rate shall, except in the cases provided for in Annex III and in Article 8 of Annex IV of the present Agreement, be—

(a) determined by the par values of the currencies concerned in force on the appropriate date as agreed with the International Monetary Fund under Article IV, Section 1, of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund, or

(b) if no such par values are or were in force on the appropriate date, the rate of exchange agreed for current payments in a bilateral payments agreement between the Governments concerned or their monetary authorities; or

(c) if neither par values nor rates in bilateral payments agreements are or were in force on the appropriate date, the middle rate of exchange generally applicable for transactions ruling for cable transfers in the currency of the country in which payment is to be made in the principal exchange market of the other country on that date, or on the last date before that date on which such rate was ruling; or

(d) if there is or was no rate of exchange as specified under (a), (b) or (c) at the appropriate date, the cross-rate of exchange resulting from the middle rates of exchange ruling for the currencies in question in the principal exchange market of a third country dealing in those currencies on that date or the last date before the said date upon which such rates were ruling.

Article 13

Taux de change

Lorsque le présent Accord et ses Annexes prévoient qu'un montant doit être calculé sur la base d'un taux de change, ce taux sera, sauf dans les cas prévus par l'Annexe III et l'Article 8 de l'Annexe IV au présent Accord:

(a) celui déterminé par les parités des monnaies en cause en vigueur à la date considérée, telles qu'elles ont été convenues avec le Fonds Monétaire International au titre de l'Article IV, Section 1 du Statut du Fonds Monétaire International; ou

(b) si aucune parité n'est ou n'était en vigueur à la date considérée, le taux de change convenu pour les paiements courants dans un accord bilatéral de paiement entre les Gouvernements intéressés ou leurs autorités monétaires; ou

(c) si aucune parité ni aucun taux de change convenu dans un accord bilatéral de paiement ne sont ou n'étaient en vigueur à la date considérée, le taux moyen des changes applicable à la généralité des transactions, en vigueur, pour les transferts télégraphiques dans la monnaie du pays où le paiement doit être fait, sur le principal marché des changes de l'autre pays à la date considérée ou à la dernière date de cotation antérieure; ou

(d) s'il n'existe ou n'existait à la date considérée aucun taux de change déterminé selon les dispositions des paragraphes (a), (b) et (c), le taux obtenu à partir des taux moyens des changes en vigueur pour les monnaies en question sur le principal marché des changes d'un pays tiers effectuant des transactions dans ces monnaies, à la date considérée ou à la dernière date de cotation antérieure.

Artikel 14

Bestimmungen über Schulden in deutscher Währung

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird für alle Reichsmarkschulden, für die sie die Haftung übernommen hat

Article 14

Certain Debts Expressed in German Currency

(1) The Federal Republic of Germany will take similar action to that provided for in paragraph 6 of Annex I

Article 14

Dispositions relatives à certaines dettes exprimées en monnaie allemande

(1) La République Fédérale d'Allemagne prendra, à l'égard des dettes en Reichsmark dont elle a assumé ou

oder noch übernehmen sollte und die nicht unter Ziffer 6 der Anlage I dieses Abkommens fallen, Maßnahmen treffen, die den in dieser Ziffer 6 vorgesehenen Bestimmungen entsprechen.

(2) In Anwendung des Grundsatzes der Inländerbehandlung wird die Bundesrepublik Deutschland außerdem sicherstellen, daß Schulden aus Reichsmarkschuldverschreibungen, die nicht Goldmarkschulden mit spezifisch ausländischem Charakter sind, die ferner am 21. Juni 1948 gegenüber Personen, die an diesem Tage Staatsangehörige eines Gläubigerstaates oder in einem Gläubigerstaat ansässig waren, bestanden und deren Bezahlung nach der Gesetzgebung im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) nur zu einem bestimmten Teil erzwungen werden kann, in gleicher Weise erfüllt werden wie entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber Personen, die im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) ansässig sind.

(3) Bei der Regelung sonstiger in deutscher Währung zahlbarer Schulden gegenüber solchen Staatsangehörigen von Gläubigerstaaten, die im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) ansässig sind, werden die Bedingungen nicht ungünstiger sein als diejenigen, die für entsprechende Verbindlichkeiten gegenüber anderen in diesem Währungsgebiet ansässigen Personen gewährt werden.

to the present Agreement with respect to any Reichsmark debts for which it has assumed or may assume liability and which are not covered by that paragraph.

(2) In application of the principle of national treatment, the Federal Republic of Germany will further ensure that debts arising from Reichsmark bonds, which are not Goldmark debts with a specific foreign character, and which were owed on 21 st June, 1948, to persons who on that date were nationals of or residents in a creditor country, and payment on which under legislation in the currency area of the Deutsche Mark West can be enforced only for a proportionate part, will be met in the same manner as similar liabilities towards persons residing in the currency area of the Deutsche Mark West

(3) In the settlement of other debts payable in German currency and owed to nationals of creditor countries residing in the currency area of the Deutsche Mark West, the terms shall be not less favourable than those accorded to similar liabilities owed to any other persons residing in the said area.

pourrait assumer la responsabilité et qui ne sont pas visées au paragraphe 6 de l'Annexe I au présent Accord, des mesures analogues à celles qui sont prévues par ce paragraphe.

(2) Par application du principe du traitement national, la République Fédérale d'Allemagne prendra également les mesures nécessaires pour assurer que les dettes au titre d'obligations en Reichsmark, autres que les dettes en mark-or ayant un caractère spécifiquement étranger, qui étaient dues le 21 juin 1948 à des personnes ayant à cette date la qualité de ressortissants d'un pays créancier ou de résidants dans un tel pays, et dont le paiement ne peut aux termes des lois et règlements en vigueur dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest être exigé que dans la limite d'une certaine quote-part, recevront application du même traitement que les obligations analogues envers des personnes résidant dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest.

(3) Lors du règlement des autres dettes payables en monnaie allemande et dues à des ressortissants de pays créanciers résidant dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest, les modalités appliquées ne pourront être moins favorables que celles applicables aux obligations analogues envers toute personne résidant dans la même zone.

Artikel 15

Annahme durch die Gläubiger

(1) Anspruch auf Vorteile aus irgendeiner Bestimmung dieses Abkommens und seiner Anlagen einschließlich der darin vorgesehenen Zahlungen haben allein solche Gläubiger, die bei verbrieften Schulden, deren Regelung ein Regelungsangebot voraussetzt, das Angebot annehmen oder die bei sonstigen Schulden mit der Festsetzung von Zahlungs- und sonstigen Bedingungen für die Schuld gemäß den in Betracht kommenden Bestimmungen einverstanden sind.

(2)—(a) Bei verbrieften Schulden, deren Regelung ein Regelungsangebot voraussetzt, erfolgt die Annahme des Regelungsangebots im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels durch Einreichung der alten Schuldverschreibungen oder Zinsscheine

(i) zum Umtausch, wenn neue Schuldverschreibungen oder Zinsscheine ausgegeben werden, oder

(ii) zur Anbringung eines Aufdrucks, wenn die Regelungsbedingungen den alten Schuldverschreibungen oder Zinsscheinen aufgedruckt werden sollen.

(b) Der Inhaber einer Schuldverschreibung, die unter Anlage II dieses Abkommens fällt und für die ein Regelungsangebot gemacht worden ist, kann sich binnen einer Mindestfrist von fünf Jahren nach dem Tage der Abgabe des Angebots für dessen Annahme entscheiden. Bei Vorliegen triftiger Gründe hat der Schuldner die Frist zu verlängern.

Article 15

Acceptance by Creditors

(1) Only such creditors shall be entitled to benefit under any provision of the present Agreement and the Annexes thereto, including payment thereunder, as, in the case of bonded debts for which an offer of settlement is the appropriate procedure, accept the offer, or, in the case of other debts, assent to the establishment in accordance with such provisions of terms of payment and other conditions in respect of such debts.

(2)—(a) In the case of bonded debts for which an offer of settlement is the appropriate procedure, the acceptance of the offer of settlement, within the meaning of paragraph (1) of this Article, shall be effected by submitting the old bonds or coupons—

(i) for exchange, if new bonds or coupons are issued, or

(ii) for enfacement, if the settlement terms are to be enfaced on the old bonds or coupons.

(b) The holder of a bond covered by Annex II of the present Agreement, in respect of which an offer of settlement is made, shall have a period of at least five years from the date when such offer is made to accept such offer. The debtor shall extend this period for a reasonable cause.

Article 15

Assentiment des créanciers

(1) Seront seuls en droit de bénéficier des dispositions du présent Accord et de ses Annexes et de recevoir des paiements à ce titre les créanciers qui, dans le cas des dettes obligataires justiciables de la procédure de l'offre de règlement, auront accepté cette offre ou, dans le cas des autres dettes, auront accepté que des modalités de paiement et autres conditions soient établies pour de telles dettes conformément à ces dispositions.

(2)—(a) Dans le cas des dettes obligataires justiciables de la procédure de l'offre de règlement, l'acceptation de l'offre, au sens du paragraphe (1) du présent Article, s'effectuera par la présentation des anciennes obligations ou des anciens coupons:

(i) à l'échange si de nouvelles obligations ou de nouveaux coupons sont émis, ou

(ii) à l'estampillage si les modalités de règlement doivent être portées par estampillage sur les anciennes obligations ou les anciens coupons;

(b) le porteur d'une obligation visée par l'Annexe II au présent Accord pour laquelle une offre de règlement est faite, aura au moins 5 ans à compter de la date de cette offre pour l'accepter. Lorsqu'un motif raisonnable sera invoqué, le débiteur devra prolonger ce délai.

(3) Bei Schulden, die nicht unter Absatz 2 (a) dieses Artikels fallen, wird, sofern nicht in einer Anlage zu diesem Abkommen eine bestimmte Form vorgesehen ist, das Einverständnis des Gläubigers mit der Festsetzung von Zahlungs- und sonstigen Bedingungen im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels als gegeben angesehen, wenn der Gläubiger in irgendeiner Weise sein Einverständnis klar zum Ausdruck bringt.

(4) Ein Schuldner ist den Verfahren, wie sie in diesem Abkommen und seinen einschlägigen Anlagen für die Regelung von Schulden vorgesehen sind, nur dann unterworfen, wenn er bezüglich seiner Schuld gemäß den Bestimmungen der für sie einschlägigen Anlage dieses Abkommens einen Regelungsvorschlag gemacht oder eine Beitrittserklärung abgegeben hat. Jedoch läßt dieser Absatz die Bestimmungen des Artikels 17 dieses Abkommens unberührt.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, in Ausführung des Artikels 2 dieses Abkommens den Vorschriften der vorstehenden Absätze Rechnung zu tragen.

(3) In the case of debts, other than those referred to in paragraph (2) (a) of this Article, the assent of the creditor to the establishment of terms of payment and other conditions within the meaning of paragraph (1) of this Article shall, where no definite requirement is laid down in any Annex to the present Agreement, be considered as effected if the creditor clearly indicates his assent in any manner.

(4) A debtor shall be subject to the application of the procedures for settlement prescribed in the present Agreement and the relevant Annexes thereto in respect of a debt only when he has made a proposal for settlement, a notification of adherence or a declaration of participation in respect of such debt under the provisions of the relevant Annex to the present Agreement. Nothing in this paragraph shall, however, be deemed to affect the provisions of Article 17 of the present Agreement.

(5) In giving effect to the provisions of Article 2 of the present Agreement, the Federal Republic of Germany shall be entitled to take into account the provisions of the foregoing paragraphs of this Article.

(3) Dans le cas des dettes autres que celles visées au paragraphe (2) (a) du présent Article le créancier sera, en l'absence de disposition précise sur ce point dans une Annexe au présent Accord, considéré comme ayant accepté l'établissement de modalités de paiement et autres conditions au sens du paragraphe (1) du présent Article s'il marque clairement, de quelque manière que ce soit, son intention d'accepter.

(4) Les procédures de règlement prévues dans le présent Accord et les Annexes appropriées ne sont applicables à un débiteur que lorsque ce dernier a fait une proposition de règlement, une notification d'accession ou une déclaration de participation au titre de sa dette conformément aux dispositions de l'Annexe applicable du présent Accord. Le présent paragraphe ne sera pas considéré comme affectant les dispositions de l'Article 17 du présent Accord.

(5) En donnant effet aux dispositions de l'Article 2 du présent Accord, la République Fédérale d'Allemagne sera en droit de tenir compte des dispositions des précédents paragraphes du présent Article.

Artikel 16

Erlöschen der Schuld

Hat der Schuldner seine nach diesem Abkommen und dessen Anlagen geregelte Schuld erfüllt, so ist er damit auch von allen Verbindlichkeiten aus dieser Schuld, wie sie vor der Regelung bestand, befreit, sofern diese Verbindlichkeiten nicht schon durch Vereinbarung erloschen waren.

Article 16

Discharge of Debtors

Whenever a debtor has discharged his debt as settled under the terms of the present Agreement and the Annexes thereto, he shall be deemed to have thereby also discharged all his obligations in respect of such debt as it existed before the settlement, unless such obligations have been previously extinguished by agreement.

Article 16

Extinction des obligations des débiteurs

Lorsqu'un débiteur se sera acquitté de sa dette selon des modalités de règlement établies en application du présent Accord et de ses Annexes, il sera censé s'être également acquitté, de ce fait, de toutes les obligations qui lui incombaient au titre de cette dette, telle qu'elle existait avant l'établissement de ces modalités, à moins que ces obligations n'aient été déjà éteintes par accord.

Artikel 17

Durchsetzung der Rechte der Gläubiger

(1) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Gläubiger das Recht gewährleisten, innerhalb der Grenzen dieses Abkommens und seiner Anlagen durch deutsche Gerichte und mit Hilfe deutscher Behörden

(a) seine Rechte in Bezug auf eine Schuld, wie sie in dem Zeitpunkt bestehen, in dem gemäß diesem Artikel Klage erhoben wird, durchzusetzen, falls der Gläubiger und der Schuldner sich über die Regelungsbedingungen nicht einigen und der Gläubiger sein Einverständnis damit erklärt, daß die deutschen Gerichte die Zahlungs- und sonstigen Bedingungen für die Schuld gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen festsetzen;

(b) seine Rechte gemäß den Bedingungen der geregelten Schuld durchzusetzen, wenn der Schuldner seine Verpflichtungen gemäß diesen Bedingungen nicht erfüllt; dies gilt auch für die Rechte, die der Gläubiger gemäß den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner An-

Article 17

Enforcement of Creditors' Rights

(1) The Federal Republic of Germany will afford the creditor the right, within the limits of the present Agreement and the Annexes thereto, to enforce through German courts and authorities—

(a) his rights with respect to a debt as they exist at the time when action is taken under this Article if the creditor and debtor do not agree on terms of settlement and the creditor declares his assent to the establishment by such courts of terms of payment and other conditions for his debt in accordance with the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto;

(b) his rights under the terms of settlement of the debt if the debtor fails to discharge his obligations in accordance with such terms (including such rights as under the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto may be exercised by the creditor

Article 17

Sanction des droits des créanciers

(1) La République Fédérale d'Allemagne donnera à tout créancier le droit, dans les limites du présent Accord et de ses Annexes, de faire sanctionner par les tribunaux allemands et par les autorités allemandes:

(a) ses droits au titre de la dette tels qu'ils existent au moment où il est fait application du présent Article, si ce créancier et son débiteur n'ont pu s'entendre sur les modalités de règlement et que le créancier déclare accepter l'établissement, par ces tribunaux, de modalités de paiement et autres conditions conformes aux dispositions du présent Accord et de ses Annexes;

(b) ses droits selon les modalités de règlement de la dette, si le débiteur ne s'acquitte pas de ses obligations conformément à ces modalités (y compris les droits qui, aux termes du présent Accord et de ses Annexes, peuvent être exercés par le créancier lorsque le débiteur ne

lagen ausüben kann, wenn der Schuldner seine Verpflichtungen nicht erfüllt; der Gläubiger kann jedoch die Zahlung eines durch die Nichterfüllung der Schuld fällig werdenden Kapitalbetrages nach dem Ausland nicht eher verlangen, als es der Fall gewesen wäre, wenn der Schuldner seine Verpflichtungen erfüllt hätte.

upon the failure of the debtor to discharge such obligations), except that the creditor shall not be entitled to the transfer in non-German currency of a prin ipal sum which becomes due as a result of such failure sooner than would have been the case if the debtor had not failed to discharge such obligations.

s'acquitte pas de ces obligations). Toutefois, le créancier ne sera pas en droit de demander, plus rapidement que si le débiteur s'était acquitté de ses obligations, le transfert des montants en capital qui pourraient devenir exigibles à la suite du défaut de celui-ci.

(2) Dem Gläubiger steht das in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Recht nicht zu, wenn die Streitigkeit in dem Zeitpunkt, in dem das in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Recht geltend gemacht werden soll, nach den Bestimmungen des betreffenden Vertrages oder dieses Abkommens und seiner Anlagen der ausschließlichen Zuständigkeit eines Gerichts in einem Gläubigerstaate oder einer Schiedsinstanz unterliegt. Ist eine solche ausschließliche Zuständigkeit in den Bestimmungen des betreffenden Vertrages vorgesehen, so können Schuldner und Gläubiger im gegenseitigen Einvernehmen darauf verzichten; dem Gläubiger steht in diesem Falle das in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Recht zu.

(2) The creditor shall not be afforded the right provided under paragraph (1) of this Article if, under the provisions of the relevant contract or the present Agreement and the Annexes thereto, the dispute is, at the time that the right provided for under paragraph (1) of this Article is sought to be exercised, exclusively cognisable by an arbitral body or by a court in a creditor country. When such exclusive jurisdiction is provided by the terms of the relevant contract, the debtor and creditor may by agreement waive such a provision and the creditor shall, thereupon, be entitled to such right.

(2) Le droit visé au paragraphe (1) du présent Article ne sera pas accordé à un créancier si, au moment où celui-ci invoque les dispositions de ce paragraphe, le litige relève, aux termes du contrat en cause ou du présent Accord et de ses Annexes, de la compétence exclusive d'un tribunal dans un pays créancier ou d'une instance arbitrale. Lorsque la compétence exclusive est prévue par le contrat, le créancier et le débiteur pourront convenir de renoncer à cette disposition et le créancier se verra de ce fait ouvrir le droit prévu au paragraphe (1).

(3)—(a) die Bundesrepublik Deutschland wird ohne Rücksicht darauf, ob die Gegenseitigkeit für die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen zwischen dem Staat, in dem die Entscheidung ergangen ist, und der Bundesrepublik Deutschland verbürgt ist, dem Gläubiger das Recht gewährleisten, nach Maßgabe der Bestimmungen der Absätze 1 und 4 dieses Artikels durch deutsche Gerichte und mit Hilfe deutscher Behörden rechtskräftige Entscheidungen von Gerichten und Schiedsinstanzen über eine Schuld durchzusetzen, sofern die Entscheidungen ergangen sind

(3)—(a) Irrespective of whether there is reciprocity between the country in which the decision is rendered and the Federal Republic of Germany, the Federal Republic of Germany will afford the creditor the right, subject to the relevant qualifications contained in paragraph (1) and to the provisions of paragraph (4) of this Article, to enforce through German courts and authorities final decisions concerning a debt rendered by courts and arbitral bodies—

(3)—(a) Qu'il y ait ou non réciprocité entre la République Fédérale d'Allemagne et le pays dans lequel la décision a été rendue, la République Fédérale d'Allemagne donnera à tout créancier le droit, sous réserve des conditions applicables du paragraphe (1) et compte tenu des dispositions du paragraphe (4) du présent Article, d'obtenir des Tribunaux allemands et des Autorités allemandes l'exécution des décisions judiciaires ou arbitrales définitives rendues:

(i) in einem Gläubigerstaate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens;

(i) in a creditor country after the entry into force of the present Agreement;

(i) dans un pays créancier après l'entrée en vigueur du présent Accord;

(ii) in einem Gläubigerstaate vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens, wenn der Schuldner die durch die Entscheidung festgesetzte Schuld nicht bestreitet.

(ii) in a creditor country prior to the entry into force of the present Agreement, if the debtor does not contest the debt as established by such decision.

(ii) dans un pays créancier avant l'entrée en vigueur du présent Accord, lorsque le débiteur ne conteste pas la dette établie par cette décision.

(b) Die deutschen Gerichte werden in anderen Verfahren über Schulden, die den Gegenstand einer rechtskräftigen Entscheidung bilden, die von einem Gericht oder einer Schiedsinstanz in einem Gläubigerstaate vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens erlassen ist, die Tatsachen, auf denen die Entscheidung beruht, als bewiesen ansehen, es sei denn, daß der Schuldner Beweis für das Gegenteil antritt. In diesem Falle ist der Gläubiger seinerseits berechtigt, Gegenbeweis anzutreten und sich dabei auch auf das Beweisprotokoll des früheren Verfahrens zu beziehen. Der Betrag einer nichtvertraglichen Geldverbindlichkeit, der in einem Verfahren nach diesem Absatz durch eine Entscheidung eines deutschen Gerichts festgesetzt wird, gilt im Sinne des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe a dieses Abkommens als in dem Zeitpunkt festgestellt, in dem die rechtskräftige Entscheidung des Gerichts oder der Schiedsinstanz in einem Gläubigerstaate ergangen ist.

(b) A German court, in any other proceeding respecting a debt which has been the subject of a final decision rendered by a court or arbitral body in a creditor country prior to the entry into force of the present Agreement, shall accept as proved the facts upon which such decision was based, unless the debtor introduces evidence to the contrary. In that case the creditor shall be entitled to introduce rebutting evidence including the transcript of evidence in the former proceeding. The amount of a non-contractual pecuniary obligation established by a decision of a German court in a proceeding under this paragraph shall, for the purpose of paragraph (1) (a) of Article 4 of the present Agreement, be deemed to have been fixed at the date of the final decision of the court or arbitral body in a creditor country.

(b) Dans toute autre instance engagée devant un tribunal allemand au titre d'une dette ayant fait l'objet d'une décision judiciaire ou arbitrale rendue dans un pays créancier avant l'entrée en vigueur du présent Accord, le Tribunal acceptera comme établis les faits sur lesquels la décision en cause est fondée, à moins que le débiteur ne présente des preuves contraires. En pareil cas, le créancier pourra faire appel à toutes autres preuves en son pouvoir et notamment aux pièces de la procédure dans l'instance précédente. Toute obligation pécuniaire non contractuelle, dont le montant est établi par décision d'un tribunal allemand dans une instance au titre du présent paragraphe, sera, aux fins du paragraphe (1) (a) de l'Article 4 du présent Accord, considérée comme ayant été liquide, à la date de la décision judiciaire ou arbitrale définitive rendue dans le pays créancier.

(c) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Gläubiger das Recht gewährleisten, nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels durch deutsche Gerichte und mit Hilfe deutscher Behörden rechtskräftige Entscheidungen von Gerichten und Schiedsinstanzen über eine Schuld durchzusetzen, die in Deutschland vor dem 8. Mai 1945 oder innerhalb des Währungsgebietes der Deutschen Mark (West) nach dem 8. Mai 1945 ergangen sind.

(4) Die deutschen Gerichte können es ablehnen, die Entscheidung eines ausländischen Gerichts oder einer Schiedsinstanz — ausgenommen Entscheidungen einer nach den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen errichteten Schiedsinstanz — gemäß den Bestimmungen des Absatzes 3 dieses Artikels anzuerkennen und zu vollstrecken,

(a) wenn das Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, nicht zuständig war oder die Zuständigkeit der Schiedsinstanz, welche die Entscheidung erlassen hat, nicht auf der Vereinbarung der beteiligten Parteien beruhte; oder

(b) wenn dem Schuldner in dem Verfahren, das zu der Entscheidung des Gerichts oder der Schiedsinstanz geführt hat, das rechtliche Gehör nicht gewährt war; oder

(c) wenn die Anerkennung der Entscheidung gegen den *ordre public* in der Bundesrepublik Deutschland verstoßen würde; jedoch darf der Umstand, daß eine Entscheidung mit den Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen nicht im Einklang steht, nicht dazu führen, daß ihre Anerkennung und Vollstreckung, und zwar innerhalb der Grenzen dieses Abkommens und seiner Anlagen, als Verstoß gegen den *ordre public* im Sinne dieser Bestimmung angesehen wird.

(5) Die Bundesrepublik Deutschland wird den in der Anlage I dieses Abkommens genannten Vereinigungen von Wertpapierinhabern (Bondholders' Councils) oder entsprechenden Vereinigungen und den in Artikel VIII der Anlage II dieses Abkommens erwähnten Gläubigervertretungen das Recht gewährleisten, die Bedingungen des Regelungsangebots durch deutsche Gerichte und mit Hilfe deutscher Behörden festsetzen zu lassen, falls der Schuldner — ausgenommen die Bundesrepublik Deutschland — es unterläßt, einen Vorschlag zur Regelung seiner bestehenden verbrieften Schuld gemäß den einschlägigen Bestimmungen der Anlagen I und II dieses Abkommens zu machen.

(6) — (a) Ein Schuldner, der es unterläßt, einen Regelungsvorschlag gemäß Anlage I oder II dieses Abkommens zu machen, hat in einem nach den Absätzen 1, 3 oder 5 dieses Artikels vor einem deutschen Gericht anhängig gemachten Verfahren keinen Anspruch auf die Vorteile der in Ziffer 7 Absatz 1 Buchstabe e der Anlage I oder in Artikel V Absatz 11 der Anlage II dieses Abkommens enthaltenen Härteklauseln. Bei der Festsetzung der Bedingungen des Regelungsangebots oder der Bedingungen für die Regelung der

(c) The Federal Republic of Germany will afford the creditor the right, subject to the relevant qualifications contained in paragraph (1) of this Article, to enforce through German courts and authorities final decisions concerning a debt rendered by courts and arbitral bodies within Germany before 8th May, 1945, or within the territory of the currency area of the Deutsche Mark West afther 8th May, 1945.

(4) German courts may refuse to enforce a decision of a foreign court or of an arbitral body (except an arbitral body established under the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto) under the provisions of paragraph (3) of this Article in any case in which—

(a) the court which gave the decision had no jurisdiction or the jurisdiction of the arbitral body which gave the decision was not based on the agreement of the parties concerned; or

(b) the debtor, in the proceedings in the original court or arbitral body, was not afforded an opportunity to defend the proceedings; or

(c) the enforcement of the decision would be contrary to public policy in the Federal Republic of Germany; provided that the fact that a judgment is not in harmony with the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto shall not be deemed to make its enforcement, within the limits of the present Agreement and the Annexes thereto, contrary to public policy within the meaning of this provision.

(5) The Federal Republic of Germany will afford Bondholders' Councils or analogous bodies referred to in Annex I and creditors' representatives referred to in Article VIII of Annex II to the present Agreement the right to have established through German courts and authorities the terms of the offer of settlement in the event of the debtor (other than the Federal Republic of Germany) failing to make a proposal for settlement on his existing bonded debt in accordance with the relevant provisions of Annexes I and II to the present Agreement.

(6)—(a) A debtor who fails to make a proposal for settlement under Annex I or II to the present Agreement shall not, in any proceeding in a German court brought under paragraph (1), (3) or (5) of this Article, be entitled to the benefit of the provisions respecting hardship contained in paragraph 7 (1) (e) of Annex I or paragraph 11 of Article V of Annex II to the present Agreement. When establishing the terms of the offer of settlement or the terms of settlement for the debt, the court shall prescribe the

(c) La République Fédérale d'Allemagne donnera au créancier le droit, sous réserve des conditions applicables du paragraphe (1) du présent Article, d'obtenir des tribunaux allemands et des autorités allemandes l'exécution des décisions judiciaires et arbitrales définitives relatives à une dette rendues sur le territoire de l'Allemagne avant le 8 mai 1945 ou sur le territoire de la zone monétaire du Deutschmark-Ouest après le 8 mai 1945.

(4) Les tribunaux allemands pourront refuser d'exécuter, au titre du paragraphe (3) du présent Article, la décision d'un tribunal étranger ou d'une instance arbitrale (à l'exception des instances arbitrales instituées par application des dispositions du présent Accord et de ses Annexes) dans toute affaire:

(a) dans laquelle le tribunal ayant rendu la décision n'était pas compétent, ou dans laquelle la compétence de l'instance arbitrale ayant rendu la décision n'était pas fondée sur l'accord des parties;

(b) dans laquelle le débiteur n'a pas eu la possibilité de présenter ses conclusions devant le tribunal ou l'instance arbitrale en cause;

(c) dans laquelle l'exécution de la décison serait contraire à l'ordre public dans la République Fédérale d'Allemagne. Toutefois, le fait qu'un jugement n'est pas en harmonie avec les dispositions du présent Accord ou de ses Annexes ne sera pas considéré comme de nature à en rendre l'exécution, dans les limites du présent Accord et de ses Annexes, contraire à l'ordre public au sens du présent alinéa.

(5) La République Fédérale d'Allemagne donnera aux Associations de porteurs ou organismes similaires mentionnés à l'Annexe I et aux représentants de créanciers mentionnés à l'Article VIII de l'Annexe II au présent Accord, le droit de faire établir par les tribunaux et les autorités allemandes les modalités de l'offre de règlement lorsque le débiteur (autre que la République Fédérale d'Allemagne) n'a pas présenté, pour une dette obligataire existante, une proposition de règlement, conformément aux dispositions applicables des Annexes I et II au présent Accord.

(6)—(a) Un débiteur qui ne présente pas une proposition de règlement au titre de l'Annexe I ou de l'Annexe II au présent Accord, n'est pas admis, dans une instance engagée devant un tribunal allemand au titre des paragraphes (1), (3) ou (5) du présent Article, à bénéficier des dispositions du paragraphe 7 (1) (e) de l'Annexe I ou du paragraphe 11 de l'Article V de l'Annexe II au présent Accord relatives aux cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile. Lorsqu'il établira les modalités de

Schuld hat das Gericht die kürzeste Laufzeit festzusetzen, die gemäß den Bestimmungen der betreffenden Anlage bei der Regelung der Schuld in Betracht kommt. Das Gericht hat in seinem Urteil auszusprechen, daß der Schuldner dem Kläger die in Ziffer 7 Buchstabe h der Anlage I dieses Abkommens oder in Artikel X Absatz 2 der Anlage II dieses Abkommens erwähnten Kosten zu erstatten hat; diese Kosten sind sofort fällig und zahlbar. Das Gericht hat ferner den Schuldner zur Tragung der Kosten des Verfahrens und aller im Zusammenhang mit dem Verfahren entstandener angemessener Kosten und Auslagen zu verurteilen, die bei einer nichtverbrieften Schuld dem Gläubiger oder bei einer verbrieften Schuld der Vereinigung der Wertpapierinhaber (Bondholders' Council) oder einer entsprechenden Vereinigung oder der Gläubigervertretung entstanden sind.

(b) Wenn ein Schuldner es unterläßt, seinen Beitritt gemäß Ziffer 22 der Anlage III dieses Abkommens zu vollziehen, ist der Gläubiger berechtigt, in einem nach den Absätzen 1 oder 3 dieses Artikels anhängig gemachten Verfahren seine Rechte gemäß den Bestimmungen der genannten Anlage durchzusetzen, jedoch, sofern es sich um eine unmittelbar gegenüber dem Gläubiger bestehende Schuld eines deutschen Handels- oder Industrieschuldners im Sinne der genannten Anlage handelt, erst nach Ablauf von 30 Tagen nach der ersten Sitzung des in Ziffer 17 der genannten Anlage vorgesehenen Beratenden Ausschusses. Verurteilt das Gericht den Schuldner zur Zahlung der Schuld gemäß dieser Anlage, so hat das Gericht den Schuldner zur Tragung der Kosten des Verfahrens und aller im Zusammenhang mit dem Verfahren entstandenen angemessenen Kosten und Auslagen des Gläubigers zu verurteilen.

(c) Ein Schuldner, der es unterläßt, die gemäß Artikel 14 der Anlage IV dieses Abkommens erforderliche Beitrittserklärung abzugeben, hat in einem nach den Absätzen 1 oder 3 dieses Artikels vor einem deutschen Gericht anhängig gemachten Verfahren keinen Anspruch auf die Vorteile der in Artikel 11 dieser Anlage enthaltenen Härteklausel. Hat der Schuldner die Abgabe der Erklärung lediglich deshalb unterlassen, weil er das Bestehen der Schuld bestritten hat, so verliert er den Anspruch auf die Vorteile der Härteklausel nicht; er kann jedoch, sofern das in Artikel 15 der Anlage IV dieses Abkommens erwähnte Gericht oder Schiedsgericht das Bestehen der Schuld bejaht, die Vorteile der Härteklausel nur in Anspruch nehmen, wenn er binnen 30 Tagen, gerechnet vom Tage der Zustellung der rechtskräftigen Entscheidung des Gerichts, die erforderliche Erklärung abgibt. Kann der Schuldner in einem Verfahren gemäß diesem Unterabsatz dann die Vorteile der Härteklausel nicht in Anspruch nehmen, so hat das Gericht den Schuldner zur Tragung der Gerichtskosten und angemessener Anwaltskosten des Klägers zu verurteilen.

earliest date of maturity which, under the provisions of the relevant Annex, may be applied in settling the debt. The court shall in its judgment award to the plaintiff the expenses referred to in paragraph 7 (h) of Annex I to the present Agreement or paragraph 2 of Article X of Annex II to the present Agreement, to be paid by the debtor; such expenses shall be immediately due and payable. The court shall also provide for payment by the debtor of the costs of the proceeding and of all reasonable costs and expenses incurred in such proceeding either by the creditor of a non-bonded debt or by the Bondholders' Council or analogous body, or by the creditors' representative concerned in the case of a bonded debt.

(b) If a debtor fails to effect adherence in accordance with Clause 22 of Annex III to the present Agreement, the creditor concerned shall, in any proceeding brought under paragraph (1) or (3) of this Article, be entitled to enforce his rights in accordance with the provisions of the said Annex, but, in the case of a debt owed by a German Commercial or Industrial Debtor within the meaning of the said Annex (whose debt is direct to the creditor), only after the expiration of thirty days after the first meeting of the Consultative Committee provided for in Clause 17 of the said Annex. When ordering payment of the debt in accordance with the said Annex, the court shall award to the creditor the costs of the proceeding and all reasonable costs and expenses incurred by him in such proceeding, to be paid by the debtor.

(c) A debtor who fails to make a declaration of participation required under Article 14 of Annex IV to the present Agreement shall not, in any proceeding in a German court brought under paragraph (1) or (3) of this Article, be entitled to the benefit of the provisions respecting hardship contained in Article 11 of that Annex. A failure based solely upon a denial of the existence of the debt shall not deprive the debtor of such benefit; provided, however, that if the Court of Law or Court of Arbitration referred to in Article 15 of Annex IV finds that such debt exists, the debtor shall not be entitled to benefit from such clause if he fails to make the required declaration within thirty days from the date of the service of the final decision of such court. In a proceeding under this sub-paragraph in which the debtor is not entitled to benefit from the hardship clause the court shall order the payment by the debtor of court costs and all reasonable fees of the plaintiff's counsel.

l'offre de règlement ou les modalités de règlement de la dette en cause, le tribunal prescrira le plus court délai de remboursement qui, aux termes de l'Annexe appropriée, peut être appliqué dans le règlement de cette dette, et condamnera le débiteur à rembourser au demandeur les dépenses visées au paragraphe 7 (h) de l'Annexe I ou au paragraphe 2 de l'Article X de l'Annexe II au présent Accord; ces montants seront immédiatement exigibles et payables. Le tribunal prescrira également le paiement par le débiteur des frais de l'instance et de tous les frais et dépenses raisonnables exposés dans l'instance en cause soit par le créancier, dans le cas des dettes non obligataires, soit par l'Association de porteurs ou l'organisme similaire ou par le représentant des créanciers intéressé, dans le cas des dettes obligataires.

(b) Lorsqu'un débiteur ne fait pas de déclaration d'accession conformément aux dispositions de l'Article 22 de l'Annexe III au présent Accord, le créancier intéressé est en droit, dans toute instance engagée au titre des paragraphes (1) ou (3) du présent Article, de faire valoir ses droits conformément aux dispositions de ladite Annexe. Dans le cas cependant des Débiteurs Commerciaux ou Industriels Allemands au sens de ladite Annexe, qui sont les débiteurs directs du créancier, ce dernier ne pourra faire valoir ses droits qu'à l'expiration d'un délai de trente jours à compter de la première réunion du Comité Consultatif prévu par l'Article 17 de l'Annexe III. Lorsqu'il ordonnera le paiement de la dette conformément aux dispositions de cette Annexe, le tribunal prescrira le paiement par le débiteur des frais de l'instance et de tous les frais et dépenses raisonnables exposés par le créancier dans l'instance en cause.

(c) Un débiteur qui ne souscrit pas la déclaration requise par l'Article 14 de l'Annexe IV au présent Accord n'est pas admis, dans toute instance engagée devant un tribunal allemand au titre des paragraphes (1) ou (3) du présent Article, à bénéficier des dispositions de l'Article 11 de cette Annexe relatives aux cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile. Au cas cependant où le manquement du débiteur serait uniquement fondé sur la contestation, par ce dernier, de l'existence de la dette, la disposition qui précède ne sera pas applicable, sous réserve que, si le tribunal ou le tribunal arbitral visé à l'Article 15 de l'Annexe IV juge que la dette existe, le débiteur ne sera pas admis à bénéficier des dispositions de l'Article 11 de l'Annexe IV, s'il ne fait pas la déclaration requise dans un délai de trente jours à compter de la notification de la décision définitive de ce tribunal. Dans toute instance, au titre du présent alinéa, dans laquelle le débiteur n'est pas admis à bénéficier des dispositions de l'Article 11 de l'Annexe IV, le tribunal prescrira le paiement par le débiteur des frais de l'instance et de tous honoraires raisonnables du conseil du demandeur.

(7) Die Bundesrepublik Deutschland wird dem Gläubiger das Recht gewährleisten, innerhalb der Grenzen dieses Abkommens und seiner Anlagen durch deutsche Gerichte und mit Hilfe deutscher Behörden seine Ansprüche gegen eine Person, die im Währungsgebiet der Deutschen Mark (Ost) ansässig ist, durch Befriedigung aus dem im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) belegenen Vermögen dieser Person durchzusetzen, wenn die Ansprüche aus einer Verbindlichkeit herrühren, die den Erfordernissen des Artikels 4 dieses Abkommens — abgesehen von den Erfordernissen hinsichtlich der Ansässigkeit des Schuldners — entspricht. Der Gläubiger kann Zahlung der ihm auf diese Weise zugeflossenen Beträge nach dem Ausland nur nach Maßgabe der jeweils im Währungsgebiet der Deutschen Mark (West) geltenden Devisenbestimmungen verlangen.

(7) The Federal Republic of Germany will afford the creditor the right, within the limits of the present Agreement and the Annexes thereto, to enforce through German courts and authorities his claims against a person residing in the currency area of the Deutsche Mark East out of property owned by such person in the currency area of the Deutsche Mark West if the claims arise out of obligations which meet the requirements of Article 4 of the present Agreement except as to the residence of the debtor. The right to transfer in foreign currency any sums received by the creditor shall be subject to the foreign exchange regulations from time to time in force in the currency area of the Deutsche Mark West.

(7) La République Fédérale d'Allemagne donnera au créancier le droit, dans les limites du présent Accord et de ses Annexes, de poursuivre devant les tribunaux allemands et par l'intermédiaire des autorités allemandes le recouvrement de ses créances à l'encontre d'une personne résidant dans la zone monétaire du Deutschemark-Est, sur les biens de cette personne dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest, si ces créances découlent d'obligations satisfaisant, sauf en ce qui concerne la résidence du débiteur, aux conditions de l'Article 4 du présent Accord. Le droit au transfert des sommes reçues par le créancier sera sujet au régime de contrôle des changes en vigueur dans la zone monétaire du Deutschemark-Ouest.

Artikel 18

Verjährungsfristen

(1) Der Schuldner ist nicht berechtigt, sich bei der Aufstellung eines Regelungsangebots oder bei der Regelung einer Schuld auf den Ablauf einer bis zum 1. Juni 1933 noch nicht abgelaufenen Verjährungs- oder Ausschlußfrist für die Geltendmachung von Ansprüchen aus diesem Schuldverhältnis früher zu berufen, als von dem Zeitpunkt ab, der sich dadurch ergibt, daß der Lauf der betreffenden Frist vom 1. Juni 1933 bis zum Ablauf von 18 Monaten nach dem Zeitpunkt als gehemmt angesehen wird, in dem dieses Abkommen und die in Betracht kommende Anlage dieses Abkommens auf die Schuld anwendbar werden.

(2) Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels gelten für den Zweck einer Regelung die in Absatz 1 erwähnten Verjährungs- und Ausschlußfristen, die auf die in den Abschnitten A und B der Anlage I dieses Abkommens bezeichneten verbrieften Schulden und auf die in Anlage II dieses Abkommens behandelten Schulden anwendbar sind, als nicht vor den jeweiligen Zeitpunkten abgelaufen, von denen ab gemäß den Bestimmungen der Anlage I Ziffer 8 *(b)* und des Artikels 15 dieses Abkommens die Annahme des vom Schuldner gemachten Regelungsangebotes nicht mehr erfolgen kann.

(3) Nimmt der Gläubiger gemäß den Bestimmungen des Artikels 15 dieses Abkommens ein Regelungsangebot an oder gibt er gemäß den gleichen Bestimmungen sein Einverständnis mit der Regelung einer Schuld, so wird damit eine Unterbrechung der Verjährungs- und Ausschlußfristen für die Geltendmachung eines Anspruchs aus diesem Schuldverhältnis bewirkt.

(4) Die in den Absätzen 1, 2 und 3 dieses Artikels erwähnten Fristen umfassen nicht Fristen für die Einlegung eines Rechtsbehelfs gegen Entscheidungen eines Gerichts, einer Schiedsinstanz oder einer Verwaltungsbehörde, ferner nicht die in § 12 Absatz 3 des deutschen Gesetzes über den Versicherungsvertrag und die in den deutschen Gesetzen über die Wertpapierbereinigung bestimmten Fristen.

Article 18

Periods of Prescription

(1) No debtor shall be entitled to invoke against the establishment of an offer of settlement or against the settlement of a debt the expiration of a period of prescription or of a preclusive period of limitation for the assertion of any claim respecting such debt, which has not expired before 1st June, 1933, earlier than a date determined by treating the running of such respective periods as suspended from 1st June, 1933, until the expiration of eighteen months from the date on which the present Agreement and the relevant Annex thereto become applicable to such debt.

(2) Without prejudice to the provisions of paragraph (1) of this Article, periods of prescription and preclusive periods of limitation referred to in paragraph (1) which are applicable to the bonded debts specified in Sections A and B of Annex I and to those covered by Annex II to the present Agreement shall not, for the purpose of a settlement, be deemed to have expired before the respective dates on which the offer of settlement made by the debtor ceases to be open for acceptance in accordance with the provisions of paragraph 8 (b) of Annex I and of Article 15 of the present Agreement.

(3) The acceptance of an offer of settlement or an assent to a settlement by the creditor in respect of a debt in accordance with the provisions of Article 15 of the present Agreement shall effect an interruption of periods of prescription and preclusive periods of limitation for the assertion of a claim respecting such debt.

(4) The periods referred to in paragraphs (1), (2) and (3) of this Article shall not include periods for the lodging of an appeal against the decision of a court, arbitral body or an administrative authority, periods covered by Section 12, paragraph 3, of the German Law on Insurance Contracts, or periods provided by the German Laws on the Validation of Bonds.

Article 18

Délais de prescription

(1) Aucun débiteur ne sera en droit d'opposer à l'établissement d'une offre de règlement ou de modalités de règlement pour une dette l'expiration d'un délai de prescription ou de forclusion relatif à la présentation d'une réclamation quelconque afférente à cette dette, avant une date qui sera déterminée en considérant ces délais, pour autant qu'ils n'ont pas expiré avant le 1er juin 1933, comme suspendus du 1er juin 1933 jusqu'à l'expiration d'un délai de 18 mois à compter de la date à laquelle le présent Accord et l'Annexe appropriée deviendront applicables à la dette en cause.

(2) Sans préjudice des dispositions du paragraphe (1) du présent Article, les délais de prescription et de forclusion visés au paragraphe (1) et applicables aux dettes obligataires énumérées dans les Sections A et B de l'Annexe I ou visées par l'Annexe II au présent Accord seront, en vue de l'établissement de modalités de règlement, censés n'avoir pas expiré avant la date à laquelle l'offre de règlement du débiteur cessera d'être ouverte à l'acceptation du créancier conformément aux dispositions du paragraphe 8 (b) de l'Annexe I et de l'Article 15 du présent Accord.

(3) Lorsque le créancier accepte une offre de règlement ou accepte que des modalités de règlement soient établies pour une dette conformément aux dispositions de l'Article 15 du présent Accord, cette acceptation interrompt les délais de prescription et de forclusion relatifs à la présentation des réclamations afférentes à cette dette.

(4) Les délais d'appel des décisions des tribunaux, instances arbitrales ou autorités administratives, les délais visés par le paragraphe 3 de la Section 12 de la Loi allemande sur les contrats d'assurance et les délais prévus par les lois allemandes sur la validation des valeurs mobilières ne sont pas compris parmi les délais de prescription et de forclusion visés aux paragraphes (1), (2) et (3) du présent Article.

(5) Die vorstehenden Bestimmungen gelten ohne Rücksicht darauf, ob die Fristen durch deutsches oder ein anderes Recht, durch Verfügung eines Gerichts, einer Schiedsinstanz oder einer Verwaltungsbehörde, durch Vertrag oder eine andere Rechtshandlung bestimmt worden sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird sicherstellen, daß die vorstehenden Bestimmungen auch dann von deutschen Gerichten angewandt werden, wenn das Schuldverhältnis seinem Inhalt nach ausländischem Recht unterliegt.

(5) The above provisions shall apply whether the periods have been established by German or other law, by order of a court, of an arbitral body or of an administrative authority, by contract or other legal act. The Federal Republic of Germany will ensure that they are applied in German courts even though the obligation is one which, as to its content, is governed by foreign law.

(5) Les dispositions qui précèdent s'appliqueront, que les délais aient été établis par la loi allemande ou par la loi d'un autre pays, par une décision d'un tribunal, d'une instance arbitrale ou d'une autorité administrative, par un contrat ou par un autre acte juridique. La République Fédérale d'Allemagne fera en sorte qu'elles soient appliquées par les tribunaux allemands, même si les obligations du débiteur relèvent, quant au fond, d'une loi étrangère.

Artikel 19

Ergänzende Abkommen

(1) Abkommen auf Grund von Verhandlungen gemäß

(a) Ziffer 11 der Anlage I dieses Abkommens (Forderungen aus Sprüchen des deutsch-griechischen Schiedsgerichts),

(b) Ziffer 15 der Anlage I dieses Abkommens (Haftung für österreichische Regierungsschulden),

(c) Artikel 10 der Anlage IV dieses Abkommens (Zahlungen in die Deutsche Verrechnungskasse),

(d) der Unteranlage zu Anlage IV dieses Abkommens (Schweizerfranken-Grundschulden)

sind von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland (gegebenenfalls nach Genehmigung durch diese) den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika zur Genehmigung vorzulegen.

(2) Jede dieser Vereinbarungen soll nach Genehmigung durch die genannten Regierungen in Kraft treten und in jeder Hinsicht als Anlage dieses Abkommens gelten. Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wird allen Parteien dieses Abkommens eine Notifikation hierüber zugehen lassen.

Article 19

Subsidiary Agreements

(1) Agreements resulting from the negotiations provided for in—

(a) Paragraph 11 of Annex I to the present Agreement (Græco-German Mixed Arbitral Tribunal Claims);

(b) Paragraph 15 of Annex I to the present Agreement (Liability in respect of Austrian Governmental Debts);

(c) Article 10 of Annex IV to the present Agreement (Payments into the Deutsche Verrechnungskasse);

(d) Sub-Annex to Annex IV to the present Agreement (Swiss Franc Land Charges)

shall be submitted by the Government of the Federal Republic of Germany (after its approval, where appropriate) for the approval of the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America.

(2) Each such agreement shall enter into force, and shall be treated for all purposes as an Annex to the present Agreement, when it is approved by these Governments. A notification to this effect shall be communicated to all the Parties to the present Agreement by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

Article 19

Accords subsidiaires

(1) Les accords résultant des négociations prévues

(a) au paragraphe 11 de l'Annexe I au présent Accord (créances nées des décisions du Tribunal Arbitral Mixte gréco-allemand)

(b) au paragraphe 15 de l'Annexe I au présent Accord (responsabilité des dettes gouvernementales de l'Autriche)

(c) à l'Article 10 de l'Annexe IV au présent Accord (paiements à la Deutsche Verrechnungskasse)

(d) à l'Appendice A de l'Annexe IV au présent Accord (dettes foncières en francs suisses)

seront soumis pour approbation aux Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République Française et du Royaume de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne (s'il y a lieu, après approbation par ce dernier).

(2) Chacun de ces accords entrera en vigueur et sera traité à tous égards comme une Annexe au présent Accord lorsqu'il aura été approuvé par ces Gouvernements. Toutes les Parties Contractantes en seront avisées par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord.

Artikel 20

Reichsschulden aus mehrseitigen Abkommen

Zahlungen auf solche Schulden des Reichs oder im Auftrage des Reichs handelnder Stellen oder Personen, die aus dem Rückstand von Beiträgen oder aus Dienstleistungen auf Grund der Bestimmungen eines mehrseitigen internationalen Abkommens oder der Satzung einer internationalen Organisation herrühren, werden durch die Bestimmungen dieses Abkommens nicht ausgeschlossen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird auf Antrag der beteiligten Gläubiger in unmittelbare Verhandlungen über diese Schulden eintreten.

Article 20

Reich Debts owing under Multilateral Agreements

Payments in respect of debts of the Reich or of an agency of the Reich arising out of unpaid contributions or services rendered under the terms of multilateral international agreements or of the statutes of an international organisation are not prohibited by the terms of the present Agreement. The Government of the Federal Republic of Germany will, at the request of the interested creditors, enter into direct negotiations with regard to these debts.

Article 20

Dettes du Reich au titre d'Accords Multilatéraux

Aucune des dispositions du présent Accord n'interdit des paiements au titre des dettes du Reich ou des Agences du Reich découlant de cotisations impayées ou de services rendus dans le cadre d'un accord international multilatéral ou des statuts d'une organisation internationale. A la demande des créanciers intéressés, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne participera à des négociations directes au sujet de ces dettes.

Artikel 21

Erneuerung des in Anlage III enthaltenen Kreditabkommens

Anlage III dieses Abkommens umfaßt alle Kreditabkommen, die nach dem Tage des Inkrafttretens dieses Abkommens zum Zwecke der Erneuerung des in dieser Anlage enthaltenen Kreditabkommens abgeschlossen werden. Jedes derartige Kreditabkommen kann Änderungen der Bestimmungen der Anlage III enthalten, muß jedoch darauf gerichtet sein, Mittel und Wege zur Wiederherstellung normaler Bedingungen für die Finanzierung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Zweck dieses Abkommens zu schaffen.

Article 21

Renewal of Annex III Agreement

Annex III to the present Agreement shall be treated as including any agreement or agreements which may be entered into after the date of the present Agreement for the purpose of renewing the agreement contained in that Annex. Any such agreement may contain modifications of the provisions of Annex III but shall be designed to establish means for the restoration of normal conditions for financing the foreign trade of the Federal Republic of Germany in accordance with the general purposes of the present Agreement.

Article 21

Renouvellement de l'Annexe III

Par «Annexe III» au présent Accord, il faut entendre également tout accord ou tous accords qui pourront être conclus après la date du présent Accord en vue de renouveler les dispositions de cette Annexe. Tout accord de l'espèce pourra modifier les dispositions de l'Annexe III, mais devra tendre à établir les moyens de restaurer les conditions normales du financement du commerce extérieur de la République Fédérale d'Allemagne, conformément aux objectifs généraux du présent Accord

Artikel 22

Sozialversicherungsansprüche

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird mit den Regierungen der beteiligten Gläubigerstaaten in Verhandlungen zum Zwecke der Regelung der Sozialversicherungsansprüche eintreten, die nach den deutschen, vor dem 8. Mai 1945 in Kraft gewesenen Gesetzen und Verordnungen für irgendeinen Zeitraum vor dem 8. Mai 1945 erwachsen sind, soweit solche Ansprüche nach der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland oder auf Grund von ihr übernommener Verpflichtungen als Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland oder als Verbindlichkeiten von Sozialversicherungsträgern im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland anzusehen und nicht bereits in einem Abkommen mit der Regierung des beteiligten Gläubigerstaates behandelt worden sind. Das schließt nicht aus, daß in solche Abkommen Bestimmungen aufgenommen werden, wonach in der Bundesrepublik Deutschland für die Sozialversicherung geltende Gesetze oder Verordnungen, die für Staatsangehörige anderer Staaten eine ungünstigere Behandlung als für deutsche Staatsangehörige vorsehen, keine Anwendung finden.

Article 22

Social Insurance Claims

(1) The Government of the Federal Republic of Germany will enter into negotiations with the Governments of the creditor countries concerned, with a view to the settlement of social insurance claims arising under the German laws and regulations in force prior to 8th May, 1945, in respect of any period prior to 8th May, 1945, in so far as such claims are to be considered, under the legislation of, or in accordance with undertakings given by, the Federal Republic of Germany, as its liabilities or as liabilities of social insurance institutions in the Federal territory and have not already been dealt with in an agreement with the Government of the creditor country concerned. Nothing in this paragraph is to prevent the inclusion in such agreements of provisions to the effect that any laws or regulations in force in the Federal Republic of Germany with respect to social insurance, which provide for less favourable treatment for the nationals of other countries than for German nationals, shall not be applied.

Article 22

Créances d'assurances sociales

(1) Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne entrera en négociations avec les Gouvernements des pays créanciers intéressés en vue du règlement des créances d'assurances sociales, nées en application des lois et règlements allemands en vigueur avant le 8 mai 1945, au titre de toute période antérieure à cette date, dans la mesure où ces créances doivent être considérées selon la législation de la République Fédérale d'Allemagne, ou conformément à des engagements souscrits par elle, comme à sa charge ou à la charge d'institutions d'assurances sociales situées sur le territoire fédéral, et dans la mesure où ces créances ne sont pas traitées dans un accord avec le Gouvernement du pays créancier intéressé. Aucune disposition de ce paragraphe ne doit empêcher l'inclusion dans de tels accords de dispositions selon lesquelles des lois ou règlements en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne en matière d'assurances sociales prévoyant un traitement moins favorable pour les ressortissants d'autres pays que pour les ressortissants allemands ne seront pas appliqués.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland wird für die Regelung und für den Transfer in Bezug auf die in dem vorhergehenden Absatz erwähnten Ansprüche, die nicht in Abkommen mit Regierungen von Gläubigerstaaten behandelt sind, Sorge tragen, vorausgesetzt, daß die Ansprüche Personen zustehen, die Staatsangehörige eines solchen Gläubigerstaates oder in einem solchen Gläubigerstaat ansässig sind, aus dem Zahlungen auf gleichartige Ansprüche an Personen, die Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland oder in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind, ebenfalls transferiert werden können. Die in der Bundesrepublik Deutschland für die Sozialversicherung geltenden Gesetze und Verordnungen, die für Staatsangehörige anderer Staaten eine ungünstigere Behandlung als für deutsche Staatsangehörige vorsehen, finden dann keine Anwendung, wenn der be-

(2) The Federal Republic of Germany will provide for the settlement of, and for the transfer in respect of, claims referred to in the preceding paragraph but not covered by agreements with Governments of creditor countries, provided such claims are due to persons who are nationals of, or reside in, a creditor country from which payments on similar claims are transferable to persons who are nationals of, or reside in, the Federal Republic of Germany. Any laws or regulations in force in the Federal Republic of Germany with respect to social insurance, which provide for less favourable treatment for the nationals of others countries than for German nationals, shall not be applied if the creditor country concerned does not discriminate in respect of social insurance payments between its nationals and German nationals or between

(2) La République Fédérale d'Allemagne prendra les dispositions nécessaires en vue du règlement des créances visées au paragraphe ci-dessus, mais non couvertes par des accords avec des Gouvernements de pays créanciers, et des transferts correspondants, à condition qu'il s'agisse de créances de ressortissants ou de résidants d'un pays créancier dans lequel les paiements afférents à des créances analogues peuvent être transférés à des ressortissants ou des résidants de la République Fédérale d'Allemagne. Les lois et règlements en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne en matière d'assurances sociales prévoyant un traitement moins favorable pour les ressortissants d'autres pays que pour les ressortissants allemands ne seront pas appliqués si le pays créancier intéressé ne fait pas, quant aux paiements d'assurances sociales, de

teiligte Gläubigerstaat mit Bezug auf Sozialversicherungszahlungen zwischen seinen Staatsangehörigen und deutschen Staatsangehörigen oder zwischen Personen, die in dem betreffenden Staat ansässig sind, und Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland ansässig sind, nicht diskriminiert.

(3) Aus Sozialversicherungsleistungen erwachsene Ansprüche im Sinne des Absatzes 1 dieses Artikels, die Personen zustehen, die Staatsangehörige eines Gläubigerstaates oder in einem Gläubigerstaat ansässig sind, und die nicht nach den Bestimmungen der Absätze 1 oder 2 dieses Artikels geregelt werden, sollen nach den Bestimmungen des Artikels 28 der Anlage IV dieses Abkommens geregelt werden.

persons residing in that country and persons residing in the Federal Republic of Germany.

(3) Claims referred to in paragraph (1) of this Article arising from social insurance services which are due to persons who are nationals of, or reside in, a creditor country and are not settled under paragraph (1) or in accordance with paragraph (2) of this Article shall be settled pursuant to the provisions of Article 28 of Annex IV to the present Agreement.

discrimination entre ses ressortissants et les ressortissants allemands ou entre ses résidants et les résidants de la République Fédérale d'Allemagne.

(3) Les créances visées au paragraphe (1) du présent Article, au titre d'assurances sociales, de ressortissants ou de résidants d'un pays créancier qui ne seront pas réglées en vertu du paragraphe (1) ou conformément au paragraphe (2) du présent Article seront réglées selon les dispositions de l'Article 28 de l'Annexe IV au présent Accord.

Artikel 23

Schulden aus der Privatversicherung

(1) Sind in zweiseitigen Vereinbarungen, die in Durchführung von Artikel 30 Absatz 1 der Anlage IV dieses Abkommens getroffen werden, Vorschriften über den Transfer von Zahlungen oder über Bezahlung in Deutscher Mark von solchen Schulden enthalten, die sich aus Versicherungs- oder Rückversicherungsverträgen oder -vereinbarungen irgendeiner Art ergeben oder mit derartigen Verträgen oder Vereinbarungen im Zusammenhang stehen, so müssen diese Vorschriften mit den Bestimmungen über die Regelung anderer Schuldenarten im Einklang stehen.

(2) Soweit bis zum 30. Juni 1953 keine zweiseitigen Vereinbarungen getroffen worden sind, werden die aus Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen herrührenden Schulden gemäß den Bestimmungen von Artikel 30 Absatz 2 und Artikel 31 der Anlage IV dieses Abkommens geregelt. Die Frist bis zum 30. Juni 1953 kann durch Übereinkunft verlängert werden. Gläubiger, die in Staaten ansässig sind, mit denen bis dahin zweiseitige Vereinbarungen nicht getroffen sein werden, sollen hinsichtlich des Transfers von Zahlungen oder der Bezahlung in Deutscher Mark für jede Art von Schulden die günstigsten Bedingungen genießen, die in einer gemäß Absatz 1 dieses Artikels geschlossenen zweiseitigen Vereinbarung für Schulden der gleichen Art vorgesehen sind.

Article 23

Insurance Debts

(1) Where, in bilateral arrangements concluded in implementation of Article 30, paragraph (1) of Annex IV to the present Agreement, provision is made for the transfer of payments or for payment in Deutsche Mark of debts arising out of insurance or reinsurance contracts or agreements of any kind, or in connexion with such contracts or agreements, such provision shall be consistent with the provisions governing the settlement of other types of debts.

(2) Where no bilateral arrangements have been concluded by 30th June, 1953, debts arising out of insurance and reinsurance contracts shall be settled pursuant to the provisions of Article 30, paragraph (2), and Article 31 respectively of Annex IV to the present Agreement. The time-limit of 30th June, 1953, may by mutual agreement be extended. The most favourable terms contained in any of the bilateral arrangements concluded under paragraph (1) of this Article for the transfer of payments or for payment in Deutschemarks of any category of debt shall be applicable to debts in the same category owed to creditors resident in countries with which bilateral arrangements will not have been concluded.

Article 23

Dettes d'assurances

(1) Lorsque les arrangements bilatéraux conclus en exécution de l'Article 30, paragraphe (1), de l'Annexe IV au présent Accord contiendront des dispositions en vue du transfert de paiements afférents à des dettes, ou du paiement en Deutschemark de dettes, découlant de contrats, ou d'accords de toute nature, d'assurance ou de réassurance, ou relatives à de tels contrats ou accords, ces dispositions devront être compatibles avec celles qui régissent le règlement des autres types de dettes.

(2) Lorsqu'aucun accord bilatéral n'aura été conclu au 30 juin 1953, les dettes au titre de contrats d'assurance ou de réassurance seront réglées conformément aux dispositions de l'Article 30, paragraphe (2) et de l'Article 31 de l'Annexe IV. La date limite du 30 juin 1953 pourra être reportée par accord mutuel. Les modalités les plus favorables figurant dans l'un quelconque des accords bilatéraux conclus conformément au paragraphe (1) du présent Article en vue du transfert de paiements afférents à une catégorie quelconque de dettes, ou du paiement en Deutschemark de ces dettes, seront applicables aux dettes de la même catégorie envers des créanciers résidant dans des pays avec lesquels il n'aura pas été conclu d'accords bilatéraux.

Artikel 24

Anwendung des Abkommens auf Berlin

(1) Nach Maßgabe der Bestimmungen von Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe b und Artikel 5 Absatz 5 erstreckt sich dieses Abkommen auf Berlin, das in den Grenzen seiner Zuständigkeit Verpflichtungen, die den von der Bundesrepublik Deutschland in diesem Abkommen und seinen Anlagen übernommenen entsprechen, ausführen wird.

(2) Dieses Abkommen soll bei oder nach seinem Inkrafttreten gemäß Artikel 35 Absatz 2 für Berlin in Kraft treten, sobald die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bei der Regierung des Vereinigten Königreichs von

Article 24

Application of Agreement to Berlin

(1) Subject to the provisions of paragraph (2) (b) of Article 4 and of paragraph (5) of Article 5, the present Agreement shall apply to Berlin which shall, within the limits of its jurisdiction, implement undertakings corresponding to those of the Federal Republic of Germany under the present Agreement and the Annexes thereto.

(2) The present Agreement shall enter into force as to Berlin, on or after its entry into force in accordance with paragraph (2) of Article 35, when the Government of the Federal Republic of Germany deposits with the Govern-

Article 24

Application de l'Accord à Berlin

(1) Sous réserve des dispositions du paragraphe (2) (b) de l'Article 4 et du paragraphe (5) de l'Article 5, le présent Accord s'appliquera à Berlin, qui, dans les limites de sa compétence, s'acquittera d'engagements correspondant à ceux que la République Fédérale d'Allemagne assume au titre du présent Accord et de ses Annexes.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur, en ce qui concerne Berlin, lors de son entrée en vigueur conformément au paragraphe (2) de l'Article 35 ou postérieurement, lorsque le Gouvernement de la République

Großbritannien und Nordirland die Erklärung hinterlegt, daß allen in Berlin geltenden Rechtsvorschriften über das zur Anwendung dieses Abkommens auf Berlin erforderliche Verfahren genügt worden ist.

ment of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland a statement that all legal procedures in Berlin necessary for the application of the present Agreement to Berlin have been complied with.

Fédérale d'Allemagne déposera auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord une déclaration précisant que toutes les mesures d'ordre juridique nécessaires à l'application du présent Accord à Berlin, ont été prises à Berlin.

Artikel 25

Verfahren bei der Wiedervereinigung Deutschlands

Bei der Wiedervereinigung Deutschlands werden die Parteien dieses Abkommens das Abkommen einer Nachprüfung unterziehen, und zwar ausschließlich mit dem Ziele,

(a) die Bestimmungen der Anlagen dieses Abkommens über Anpassungen, die bei bestimmten Schulden im Falle der Wiedervereinigung vorzunehmen sein werden, auszuführen, soweit sie dann nicht ohne weiteres wirksam werden sollen, und

(b) die Bestimmungen dieses Abkommens auf die Schulden von Personen auszudehnen, die in dem mit der Bundesrepublik Deutschland wiedervereinigten Gebiet ansässig sind, und

(c) angemessene Anpassungen mit Bezug auf Schulden vorzunehmen, bei deren Regelung der Verlust von Vermögenswerten, die in dem mit der Bundesrepublik Deutschland wiedervereinigten Gebiet belegen sind, oder die Unmöglichkeit ihrer Verwendung berücksichtigt worden ist.

Article 25

Action on Reunification of Germany

The Parties to the present Agreement will review the present Agreement on the reunification of Germany exclusively for the purpose of—

(a) implementing the provisions of the Annexes to the present Agreement regarding adjustments to be made in respect of specific debts upon such reunification, except in so far as such provisions are to become automatically operative upon that event; and

(b) making the provisions of the present Agreement applicable to the debts of persons residing in the area reunited with the Federal Republic of Germany; and

(c) making equitable adjustments in respect of debts in the settlement of which consideration is given to the loss of or inability to use assets located in the area reunited with the Federal Republic of Germany.

Article 25

Révision de l'Accord lors de la réunification de l'Allemagne

Les Parties Contractantes réviseront le présent Accord lors de la réunification de l'Allemagne. Cette révision aura exclusivement pour objet:

(a) d'appliquer les dispositions des Annexes au présent Accord, prévoyant l'ajustement de certaines dettes particulières en cas de réunification, sauf dans la mesure où il est prévu que ces dispositions sont automatiquement appliquées en pareil cas;

(b) d'étendre l'application des dispositions du présent Accord aux dettes des personnes résidant dans le territoire réuni avec celui de la République Fédérale d'Allemagne;

(c) d'effectuer des ajustements équitables dans le cas des dettes dont les modalités de règlement ont été établies en tenant compte de la disparition ou de l'indisponibilité de certains avoirs situés dans le territoire réuni avec celui de la République Fédérale d'Allemagne

Artikel 26

Frühere Abkommen

Keine Bestimmung dieses Abkommens berührt die Wirksamkeit anderer Abkommen zur Regelung von Verbindlichkeiten, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens geschlossen hat.

Article 26

Prior Agreements

Nothing in the present Agreement shall be deemed to affect the validity of any Agreement, respecting the settlement of obligations, entered into by the Government of the Federal Republic of Germany before the entry into force of the present Agreement.

Article 26

Accords antérieurs

Aucune des dispositions du présent Accord ne sera considérée comme affectant la validité de tout Accord relatif à un règlement d'obligations conclu par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

Artikel 27

Vorrang des Abkommens gegenüber seinen Anlagen

Falls Bestimmungen dieses Abkommens mit Bestimmungen einer seiner Anlagen nicht übereinstimmen, sind die Bestimmungen des Abkommens maßgebend.

Article 27

Text of Agreement to Prevail

In the event of any inconsistency between the provisions of the present Agreement and the provisions of any of the Annexes thereto, the provisions of the Agreement shall prevail.

Article 27

Préséance de l'Accord sur les Annexes

En cas d'incompatibilité entre les dispositions du présent Accord et les dispositions de l'une quelconque de ses Annexes, les dispositions du présent Accord prévaudront.

Artikel 28

Schiedsgerichtshof

(1) Der Schiedsgerichtshof für das Abkommen über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Schiedsgerichtshof" bezeichnet) wird für die nachstehend angegebenen Zwecke errichtet. Die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Aufbau des Schiedsgerichtshofes sowie die Bestimmungen über die Ausübung seiner Gerichtsbarkeit sind in der Satzung enthalten, die diesem Abkommen als Anlage IX beigefügt ist.

(2) Nach Maßgabe der Bestimmungen des Absatzes 5 dieses Artikels ist der Schiedsgerichtshof ausschließlich zu-

Article 28

Arbitral Tribunal

(1) The Arbitral Tribunal for the Agreement on German External Debts (hereinafter referred to as "the Tribunal") shall be established for the purposes hereinafter specified. The composition and organisation of the Tribunal and the rules for the exercise of its jurisdiction are contained in the Charter which is appended hereto as Annex IX.

(2) Subject to the provisions of paragraph (5) of this Article, the Tribunal shall have exclusive juris-

Article 28

Tribunal d'Arbitrage

(1) Il est institué, aux fins définies ci-après, un Tribunal d'Arbitrage de l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes (dénommé ci-après «le Tribunal»). La composition, l'organisation et les règles de fonctionnement du Tribunal sont définies dans la Charte jointe en Annexe IX au présent Accord.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe (5) du présent Article, le Tribunal est seul compétent pour tous

ständig für alle diejenigen Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Parteien dieses Abkommens über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens oder seiner Anlagen, welche die Parteien nicht im Verhandlungswege beilegen können; jedoch gehören Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Artikels 34 dieses Abkommens nicht zur Zuständigkeit des Schiedsgerichtshofes oder anderer Gerichte oder Schiedsinstanzen. Ist die Bundesrepublik Deutschland an einem Verfahren vor dem Schiedsgerichtshof, das eine Streitigkeit zwischen Parteien dieses Abkommens betrifft, nicht beteiligt, so wird sie auf Verlangen einer beteiligten Partei ihrerseits an dem Verfahren als Partei teilnehmen.

diction in all disputes between two or more of the Parties to the present Agreement regarding the interpretation or application of the Agreement, or the Annexes thereto, which the Parties are not able to settle by negotiation, except that any dispute respecting the interpretation or application of Article 34 of the present Agreement shall not be within the jurisdiction of the Tribunal or of any other court or tribunal. In any proceeding before the Tribunal concerning a dispute between Parties to the present Agreement, other than the Government of the Federal Republic of Germany, the said Government shall, at the request of any party to the dispute, become a party to such proceeding.

les litiges entre deux ou plusieurs Parties Contractantes relatifs à l'interprétation et à l'application de l'Accord ou de ses Annexes, que les Parties ne parviendront pas à régler par voie de négociations. Toutefois, les litiges relatifs à l'interprétation ou à l'application de l'Article 34 du présent Accord sont exclus de la compétence du Tribunal et de toute autre cour ou tribunal. Dans toute instance devant le Tribunal relative à un litige entre Parties Contractantes autres que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, ce dernier Gouvernement deviendra partie à l'instance si l'une des Parties au litige le demande.

(3) Der Schiedsgerichtshof ist ausschließlich zuständig für Verfahren über die in Artikel 16 Absatz 2 der Anlage IV dieses Abkommens erwähnten Fragen, die für die Auslegung der genannten Anlage grundsätzliche Bedeutung haben und ihm von einer Partei dieses Abkommens vorgelegt werden. Die Bestimmungen dieses Absatzes berühren nicht die Zuständigkeit der Gemischten Kommission, wie sie in Artikel 31 Absatz 2 dieses Abkommens geregelt ist.

(3) The Tribunal shall have exclusive jurisdiction in proceedings concerning questions of fundamental importance for the interpretation of Annex IV to the present Agreement, referred to in the second paragraph of Article 16 of that Annex, which are submitted to it by any Party to the present Agreement. The provisions of this paragraph shall not affect the jurisdiction of the Mixed Commission as laid down in paragraph (2) of Article 31 of the present Agreement.

(3) Le Tribunal est seul compétent pour les instances relatives aux questions d'importance fondamentale pour l'interprétation de l'Annexe IV au présent Accord, visées au second paragraphe de l'Article 16 de cette Annexe, qui lui sont soumises par toute Partie Contractante. La présente disposition ne porte pas atteinte à la compétence attribuée à la Commission Mixte par le paragraphe (2) de l'Article 31 du présent Accord.

(4) Der Schiedsgerichtshof ist ausschließlich zuständig für Anrufungsverfahren, die gemäß den Bestimmungen des Artikels 31 Absatz 7 dieses Abkommens anhängig gemacht werden.

(4) The Tribunal shall have exclusive jurisdiction in appeals which are brought under the provisions of paragraph (7) of Article 31 of the present Agreement.

(4) Le Tribunal est seul compétent pour connaître des appels interjetés par application des dispositions du paragraphe (7) de l'Article 31 du présent Accord.

(5) Unbeschadet der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 dieses Artikels ist der Schiedsgerichtshof nicht zuständig für Streitigkeiten, die sich ausschließlich auf die Auslegung oder Anwendung einer Anlage dieses Abkommens beziehen, sofern eine gemäß dieser Anlage errichtete Schiedsinstanz für die Entscheidung der betreffenden Frage über die Auslegung oder Anwendung zuständig ist. Diese Bestimmung bedeutet keine Einschränkung der Zuständigkeit des Schiedsgerichtshofes bei Streitigkeiten über die Frage, ob eine Entscheidung einer solchen Schiedsinstanz in Widerspruch zu Bestimmungen dieses Abkommens steht.

(5) Without prejudice to the provisions of paragraphs (3) and (4) of this Article, the Tribunal shall not have jurisdiction in any dispute which is concerned solely with the interpretation or application of an Annex to the present Agreement if an arbitral body established pursuant to such Annex is competent to decide the question of interpretation or application concerned. The foregoing provision shall not be deemed to limit the jurisdiction of the Tribunal in any dispute as to whether a decision of such an arbitral body is in conflict with any of the provisions of the present Agreement.

(5) Sans préjudice des dispositions des paragraphes (3) et (4) du présent Article, le Tribunal n'a pas compétence pour connaître des litiges portant exclusivement sur l'interprétation ou l'application d'une Annexe au présent Accord lorsqu'une instance arbitrale instituée en application de ladite Annexe est compétente pour décider la question d'interprétation ou d'application en cause. La présente disposition ne sera pas considérée comme limitant la compétence du Tribunal dans tout litige sur le point de savoir si une décision rendue par l'une des instances arbitrales mentionnées ci-dessus entre en conflit avec l'une quelconque des dispositions du présent Accord.

(6) Jede Partei dieses Abkommens, die an dem Gegenstand eines Verfahrens vor dem Schiedsgerichtshof interessiert ist, ist berechtigt, an dem Verfahren als Partei teilzunehmen.

(6) Any Party to the present Agreement which is concerned in the subject-matter of a proceeding before the Tribunal shall be entitled to become a party to such proceeding.

(6) Toute Partie Contractante ayant un intérêt à la question qui fait l'objet d'une instance devant le Tribunal est en droit de devenir partie à cette instance.

(7) Der Schiedsgerichtshof hat das Recht, Fragen, die sich auf seine Zuständigkeit beziehen, nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels selbst zu entscheiden.

(7) The Tribunal shall have power to decide questions as to its jurisdiction under the foregoing provisions of this Article.

(7) Le Tribunal a pouvoir pour statuer sur les questions relatives à l'étendue de sa compétence dans le cadre des précédentes dispositions du présent Article.

(8) Die Entscheidung des Schiedsgerichtshofes ist endgültig und bindend

(8) A decision of the Tribunal—

(8) Toute décision du Tribunal:

(a) in einem Verfahren gemäß Absatz 2 dieses Artikels für die Parteien der Streitigkeit und für jede andere Partei dieses Abkommens, die an dem Verfahren als Partei teilnimmt;

(a) in a proceeding under paragraph (2) of this Article shall be final and binding upon the parties to the dispute and upon any other Party to the present Agreement which becomes a party to the proceeding;

(a) dans une instance au titre du paragraphe (2) du présent Article, est définitive et lie les parties au litige et toute autre Partie Contractante devenue partie à l'instance;

(b) in einem Verfahren gemäß Absatz 3 dieses Artikels für die Partei dieses Abkommens, welche die

(b) in a proceeding under paragraph (3) of this Article shall be final and binding upon the party which

(b) dans une instance au titre du paragraphe (3) du présent Article, est définitive et lie la Partie Contrac-

Frage dem Schiedsgerichtshof vorgelegt hat, und für jede andere Partei dieses Abkommens, die an dem Verfahren als Partei teilnimmt;

(c) in einem Anrufungsverfahren gemäß Absatz 4 dieses Artikels für die Partei oder die Parteien des Anrufungsverfahrens.

(9) Die Entscheidungsbefugnis des Schiedsgerichtshofes wird nicht dadurch berührt, daß eine Partei der Streitigkeit sich auf das vor dem Schiedsgerichtshof anhängige Verfahren nicht einläßt.

(10) Alle gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen errichteten Schiedsinstanzen, ausgenommen der Schiedsgerichtshof selbst, sind bei der Entscheidung über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens und seiner Anlagen an die einschlägigen Entscheidungen des Schiedsgerichtshofes gebunden.

(11) Auf Ersuchen einer Partei dieses Abkommens erstattet der Schiedsgerichtshof Gutachten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens (ausgenommen die Auslegung oder Anwendung von Artikel 34). Solche Gutachten haben keine bindende Wirkung.

submitted the question to the Tribunal and upon any other party which becomes a party to the proceeding;

(c) in an appeal under paragraph (4) of this Article shall be final and binding upon the party or parties to such appeal.

(9) The jurisdiction of the Tribunal shall not be affected by the failure of any party to a dispute to enter an appearance in the proceeding before the Tribunal.

(10) Any arbitral body, other than the Tribunal, established under the present Agreement or the Annexes thereto, shall, in reaching decisions respecting the interpretation or application of the present Agreement or the Annexes thereto, be bound by any relevant decision of the Tribunal.

(11) If any Party to the present Agreement so requests, the Tribunal shall render an advisory opinion regarding the interpretation or application of the present Agreement (except with respect to the interpretation or application of Article 34). Such advisory opinion shall not have binding effect.

tante qui a soumis la question au Tribunal et toute autre Partie Contractante devenue partie à l'instance;

(c) dans un appel au titre du paragraphe (4) du présent Article, est définitive et lie la partie ou les parties à l'appel.

(9) La compétence du Tribunal n'est pas affectée par le défaut de toute partie à un litige.

(10) Dans leurs décisions sur l'interprétation ou l'application du présent Accord ou de ses Annexes, toutes les instances arbitrales autres que le Tribunal, établies par application du présent Accord ou de ses Annexes, sont liées par les décisions applicables du Tribunal.

(11) A la demande de toute Partie Contractante, le Tribunal donne un avis consultatif sur l'interprétation ou l'application du présent Accord (à l'exclusion de l'Article 34). Cet avis consultatif n'a pas force obligatoire.

Artikel 29

Schiedsverfahren nach Anlage I

(1) An Verfahren vor einem Schiedsgericht, das für die Entscheidung von Streitigkeiten gemäß Ziffer 7 Absatz 1 Buchstabe g der Anlage I dieses Abkommens vorgesehen ist, können nur diejenigen Vereinigungen von Wertpapierinhabern (Bondholders' Councils) oder entsprechende Vereinigungen, die von den Regierungen der Staaten, in denen sie gebildet sind, als Vertreter der Wertpapierinhaber in diesen Staaten anerkannt sind (im folgenden als „Gläubigervertretungen" bezeichnet) auf der einen Seite und Schuldner auf der anderen Seite als Parteien teilnehmen.

(2) Ein Schiedsgericht der in dem vorstehenden Absatz bezeichneten Art besteht, sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, aus drei in folgender Weise ernannten Mitgliedern:

(a) einem Mitglied, das vom Schuldner zu ernennen ist;

(b) einem Mitglied, das von der betreffenden Gläubigervertretung zu ernennen ist, oder, wenn mehrere Gläubigervertretungen beteiligt sind, von diesen gemeinsam;

(c) einem dritten Mitglied als Obmann, das von den gemäß den Buchstaben a und b dieses Absatzes ernannten Schiedsrichtern zu wählen ist. Der Obmann darf weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch diejenige eines Staates besitzen, in dem eine als Partei an dem Verfahren teilnehmende Gläubigervertretung gebildet ist.

(3) Binnen 90 Tagen, gerechnet von dem Tage, an dem eine der Parteien des Verfahrens der anderen Partei die Ernennung ihres Schiedsrichters mit-

Article 29

Arbitration of certain Disputes under Annex I

(1) Only Bondholders' Councils or analogous bodies, recognised by the Governments of the countries in which they are organised as representing the bondholders of such countries (hereinafter referred to as "creditors' representatives"), on the one hand, and debtors, on the other hand, shall be entitled to be parties to proceedings before a Court of Arbitration provided for the decision of disputes falling under Section 7 (1) (g) of Annex I to the present Agreement.

(2) A Court of Arbitration described in the preceding paragraph shall, except as otherwise agreed between the parties, consist of three members appointed as follows:—

(a) one member to be appointed by the debtor;

(b) one member to be appointed by the creditors' representative concerned and, if more than one, by such creditors' representatives jointly;

(c) a third member, to act as Chairman, to be chosen by the arbitrators appointed in accordance with sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph. The Chairman shall be neither a German national nor a national of a country in which a creditors' representative, party to the proceeding, is organised.

(3) Within ninety days of the date on which one of the parties to the proceeding notifies the other party of the appointment of its arbitrator, such

Article 29

Arbitrage de certains litiges dans le cadre de l'Annexe I

(1) Seules les Associations de porteurs de valeurs mobilières ou les organisations similaires reconnues par les Gouvernements des pays dans lesquels elles sont constituées comme représentant les porteurs de valeurs mobilières de ces pays (dénommés ci-après «les représentants des créanciers»), d'une part, et les débiteurs, d'autre part, sont en droit d'être parties à une instance devant un des Tribunaux d'Arbitrage prévus pour le règlement des litiges définis dans la Section 7 (1) (g) de l'Annexe I au présent Accord.

(2) Les Tribunaux d'Arbitrage prévus au paragraphe précédent comprennent, sauf s'il en a été autrement convenu par les parties au litige, trois membres nommés comme suit:

(a) un membre nommé par le débiteur;

(b) un membre nommé par le représentant des créanciers intéressé ou, lorsque plusieurs représentants des créanciers sont en cause, conjointement par ces représentants;

(c) un troisième membre, assumant les fonctions de Président, choisi par les arbitres nommés conformément aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe. Le Président ne peut être un ressortissant allemand, ni un ressortissant d'un pays dans lequel l'un des représentants des créanciers parties au litige a été constitué.

(3) Dans les quatre-vingt dix jours de la notification, par l'une des parties au litige, de la nomination de son arbitre à l'autre partie, celle-ci doit

geteilt hat, hat die andere Partei ihrerseits einen Schiedsrichter zu ernennen. Ernennt die andere Partei ihren Schiedsrichter nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so wird er auf Antrag der Partei, welche die Mitteilung gemacht hat, von der Internationalen Handelskammer ernannt.

(4) Einigen sich die beiden Schiedsrichter binnen 30 Tagen, gerechnet von dem Tage der Ernennung des zuletzt ernannten Schiedsrichters, nicht auf einen Obmann, so wird er auf Antrag eines der beiden Schiedsrichter durch die Internationale Handelskammer ernannt. Die Bestimmung des Absatzes 2 Buchstabe c dieses Artikels über die Staatsangehörigkeit gilt auch für diese Ernennung.

(5) Stirbt ein Mitglied des Schiedsgerichts oder fällt ein Mitglied wegen Erkrankung, Niederlegung des Amtes oder Nichtausübung seiner Amtspflichten aus, so wird die Stelle binnen 30 Tagen, nachdem sie frei geworden ist, in gleicher Weise wie bei der ursprünglichen Ernennung neu besetzt.

(6) Das Schiedsgericht gibt sich seine eigene Verfahrensordnung. Ist eine solche Verfahrensordnung nicht erlassen oder regelt sie das Verfahren nicht erschöpfend, so ist insoweit die Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer anzuwenden.

(7) Die Entscheidung des Schiedsgerichts über die Konversion, die Gegenstand des schiedsgerichtlichen Verfahrens war, ist hinsichtlich der Bedingungen des Regelungsangebotes für die Parteien des Verfahrens bindend; die Gläubigervertretung hat den Wertpapierinhabern die Annahme des Angebotes zu empfehlen, sofern das Angebot den anderen in der Anlage I dieses Abkommens festgelegten Erfordernissen entspricht.

other party shall appoint its arbitrator. If such other party fails to appoint its arbitrator within the time prescribed, such arbitrator shall, upon the application of the party which has given notice as aforesaid, be appointed by the International Chamber of Commerce.

(4) If the two arbitrators fail, within thirty days of the date of the appointment of the arbitrator last appointed, to agree upon a Chairman, he shall, at the request of either of the two arbitrators, be appointed by the International Chamber of Commerce. The qualification as to nationality provided in paragraph (2) (c) of this Article shall apply to such appointment.

(5) In the event of any vacancy caused by the death, illness, withdrawal or failure of a member of a Court of Arbitration to carry out his duties, such vacancy shall be filled, in the same manner as the original appointment, within thirty days of the occurrence of such vacancy.

(6) A Court of Arbitration shall determine its own rules of procedure. In the absence of such determination, or in respect of matters not covered by such determination, the Arbitration Code of the International Chamber of Commerce shall apply.

(7) The decision of a Court of Arbitration as to the conversion which is the subject of the arbitration proceeding shall be binding on the parties to the proceeding as to the terms of the offer of settlement and the creditors' representative shall recommend to the bondholders the acceptance of the offer, provided that such offer meets the other requirements laid down in Annex I to the present Agreement.

nommer son arbitre. Au cas où elle ne l'aurait pas fait dans le délai prescrit, l'arbitre sera, à la demande de la partie ayant effectué la notification prévue ci-dessus, nommé par la Chambre de Commerce Internationale.

(4) Au cas où les deux arbitres ne pourraient se mettre d'accord dans les trente jours de la nomination du second arbitre sur la désignation du Président, celui-ci sera, à la demande de l'un quelconque des deux arbitres, nommé par la Chambre de Commerce Internationale. Cette nomination sera sujette à la condition de nationalité prévue au paragraphe (2) (c) du présent Article.

(5) En cas de vacance pour cause de décès, maladie, démission ou non exécution par un membre du Tribunal d'Arbitrage des devoirs de sa charge, il sera pourvu au siège devenu vacant selon la même procédure que lors de la nomination initiale, dans les trente jours de la vacance.

(6) Les Tribunaux d'Arbitrage arrêtent leurs propres règles de procédure. A défaut, le Code d'arbitrage de la Chambre de Commerce Internationale est applicable.

(7) La décision d'un Tribunal d'Arbitrage, quant à la conversion qui fait l'objet de l'arbitrage, lie les parties à l'instance en ce qui concerne les modalités de l'offre de règlement, et le représentant des créanciers est tenu de recommander l'acceptation de cette offre aux porteurs, pour autant qu'elle se conforme aux autres conditions prévues par l'Annexe I au présent Accord.

Artikel 30

Beteiligung der Anleihetreuhänder nach Anlage II

(1) Der gemäß Artikel IX der Anlage II dieses Abkommens errichtete Schieds- und Vermittlungsausschuß macht dem Treuhänder einer verbrieften Schuld, auf welche die genannte Anlage Anwendung findet, Mitteilung von jedem bei dem Ausschuß anhängigen Verfahren über die Regelung der Schuld. Der Treuhänder kann binnen 20 Tagen nach Zustellung der Mitteilung an dem Verfahren als Partei teilnehmen.

(2) Um den Treuhänder einer verbrieften Schuld bei der Entlastung von einer Verantwortung zu unterstützen, die er gegenüber Inhabern dieser Schuldverschreibungen gegebenenfalls hat, wird der Schuldner in dem Zeitpunkt, in dem er der Gläubigervertretung gemäß Artikel VII der Anlage II dieses Abkommens einen Vorschlag für ein Regelungsangebot vorlegt, dem Treuhänder dieser Schuldverschreibungen ebenfalls eine Abschrift davon vorlegen. Der Treuhänder kann dem Schuldner und der Gläubigervertretung

Article 30

Trustees' Position in relation to Annex II and Arbitration thereunder

(1) The Arbitration and Mediation Committee established pursuant to Article IX of Annex II to the present Agreement shall serve notice upon the trustee of a bonded debt to which the said Annex applies of any proceeding concerning the settlement of such debt which is pending before it. The trustee may, within twenty days after the service of such notice, become a party to such proceeding.

(2) In order to assist the trustee of a bonded debt in the discharge of any responsibilities which such trustee may have to holders of such debt, the debtor, at the time it submits to the creditors' representative any proposed offer of settlement pursuant to Article VII of Annex II to the present Agreement shall likewise submit a copy thereof to the trustee of such debt. The trustee may communicate to the debtor and to the creditors' representative any objection which it may have to the terms of the offer under negotia-

Article 30

Situation des trustees au regard des dispositions de l'Annexe II et de la procédure d'arbitrage prévue par cette Annexe

(1) Lorsque le Comité d'Arbitrage et de Médiation constitué par application de l'Article IX de l'Annexe II au présent Accord est saisi d'une instance relative au règlement d'une dette obligataire à laquelle cette Annexe est applicable, il notifie cette instance au trustee de la dette en cause. Ce dernier peut, dans les vingt jours suivant la réception de cette notification, devenir partie à l'instance.

(2) Afin de permettre aux trustees des dettes obligataires de s'acquitter des obligations qui peuvent leur incomber envers les porteurs de ces dettes, tout débiteur qui, conformément aux dispositions de l'Article VII de l'Annexe II au présent Accord, soumet au représentant des créanciers une proposition en vue d'une offre de règlement, doit soumettre en même temps une copie de cette proposition au trustee de la dette en cause. Ce dernier peut faire connaître au débiteur et au représentant des créanciers toute

die Einwendungen mitteilen, die er gegen die Bedingungen des zur Erörterung stehenden Angebots gegebenenfalls hat; diese Einwendungen sind bei diesen Erörterungen zur Prüfung vorzulegen.

(3) Vor dem Abschluß einer endgültigen Vereinbarung mit der Gläubigervertretung über die Bedingungen des Regelungsangebotes wird der Schuldner dem Treuhänder die Bedingungen dieses Regelungsangebotes schriftlich mitteilen. Binnen 10 Tagen nach Erhalt dieser Mitteilung kann der Treuhänder dem Schieds- und Vermittlungsausschuß Einwendungen gegen die Bedingungen des Regelungsangebotes in Bezug auf alle Fragen vorlegen, bei denen er nach den Bedingungen des bestehenden Vertrages nach seinem Ermessen feststellt, daß er gegenüber Inhabern dieser Schuldverschreibungen eine Verantwortung hat. Der Schieds- und Vermittlungsausschuß wird der Gläubigervertretung und dem Schuldner die Einleitung des Verfahrens durch die Zustellung mitteilen. Die Gläubigervertretung und der Schuldner können binnen 20 Tagen nach Zustellung dieser Mitteilung ebenfalls an dem Verfahren als Parteien teilnehmen. Die Zuständigkeit des Schieds- und Vermittlungsausschusses für ein solches Verfahren wird dadurch nicht berührt, daß die Gläubigervertretung oder der Schuldner sich auf das Verfahren nicht einläßt. Erfolgt innerhalb der oben bezeichneten Frist von 10 Tagen keine Anrufung der Schiedsinstanz, so kann der Schuldner die vorgeschlagene Vereinbarung mit der Gläubigervertretung abschließen.

(4) Eine Entscheidung des Schieds- und Vermittlungsausschusses in einem Verfahren gemäß Absatz 3 dieses Artikels ist für die Gläubigervertretung und den Schuldner in gleichem Umfange bindend wie im zweiten Absatz der Ziffer 1 des Artikels IX der Anlage II dieses Abkommens vorgesehen. Nimmt ein Treuhänder gemäß Absatz 1 oder 3 dieses Artikels an einem Verfahren als Partei teil, so hat er in diesem Verfahren die gleichen Rechte wie jede andere Partei dieses Verfahrens.

tion, which objection shall be submitted for consideration in such negotiations.

(3) Prior to entering into any definitive agreement with the creditors' representative on the terms of the offer of settlement the debtor shall notify the trustee in writing of the terms of such offer of settlement. Within ten days after receipt of such notice the trustee shall have the right to refer to the Arbitration and Mediation Committee any objection which such trustee may have to the terms of the offer of settlement regarding any matter in respect of which, under the terms of the existing indenture, the trustee shall determine, in the exercise of its discretion, that it has responsibility to holders of such bonded debt. The Arbitration and Mediation Committee shall serve notice upon the creditors' representative and the debtor of the institution of such proceeding. The creditors' representative and the debtor may also become parties to the proceeding by entering an appearance within twenty days after the service of such notice. The jurisdiction of the Arbitration and Mediation Committee with respect to such proceeding shall not be affected by the failure of the creditors' representative or of the debtor to enter an appearance in such proceeding. If there is no reference to arbitration within the ten-day period provided for above, the debtor may enter into the proposed agreement with the creditors' representative.

(4) A decision of the Arbitration and Mediation Committee in a proceeding pursuant to paragraph (3) of this Article shall be binding upon the creditors' representative and the debtor to the same extent as is provided in the second sub-paragraph of paragraph 1 of Article IX of Annex II to the present Agreement. In any proceeding to which a trustee becomes a party pursuant to paragraph (1) or (3) of this Article, such trustee shall have the same rights as any other party thereto.

objection qu'il pourrait avoir à l'encontre des modalités de l'offre en cours de négociation, et cette objection doit être étudiée au cours des négociations.

(3) Avant de conclure un accord définitif avec le représentant des créanciers sur les modalités de l'offre de règlement, le débiteur notifie ces modalités par écrit au trustee. Dans les dix jours suivant la réception de cette notification, ce dernier est en droit de soumettre au Comité d'Arbitrage et de Médiation toute objection qu'il peut avoir à l'encontre des modalités de l'offre de règlement, sur tout point pour lequel il décide, à sa seule discrétion, que les termes du contrat de mandat («Trusteeship») existant lui imposent des obligations envers les porteurs. Le Comité d'Arbitrage et de Médiation notifie l'introduction de cette instance au représentant des créanciers et au débiteur. Ceux-ci peuvent devenir parties à l'instance dans les vingt jours suivant la réception de cette notification. La compétence du Comité d'Arbitrage et de Médiation à l'égard de l'instance n'est pas affectée par le défaut du représentant des créanciers ou du débiteur. Si, à l'expiration du délai de dix jours prévu ci-dessus, il n'a pas été fait appel à l'arbitrage, le débiteur peut conclure l'accord envisagé avec le représentant des créanciers.

(4) Toute décision du Comité d'Arbitrage et de Médiation, dans une instance engagée par application du paragraphe (3) du présent Article, lie le représentant des créanciers et le débiteur dans la mesure prévue par le paragraphe 1, deuxième alinéa, de l'Article IX de l'Annexe II au présent Accord. Dans toute instance à laquelle le trustee est devenu partie par application du paragraphe (1) ou du paragraphe (3) du présent Article, le trustee a les mêmes droits que toute autre partie à l'instance.

Artikel 31

Gemischte Kommission nach Anlage IV

(1) Die Bestimmungen über die Zusammensetzung und den Aufbau der in Artikel 16 der Anlage IV dieses Abkommens vorgesehenen Gemischten Kommission sowie die Bestimmungen über die Ausübung ihrer Gerichtsbarkeit sind in der Satzung enthalten, die diesem Abkommen als Anlage X beigefügt ist.

(2) Die Gemischte Kommission ist zuständig für die Entscheidung

(a) von Meinungsverschiedenheiten zwischen Gläubigern und Schuldnern über die Auslegung der Anlage IV dieses Abkommens, die ihr vorgelegt werden entweder durch den Gläubiger und den Schuldner gemeinsam oder durch

Article 31

Mixed Commission for Questions respecting Annex IV

(1) The composition and organisation of the Mixed Commission provided for in Article 16 of Annex IV to the present Agreement and the rules for the exercise of its jurisdiction are contained in the Charter which is appended hereto as Annex X.

(2) The Mixed Commission shall have jurisdiction in—

(a) differences between a creditor and a debtor as to the interpretation of Annex IV to the present Agreement, referred to it either by a creditor and a debtor jointly, or by a creditor or a debtor whose Government states that in

Article 31

Commission Mixte pour le règlement des questions relatives à l'Annexe IV

(1) La composition, l'organisation et les règles de fonctionnement de la Commission Mixte prévue par l'Article 16 de l'Annexe IV au présent Accord sont définies dans la Charte jointe en Annexe X au présent Accord.

(2) La Commission Mixte est compétente pour:

(a) les divergences d'opinion entre créanciers et débiteurs résultant de l'interprétation de l'Annexe IV au présent Accord, qui lui sont soumises soit conjointement par un créancier et un débiteur, soit par un créancier ou un débiteur

einen Gläubiger oder einen Schuldner, dessen Regierung erklärt, daß die zu entscheidende Frage nach ihrer Auffassung für die Auslegung der genannten Anlage von allgemeiner Bedeutung sei;

(b) von Fällen, die Gegenstand eines Verfahrens vor einem gemäß Artikel 17 der Anlage IV dieses Abkommens errichteten Schiedsgericht sind und die der Gemischten Kommission gemäß Artikel 16 der genannten Anlage von einer Partei dieses Abkommens oder von dem Schiedsgericht selbst unter Berufung darauf vorgelegt werden, daß es sich um einen Fall von grundsätzlicher Bedeutung für die Auslegung der Anlage IV handele; in Fällen jedoch, in denen das Schiedsgericht gemäß Artikel 11 der Anlage IV dieses Abkommens angerufen ist, darf der Gemischten Kommission nur diejenige Frage zur Entscheidung vorgelegt werden, die für die Auslegung der genannten Anlage grundsätzliche Bedeutung hat.

(3) Jede Partei dieses Abkommens, die an dem Gegenstand eines Verfahrens vor der Gemischten Kommission interessiert ist, ist berechtigt, an dem Verfahren als Partei teilzunehmen.

(4) Die Entscheidungsbefugnis der Gemischten Kommission wird nicht dadurch berührt, daß eine an der Streitigkeit beteiligte Partei sich auf das vor der Gemischten Kommission anhängige Verfahren nicht einläßt.

(5) Die Gemischte Kommission hat das Recht, Fragen, die sich auf ihre Zuständigkeit beziehen, nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels selbst zu entscheiden.

(6) Die Entscheidung der Gemischten Kommission ist vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 7 dieses Artikels endgültig und bindend

(a) für die Parteien des bei ihr anhängigen Verfahrens;

(b) für jede Partei einer Streitigkeit, die gemäß Absatz 2 Buchstabe a dieses Artikels der Gemischten Kommission vorgelegt worden ist;

(c) für eine Partei dieses Abkommens, die gemäß Absatz 2 Buchstabe b dieses Artikels einen Fall oder eine Frage zur Entscheidung vorlegt;

(d) für das Schiedsgericht, das die Frage selbst vorgelegt hat oder in dessen Verfahren die Vorlegung erfolgt ist, in den Fällen von Absatz 2 Buchstabe b dieses Artikels;

(e) hinsichtlich einer Regelungsbedingung für eine Schuld, wenn diese Regelungsbedingung Gegenstand des Verfahrens war.

(7) Jede Partei dieses Abkommens ist berechtigt, gegen eine Entscheidung der Gemischten Kommission binnen 30 Tagen, nachdem sie erlassen ist, den Schiedsgerichtshof anzurufen unter Berufung darauf, daß die Entscheidung eine Frage von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung betreffe.

its opinion the question at issue is of general importance for the interpretation of the said Annex;

(b) cases referred to it under Article 16 of Annex IV to the present Agreement from a Court of Arbitration established pursuant to Article 17 of that Annex, by a Party to the present Agreement or by the said Court of Arbitration, on the ground that such cases are of fundamental importance to the interpretation of Annex IV, provided that in any case before the said Court of Arbitration which is an appeal under Article 11 of Annex IV, only the question in such case which is of fundamental importance to the interpretation of that Annex shall be referred to the Mixed Commission for decision.

(3) Any Party to the present Agreement which is concerned in the subject-matter of a proceeding before the Mixed Commission shall be entitled to become a party to such proceeding.

(4) The jurisdiction of the Mixed Commission shall not be affected by the failure of any party to a dispute to enter an appearance in the proceeding before the Mixed Commission.

(5) The Mixed Commission shall have power to decide questions as to its jurisdiction under the foregoing provisions of this Article.

(6) Subject to the provisions of paragraph (7) of this Article a decision of the Mixed Commission shall be final and binding—

(a) upon the parties to any proceeding before it;

(b) upon any party to a dispute referred to the Mixed Commission under paragraph (2) (a) of this Article;

(c) upon a Party to the present Agreement which submits a case or question for decision under paragraph (2) (b) of this Article;

(d) upon a Court of Arbitration by or from which a question is referred under paragraph (2) (b) of this Article;

(e) if a term of settlement of a debt was the subject of the proceeding, in respect of such term of settlement.

(7) A Party to the present Agreement shall be entitled to appeal from a decision of the Mixed Commission to the Tribunal within thirty days of the date of the delivery of the decision on the ground that such decision concerns a matter of general or fundamental importance. The appeal

dont le Gouvernement déclare qu'à son avis la question en litige est d'importance générale pour l'interprétation de ladite Annexe;

(b) les litiges qui, initialement soumis à un tribunal arbitral établi par application des dispositions de l'Article 17 de l'Annexe IV au présent Accord, sont, par application de l'Article 16 de la même Annexe, renvoyés à la Commission Mixte, soit par une Partie Contractante, soit par le tribunal arbitral lui-même, motif pris de ce que le cas présente une importance fondamentale pour l'interprétation de l'Annexe IV. Toutefois, lorsque l'instance engagée devant un tribunal arbitral est un appel interjeté par application de l'Article 11 de l'Annexe IV, seule la question présentant une importance fondamentale pour l'interprétation de cette Annexe est soumise à la Commission Mixte, pour décision.

(3) Toute Partie Contractante ayant un intérêt à la question qui fait l'objet d'une instance devant la Commission Mixte est en droit de devenir partie à cette instance.

(4) La compétence de la Commission Mixte n'est pas affectée par le défaut de toute partie au litige.

(5) La Commission Mixte a pouvoir pour statuer sur les questions relatives à l'étendue de sa compétence, dans le cadre des précédentes dispositions du présent Article.

(6) Sous réserve des dispositions du paragraphe (7) du présent Article, toute décision de la Commission Mixte est définitive et obligatoire:

(a) pour les parties à toute instance devant la Commission;

(b) pour toute partie à un litige soumis à la Commission Mixte au titre du paragraphe (2) (a) du présent Article;

(c) pour toute Partie Contractante qui soumet à la Commission Mixte pour décision une question ou une affaire au titre du paragraphe (2) (b) du présent Article;

(d) pour tout Tribunal Arbitral saisi d'un litige qui a fait l'objet d'un renvoi à la Commission Mixte par application du paragraphe (2) (b) du présent Article;

(e) lorsque l'une des modalités de règlement d'une dette est en cause dans l'instance, pour cette modalité de règlement.

(7) Toute Partie Contractante est en droit d'interjeter appel d'une décision de la Commission Mixte devant le Tribunal, dans les trente jours de l'intervention de cette décision, motif pris de ce qu'elle touche à une question d'importance générale ou fondamentale. L'appel ne peut être fait que pour

Die Anrufung kann nur wegen solcher aus der Entscheidung sich ergebender Fragen erfolgen, bezüglich derer die anrufende Partei geltend macht, daß sie allgemeine oder grundsätzliche Bedeutung hätten. Hat der Schiedsgerichtshof über die betreffende Frage entschieden, so hat die Gemischte Kommission in dem Verfahren, das zu der Anrufung geführt hat, alle Maßnahmen zu treffen, die erforderlich sind, um der Entscheidung des Schiedsgerichtshofes Geltung zu verschaffen.

shall be brought only with respect to any matter in such decision which is asserted by the appellant to be of general or fundamental importance. When the Tribunal has rendered its decision with respect to any such matter the Mixed Commission shall take any action in connexion with the proceeding giving rise to the appeal which may be necessary to give effect to such decision.

la question dont le Gouvernement appelant affirme qu'elle est d'importance générale ou fondamentale. Lorsque le Tribunal a rendu sa décision sur cette question, la Commission prend, au sujet de l'affaire pour laquelle l'appel a été interjeté, les mesures qui peuvent être nécessaires pour donner effet à la décision du Tribunal.

Artikel 32

Schiedsgericht für Streitigkeiten aus Anlage IV

(1) Haben sich ein Gläubiger und ein Schuldner gemäß Artikel 17 Absatz 5 der Anlage IV dieses Abkommens darauf geeinigt, eine Streitigkeit einem Schiedsgericht vorzulegen, so hat jeder von ihnen binnen 30 Tagen, gerechnet vom Tage der Einigung, einen Schiedsricher zu ernennen. Sind mehrere Gläubiger oder Schuldner beteiligt, so wird der Schiedsrichter von den Gläubigern oder den Schuldnern gemeinsam ernannt. Hat eine Partei ihren Schiedsrichter nicht innerhalb der genannten Frist ernannt, so ist die andere Partei der Streitigkeit berechtigt, die Ernennung des Schiedsrichters bei der Internationalen Handelskammer zu beantragen. Die beiden Schiedsrichter wählen binnen 30 Tagen, gerechnet vom Tage der Ernennung des zuletzt ernannten Schiedsrichters, einen dritten Schiedsrichter als Obmann. Wird der Obmann nicht innerhalb dieser Frist gewählt, so kann jede der beiden Parteien die Ernennung bei der Internationalen Handelskammer beantragen.

(2)—(a) Ein Gläubiger, der ein Schiedsgericht gemäß Artikel 11 Absatz 2 der Anlage IV dieses Abkommens anruft, hat binnen 30 Tagen, nachdem ihm die Entscheidung des deutschen Gerichts zugestellt worden ist,

(i) dem deutschen Gericht, das die Entscheidung erlassen hat, die Anrufung mitzuteilen;

(ii) dem Schuldner den Namen des Schiedsrichters mitzuteilen, den er für das Schiedsgericht ernannt hat.

(b) Mit dem Eingang der in Unterabsatz a (i) dieses Absatzes vorgesehenen Mitteilung ist das Verfahren für alle deutschen Gerichtsinstanzen mit der Wirkung beendet, daß aus der Entscheidung, soweit sie sich auf die Schuld bezieht, die Gegenstand der Berufung ist, keine Rechte hergeleitet werden können.

(c) Binnen 30 Tagen, gerechnet vom Tage des Erhalts der in Unterabsatz a (ii) dieses Absatzes vorgesehenen Mitteilung, hat der Schuldner dem Gläubiger den Namen des Schiedsrichters mitzuteilen, den er für das Schiedsgericht ernannt hat. Macht der Schuldner diese Mitteilung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist, so ist der Gläubiger berechtigt, die Ernennung des Schiedsrichters bei der Internatio-

Article 32

Courts of Arbitration for Disputes under Annex IV

(1) A creditor and a debtor who, pursuant to the fifth paragraph of Article 17 of Annex IV to the present Agreement, have agreed to refer a dispute to a Court of Arbitration shall each appoint an arbitrator within thirty days of the date of such agreement. If there is more than one creditor or more than one debtor the arbitrator shall be appointed by such creditors or debtors jointly. If an arbitrator is not appointed within the above time-limit, the other parties to the dispute shall be entitled to request the International Chamber of Commerce to appoint such arbitrator. The two arbitrators shall, within thirty days from the date of the appointment of the arbitrator last appointed, choose a third arbitrator to act as Chairman. If a Chairman is not chosen within such time, either party may request the International Chamber of Commerce to make the appointment.

(2)—(a) A creditor who, pursuant to the second paragraph of Article 11 of Annex IV to the present Agreement, appeals to a Court of Arbitration, shall within thirty days of service of the decision of the German court—

(i) notify the German Court which rendered the decision of such appeal;

(ii) notify the debtor of the name of the arbitrator he has appointed to sit on the Court of Arbitration.

(b) The receipt of the notice provided in sub-paragraph (a) (i) of this paragraph shall put an end to all proceedings in German courts in respect of the decision, in so far as it relates to the debt which is the subject of the appeal and such decision to this extent shall have no effect.

(c) Within thirty days of the receipt of the notice provided in sub-paragraph (a) (ii) of this paragraph, the debtor shall notify the creditor of the name of the arbitrator he has appointed to sit on the Court of Arbitration. If the debtor does not make such notification within the time prescribed the creditor shall be entitled to request the International Chamber of Commerce to appoint such arbitrator. A third arbi-

Article 32

Tribunaux Arbitraux pour les litiges dans le cadre de l'Annexe IV

(1) Un créancier et un débiteur qui, en application du cinquième paragraphe de l'Article 17 de l'Annexe IV au présent Accord, se sont mis d'accord pour soumettre un litige à un tribunal arbitral, doivent nommer chacun un arbitre dans les trente jours de leur accord. Lorsque plusieurs créanciers ou plusieurs débiteurs sont en cause, l'arbitre est nommé conjointement par ces créanciers ou par ces débiteurs. Si l'un des arbitres n'est pas nommé dans le délai prescrit, les autres parties au litige sont en droit de demander à la Chambre de Commerce Internationale de procéder à cette nomination. Dans les trente jours suivant la date de la nomination du second arbitre, les deux arbitres désignent un tiers arbitre qui assume les fonctions de Président. Si le Président n'est pas désigné dans ce délai, chacune des parties peut demander à la Chambre de Commerce Internationale de procéder à la nomination.

(2)—(a) Tout créancier qui, par application du deuxième paragraphe de l'Article 11 de l'Annexe IV au présent Accord, fait appel devant un tribunal arbitral, doit, dans les trente jours de la signification du jugement du tribunal allemand:

(i) notifier l'appel au Tribunal allemand qui a rendu le jugement;

(ii) notifier au débiteur le nom de l'arbitre qu'il a nommé pour siéger au tribunal arbitral.

(b) La réception de la notification prévue à l'alinéa (a) (i) du présent paragraphe met fin à toute procédure devant les tribunaux allemands au sujet du jugement, dans la mesure où la dette faisant l'objet de l'appel est en cause, et le jugement cesse d'avoir effet à cet égard.

(c) Dans les trente jours suivant la réception de la notification prévue à l'alinéa (a) (ii) du présent paragraphe, le débiteur doit notifier au créancier le nom de l'arbitre qu'il a nommé pour siéger au Tribunal arbitral. Si le débiteur ne fait pas cette notification dans le délai prescrit, le créancier est en droit de prier la Chambre de Commerce Internationale de nommer cet arbitre.

nalen Handelskammer zu beantragen. Entsprechend dem in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Verfahren ist ein dritter Schiedsrichter als Obmann zu wählen.

(d) Für ein gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 2 der Anlage IV dieses Abkommens angerufenes Schiedsgericht, bei dem das Verfahren anhängig ist, gilt folgendes:

Das Schiedsgericht

(i) tagt, sofern die Parteien des Verfahrens nichts anderes vereinbaren, innerhalb der Bundesrepublik Deutschland;

(ii) hat die Grundsätze anzuwenden, die sich aus Artikel 11 Absatz 1 der Anlage IV dieses Abkommens ergeben;

(iii) verhandelt die Streitsache in vollem Umfang von neuem.

(e) Wird im Laufe eines Verfahrens, das vor einem Schiedsgericht auf Grund einer Anrufung gemäß den Bestimmungen des Artikels 11 Absatz 2 der Anlage IV dieses Abkommens anhängig ist, der Gemischten Kommission eine Frage gemäß Artikel 31 Absatz 2 Buchstabe b dieses Abkommens vorgelegt, so setzt das Schiedsgericht unverzüglich das Verfahren aus, bis eine rechtskräftige Entscheidung der Gemischten Kommission über die Frage ergangen ist. Nachdem eine solche Entscheidung ergangen ist, setzt das Schiedsgericht sein Verfahren fort und trifft die erforderlichen Maßnahmen, um der Entscheidung Geltung zu verschaffen.

(3) Hat ein Schiedsgericht über die Auslegung der Anlage IV dieses Abkommens zu entscheiden, so ist es an die einschlägigen Entscheidungen der Gemischten Kommission gebunden.

(4) Stirbt ein Mitglied des Schiedsgerichts oder fällt ein Mitglied wegen Erkrankung, Niederlegung des Amtes oder Nichtausübung seiner Amtspflichten aus, so wird die Stelle binnen 30 Tagen, nachdem sie frei geworden ist, in gleicher Weise wie bei der ursprünglichen Ernennung neu besetzt.

(5) Das Schiedsgericht kann darüber befinden, wie die Kosten des Verfahrens einschließlich der Anwaltsgebühren zu tragen sind; in einem Anrufungsverfahren gemäß Absatz 2 dieses Artikels kann es außerdem darüber befinden, welche Partei des Verfahrens die Kosten des Verfahrens vor dem deutschen Gericht zu tragen hat oder wie diese Kosten unter den Parteien zu verteilen sind. Trifft das Schiedsgericht keine Entscheidung über die Kosten, so trägt jede Partei des Verfahrens ihre eigenen Kosten; die Kosten des Verfahrens vor dem Schiedsgericht und gegebenenfalls die Kosten des Verfahrens vor dem deutschen Gericht trägt in diesem Falle die Gläubiger- und die Schuldnerseite je zur Hälfte.

(6) Ist ein Verfahren vor dem Schiedsgericht anhängig, so kann der Antrag auf Entscheidung durch das Schiedsgericht nur mit Zustimmung aller beteiligten Parteien zurückgenommer werden.

trator, to act as Chairman, shall be chosen in accordance with the procedure provided in paragraph (1) of this Article.

(d) A Court of Arbitration, which is hearing an appeal under the provisions of the second paragraph of Article 11 of Annex IV to the present Agreement, shall—

(i) sit at a place within the Federal Republic of Germany, unless the parties to the proceedings agree otherwise;

(ii) apply the principles laid down in the first paragraph of Article 11 of Annex IV to the present Agreement;

(iii) conduct such proceedings as a new trial.

(e) If, in the course of any appeal to a Court of Arbitration under the provisions of the second paragraph of Article 11 of Annex IV to the present Agreement, a question is referred to the Mixed Commission under paragraph (2) (b) of Article 31 of the present Agreement, the Court of Arbitration shall forthwith suspend the proceeding in such appeal until the final decision of the Mixed Commission respecting such question has been rendered. When such decision is rendered the Court of Arbitration shall resume the proceeding and shall take any action which may be necessary to give effect to such decision.

(3) A Court of Arbitration shall, in reaching decisions respecting the interpretation of Annex IV to the present Agreement, be bound by any relevant decision of the Mixed Commission.

(4) In the event of any vacancy caused by the death, illness, withdrawal or failure of a member of a Court of Arbitration to carry out his duties, such vacancy shall be filled, in the same manner as the original appointment, within thirty days of the occurrence of such vacancy.

(5) A Court of Arbitration may determine the manner in which the costs of the proceeding, including counsel's fees, are to be borne and, in an appeal under paragraph (2) of this Article, which party shall bear the costs of the proceeding in the German Court or how such costs should be apportioned between the parties. In the absence of such determination each party to the proceeding shall bear its own costs; the costs in the Court of Arbitration and, if applicable, the costs in the German Court shall be borne as to the one half by the creditor or creditors and as to the other half by the debtor or debtors.

(6) A proceeding pending before a Court of Arbitration may be withdrawn only with the consent of all parties thereto.

Un tiers arbitre, faisant fonction de Président, est désigné conformément à la procédure prévue au paragraphe (1) du présent Article.

(d) Tout tribunal arbitral saisi d'un appel, par application du deuxième paragraphe de l'Article 11 de l'Annexe IV au présent Accord:

(i) siège sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne, à moins que les parties à l'instance n'en conviennent autrement;

(ii) applique les principes prévus au premier paragraphe de l'Article 11 de l'Annexe IV au présent Accord;

(iii) conduit l'instance comme une nouvelle action.

(e) Si, au cours d'une instance d'appel intentée devant un tribunal arbitral par application du deuxième paragraphe de l'Article 11 de l'Annexe IV au présent Accord, une question est renvoyée à la Commission Mixte par application du paragraphe (2) (b) de l'Article 31 du présent Accord, le tribunal arbitral suspend immédiatement l'instance jusqu'à ce que la Commission Mixte ait rendu une décision définitive sur la question qui lui a été renvoyée. Lorsque cette décision est rendue, le tribunal arbitral reprend l'instance et prend les mesures qui peuvent être nécessaires pour donner effet à cette décision.

(3) Dans leurs décisions sur l'interprétation de l'Annexe IV au présent Accord, les tribunaux arbitraux sont liés par les décisions applicables de la Commission Mixte.

(4) En cas de vacance pour cause de décès, maladie, démission ou non exécution par un membre d'un tribunal arbitral des devoirs de sa charge, il sera pourvu au siège devenu vacant, selon la même procédure que lors de la nomination initiale, dans les trente jours de la vacance.

(5) Tout tribunal arbitral peut décider de la répartition des frais de l'instance, y compris les honoraires des conseils, et, dans un appel au titre du paragraphe (2) du présent Article, décider quelle est la partie qui doit supporter les frais de la procédure devant le Tribunal allemand ou répartir ces frais entre les parties. Faute de décision, chaque partie à l'instance paie ses propres frais; les dépenses du tribunal arbitral et, s'il y a lieu, les frais de la procédure devant le Tribunal allemand sont partagés par moitié entre le ou les créanciers et le ou les débiteurs.

(6) Une affaire en instance devant un tribunal arbitral ne peut être retirée qu'avec le consentement de toutes les parties à l'instance.

(7) Nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Artikels und des Artikels 17 der Anlage IV dieses Abkommens gibt sich das Schiedsgericht seine eigene Verfahrensordnung. Ist eine solche Verfahrensordnung nicht erlassen oder regelt sie das Verfahren nicht erschöpfend, so ist insoweit die Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer anzuwenden.

(8) Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und für die beteiligten Parteien bindend.

Artikel 33

Streitigkeiten im Zusammenhang mit Entflechtungsverfahren

Der Schiedsgerichtshof oder eine andere gemäß diesem Abkommen oder seinen Anlagen errichtete Schiedsinstanz ist nicht zuständig für Angelegenheiten, über die ausdrücklich Verfügung getroffen ist, sei es durch einen Plan, der von der Alliierten Hohen Kommission, den von ihr zur Bearbeitung derartiger Angelegenheiten bestimmten nachgeordneten Dienststellen oder von einer diese Befugnisse der Alliierten Hohen Kommission später übernehmenden Stelle genehmigt ist, sei es durch eine Anordnung oder Verordnung, die von den genannten Stellen auf Grund der Gesetze der Alliierten Hohen Kommission Nr. 27 (Umgestaltung des deutschen Kohlenbergbaues und der deutschen Eisen- und Stahlindustrie) oder Nr. 35 (Aufspaltung des Vermögens der I.G. Farbenindustrie A.G.) erlassen ist. Bei jeder derartigen Verfügung haben der Gläubiger und der Schuldner, die alliierten Behörden und der Prüfungsausschuß die Bestimmungen dieses Abkommens und seiner Anlagen anzuwenden. Ergibt sich in einer Angelegenheit eine Streitigkeit über eine Frage der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder seiner Anlagen, so ist diese Streitigkeit vor Genehmigung eines Planes oder vor dem Erlaß einer Anordnung oder Verordnung, durch die über die Angelegenheit verfügt wird, dem Schiedsgerichtshof oder einer anderen gemäß diesem Abkommen und seinen Anlagen zuständigen Schiedsinstanz zur Entscheidung vorzulegen. Die vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Zuständigkeit des Schiedsgerichtshofes oder einer anderen gemäß diesem Abkommen oder seinen Anlagen gebildeten Schiedsinstanz für Angelegenheiten, über die nicht ausdrücklich in der oben erwähnten Weise durch einen Plan, eine Anordnung oder Verordnung verfügt ist, oder für Angelegenheiten, die auf Umständen beruhen, die nach dem Inkrafttreten eines derartigen Planes oder einer derartigen Anordnung oder Verordnung eintreten.

Artikel 34

Konsultation

Im Interesse einer beständigen und wirksamen Durchführung dieses Abkommens und seiner Anlagen zur Zufriedenheit aller Beteiligten wird, unbeschadet der von der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Verpflichtungen, folgendes vorgesehen:

(7) Subject to the provisions of this Article and of Article 17 of Annex IV to the present Agreement, a Court of Arbitration shall determine its own rules of procedure. In the absence of such determination, or in respect of matters not covered by such determination, the Arbitration Code of the International Chamber of Commerce shall apply.

(8) The decision of a Court of Arbitration in any proceeding shall be final and binding upon the parties thereto.

Article 33

Matters arising in Deconcentration Proceedings

Matters of which disposition is specifically made in a plan approved, or an order or regulation issued, by the Allied High Commission or any of its subordinate agencies designated by it to act with respect to such matters, or any agency succeeding to the powers of the Allied High Commission with respect thereto, under Allied High Commission Laws No. 27 (Reorganisation of German Coal and Iron and Steel Industries) and No. 35 (Dispersion of Assets of I.G. Farbenindustrie A.-G.) shall not be heard by the Tribunal or by any other arbitral body established under the present Agreement and the Annexes thereto. In any such disposition the creditor and debtor, the Allied authorities and the Board of Review shall apply the provisions of the present Agreement and the Annexes thereto. Before any plan can be approved or any order or regulation issued disposing of any matter which is in dispute by reason of a question of interpretation or application of the provisions of the present Agreement or the Annexes thereto, such dispute shall be referred to and be decided by the Tribunal or other arbitral body which is competent under the present Agreement and the Annexes thereto. The competence of the Tribunal or of any other arbitral body established under the present Agreement or the Annexes thereto with respect to matters which are not specifically disposed of under a plan, order or regulation as aforesaid or which arise by reason of events subsequent to the entry into effect of such plan, order or regulation shall not be affected by the preceding provisions of this Article.

Article 34

Consultation

In the interest of the continuing and effectual carrying out of the present Agreement and the Annexes thereto to the satisfaction of all parties concerned, and without derogating from the obligations which the Federal Republic of Germany has assumed—

(7) Les tribunaux arbitraux arrêtent leurs propres règles de procédure dans le cadre du présent Article et de l'Article 17 de l'Annexe IV au présent Accord. A défaut, le Code d'arbitrage de la Chambre de Commerce Internationale est applicable.

(8) Dans toute instance, la décision du tribunal arbitral est définitive et lie les parties à l'instance.

Article 33

Questions soulevées au cours de la procédure de décartellisation

Le Tribunal d'Arbitrage et les autres instances arbitrales établies par application du présent Accord et de ses Annexes ne pourront connaître des questions expressément réglées dans un plan approuvé ou dans un ordre ou un règlement promulgué, en vertu des lois de la Haute Commission Alliée n° 27 (Réorganisation des industries charbonnières et sidérurgiques allemandes) et n° 35 (Dispersion des biens de l'I. G. Farbenindustrie A. G.), par la Haute Commission Alliée, par l'un des services habilités par elle pour agir en la matière ou par tout organe succédant aux pouvoirs de la Haute Commission Alliée dans ce domaine. Dans tout règlement de l'espèce, le créancier et le débiteur, les Autorités Alliées et la Commission de Révision appliqueront les dispositions du présent Accord et de ses Annexes. Avant l'approbation de tout plan ou la promulgation de tout ordre ou règlement visant une question qui donne lieu à un litige portant sur l'interprétation ou l'application des dispositions du présent Accord ou de ses Annexes, le litige en cause devra être renvoyé pour décision au Tribunal ou à l'instance arbitrale compétente en vertu du présent Accord et de ses Annexes. Les dispositions qui précèdent n'affectent pas la compétence du Tribunal et des autres instances arbitrales établies par application du présent Accord ou de ses Annexes à l'égard des questions qui ne seraient pas expressément réglées dans un plan approuvé, ou dans un ordre ou un règlement promulgué comme il est dit ci-dessus ou qui seraient soulevées par des événements postérieurs à l'entrée en vigueur de ce plan, ordre ou règlement.

Article 34

Consultations

Pour assurer l'exécution durable et effective du présent Accord et de ses Annexes à la satisfaction de toutes les parties intéressées, et sans déroger aux obligations que la République Fédérale d'Allemagne a assumées:

(a) Die hauptsächlich beteiligten Parteien dieses Abkommens werden in Beratungen eintreten, wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland oder die Regierung eines Gläubigerstaates, auf den ein wesentlicher Anteil an den durch dieses Abkommen erfaßten Schulden entfällt, darum ersucht. Alle Parteien dieses Abkommens sind berechtigt, an den Beratungen teilzunehmen; im Falle ihrer Teilnahme können sie Vertreter der in Betracht kommenden Gläubiger oder Schuldner ihres Staates hinzuziehen.

(b) Befassen sich die Beratungen mit einer Lage, in der sich die Bundesrepublik Deutschland nach ihrer Auffassung Schwierigkeiten bei der Erfüllung ihrer Auslandsverbindlichkeiten gegenübersieht, so ist allen maßgeblichen wirtschafts-, finanz- und währungspolitischen Gesichtspunkten Beachtung zu schenken, die auf die Transferfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, wie sie durch innere und äußere Umstände beeinflußt wird, und auf die beständige Erfüllung der Verpflichtungen der Bundesrepublik nach diesem Abkommen und seinen Anlagen sowie nach den Abkommen über die Nachkriegs-Wirtschaftshilfe Bezug haben. Die Grundsätze, von denen sich die Konferenz über deutsche Auslandsschulden leiten ließ, die Ziele, die sie verfolgte, und die Zusage der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu sichern, sind gebührend zu berücksichtigen. Auf Beschluß der an den Beratungen hauptsächlich beteiligten Parteien dieses Abkommens ist der Rat geeigneter internationaler Organisationen oder anderer unabhängiger Sachverständiger einzuholen. Ein entsprechendes Ersuchen kann von der Bundesrepublik Deutschland oder einer anderen hauptsächlich beteiligten Partei dieses Abkommens gestellt werden.

(a) consultations will be held between the Parties to the present Agreement principally concerned, if the Government of the Federal Republic of Germany or the Government of any of the creditor countries holding a substantial share of the debts covered by this Agreement so requests. Any Party to the present Agreement shall have the right to participate in these consultations, and if it participates it may invite representatives of the interested creditors or debtors of its country to attend;

(b) if the consultations are concerned with a situation in which the Federal Republic of Germany finds that it is faced with difficulties in carrying out its external obligations, attention shall be given to all relevant economic, financial and monetary considerations which relate to the ability to transfer of the Federal Republic of Germany, as influenced by both internal and external factors, and which relate to the continuing fulfilment by the Federal Republic of its obligations under the present Agreement and the Annexes thereto and under the Agreements concerning post-war economic assistance. Due regard will be paid to the principles by which the Conference on German External Debts was guided, to the objectives at which it aimed and to the undertaking of the Government of the Federal Republic of Germany to do everything in its power to ensure the fulfilment of these obligations. Advice shall, if the principal consulting Parties to the present Agreement so decide, be sought from appropriate international organisations or other independent experts. A request for such advice may be made by the Federal Republic of Germany or by any of the Parties to the present Agreement principally concerned.

(a) des consultations auront lieu entre les Parties Contractantes principalement intéressées si la demande en est faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ou le Gouvernement de l'un quelconque des pays créanciers détenteurs d'une fraction notable des créances visées par le présent Accord. Toute Partie Contractante sera en droit de participer à ces consultations et pourra, en pareil cas, inviter des représentants des créanciers ou des débiteurs intéressés à y participer;

(b) au cas où ces consultations porteraient sur une situation dans laquelle la République Fédérale d'Allemagne constate qu'elle se heurte à des difficultés dans l'exécution de ses obligations extérieures, il sera accordé attention à toutes les considérations appropriées, d'ordre économique, financier et monétaire, relatives à la capacité de transfert de la République Fédérale d'Allemagne, telle qu'elle est influencée à la fois par des facteurs internes et externes et à l'exécution durable par la République Fédérale de ses obligations au titre du présent Accord et de ses Annexes et au titre des Accords relatifs à l'assistance économique d'après-guerre. Il sera dûment tenu compte des principes qui ont inspiré la Conférence des Dettes extérieures allemandes, des objectifs visés par elle, et de l'engagement du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne de faire tout ce qui est en son pouvoir pour assurer l'exécution de ces obligations. Si les principales Parties aux consultations le décident, l'avis d'organisations internationales appropriées ou d'autres experts indépendants sera sollicité. Une telle demande pourra être faite par la République Fédérale d'Allemagne ou par l'une quelconque des autres Parties Contractantes principalement intéressées.

Artikel 35

Inkrafttreten

(1) Jede Regierung, die dieses Abkommen unterzeichnet hat, hinterlegt, nachdem sie gemäß ihren verfassungsrechtlichen Erfordernissen das Abkommen ratifiziert oder genehmigt hat, bei der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland eine Ratifikationsurkunde oder eine Notifikation darüber, daß das Abkommen genehmigt worden ist.

(2) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie der Vereinigten Staaten von Amerika die nach Absatz 1 dieses Artikels erforderliche Ratifikationsurkunde oder Notifikation bei der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hinterlegt haben. Das Ab-

Article 35

Entry into Force

(1) Each of the Governments signatory to the present Agreement shall, after having ratified or approved the Agreement in accordance with its constitutional requirements, deposit with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland an instrument of ratification or a notification that the Agreement has been approved.

(2) The present Agreement shall enter into force immediately upon the deposit by the Government of the Federal Republic of Germany and the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland of the instrument of ratification or of the notification required under paragraph

Article 35

Entrée en vigueur

(1) Chacun des Gouvernements signataires du présent Accord, après avoir ratifié ou approuvé cet Accord conformément aux exigences de sa loi interne, déposera auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord un instrument de ratification ou d'approbation du présent Accord.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur dès que le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la République française et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, auront déposé auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord l'instrument de ratification ou d'approbation prévu au paragraphe (1) ci-dessus. Cette entrée en vigueur aura

kommen tritt mit Wirkung gegenüber allen Unterzeichnerregierungen in Kraft, die bis zu diesem Zeitpunkt die erforderliche Ratifikationsurkunde oder Notifikation hinterlegt haben. Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wird allen Unterzeichnerregierungen den Tag des Inkrafttretens dieses Abkommens und die Regierungen, für die es in Kraft getreten ist, mitteilen.

(3) Für jede Unterzeichnerregierung, die nach dem Inkrafttreten gemäß Absatz 2 dieses Artikels die erforderliche Ratifikationsurkunde oder Notifikation hinterlegt, tritt dieses Abkommen mit dem Tage der Hinterlegung ihrer Ratifikationsurkunde oder Notifikation in Kraft. Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wird den übrigen Unterzeichnerregierungen und den diesem Abkommen gemäß Artikel 36 beigetretenen Regierungen diese Hinterlegung und den Tag, an dem sie erfolgt ist, mitteilen.

(1) of this Article. Such entry into force shall be effective as to all Governments signatory to the Agreement which have at that time deposited the required instrument of ratification or notification. The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall notify each of the Governments signatory to the Agreement of the date of its entry into force and of the Governments in respect of which it enters into force.

(3) The date of the entry into force of the present Agreement in respect of any signatory Government which deposits the required instrument of ratification or notification after the entry into force of the Agreement under the preceding paragraph shall be the date of such deposit. The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall notify the other signatory Governments, and any Government which has acceded to the present Agreement under Article 36, of such deposit and the date thereof.

effet à l'égard de tous les Gouvernements signataires qui auront alors effectué ce dépôt. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord notifiera à chacun des Gouvernements signataires de l'Accord la date d'entrée en vigueur de celui-ci ainsi que la liste des Gouvernements à l'égard desquels celui-ci est entré en vigueur.

(3) Pour tout Gouvernement signataire qui effectuerait le dépôt prévu après l'entrée en vigueur visée au paragraphe ci-dessus, la date d'entrée en vigueur de l'Accord sera celle à laquelle il effectuera ce dépôt. Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord notifiera ce dépôt et la date de ce dépôt à tous les autres Gouvernements signataires et à tout Gouvernement ayant accédé au présent Accord conformément aux dispositions de l'Article 36.

Artikel 36

Beitritt

(1) Jede Regierung, die von den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika oder von einer dieser Regierungen und von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterzeichnung dieses Abkommens eingeladen worden ist, kann nach Maßgabe der Einladung das Abkommen unterzeichnen oder ihm beitreten. Jede andere Regierung, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufnimmt, kann diesem Abkommen beitreten. Dies geschieht durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, die diese Hinterlegung und den Tag, an dem sie erfolgt ist, den anderen Unterzeichnerregierungen und denjenigen Regierungen mitteilt, die bereits beigetreten sind.

(2) Dieses Abkommen tritt für jede beitretende Regierung mit der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde, jedoch nicht vor dem Inkrafttreten gemäß Artikel 35 dieses Abkommens, in Kraft.

Article 36

Accession

(1) Any Government which has been invited by the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, or by any of them, and by the Government of the Federal Republic of Germany to sign the present Agreement may either sign or accede thereto in accordance with the terms of its invitation. Any other Government which may, after the entry into force of the present Agreement, establish diplomatic relations with the Federal Republic of Germany, may accede thereto. Accession shall be accomplished by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, which shall notify the other signatory and acceding Governments of such deposit and the date thereof.

(2) The present Agreement shall come into force for any acceding Government on the deposit of its instrument of accession, but not before it comes into force in accordance with Article 35.

Article 36

Accession

(1) Tout Gouvernement qui a été invité à signer le présent Accord par les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord ou par l'un d'entre eux, et par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne peut signer le présent Accord ou y accéder conformément aux termes de l'invitation qui lui a été adressée. Tout autre Gouvernement qui établirait, après l'entrée en vigueur du présent Accord, des relations diplomatiques avec la République Fédérale d'Allemagne, pourra accéder au présent Accord. Toute accession s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'accession auprès du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, qui notifiera le dépôt de cet instrument et la date de ce dépôt aux autres Gouvernements signataires et accédants.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur au regard de tout Gouvernement accédant, lors du dépôt de son instrument d'accession, mais à une date qui ne pourra précéder celle de l'entrée en vigueur de l'Accord telle qu'elle est prévue à l'Article 35.

Artikel 37

Ausdehnung des Abkommens auf bestimmte Gebietsteile

(1) Jede Regierung kann bei der Unterzeichnung, bei Gelegenheit ihres Beitritts oder jederzeit später durch Notifikation gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland erklären, daß dieses Abkommen von dem in der Notifikation angegebenen Zeitpunkt ab sich auf alle oder bestimmte Gebiete erstreckt, deren internationale Beziehungen sie wahrnimmt.

Article 37

Extension of Agreement to certain Territories

(1) Any Government may, at the time of its signature or accession or at any time thereafter, declare by notification given to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland that the present Agreement shall, as from the date specified in such notification, extend to all or any of the territories for whose international relations it is responsible.

Article 37

Extension de l'Accord à certains territoires

(1) Tout Gouvernement peut, en signant le présent Accord ou en y accédant, ou à tout moment ultérieur, déclarer par notification adressée au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord que le présent Accord est étendu, à compter de la date spécifiée dans ladite notification, à un, à plusieurs ou à l'ensemble des territoires dont les relations internationales sont sous sa responsabilité.

(2) Die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland wird den Unterzeichnerregierungen und den Regierungen, die beigetreten sind, die ihr gemäß diesem Artikel zugegangenen Notifikationen mitteilen.

Artikel 38

Vorbehalte und Einschränkungen

(1) Jede Regierung, die eine Ratifikationsurkunde, eine Notifikation der Genehmigung oder eine Urkunde des Beitritts zu diesem Abkommen mit einem Vorbehalt oder einer Einschränkung oder von einer Einladung abweichend hinterlegt, gilt erst dann als Partei dieses Abkommens, wenn der Vorbehalt, die Einschränkung oder die Abweichung zurückgezogen oder von allen Parteien dieses Abkommens angenommen worden ist.

(2) Die mit einem Vorbehalt oder einer Einschränkung abgegebene Notifikation gemäß Artikel 37 wird erst dann wirksam, wenn die Einschränkung oder der Vorbehalt zurückgezogen oder von allen Parteien dieses Abkommens angenommen worden ist.

[ANMERKUNG. — Die Überschriften zu den Artikeln des Abkommens haben für den Inhalt des Abkommens keine Bedeutung.]

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen, dem die Anlagen I bis X beigefügt sind, unterschrieben.

Geschehen zu London am siebenundzwanzigsten Tage des Monats Februar des Jahres neunzehnhundertdreiundfünfzig, in drei Originaltexten in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Texte gleichermaßen authentisch sind; die Texte sollen in den Archiven der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland hinterlegt werden, die jeder unterzeichnenden oder beitretenden Regierung beglaubigte Abschriften der Texte zusenden wird.

Für die
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND:
Abs

Für BELGIEN:
Obert de Thieusies

Für CEYLON:
V. Coomaraswamy

Für DÄNEMARK:
E. Reventlow
Anthon Vestbirk

Für die FRANZÖSISCHE REPUBLIK:
R. Massigli

(2) The Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall inform all signatory and acceding Governments of any notification received by it under this Article.

Article 38

Reservations and Qualifications

(1) Any Government which deposits an instrument of ratification or a notification of approval or an instrument of accession to the present Agreement other than in accordance with the terms of its invitation or subject to any other reservation or qualification shall not be deemed to be a Party to the Agreement until such reservation or qualification has been withdrawn or has been accepted by all the Parties thereto.

(2) Any notification given under Article 37 subject to a reservation or qualification shall not take effect until such qualification or reservation has been withdrawn or has been accepted by all the Parties to the present Agreement.

[NOTE.—The headings given to the Articles of the Agreement are for reference only and are not intended in any way to govern the construction of the Agreement.]

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorised thereto by their respective Governments, have signed the present Agreement, to which are attached Annexes I to X inclusive.

Done at London this twenty-seventh day of February, nineteen hundred and fifty-three, in three original texts, in the English, French and German languages respectively, all three texts being equally authoritative, which shall be deposited in the archivs of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland which shall transmit certified copies thereof to each signatory and acceding Government.

For the
FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY:
Abs

For BELGIUM:
Obert de Thieusies

For CEYLON:
V. Coomaraswamy

For DENMARK:
E. Reventlow
Anthon Vestbirk

For the FRENCH REPUBLIC:
R. Massigli

(2) Le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord tiendra tous les Gouvernements signataires et accédants informés des notifications déposées par application du présent Article.

Article 38

Réserves et restrictions

(1) Un Gouvernement ayant déposé un instrument de ratification ou d'approbation du présent Accord ou d'accession à celui-ci, qui ne serait pas conforme aux termes de l'invitation qui lui a été adressée ou qui serait accompagné d'autres réserves ou restrictions, ne sera pas considéré comme une Partie Contractante tant que ces réserves ou restrictions n'auront pas été retirées, ou n'auront pas été acceptées par toutes les Parties Contractantes.

(2) Aucune notification d'extension, donnée par application de l'Article 37, accompagnée de réserves ou de restrictions, ne prendra effet tant que ces réserves ou restrictions n'auront pas été retirées ou n'auront pas été acceptées par toutes les Parties Contractantes.

[NOTE.—Les titres qui ont été donnés aux Articles de l'Accord ont pour seul objet de faciliter les références éventuelles et ne doivent en aucun cas être considérés comme un élément d'interprétation de l'Accord.]

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment habilités par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord, auquel sont jointes les Annexes I à X.

Fait à Londres le vingt-sept février mil neuf cent cinquante-trois, en trois textes originaux respectivement en Français, Anglais et Allemand, les trois textes faisant également foi, qui seront déposés dans les archives du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, qui en fera parvenir des copies certifiées conformes à chacun des Gouvernements signataires et accédants.

Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE:
Abs

Pour la BELGIQUE:
Obert de Thieusies

Pour CEYLAN:
V. Coomaraswamy

Pour le DANEMARK:
E. Reventlow
Anthon Vestbirk

Pour la RÉPUBLIQUE FRANÇAISE:
R. Massigli

Für GRIECHENLAND: Leon V. Melas	For GREECE: Leon V. Melas	Pour la GRÈCE: Leon V. Melas
Für den IRAN:	For IRAN:	Pour l'IRAN:
Für IRLAND: F. H. Boland	For IRELAND: F. H. Boland	Pour l'IRLANDE: F. H. Boland
Für ITALIEN:	For ITALY:	Pour l'ITALIE:
Für die FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK JUGOSLAWIEN: Jakša Petrić	For the FEDERATIVE PEOPLE'S REPUBLIC OF YUGOSLAVIA: Jakša Petrić	Pour la RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE POPULAIRE DE YOUGOSLAVIE: Jakša Petrić
Für KANADA: N. A. Robertson	For CANADA: N. A. Robertson	Pour le CANADA: N. A. Robertson
Für das FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN: W. Stucki	For the PRINCIPALITY OF LIECHTENSTEIN: W. Stucki	Pour la PRINCIPAUTÉ DU LIECHTENSTEIN: W. Stucki
Für LUXEMBURG: A. J. Clasen	For LUXEMBOURG: A. J. Clasen	Pour le LUXEMBOURG: A. J. Clasen
Für NORWEGEN: P. Prebensen	For NORWAY: P. Prebensen	Pour la NORVÈGE: P. Prebensen
Für PAKISTAN: M. A. H. Ispahani	For PAKISTAN: M. A. H. Ispahani	Pour le PAKISTAN: M. A. H. Ispahani
Für SCHWEDEN: Gunnar Hägglöf	For SWEDEN: Gunnar Hägglöf	Pour la SUÈDE: Gunnar Hägglöf
Für die SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT: W. Stucki	For the SWISS CONFEDERATION: W. Stucki	Pour la CONFÉDÉRATION SUISSE: W. Stucki
Für SPANIEN: Primo de Rivera	For SPAIN: Primo de Rivera	Pour l'ESPAGNE: Primo de Rivera
Für die UNION VON SÜDAFRIKA: A. L. Geyer	For the UNION OF SOUTH AFRICA: A. L. Geyer	Pour l'UNION d'AFRIQUE DU SUD: A. L. Geyer
Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND: George Rendel	For the UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND: George Rendel	Pour le ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD: George Rendel
Für die VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA: Warren L. Pierson	For the UNITED STATES OF AMERICA: Warren L. Pierson	Pour les ETATS-UNIS D'AMÉRIQUE: Warren L. Pierson

ANLAGE I

[Anmerkung: Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang 3 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden; es sind lediglich solche Änderungen vorgenommen worden, die zur Erreichung einer übereinstimmenden Fassung in den drei Sprachen erforderlich waren. Zusätzliche Absprachen, die im Zusammenhang mit dieser Anlage nach Beendigung der Konferenz von den beteiligten Parteien getroffen wurden, erscheinen als Unteranlagen A bis E.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung von Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften

A.

Reichsschulden

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als Bundesregierung bezeichnet) wird den Inhabern von Schuldverschreibungen für folgende Beträge die Aufbringung und die Zahlung nach dem Ausland anbieten:

1. Die 7% äußere (Dawes-) Anleihe von 1924

(a) Vom ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin ab Zinsen in Höhe von 5½ v.H. jährlich auf die amerikanische Tranche und 5 v.H. jährlich auf die anderen Tranchen.

(b) Vom ersten auf den 31. März 1958 folgenden Kupontermin ab wird ein Tilgungsbetrag von 3 v.H. jährlich bei der amerikanischen Tranche und von 2 v.H. jährlich bei den anderen Tranchen diesen Zinszahlungen zugeschlagen; er bildet mit ihnen zusammen eine feste Gesamtannuität.

(c) Der Fälligkeitstermin wird bis zum Jahre 1969 hinausgeschoben.

(d) Ausstehende Zinsrückstände werden zu einem Satz von 5 v.H. ohne Zinseszinsen neu berechnet; für die sich ergebende Gesamtsumme wird die Bundesregierung Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgeben, die zu 3 v.H. jährlich verzinslich und nach 5 Jahren mit 2 v.H. jährlich zu tilgen sind. Auf Schuldverschreibungen für Zinsrückstände, die bis zum 31. Dezember 1944 fällig waren, wird Zahlung vom 15. April 1953 an erfolgen. Schuldverschreibungen über den Restbetrag werden nicht vor der Wiedervereinigung Deutschlands ausgegeben; von diesem Zeitpunkt ab beginnen die Zahlungen auf diese Schuldverschreibungen.

(e) Im übrigen bleiben die Bedingungen der ursprünglichen Anleiheverträge bestehen.

(f) Alle mit der Durchführung der vorstehenden Änderungen der ursprünglichen Verträge verbundenen Kosten werden von der Bundesregierung getragen.

ANNEX I

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix 3 to the Report of the Conference on German External Debts with such changes as were required to achieve uniformity in the three languages. Supplementary understandings reached by the parties with respect to this Annex after the close of the Conference are attached hereto as Sub-Annexes A to E.]

Agreed Recommendations for the Settlement of Reich Debts and Debts of other Public Authorities.

A.

Debts of the Reich

The Government of the Federal Republic of Germany (hereafter referred to as the Federal Government) will undertake to offer to the Bondholders to pay and transfer the following amounts:—

1. The 7 per cent. External (Dawes) Loan 1924

(a) As on the first coupon date following 31st March, 1953, interest at 5½ per cent. per annum on the American Issue and 5 per cent. per annum on the other Issues.

(b) As on the first coupon date following 31st March, 1958, a sinking fund of 3 per cent. per annum on the American Issue and 2 per cent. per annum on the other Issues shall be added to the above interest payments and constitute with them a cumulative annuity.

(c) The maturity date shall be extended to the year 1969.

(d) Arrears of interest outstanding shall be recalculated at 5 per cent. simple interest, and in respect of the resulting total the Federal Government will issue 20-year Bonds carrying 3 per cent. per annum interest and after 5 years 2 per cent. sinking fund. On Bonds for so much as represents arrears due to 31st December, 1944, payment will be made as from 15th April, 1953: Bonds for the balance will not be issued until the unification of Germany when payment on these Bonds will begin.

(e) In all respects other than those indicated above, the terms of the original Loan contracts shall be maintained.

(f) All expenses incidental to carrying out the above modifications of the original contracts shall be borne by the Government of the Federal Republic.

ANNEXE I

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 3 au Rapport de la Conférence des Dettes Extérieures Allemandes avec les modifications nécessaires pour assurer la concordance des textes dans les trois langues. Les Accords supplémentaires conclus entre les parties, au titre de la présente Annexe après la clôture de la Conférence, sont joints ci-après en Sous-Annexes I A, I B, I C, I D et I E.]

Recommandations agréées pour le règlement des Dettes du Reich et des dettes des autres autorités publiques

A.

Dettes du Reich

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne (désigné ci-après par les termes «Gouvernement Fédéral») s'engage à offrir aux porteurs le versement et le transfert des montants suivants:

1. Emprunt extérieur 7 % 1924 (Emprunt Dawes)

(a) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1953, un intérêt de 5½ % l'an pour la tranche américaine et de 5 % l'an pour les autres tranches.

(b) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1958, une annuité d'amortissement, fixée à 3 % pour la tranche américaine et à 2 % pour les autres tranches, qui s'ajoutera aux versements d'intérêt prévus ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative.

(c) La date d'échéance de l'Emprunt sera reportée à l'année 1969.

(d) Les arriérés d'intérêt impayés feront l'objet d'un nouveau calcul, à intérêts simples, au taux de 5 % l'an, et le Gouvernement Fédéral émettra, pour le montant total ainsi calculé, des Bons à 20 ans portant intérêt à 3 % l'an et amortissables après 5 ans au taux de 2 % l'an. Pour les bons représentant les arriérés d'intérêt échus au 31 décembre 1944, les paiements commenceront le 15 avril 1953. Les Bons correspondant au solde des arriérés ne seront émis qu'après l'unification de l'Allemagne et les paiements au titre de ces Bons commenceront dès leur émission.

(e) Sauf en ce qui concerne les stipulations ci-dessus, les conditions des contrats initiaux de l'Emprunt seront à tous égards maintenues.

(f) Toutes les dépenses afférentes à l'exécution des modifications apportées aux contrats initiaux seront à la charge du Gouvernement Fédéral.

2. *Die 5½ % Internationale (Young-) Anleihe von 1930*

(a) Vom ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin ab Zinsen in Höhe von 5 v.H. jährlich auf die amerikanische Tranche und 4½ v.H. jährlich auf die anderen Tranchen.

(b) Vom ersten auf den 31. März 1958 folgenden Kupontermin ab wird ein Tilgungsbetrag von 1 v.H. jährlich diesen Zinszahlungen zugeschlagen; er bildet mit ihnen zusammen eine feste Gesamtannuität.

(c) Der Fälligkeitstermin wird bis zum Jahre 1980 hinausgeschoben.

(d) Ausstehende Zinsrückstände werden zu einem Satz von 4½ v.H. ohne Zinseszinsen neu berechnet; für die sich ergebende Gesamtsumme wird die Bundesregierung Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren ausgeben, die zu 3 v.H. jährlich verzinslich und nach 5 Jahren mit 1 v.H. jährlich zu tilgen sind. Auf Schuldverschreibungen für Zinsrückstände, die bis zum 31. Dezember 1944 fällig waren, wird Zahlung vom 15. April 1953 an erfolgen(1). Schuldverschreibungen über den Restbetrag werden nicht vor der Wiedervereinigung Deutschlands ausgegeben; von diesem Zeitpunkt ab beginnen die Zahlungen auf diese Schuldverschreibungen.

(e) Die auf die verschiedenen Tranchen der 5½ % Internationalen Anleihe von 1930 fälligen Beträge sind lediglich in der Währung des Emissionslandes zahlbar. In Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzlage in Deutschland besteht Einvernehmen darüber, daß als Grundlage für die Berechnung dieses Betrages in fremder Währung der Dollarbetrag dienen soll, dem die in der Währung des Emissionslandes fällige Zahlung entsprochen haben würde, umgerechnet zu dem im Zeitpunkt der Emission der Anleihe maßgebenden Wechselkurs. Der auf diese Weise ermittelte Nominalbetrag in US-Dollar wird dann zum Wechselkurs vom 1. August 1952 wieder in die betreffenden Währungen umgerechnet.

Sollte sich der am 1. August 1952 für eine der Emissionswährungen maßgebende Wechselkurs später um 5 v.H. oder mehr ändern, so sind die nach diesem Zeitpunkt fälligen Raten zwar nach wie vor in der Währung des Emissionslandes zu leisten; sie sind jedoch auf der Grundlage der Währung mit der geringsten Abwertung (im Verhältnis zu dem Wechselkurs vom 1. August 1952) zu berechnen

2 *The 5½ per cent. International (Young) Loan 1930*

(a) As on the first coupon date following 31st March, 1953, interest at 5 per cent. per annum on the American Issue and 4½ per cent. per annum on the other Issues.

(b) As on the coupon date following 31st March, 1958, a sinking fund of 1 per cent. per annum shall be added to the above interest payments and constitute with them a cumulative annuity.

(c) The maturity date shall be extended to the year 1980.

(d) Arrears of interest outstanding shall be recalculated at 4½ per cent. simple interest and in respect of the resulting total the Federal Government will issue 20-year Bonds carrying 3 per cent. per annum interest and after 5 years 1 per cent. sinking fund. On Bonds for so much as represents arrears due to 31st December, 1944, payment will be made as from 15th April, 1953.(1) Bonds for the balance will not be issued until the unification of Germany, when payment on these Bonds will begin.

(e) The amounts due in respect of the various issues of the 5½ per cent. International Loan 1930 are payable only in the currency of the country in which the issue was made. In view of the present economic and financial position in Germany, it is agreed that the basis for calculating the amount of currency so payable shall be the amount in U. S. dollars to which the payment due in the currency of the country in which the issue was made would have been equivalent at the rates of exchange ruling when the Loan was issued. The nominal amount in U. S. dollars so arrived at will then be reconverted into the respective currencies at the rate of exchange current on 1st August, 1952.

Should the rates of exchange ruling any of the currencies of issue on 1st August, 1952, alter thereafter by 5 per cent. or more, the instalments due after that date, while still being made in the currency of the country of issue, shall be calculated on the basis of the least depreciated currency (in relation to the rate of exchange current on 1st August, 1952) reconverted into the currency of issue at

2. *Emprunt international 5½ % 1930 (Emprunt Young)*

(a) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1953, un intérêt de 5 % l'an pour la tranche américaine et de 4½ % l'an pour les autres tranches.

(b) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1958, une annuité d'amortissement, fixée à 1 %, qui s'ajoutera aux versements d'intérêts prévus ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative.

(c) La date d'échéance de l'Emprunt sera reportée à l'année 1980.

(d) Les arriérés d'intérêt impayés feront l'objet d'un nouveau calcul, à intérêts simples, au taux de 4½ % l'an, et le Gouvernement Fédéral émettra, pour le montant total ainsi calculé, des Bons à 20 ans portant intérêt à 3 % l'an et amortissables après 5 ans, au taux de 1 % l'an. Pour les bons représentant les arriérés d'intérêt échus au 31 décembre 1944, les paiements commenceront le 15 avril 1953 (1) Les Bons correspondant au solde des arriérés ne seront émis qu'après l'unification de l'Allemagne et les paiements au titre de ces Bons commenceront à compter de cette unification.

(e) Les sommes dues au titre des diverses tranches de l'Emprunt International 5½ % 1930 sont payables seulement dans la monnaie du pays d'émission de chaque tranche. Eu égard à la situation économique et financière en Allemagne, il est convenu que le montant ainsi payable sera calculé sur la base du montant en dollars américains auquel les sommes dues dans la monnaie du pays d'émission auraient été équivalentes, au taux de change en vigueur lors de l'émission de l'Emprunt. Le montant nominal en dollars américains ainsi calculé sera reconverti dans les diverses monnaies d'émission au taux de change en vigueur le 1er août 1952.

Au cas où les taux de change en vigueur le 1er août 1952 entre deux ou plusieurs monnaies d'émission subiraient par la suite une modification égale ou supérieure à 5 %, les versements exigibles après cette date, tout en continuant à être effectués dans la monnaie du pays d'émission, seront calculés sur la base de la devise la moins dépréciée par rapport au taux de change en vigueur au 1er août 1952,

(1) Es ist nunmehr vereinbart worden, daß der zweite Satz des Absatzes 2 (d) wie folgt lauten soll: „Auf Schuldverschreibungen für Zinsrückstände, die bis zum 31. Dezember 1944 fällig waren, wird am 1. Juni 1953 Zahlung auf den ersten Kupon uber Zinsen fur sechs Monate erfolgen."

(1) It has now been agreed that the second sentence of paragraph 2 (d) shall read as follows: —
"On bonds for so much as represents arrears due to 31st December, 1944, payment of a first coupon representing six months' interest will be made on 1st June, 1953."

(1) Il a maintenant été convenu que la seconde phrase du paragraphe 2 (d) doit se lire comme suit: «Pour les bons correspondant aux arriérés d'intérêt échus au 31 décembre 1944 un premier coupon représentant six mois d'intérêts sera payé le 1er juin 1953 .

und zu dem im Zeitpunkt der Fälligkeit der betreffenden Zahlung maßgebenden Wechselkurs wieder in die Emissionswährung umzurechnen.

(f) Im übrigen bleiben die Bedingungen der ursprünglichen Anleiheverträge bestehen.

(g) Alle mit der Durchführung der vorstehenden Änderungen der ursprünglichen Verträge verbundenen Kosten werden von der Bundesregierung getragen.

3. Die 6% äußere (Zündholz-) Anleihe von 1930

(a) Vom ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin ab Zinsen in Höhe von 4 v.H. jährlich.

(b) Vom ersten auf den 31. März 1958 folgenden Kupontermin ab wird ein Tilgungsbetrag von 1¼ v.H. diesen Zinszahlungen zugeschlagen, er bildet mit ihnen zusammen eine feste Gesamtannuität.

(c) Zinsrückstände werden zu einem Satz von 4 v.H. ohne Zinseszinsen neu berechnet, im übrigen aber ebenso behandelt wie die Rückstände aus der Young-Anleihe.

(d) Der Fälligkeitstermin wird bis zum Jahre 1994 hinausgeschoben.

(e) Solange die Bedienung der Zündholz-Anleihe nach den Bestimmungen dieser Regelung durchgeführt wird, werden die Zins- und Tilgungsbeträge für die Anleihe bei der Skandinaviska Banken in Stockholm, Schweden, gezahlt, und zwar in Schwedischen Kronen im Gegenwert des in US-Dollar geschuldeten Betrages zu dem am Fälligkeitstage maßgebenden Wechselkurs.

(f) Im übrigen wird, von den Sicherheiten abgesehen, die Zündholz-Anleihe ebenso wie die Young-Anleihe behandelt.

4. Schuldverschreibungen der Konversionskasse

Für Schuldverschreibungen und Scrips der Konversionskasse wird sich die Bundesregierung zu folgenden Zahlungen verpflichten:

(a) Vom ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupon- oder Fälligkeitstermin ab Zinsen zu den ursprünglichen vertraglichen Sätzen;

(b) vom ersten auf den 31. März 1958 folgenden Kupontermin ab wird ein Tilgungsbetrag von 2 v.H. jährlich diesen Zinszahlungen zugeschlagen; er bildet mit ihnen zusammen eine feste Gesamtannuität;

(c) die Fälligkeitstermine dieser Schuldverschreibungen werden gegenüber den bestehenden Fälligkeitsterminen um 17 Jahre hinausgeschoben;

the rate of exchange current when the payment in question becomes due.

(f) In all respects other than those indicated above, the terms of the original Loan contracts shall be maintained.

(g) All expenses incidental to carrying out the above modifications of the original contracts shall be borne by the Government of the Federal Republic.

3. The 6 per cent. External (Match) Loan 1930

(a) As on the first coupon date following 31st March, 1953, interest at 4 per cent. per annum.

(b) As on the first coupon date following 31st March, 1958, a sinking fund of 1¼ per cent. shall be added to the above interest payments and constitute with them a cumulative annuity.

(c) Arrears of interest to be recalculated at 4 per cent. simple interest but otherwise to receive the same treatment as the arrears in respect of the Young Loan.

(d) The maturity date shall be extended to the year 1994.

(e) As long as the service of the Match Loan is effected according to the provisions of this Settlement Plan, the payment for interest and amortisation of the Loan will be made at the office of the Skandinaviska Banken in Stockholm, Sweden, in Swedish Kronor equivalent to the amount due in U. S. dollars at the rate of exchange on the due date.

(f) In all other respects other than collateral the Match Loan shall have the same treatment as the Young Loan.

4. Konversionskasse Bonds

The Federal Government will undertake to make the following payments in respect of Konversionskasse Bonds and Scrip:—

(a) As on the first coupon or interest date following after 31st March, 1953, interest at the original contractual rates;

(b) as on the first coupon date following after 31st March, 1958, a sinking fund of 2 per cent. per annum shall be added to the above interest payments and constitute with them a cumulative annuity;

(c) the maturity dates of these bonds shall be extended by 17 years from the existing maturity dates;

puis reconvertis dans la monnaie d'émission sur la base du taux de change en vigueur lors de l'échéance du paiement.

(f) Sauf en ce qui concerne les stipulations ci-dessus, les conditions des contrats initiaux de l'Emprunt seront à tous égards maintenues.

(g) Toutes les dépenses afférentes à l'exécution des modifications apportées aux contrats initiaux seront à la charge du Gouvernement de la République Fédérale.

3. Emprunt extérieur 6% 1930 (Emprunt de la Société Suédoise des Allumettes)

(a) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1953, un intérêt de 4% l'an.

(b) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1958, une annuité d'amortissement, fixée à 1¼%, qui s'ajoutera aux versements d'intérêts prévus ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative.

(c) Les arriérés d'intérêt impayés feront l'objet d'un nouveau calcul, à intérêts simples, au taux de 4% l'an, mais, pour le reste, seront traités comme les arriérés d'intérêt de l'Emprunt Young.

(d) La date d'échéance de l'Emprunt sera reportée à l'année 1994.

(e) Aussi longtemps que le service de l'Emprunt extérieur 6% 1930 s'effectuera conformément aux dispositions du présent Plan de Règlement, les paiements d'intérêt et d'amortissement se feront aux guichets de la Skandinaviska Banken à Stockholm (Suède) en couronnes suédoises, à la contre-valeur du montant dû en dollars des Etats-Unis, sur la base du taux de change en vigueur à la date d'échéance.

(f) A tous autres égards, sauf en ce qui concerne les garanties collatérales, l'Emprunt extérieur 6% 1930 sera traité comme l'Emprunt Young.

4. Obligations de la Konversionskasse

Le Gouvernement Fédéral s'engagera à effectuer les versements suivants au titre des obligations et des Scrips émis par la Konversionskasse:

(a) A compter de la date d'échéance du premier coupon ou des premiers intérêts payables après le 31 mars 1953, un intérêt calculé sur la base des taux contractuels initiaux.

(b) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1958, une annuité d'amortissement fixée à 2% qui s'ajoutera aux versements d'intérêts prévus ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative.

(c) Les dates d'échéance des obligations seront prorogées de 17 ans à compter des dates d'échéance actuelles.

(d) zwei Drittel der zu den vertraglichen Sätzen berechneten Zinsrückstände werden gestrichen. Das verbleibende Drittel wird fundiert; es wird zu den gleichen Sätzen wie die ursprünglichen Schuldverschreibungen verzinst und getilgt;

(e) im übrigen bleiben die ursprünglichen Verträge dieser Schuldverschreibungen bestehen;

(f) alle mit der Durchführung der vorstehenden Änderungen der ursprünglichen Verträge verbundenen Kosten werden von der Bundesregierung getragen;

(g) auf Reichsmark lautende Schuldverschreibungen und Scrips werden im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt.

5. Über gewisse kleine Fremdwährungsverbindlichkeiten von Reichsbahn und Reichspost, soweit sie nicht in Anlage IV behandelt sind, werden Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und den Gläubigern stattfinden.

6. Reichsmarkschulden des Reichs, der Reichsbahn, der Reichspost und des Staates Preußen

Dem Wunsche der Gläubigervertreter entsprechend wird sich die Bundesregierung verpflichten:

(a) ausländischen Gläubigern auf Verlangen und in Anwendung des Grundsatzes der Inländerbehandlung die Vorteile und Entschädigungen zuzugestehen, die deutschen Gläubigern im Zusammenhang mit der Währungsreform gewährt worden sind oder künftig gewährt werden sollten;

(b) ausländischen Gläubigern beim Erlaß eines künftigen deutschen Gesetzes über die Umstellung und Regelung von Schulden die vorteilhafteste Regelung zuzugestehen, die sich daraus für deutsche Gläubiger ergibt;

(c) falls das unter (b) erwähnte Gesetz nicht vor dem 1. Januar 1954 verkündet wird oder sich nicht auf alle Schuldenkategorien erstreckt, vor dem 1. April 1954 in Verhandlungen mit den ausländischen Gläubigervertretern einzutreten. Diese behalten sich das Recht vor, im Verlaufe dieser Verhandlungen eine Sonderregelung zu verlangen.

Diese Verpflichtung gilt für alle Reichsmarkschulden des Reichs, der Reichsbahn und der Reichspost, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Form von Schuldverschreibungen (Schatzanweisungen, Schuldverschreibungen der Anleiheablösungsschuld usw.) verbrieft sind oder nicht;

(d) die Bundesregierung verpflichtet sich ferner, in gleicher Weise bei der künftigen Bedienung der Reichsmarkverbindlichkeiten des Staates Preußen zu verfahren.

(d) two-thirds of the arrears of interest calculated at the contractual rates shall be waived. The remaining one-third shall be funded and carry the same interest and sinking fund as the original Bonds;

(e) in all other respects the original contracts of these Bonds shall be maintained;

(f) all expenses incidental to carrying out the above modifications of the original contracts will be borne by the Federal Government;

(g) Reichsmark Bonds and Scrip will be converted into Deutsche Mark at the rate of 10:1.

5. Certain small liabilities of the Reichsbahn and the Reichspost in foreign currencies other than those covered by Annex IV will be the subject of negotiation between the Federal Government and the creditors.

6. Debts in Reichsmarks of the Reich, the Reichsbahn, the Reichspost and the State of Prussia

In response to the request of the creditors' representatives the Federal Government will undertake—

(a) to extend at their request and in application of the principle of national treatment to foreign creditors the benefit of the advantages and compensations which have been or may ultimately be granted in connection with the monetary reform to German creditors;

(b) to extend to foreign creditors at the time of the enactment of any future German law relative to the conversion and settlement of debts the benefit of the most favourable treatment provided by this law for German creditors;

(c) if the law mentioned in paragraph (b) above is not promulgated before 1st January, 1954, or does not cover all categories of debts, to open before 1st April, 1954, negotiations with the foreign creditors' representatives in course of which these representatives reserve the right to ask for a special settlement of these debts.

The present undertaking applies to all Reichsmark debts of the Reich, the Reichsbahn and the Reichspost whether represented by Bonds (Treasury Bills, obligations of the Ablösungsanleihen, &c.) or not so represented;

(d) the Federal Government further undertakes to extend the same treatment to the future service of the Reichsmark liabilities of the State of Prussia.

(d) Deux tiers des arriérés d'intérêts, calculés sur la base des taux contractuels, seront abandonnés. Le tiers restant sera consolidé et portera le même intérêt et sera amorti dans les mêmes conditions que les obligations initiales.

(e) A tous autres égards, les dispositions des contrats initiaux afférents à ces obligations seront maintenues.

(f) Toutes les dépenses afférentes à l'exécution des modifications des contrats initiaux prévues ci-dessus seront à la charge du Gouvernement Fédéral.

(g) Les obligations et les Scrips, libellés en Reichsmark, seront convertis en Deutschemark au taux de 10 pour 1.

5. Certaines dettes en devises étrangères, de faible montant, de la Reichsbahn et de la Reichspost, autres que les dettes visées à l'Annexe IV, feront l'objet de négociations entre le Gouvernement de la République Fédérale et les créanciers.

6. Dettes en Reichsmark du Reich, de la Reichsbahn, de la Reichspost et de la Prusse

Répondant à la demande des représentants des créanciers, le Gouvernement Fédéral s'engagera:

(a) à étendre aux créanciers étrangers, sur leur demande, et en application du principe du traitement national, le bénéfice des avantages et des compensations qui ont été ou pourraient être accordés en définitive aux créanciers allemands, dans le cadre de la réforme monétaire;

(b) à étendre aux créanciers étrangers, lors de la promulgation de toute loi allemande relative à la conversion et au règlement des dettes, le bénéfice du traitement le plus favorable prévu par cette loi en faveur des créanciers allemands;

(c) au cas où la loi mentionnée au paragraphe (b) ci-dessus ne serait pas promulguée avant le 1er janvier 1954 ou ne s'appliquerait pas à toutes les catégories de dettes, à entreprendre, avant le 1er avril 1954, des négociations avec les représentants des créanciers étrangers au cours desquelles ces derniers se réservent le droit de demander un règlement particulier de ces dettes.

Le présent engagement s'applique à toutes les dettes en Reichsmark du Reich, de la Reichsbahn et de la Reichspost, qu'elles soient ou non représentées par des obligations (Bons du Trésor, Obligations des Ablösungsanleihen, etc.);

(d) le Gouvernement Fédéral s'engage en outre à étendre le même traitement au futur service des obligations en Reichsmark de la Prusse.

B.

Von den Ländern, Gemeinden und ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechtes im Gebiete der Bundesrepublik Deutschland ausgegebene oder garantierte Auslandsschuldverschreibungen

7. Die Schuldner sollen folgende Beträge zahlen, die von der Bundesregierung transferiert werden sollen:

(1) Schuldverschreibungen mit Ausnahme der vom Staate Preußen ausgegebenen:

(a) Vom ersten auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin ab 75 v.H. der ursprünglichen vertraglichen Zinsen (als Mindestsatz 4 v.H. jährlich, als Höchstsatz 5¼ v.H. jährlich) oder den in dem ursprünglichen Vertrag vorgesehenen Zinssatz, falls dieser unter 4 v.H. jährlich liegt;

(b) Zinsen zu den gleichen Sätzen für zwei Drittel der Zinsrückstände (soweit sie nicht bereits durch Schuldverschreibungen der Konversionskasse oder auf Grund ähnlicher vereinbarter Regelungen gedeckt sind); diese Rückstände sind zu fundieren;

(c) von dem ersten auf den 31. März 1958 folgenden Kupontermin ab wird diesen Zinszahlungen ein Tilgungsbetrag von 1 v.H. jährlich zugeschlagen, der sich bei nach dem 1. Januar 1968 oder später fällig werdenden Anleihen am 31. März 1963 auf 2 v.H. erhöht; er bildet mit den Zinszahlungen zusammen eine feste Gesamtannuität;

(d) die Fälligkeitstermine dieser Anleihen werden gegenüber den bestehenden Fälligkeitsterminen um 20 Jahre hinausgeschoben;

(e) im übrigen bleiben die Bedingungen der ursprünglichen Anleiheverträge bestehen, falls nicht der Gläubiger in Sonderfällen einer anderen Regelung zugestimmt hat. Liegen bei einem Schuldner außergewöhnliche Umstände vor, aus denen die Gläubigervertreter die Überzeugung gewinnen, daß ihm die allgemeine Regelung nicht zuzumuten ist, so ist zwischen dem Schuldner und den Gläubigervertretern die erforderliche Anpassung zu vereinbaren;

(f) außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland ausgegebene und zahlbare auf Reichsmark lautende Schuldverschreibungen werden im Verhältnis 10:1 auf Deutsche Mark umgestellt. Sie sind zu dem ursprünglichen vertraglichen Satz zu verzinsen. Zinsrückstände sind auf der gleichen Grundlage zu fundieren und zum gleichen Satz zu verzinsen. Die Laufzeit der Schuldverschreibungen ist um 15 Jahre über den Fälligkeitstermin hinaus zu verlän-

B.

External Bonds issued or guaranteed by the States (Länder), Municipalities and similar public bodies within the territory of the Federal Republic of Germany

7. The respective debtors shall pay to be transferred by the Federal Government the following amounts:—

(1) Bonds other than those of the State of Prussia

(a) As on the first coupon date following after 31st March, 1953, 75 per cent. of the original contractual interest (subject to a minimum of 4 per cent. per annum and a maximum of 5¼ per cent. per annum) or the rate specified in the original contract if less than 4 per cent. per annum;

(b) interest at the same rates on two-thirds of any arrears of interest (other than interest already covered by Konversionskasse Bonds or similar agreed arrangements); these arrears shall be funded;

(c) as on the first coupon dates following after 31st March, 1958, a sinking fund of 1 per cent. per annum, to be increased on 31st March, 1963, to 2 per cent. in the case of loans maturing in 1968 or after shall be added to the above interest payments and constitute with them a cumulative annuity;

(d) the maturity dates of these Loans shall be extended by 20 years from the existing maturity dates;

(e) in respects other than those indicated above, the terms of the original loan contracts shall be maintained unless otherwise agreed by the creditor in special circumstances. Where exceptional circumstances peculiar to a particular debtor are such as to satisfy the creditors' representatives that it is impracticable for that debtor to conform to the general arrangement, such adjustment as may seem necessary shall be made by agreement between the debtor and the creditors' representatives;

(f) bonds issued and payable outside of the territory of the Federal Republic denominated in Reichsmark shall be converted, at the rate of 10:1, into Deutsche Mark. They will carry interest at the original contractual rate. Arrears of interest shall be funded on the same basis and shall carry the same rate of interest. The bonds shall be extended for a period of 15 years after the maturity date, and will be redeemable in equal annuities, the first being due on the

B.

Obligations extérieures émises ou garanties par les Länder, les municipalités et les autres organismes publics analogues à l'intérieur de la République Fédérale d'Allemagne

7. Les débiteurs intéressés verseront, aux fins de transfert par le Gouvernement Fédéral, les montants suivants:

(1) Obligations autres que celles de la Prusse

(a) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1953, un intérêt fixé soit à 75% de l'intérêt contractuel initial (dans les limites d'un minimum de 4% l'an et d'un maximum de 5¼% l'an), soit au taux prévu dans le contrat initial, si ce dernier est inférieur à 4% l'an.

(b) Un intérêt fixé aux mêmes taux, sur les deux tiers des arriérés d'intérêt (qui ne seraient pas déjà couverts par des obligations de la Konversionskasse ou par d'autres accords similaires). Ces arriérés seront consolidés.

(c) A compter de la date d'échéance du premier coupon payable après le 31 mars 1958, une annuité d'amortissement de 1%, qui sera portée, le 31 mars 1963 à 2% pour les emprunts venant à échéance en 1968 ou postérieurement, qui s'ajoutera aux intérêts visés ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative.

(d) Les dates d'échéance de ces emprunts seront prorogées de 20 ans à compter des dates d'échéance actuelles.

(e) Sauf en ce qui concerne les stipulations ci-dessus, les conditions des contrats initiaux d'emprunt seront maintenues à moins que le créancier n'en ait autrement convenu en raison de circonstances particulières. Lorsqu'un débiteur particulier se trouvera dans une situation exceptionnelle, telle que les représentants des créanciers jugeront démontré de façon satisfaisante que ce débiteur est dans l'impossibilité de se conformer pratiquement aux conditions générales convenues, le débiteur et les représentants des créanciers conviendront des ajustements qui leur paraîtront nécessaires.

(f) Les obligations libellées en Reichsmark, émises et payables hors du territoire de la République Fédérale, seront converties en Deutschemark au taux de 10 RM pour 1 DM. Elles porteront intérêt au taux contractuel initial. Les arriérés d'intérêt seront consolidés sur la même base et porteront le même taux d'intérêt. L'échéance des obligations en cause sera prorogée de 15 ans, et ces obligations seront remboursables par annuités égales, dont la première sera payable à la

gern; diese Schuldverschreibungen sind in gleichen jährlichen Tilgungsraten rückzahlbar, wobei die erste am ersten Kupontermin im Jahre 1958 fällig wird. Zinsen und Tilgungsbeträge werden in der Währung des Staates transferiert werden, in dem der Inhaber der Schuldverschreibung ansässig ist.

(g) Die Begriffe „ursprünglicher Vertrag" und „ursprüngliche vertragliche Zinsen" bedeuten den Vertrag oder die vertraglichen Zinsen, die zwischen dem Gläubiger und dem Schuldner in dem Zeitpunkt galten, in dem ursprünglich die Anleihe aufgenommen oder die Verpflichtung eingegangen wurde, es sei denn, daß eine Konversion (nachstehend als „echte Konversion" bezeichnet) vor dem 9. Juni 1933 stattgefunden hat oder an diesem Tage oder danach wegen eingetretener oder drohender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners oder als Ergebnis freier Verhandlungen durchgeführt worden ist; hierbei gilt:

(i) Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet ein Schiedsgericht, wobei der Schuldner zu beweisen hat, daß die Vereinbarung im Wege freier Verhandlungen zustande gekommen ist.

(ii) Bei Regelungen, bei denen der deutsche Treuhänder für Feindvermögen oder eine in einem besetzten Gebiet von deutschen Behörden ernannte Person die Gläubiger vertreten hat oder die lediglich auf der Annahme eines von dem Schuldner gemachten einseitigen Angebotes durch den Gläubiger beruhten, wird vermutet, daß sie nicht im Wege freier Verhandlungen zustande gekommen sind.

Bei der Berechnung künftiger Zinsen und Zinsrückstände gemäß dieser allgemeinen Rahmenregelung ist von den ursprünglichen vertraglichen Sätzen auszugehen. Hat jedoch eine echte Konversion stattgefunden, so ist von dem konvertierten Zinssatz auszugehen mit der Maßgabe, daß dabei der konvertierte Satz weder für Zinsrückstände noch für künftige Zinsen herabgesetzt wird; der Schuldner kann sich jedoch auch für die Berechnung auf der Grundlage des ursprünglichen vertraglichen Satzes nach der allgemeinen Rahmenregelung entscheiden.

(h) Alle mit der Durchführung der vorstehenden Änderungen der ursprünglichen Verträge verbundenen Kosten werden von den Schuldnern getragen.

(i) Ist der verbleibende Kapitalbetrag sämtlicher in ausländischer Währung ausgegebener Schuldverschreibungen eines Schuldners gering, so kann der Schuldner eine frühere Rückzahlung und eine endgültige Regelung des Gesamtbetrages dieser Verbindlichkeiten und

first coupon maturity date in 1958. Interest and redemption moneys will be transferred in the currency of the country where the bondholder has his residence.

(g) Reference to an "original contract" or to an "original contractual interest" shall be read as reference to the contract or the relative contractual interest subsisting between creditor and debtor at the time when the borrowing was first made or the obligation was first incurred, unless a conversion (herein called an "effective conversion") was made before 9th June, 1933, or was made on or after that date on account of the insolvency or threatened insolvency of the debtor or as a result of free negotiation; provided that —

(i) in disputed cases the decision shall lie with a Court of Arbitration where the burden shall be on the debtor to prove that the arrangement was freely negotiated, and

(ii) arrangements made where the German Custodian of Enemy Property or a person appointed by a German authority in an occupied territory represented the creditors or resulting from mere acceptance by the creditor of a unilateral offer made by the debtor shall be presumed not to have been freely negotiated.

In calculating future interest and arrears of interest under the general formula, the original contractual rate shall apply. Where, however, an effective conversion has taken place the converted rate of interest shall apply; provided that in such case the converted rate shall not be subject to any reduction either as to arrears of interest or as to future interest, unless the debtor prefers calculation on the basis of the original contractual rate under the general formula.

(h) All expenses incidental to carrying out the above modifications of the original contracts shall be borne by the debtors.

(i) Where the remaining capital amount of the total of all bond issues in foreign currency of a particular debtor is small, the debtor may offer an earlier repayment and final settlement of the entire amount of such indebtedness and arrears of interest with-

date d'échéance du premier coupon de l'année 1958. Les versements effectués au titre de l'intérêt et de l'amortissement seront transférés dans la monnaie du pays où le porteur aura sa résidence.

(g) Les termes «contrat initial» et «intérêt contractuel initial» doivent s'entendre du contrat, ou de l'intérêt prévu par le contrat, existant entre le créancier et le débiteur à la date de l'émission de l'emprunt ou de la naissance de l'obligation, à moins qu'une conversion (désignée ci-après sous le nom de «conversion effective») n'ait été effectuée, soit avant le 9 juin 1933, soit le 9 juin 1933 ou après cette date et pour tenir compte de l'insolvabilité survenue ou imminente du débiteur ou à la suite de libres négociations, étant entendu:

(i) qu'en cas de litige, la question sera soumise pour décision à un Tribunal d'arbitrage devant lequel il appartiendra au débiteur de fournir la preuve que l'arrangement a été librement négocié, et

(ii) que les arrangements à la négociation desquels le créancier était représenté soit par le Séquestre allemand des Biens ennemis, soit par une personne désignée par les Autorités allemandes dans un territoire occupé, ou qui résulteraient seulement de l'acceptation par le créancier d'une offre unilatérale du débiteur, seront présumés n'avoir pas été librement négociés.

Le taux contractuel initial sera pris pour base du calcul, selon la formule générale, des intérêts futurs et des arriérés d'intérêt. En cas de conversion effective, cependant, c'est le taux d'intérêt après conversion qui devra être utilisé, étant spécifié que ce taux ne fera l'objet d'aucune réduction, ni pour le calcul des arriérés, ni pour le calcul des intérêts futurs, sauf dans le cas où le débiteur préférerait effectuer le calcul selon la formule générale sur la base du taux contractuel initial.

(h) Toutes les dépenses afférentes à l'exécution des modifications des contrats initiaux seront prévues ci-dessus à la charge des débiteurs.

(i) Lorsque le montant en capital restant dû au titre du total de toutes les obligations émises en devises étrangères par un débiteur donné sera peu important, ce débiteur pourra offrir de procéder à un remboursement anticipé et de régler définitivement le dû montant

der Zinsrückstände anbieten ohne Rücksicht auf die Befristung der Fälligkeit unter (d).

(j) Verbindlichkeiten juristischer Personen, die von einem Lande, einer Stadt, einer Gemeinde oder einer anderen Gebietskörperschaft garantiert sind, werden nach den „Vereinbarten Empfehlungen für die Regelung mittel- und langfristiger deutscher Schulden aus privaten Kapitalgeschäften" (Anlage II) geregelt, vorausgesetzt, daß diese Garantien nach den dort vorgesehenen Bestimmungen weiterhin in Kraft blieben. (1)

(2) Schuldverschreibungen des Staates Preußen

Die Bundesregierung leistet für Rechnung derjenigen Länder, die das Gebiet und die Vermögenswerte des früheren Staates Preußen als Nachfolgeländer übernommen haben, Zahlungen wie folgt:

(a) 6½% Preußische Äußere Anleihe in US-Dollar vom 15. September 1926, fällig am 15. September 1951, und 6% Preußische Äußere Anleihe in US-Dollar vom 15. Oktober 1927, fällig am 15. Oktober 1952:

(i) Die Bundesregierung gibt neue, auf Dollar lautende Schuldverschreibungen aus, deren erster Kupon das Datum des 1. April 1953 trägt. Sie werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren in der gleichen Stückelung wie die noch ausstehenden Schuldverschreibungen der oben angeführten Anleihen ausgegeben und sind mit 4 v.H. verzinslich. Die Zinsen sind halbjährlich jeweils am 1. April und 1. Oktober zahlbar. Ab 1. April 1958 wird diesen Zinsen ein Tilgungsbetrag von 1 v.H. jährlich zugeschlagen; er bildet mit den Zinsen zusammen eine feste Gesamtannuität; der Schuldner kann die Tilgung vornehmen entweder durch Auslosung zu Pari oder indem er Schuldverschreibungen am offenen Markt oder auf sonstige Weise erwirbt; er kann auch eine zusätzliche Tilgung vornehmen, solange die Bedienung gemäß dem Vertrag erfolgt;

(ii) die noch ausstehenden Kupons der alten Ausgaben mit Fälligkeitsterminen vom 15. März 1933 bis 31. Dezember 1936 werden um 20 Jahre verlängert; sodann sind jeweils 50 v.H. ihres Betrages in US-Dollar zu den entsprechenden Daten der Jahre 1953, 1954, 1955 und 1956 einzulösen;

out regard to the limitations and provisions under (d) above relative to the prolongation of the indebtedness.

(j) All corporate obligations guaranteed by a State, city, municipality or other governmental body shall be settled in accordance with "Agreed Recommendations for the Settlement of Medium and Long-Term German Debts resulting from private capital transactions" (Annex II) provided that such guarantees shall continue in force in accordance with its terms.(1)

(2) Bonds of the State of Prussia

The Federal Government, on behalf of the several Länder which succeeded to territory and assets formerly belonging to the State of Prussia, shall make payments as follows:—

(a) As to External Sinking Fund 6½ per cent. Dollar Bonds of 15th September, 1926, due 15th September, 1951, and External Sinking Fund 6 per cent. Dollar Bonds of 15th October, 1927, due 15th October, 1952:—

(i) The Federal Government will issue new dollar bonds bearing first coupon dated 1st April, 1953, and maturing in twenty years, in the same denominations as the outstanding bonds of the above issues bearing interest at the rate of 4 per cent., payable semi-annually on 1st April and 1st October. On 1st April, 1958, a sinking fund of 1 per cent. per annum shall be added to the above interest rate and constitute with it a cumulative annuity. The debtor may call bonds by lot at par or may purchase bonds in the open market or otherwise and may provide additional amortisation as long as the service is maintained in accordance with the Contract.

(ii) Outstanding coupons on the old issues bearing dates from 15th March, 1933, to 31st December, 1936, will be extended for a period of twenty years, and upon such extended maturity 50 per cent. of the amount thereof shall be paid in United States dollars on the corresponding dates in 1953, 1954, 1955 and 1956.

total de la dette et des arriérés d'intérêt, sans égard aux restrictions et dispositions de l'alinéa (d) ci-dessus relatives à la prorogation de la date d'échéance de la dette.

(j) Toutes les obligations de personnes morales privées, garanties par un Land, une municipalité ou un autre organisme public, seront réglées conformément aux dispositions des «Recommandations agréées pour le règlement des dettes financières privées allemandes à moyen et long terme» (Annexe II), étant entendu que ces garanties seront entièrement maintenues, conformément à ces recommandations.(1)

(2) Obligations de la Prusse

Le Gouvernement Fédéral effectuera, au nom des Länder ayant succédé au territoire et au patrimoine appartenant autrefois à l'Etat de Prusse, les versements suivants:

(a) Obligations en dollars de l'Emprunt extérieur amortissable 6½% du 15 septembre 1926, venant à échéance le 15 septembre 1951 et de l'Emprunt extérieur amortissable 6% du 15 octobre 1927, venant à échéance le 15 octobre 1952.

(i) Le Gouvernement Fédéral émettra de nouvelles obligations libellées en dollars dont le premier coupon portera la date du 1er avril 1953. Ces obligations seront amortissables en 20 ans, comporteront les mêmes coupures que les obligations encore en circulation de ces deux emprunts et porteront intérêt au taux de 4% l'an, payable semestriellement le 1er avril et le 1er octobre de chaque année. A dater du 1er avril 1958, une annuité d'amortissement, fixée à 1%, s'ajoutera aux versements d'intérêts prévus ci-dessus et constituera avec eux une annuité cumulative. Le débiteur pourra procéder à l'amortissement, soit par tirages au sort au pair, soit par rachats en bourse ou autrement. Il pourra également, aussi longtemps que le service sera poursuivi conformément aux dispositions du contrat, procéder à des amortissements supplémentaires.

(ii) Les coupons impayés des anciennes obligations portant une date comprise entre le 15 mars 1933 et le 31 décembre 1936, seront prorogés de 20 ans, et 50% du montant de chaque coupon sera payé en dollars des Etats-Unis aux nouvelles dates d'échéance ainsi déterminées en 1953, 1954, 1955 et 1956.

(1) siehe jetzt Anlage VII.

(1) See Annex VII.

(1) Voir Annexe VII.

(iii) auf Kupons, die am 1. Januar 1937 oder danach fällig geworden sind, erfolgt keine Zahlung, bis früher zum Staat Preußen gehörende und gegenwärtig außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik liegende Gebietsteile mit der Bundesrepublik vereinigt sind; alsdann ist über die Regelung dieser Verbindlichkeiten zu verhandeln;

(iv) alle mit der Durchführung der vorstehenden Bestimmungen verbundenen Kosten werden von der Bundesregierung getragen.

(b) 4½% Lübeckische Staatsanleihe von 1923 in Schwedischen Kronen (1938 vom Staat Preußen übernommen):

Die noch ausstehenden Schuldverschreibungen dieser Anleihe, die zum 1. Mai/1. November 1944 zur Rückzahlung gekündigt worden ist, werden bei Vorlage unter Kürzung des Nennbetrages um 50 v.H. und ohne Zahlung von Zinsrückständen zum Tageskurs eingelöst.

(3) Nicht in Schuldverschreibungen verbriefte Verbindlichkeiten (soweit nicht in Anlage IV behandelt).

Die Bestimmungen der Ziffer 7 (1) gelten entsprechend, wobei die Bedienung vom 1. Januar 1953 ab beginnt. Bei Regelung von Markforderungen werden die entsprechenden Bestimmungen der Anlage IV herangezogen werden.

(iii) Coupons maturing on or after 1st January, 1937, shall receive no payment until such time as territories formerly belonging to the State of Prussia and now outside the territory of the Federal Republic shall be joined to the Federal Republic, at which time payment shall be the subject of negotiation.

(iv) All expenses incidental to carrying out the above shall be borne by the Federal Government.

(b) As to the 4½ per cent. Swedish Crown Bonds of the Lübeck State Loan of 1923, taken over by the State of Prussia in 1938:

The outstanding bonds of this loan, for which notice of repayment was given for 1st May—1st November, 1944, will be redeemed upon presentation at the current rate of exchange, subject to a discount of 50 per cent. of the nominal amount and without payment of any arrears of interest.

(3) Non-Bonded Indebtedness (other than that covered by Annex IV)

The terms of paragraph 7 (1) will apply, *mutatis mutandis*, service starting from 1st January, 1953. In the settlement of Mark claims regard will be had to the relevant provisions of Annex IV to the Agreement on German External Debts.

(iii) Les coupons ayant une date d'échéance postérieure au 1er janvier 1937 compris ne seront payés que lorsque les anciens territoires prussiens qui se trouvent actuellement hors du territoire de la République Fédérale auront été réunis à cette dernière. Leur paiement fera alors l'objet de nouvelles négociations.

(iv) Toutes les dépenses afférentes à l'exécution des dispositions ci-dessus seront à la charge du Gouvernement Fédéral.

(b) Obligations en couronnes suédoises de l'Emprunt d'Etat de Lübeck, 4½% 1923, repris par la Prusse en 1938:

Les obligations subsistantes de cet emprunt qui ont fait l'objet d'un avis de remboursement pour le 1er mai / 1er novembre 1944, seront remboursées, sur présentation, au taux de change courant, avec un abattement de 50% de leur montant nominal et sans aucun paiement au titre des arriérés d'intérêt.

(3) Dettes non obligataires (autres que celles qui sont traitées à l'Annexe IV)

Les conditions prévues au paragraphe 7 (1) seront appliquées, *mutatis mutandis*, à ces dettes, le service commençant le 1er janvier 1953. Dans le règlement des dettes en mark il sera tenu compte des dispositions correspondantes de l'Annexe IV à l'Accord sur les Dettes Extérieures allemandes.

C.

Allgemeine Bestimmungen

8. Verfahren zur Durchführung dieser Vorschläge

(a) Die Regelungsbedingungen können den vorhandenen Schuldverschreibungen aufgedruckt oder es können im Austausch gegen vorhandene Schuldverschreibungen neue Schuldverschreibungen und für Zinsrückstände neue Schuldverschreibungen oder Teilscrips ausgegeben werden, je nachdem wie dies an den verschiedenen Märkten, auf denen die Schuldverschreibungen ursprünglich emittiert wurden, üblich und angebracht ist. Derartige mit Aufdruck versehene Schuldverschreibungen oder neue Schuldverschreibungen müssen der bestehenden Marktpraxis entsprechen. Der Schuldner hat auf eigene Kosten geeignete Kreditinstitute mit der Durchführung der Einzelheiten des Vorschlages zu beauftragen und allen Vorschriften von Regierungsbehörden und Wertpapiermärkten zu genügen, um die beste Marktfähigkeit zu gewährleisten.

Art und Weise des Angebots

(b) Das Angebot wird in den verschiedenen Staaten im Einvernehmen mit den Verbänden der Inhaber

C.

General Provisions

8. Procedure for carrying out these proposals

(a) The terms of the proposals may be enfaced on existing bonds or new bonds issued in exchange for existing bonds, and new bonds or fractional scrip issued for arrears of interest, depending upon the convenience and custom prevailing in the several markets in which the bonds were originally issued. Such enfaced bonds or new bonds will conform to prevailing market practice. The debtors at their own expense will employ suitable banking institutions for the purposes of carrying out the details of the proposal. The debtors at their own expense will meet all requirements of governmental authorities and securities markets in order to ensure maximum marketability.

Term of Offer

(b) The offer will be made in the respective countries as may be agreed with Bondholders' Councils

C.

Dispositions d'ordre général

8. Procédure à suivre dans l'exécution des présentes propositions

(a) Selon les possibilités pratiques ou les usages des divers marchés sur lesquels les obligations avaient été émises à l'origine, les conditions prévues dans les propositions pourront être portées, par estampillage, sur les obligations existantes, ou de nouvelles obligations pourront être remises en échange des titres en circulation et les arriérés d'intérêt pourront faire l'objet de nouvelles obligations ou de Scrips. Les obligations estampillées ou les nouvelles obligations se conformeront à l'usage habituel du marché. Les débiteurs chargeront, à leurs propres frais, les établissements bancaires appropriés de l'exécution des modalités de la proposition. Ils devront de même satisfaire à leurs frais à toutes les conditions fixées par les autorités publiques et les bourses de valeurs afin d'assurer le maximum de négociabilité aux obligations.

Conditions de l'offre

(b) L'offre sera faite dans les divers pays intéressés selon les conditions qui pourront être convenues

von Schuldverschreibungen oder ähnlichen Zusammenschlüssen gemacht und bleibt mindestens 5 Jahre lang für die Inhaber der Schuldverschreibungen zur Annahme offen. Liegen triftige Gründe vor, so haben die Schuldner das Angebot weiter zu verlängern.

Vorbehalt von Rechten

(c) Kommt ein Schuldner der Verpflichtung nicht nach, die er nach Maßgabe dieser Regelung übernimmt, so sind die Gläubiger berechtigt, ihre ursprünglichen vertraglichen Rechte geltend zu machen.

Auslagen der Zahlungsagenten und Treuhänder

(d) Künftige Provisionen und Auslagen der Zahlungsagenten sowie Gebühren und Auslagen der Treuhänder werden bezahlt und transferiert werden.

Sonstige Auslagen

(e) Die Gläubigervertreter behalten sich das Recht vor, von den jeweiligen Schuldnern Ersatz für alle ihnen im Zusammenhang mit der Londoner Konferenz entstandenen Auslagen zu verlangen; ein Angebot auf Grund dieser Regelungsbedingungen gilt als Annahme dieser Bestimmung durch den Schuldner. Keine Bestimmung dieser Regelung schließt aus, daß ein Gläubigervertreter von den Inhabern von Schuldverschreibungen oder Gläubigern im Einklang mit der bestehenden Praxis oder auf sonstige Weise angemessen erscheinende zusätzliche Kosten erheben kann.

Wertpapierbereinigung

(f) Die Bundesregierung verpflichtet sich, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um auf Grund des vom Parlament angenommenen und demnächst in Kraft tretenden Auslandsbonds - Bereinigungsgesetzes in den einzelnen Gläubigerstaaten ein zweckmäßiges Verfahren für die Bereinigung deutscher Auslandsbonds sobald wie möglich, spätestens jedoch am 1. Februar 1953, in Gang zu setzen.

Zahlungen auf Schuldverschreibungen oder Kupons, die nach den deuschen Bereinigungsvorschriften der Bereinigung unterliegen, dürfen erst geleistet werden, wenn diese Schuldverschreibungen oder Kupons bereinigt worden sind.

9. Die beteiligten Verbände der Inhaber von Schuldverschreibungen oder entsprechende Zusammenschlüsse werden ihren Mitgliedern die Annahme dieser Bedingungen empfehlen.

D.

Ansprüche aus Entscheidungen Gemischter Schiedsgerichte

10. Schuldverschreibungen aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission

Die Deutsche Delegation für Auslandsschulden einerseits und die Ver-

or analogous bodies and shall remain open for acceptance by the bondholders for at least five years. The debtors shall extend the offer for a further period for a reasonable cause.

Reservation of Rights

(c) If any debtor fails to fulfil the obligation undertaken under the present Agreement the creditors shall be entitled to revert to their original contractual rights.

Paying Agents' and Trustees' Expenses

(d) Paying Agents' commissions and expenses and Trustees' fees and expenses for the future will be paid and transferred.

Other Expenses

(e) The creditors' representatives reserve the right to obtain payment from the respective debtors of all expenses incurred by them in connection with the London Conference, and the making of an offer hereunder shall be deemed an acceptance by the debtor of this Clause. Nothing herein contained shall preclude any creditors' representative from making and collecting such reasonable additional charge as it may deem appropriate from the bondholders or creditors in accordance with established practice or otherwise.

Validation

(f) The Federal Government undertakes to do all in its power in order to establish, on the basis of the German Validation Law passed by its Parliament and about to be enacted, an appropriate procedure for the validation of German foreign currency bonds, which procedure shall be effective in the several creditor countries as soon as possible but not later than on 1st February, 1953.

Payment on bonds or coupons which require validation under the German validation procedure shall not be made until such bonds or coupons shall have been validated pursuant thereto.

9. The Bondholders' Councils concerned or analogous bodies will recommend these terms to the acceptance of their Bondholders.

D.

Claims arising out of awards of Mixed Claims Tribunals

10. Mixed Claims Bonds

The German Delegation on External Debts, on the one hand, and the rep-

avec les Associations de porteurs ou organismes similaires. Elle restera ouverte à l'acceptation des porteurs pendant un délai minimum de 5 ans. Devant un motif raisonnable, les débiteurs devront prolonger ce délai.

Réserve des droits des créanciers

(c) Au cas où un débiteur ne satisferait pas aux obligations assumées par lui dans le cadre du présent Accord, ses créanciers seront en droit de reprendre l'exercice des droits qui leur sont conférés par le contrat initial.

Dépenses des agents payeurs et des Trustees

(d) Pour l'avenir, les commissions et dépenses des agents payeurs et les honoraires et dépenses des Trustees seront payés ou remboursés et transférés.

Autres dépenses

(e) Les représentants des créanciers se réservent le droit d'obtenir de leurs débiteurs respectifs le remboursement de toutes les dépenses effectuées par eux à l'occasion de la Conférence de Londres, et la présentation par un débiteur d'une offre au titre du présent Accord sera considérée comme constituant acceptation du présent Article par le débiteur intéressé. Aucune des dispositions du présent texte ne saurait empêcher un représentant de créanciers d'exposer les frais additionnels raisonnables qu'il pourrait juger nécessaires et d'en poursuivre le recouvrement auprès des porteurs ou des créanciers, conformément aux pratiques établies ou selon toute autre procédure.

Validation

(f) Le Gouvernement Fédéral s'engage à faire tous les efforts pour établir, sur la base de la Loi allemande de validation qui a été adoptée par le Parlement et qui va être promulguée, une procédure appropriée pour la validation des valeurs mobilières allemandes libellées en devises étrangères, qui sera mise en vigueur dans les différents pays créanciers, aussitôt que possible, mais en tout état de cause le 1er février 1953 au plus tard.

Aucun paiement ne sera effectué au titre d'une obligation ou d'un coupon assujettis à la validation en vertu de la procédure allemande tant que cette obligation ou ce coupon n'aura pas été validé conformément à cette procédure.

9. Les Associations de porteurs intéressés ou les organismes analogues recommanderont aux porteurs d'accepter les présentes modalités de règlement.

D.

Créances issues de décisions de Tribunaux Arbitraux Mixtes

10. Mixed Claims Bonds

La Délégation allemande pour les dettes extérieures, d'une part, et les

treter des Ausschusses amerikanischer Inhaber von in Schuldverschreibungen verbrieften Ansprüchen aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission haben folgendes vereinbart:

Die Bundesrepublik Deutschland wird der Regierung der Vereinigten Staaten vorschlagen und der Ausschuß der Inhaber von Ansprüchen aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission wird der Regierung der Vereinigten Staaten und den einzelnen Inhabern von Ansprüchen aus diesen Entscheidungen empfehlen, die Regelung der Verbindlichkeit der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten für diejenigen amerikanischen Staatsangehörigen, zu deren Gunsten im Jahre 1930 von Deutschland die notleidend gewordenen Schuldverschreibungen ausgegeben wurden, auf folgender Grundlage vorzunehmen:

(1) Die Bundesrepublik Deutschland zahlt am 1. April 1953 und am 1. April jedes folgenden Jahres folgende Beträge:

	$
in den ersten fünf Jahren je	3.000.000
in den nächsten fünf Jahren je	3.700.000
in den nächsten sechzehn Jahren je	4.000.000

Die Zahlung erfolgt in amerikanischen Dollars an die Vereinigten Staaten zur Verteilung an die Inhaber von Ansprüchen aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission.

(2) Falls die Bundesrepublik mit der Zahlung einer Jahresrate im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit säumig wird, werden für diese Jahresrate von dem Fälligkeitstermin bis zum Zahlungstermin Zinsen zum Satze von jährlich 3¾ v.H. gezahlt.

(3) Zum Nachweis der Verpflichtungen der Bundesrepublik werden auf Dollar lautende Schuldverschreibungen, die in der genannten Höhe und zu den genannten Terminen fällig werden, ausgegeben; im Zeitpunkt der Ausgabe wird eine entsprechende Anzahl alter Schuldverschreibungen entwertet und der Bundesrepublik zurückgegeben.

(4) Die Regelungsbedingungen werden in ein zweiseitiges Abkommen der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten aufgenommen.

(5) Die vollständige Durchführung dieses Abkommens durch die Regierung der Bundesrepublik oder durch eine Nachfolgeregierung sowie die Bezahlung der auf Grund dieses Abkommens fälligen Beträge gilt als Erfüllung und völlige Entlastung der Regierung der Bundesrepublik oder einer Nachfolgeregierung hinsichtlich der Verbindlichkeiten aus dem Abkommen vom 23. Juni 1930 und aus den

resentatives of the American Awardholder Committee Concerning Mixed Claims Bonds on the other hand, have agreed as follows:—

The Federal Republic of Germany will propose to the Government of the United States of America and the Awardholders' Committee will recommend to the Government of the United States and to the individual awardholders the settlement on the following terms of the obligation of the Federal Republic of Germany to the United States on behalf of private United States nationals for whose benefit Mixed Claims Bonds were issued by Germany in 1930 and which bonds are in default:

(1) The payment by the Federal Republic on 1st April, 1953, and on 1st April of each succeeding year during the periods described of the following amounts:—

	$
For each of the first five years	3,000,000
For each of the next five years	3,700,000
For each of the next sixteen years	4,000,000

Payment will be made in United States currency dollars to the United States for distribution to the awardholders.

(2) Any instalment not paid when due will bear interest at 3¾ per cent. from due date to date of payment.

(3) Bonds denominated in dollars and maturing in the amounts and on the dates of the payments will be issued in evidence of the obligations of the Federal Republic, and upon issuance a proportionate number of old Mixed Claims Bonds will be cancelled and returned to the Federal Republic.

(4) The terms of settlement will be embodied in a bilateral agreement between the Federal Republic and the United States.

(5) Full performance of this Agreement by the Federal Republic and by any successor Government and payment of the amounts due under this Agreement shall constitute fulfilment by the Federal Republic and by any successor Government and full discharge of each of them of their respective obligations under the Agreement of 23rd June, 1930, and Bonds issued pursuant thereto in respect of awards of the Mixed

représentants du Comité de Défense des Bénéficiaires américains de décisions de la Mixed Claims Commission («American Awardholders Committee concerning Mixed Claims Bonds »), d'autre part, sont convenus de ce qui suit:

La République Fédérale d'Allemagne proposera au Gouvernement des Etats Unis d'Amérique et le «Awardholders Committee» recommandera au Gouvernement des Etats-Unis et aux personnes privées bénéficiaires des décisions de la Mixed Claims Commission le règlement, aux conditions suivantes, de l'obligation contractée par la République Fédérale d'Allemagne envers les Etats-Unis pour le compte des ressortissants américains au bénéfice desquels l'Allemagne avait émis en 1930 les obligations «Mixed Claims» sur lesquelles les paiements sont actuellement suspendus:

(1) Versement par la République Fédérale, pour la première fois le 1er avril 1953 et par la suite le 1er avril de chaque année, d'un montant fixé comme suit:

	$
Pour chacune des 5 premières années:	3 000.000
Pour chacune des 5 années suivantes:	3.700.000
Pour chacune des 16 années suivantes:	4.000.000

Ces annuités seront versées en dollars américains courants au Gouvernement des Etats-Unis qui les répartira entre les bénéficiaires.

(2) Toute annuité non payée à l'échéance portera intérêt au taux de 3¾% l'an à compter de la date d'échéance jusqu'à la date de paiement.

(3) Des obligations libellées en dollars et venant à échéance aux dates prévues et pour les montants indiqués seront émises pour matérialiser les obligations de la République Fédérale. Lors de l'émission un nombre proportionnel d'anciennes obligations Mixed Claims sera annulé et retourné à la République Fédérale.

(4) Les modalités de règlement seront reprises dans un Accord bilatéral entre la République Fédérale et les Etats-Unis.

(5) L'application intégrale du présent accord par la République Fédérale et par tout gouvernement qui lui succéderait, et le versement des montants dus au titre du présent accord constitueront exécution, par la République Fédérale ou le Gouvernement qui lui aura succédé, et règlement intégral de leurs obligations au titre de l'Accord du 23 juin 1930 et des Bons émis par application de cet

Schuldverschreibungen, die auf Grund dieses Abkommens mit Bezug auf die zu Gunsten von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten getroffenen Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission ausgegeben worden sind; anderslautende Bestimmungen in dem Schriftwechsel vom 23. Oktober 1950 und 6. März 1951 zwischen dem Bundeskanzler und den Alliierten Hohen Kommissaren für Deutschland bzw. in dem von dem Dreimächteausschuß ausgearbeiteten Memorandum vom Dezember 1951 stehen dieser Vereinbarung nicht entgegen.

Claims Commission, United States and Germany made on behalf of nationals of the United States, anything in the exchange of letters of 23rd October, 1950, and 6th March, 1951, between Chancellor Adenauer and the Allied High Commissioners for Germany or in the memorandum of December 1951 prepared by the Tripartite Commission to the contrary notwithstanding.

Accord en exécution des décisions prononcées par la Mixed Claims Commission germano-américaine, au bénéfice de ressortissants des Etats-Unis, nonobstant toute disposition contraire des lettres du 23 octobre 1950 et du 6 mars 1951, échangées entre le Chancelier Adenauer et les Hauts Commissaires Alliés en Allemagne, ou du Mémorandum de décembre 1951 préparé par la Commission Tripartite.

11. Ansprüche aus Entscheidungen des deutsch-griechischen Schiedsgerichts

Zwischen der Griechischen und Deutschen Delegation hat ein vorläufiger Meinungsaustausch über die Ansprüche von Privatpersonen aus Entscheidungen des nach dem Ersten Weltkrieg errichteten deutsch-griechischen Gemischten Schiedsgerichtshofes stattgefunden. Weitere Besprechungen werden folgen. Das Ergebnis dieser Besprechungen soll im Falle der Billigung in das Regierungsabkommen aufgenommen werden.

11. Græco-German Arbitral Tribunal Claims

A preliminary exchange of views has taken place between the Greek and German Delegations in regard to claims held by private persons arising out of decisions of the Mixed Græco-German Arbitral Tribunal established after the First World War. This will be followed by further discussions, the result of which, if approved, should be covered in the Intergovernmental Agreement.

11. Créances nées de décisions du Tribunal Mixte gréco-allemand

Un échange de vues préliminaire a eu lieu entre les Délégations grecque et allemande au sujet des créances de personnes privées, nées de décisions du Tribunal Mixte gréco-allemand institué après la première guerre mondiale. Il sera suivi de discussions plus approfondies, dont le résultat, s'il est approuvé, sera sanctionné par l'Accord Intergouvernemental.

E.

Verschiedenes

Folgende Regelungen werden empfohlen:

E.

Miscellaneous

The following settlements are recommended:—

E.

Divers

Sont recommandées les modalités de règlement suivantes:

12. Lee Higginson Kredit

(a) Die Beteiligten erhalten neue Schuldscheine der Bundesrepublik mit einer Laufzeit von 2 Jahren über den vollen Kapitalbetrag ihrer Beteiligungen. (Zweijahres-Schuldscheine deshalb, weil die ursprüngliche Laufzeit des Kredits, als er im Jahre 1930 gewährt wurde, zwei Jahre betrug.)

(b) Keine Zinsen für die Vergangenheit.

(c) Keine Goldklausel.

(d) Die neuen Schuldverschreibungen sind vom Tage des Inkrafttretens des Abkommens zum Satze von 3½ v. H. jährlich verzinslich und die Zinsen sind monatlich im voraus zahlbar.

(e) Der Nebensicherheitsfonds wird wiederhergestellt in der Form eines Guthabens in Deutscher Mark bei der Bank deutscher Länder, das auf den Namen der deutschen Bundesschuldenverwaltung als Treuhänderin lautet; dieser Fonds ist so zu bemessen, daß er dem Wert der Schuldscheine in Deutscher Mark zum amtlichen Wechselkurs entspricht; er ist von der Bundesrepublik in 24 gleichen Monatsraten vom Zeitpunkt der Ausgabe der Schuldscheine ab aufzufüllen.

(f) Die Beteiligten sind berechtigt, auf Verlangen für den Gesamtbetrag oder für einen Teil ihrer Schuldscheine jederzeit Vorauszahlungen in Deutscher Mark, umgerechnet zum amtlichen Kurs, zu erhalten, was *pro tanto* die volle Befriedi-

12. Lee Higginson Credit

(a) Participants to receive new two-year Notes of the Federal Government for full principal amount of their respective participations. (Two-year Notes, as original period of the credit when granted in 1930 was two years.)

(b) No back interest.

(c) No Gold clause.

(d) New Notes to bear interest from effective date of agreement at rate of 3½ per cent. per annum payable in advance monthly.

(e) Collateral fund to be reconstituted in form of a Deutsche Mark deposit in the Bank deutscher Länder, in the name of the German Federal Debt Administration as Trustee; such fund to be calculated to be the equivalent of the notes in Deutsche Marks at official rates of exchange, and to be built up by the Federal Republic in 24 equal monthly instalments from date of the Notes.

(f) Participants to be entitled to receive prepayment of the whole or part of their notes, if they wish, in Deutsche Marks converted at official rate and to constitute full discharge of dollar or sterling obligation *pro tanto;* such payment to

12. Crédit Lee Higginson

(a) Les participants recevront de nouveaux billets à deux ans du Gouvernement Fédéral, pour la totalité du montant en principal de leurs participations respectives. (La durée des billets a été fixée à deux ans, durée initiale du crédit lors de son ouverture en 1930.)

(b) Pas d'arriérés d'intérêt.

(c) Pas de clause-or.

(d) Les nouveaux billets porteront intérêt, à compter de la date de l'entrée en vigueur de l'Accord, au taux de 3½ % l'an, payable mensuellement par anticipation.

(e) Le Fonds de garantie collatéral sera reconstitué sous la forme d'un dépôt en Deutschemark à la Bank deutscher Länder au nom de l'Administration de la Dette Fédérale allemande en qualité de Trustee; ce Fonds, calculé à la contre-valeur en Deutschemark des billets sur la base du taux de change officiel, sera constitué par la République Fédérale au moyen de 24 mensualités égales à compter de la date d'émission des billets.

(f) Les participants seront en droit, s'ils en expriment le désir, de bénéficier d'un remboursement anticipé en Deutschemark, de tout ou partie de leurs billets. La conversion s'effectuera sur la base du taux officiel. Ces remboursements

gung der auf Dollar oder auf Sterling lautenden Verbindlichkeit darstellen soll; eine derartige Vorauszahlung ist nach Wahl der Beteiligten zu leisten, sobald die deutschen Gesetze und Verordnungen dies zulassen. Jede derartige Zahlung ist aus dem Nebensicherheitsfonds in solcher Höhe zu leisten, wie dies der verhältnismäßige Anteil der Beteiligten an diesem Fonds erlaubt, wobei der verbleibende Rest von der Bundesrepublik unmittelbar in Deutscher Mark zu bezahlen ist.

be made at participants' option as and when German laws and regulations so permit. Any such payment to be made out of the collateral fund to the extent the participants' proportionate interest in the collateral so permits, any balance to be paid in Deutsche Marks directly by the Federal Government.

seront acceptés en règlement total de la fraction correspondante de l'obligation en dollars ou en sterling; ils seront effectués, à l'option des participants, lorsque et dans la mesure où la législation allemande le permettra. Ils seront prélevés sur le Fonds de garantie collatéral dans la mesure où la quote-part du participant en cause dans le Fonds de garantie le permettra, et le solde éventuel devra être payé directement en Deutschemark par la République Fédérale.

13. Kredite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich

(a) Die Bundesregierung zahlt vom 1. Januar 1953 ab auf laufende Zinsen für die Forderungen der Bank einen jährlichen Betrag von 5.600.000 Schweizer Franken.

(b) Im Hinblick auf die Zahlung dieser Annuität hat sich die Bank bereiterklärt, ihre Kredite in der jetzigen Höhe bis zum 31. März 1966 aufrechtzuerhalten. Sie hat sich ferner bereiterklärt, die Regelung von Zinsrückständen bis zu diesem Termin zurückzustellen.

13. Bank for International Settlements Credits

(a) The Federal Government will pay to the Bank for International Settlements as from 1st January, 1953, in respect of current interest on the claims of the Bank an annual sum of 5,600,000 Swiss francs.

(b) In consideration of the payment of this annuity the Bank has agreed to maintain its credits at their present level until 31st March, 1966. It has also agreed to postpone until that date the settlement of arrears of interest.

13. Créances de la Banque des Règlements Internationaux

(a) Le Gouvernement Fédéral paiera à la Banque des Règlements Internationaux, à compter du 1er janvier 1953, un montant annuel de 5.600.000 francs suisses au titre des intérêts courants sur les créances de la Banque.

(b) En considération du versement de cette annuité, la Banque a accepté de maintenir ses crédits à leur niveau actuel jusqu'au 31 mars 1966. Elle a également accepté d'ajourner jusqu'à cette date le règlement des arriérés d'intérêt.

Der volle Wortlaut des Vertrages ist als Unterlage A beigefügt.

For the full text of this Arrangement see Sub-Annex A.

Le texte intégral de la Convention figure ci-après en Annexe I A.

14. Einzahlungen in die Konversionskasse

(a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die volle Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger für die Beträge zu übernehmen, welche von Schuldnern im Saargebiet in die Konversionskasse eingezahlt worsind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(b) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger in Höhe von 60 v. H. der Beträge zu übernehmen, die von Schuldnern in Österreich, Frankreich, Belgien und Luxemburg in die Konversionskasse eingezahlt worden sind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(c) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird mit den Vertretern der ausländischen Gläubiger vor Ende Dezember 1952 Verhandlungen über die Durchführung dieser Verpflichtungen aufnehmen.

14. Konversionskasse Receipts

(a) The Federal Government agrees to assume liability for full payment in the due currencies to the foreign creditors of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in the Saar in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied.

(b) The Federal Government agrees to assume liability for payment in the due currencies to the foreign creditors of 60 per cent. of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in Austria, France, Belgium and Luxembourg in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied.

(c) The Federal Government will negotiate with the foreign creditors' representatives before the end of December 1952 as regards the implementation of these undertakings.

14. Versements à la Konversionskasse

(a) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer la responsabilité du paiement intégral aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par des débiteurs dans le territoire de la Sarre, et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contre-parties.

(b) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer la responsabilité du paiement aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, de 60 % des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par les débiteurs en Autriche, en France, en Belgique et au Luxembourg, et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contre-parties.

(c) Le Gouvernement Fédéral entrera en négociations avec les représentants des créanciers étrangers avant la fin de décembre 1952 au sujet de l'application de ces engagements.

15. Haftung für Schulden der Österreichischen Regierung

Die Gläubiger haben nicht zu einer Regelung dieser Frage gelangen können; weitere Verhandlungen über diese Frage werden in Kürze stattfinden.

15. Liability in respect of Austrian Governmental Debts

The creditors have been unable to arrive at a settlement on this question, which will be the subject of further negotiations at an early date.

15. Responsabilité des dettes gouvernementales de l'Autriche

Les créanciers n'ont pas encore pu aboutir à un règlement de cette question qui fera très prochainement l'objet de nouvelles négociations.

16. Abkommen zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland[1]

Am 4. August 1952 ist zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland der Entwurf eines Abkommens ausgearbeitet worden.

16. Agreement between Belgium and the Federal Republic of Germany[1]

A draft Agreement between Belgium and the Federal Republic of Germany was reached on 4th August, 1952.

16. Convention entre la Belgique et la République Fédérale d'Allemagne[1]

Un projet de convention entre la Belgique et la République Fédérale d'Allemagne a été établi le 4 août 1952.

UNTERANLAGE A ZU ANLAGE I

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesminister der Finanzen und für Wirtschaft, diese vertreten durch
Herrn Hermann J. Abs,
und
Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, vertreten durch
Monsieur Roger Auboin,
Generaldirektor und Stellvertreter des Präsidenten,
schließen hinsichtlich der derzeitigen Kapitalanlagen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Deutschland folgenden Vertrag:

1. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zahlt an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich vom 1. Januar 1953 ab bis zum 31. März 1966 einen jährlichen Betrag von 5.600.000 Schweizer Franken in jeweils nachträglich am 1. April, 1. Juli, 1. Oktober und 2. Januar fälligen Vierteljahresraten.

2. Durch diese Zahlungen werden alle Ansprüche auf laufende Zinsen, welche die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich aus ihren derzeitigen Kapitalanlagen in Deutschland hat, einschließlich der Zinsen auf Zinsrückstände, abgegolten.

3. Die Zahlungen erfolgen für Rechnung desjenigen, den es angeht. Wenn und soweit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich Zinsansprüche aus ihren derzeitigen Kapitalanlagen in Deutschland gegen andere Personen oder Körperschaften als die Bundesrepublik Deutschland zustehen, gehen diese Zinsansprüche im Zeitpunkt der Zahlungen gemäß Ziffer 1 auf die Bundesrepublik Deutschland über.

4. Abgesehen von den vorstehenden Bestimmungen soll durch die gegenwärtige Übergangsregelung der bestehende Rechtszustand in keiner Weise verändert werden; insbesondere sollen dadurch die Rechte und die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland in Ansehung der Kapitalanlagen der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Deutschland nicht erweitert werden.

(1) Siehe Unteranlage B.

(2) Der Wortlaut dieses Vertrages tritt an die Stelle des in Anlage A zu Anhang 3 des Konferenzberichts wiedergegebenen Wortlauts des Vertragsentwurfs.

SUB-ANNEX A TO ANNEX I

Arrangement between the Federal Republic of Germany and the Bank for International Settlements (2)

The Government of the Federal Republic of Germany,
represented by the Federal Ministers of Finance and for Economy, these latter being represented by
Herr Hermann J. Abs,
and
The Bank for International Settlements, Basle,
represented by
Monsieur Roger Auboin,
General Manager and Alternate of the President,
make the following contract with regard to the present investments of the Bank for International Settlements in Germany:

1. The Government of the Federal Republic of Germany will pay to the Bank for International Settlements as from 1st January, 1953, to 31st March, 1966, an annual sum of Swiss francs 5,600,000 by quarterly payments falling due at the expiration of each quarter on 1st April, 1st July, 1st October and 2nd January.

2. These payments will satisfy all claims to current interest, including interest on arrears of interest, which the Bank for International Settlements possesses as a result of its present investments in Germany.

3. The payments will be made for account of those concerned. If and in so far as the Bank for International Settlements possesses claims to interest arising out of its present investments in Germany against persons or entities other than the Federal Republic of Germany, these claims to interest will pass to the Federal Republic of Germany at the time of the payments made under paragraph 1 above.

4. Subject to the above-mentioned provisions, the existing legal position will in no way be changed by the present provisional settlement. In particular, the rights and obligations of the Federal Republic of Germany with regard to the investments of the Bank for International Settlements in Germany will not thereby be extended.

(1) See Sub-Annex B.

(2) The Text of this Arrangement replaces the text of the draft Arrangement given in Annex A to Appendix 3 to the Conference Report.

ANNEXE I A

Convention entre la République Fédérale d'Allemagne et la Banque des Règlements Internationaux (2)

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, représenté par les Ministres fédéraux des Finances et de l'Economie, ceux-ci étant représentés par
Monsieur Hermann J. Abs
et
la Banque des Règlements Internationaux à Bâle, représentée par
Monsieur Roger Auboin,
Directeur Général et Suppléant du Président,
concluent la convention suivante en ce qui concerne les placements actuels de la Banque des Règlements Internationaux en Allemagne:

1. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne paiera à la Banque des Règlements Internationaux, du 1er janvier 1953 au 31 mars 1966, un montant annuel de 5.600.000 francs suisses, par versements trimestriels à termes échus qui seront effectués les 1er avril, 1er juillet, 1er octobre et 2 janvier.

2. Ces versements éteindront tous les droits au titre des intérêts courants, y compris les intérêts des intérêts arriérés qui résultent pour la Banque des Règlements Internationaux de ses placements actuels en Allemagne.

3. Les versements seront opérés pour le compte de qui il appartiendra. Si et dans la mesure où la Banque des Règlements Internationaux a, au titre des intérêts de ses placements actuels en Allemagne, des créances sur des personnes ou des entités autres que la République Fédérale d'Allemagne, ces créances d'intérêts seront acquises à la République Fédérale d'Allemagne au moment où seront opérés les versements aux termes de la section 1.

4. Sous réserve des dispositions visées ci-dessus, le présent règlement transitoire n'entraînera aucun changement dans la situation juridique existante. En particulier, les droits et les obligations de la République Fédérale d'Allemagne relativement aux placements de la Banque des Règlements Internationaux en Allemagne ne seront pas étendus de ce fait.

(1) Voir Annexe I B.

(2) Ce texte a été substitué à celui du projet de Convention qui constituait l'Annexe 3 A au Rapport de la Conférence.

5. Im Hinblick auf die in Ziffer 1 vorgesehenen Zahlungen wird die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich die Rückzahlung des Kapitals ihrer Anlagen in Deutschland oder die Zahlung rückständiger Zinsen nicht vor dem 1. April 1966 verlangen.

6. Es besteht Einigkeit darüber, daß dieser Vertrag einen integrierenden Bestandteil des Londoner Abkommens über deutsche Auslandsschulden und seiner Anlagen bilden und mit diesem zusammen in Kraft treten soll.

7. Dieser Vertrag ist in zwei Urkunden ausgefertigt, von denen je eine bei dem Bundesministerium der Finanzen in Bonn und bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel aufbewahrt wird.

Basel, den 9. Januar 1953.

Abs
R. Auboin
Generaldirektor
Stellvertreter des Präsidenten

5. In consideration of the payments provided for in paragraph 1, the Bank for International Settlements will not, prior to 1st April, 1966, demand the reimbursement of the principal of its investments in Germany or the payment of arrears of interest.

6. It is mutually recognised that this contract shall form an integral part of the London Agreement on German External Debts and the Annexes thereto and shall come into force at the same time as that Agreement.

7. This contract has been done in two original copies, of which one will be held by the Federal Ministry of Finance in Bonn and the other by the Bank for International Settlements in Basle.

Basle, 9th January, 1953.

Abs
R. Auboin
General Manager, Alternate of the President

5. En considération des versements prévus sous section 1, la Banque des Règlements Internationaux s'abstiendra de réclamer avant le 1er avril 1966 le remboursement du principal de ses placements en Allemagne ou le paiement des intérêts arriérés.

6. Il est reconnu de part et d'autre que la présente convention doit constituer une partie intégrante de l'Accord de Londres sur les dettes extérieures allemandes et de ses Annexes et entrer en vigueur concurremment avec ce dernier.

7. La présente convention est établie en deux exemplaires, dont l'un sera conservé au Ministère des Finances de la République Fédérale d'Allemagne à Bonn, et l'autre à la Banque des Règlements Internationaux à Bâle.

Bâle, le 9 janvier 1953.

Abs
R. Auboin
Directeur Général Suppléant du Président

UNTERANLAGE B ZU ANLAGE I

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien [1]

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Belgien über die Regelung der belgischen Ansprüche aus Einzahlungen von Annuitäten aus dem deutsch-belgischen Abkommen vom 13. Juli 1929.

Die Bundesrepublik Deutschland einerseits und Belgien andererseits, sind auf Grund der Verhandlungen, die auf der Internationalen Konferenz über deutsche Auslandsschulden in London gepflogen worden sind, übereingekommen, das folgende Abkommen zu schließen:

Artikel 1	RM
Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erkennt an, daß am 10. Mai 1940 der Belgischen Regierung für die in dem deutsch-belgischen Abkommen vom 13. Juli 1929 vorgesehenen und bis zum 15. November 1939 an die Konversionskasse gezahlten Annuitäten ein Betrag von	107 856 835,65
gutgeschrieben worden ist.	
Andererseits sind nicht an die Konversionskasse gezahlt und bleiben als Verbindlichkeit gegenüber der Belgischen Regierung bestehen:	

[1] Der Wortlaut dieses Abkommens tritt an die Stelle des in Anlage B zu Anhang 3 des Konferenzberichts wiedergegebenen Wortlauts des Entwurfs eines Abkommens.

SUB-ANNEX B TO ANNEX I

Agreement between Belgium and the Federal Republic of Germany [1]

Agreement between Belgium and the Federal Republic of Germany on the Settlement of Belgian Claims arising out of the Annuities provided for in the German/Belgian Agreement of 13th July, 1929.

Belgium, of the one part, and the Federal Republic of Germany, of the other part, have agreed, as a result of negotiations which took place at London during the International Conference on German External Debts, to conclude the following Agreement:

Article 1	RM
The Government of the Federal Republic of Germany recognizes that a sum amounting to	107,856,835.65
was on 10th May, 1940, placed to the credit of the Belgian Government in respect of the annuities provided for in the German/Belgian Agreement of 13th July, 1929, and paid into the Konversionskasse up to 15th November, 1939.	
On the other hand, the following were not paid into the Konversionskasse and are still owing to the Belgian Government:—	

[1] The text of this Agreement replaces the text of the draft Agreement given in Annex B to Appendix 3 to the Conference Report.

ANNEXE I B

Convention entre la Belgique et la République Fédérale d'Allemagne [1]

Convention entre la Belgique et la République Fédérale d'Allemagne sur le Règlement des Créances belges, résultant des Annuités prévues à l'Accord germano-belge du 13 juillet 1929.

La Belgique, d'une part, et la République Fédérale d'Allemagne, d'autre part,

sont convenues, en vertu des négociations qui ont eu lieu à Londres lors de la Conférence Internationale des dettes extérieures allemandes, de conclure la Convention suivante:

Article 1	RM
Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne reconnait qu'une somme de	107.856.835,65
était inscrite, au 10 mai 1940, au crédit du Gouvernement belge au titre des annuités prévues à l'Accord germano-belge du 12 juillet 1929, et versées à la Konversionskasse jusqu'au 15 novembre 1939.	
D'autre part, n'ont pas été versées à la Konversionskasse, et restent dues au Gouvernement belge:	

[1] Ce texte a été substitué à celui du projet de Convention qui constituait l'Annexe 3 B au Rapport de la Conférence.

	RM
(a) die monatlichen Raten der zwischen dem 15. Dezember 1939 und dem 10. Mai 1940 fällig gewordenen Annuitäten in Höhe von	10 833 333,33
(b) die monatlichen Raten der zwischen dem 10. Mai 1940 und dem 8. Mai 1945 fällig gewordenen Annuitäten in Höhe von	105 908 333,34
Insgesamt	224 598 502,32

Artikel 2

In dem Wunsche, die Regelung der vorstehenden Verbindlichkeit vertraglich festzulegen, verpflichtet sich die Bundesregierung zur Zahlung und die Belgische Regierung ist bereit zur Annahme eines Pauschalbetrages in Höhe von vierzig (40) Millionen Deutsche Mark, zahlbar in fünfzehn (15) Jahresraten, die jeweils am 1. Juli jedes Jahres von 1953 bis 1967 fällig werden, und zwar:

5 Jahresraten von 1953 bis 1957 in Höhe von je DM 2 Millionen,

10 Jahresraten von 1958 bis 1967 in Höhe von je DM 3 Millionen.

Die vorstehenden Zahlungen werden von der Belgischen Regierung als abschließende und endgültige Regelung der genannten belgischen Forderungen bis zum 8. Mai 1945 angenommen.

Artikel 3

Für jede der vorstehenden Annuitäten gibt die Bundesrepublik auf Deutsche Mark lautende Schuldverschreibungen aus, die in belgischer Währung zu dem am Tage vor Fälligkeit der Schuldverschreibung geltenden amtlichen Mittelkurs der Bank deutscher Länder gezahlt werden.

Die Schuldverschreibungen werden der belgischen Regierung bis spätestens 1. April 1953 ausgehändigt.

Artikel 4

Jede am Fälligkeitstage nicht eingelöste Schuldverschreibung wird zugunsten der Belgischen Regierung mit 3. v. H. jährlich verzinst.

Artikel 5

Dieses Abkommen wird ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wird in Brüssel erfolgen.

Das Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Artikel 6

Dieses Abkommen wird in deutscher und französischer Sprache ausgefertigt. Beide Fassungen sind in gleicher Weise maßgebend.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten gehörig beglaubigten Bevollmächtigten dieses Abkommen mit ihrer Unterschrift versehen.

	RM
(a) the monthly portions of annuities due between 15th December, 1939, and 10th May, 1940, namely	10,833,333.33
(b) the monthly portions of annuities due between 10th May, 1940, and 8th May, 1945, namely	105,908,333.34
Total	224,598,502.32

Article 2

Being willing to compromise on the settlement of the above-mentioned debt, the Government of the Federal Republic undertakes to pay, and the Belgian Government undertakes to accept, a lump sum equal to forty (40) million Deutsche Mark, payable in fifteen (15) annual instalments falling due on 1st July of each of the years 1953 to 1967, namely:

5 annuities, from 1953 to 1957, amounting to DM. 2 million each;

10 annuities, from 1958 to 1967, amounting to DM. 3 million each.

The Belgian Government agrees to accept the above payments in final and definitive settlement of the Belgian claims concerned up to 8th May, 1945.

Article 3

Each of the above-mentioned annuities shall be represented by a bond of the Federal Republic, expressed in Deutsche Mark, and shall be transferred in Belgian currency at the mean official rate of the Bank deutscher Länder in operation on the day before the bond becomes due.

The bonds shall be delivered to the Belgian Government on 1st April, 1953, at the latest.

Article 4

Any bond not paid at the date when it becomes due shall bear interest at the rate of 3 per cent. per annum for the benefit of the Belgian Government.

Article 5

The present Agreement will be ratified. The instruments of ratification will be exchanged at Brussels.

The Agreement will enter into force upon the exchange of the instruments of ratification.

Article 6

The present Agreement is drawn up in the French and German languages, the two texts being equally authoritative.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned plenipotentiaries, having been duly authorised thereto, have appended their signatures to the present Agreement.

	RM
(b) les fractions mensuelles d'annuités échues entre le 15 décembre 1939 et le 10 mai 1940, soit	10.833.333,33
(a) les fractions mensuelles d'annuités échues entre le 10 mai 1940 et le 8 mai 1945, à savoir	105.908.333,34
Ensemble	224.598.502,32

Article 2

Désireux de fixer transactionnellement le règlement de la dette indiquée ci-dessus, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne s'engage à verser, et le Gouvernement belge accepte de recevoir, une somme forfaitaire équivalente à quarante millions (40) Deutsche Mark, payable en quinze (15) annuités échéant le 1er juillet de chacune des années 1953 à 1967, savoir:

5 annuités, de 1953 à 1957, s'élevant à DM 2 millions chacune,

10 annuités, de 1958 à 1967, s'élevant à DM 3 millions chacune.

Les versements ci-dessus sont acceptés par le Gouvernement belge en règlement final et définitif des créances belges en question jusqu'au 8 mai 1945.

Article 3

Chacune des annuités ci-dessus sera représentée par une obligation de la République Fédérale d'Allemagne, libellée en Deutschemark, et sera transférée en monnaie belge au cours moyen officiel de la Bank deutscher Laender en vigueur à la veille de l'échéance de l'obligation.

Les obligations seront délivrées au Gouvernement belge au plus tard le 1er avril 1953.

Article 4

Toute obligation non payée à sa date d'échéance portera intérêt au taux de 3% l'an au profit du Gouvernement belge.

Article 5

La présente Convention sera ratifiée. Les instruments de ratification seront échangés à Bruxelles.

La Convention entrera en vigueur lors de l'échange des instruments de ratification.

Article 6

La présente Convention est rédigée en langues française et allemande, les deux versions faisant également foi.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas de la présente Convention.

AUSGEFERTIGT in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache in Bonn am 23. Dezember 1952.

Für die
Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für Belgien
gezeichnet:
F. Muuls

DONE at Bonn on the 23rd day of December, 1952, in two original texts in the French and German languages.

For the
Federal Republic of Germany
signed:
Abs

For Belgium
signed:
F. Muuls

FAIT à Bonn, le 23 décembre 1952, en deux textes originaux, en langues française et allemande.

Pour la République Fédérale
d'Allemagne
signé:
Abs

Pour la Belgique
signé:
F. Muuls

UNTERANLAGE C ZU ANLAGE I

Umtausch der Schuldverschreibungen der Preußischen Äußeren Anleihen von 1926 und 1927

Die Deutsche Delegation
für Auslandsschulden
243-18 Del 38-2151/52

An den
Herrn Vorsitzenden des Dreimächteausschusses für deutsche Schulden

29, Chesham Place
London, S.W.1

London, den 20. November 1952

Betr.: Umtausch der Schuldverschreibungen der Preußischen Äußeren Anleihen von 1926 und 1927.

Herr Vorsitzender,

Unter Bezugnahme auf den Briefwechsel zwischen dem Herrn Bundeskanzler und den Alliierten Hohen Kommissaren für Deutschland vom 6. März 1951 bestätige ich, daß die Erklärung der Deutschen Delegation vom 12. März 1952 auf der Londoner Schuldenkonferenz über die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, für die 6½% Preußische Äußere Anleihe von 1926 und die 6% Preußische Äußere Anleihe von 1927 gegenüber den Gläubigern einzutreten, den Sinn und die Wirkung hat, daß die preußischen Anleiheschulden wie Verbindlichkeiten des Deutschen Reichs im Sinne des Briefwechsels vom 6. März 1951, für welche die Bundesrepublik Deutschland haftet, zu behandeln sind. Mit Rücksicht auf diese Erklärung der Deutschen Delegation hat der Gesetzgeber der Bundesrepublik Deutschland im Bereinigungsgesetz für Deutsche Auslandsbonds vom 25. August 1952 — Bundesgesetzbl. I Nr. 35 S. 553 — folgende Bestimmungen getroffen:

„§ 74

Auslandsbonds des Deutschen Reichs und des ehemaligen Landes Preußen

(1) Als Aussteller der vom ehemaligen Lande Preußen ausgestellten Auslandsbonds gilt für die Zwecke dieses Gesetzes die Bundesrepublik Deutsch-

SUB-ANNEX C TO ANNEX I

Exchange of Bonds of the Prussian External Loans of 1926 and 1927

German Delegation
for External Debts.
243-18 Del. 38—2151/52.

To the
Chairman of the
Tripartite Commission on German Debts,

29, Chesham Place,
London, S.W. 1.

London 20th November 1952.

Mr. Chairman,

With reference to the exchange of letters between the Federal Chancellor and the Allied High Commissioners for Germany of 6th March, 1951, I confirm that the declaration of the German Delegation made at the London Debt Conference on 12th March, 1952, concerning the readiness of the Federal Republic of Germany to assume responsibility towards the creditors for the 6½ per cent. Prussian External Loan of 1926 and the 6 per cent. Prussian External Loan of 1927 has the meaning and effect that the Prussian Loan debts are to be treated as liabilities of the German Reich within the meaning of the exchange of letters of 6th March, 1951, for which the Federal Republic is responsible. With regard to this declaration of the German Delegation, the legislative body of the Federal Republic of Germany has included the following provision in the Validation Law for German External Bonds of 25th August, 1952—Bundesgesetzblatt I No. 35, page 553:—

"Paragraph 74

Foreign Currency Bonds of the German Reich and of the former Land Prussia

(1) For the purpose of this Law, the German Federal Republic shall be deemed to be the issuer of the foreign currency bonds issued by

ANNEXE I C

Echange des titres des emprunts extérieurs de la Prusse 1926 et 1927

Délégation allemande pour
les dettes extérieures
243-18 Del. 38-2151/52.

A M. le Président de la
Commission Tripartite
des dettes allemandes,

29 Chesham Place, Londres, S.W. 1.

Londres, 20 novembre 1952.

Monsieur le Président,

Me référant à l'échange de lettres du 6 mars 1951 entre le Chancelier Fédéral et les Hauts Commissaires Alliés en Allemagne, j'ai l'honneur de confirmer que la déclaration faite par la Délégation allemande à la Conférence des Dettes de Londres le 12 mars 1952, d'après laquelle la République Fédérale d'Allemagne est prête à assumer vis-à-vis des créanciers la responsabilité des Emprunts extérieurs de la Prusse 6½% 1926 et 6% 1927, signifie que les dettes afférentes à ces emprunts doivent être traitées comme des obligations du Reich allemand, au sens de l'échange de lettres du 6 mars 1951, dont la République Fédérale répond. A la suite de cette déclaration de la Délégation allemande, le corps législatif de la République Fédérale d'Allemagne a inclus la disposition suivante dans la Loi de validation des valeurs mobilières allemandes extérieures du 25 août 1952 — Bundesgesetzblatt I, n° 35, page 553:

« Paragraphe 74

Obligations en devises étrangères du Reich allemand et de l'ancien Land de Prusse

(1) Pour l'application de la présente Loi, la République Fédérale d'Allemagne sera réputée être l'émetteur des obligations en devises étran-

land, solange nicht etwas anderes bestimmt ist."

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck meiner vorzüglichsten Hochachtung,

gez. Hermann J. Abs

the former Land Prussia, as long as no other provision is made."

Please accept, Mr. Chairman, the expression of my highest esteem,

signed: Hermann J. Abs

gères émises par l'ancien Etat de Prusse, pour autant qu'il n'en est pas autrement disposé."

Veuillez agréer, etc.,

signé: Hermann J. Abs

UNTERANLAGE D ZU ANLAGE I

Gemeinsame Erklärung über die Umstellung und Regelung der ausländischen Goldmark-Anleihen deutscher Gemeinden

An den
Herrn Vorsitzenden
des Dreimächteausschusses
für deutsche Schulden
29, Chesham Place
London, S. W. 1

London, den 19. November 1952
29, Chesham Place, S. W. 1,

Herr Vorsitzender,

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß sich die Deutsche Delegation für Auslandsschulden und das British Committee of Long-Term and Medium-Term Creditors of Germany über die Umstellung und Regelung der ausländischen Goldmark-Anleihen deutscher Gemeinden wie folgt geeinigt haben:

1. Es besteht Einigkeit darüber, daß sich die in Ziffer 7 (1) (f) von Anhang 3 zum Konferenzschlußbericht vorgesehene Umstellung und Regelung des Dienstes der im Ausland ausgegebenen und zahlbaren Reichsmark-Schuldverschreibungen nicht auf ausländische Goldmark-Anleihen oder mit Goldklausel versehene Reichsmark-Anleihen deutscher Gemeinden im Bundesgebiet beziehen soll.

2. Es besteht Übereinstimmung über den Grundsatz, daß diejenigen zu Goldmark-Anleihen oder mit Goldklausel versehenen Reichsmark-Anleihen deutscher Gemeinden im Bundesgebiet gehörenden Schuldverschreibungen, welche einen spezifisch ausländischen Charakter tragen, im Verhältnis von 1 Goldmark oder 1 Reichsmark mit Goldklausel = 1 Deutsche Mark auf Deutsche Mark umgestellt werden. Die Feststellung der einen spezifisch ausländischen Charakter begründenden Merkmale derartiger Schuldverschreibungen soll sich nach den Regeln richten, die sich aus den Verhandlungen ergeben, welche auf Grund der Vorbehalte in Artikel V Ziffer 3 des Anhangs 4 und in Artikel 6 des Anhangs 6 zum Konferenzschlußbericht vorgesehen worden sind.

3. Die Verbindlichkeiten deutscher Gemeinden im Bundesgebiet aus denjenigen zu Goldmark-Anleihen

SUB-ANNEX D TO ANNEX I

Agreement on the Conversion and Settlement of the Foreign Goldmark Bonds of German Municipalities

The Chairman,
Tripartite Commission for
German External Debts,

29 Chesham Place, S.W. 1.

London 19th November, 1952.
29 Chesham Place, S.W. 1,

Mr. Chairman,

We have the honour to inform you that the German Delegation for Foreign Debts and the British Committee of Long-term and Medium-term Creditors of Germany have agreed on the conversion and settlement of the foreign goldmark bonds of German Municipalities in the following terms: —

(1) It is agreed that the conversion and settlement of the service of the Reichsmark bonds issued and payable abroad, provided in paragraph 7 (1) (f) of Appendix 3 of the Report of the Debt Conference, do not refer to the loans of Municipalities in Federal Germany expressed in goldmarks or in Reichsmarks with a gold clause.

(2) The principle is agreed that bonds of those goldmark loans or Reichsmark loans with a gold clause of German Municipalities in Federal Germany, which have a specific foreign character, shall be converted into Deutsche Marks on the basis of 1 goldmark or 1 Reichsmark with a gold clause = 1 Deutsche Mark. The determination of the characteristics which denote a specific foreign character of such bonds shall comply with the regulations resulting from the discussions which are foreseen in the reservations contained in Article V, paragraph 3, of Appendix 4, and in Article 6 of Appendix 6, of the Report of the Debt Conference.

(3) The liabilities of the German Municipalities in Federal Germany arising out of such goldmark bonds

ANNEXE I D

Accord sur la conversion et le règlement des dettes obligataires extérieures en mark-or des municipalités allemandes

Au Président de la Commission
Tripartite pour les Dettes
extérieures allemandes,

29 Chesham Place, S.W. 1.

Londres, 19 novembre 1952.
29 Chesham Place, S. W. 1,

Monsieur le Président,

Nous avons l'honneur de vous faire connaître que la Délégation allemande pour les dettes extérieures et le Comité britannique des créanciers à long et à moyen terme de l'Allemagne («British Committee of Long-term and Medium-term Creditors of Germany») sont convenus des modalités suivantes pour la conversion et le règlement des dettes obligataires extérieures en mark-or de Municipalités allemandes:

(1) Il est convenu que les modalités prévues au paragraphe 7 (1) (f) de l'Annexe 3 au Rapport de la Conférence des Dettes pour la conversion et le règlement du service des obligations en Reichsmark émises et payables à l'étranger ne sont pas applicables aux emprunts libellés en mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or des Municipalités de l'Allemagne Fédérale.

(2) Le principe est admis que les obligations de ceux des emprunts en mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or des Municipalités allemandes en Allemagne Fédérale, qui présentent un caractère spécifiquement étranger, seront converties en Deutschemark à raison de 1 mark-or ou 1 Reichsmark avec clause-or pour 1 Deutschemark. La définition des critères applicables pour décider du caractère spécifiquement étranger de ces obligations devra se conformer aux règles qui résulteront des discussions prévues dans les clauses de réserve de l'Article V, paragraphe 3, de l'Annexe 4 et de l'Article 6 de l'Annexe 6 du Rapport de la Conférence des Dettes.

(3) Les dettes des Municipalités allemandes de l'Allemagne Fédérale au titre d'obligations en mark-or

oder mit Goldklausel versehenen Reichsmark-Anleihen gehörenden Schuldverschreibungen, welche einen spezifisch ausländischen Charakter tragen, sollen nach den Empfehlungen geregelt werden, die in Ziffer 7 Absatz (1) (a) bis (e) und (g) bis (j) des Anhanges 3 zum Konferenzschlußbericht mit Bezug auf die von den Ländern, Gemeinden und ähnlichen Körperschaften des öffentlichen Rechts im Bundesgebiet ausgegebenen oder garantierten Auslands-Schuldverschreibungen niedergelegt worden sind.

Wir bitten, das vorstehende Ergebnis unserer Einigung zu genehmigen und dieses Schreiben als Unteranlage zu Anlage I des Schuldenabkommens aufzunehmen.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck unserer ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Hermann J. Abs
Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden

gez. O. Niemeyer
Vorsitzender des Verhandlungsausschusses A der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

or Reichsmark bonds with a gold clause which have a specific foreign character, shall be settled in accordance with the recommendations of paragraph 7, section (1), (a) to (e) and (g) to (j) of Appendix 3 of the Report of the Conference referring to external bonds issued or guaranteed by the States (Länder), Municipalities and similar public bodies, within the territory of the Federal Republic of Germany.

We would ask you to approve our agreement as set forth above, and to attach the text of this letter as sub-annex to Annex No. I of the Debt Agreement.

Accept, Mr. Chairman, the assurance of our highest esteem,

signed: Hermann J. Abs
Head of the German Delegation for External Debts.

signed: O. Niemeyer
Chairman of Negotiating Committee "A" at the Conference on German External Debts.

ou en Reichsmark avec clause-or présentant un caractère spécifiquement étranger, seront réglées conformément aux recommandations du paragraphe 7, Section (1) (a) à (e) et (g) à (j) de l'Annexe 3 au Rapport de la Conférence relatif aux obligations extérieures émises ou garanties par les Länder, les Municipalités et autres organismes publics analogues à l'intérieur de la République Fédérale d'Allemagne.

Nous vous demandons de bien vouloir approuver l'accord enregistré ci-dessus et de joindre le texte de la présente lettre à l'Annexe I à l'Accord des Dettes.

Veuillez agréer, etc.,

signé: Hermann J. Abs
Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures.

signé: O. Niemeyer
Président du Comité de Négociation «A» de la Conférence des dettes extérieures allemandes.

UNTERANLAGE E ZU ANLAGE I

Briefwechsel über die Regelung der Verbindlichkeiten der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden aus Einzahlungen von Schuldnern im Saargebiet sowie in Österreich, Frankreich, Luxemburg und Belgien

Die Deutsche Delegation
für Auslandsschulden
243—18 Del 38—1934/52

Sir Otto Niemeyer
c/o Council of Foreign Bondholders
17, Moorgate
London, E.C. 2

London, 14. November 1952

Sehr geehrter Sir Otto,

Ich beehre mich, das Ergebnis unserer Einigung in den Besprechungen vom 20. 10. und 14. 11. 1952 wie folgt zusammenzufassen:

Zur Durchführung der in Ziffer 14 von Anhang 3 zum Konferenzschlußbericht übernommenen Verpflichtungen erklärt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bereit, die Verbindlichkeiten der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden aus Einzahlungen von Schuldnern im Saargebiet sowie in Österreich, Frankreich Luxemburg und Belgien, soweit die Gläubiger weder Zahlungen in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind, in der nachfolgenden Weise zu regeln:

SUB-ANNEX E TO ANNEX I

Agreement on the Settlement of the Liabilities of the "Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden" resulting from Payments made by Debtors in the Saar Territory and in Austria, France, Luxembourg and Belgium

German Delegation
for External Debts.
243—18 Del. 38—1934/52.

To
Sir Otto Niemeyer,
c/o Council of Foreign Bondholders,
17 Moorgate,
London, E.C. 2.

London 14th November, 1952.

Dear Sir Otto,

I have the honour to summarise the agreement reached in our discussions on 20th October and 14th November, 1952, as follows: —

With regard to the implementation of the obligation assumed under the terms of paragraph 14 of Appendix 3 to the Final Report of the Conference, the Government of the Federal Republic of Germany is prepared to settle the liabilities of the Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden resulting from payments made by debtors in the Saar territory and in Austria, France, Luxembourg and Belgium to the extent that the creditors have neither received payments in non-German currency nor been otherwise satisfied, in the following manner: —

ANNEXE I E

Accord sur le règlement des dettes de la Konversionskasse résultant de versements faits par des débiteurs dans le territoire de la Sarre et en Autriche, France, Luxembourg et Belgique

Délégation allemande pour
les Dettes Extérieures.
243—18 Del. 38-1934/52.

A Sir Otto Niemeyer,
c/o Council of Foreign Bondholders,
17, Moorgate,
Londres, E.C. 2.

Londres, 14 novembre 1952.

Cher Monsieur,

J'ai l'honneur de résumer comme suit l'accord réalisé au cours de nos discussions des 20 octobre et 14 novembre 1952:

En exécution de l'obligation assumée dans le paragraphe 14 de l'Annexe 3 au Rapport final de la Conférence, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est prêt à régler de la façon suivante les dettes de la «Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden» résultant de versements faits par des débiteurs dans le territoire de la Sarre et en Autriche, France, Luxembourg et Belgique dans la mesure où les créanciers n'ont pas reçu de versements en monnaie non allemande, ou bénéficié d'autres contre-parties.

I. — *Verbriefte Schulden*

1. Rückständige Zinsen

Einlösung der vorzulegenden Zinsscheine mit Bezug auf Einzahlungen von Schuldnern aus:

(a) dem *Saargebiet* zum vollen Betrag und aus *Frankreich, Luxemburg* und *Belgien* zu einem Betrag von 60 % der Einzahlungen, und zwar Einlösung in den Jahren 1953 bis 1957 in der Weise, daß

die bis zum Jahre 1941 fällig gewesenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin,

die im Jahre 1942 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1954 folgenden Kupontermin,

die im Jahre 1943 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1955 folgenden Kupontermin,

die im Jahre 1944 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1956 folgenden Kupontermin,

die im Jahre 1945 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1957 folgenden Kupontermin

gezahlt werden.

(b) *Österreich* zu einem Betrag von 60 % der Einzahlungen, und zwar Einlösung in den Jahren 1953 bis 1957 in der Weise, daß

die im Jahre 1938 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1953 folgenden Kupontermin,

die vom 1. Januar 1939 bis 30. Juni 1940 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1954 folgenden Kupontermin,

die vom 1. Juli 1940 bis 31. Dezember 1941 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1955 folgenden Kupontermin,

die vom 1. Januar 1942 bis 30. Juni 1943 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1956 folgenden Kupontermin,

die vom 1. Juli 1943 bis 8. Mai 1945 fällig gewordenen Zinsscheine am ersten, auf den 31. März 1957 folgenden Kupontermin

gezahlt werden.

2. Amortisationen

Tilgung des zu ermittelnden Gesamtbetrages entweder durch Erwerb von Schuldverschreibungen oder durch Barzahlung mit Bezug auf Einzahlungen von Schuldnern aus:

(a) dem *Saargebiet* zum vollen Betrag der Einzahlungen,

(b) *Österreich, Frankreich, Luxemburg* und *Belgien* zum Betrage von 60 % der Einzahlungen,

I.—*Bonded Debts*

1. Arrears of Interest

Redemption of the coupons to be presented will be made with respect to payments effected by debtors—

(a) from the *Saar territory*, in full; and from *France, Luxembourg and Belgium*, at the rate of 60 per cent. of the debtors' payments; redemption to be made in the years 1953 to 1957 by paying—

coupons matured until the end of 1941, on the first coupon date following 31st March, 1953;

coupons matured in 1942, on the first coupon date following 31st March, 1954;

coupons matured in 1943, on the first coupon date following 31st March, 1955;

coupons matured in 1944, on the first coupon date following 31st March, 1956;

coupons matured in 1945, on the first coupon date following 31st March, 1957;

(b) from *Austria*, at the rate of 60 per cent. of the debtors' payment; redemption to be made in the years 1953 to 1957 by paying—

coupons matured in 1938, on the first coupon date following 31st March, 1953;

coupons matured between 1st January, 1939, and 30th June, 1940, on the first coupon date following 31st March, 1954;

coupons matured between 1st July, 1940, and 31st December, 1941, on the first coupon date following 31st March, 1955;

coupons matured between 1st January, 1942, and 30th June, 1943, on the first coupon date following 31st March, 1956;

coupons matured between 1st July, 1943, and 8th May, 1945, on the first coupon date following 31st March, 1957.

2. Amortisations

Amortisation of the total amount to be established will be made either by acquisition of bonds or by payment in cash with respect to payments effected by debtors—

(a) from the *Saar territory*, in full;

(b) from *Austria, France, Luxembourg and Belgium* at the rate of 60 per cent. of the debtors' payments;

I.—*Dettes obligataires*

1. Arriérés d'intérêts

Le rachat des coupons qui seront présentés sera effectué dans les conditions suivantes:

(a) paiements effectués par des débiteurs du *territoire de la Sarre*: totalité; paiements effectués par des débiteurs de *France, Luxembourg et Belgique*: 60 % des paiements des débiteurs; les rachats seront faits au cours des années 1953 à 1957, comme suit:

coupons échus jusqu'à fin 1941, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1953;

coupons échus en 1942, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1954;

coupons échus en 1943, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1955;

coupons échus en 1944, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1956;

coupons échus en 1945, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1957;

(b) paiements effectués par des débiteurs d'*Autriche*: 60 % des paiements; les rachats seront faits au cours des années 1953 à 1957 comme suit:

coupons échus en 1938, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1953;

coupons échus entre le 1er janvier 1939 et le 30 juin 1940, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1954;

coupons échus entre le 1er juillet 1940 et le 31 décembre 1941, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1955;

coupons échus entre le 1er janvier 1942 et le 30 juin 1943, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1956;

coupons échus entre le 1er juillet 1943 et le 8 mai 1945, à la date d'échéance du premier coupon postérieur au 31 mars 1957.

2. Amortissement

L'amortissement du montant total à déterminer sera effectué soit par rachat de titres d'obligations, soit par paiement en espèces dans les conditions suivantes:

(a) paiements effectués par des débiteurs du *territoire de la Sarre*: totalité;

(b) paiements effectués par des débiteurs d'*Autriche, France, Luxembourg et Belgique*: 60 % des paiements du débiteur.

in fünf gleichen Jahresraten, beginnend am 1. Juli 1953 und fortfahrend am 1. Juli der darauffolgenden vier Jahre.

Sollte es der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht gelingen, bis zum 1. Juli 1953 eine volle Übersicht über den zu leistenden Gesamtbetrag der Amortisationen zu gewinnen, so kann sie mit dem Zahlungsdienst um höchstens drei Monate später beginnen.

II. — *Sonstige Schulden*

Zahlung in bar unter entsprechender Anwendung der Grundsätze von Abschnitt I, in fünf gleichen Jahresraten, beginnend am 1. Juni 1953 und fortfahrend am 1. Juli der darauffolgenden vier Jahre.

Sollte es der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht gelingen, bis zum 1. Juli 1953 eine volle Übersicht über den zu leistenden Gesamtbetrag zu gewinnen, so kann sie mit dem Zahlungsdienst um höchstens sechs Monate später beginnen.

Zum Zwecke der Ermittlung des Gesamtbetrages der in Betracht kommenden Verbindlichkeiten wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Gläubiger und die Schuldner durch eine öffentliche Bekanntmachung auffordern, bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden die noch nicht befriedigten Ansprüche sowie die etwa erfolgten Einzahlungen in die Konversionskasse anzumelden und die darüber vorhandenen Unterlagen der Konversionskasse vorzulegen. Die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden in Berlin wird beauftragt werden, die hier in Betracht kommenden Verbindlichkeiten zu registrieren.

III. — *Kleinbeträge*

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland kann nach ihrem Ermessen Zahlungen für sehr kleine Beträge aus verbrieften Schulden oder aus sonstigen Schulden in einem kürzeren Zeitraum leisten.

Ich wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie mir bestätigen wollten, daß der vorstehende Vorschlag die von uns getroffene Einigung richtig wiedergibt und dementsprechend den Inhalt des in Aussicht genommenen Briefwechsels bilden kann.

Mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung bin ich

Ihr
gez. Hermann J. Abs

in five equal annual instalments, starting on 1st July, 1953, and thereafter on 1st July of each of the following four years.

Should the Government of the Federal Republic of Germany be unable to obtain by 1st July, 1953, an overall survey of the total amount of amortisations to be made, it may begin payments not later than three months after that date.

II.—*Other Debts*

Payment to be made in cash, the principles of Part I above applying *mutatis mutandis*, in five equal instalments, starting on 1st July, 1953, and thereafter on 1st July of each of the following four years.

Should the Government of the Federal Republic of Germany be unable to obtain by 1st July, 1953, an overall survey of the total amount to be paid, it may begin payments not later than six months after that date.

For the purpose of ascertaining the total amount of liabilities in question, the Government of the Federal Republic of Germany will by public notice request the creditors and the debtors to notify the Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden of any claims not settled and of any payments made to the Konversionskasse respectively, and to submit to the Konversionskasse any existing documents substantiating such notification. The Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden in Berlin will be instructed to register liabilities due for consideration.

III.—*Small Amounts*

The Government of the Federal Republic of Germany may at its discretion effect payments for very small amounts in respect of bonded debts or other debts within a shorter period.

I should be much obliged if you would confirm that the foregoing proposal is a correct statement of the agreement reached by us and can, therefore, form the subject of the envisaged exchange of letters.

Please accept, Sir, the expression of my highest esteem.

Yours very sincerely,
signed: Abs

L'amortissement sera fait en 5 annuités égales, la première le 1er juillet 1953, les autres le 1er juillet de chacune des 4 années suivantes.

Au cas où le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne pourrait obtenir pour le 1er juillet 1953 un tableau général du montant total des amortissements à effectuer, il pourra commencer les paiements 3 mois après cette date au plus tard.

II.—*Autres dettes*

Le paiement sera effectué en espèces, les principes de la Section I ci-dessus s'appliquant *mutatis mutandis*, en 5 annuités égales, la première le 1er juillet 1953, les autres le 1er juillet de chacune des 4 années suivantes.

Au cas où le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ne pourrait obtenir pour le 1er juillet 1953 un tableau d'ensemble du montant total à payer, il pourra commencer les paiements 6 mois après cette date, au plus tard.

En vue de connaître le montant total des engagements en cause, le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne demandera aux créanciers et aux débiteurs par la voie d'annonce publique de notifier à la «Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden» toutes les créances non encore réglées d'une part, tous les paiements faits à la Konversionskasse d'autre part, et de soumettre à la Konversionskasse toutes les pièces justificatives existantes. La «Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden» à Berlin sera chargée d'enregistrer les dettes qui doivent être prises en considération.

III.—*Faibles montants*

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne pourra à son choix payer dans un délai plus court des dettes obligataires ou d'autres dettes de faible montant.

Je vous serais très obligé de bien vouloir me confirmer que la proposition ci-dessus constitue un exposé exact de l'Accord que nous avons atteint et peut, en conséquence, faire l'objet de l'échange de lettres envisagé.

Veuillez agréer, Cher Monsieur, etc.....

signé: Abs

Council of Foreign Bondholders,
17, Moorgate, London, E.C. 2
London, den 18. November 1952

Sehr geehrter Herr Abs,

Ich habe Ihnen für Ihren Brief vom 14. November zu danken, der die Regelung der Konversionskassen-Einzahlungen zum Gegenstand hat, auf die in Ziffer 14 (c) des Berichts des Ausschusses A(1) Bezug genommen wird.

Nach meiner Auffassung sollten die Wörter auf Seite 2 oben(2) lauten „bis

Council of Foreign Bondholders,
17, Moorgate, London, E.C. 2,
London 18th November, 1952.

Dear Mr. Abs,

I have to thank you for your letter of the 14th November with regard to the settlement of the Konversionskasse Receipts referred to in paragraph 14 (c) of the Report of the Committee A.(1)

It is my understanding that the words at the top of page 2(2) should

Council of Foreign Bondholders,
17, Moorgate, Londres, E.C. 2,
Londres, 18 novembre 1952.

Cher Monsieur Abs,

Je vous remercie de votre lettre du 14 novembre relative au règlement des versements à la Konversionskasse, dont il est question dans le paragraphe 14 (c) du Rapport du Comité A.(1)

Il est entendu que les mots figurant en haut de la page 2(2) sont les sui-

(1) Anhang 3 zum Konferenzschlußbericht (Anlage I des Abkommens).

(2) Erster Unterabsatz zu I 1 (a).

(1) Appendix 3 to the Conference Report (Annex I to the Agreement).

(2) Section I, 1 (a), first sub-paragraph.

(1) Annexe 3 au Rapport de la Conférence (Annexe I de l'Accord).

(2) Section I, 1 (a), 1er alinéa.

zum *Ende* des Jahres 1941"; die Wörter „am ersten auf den 31. März folgenden Kupontermin" bedeuten wohl den ersten Kuponfälligkeitstermin nach dem 31. März.

Vorbehaltlich dieser beiden Punkte stimme ich mit den Ausführungen Ihres Briefes überein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
gez.
O. E. Niemeyer,
Vorsitzender
des Verhandlungsausschusses A
der Konferenz über deutsche
Auslandsschulden

read "bis zum *Ende* des Jahres 1941" and that "am ersten auf den 31. März folgenden Kupontermin" means the first coupon date following the 31st March.

Subject to this, I am in agreement with the terms of your letter.

Yours sincerely,
signed:
O. E. Niemeyer,
Chairman of Negotiating Committee A
at the Conference on German External Debts

Mr. Hermann J. Abs

vants: «bis zum *Ende* des Jahres 1941» et que «am ersten auf den 31. März folgenden Kupontermin» désigne la première date d'échéance de coupon postérieure au 31 mars.

Sous réserve de ce qui précède, je suis d'accord avec votre lettre.

Veuillez agréer, etc.
signé:
O. E. Niemeyer,
Président du Comité A de la Conférence des Dettes Extérieures allemandes

M. Hermann J. Abs

ANLAGE II

[Anmerkung — Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang 4 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden; es sind lediglich solche Änderungen vorgenommen worden, die zur Erreichung einer übereinstimmenden Fassung in den drei Sprachen erforderlich waren. Zusätzliche Absprachen, die in Zusammenhang mit dieser Anlage nach Beendigung der Konferenz von den beteiligten Parteien getroffen wurden, erscheinen als Unteranlage.]

ANNEX II

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix 4 to the Report of the Conference on German External Debts with such changes as were required to achieve uniformity in the three languages. Supplementary understandings reached by the parties with respect to this Annex after the close of the Conference are attached hereto as a Sub-Annex.]

ANNEXE II

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 4 au Rapport de la Conférence des Dettes Extérieures allemandes avec les modifications nécessaires pour assurer la concordance des textes dans les trois langues. Un accord supplémentaire conclu entre les parties, au titre de la présente Annexe, après la clôture de la Conférence est joint ci-après en Sous-Annexe II A.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung mittel- und langfristiger deutscher Schulden aus privaten Kapitalgeschäften

Inhalt

Artikel

I. Einleitung.
II. Begriffsbestimmungen.
III. Unter diese Regelung fallende Schulden.
IV. Höhe der ausstehenden Schuldbeträge.
V. Regelungsbedingungen.
1. Kapitalbetrag.
2. Schulden in ausländischer Währung mit Goldklauseln.
3. Verbindlichkeiten in deutscher Währung mit Goldklauseln.
4. Rückständige Zinsen.
5. Neuer Zinssatz.
6. Zinssatz in Fällen einer echten Konversion.
7. Zinsen.
8. Tilgung.
9. Fälligkeit.
10. Rückzahlung kleiner Schuldbeträge.
11. Härtefälle.
12. Sicherheiten.
13. Reserven und Tilgungsfonds.
14. Bereitstellung von Devisen.

Agreed Recommendations for the Settlement of Medium and Long-Term German Debts Resulting from Private Capital Transactions

Contents

Article

I. Introductory.
II. Definitions.
III. Debts Covered.
IV. Outstanding Amount of Debt.
V. Settlement Terms.
1. Principal.
2. Foreign Currency Debts with Gold Clauses.
3. German Currency Debts with Gold Clauses.
4. Arrears of Interest.
5. Future Rate of Interest.
6. Interest Rate in Cases where there has been an Effective Conversion.
7. Payment of Interest.
8. Amortisation Payments.
9. Maturity.
10. Repayment of Small Amounts of Indebtedness.
11. Hardship Cases.
12. Security.
13. Reserves and Sinking Funds.
14. Provision of Foreign Exchange.

Recommandations agréées pour le Règlement des Dettes financières privées allemandes à moyen et long terme

Table

Articles

I. Introduction.
II. Définitions.
III. Description des dettes visées.
IV. Détermination du montant dû.
V. Modalités de règlement.
1. Principal.
2. Dettes en monnaies étrangères comportant une clause-or.
3. Dettes en monnaie allemande comportant une clause-or.
4. Arriérés d'intérêt.
5. Nouveau taux d'intérêt.
6. Taux d'intérêt dans le cas de conversion effective.
7. Modalités de paiement des intérêts.
8. Modalités d'amortissement.
9. Durée des emprunts.
10. Remboursement des dettes de faible montant.
11. Cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile.
12. Garanties.
13. Fonds de réserve et d'amortissement.
14. Fourniture de devises étrangères.

15. Verzug des Schuldners.
16. Abweichende Bedingungen.
17. Zugeständnisse zugunsten der Schuldner.

VI. Verschiedene Bestimmungen über Schulden.
1. Rückzahlung in deutscher Währung.
2. Wechsel des Gläubigers.
3. Wechsel des Schuldners.

VII. Verfahren für den Abschluß neuer Verträge.
VIII. Vertretung der Gläubiger.
IX. Schieds- und Vermittlungsausschuß.
X. Auslagen der Gläubiger, Gläubigervertreter und anderer Personen.
XI. Inkrafttreten.

15. Default of the Debtor.
16. Modification of Terms.
17. Concessions for Benefit of Debtors.

VI. Miscellaneous Provisions affecting Debts.
1. Repayment in German Currency.
2. Change of Creditor.
3. Change of Debtor.

VII. Procedure for Negotiation of New Contracts.
VIII. Creditor Representation.
IX. Arbitration and Mediation Committee.
X. Expenses of Creditors, Creditor Representatives and Others.
XI. Entry into Force.

15. Défaut du débiteur.
16. Modification des conditions de règlement.
17. Affectation au bénéfice des débiteurs des concessions faites par les créanciers.

VI. Dispositions diverses.
1. Remboursements en monnaie allemande.
2. Cession de créance.
3. Cession de dette.

VII. Procédure de négociation des nouveaux contrats.
VIII. Représentation des créanciers.
IX. Comité d'arbitrage et de médiation.
X. Dépenses des créanciers, représentants des créanciers et autres personnalités.
XI. Entrée en vigueur.

Artikel I

Einleitung

In diesen Empfehlungen sind die Bedingungen und die Verfahrensweise dargelegt, die für die Regelung der in Artikel III bezeichneten Schulden gelten sollen. Die Empfehlungen bewirken keine Änderung an den Bedingungen der hier behandelten Schulden; vielmehr sollen zwischen dem einzelnen Schuldner und seinen Gläubigern nach Maßgabe dieser Empfehlungen neue Verträge abgeschlossen werden. In den neuen Verträgen bleiben die Bedingungen der bestehenden Verträge aufrechterhalten, soweit sie nicht im Rahmen dieser Empfehlungen durch Abreden zwischen Gläubiger und Schuldner geändert werden.

Article I

Introductory

This Agreement establishes terms and procedures which are to govern the settlement of the debts described in Article III below. The Agreement does not in itself modify the terms of the debts to which it applies. Rather, it is contemplated that new contracts will be entered into between each debtor and his creditors pursuant to the provisions of this Agreement. The new contracts shall retain the terms of the existing contracts unless modified by arrangements between creditor and debtor within the framework of this Agreement.

Article I

Introduction

Le présent Accord établit les conditions et les procédures applicables au règlement des dettes définies à l'Article III ci-dessous. Il ne modifie pas de lui-même les conditions des dettes en cause. Au contraire, il est envisagé que de nouveaux contrats seront conclus entre les débiteurs allemands et leurs créanciers respectifs, conformément aux dispositions du présent Accord. Les nouveaux contrats reprendront les conditions des contrats existants, sauf dans la mesure où ceux-ci seraient modifiés par les arrangements conclus entre créancier et débiteur dans le cadre du présent Accord.

Artikel II

Begriffsbestimmungen

Sofern der Zusammenhang nicht eine andere Auslegung erfordert, haben die nachstehenden in diesen Empfehlungen verwendeten Begriffe folgende Bedeutungen:

Ursprünglicher Vertrag — Der im Zeitpunkt der Aufnahme der Anleihe abgeschlossene Vertrag.

Bestehender Vertrag — Der ursprüngliche Vertrag; hat dieser eine echte Konversion oder mehrere echte Konversionen erfahren, so gilt als bestehender Vertrag derjenige, der sich aus der letzten echten Konversion ergeben hat.

Echte Konversion — Eine Änderung in den Bedingungen des Anleihevertrages vor dem 9. Juni 1933; ferner eine Änderung, die an diesem Tage oder danach wegen eingetretener oder drohender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners oder als Ergebnis freier Verhandlungen vorgenommen wurde.

a) Bei Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine Änderung im Wege freier Verhandlungen vorgenommen wurde, ist zu

Article II

Definitions

Wherever used in this Agreement, the following terms shall, unless the context requires otherwise, have the meanings indicated below:—

Original contract—the contract entered into at the time the loan was first made.

Existing contract—the original contract, except in the case of a contract which has been the subject of an effective conversion or conversions, in which case the existing contract is the contract resulting from the last effective conversion.

Effective conversion—a change made in the terms of a loan contract before 9th June, 1933, or made on or after that date on account of the insolvency or threatened insolvency of the debtor or as a result of free negotation; provided that

(a) in any dispute as to whether or not a change was freely negotiated it shall be presumed that any arrangement

Article II

Définitions

Dans le cadre du présent Accord, les expressions ci-dessous devront, sauf si leur contexte exige une autre interprétation, être entendues comme suit:

Contrat initial—le contrat conclu à l'époque où l'emprunt a pris naissance.

Contrat existant—le contrat initial, sauf lorsque ce contrat a fait l'objet d'une ou plusieurs conversions effectives, auquel cas l'expression «contrat existant» doit s'entendre du contrat résultant de la dernière conversion effective.

Conversion effective—toute modification des conditions d'un contrat d'emprunt est considérée comme conversion effective si elle a eu lieu avant le 9 juin 1933 exclu ou encore si elle a eu lieu après cette date pour tenir compte de l'insolvabilité survenue ou imminente du débiteur ou à la suite de libres négociations, sous réserve que:

(a) dans tout litige sur le point de savoir si la modification a été librement négociée, la présomption contraire sera adop-

vermuten, daß eine Abrede, bei der der deutsche Treuhänder für Feindvermögen den Gläubiger vertreten hat oder die sich lediglich aus der Annahme eines von dem Schuldner gemachten einseitigen Angebots durch den Gläubiger ergeben hat, nicht im Wege freier Verhandlungen zustandegekommen ist.

b) Bei jeder Meinungsverschiedenheit hat der Schuldner zu beweisen, daß die Konversion echt war.

c) Bei Kirchenanleihen gilt jede Konversion als echt.

Gläubiger — Dieser Begriff schließt auch Gläubigervertreter ein, die nach Artikel VIII dieser Regelungsbedingungen ernannt worden sind.

Deutschland — Das gesamte Gebiet des Deutschen Reichs nach dem Stande vom 1. Januar 1937.

Ansässig in — mit gewöhnlichem Aufenthalt oder Sitz in; eine juristische Person hat ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West), wenn sie im Handelsregister des betreffenden Gebietes eingetragen ist.

made where the German Custodian of Enemy Property represented the creditor, or which resulted from the mere acceptance by the creditor of a unilateral offer made by the debtor, was not freely negotiated;

(b) in any disputed case the burden shall be on the debtor to prove that the conversion was an effective conversion;

(c) in the case of Church loans, any conversion shall be considered effective.

Creditor—includes any creditors' representative designated pursuant to the provisions of Article VIII of this Agreement.

Germany—all territory within the German Reich on 1st January, 1937.

Resident in—having ordinary residence (mit gewöhnlichem Aufenthalt oder Sitz) in; a juridical person shall be deemed to have its ordinary residence in the Federal Republic of Germany or Berlin (West) if it is entered in the Commercial Register in that territory.

tée si le créancier était représenté à la négociation par le Séquestre allemand des biens ennemis ou si l'arrangement a résulté de la simple acceptation par le créancier d'une offre unilatérale du débiteur;

(b) dans tout litige le débiteur aura la charge de prouver que la conversion est une conversion effective;

(c) dans le cas des emprunts des églises, toute conversion sera considérée comme effective.

Créancier—comprend tout représentant de créanciers désigné en application des dispositions de l'Article VIII du présent Accord.

Allemagne—le territoire situé à l'intérieur des frontières du Reich allemand au 1er janvier 1937.

Résider sur le territoire de—Avoir sa résidence habituelle (mit gewöhnlichem Aufenthalt oder Sitz) sur ce territoire; les personnes morales sont censées avoir leur résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne ou de Berlin (Ouest) lorsqu'elles sont inscrites au Registre du Commerce de ce territoire.

Artikel III

Unter diese Regelung fallende Schulden

1. Diese Regelung ist auf alle außerhalb Deutschlands emittierten Anleihen oder aufgenommenen Kredite anzuwenden, sofern:

a) die Anleihe oder der Kredit vor dem 8. Mai 1945 gewährt wurde; und

b) die Anleihe oder der Kredit nach dem ursprünglichen Vertrage für mindestens fünf Jahre gewährt wurde; und

c) der Schulder eine Gesellschaft des bürgerlichen oder des Handelsrechts, eine juristische Person, ein Verband, eine Firma, Bank, Wohlfahrtseinrichtung, eine sonstige nichtöffentliche Institution oder eine kirchliche Organisation ist; und

d) der Schuldner am 1. Januar 1953 oder in einem späteren Zeitpunkt, zu dem seine Gläubiger ein Regelungsangebot verlangen, in der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) ansässig ist; und

e) die Anleihe oder der Kredit auf nichtdeutsche Währung oder auf deutsche Währung mit einer Devisen- oder Goldklausel lautet.

2. Unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels findet diese Regelung keine Anwendung auf:

i) die folgenden Schuldenkategorien, die eine gesonderte Behandlung erfordern:

a) Schulden von Versorgungsbetrieben, die im Gebiete der Stadt Berlin liegen und von ihr kontrolliert werden;

Article III

Debts Covered

1. The present Agreement applies to every bonded loan and to every non-bonded loan issued or raised outside Germany, if—

(a) the loan was made prior to 8th May, 1945; and

(b) under the original contract the loan was to run for a period of five years or more; and

(c) the debtor is a corporation, company, association, firm, partnership, bank, church, welfare institution, or other non-governmental institution; and

(d) the debtor is, on 1st January, 1953, or on any later date when his creditors request an offer of settlement, resident in the German Federal Republic or in Berlin (West); and

(e) the loan is denominated in non-German currency, or is denominated in German currency and contains a non-German currency or gold clause.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, the present Agreement shall not be applicable to—

(i) the following categories of debts, which require separate treatment:—

(a) debts of public utilities located in and controlled by the City of Berlin;

Article III

Description des dettes visées

1. Le présent Accord est applicable à tous les emprunts obligataires et non obligataires émis ou contractés à l'extérieur de l'Allemagne à condition:

(a) que l'emprunt soit antérieur au 8 mai 1945;

(b) que la durée de l'emprunt prévue par le contrat initial soit égale ou supérieure à 5 ans;

(c) que le débiteur soit une société de personnes ou de capitaux, une association, une entreprise, une banque, une église, une institution de bienfaisance ou toute autre institution privée;

(d) que, le 1er janvier 1953, ou à toute date ultérieure à laquelle ses créanciers lui demanderont de faire une offre de règlement, le débiteur ait sa résidence sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne ou de Berlin (Ouest);

(e) que l'emprunt soit, ou libellé en monnaie non allemande, ou libellé en monnaie allemande avec une clause d'option de change en monnaie non allemande ou une clause-or.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 du présent Article, le présent Accord n'est pas applicable:

(i) aux catégories suivantes de dettes qui requièrent un traitement spécial:

(a) dettes des services publics de la Ville de Berlin situés sur son territoire et contrôlés par elle;

b) Schulden gegenüber einer oder mehreren Personen, die mittelbar oder unmittelbar Eigentumsrechte an dem Schuldner haben;

c) Schulden aus Krediten, deren ursprüngliche Höhe, nach dem am 1. Juli 1952 geltenden Wechselkurs umgerechnet, unter U.S. $ 40 000 betragen hat;

d) Schulden aus den schweizerisch-deutschen Abkommen vom 6. Dezember 1920 und 25. März 1923 (die sogenannten Frankengrundschulden);

(ii) die Schulden der deutsch-schweizerischen Grenzkraftwerke. Es bestehen drei Anleihen und zwei andere Kredite, die von deutschen Gesellschaften an Schweizer Obligationäre und andere Gläubiger geschuldet werden. Auf Grund besonderer Umstände, die mit dem Betrieb gemeinsamer Kraftwerke am Rhein zusammenhängen, ist die Regelung dieser Verbindlichkeiten mit der Regelung noch anderer Angelegenheiten verknüpft. In Anbetracht dieser Umstände wird die endgültige Regelung (die im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht vereinbart werden kann) unmittelbaren Verhandlungen zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland überlassen. Die Gläubiger erklären aber schon jetzt, daß sie bei dieser endgültigen Regelung für die ersten 5 Jahre nach dem 1. Januar 1953 keinen die Summe von 5 Millionen Schweizerfranken übersteigenden Jahresbetrag verlangen werden.

3. Keine Schuld darf lediglich deshalb ausgeschlossen werden, weil ein neuer Schuldner vor oder nach dem 8. Mai 1945 auf Grund eines Gesetzes oder auf andere Weise die Haftung für sie übernimmt oder übernommen hat; z. B. darf keine Schuld eines dem Gesetz Nr. 27 der Alliierten Hohen Kommission „Neuordnung der deutschen Kohle-, Eisen- und Stahlindustrien" unterliegenden Unternehmens wegen der Übernahme dieser Schuld durch eine Einheits- bzw. Nachfolgegesellschaft ausgeschlossen werden.

4. Diese Regelung findet keine Anwendung auf einzelne Schuldverschreibungen oder Kupons, die auf Grund des deutschen Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 19. August 1949 (Wirtschaftsgesetzbl. S. 295) und des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbonds vom August 1952 der Bereinigung bedürfen, solange diese Schuldverschreibungen bzw. Kupons nach Maßgabe der Bestimmungen solcher Gesetze oder von Regierungsabkommen, die mit dem Emissionsland im Hinblick auf ein derartiges Gesetz gegebenenfalls abgeschlossen werden, nicht bereinigt worden sind.

5. Die Schulden der deutschen Rentenbank-Kreditanstalt stellen aus verschiedenen Gründen ein schwieriges Problem dar. Infolge der Teilung Deutschlands sind die in den deutschen Ostgebieten investierten Vermögenswerte gegenwärtig der Verfügung

(b) debts owed by a debtor to any person or persons who, directly or indirectly, own such debtor;

(c) debts in respect of loans the original amount of which, converted at the exchange rate prevailing on 1st July, 1952, was less than U.S. $ 40,000;

(d) debts subject to the Swiss-German Agreements of 6th December, 1920, and 25th March, 1923 (the so-called Schweizer Frankengrundschulden);

(ii) the debts of the jointly owned German-Swiss Boundary power plants on the Rhine. There are outstanding three bonded loans and two non-bonded loans which are owed by German companies to Swiss bondholders and other creditors. Owing to certain special features relating to the operation of jointly-owned power plants along the Rhine, the settlement of these debts is bound up with other issues. Considering these circumstances, the final settlement (upon which it is impossible to agree at this time) is left for direct negotiations between Switzerland and the Federal Republic of Germany. However the creditors agree that, in negotiating such a settlement, they will not ask for payment of an annual amount exceeding 5 million Swiss francs in the first five years after 1st January, 1953.

3. No debt shall be excluded solely because a new debtor becomes or has become liable for it, by operation of law or otherwise, either before or after 8th May, 1945. For example, no debt of an enterprise subject to Allied High Commission Law No. 27, "Reorganisation of the German Coal and Iron and Steel Industries," shall be excluded by virtue of the assumption of such debt by unit or other successor companies.

4. This Agreement shall not apply to individual bonds or coupons which require validation under the German Validation Law of 19th August, 1949 (Wirtschaftsgesetzbl. p. 295), and the German Validation Law for Foreign Bonds of August, 1952, until such bonds or coupons shall have been validated pursuant to the provisions of any such law and of any intergovernmental agreement which may be entered into with the country of issue respecting such law.

5. The problem of the debts of the German Central Bank for Agriculture (Deutsche Rentenbank Kreditanstalt) is complicated by various factors. As a result of the partition of Germany the assets invested in East Germany are presently uncollectable by the Bank,

(b) dettes envers la ou les personnes directement ou indirectement propriétaires de la personne morale débitrice;

(c) dettes au titre des emprunts dont le montant initial, converti sur la base du taux de change en vigueur le 1er juillet 1952, était inférieur à 40.000 dollars des Etats-Unis;

(d) dettes visées par les Accords germano-suisses des 6 décembre 1920 et 25 mars 1923 (dites «Schweizer Frankengrundschulden»);

(ii) aux dettes des usines hydro-électriques frontalières du Rhin appartenant conjointement à l'Allemagne et à la Suisse. Il subsiste trois emprunts obligataires et deux emprunts non obligataires dus par des sociétés allemandes à des porteurs suisses et à d'autres créanciers. Eu égard à certaines caractéristiques particulières inhérentes à la gestion d'usines électriques en propriété mixte, situées le long du Rhin, le règlement de ces dettes est lié à d'autres problèmes. Vu ces circonstances, leur règlement définitif (sur lequel il est actuellement impossible d'arriver à un accord) est réservé en vue d'être réglé par des négociations directes entre la Suisse et la République Fédérale d'Allemagne; les créanciers ont cependant convenu qu'au cours de la négociation de ce règlement, ils ne revendiqueraient pas un montant annuel supérieur à 5 millions de francs suisses pour les cinq années suivant le 1er janvier 1953.

3. Aucune dette ne pourra être exclue, pour le seul motif qu'un nouveau débiteur en devient ou en est devenu responsable, soit avant soit après le 8 mai 1945, par l'application de la loi ou pour toute autre raison. Par exemple, les dettes des entreprises visées par la Loi 27 de la Haute Commission Alliée portant «Réorganisation des industries charbonnières et sidérurgiques allemandes», ne pourront en aucun cas être exclues, motif pris de ce qu'elles auraient été reprises par les sociétés nouvelles ou autres sociétés ayant succédé à ces entreprises.

4. Le présent Accord n'est pas applicable aux obligations et coupons qui doivent faire l'objet d'une validation aux termes de la loi allemande de validation du 19 août 1949 (Wirtschaftsgesetzblatt, page 295) et de la loi allemande de validation des valeurs mobilières étrangères d'août 1952, tant que ceux-ci n'auront pas été validés conformément aux dispositions de toute loi de l'espèce ou de tout accord intergouvernemental qui pourrait être conclu à ce sujet avec le pays où l'emprunt a été émis.

5. Pour diverses raisons les dettes de la Banque Centrale allemande pour l'Agriculture (Deutsche Rentenbank Kreditanstalt) posent un problème particulièrement complexe. Du fait de la division du territoire allemand, la Banque se trouve temporairement dans

durch die Bank entzogen; in entsprechendem Maße verringert sich die Höhe der unter diese Regelung fallenden Schulden, wie dies im einzelnen durch bestehende Verordnungen festgelegt worden ist, wobei der Prozentsatz in den einzelnen Fällen verschieden ist und zwischen 20% und 67% der ausstehenden Anleihen schwankt. Die deutschen Vertreter haben erklärt, daß es gegenwärtig nicht in der Macht der Bundesregierung steht, an diesem Zustand etwas zu ändern, der vor allem auf die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen über die Währungsumstellung zurückzuführen ist. Sie sind aber damit einverstanden, daß die Bundesregierung alles tun soll, um die Regelung der Schulden der Bank und die Bezahlung der Zins- und Tilgungsraten nach Maßgabe der genannten Gesetze und Verordnungen zu erleichtern.

Die Gläubigervertreter behalten den von ihnen vertretenen Gläubigern das Recht vor, jede Möglichkeit des Vorgehens wahrzunehmen, um eine Regelung abzuändern, die nach ihrer Auffassung ihre Interessen beeinträchtigt und einzelne Gläubigergruppen diskriminiert.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die Bank für die durch Vermögenswerte in Ostdeutschland gesicherten Verbindlichkeiten haftbar bleibt und daß sie die Bedienung dieser Verbindlichkeiten wieder aufnehmen wird, wenn ihr diese Vermögenswerte wieder zur Verfügung stehen.

Bei verschiedenen anderen Instituten in ähnlicher Lage sollen die gleichen Grundsätze Anwendung finden.

6. Bei der Behandlung der Kali-Anleihe nach diesen Regelungsbedingungen müssen die Besonderheiten dieser Anleihe berücksichtigt werden.

and to that extent the amount of debt covered by this Agreement is reduced by varying amounts as fixed by existing regulations, the percentage being different in each case and ranging from 20 per cent. to 67 per cent. of the outstanding loans. The German representatives stated that the Federal Government do not at present have the power to alter this situation, which results in particular from the relevant regulations under the currency conversion legislation. They do agree that the Federal Government shall do everything in its power to facilitate the settlement of the debts of the Bank and the payment of interest and amortisation as provided under the said Laws and Regulations.

The creditors' representatives reserve the right of the creditors to take such action as may be open to them to rectify what they consider to be a settlement prejudicial to and discriminatory as between different classes of creditors.

It is understood that the Bank retains its liability to the creditors in respect of the indebtedness secured by assets in East Germany and will service that liability as and when those assets become available to it.

There are several other institutions in a similar position where the same principles should be applied.

6. In dealing with the Potash Loan in any plan of settlement under the provisions of this Agreement, there will need to be considered the special features of this loan.

l'impossibilité de recouvrer ses éléments d'actif investis en Allemagne Orientale, et dans cette mesure, le montant de la dette couverte par le présent Accord a, en conséquence, subi diverses réductions fixées par les règlements en vigueur, le pourcentage de réduction, différent dans chaque cas particulier, variant de 20 à 67% du montant des emprunts existants. Les représentants allemands ont déclaré qu'il n'était pas pour le moment au pouvoir du Gouvernement Fédéral de modifier cette situation, qui résulte en particulier des règlements pris dans le cadre des lois de conversion monétaire. Il est cependant convenu que le Gouvernement Fédéral fera tout son possible pour faciliter le règlement des dettes de la Banque et les paiements d'intérêt et d'amortissement prévus par les Lois et règlements susvisés.

Les représentants des créanciers réservent le droit de ces derniers de faire appel à toutes les voies de recours qui pourraient leur être ouvertes pour obtenir la modification d'un règlement qu'ils considèrent comme préjudiciable à leurs intérêts et de nature à créer une discrimination entre les différentes catégories de créanciers.

Il est entendu que la Banque reste responsable envers ses créanciers des dettes garanties par des avoirs situés en Allemagne orientale, et qu'elle reprendra le service de ces dettes dès que ces avoirs seront de nouveau à sa disposition.

Plusieurs autres établissements se trouvent dans une situation analogue et devront recevoir application des mêmes principes.

6. Lorsque le cas de l'Emprunt allemand de la Potasse sera traité dans le cadre de tout Plan de règlement élaboré en application du présent Accord, les caractéristiques particulières de cet emprunt devront être prises en considération.

Artikel IV

Höhe der ausstehenden Schuldbeträge

1. Der ausstehende Betrag jeder Schuld besteht aus dem noch nicht zurückbezahlten Kapitalbetrag und aus allen bis zum 1. Januar 1953 geschuldeten und noch nicht gezahlten Zinsen, wobei diese Zinsen ohne Zinseszinsen zu dem in dem bestehenden Vertrag festgelegten Satz berechnet werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Verbindlichkeit vor diesem Datum fällig war und ohne Rücksicht auf die Folgen eines vor diesem Datum nach den Bestimmungen des bestehenden Vertrages eingetretenen Verzugs.

2. Ein Betrag ist unbezahlt im Sinne von Absatz 1, wenn er bisher nicht in die Hände des Gläubigers gelangt und von ihm nicht ausdrücklich oder stillschweigend als Zahlung angenommen worden ist. Hat der Gläubiger Fundierungsschuldverschreibungen, Scrips oder Bargeld von der Konversionskasse angenommen, so sind dadurch alle diejenigen Verbindlichkeiten, oder Teilbeträge davon, bezahlt, für die der Gläubiger diese Leistungen angenommen hat.

Article IV

Outstanding Amount of Debt

1. The outstanding amount of any debt is the unpaid principal and all unpaid interest due up to 1st January, 1953, such interest to be computed as simple interest at the rate established in the existing contract, regardless of whether the debt has matured before that date and regardless of the effect of any default under the existing contract prior to that date.

2. An amount is unpaid within the meaning of paragraph 1 of this Article if it has not been received and accepted expressly or implicitly by the creditor. Acceptance by the creditor of funding bonds, scrip or cash from the Konversionskasse constitutes payment of any debt, or of any part of a debt, in respect of which they were accepted.

Article IV

Détermination du montant dû

1. Le montant dû au titre d'une dette quelconque visée par le présent Accord comprend le principal et tous les arriérés d'intérêt impayés au 1er janvier 1953. Les arriérés d'intérêt seront calculés comme des intérêts simples, sur la base du taux prévu par le contrat existant et sans égard à l'arrivée éventuelle de la dette à échéance avant cette date, ni aux conséquences, dans le cadre du contrat existant, de tout défaut antérieur à cette date.

2. Est considéré comme impayé au sens du paragraphe 1, tout montant qui n'a pas été reçu et accepté expressément ou implicitement par le créancier. L'acceptation par ce dernier de bons de consolidation, de certificats ou de versements en espèces remis par la Konversionskasse est considérée comme emportant paiement de la dette ou de la fraction de la dette au titre de laquelle ces bons, certificats ou versements ont été acceptés.

Artikel V

Regelungsbedingungen

1. Kapitalbetrag

Der ausstehende Kapitalbetrag soll nicht herabgesetzt werden.

2. Schulden in ausländischer Währung mit Goldklauseln

(a) Gold-Dollar oder Gold-Schweizerfranken:

Auf Gold-Dollar oder Gold-Schweizerfranken lautende Schulden sind in Verhältnis von 1 Gold-Dollar = 1 Dollar US-Währung und 1 Gold-Schweizerfranken = 1 Franken Schweizer-Währung umzurechnen. Die neuen Verträge lauten auf Währungs-Dollar oder Währungs-Schweizerfranken.

(b) Andere Währungen mit Goldklauseln:

Andere Schulden mit Goldklauseln (ausgenommen auf deutsche Währung lautende Schulden mit Goldklauseln — vgl. Ziffer 3) sind nur in der Währung des Landes zahlbar, in dem die Anleihe aufgenommen worden oder die Emission erfolgt ist (im folgenden als "Emissions-Währung" bezeichnet). Der geschuldete Betrag wird als Gegenwert eines Dollarbetrages nach dem zur Zeit der Fälligkeit der Zahlung maßgebenden Wechselkurs errechnet. Dieser Dollarbetrag wird dadurch ermittelt, daß der Nennwert des Schuldbetrages in der Emissionswährung zu dem im Zeitpunkt der Aufnahme oder Emission der Anleihe maßgebenden Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet wird. Der so errechnete Betrag in der Emissionswährung darf jedoch nicht niedriger sein, als wenn er zu dem am 1. August 1952 maßgebenden Wechselkurs errechnet würde.

3. Verbindlichkeiten in deutscher Währung mit Goldklauseln

(a) Es besteht Übereinstimmung darüber, daß solche in Goldmark oder in Reichsmark mit Goldklausel ausgedrückten Geldforderungen des Kapitalverkehrs und Hypotheken, die spezifisch ausländischen Charakter tragen, auf D-Mark im Verhältnis 1 : 1 umgestellt werden sollen.

(b) Die Feststellung der einen spezifisch ausländischen Charakter darstellenden Merkmale bei derartigen Geldforderungen wird in weiteren Verhandlungen erörtert werden.(1) Die Verhandlungspartner behalten sich ihre Stellungnahme zu der Frage, in welchen Fällen und in welcher Weise der hier festgestellte Grundsatz durchgeführt werden kann, zunächst vor. Es bleibt der Deutschen Delegation überlassen zu entscheiden, wie die zu findende Lösung in den Rahmen der deutschen Gesetzgebung über die Währungsreform und den Kriegs- und Nachkriegslastenausgleich eingefügt werden kann.

(1) Siehe jetzt Anlage VII.

Article V

Settlement Terms

1. Principal

There shall be no reduction in the outstanding principal amount.

2. Foreign Currency Debts with Gold Clauses

(a) Gold dollars and gold Swiss francs.

In the case of debts expressed in gold dollars or gold Swiss francs, the debts shall be computed on the basis of 1 currency dollar equalling 1 gold dollar and 1 currency Swiss franc equalling 1 gold Swiss franc, and the new contracts shall be expressed in currency dollars or currency Swiss francs respectively.

(b) Other currencies with gold clauses.

In the case of other debts with gold clauses (excluding German currency debts with gold clauses — see paragraph 3 below) the amounts due shall be payable only in the currency of the country in which the loan was raised or the issue was made (below referred to as "the currency of issue"), the amount due being computed as the equivalent at the rate of exchange when the amount is due for payment of a sum in U.S. dollars which shall be arrived at by converting the amount of the obligation expressed in the currency of issue into U.S. dollars at the rate of exchange ruling when the loan was raised or the issue made. The amount of currency of issue so reached shall, however, not be less than if it were computed at the rate of exchange current on 1st August, 1952.

3. German Currency Debts with Gold Clauses

(a) The principle is accepted that such financial debts and mortgages, expressed in Goldmarks or in Reichsmarks with a gold clause, as had a specific foreign character shall be converted into Deutsche Mark at the rate of 1 Goldmark, or 1 Reichsmark with a gold clause, = 1 Deutsche Mark.

(b) The definition of the criteria constituting the specific foreign character of the above indebtedness shall be the subject of further negotiation. (1) Both sides reserve their position as to the question in which cases and in which way the above principle can be implemented. It shall lie with the German Delegation to decide how the solution arrived at can be fitted into the framework of the German laws on currency reform and on the equalisation of war and post-war burdens.

(1) See now Annex VII.

Article V

Modalités de règlement

1. Principal

Le principal des dettes dues ne subira aucune réduction.

2. Dettes en monnaies étrangères comportant une clause-or

(a) Dollar-or et franc suisse-or.

Les dettes libellées en dollars-or ou francs suisses-or seront calculées à raison d'un dollar courant pour un dollar-or et d'un franc suisse courant pour un franc suisse-or, et les nouveaux contrats seront libellés, suivant le cas, en dollars courants ou en francs suisses courants.

(b) Autres devises avec clause-or.

Pour les autres dettes avec clause-or (à l'exception des dettes en monnaie allemande avec clause-or—voir paragraphe 3 ci-dessous) les sommes dues seront payables seulement dans la monnaie du pays dans lequel l'emprunt a été contracté ou émis (cette monnaie est désignée ci-après par l'expression «monnaie d'émission»). Le montant dû sera calculé à la contre-valeur, sur la base du taux de change en vigueur à l'époque de l'échéance, de la somme en dollars américains obtenue en convertissant en dollars américains le montant de l'obligation, exprimé dans la monnaie d'émission, sur la base du taux en vigueur à l'époque du contrat ou de l'émission. Le montant en monnaie d'émission ainsi obtenu ne pourra cependant être inférieur à ce qu'il aurait été sur la base du taux de change en vigueur le 1er août 1952.

3. Dettes en monnaie allemande comportant une clause-or

(a) Le principe est admis que les dettes financières et hypothèques de l'espèce, libellées en mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or, et présentant un caractère spécifiquement étranger devront être converties en Deutschemark au taux de 1 mark-or— ou un Reichsmark avec clause-or— pour 1 Deutschemark;

(b) la définition des critères applicables pour décider du caractère spécifiquement étranger des dettes ci-dessus fera l'objet de négociations ultérieures.(1) Les deux parties réservent leur position quant à la détermination des cas dans lesquels le principe ainsi établi pourra être appliqué ainsi que de ses modalités d'application. Il appartiendra à la Délégation allemande de décider de quelle manière la solution qui sera trouvée pourra être insérée dans le cadre des lois allemandes sur la réforme monétaire et sur la péréquation des charges nées de la guerre ou de l'après-guerre;

(1) Voir l'Annexe VII.

(c) Die erwähnten Verhandlungen zwischen einer deutschen Delegation und den Vertretern der Gläubiger sollen bis spätestens 31. Oktober 1952 stattfinden.

4 Rückständige Zinsen

Vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 6 sind zwei Drittel der bis zum 1. Januar 1953 nicht bezahlten Zinsen zu fundieren und ein Drittel zu streichen. Diese fundierten Zinsen zusammen mit dem noch nicht zurückbezahlten Kapitalbetrag stellen den neuen Kapitalbetrag dar.

5. Neuer Zinssatz

Vorbehaltlich der Bestimmungen in Ziffer 6 beginnt die Verzinsung am 1. Januar 1953 ohne Rücksicht auf das Datum, an dem der neue Vertrag gemäß diesen Regelungsbedingungen abgeschlossen wird, und zwar in einer Höhe von 75 % des in dem bestehenden Vertrage vorgesehenen Zinssatzes. Der neue laufende Zinssatz darf jedoch bei in Schuldverschreibungen verbrieften Schulden 5¼ % und bei anderen Schulden 6 % nicht überschreiten. Der Mindestsatz beträgt 4 %; ist in dem bestehenden Vertrage ein Zinssatz von weniger als 4 % vorgesehen, so bleibt es dabei.

6. Zinssatz in Fällen einer echten Konversion

Bei Schulden, die Gegenstand einer echten Konversion waren, hat der Schuldner nach seiner Wahl entweder

(a) alle am 1. Januar 1953 noch nicht bezahlten und auf Grund des bestehenden Vertrages ausstehenden Zinsen zu fundieren und von diesem Tage an Zinsen zum vollen Satz des bestehenden Vertrages zu bezahlen, oder

(b) die noch nicht bezahlten Zinsen so zu fundieren und die neuen Zinsen so zu bezahlen, als wenn der ursprüngliche Vertrag noch in Kraft und Ziffer 4 und 5 dieses Artikels anwendbar wären.

7. Zinsen

Die Zinsen für den am 1. Januar 1953 beginnenden Zeitraum sind mindestens halbjährlich zahlbar. Ist der neue Vertrag nicht bis zum 1. Januar 1954 geschlossen, so ist eine entsprechende Anpassung vorzunehmen, wenn dem Schuldner nicht zugemutet werden kann, alle für den Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1953 und dem Zeitpunkt des Abschlusses des neuen Vertrages fällig gewordenen Zinsen auf einmal zu bezahlen.

8. Tilgung

(a) Von 1958 bis 1962 sind jährliche Tilgungszahlungen zu einem Jahressatz von 1 % des neuen Kapitalbetrages und danach bis zum Fälligkeitstermin zu einem Jahressatz von 2 % dieses neuen Kapitalbetrages zu leisten. Die Tilgungsbeträge für jedes auf das Jahr 1958 folgende Jahr erhöhen sich jeweils um den auf das betreffende Jahr entfallenden Zinsbetrag

(c) The above-mentioned negotiation between a German delegation and creditor delegates shall take place not later than 31st October, 1952.

4. Arrears of Interest

Subject to the provisions of paragraph 6 below, two-thirds of the unpaid interest to 1st January, 1953, shall be funded and one-third waived. Such funded interest together with the unpaid principal shall constitute the new principal amount.

5. Future Rate of Interest

Subject to the provisions of paragraph 6 below, interest shall run from 1st January, 1953, irrespective of the date when the new contract is entered into pursuant to this Agreement, at 75 per cent. of the rate of interest provided for in the existing contract. Such new current rate of interest, however, shall not exceed 5¼ per cent. on bonded debts and 6 per cent. on non-bonded indebtedness, nor shall it be below 4 per cent., except that in cases where the interest rate provided for in the existing contract is below 4 per cent. the rate provided for in the existing contract shall be paid.

6. Interest Rate in Cases where there has been an Effective Conversion

In the case of any debt which has been the subject of an effective conversion the debtor shall elect either—

(a) to fund all unpaid interest outstanding under the existing contract to 1st January, 1953, and to pay interest from that date at the full rate provided in the existing contract, or

(b) to fund unpaid interest and to pay future interest as though the original contract were still in force and paragraphs 4 and 5 of this Article were applicable.

7. Payment of Interest

Interest for the period beginning 1st January, 1953, shall be payable at least semi-annually. Appropriate adjustment shall be made in any case where the new contract is not entered into until after 1st January, 1954, if the debtor cannot reasonably be expected to pay at once all interest due in respect of the period between 1st January, 1953, and the date the new contract is entered into.

8. Amortisation Payments

(a) Amortisation shall be paid annually from 1958 to 1962 at an annual rate of 1 per cent. of the new principal amount and thereafter until the maturity date at an equal rate of 2 per cent. of such new principal amount.
Amortisation payments for each year after 1958 shall be increased by the amount of one year's interest on all debt retired by means of the amortisa-

(c) les négociations prévues à l'alinéa ci-dessus entre une Délégation allemande et des représentants de créanciers auront lieu avant le 31 octobre 1952 au plus tard.

4. Arriérés d'intérêts

Sous réserve des dispositions du paragraphe 6 ci-dessous, les deux tiers des intérêts impayés au 1er janvier 1953 seront consolidés, le troisième tiers étant annulé. Les intérêts consolidés s'ajouteront au montant du principal impayé pour constituer le nouveau principal.

5. Nouveau taux d'intérêt

Sous réserve des dispositions du paragraphe 6 ci-dessous les intérêts recommenceront à courir à compter du 1er janvier 1953, quelle que soit la date à laquelle le nouveau contrat sera conclu en application du présent Accord. Leur taux sera fixé à 75 % du taux d'intérêt prévu dans le contrat existant. Toutefois, ce nouveau taux courant d'intérêt ne devra pas dépasser 5¼ % pour les dettes obligataires et 6 % pour les dettes non obligataires, ni être inférieur à 4 %, sauf lorsque le taux prévu dans le contrat existant est lui-même inférieur à ce chiffre, auquel cas c'est ce dernier taux qui devra être utilisé.

6. Taux d'intérêt dans le cas de conversion effective

Lorsque la dette aura fait l'objet d'une conversion effective, le débiteur devra, à son choix,

(a) soit consolider tous les intérêts impayés au 1er janvier 1953, sur la base du taux prévu dans le contrat existant, et verser, à partir de la même date, un intérêt calculé sur la base de l'intégralité du taux prévu dans ce contrat;

(b) soit consolider les intérêts impayés et verser pour l'avenir un intérêt courant, comme si le contrat initial était encore en vigueur et comme si les paragraphes 4 et 5 du présent article étaient applicables.

7. Modalités de paiement des intérêts

Les intérêts afférents à la période commençant le 1er janvier 1953 seront payables en deux versements semestriels au minimum. Il sera procédé aux ajustements nécessaires dans tous les cas où, le nouveau contrat n'ayant été conclu qu'après le 1er janvier 1954, il ne pourra raisonnablement être demandé au débiteur de payer immédiatement la totalité des intérêts échus entre le 1er janvier 1953 et la date de la conclusion du nouveau contrat.

8. Modalités d'amortissement

(a) L'amortissement s'effectuera au moyen d'annuités égales, de 1958 à 1962, à 1 % du nouveau montant en principal, et à compter de 1962 jusqu'à la date de l'échéance finale, à 2 % de ce nouveau montant en principal. Après 1958, l'annuité d'amortissement s'augmentera du montant annuel des intérêts afférents à la fraction de la dette déjà amortie au cours des années

auf die in den vorausgegangenen Jahren getilgten Teile der Schuld, nicht jedoch für diejenigen Teile der Schuld, die durch Zahlungen nach Maßgabe des Unterabsatzes (d) getilgt worden sind.

(b) Tilgungszahlungen sind zu dem Termin der ersten Zinszahlung in jedem Jahr zu leisten. Fällt der Termin der ersten Zinszahlung im Jahre 1958 nicht auf den 1. Januar, so ist die erste Tilgungszahlung für den Zeitraum vom 1. Januar 1957 bis zu diesem Zinszahlungstermin zu berechnen; der gleiche Grundsatz gilt, wenn der Zinssatz von 2 % zur Anwendung kommt.

(c) Alle Tilgungszahlungen sind zur Herabsetzung des neuen Kapitalbetrages zu verwenden. Bei Schuldverschreibungen sind die Tilgungszahlungen zur Einlösung der Schuldverschreibungen durch Auslosung zu Pari oder zum Nennwert zu verwenden, es sei denn, daß zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern etwas anderes vereinbart ist.

(d) Solange der Schuldendienst entsprechend dem neuen Vertrag durchgeführt wird, kann der Schuldner zusätzliche Tilgungen in jeder Weise vornehmen, auch durch Ankauf von Schuldverschreibungen am offenen Markt oder auf sonstige Weise.

9. Fälligkeit

In den neuen Verträgen sind Laufzeiten von mindestens 10 Jahren und höchstens 25 Jahren vorzusehen, gerechnet vom 1. Januar 1953. Die neue Laufzeit muß zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern vereinbart werden. Der Schuldner soll innerhalb der oben bezeichneten Grenzen die kürzeste Laufzeit anbieten, die seiner besonderen Lage angemessen ist.

Es ist vorgesehen, Industrieschuldnern, Banken und kirchlichen Organisationen Laufzeiten von 10 bis 15 Jahren, in Ausnahmefällen bis zu 20 Jahren, zu gewähren. Versorgungsbetriebe und Grundstoffindustrien dürfen jedoch die Laufzeiten auf 20 Jahre, keinesfalls aber auf mehr als 25 Jahre, verlängern. Bei nicht in Schuldverschreibungen verbrieften Schulden soll die normale Laufzeit 10 Jahre betragen.

10. Rückzahlung kleiner Schuldbeträge

Ist der ausstehende Betrag einer Schuld sehr klein oder im Verhältnis zur Höhe der ursprünglichen Anleihe gering, so können eine frühere Rückzahlung und endgültige Regelung des Gesamtbetrages einer solchen Verbindlichkeit einschließlich der Zinsrückstände ohne Rücksicht auf die Bestimmungen von Ziffer 8 und 9 dieses Artikels vereinbart werden.

11. Härtefälle

Ist durch außergewöhnliche Umstände—einschließlich von, jedoch nicht beschränkt auf, Vermögensverluste in Deutschland außerhalb der Bundes-

tion payments for previous years excluding, however, debt retired by means of payments made pursuant to sub-paragraph (d) below.

(b) Amortisation payments shall be made on the first interest payment date in any given year. If the first interest payment date in 1958 does not fall on 1st January, the first amortisation payment shall be calculated for the period from 1st January, 1957, to such interest payment date, and the same principle shall apply when the annual rate of 2 per cent. comes into operation.

(c) All such amortisation shall be applied to the reduction of the new principal amount. In the case of bond issues the amortisation payments shall be applied to the retirement of bonds through call by lot at the par or face value unless otherwise agreed between the debtor and his creditors.

(d) As long as the service is maintained in accordance with the new contract, additional amortisation may be made by the debtor in any manner, including acquisition of bonds whether in the open market or otherwise.

9. Maturity

The new contract shall establish a maturity date not less than 10 years nor more than 25 years from 1st January, 1953. The new maturity date must be agreed upon between the debtor and his creditors. The debtor should offer the earliest maturity date, within the above limits, which is practicable in view of his particular circumstances.

It is contemplated that maturities of 10 to 15 years, or in exceptional cases up to 20 years, should be accorded to industrial debtors, banks and churches; public utilities and basic industries, however, may extend their maturities to 20 years, but not in excess of 25 years in any case; and in the case of non-bonded debt the normal maturity shall be 10 years.

10. Repayment of Small Amounts of Indebtedness

Wherever the outstanding amount of a debt is very small or is small compared to the amount of the original loan, agreements may be entered into for an earlier repayment and final disposition of the entire amount of such indebtedness and arrears of interest without regard to the provisions of paragraph 8 and 9 of this Article.

11. Hardship Cases

Wherever owing to extraordinary circumstances, including but not limited to a loss of assets in Germany outside the Federal Republic of Ger-

précédentes, à l'exclusion toutefois de la fraction amortie dans les conditions prévues à l'alinéa (d) ci-dessous.

(b) L'amortissement sera effectué chaque année à la date d'échéance du premier versement d'intérêt afférent à l'année en cours. Au cas où le premier janvier 1958 ne coïnciderait pas avec la date d'échéance du premier versement d'intérêt, la première annuité d'amortissement couvrira la période allan. du 1er janvier 1957 à la date d'échéance du premier versement d'intérêt. Le même principe sera appliqué lorsque l'annuité sera portée à 2 %.

(c) Tous les versements au titre de l'amortissement seront affectés à la réduction du nouveau montant en principal. Dans le cas des emprunts obligataires, l'annuité d'amortissement sera utilisée au rachat au pair ou à la valeur faciale d'obligations désignées par la voie d'un tirage au sort, sauf convention contraire entre le débiteur et ses créanciers.

(d) Aussi longtemps que le service sera poursuivi conformément aux dispositions du nouveau contrat, le débiteur pourra procéder à des amortissements supplémentaires par le moyen de son choix et, notamment, par rachat en bourse ou par acquisition d'obligations dans toutes autres conditions.

9. Durée des emprunts

Les nouveaux contrats prévoiront le remboursement total des emprunts dans un délai compris entre 10 ans au minimum et 25 ans au maximum à compter du 1er janvier 1953. La nouvelle date d'échéance devra être fixée par accord entre le débiteur et ses créanciers. Dans les limites ci-dessus, le débiteur devrait proposer la date de remboursement la plus rapprochée possible, compte tenu de sa situation particulière.

Il est envisagé qu'un délai de remboursement compris entre 10 et 15 ans, et pouvant dans certains cas exceptionnels aller jusqu'à 20 ans, sera accordé aux débiteurs de l'industrie, aux banques et aux églises. Les services publics et les industries de base pourront toutefois porter le délai à 20 ans, mais sans pouvoir dépasser 25 ans en aucun cas. Dans le cas des dettes non obligataires, le délai normal de remboursement sera de 10 ans.

10. Remboursement des dettes de faible montant

Dans tous les cas où le montant restant dû sur une dette particulière est très faible, ou est faible par rapport au montant initial de l'emprunt, des accords pourront être conclus en vue du remboursement anticipé et de la liquidation définitive du montant total de la dette et des arriérés d'intérêt, sans qu'il soit tenu compte des dispositions des paragraphes 8 et 9 du présent article.

11. Cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile

Dans tous les cas où, en raison de circonstances extraordinaires affectant la situation financière d'un débiteur particulier—y compris, par exemple,

republik und von Berlin (West) — die finanzielle Lage eines Schuldners so beeinträchtigt, daß es ihm unmöglich oder nicht zumutbar ist, ein Angebot auf Abschluß eines neuen Vertrages zu den in dieser Regelung niedergelegten Bedingungen zu machen, so bleibt es Schuldnern und Gläubigern unbenommen, die wegen der besonderen Umstände für erforderlich erachteten Änderungen zu vereinbaren.

12. Sicherheiten

Soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, bleiben die in den bestehenden Verträgen für Pfandrechte, Sicherheiten und sonstige Sicherungen zum Schutze der Gläubiger vorgesehenen Bestimmungen in Kraft; soweit jedoch die auf Grund des bestehenden Vertrages gestellten Sicherheiten nach Art oder Umfang dem neuen Kapitalbetrag der Schuld oder den bei Abschluß des neuen Vertrages herrschenden Umständen nicht mehr entsprechen, kann der Schuldner eine Änderung der Art und des Umfanges der Sicherheit vorschlagen; die von dem Schuldner vorgeschlagene Sicherheit muß jedoch voll angemessen und für den Gläubiger annehmbar sein.

Soweit sich die Sicherheit vermindert oder in ihrer Substanz verändert hat, hat der Schuldner diejenigen Anpassungen vorzunehmen, die erforderlich sind, um seinen Gläubigern mindestens den ursprünglichen Grad der Sicherheit zu gewähren.

Der Schuldner hat auf Verlangen des Gläubigers angemessene Sicherheiten zu stellen oder andere für den Gläubiger annehmbare Schutzbestimmungen vorzusehen.

13. Reserven und Tilgungsfonds

Da die Tilgungszahlungen erst im Jahre 1958 beginnen, und zwar zu dem verhältnismäßig niedrigen Satz von 1 %, der sich im Jahre 1963 auf nur 2 % erhöht, soll der Schuldner in seinem Finanzgebaren auf die Herstellung einer hinreichend starken liquiden finanziellen Lage bedacht sein, um seine Verpflichtungen bei Fälligkeit erfüllen zu können. Aus diesem Grunde sollten zwischen Gläubigern und Schuldnern zusätzliche Abreden erörtert werden; diese Abreden können Reserven oder Tilgungsfonds für die Schulden vorsehen, welche jährlich auf der Grundlage eines Prozentsatzes vom Reingewinn vor Dividendenzahlung oder je nach Vereinbarung auf andere Weise gebildet werden.

14. Bereitstellung von Devisen

Der Schuldner hat die Maßnahmen zu treffen, die nach deutschem Recht erforderlich sind, um die Zahlungsmittel in ausländischer Währung zu beschaffen, die er zur Erfüllung aller Verpflichtungen aus dem neuen Vertrag benötigt.

many and Berlin (West), affecting the financial position of a debtor, it becomes impossible or impracticable for him to make an offer for a new contract on the terms specified in this Agreement, agreements between the debtor and his creditors making such adjustments as may be deemed necessary in the light of the particular circumstances shall not be precluded.

12. Security

Subject to other applicable provisions of law, the provisions of the existing contract for liens and collateral and any other type of security for the protection of creditors shall remain in force, but in so far as the security provided under the existing contract no longer corresponds in its nature or extent with the new principal amount of the debt or no longer corresponds with the circumstances prevailing at the time the new contract is entered into, the debtor may propose a change in the nature or extent of the security. The security proposed by the debtor shall, however, be fully adequate and must be acceptable to the creditor.

To the extent that the security has been impaired or substantially altered the debtor shall make such readjustments as are necessary to provide his creditors with at least the degree of protection originally afforded.

The creditor may demand, and his debtor shall provide, reasonable security or other protective provisions acceptable to the creditor.

13. Reserves and Sinking Funds

Because the amortisation payments are only to commence in 1958 and then at the relatively low rate of 1 per cent., and in 1963 increase to only 2 per cent., the debtor shall pursue a policy of assuring a sufficiently strong liquid financial position in order to meet his obligations at maturity. Therefore, additional provisions should be discussed between creditors and debtors which may provide for the establishment of reserves or sinking funds for the debts under which an annual amount, calculated either as a percentage of the net earnings prior to dividend payments or otherwise as may be agreed, shall be set aside.

14. Provision of Foreign Exchange

The debtor shall make the arrangements required under German law for the provision of the necessary foreign exchange to discharge all obligations under the new contract.

la perte d'éléments d'actif situés en Allemagne mais hors du territoire de la République Fédérale d'Allemagne ou de Berlin (Ouest)—il sera, matériellement ou pratiquement, impossible à ce débiteur de proposer un nouveau contrat selon les modalités prévues dans le présent Accord, rien n'empêchera le débiteur intéressé de conclure avec ses créanciers un accord comportant les ajustements qui pourraient être réputés nécessaires, compte tenu des circonstances particulières à son cas d'espèce.

12. Garanties

Sous réserve des dispositions législatives applicables, les dispositions des contrats existants relatives aux privilèges, garanties collatérales et sûretés d'autres types, constitués dans l'intérêt des créanciers, resteront en vigueur. Cependant, dans la mesure où la sûreté prévue dans le contrat existant ne correspondra plus par sa nature ou par sa valeur au nouveau montant en principal de la dette ou ne répondra plus à la situation existant lors de la conclusion du nouveau contrat, le débiteur pourra proposer d'en modifier la nature ou la valeur. La nouvelle sûreté proposée par le débiteur devra cependant être suffisante et acceptable par le créancier.

Dans la mesure où la sûreté aura été diminuée ou sensiblement modifiée, le débiteur devra effectuer les rajustements nécessaires pour donner à ses créanciers une protection au moins équivalente à celle dont ils bénéficiaient à l'origine.

Le créancier pourra exiger, et son débiteur devra fournir, des sûretés raisonnables, ou prévoir d'autres clauses de garantie acceptables pour le créancier.

13. Fonds de réserve et d'amortissement

Etant donné que l'amortissement ne commencera qu'en 1958 et seulement au taux relativement faible de 1 %, porté en 1964 à 2 % seulement, les débiteurs devront viser à s'assurer une situation financière suffisamment solide avec les liquidités suffisantes pour satisfaire à leurs obligations lors de l'expiration des emprunts. En conséquence, des dispositions supplémentaires devraient être négociées entre créanciers et débiteurs; elles pourront prévoir l'établissement de fonds de réserve ou d'amortissement alimentés par le versement d'une annuité calculée, soit sur la base d'un certain pourcentage du bénéfice net avant tout versement de dividendes, soit selon toutes autres modalités qui pourraient être convenues.

14. Fourniture de devises étrangères

Le débiteur prendra les mesures exigées par la loi allemande pour se procurer les devises étrangères nécessaires à l'exécution de la totalité de ses obligations au titre du nouveau contrat.

15. Verzug des Schuldners

Unbeschadet der in dem neuen Vertrag vorgesehenen Verzugsfolgen können die Gläubiger für die Dauer eines Verzuges Zinsen zu dem in dem bestehenden Vertrag vorgesehenen Satz beanspruchen.

16. Abweichende Bedingungen

Keine Bestimmung dieser Regelung soll einen Schuldner hindern, mit Zustimmung seiner Gläubiger Bedingungen zu erwirken, die für ihn günstiger sind als die Bestimmungen dieser Regelung.

17. Zugeständnisse zugunsten der Schuldner

Die Gläubiger sind der Auffassung, daß die Vorteile aus den Zugeständnissen, die sie im Rahmen dieser Regelung machen, den Schuldnern zugutekommen sollen.

15. Default of the Debtor

In the event of default, in addition to any penalties for default provided in the new contract, the creditor shall be entitled, for the period of the default, to receive interest at the rate provided in the existing contract.

16. Modification of Terms

Nothing in this Agreement shall prevent any debtor from obtaining, with the consent of his creditors, terms more favourable to the debtor than those specified in this Agreement.

17. Concessions for Benefit of Debtors

The creditors consider that the concessions made by them under this Agreement should accrue to the benefit of the debtors.

15. Défaut du débiteur

En cas de défaut du débiteur, indépendamment des sanctions prévues par le nouveau contrat, le créancier aura droit, pour la durée du défaut, à des intérêts calculés sur la base du taux prévu dans le contrat existant.

16. Modification des conditions de règlement

Aucune des dispositions du présent Accord n'interdit à un débiteur d'obtenir, avec le consentement de ses créanciers, des modalités de règlement plus favorables pour le débiteur que celles qui sont prévues dans le présent Accord.

17. Affectation au bénéfice des débiteurs des concessions faites par les créanciers

Les créanciers considèrent que le bénéfice des concessions consenties par eux dans le cadre du présent Accord doit profiter aux débiteurs.

Artikel VI

Verschiedene Bestimmungen über Schulden

1. Rückzahlung in deutscher Währung

Jeder Schuldner kann auf Verlangen seiner Gläubiger volle oder teilweise Rückzahlung einer Schuld in deutscher Währung vornehmen.

2. Wechsel des Gläubigers

Abgesehen vom Falle der Schuldverschreibungen kann der Gläubiger seine Forderung oder einen wesentlichen Teil davon einer anderen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West) ansässigen Person abtreten, vorausgesetzt, daß die Abtretung

(a) an eine im gleichen Währungsraum ansässige Person erfolgt,

(b) keine Veränderung der Bedingungen zur Folge hat, die für die Forderung maßgebend sind,

(c) nicht mittelbar oder unmittelbar zur Abdeckung der Forderung führt.

3. Wechsel des Schuldners

Die deutschen Devisenbehörden werden Anträge auf Übernahme einer bestehenden Schuld durch einen neuen deutschen Schuldner und auf die Ersetzung einer bestehenden Sicherheit durch eine neue wohlwollend prüfen.

Article VI

Miscellaneous Provisions affecting Debts

1. Repayment in German Currency

Any debtor may arrange at the request of any of his creditors for repayment of a debt or part thereof in German currency.

2. Change of Creditor

Apart from the case of bonds, the creditor may assign to some other person ordinarily resident outside the Federal Republic of Germany and Berlin (West) his claim or a substantial part thereof provided that the assignment

(a) is made to a resident in the same currency area,

(b) does not entail any modification of the conditions underlying the claim,

(c) does not result indirectly or directly in settlement of the claim.

3. Change of Debtor

The German Foreign Exchange Control Authorities will favourably consider applications for the taking over of an existing debt by a new German debtor, and for the replacement of existing pledged security by a new security.

Article VI

Dispositions diverses

1. Remboursement en monnaie allemande

Tout débiteur pourra, à la demande de l'un quelconque de ses créanciers, prendre les dispositions nécessaires pour rembourser en monnaie allemande tout ou partie d'une dette particulière.

2. Cession de créances

En sus du cas des obligations, le créancier pourra céder sa créance ou une fraction importante de celle-ci à une autre personne ayant sa résidence habituelle en dehors de la République Fédérale d'Allemagne ou de Berlin (Ouest), à condition que:

(a) le cessionnaire réside dans la même zone monétaire que le cédant;

(b) la cession n'ait pas pour effet de modifier les éléments caractéristiques de la créance;

(c) la cession ne serve ni directement ni indirectement au règlement de la créance.

3. Cession de dettes

Les Autorités allemandes de contrôle des changes examineront avec bienveillance toutes les demandes visant à la reprise d'une dette existante par un nouveau débiteur allemand et à la substitution d'une nouvelle sûreté à la sûreté ancienne.

Artikel VII

Verfahren für den Abschluß neuer Verträge

1. Die Bestimmungen und die technischen Einzelheiten der neuen zwischen Gläubigern und Schuldnern abzuschließenden Verträge sind in das Regelungsangebot des Schuldners einzubeziehen.

2. Alle vorgeschlagenen Abkommen, Verträge oder Urkunden unterliegen

Article VII

Procedure for Negotiation of New Contracts

1. The provisions of and the technical details relating to the new contracts to be entered into between creditors and their debtors shall be included in an offer of settlement to be made by the debtor.

2. All proposed agreements, contracts or indentures shall be subject

Article VII

Procédure de négociation des nouveaux contrats

1. Les dispositions des contrats particuliers à conclure entre les créanciers individuels et leurs débiteurs, et les détails techniques y afférents, devront être inclus dans l'offre de règlement faite par le débiteur allemand.

2. Toutes les propositions d'accords, contrats, actes ou avenants, devront

auf Wunsch der Gläubiger nach Form und Inhalt der Prüfung durch einen Rechtsberater der Gläubiger.

3. Jeder Schuldner hat bis zum 30. Juni 1953 oder innerhalb von sechs Monaten, nachdem er in der Bundesrepublik Deutschland oder Berlin (West) ansässig geworden ist, ein eingehendes Regelungsangebot auszuarbeiten und seinen Gläubigern vorzulegen. Der Gläubiger kann seinen Schuldner auffordern, mit ihm in Verhandlungen über die Einzelheiten des Angebotes einzutreten; der Schuldner hat dieser Aufforderung zu entsprechen.

4. Der Begriff „Gläubiger" im Sinne von Ziffer 2 und 3 dieses Artikels bedeutet bei Schuldverschreibungen die gemäß Artikel VIII ernannten Gläubigervertreter.

5. Bei Schuldverschreibungen können die Regelungsbedingungen den vorhandenen Schuldverschreibungen aufgedruckt oder es können im Austausch gegen vorhandene Schuldverschreibungen neue Schuldverschreibungen ausgegeben werden, und für Zinsrückstände können neue Schuldverschreibungen oder gegen Schuldverschreibungen austauschbare Teilscrips ausgegeben werden, je nachdem wie dies an den verschiedenen Märkten, auf denen die Schuldverschreibungen ursprünglich emittiert wurden, üblich und angebracht ist. Derartige mit Aufdruck versehene Schuldverschreibungen oder neue Schuldverschreibungen müssen der bestehenden Marktpraxis entsprechen. Der Schuldner hat auf eigene Kosten geeignete Kreditinstitute mit der Durchführung der Regelung zu beauftragen und hat allen Vorschriften von Regierungsbehörden und Wertpapiermärkten zu genügen, um die Marktfähigkeit zu gewährleisten.

to approval as to form and content by legal counsel for the creditors if they so desire.

3. Each debtor shall, prior to 30th June, 1953, or within six months of his taking up residence in the Federal Republic of Germany or in Berlin (West), prepare and submit to his creditor a detailed offer of settlement. The creditor may request his debtor to enter into negotiations with him regarding any aspect of the offer, and the debtor shall enter into such negotiations.

4. The term creditor, as used in paragraphs 2 and 3 of this Article, shall in the case of any bond issue mean the creditors' representative appointed pursuant to Article VIII.

5. In the case of bonded indebtedness, the terms of the settlement may be enfaced on existing bonds or new bonds may be issued in exchange for existing bonds, and new bonds or fractional scrip exchangeable for bonds may be issued for arrears of interest, depending upon the convenience and prevailing custom in the respective markets in which the bonds were issued. Enfaced bonds or new bonds shall conform to prevailing market practice. The debtor, at his own expense, shall employ suitable banking institutions for the purpose of carrying out the settlement and shall meet all requirements of governmental authorities and securities markets in order to ensure marketability.

être approuvés, quant à leur forme et leur contenu, par un conseiller juridique des créanciers, si ces derniers en expriment le désir.

3. Chaque débiteur devra, avant le 30 juin 1953, ou dans un délai de 6 mois à compter de la date à laquelle il aura fixé sa résidence dans la République Fédérale d'Allemagne ou à Berlin (Ouest), préparer et soumettre à son créancier une offre détaillée de règlement. Le créancier pourra demander à son débiteur, et le débiteur devra accepter, de négocier avec lui sur l'un quelconque des points particuliers de l'offre.

4. Le terme «créancier» utilisé dans les paragraphes 2 et 3 du présent article, devra, dans le cas des emprunts obligataires, s'entendre de tout représentant des créanciers désigné en application des dispositions de l'Article VIII du présent Accord.

5. Dans le cas des emprunts obligataires, selon les possibilités pratiques ou les usages des divers marchés sur lesquels les obligations avaient été émises, les modalités de règlement pourront être portées, par estampillage, sur les obligations existantes ou de nouvelles obligations pourront être remises en échange des titres en circulation; de leur côté les arriérés d'intérêt pourront faire l'objet de nouvelles obligations ou de scrips échangeables contre des obligations. Les obligations estampillées ou les nouvelles obligations se conformeront à l'usage habituel du marché. Les débiteurs chargeront, à leurs propres frais, les institutions bancaires appropriées de l'exécution du règlement. Ils devront de même satisfaire, à leurs frais, à toutes les conditions fixées par les autorités publiques et les bourses de valeurs afin d'assurer la négociabilité des obligations.

Artikel VIII

Vertretung der Gläubiger

Den Ausschüssen und Organisationen, deren Delegierte an der Konferenz über deutsche Auslandsschulden als Vertreter der von dieser Regelung betroffenen nationalen Gläubigergruppen teilgenommen haben (diese Ausschüsse und Organisationen werden im folgenden als „Gläubigerausschüsse" bezeichnet), obliegt es, diejenigen Personen oder Organisationen zu Gläubigervertretern zu ernennen, die erforderlich sind, um die Regelung zwischen den einzelnen Schuldnern und deren Gläubigern auf Grund dieser Bedingungen zu fördern und zustandezubringen; das Recht der Regierungen, die Ernennungen zu bestätigen, bleibt vorbehalten. Diese Ausschüsse und Organisationen können auch selbst in dieser Eigenschaft auftreten. In jedem Einzelfall ist nur ein Vertreter oder eine Vertreterorganisation zu ernennen; wenn es jedoch die Gläubigerausschüsse für erforderlich halten, um die Rechte der Inhaber der verschiedenen Emissionen von Schuldverschreibungen eines Einzelschuldners

Article VIII

Creditor Representation

The Committees and organisations whose delegates participated in the Conference on German External Debts as representatives of the various national groups of creditors affected by this Agreement (such Committees and organisations being hereinafter referred to as "Creditor Committees") shall, subject to the right of approval of their respective Governments, appoint as creditors' representatives such persons or organisations as may be required to forward and bring about settlements between particular debtors and their creditors pursuant to this Agreement, or may themselves act in such capacity. Not more than one representative or representative organisation shall be appointed in any particular case, except that, where deemed necessary by the Creditor Committees in order to protect fully the rights of the holders of different issues of bonds of a particular debtor, there may be appointed not more than one representative or representative organisation for each such issue. The

Article VIII

Représentation des créanciers

Les Comités ou les organisations dont les délégués ont participé à la Conférence des Dettes Extérieures allemandes en qualité de représentants des divers groupes nationaux de créanciers intéressés au présent Accord (ces Comités et organisations seront désignés ci-après par l'expression «Comités de Créanciers») désigneront, en qualité de représentants des créanciers, sous réserve du droit à approbation de leurs Gouvernements respectifs, les personnes ou les organisations selon ce qui pourra être nécessaire pour faciliter l'élaboration des règlements particuliers entre débiteurs et créanciers individuels dans le cadre du présent Accord. Ils pourront, eux-mêmes, agir en cette qualité. Il ne pourra être désigné plus d'un représentant ou d'une organisation représentative dans chaque cas particulier, sauf que, lorsque les Comités de créanciers l'estimeront nécessaire à la pleine protection des droits des porteurs des différentes tranches d'un emprunt émis par un débiteur particulier, un

in vollem Umfange zu schützen, so können für jede einzelne Emission jeweils ein Vertreter oder eine Vertreterorganisation ernannt werden. Der deutsche Schuldner ist berechtigt, von den Gläubigerausschüssen die Ernennung von Vertretern zu verlangen. Die Beteiligung an der Schuldenkonferenz schließt nicht aus, daß eine Person in irgendeiner Eigenschaft an Verhandlungen auf Grund dieser Regelung teilnimmt.

German debtor is entitled to request the Creditor Committees to appoint representatives. Participation in the Debt Conference shall not bar any person from serving in any capacity in any negotiations entered into pursuant to this Agreement.

représentant ou une organisation représentative, au maximum, pourra être désigné pour chaque tranche. Le débiteur allemand est en droit de demander aux Comités de créanciers de désigner ces représentants. Le fait d'avoir participé à la Conférence des dettes ne saurait empêcher quiconque de participer, en quelque qualité que ce soit, à toute négociation entreprise par application du présent Accord.

Artikel IX

Schieds- und Vermittlungsausschuß

1. Zuständigkeit

Zur Förderung des Abschlusses von Regelungen zwischen Einzelschuldnern und deren Gläubigern ist ein Schieds- und Vermittlungsausschuß zu bilden. Dieser Ausschuß hat die Aufgabe, zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern zu vermitteln und zu schlichten, falls sie sich über die Bedingungen des Regelungsangebots nicht einigen können. Jede Partei hat das Recht, Streitfragen vor den Ausschuß zu bringen.

Die Entscheidung des Ausschusses ist für beide Parteien bindend. Der Schuldner ist verpflichtet, seinen Gläubigern die in einer derartigen Entscheidung festgelegten Bedingungen anzubieten. Der Gläubiger ist verpflichtet, diese Bedingungen anzunehmen(1); bei Schuldverschreibungen, bei denen die Inhaber nach den Bestimmungen des Artikels VIII dieser Regelung vertreten sind, haben die Gläubigervertreter den Inhabern der Schuldverschreibungen die Annahme des Angebots zu empfehlen.

Ist nach Artikel VIII ein Gläubigervertreter ernannt worden, so werden die Rechte der Gläubiger gemäß Artikel IX von diesem Vertreter ausgeübt.

2. Zusammensetzung

Der Ausschuß setzt sich aus vier Vertretern der Gläubiger und vier Vertretern der Schuldner zusammen. Er kann auf Verlangen einer Mehrheit seiner Mitglieder für den Einzelfall ein weiteres Mitglied wählen. Der Vorsitzende des Ausschusses ist aus den Gläubigermitgliedern zu wählen. Zunächst führt das amerikanische Mitglied den Vorsitz. Für jedes Mitglied kann ein Stellvertreter ernannt werden. Jedes Mitglied des Ausschusses einschließlich des Vorsitzenden hat eine Stimme.

3. Ernennung von Mitgliedern

Die Ausschußmitglieder werden in folgender Weise ernannt:

(a) Die Gläubigermitglieder werden von Organisationen ernannt, die von den jeweiligen Gläubigerausschüssen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs, der Schweiz und der Niederlande bezeichnet werden. Sind in einem

(1) Hierzu siehe Unteranlage.

Article IX

Arbitration and Mediation Committee

1. Jurisdiction

In order to forward the settlements between individual debtors and their creditors, an Arbitration and Mediation Committee shall be established. The duty of this Committee shall be to mediate and arbitrate between the debtor and his creditors in the event that they are not able to agree between themselves as to the terms of the offer of settlement to be made. Either party shall have the right to refer a disputed point to the Committee.

The decision of the Committee shall be binding on both parties. The debtor shall be obliged to offer to his creditors the terms set forth in such decision. The creditor shall be obliged to accept such terms(1), or, in the case of a bond issue where the bondholders are represented pursuant to the provisions of Article VIII of this Agreement, the creditors' representative shall be obliged to recommend acceptance of the offer by the bondholders.

Where a creditors' representative has been appointed pursuant to such Article VIII, the rights of the creditors under this Article shall be exercised by such representative.

2. Composition

The Committee shall be composed of four members appointed by the creditors and four members appointed by the debtors. The Committee may elect a further member for any particular case upon request of a majority of its members. The chairman of the Committee shall be elected from among the creditor members. The first Chairman shall be the United States member. For each member an alternate may be designated. Each member of the Committee including the Chairman shall have one vote.

3. Appointment of Members

The members of the Committee shall be appointed as follows:—

(a) The creditor members shall be appointed by organisations designated by the respective Creditor Committees of the United States, United Kingdom, Switzerland and the Netherlands. At the request of the Creditor Committee of a coun-

(1) See Sub-Annex.

Article IX

Comité d'arbitrage et de médiation

1. Compétence

Un Comité d'arbitrage et de médiation sera établi en vue de faciliter l'intervention des règlements entre les débiteurs individuels et leurs créanciers. Ce Comité agira comme médiateur et arbitre entre le débiteur et ses créanciers lorsqu'ils n'auront pu se mettre d'accord entre eux sur les modalités de l'offre de règlement qui doit être faite. Chacune des deux parties est en droit de porter une question en litige devant le Comité.

La décision du Comité sera obligatoire pour les deux parties. Le débiteur sera tenu d'offrir à ses créanciers les modalités de règlement exposées dans cette décision. Le créancier sera tenu de les accepter (1) ou, dans le cas d'un emprunt obligataire pour le règlement duquel les porteurs sont représentés conformément aux dispositions de l'Article VIII du présent Accord, le représentant des créanciers sera tenu d'en recommander l'acceptation aux porteurs.

Lorsqu'un représentant des créanciers aura été désigné par application de l'Article VIII du présent Accord, les droits des créanciers au titre du présent Article seront exercés par ledit représentant.

2. Composition

Le Comité se composera de quatre membres nommés par les créanciers et de quatre membres nommés par les débiteurs. Le Comité pourra, à la demande de la majorité de ses membres, élire un membre supplémentaire pour l'examen d'une affaire déterminée. Le Président du Comité sera élu parmi les représentants des créanciers. Le premier Président en exercice sera le représentant américain. Un suppléant pourra être désigné pour chaque membre. Chaque membre du Comité, y compris le Président, disposera d'une voix.

3. Désignation des membres

Les membres du Comité seront désignés comme suit:

(a) Les représentants des créanciers seront nommés par des organisations désignées par les Comités de Créanciers des Etats-Unis, du Royaume-Uni, de la Suisse et des Pays-Bas. Lorsque les créanciers d'un pays particulier seront spé-

(1) Voir Annexe II A.

Einzelfall die Gläubiger aus einem anderen Land besonders betroffen, so soll auf Verlangen des Gläubigerausschusses dieses Landes ein von ihm ernanntes Mitglied vertretungsweise die Stelle eines der ordentlichen Mitglieder des Ausschusses einnehmen.

(b) Die Schuldnermitglieder werden von dem Leiter der deutschen Delegation für Auslandsschulden ernannt.

4. Verfahren

Der Ausschuß kann für den Einzelfall Unterausschüsse einsetzen und zeitweilige Mitglieder für diese Unterausschüsse ernennen.

Die Art und Weise, in der Streitfälle dem Ausschuß unterbreitet und Termine anberaumt werden, ferner Zeit und Ort der Verhandlungen sowie alle anderen Fragen der Geschäftsordnung oder Geschäftsführung des Ausschusses oder seiner Unterausschüsse regelt der Ausschuß selbst.

5. Kosten

Den Mitgliedern des Ausschusses und den zeitweiligen Mitgliedern werden alle bei der Erfüllung ihrer Obliegenheiten entstandenen Reise- und persönlichen Auslagen erstattet. Darüber hinaus erhalten sie ein von dem Ausschuß festzusetzendes Honorar für die hierbei aufgewendete Zeit.

Alle dem Ausschuß oder seinen Mitgliedern oder den zeitweiligen Mitgliedern in einem Streitfall entstandenen Auslagen und Kosten werden von dem betreffenden deutschen Schuldner getragen. Stellt jedoch der Ausschuß oder der zuständige Unterausschuß fest, daß ein Gläubiger ihn nicht in gutem Glauben oder leichtfertig angerufen hat, so sind die Kosten und Auslagen von diesem Gläubiger in der von dem Ausschuß oder Unterausschuß festgesetzten Höhe zu tragen.

Alle anderen Unkosten des Ausschusses und seiner Mitglieder, einschließlich der Entschädigung für Mitglieder, die in Ausschußangelegenheiten tätig werden, sind von den Schuldnern durch Umlage oder auf andere Weise zu erstatten.

try whose creditors are specially concerned in a particular case, a member appointed by the Creditor Committee in that country shall replace one of these members as his alternate.

(b) The debtor members shall be appointed by the Head of the German Delegation for External Debts.

4. Procedure

The Committee may set up sub-committees for any particular case and may appoint temporary members to sit on such sub-committees.

The manner of submitting disputes, the times and places of hearing, the manner of giving notice of hearings, and all other matters relating to the procedure or administration of the Committee or its sub-committees shall be determined by the Committee.

5. Costs

Members of the Committee and temporary members shall be reimbursed for all travel and out-of-pocket expenses incurred in connection with the performance of their duties and shall receive in addition remuneration to be established by the Committee for all time spent in connection with the performance of their duties.

All expenses and costs incurred by the Committee or its members or temporary members in a given dispute shall be borne by the particular German debtor involved. In any case, however, where the Committee or the appropriate sub-committee determines that resort to the Committee has not been made in good faith by a creditor or that the appeal is frivolous the costs and expenses shall be borne by such creditor to the extent directed by the Committee or sub-committee.

All other expenses of the Committee and its members, including compensation to the members when engaged in Committee affairs, shall be refunded by the debtors by assessment or otherwise.

cialement intéressés à une affaire déterminée, un membre nommé par le Comité de Créanciers de ce pays remplacera, si ce Comité en fait la demande, un des membres du Comité d'Arbitrage en qualité de suppléant.

(b) Les représentants des débiteurs seront nommés par le Chef de la Délégation allemande pour les Dettes extérieures.

4. Procédure

Le Comité pourra établir les sous-Comités qui lui paraîtraient nécessaires pour l'examen d'un cas particulier et désigner des membres temporaires pour faire partie de ces sous-Comités.

La procédure à suivre dans la présentation des litiges, les lieux et dates des audiences, la forme de la notification des audiences et toutes autres questions se rapportant au fonctionnement du Comité ou de ses sous-Comités seront fixés par le Comité.

5. Frais

Les membres du Comité, y compris les membres temporaires, seront remboursés de tous frais de voyage et autres frais qu'ils auront exposés dans l'accomplissement de leur mission; ils recevront en outre, pour le temps passé dans l'exercice de leurs fonctions, des honoraires dont le montant sera établi par le Comité.

Toutes les dépenses et les frais exposés par le Comité ou ses membres, y compris les membres temporaires, à l'occasion d'un litige particulier, seront à la charge du débiteur allemand partie à ce litige. Dans tous les cas cependant, lorsque le Comité ou le Sous-Comité approprié reconnaîtra que le recours au Comité n'a pas été fait de bonne foi par un créancier, ou qu'il y a fol appel, les frais et dépenses devront être supportés par ce créancier, dans la mesure fixée par le Comité ou le Sous-Comité.

Toutes les autres dépenses du Comité et de ses membres, y compris l'indemnisation de ces derniers pour le temps qu'ils consacrent aux travaux du Comité, seront remboursées par les débiteurs, soit par répartition, soit autrement.

Artikel X

Auslagen der Gläubiger, Gläubigervertreter und anderer Personen

1. Die unter diese Regelung fallenden Schuldner haben alle einem Gläubigerausschuß im Zusammenhang mit der Schuldenkonferenz oder bei der allgemeinen Durchführung dieser Regelung entstehenden Auslagen zu zahlen.

2. Auslagen, die den Gläubigern durch Verhandlungen zwischen einem Schuldner und seinen Gläubigern nach Artikel VII dieser Regelung entstanden sind, sind von dem betreffenden Schuldner zu erstatten. Diese Auslagen

Article X

Expenses of Creditors, Creditor Representatives and Others

1. The debtors affected by this Agreement shall pay all expenses incurred in connection with the Debt Conference or in the general execution of this Agreement by any Creditor Committee.

2. Expenses incurred by the creditors in connection with negotiations between a debtor and his creditors pursuant to Article VII of this Agreement shall be borne by the debtor involved. Such expenses and compensation shall

Article X

Dépenses des Créanciers, représentants de Créanciers et autres personnalités

1. Les débiteurs visés par le présent Accord rembourseront toutes les dépenses exposées, à l'occasion de la Conférence des Dettes ou de l'exécution du présent Accord, par chaque Comité de Créanciers.

2. Les dépenses exposées par les créanciers à l'occasion de négociations entreprises entre un débiteur et ses créanciers, conformément aux dispositions de l'Article VII du présent Accord, seront à la charge du débiteur en

und Entschädigungen sind bei nichtverbrieften Schulden an die Gläubiger und bei verbrieften Schulden an die nach Artikel VIII dieser Regelung ernannten Gläubigervertreter zu zahlen.

3. Der Begriff „Auslagen" im Sinne von Ziffer 1 und 2 dieses Artikels schließt eine angemessene Entschädigung für Dienstleistungen ein. Über die Angemessenheit entscheidet bei Meinungsverschiedenheiten der Schieds- und Vermittlungsausschuß.

4. Die in diesem Artikel vorgesehene Kostenregelung schließt nicht aus, daß die Gläubigervertreter zusätzliche Kosten von den Inhabern der Schuldverschreibungen oder von den Gläubigern erheben können.

be paid, in the case of non-bonded debt, to the creditors and, in the case of bonded debt, to the creditors' representatives appointed pursuant to Article VIII of this Agreement.

3. The term expenses, as used in paragraphs 1 and 2 of this Article, includes reasonable compensation for services. Any dispute as to the reasonableness of expenses payable under this Article may be referred to the Arbitration and Mediation Committee.

4. Payments provided for in this Article shall not stand in the way of or bar any creditors' representative from making and collecting additional charges from the bondholders or creditors.

cause. Ces dépenses seront remboursées, dans le cas des dettes non obligataires, aux créanciers, et, dans le cas des dettes obligataires, aux représentants des créanciers désignés conformément aux dispositions de l'Article VIII du présent Accord.

3. Le terme «dépenses» utilisé aux paragraphes 1 et 2 du présent Article comprend également le versement d'honoraires raisonnables pour les services rendus. Tout litige quant au caractère raisonnable des dépenses remboursables par application du présent Article pourra être porté devant le comité d'arbitrage et de médiation.

4. Les versements prévus par le présent Article n'interdisent pas aux représentants des créanciers d'exposer et de poursuivre le remboursement de frais additionnels auprès des porteurs d'obligations ou des créanciers.

Artikel XI

Inkrafttreten

Vor dem Inkrafttreten des geplanten Regierungsabkommens über deutsche Auslandsschulden dürfen keine Zahlungen gemäß den Bedingungen einer auf Grund dieser Empfehlungen angebotenen Regelung geleistet werden. Die Schuldner haben jedoch ihren Gläubigern unverzüglich Regelungsbedingungen gemäß den Bestimmungen des Artikels VII dieser Regelung vorzulegen, die erforderlichen Verhandlungen zu führen und auch sonst alle Maßnahmen zu treffen, um die Ausarbeitung der in diesen Empfehlungen vorgesehenen neuen Angebote zu fördern.

Article XI

Entry into Force

No payments may be made, under the terms of any settlement offer made pursuant to this Agreement, prior to the date of entry into force of the contemplated Intergovernmental Agreement on German External Debts. Nevertheless, the debtors shall proceed expeditiously to prepare and present offers of settlement to their creditors in accordance with the provisions of Article VII of this Agreement, to conduct such negotiations as may be necessary, and otherwise to take all steps to forward the preparation of the new offers contemplated hereunder.

Article XI

Entrée en vigueur

Aucun versement ne pourra être effectué, en exécution des conditions d'une offre de règlement formulée en application du présent Accord, avant la date de l'entrée en vigueur de l'Accord Intergouvernemental sur les Dettes extérieures allemandes envisagé. Les débiteurs devront cependant au plus tôt préparer les offres de règlement, les présenter à leurs créanciers conformément aux dispositions de l'Article VII du présent Accord, procéder aux négociations qui pourraient être nécessaires et, d'une façon générale, prendre les dispositions appropriées pour hâter la préparation des offres nouvelles envisagées dans le présent Accord.

UNTERANLAGE ZU ANLAGE II

Auslegung des zweiten Absatzes von Ziffer 1 des Artikels IX Anhang 4 (1) des Schlußberichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

An den Dreimächteausschuß
für deutsche Schulden,

29, Chesham Place
London, S.W.1

London, den 12. November 1952

Sehr geehrte Herren,

Wir sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich über den Sinn des zweiten Absatzes von Ziffer 1 des Artikels IX Anhang 4 des Schlußberichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden Mißverständnisse ergeben haben. Dieser Absatz lautet wie folgt:

„. . . .

Die Entscheidung des Ausschusses ist für beide Parteien bindend. Der Schuldner ist verpflichtet, seinen Gläubigern die in einer derartigen

(1) Anlage II des Abkommens.

SUB-ANNEX TO ANNEX II

Interpretation of the Second Paragraph of Section 1 of Article IX of Annex II

The Tripartite Commission
on German Debts,

29 Chesham Place, S. W. 1.

London 12th November, 1952.

Gentlemen,

Our attention has been drawn to a misunderstanding which has arisen as to the meaning of the second paragraph of Section 1 of Article IX of Appendix 4 to the Report of the Conference on German External Debts. This paragraph reads:—

"....

The decision of the Committee shall be binding on both parties. The debtor shall be obliged to offer to his creditors the terms set forth in such

ANNEXE II A

Interprétation du second paragraphe de l'Article IX, section 1, de l'Annexe II

A la Commission Tripartite
des Dettes Allemandes,

29, Chesham Place, Londres, S.W. 1.

Londres 12 novembre 1952

Messieurs,

Notre attention a été appelée sur un malentendu qui s'est élevé quant au sens du 2ème alinéa du paragraphe 1 de l'Article IX de l'Annexe 4 du Rapport de la Conférence des Dettes extérieures allemandes. Cet alinéa est rédigé comme suit:

«. . . .

La décision du Comité sera obligatoire pour les deux parties. Le débiteur sera tenu d'offrir à ses créanciers les modalités de règle-

Entscheidung festgelegten Bedingungen anzubieten. Der Gläubiger ist verpflichtet, *diese Bedingungen anzunehmen;* bei Schuldverschreibungen, bei denen die Inhaber nach den Bestimmungen des Artikels VIII dieser Regelung vertreten sind, haben die Gläubigervertreter den Inhabern der Schuldverschreibungen die Annahme des Angebots zu empfehlen.

. . . ."

Die Wörter in Kursivschrift „diese Bedingungen anzunehmen" haben zu Mißverständnissen geführt. Die richtige Auslegung würde sich ergeben, wenn anstelle der genannten Wörter eingesetzt würde „diese Bedingungen als mit den Bestimmungen dieses Abkommens in Einklang stehend anzuerkennen".

Wir wären dem Dreimächteausschuß zu Dank verpflichtet, wenn er davon Kenntnis nähme, daß der oben zitierte zweite Absatz der Ziffer 1 des Artikels IX Anhang 4 richtigerweise so zu verstehen ist, als wäre er in der geänderten Form abgefaßt, d. h. als wenn er lautete:

„Die Entscheidung des Ausschusses ist für beide Parteien bindend. Der Schuldner ist verpflichtet, seinen Gläubigern die in einer derartigen Entscheidung festgelegten Bedingungen anzubieten. Der Gläubiger ist verpflichtet, *diese Bedingungen als mit den Bestimmungen dieses Abkommens in Einklang stehend anzuerkennen;* bei Schuldverschreibungen, bei denen die Inhaber nach den Bestimmungen des Artikels VIII dieser Regelung vertreten sind, haben die Gläubigervertreter den Inhabern der Schuldverschreibungen die Annahme des Angebots zu empfehlen."

Mit vorzüglicher Hochachtung

gez. N. Leggett

Vorsitzender des Verhandlungsausschusses B der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

gez. Hermann J. Abs

Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden

decision. The creditor shall be obliged to *accept such terms,* or, in the case of a bond issue where the bondholders are represented pursuant to the provisions of Article VIII of this Agreement, the creditors' representative shall be obliged to recommend acceptance of the offer by the bondholders.

. . . ."

The words in italics, "accept such terms," have given rise to the misunderstanding. The proper interpretation would be clear if they were replaced by the words: "recognise such terms as being in accordance with the provisions of this Agreement."

We shall be grateful if the Tripartite Commission will take note that the above-quoted second paragraph of Section 1 of Article IX of Appendix 4 properly has the sense it would have if it were expressed in this changed wording, *i. e.,* if it read:—

"The decision of the Committee shall be binding on both parties. The Debtor shall be obliged to offer to his creditors the terms set forth in such decision, and the creditor shall be obliged to *recognise such terms as being in accordance with the provisions of this Agreement,* or, in the case of a bond issue where the bondholders are represented pursuant to the provisions of Article VIII of this Agreement, the creditors' representative shall be obliged to recommend acceptance of the offer by the bondholders."

Yours faithfully,

signed: N. Leggett

Chairman of Negotiating Committee B at the Conference on German External Debts

signed: Hermann J. Abs

Head of the German Delegation for External Debts

ment exposées dans cette décision. Le créancier sera tenu *de les accepter* ou, dans le cas d'un emprunt obligataire pour le règlement duquel les porteurs sont représentés conformément aux dispositions de l'Article VIII du présent Accord, le représentant des créanciers sera tenu d'en recommander l'acceptation au porteur.

. . . ."

Ce sont les mots en italique («de les accepter») qui ont donné lieu au malentendu. Pour en préciser l'interprétation correcte il conviendrait de remplacer ces termes par les suivants: «de reconnaître que ces modalités sont en accord avec les dispositions du présent Accord.»

Nous serions reconnaissants à la Commission Tripartite de bien vouloir noter que le sens qu'il convient d'attacher au 2ème alinéa du paragraphe 1 de l'Article IX de l'Annexe 4 est celui qui ressortirait de la rédaction suivante:

«La décision du Comité sera obligatoire pour les deux parties. Le débiteur sera tenu d'offrir à ses créanciers les modalités de règlement exposées dans cette décision. Le créancier *sera tenu de reconnaître que ces modalités sont en accord avec les dispositions du présent Accord* ou, dans le cas d'un emprunt obligataire pour le règlement duquel les porteurs sont représentés conformément aux dispositions de l'Article VIII du présent Accord, le représentant des créanciers sera tenu d'en recommander l'acceptation au porteur.»

Veuillez agréer, etc.

signé: N. Leggett

Président du Comité de Négociation B de la Conférence des dettes extérieures allemandes

signé: Hermann J. Abs

Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures

ANLAGE III

[Anmerkung: Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang 5 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden; es sind lediglich solche Änderungen vorgenommen worden, die zur Erreichung einer übereinstimmenden Fassung in den drei Sprachen erforderlich waren. Zusätzliche Absprachen, die im Zusammenhang mit dieser Anlage nach Beendigung der Konferenz von den beteiligten Parteien getroffen wurden, erscheinen als Unteranlage.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung der Stillhalteschulden: Das Deutsche Kreditabkommen von 1952

Abkommen zwischen einem für Bankinstitute, Handels- und Industriefirmen in der Bun-

ANNEX III

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix 5 to the Report of the Conference on German External Debts with such changes as were required to achieve uniformity in the three languages. Supplementary understandings reached by the parties with respect to this Annex after the close of the Conference are attached hereto as a Sub-Annex.]

Agreed Recommendations for the Settlement of Standstill Debts:— The German Credit Agreement of 1952

Agreement made between a Committee representative of Banking, Commercial and Industrial

ANNEXE III

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 5 au Rapport de la Conférence des dettes extérieures allemandes. Les accords supplémentaires conclus entre les parties, au titre de la présente Annexe, après la clôture de la Conférence font l'objet de la sous-annexe III A.]

Recommandations agréées pour le Règlement des Dettes de Standstill: Accord de Crédit Allemand de 1952

Le présent Accord est conclu entre un Comité représentatif des Entreprises Bancaires, Commercia-

desrepublik Deutschland und Berlin (West) auftretenden Ausschuss

(im folgenden der „Deutsche Ausschuß" genannt; wobei dieser Begriff jedes Institut bzw. jede Organisation umfaßt, die irgendeine seiner mit diesem Abkommen im Zusammenhang stehenden Aufgaben übernimmt),

der Bank deutscher Länder (dieser Ausdruck umfaßt jedes Institut bzw. jede Organisation, die irgendeine ihrer mit diesem Abkommen im Zusammenhang stehenden Aufgaben übernimmt)

und denjenigen der nachfolgend aufgeführten Ausschüsse (im folgenden zusammenfassend als „die Ausländischen Bankenausschüsse" bezeichnet), die das Abkommen unterzeichnen,

nämlich Ausschüsse, die Bankfirmen mit Geschäftstätigkeit in folgenden Ländern vertreten: Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich und Schweiz.

Concerns in the Federal Republic of Germany and the Western Sectors of Berlin

(hereinafter referred to as "the German Committee" which expression shall include any institution or body succeeding to any of its functions relevant to this Agreement),

the Bank deutscher Länder (which shall include any institution or body succeeding to any of its functions relevant to this Agreement)

and such of the following Committees (hereinafter collectively referred to as "the Foreign Bankers' Committees") as become signatories hereto,

namely Committees representative of Banking Institutions carrying on business in the United States of America, the United Kingdom and Switzerland respectively,

les et Industrielles situées sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne et dans les Secteurs Occidentaux de Berlin

(ce Comité est désigné ci-après sous le nom de «Comité allemand». Cette expression devra s'entendre de toute institution ou organisme qui pourrait succéder audit Comité dans l'exercice de l'une quelconque des fonctions qui lui incombent dans le cadre du présent Accord),

la Bank deutscher Länder (cette expression devra s'entendre de toute institution ou organisme qui pourrait succéder à la Bank Deutscher Laender dans l'une quelconque des fonctions qui lui incombent dans le cadre du présent Accord),

et ceux des Comités suivants (désignés collectivement ci-après par l'expression «Les Comités bancaires étrangers») qui deviendront partie audit Accord,

c'est-à-dire les Comités représentatifs des Entreprises Bancaires exerçant leur activité aux Etats-Unis d'Amérique, dans le Royaume-Uni et en Suisse, respectivement.

1. Ausländische Bankgläubiger haben ein Abkommen über die Aufrechterhaltung von an Deutschland gegebenen kurzfristigen Bankkrediten geschlossen, das am 17. September 1931 in Kraft getreten ist. Hiermit haben die ausländischen Bankgläubiger dem Appell der im Juli 1931 in London tagenden Siebenmächte-Konferenz entsprochen, daß „die ausländischen Bankgläubiger Deutschlands gemeinsame Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Volumens der an Deutschland gegebenen Kredite treffen sollten." Sie haben hierbei im Vertrauen auf die Erklärung jener Konferenz gehandelt, daß die beteiligten Regierungen „bereit seien, an der Wiederherstellung des Vertrauens, soweit es in ihren Kräften liegt, mitzuwirken, um die finanzielle Stabilität Deutschlands, die für die Interessen der ganzen Welt wesentlich ist, aufrechtzuerhalten."

WHEREAS:—

(1) An Agreement for the maintenance of short-term banking credits to Germany which came into force on the 17th September, 1931, was entered into by foreign banking creditors in response to the request of the Seven-Power Conference, which met in London in July 1931, that "the foreign banking creditors of Germany should take concerted measures with a view to maintaining the volume of credits they had already extended to Germany" and in reliance on the declaration by that Conference that "in order to ensure the maintenance of the financial stability of Germany, which is essential in the interests of the whole world," the Governments concerned "were ready to co-operate, so far as lies within their power, to restore confidence."

CONSIDÉRANT:

(1) qu'un Accord pour le maintien des crédits bancaires à court terme accordés à l'Allemagne, entré en vigueur le 17 septembre 1931, a été conclu par les créanciers bancaires étrangers en réponse à la demande de la Conférence des Sept Puissances réunie à Londres en juillet 1931 engageant «les créanciers bancaires étrangers de l'Allemagne à prendre des mesures concertées en vue de maintenir le volume des crédits déjà accordés par eux à l'Allemagne» et sur la base de la déclaration de ladite Conférence selon laquelle «pour assurer le maintien de la stabilité financière de l'Allemagne, essentiel aux intérêts du monde entier», les Gouvernements intéressés «étaient disposés à coopérer, dans la mesure de leurs moyens au rétablissement de la confiance»;

2. Die Aufrechterhaltung dieser kurzfristigen Bankkredite ist durch eine Reihe von Jahresabkommen fortgesetzt worden, von denen das letzte (im folgenden „das 1939-Abkommen" genannt) mit dem 31. Mai 1940 ablaufen sollte, jedoch infolge des Ausbruchs der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich und dessen Alliierten am 4. September 1939 durch eine namens der Ausschüsse der Bankgläubiger in den Vereinigten Staaten und England im Einklang mit den Bedingungen jenes Abkommens ausgesprochene Kündigung beendet wurde.

(2) Maintenance of such short-term banking credits was continued by successive annual Agreements, the latest of which (hereinafter referred to as "the 1939 Agreement") was due to expire on 31st May, 1940, but, in consequence of the outbreak of hostilities between Germany and the United Kingdom and its Allies, was terminated on 4th September, 1939, by notice given on behalf of the Committees representative of the banking creditors in the U.S.A. and England in accordance with the conditions of that Agreement.

(2) que ces crédits bancaires à court terme ont été maintenus par une série d'Accords annuels successifs dont le dernier en date (désigné ci-après par l'expression «Accord de 1939») devait venir à expiration le 31 mai 1940, mais a été, en raison de l'ouverture des hostilités entre l'Allemagne d'une part et le Royaume-Uni et ses alliés d'autre part, dénoncé le 4 septembre 1939, par notification adressée au nom des Comités représentant les créanciers bancaires résidant aux Etats-Unis et en Angleterre, conformément aux dispositions dudit Accord;

3. Nach der Beendigung des 1939-Abkommens wurden zwischen dem amerikanischen Gläubigerausschuß und den entsprechenden deutschen Par-

(3) Following the termination of the 1939 Agreement certain Agreements were entered into between the American Creditors' Committee and the

(3) qu'à la suite de la dénonciation de l'Accord de 1939, certains accords ont été conclus en 1939 et en 1940 entre le Comité des Créanciers Améri-

teien in den Jahren 1939 und 1940 Abkommen zur weiteren Aufrechterhaltung (mit gewissen Einschränkungen und Änderungen) derjenigen kurzfristigen Bankkredite, die von den ausländischen Bankgläubigern in den Vereinigten Staaten gewährt worden waren, abgeschlossen; das zweite dieser Abkommen lief am 31. Mai 1941 ab.

appropriate German parties in 1939 and 1940 for the continued maintenance (with certain restrictions and modifications) of such of the said short-term banking credits as had been granted by the foreign banking creditors in the U.S.A., the second of which Agreements expired on 31st May, 1941.

cains et les parties allemandes intéressées en vue du maintien (avec certaines restrictions et modifications) de ceux des crédits bancaires à court terme qui avaient été accordés par les créanciers bancaires étrangers résidant aux Etats-Unis; le second de ces accords étant arrivé à expiration le 31 mai 1941;

4. Nach der Beendigung des 1939-Abkommens wurden zwischen dem schweizerischen Gläubigerausschuß und den entsprechenden deutschen Parteien andere Abkommen zur weiteren Aufrechterhaltung (mit gewissen Einschränkungen und Änderungen) derjenigen kurzfristigen Bankkredite, die von ausländischen Bankgläubigern in der Schweiz gewährt worden waren, abgeschlossen; jedoch sind alle diese Abkommen inzwischen abgelaufen.

(4) Following the termination of the 1939 Agreement certain other Agreements were entered into between the Swiss Creditors' Committee and the appropriate German parties for the continued maintenance (with certain restrictions and modifications) of such of the said short-term banking credits as had been granted by foreign banking creditors in Switzerland but all such Agreements have since expired.

(4) qu'à la suite de la dénonciation de l'Accord de 1939, certains autres accords ont été conclus entre le Comité des créanciers suisses et les parties allemandes intéressées en vue du maintien (avec certaines restrictions et modifications) de ceux des crédits bancaires à court terme qui avaient été accordés par des créanciers bancaires étrangers résidant en Suisse; tous ces Accords étant, depuis lors, arrivés à expiration;

5. Gemäß den Bedingungen des letzten der darauf anwendbaren früheren Abkommen verfiel die gesamte sich auf Grund der genannten kurzfristigen Bankkredite an Deutschland ergebende Verschuldung bei Ablauf des betreffenden Abkommens mit den darin festgelegten Wirkungen, und diese ganze Verschuldung (einschließlich der Verschuldung, die sich aus Krediten ergab, die als Ersatz für zuvor unter eines oder mehrere der früheren Abkommen fallende Kredite gewährt waren) wurde fällig und durch die betreffenden Schuldner (nebst den angefallenen und noch anfallenden Zinsen und sonstigen Gebühren) in der entsprechenden ausländischen Währung zahlbar; die Verschuldung ist fällig und zahlbar geblieben, soweit sie nicht inzwischen durch Zahlung oder sonstige Befriedigung in ausländischer oder deutscher Währung getilgt oder vermindert worden ist. Bisher sind keine Vorkehrungen getroffen worden, die eine Erfüllung des Restes dieser Verschuldung in der jeweils geschuldeten Währung ermöglichen.

(5) In accordance with the conditions of the latest of the previous Agreements applicable thereto, all indebtedness arising under the said short-term banking credits to Germany matured on the expiration of the respective Agreement with the effects stipulated therein and all such indebtedness (including indebtedness arising under certain credits which were granted in substitution for short-term credits formerly governed by one or more of the previous Agreements) then became due and payable by the respective debtors (together with interest and other charges accrued and accruing thereon) in the relative foreign currencies and is still so due and payable except to the extent that the said indebtedness has meanwhile been discharged or reduced by payment or satisfaction in either foreign or German currency. No provision has yet been made to enable the remainder of such indebtedness to be discharged in the respective currencies of the debts.

(5) que, conformément aux dispositions du dernier des précédents Accords applicable, chacune des dettes résultant de l'octroi à l'Allemagne desdits crédits bancaires à court terme est arrivée à échéance à l'expiration de l'Accord la concernant, avec les effets qui y étaient stipulés, et que toutes ces dettes (y compris celles résultant des crédits qui ont été substitués à certains des crédits à court terme initialement visés par un ou plusieurs des précédents Accords) sont alors devenues exigibles et payables par leurs débiteurs respectifs (avec les intérêts et les autres charges échus ou à échoir) dans les monnaies étrangères correspondantes; que ces dettes restent exigibles et payables dans les mêmes conditions, sauf dans la mesure où elles ont été réduites ou éteintes entre temps par des versements ou des remboursements en devises étrangères ou en monnaie allemande. Aucune disposition n'a été prise jusqu'ici pour permettre le remboursement du solde de ces dettes dans les monnaies dans lesquelles elles étaient libellées;

6. Bank-, Handels- und Industrieunternehmen in der Bundesrepublik haben ihre ausländischen Bankgläubiger über den Deutschen Ausschuß gebeten, ein neues Abkommen zur Regelung der Zahlung der ausstehenden kurzfristigen Verschuldung und zur Herbeiführung von Maßnahmen für die Wiederherstellung normaler Bedingungen für die Finanzierung des Außenhandels der Bundesrepublik abzuschließen; dieser Bitte entsprechend sind geeignete Bestimmungen formuliert und in dieses Abkommen aufgenommen worden, und die Ausländischen Bankenausschüsse haben sich bereit erklärt, den ausländischen Bankgläubigern ihrer Länder zu empfehlen, diesem Abkommen beizutreten.

(6) Banking, commercial and industrial concerns in the Federal Republic through the German Committee have requested their foreign banking creditors to enter into a new Agreement for regulating payment of the outstanding short-term indebtedness and for establishing means for the restoration of normal conditions for financing the foreign trade of the Federal Republic and in response to such request appropriate provisions have been formulated and embodied in this Agreement and it has been agreed by the Foreign Bankers' Committees to recommend foreign banking creditors in their respective countries to adhere to this Agreement.

(6) que les établissements bancaires, commerciaux et industriels situés sur le territoire de la République Fédérale ont, par l'intermédiaire du Comité Allemand, prié leurs créanciers bancaires étrangers de conclure un nouvel Accord en vue de régler le remboursement des dettes à court terme non payées et d'instituer les moyens de rétablir les conditions normales de financement du commerce extérieur de la République Fédérale; que, pour répondre à cette demande, des dispositions appropriées ont été élaborées et insérées dans le présent Accord et que les Comités Bancaires Etrangers ont décidé de recommander aux Créanciers Bancaires Etrangers, dans leurs pays respectifs, d'accéder audit Accord;

7. Dieses Abkommen ist von den Ausländischen Bankenausschüssen unter der Bedingung vollzogen worden, daß, solange dieses Abkommen in Kraft bleibt, solche Gesetze und Ver-

(7) This Agreement has been executed by the Foreign Bankers' Committees upon the terms that so long as this Agreement remains in force, there shall be promulgated and

(7) que le présent Accord a été signé par les Comités Bancaires Etrangers sous les conditions suivantes: le gouvernement de la République Fédérale et les autres autorités

ordnungen von der Regierung der Bundesrepublik oder einer anderen zuständigen Behörde(1) erlassen und aufrechterhalten werden, die erforderlich sind, um den Bestimmungen dieses neuen Abkommens Wirksamkeit zu verleihen, und daß keine Gesetze oder Verordnungen erlassen werden, die einen wesentlichen Eingriff in die sich aus diesem Abkommen ergebenden Verpflichtungen darstellen. Insbesondere haben die hiernach zu erlassenden und aufrechtzuerhaltenden Vorschriften sicherzustellen, daß

(i) die Bank-, Handels- und Industriefirmen in der Bundesrepublik ihren ausländischen Bankgläubigern, mögen sie diesem Abkommen beigetreten sein oder nicht, keine unterschiedliche Behandlung hinsichtlich Rückzahlungen oder Stellung von Sicherheiten angedeihen lassen,

(ii) die Bank-, Handels- und Industriefirmen in der Bundesrepublik bei der Stellung von Sicherheiten keine unterschiedliche Behandlung zwischen ihren Gläubigern in der Bundesrepublik und ihren ausländischen Bankgläubigern, gleichviel ob diese dem Abkommen beigetreten sind oder nicht, eintreten lassen,(1)

(iii) unerlaubte Kapitalbewegungen verhindert werden und(1)

(iv)(1) alle Bank-, Handels- und Industriefirmen in der Bundesrepublik, die in irgendeiner unter dieses Abkommen fallenden Form verschuldet sind, diesem Abkommen beitreten.

maintained such legislation and regulations by the Government of the Federal Republic or other appropriate authority(1) as may be necessary to render its provisions effective and that no legislation or regulations substantially affecting the obligations of this Agreement shall be promulgated and in particular that the legislation to be so promulgated and maintained shall ensure that

(i) There will be no discrimination on the part of banking, commercial or industrial concerns in the Federal Republic in the making of repayment or the giving of security as between their foreign banking creditors whether adhering to this Agreement or not;

(ii) There will be no discrimination on the part of banking, commercial or industrial concerns in the Federal Republic in the giving of security as between their creditors in the Federal Republic and their foreign banking creditors whether adhering to this Agreement or not;(1)

(iii) Unauthorised movements of capital shall be prevented; and(1)

(iv)(1) All banking, commercial and industrial concerns in the Federal Republic who are subject to any form of indebtedness falling within this Agreement shall adhere thereto.

appropriées(1) promulgueront et maintiendront, aussi longtemps que l'Accord restera en vigueur, les textes législatifs ou réglementaires qui pourraient être nécessaires pour rendre ses dispositions effectives; aucun texte législatif ou réglementaire affectant d'une manière importante les obligations prévues par le présent Accord ne sera promulgué, et, en particulier, les textes législatifs promulgués et maintenus auront pour effet de garantir:

(i) que les établissements bancaires, commerciaux ou industriels situés dans la République Fédérale ne feront aucune discrimination, en ce qui concerne les remboursements ou l'octroi des garanties, entre leurs créanciers bancaires étrangers, qu'ils aient ou non accédé au présent Accord;

(ii) que les établissements bancaires, commerciaux ou industriels situés dans la République Fédérale ne feront aucune discrimination, en ce qui concerne l'octroi des garanties, entre leurs créanciers dans la République Fédérale et leurs créanciers bancaires étrangers, qu'ils aient ou non accédé au présent Accord;(1)

(iii) que les mouvements non autorisés de capitaux seront rendus impossibles;(1)

(iv) (1) que tous les établissements bancaires, commerciaux et industriels situés dans la République Fédérale qui se trouvent débiteurs d'une dette de quelque forme que ce soit visée par le présent Accord, accéderont audit Accord.

ES WIRD DAHER FOLGENDES VEREINBART:

1. Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen haben die nachgenannten Ausdrücke, soweit nicht der Zusammenhang eine andere Auslegung erfordert, die nachstehende Bedeutung:

„Kurzfristige Kredite" bedeutet und umfaßt

(i) alle Akzepte, Zeitgelder, Barvorschüsse und/oder jegliche sonstige auf besonderer Vereinbarung beruhende Form der Verschuldung in nichtdeutscher Währung, in Bezug auf die ein ausländischer Bankgläubiger zu dem letzten der hierauf anwendbaren früheren Abkommen den Beitritt erklärt hat und die im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens noch aussteht; ausgenommen ist Verschuldung, die sich aus kurzfristigen Bankkrediten an Bank-, Handels- und Industriefirmen in einem Lande ergibt, das außerhalb des am 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich gehörenden Gebietes liegt, es sei denn, daß ein Bankier, ein Bankinstitut oder eine Handels- oder Industriefirma oder -gesellschaft, die in der Bundesrepublik (entsprechend der nachstehenden Be-

NOW IT IS HEREBY AGREED AS FOLLOWS:—

1. Definitions

In this Agreement, unless the context shall otherwise require, the undermentioned expressions shall have the following meanings, namely:—

"Short-term credits" means and includes

(i) all acceptances, time deposits, cash advances and/or any other form of indebtedness arising from special agreements in non-German currency in respect of which adherence was effected by a Foreign Bank Creditor to the latest of the previous Agreements applicable thereto and which is outstanding at the date of this Agreement; but not indebtedness arising out of short-term banking credits extended to banking, commercial or industrial concerns in any country outside the territory comprised in the German State on the 31st day of December, 1937, unless some banker, banking institution or commercial or industrial firm or company ordinarily resident in the Federal Republic (as herein defined) is liable (whether originally or by way of

IL EST, PAR LES PRÉSENTES, CONVENU CE QUI SUIT:

1. Définitions

Sauf si le contexte exige une autre interprétation, les expressions ci-dessous ont, dans le présent Accord, le sens suivant:

L'expression «Crédits à court terme» désigne:

(i) toutes les acceptations, dépôts à terme, avances en espèces, et créances de toute autre forme résultant d'accords spéciaux, libellés en monnaie non allemande, pour lesquels un Créancier Bancaire Etranger a accédé au dernier des accords précédents applicable et qui restent encore à régler à la date du présent Accord; elle ne comprend pas les dettes résultant des crédits bancaires à court terme accordés à des établissements bancaires, commerciaux ou industriels situés dans un pays quelconque hors des frontières de l'Etat allemand telles qu'elles étaient définies au 31 décembre 1937, à moins qu'un banquier, un établissement bancaire ou une entreprise ou société commerciale ou industrielle ayant sa résidence habituelle sur le

(1) Siehe Unteranlage.

(1) See Sub-Annex.

(1) Voir Annexe III A.

griffsbestimmung) ansässig sind, für diese Verschuldung (sei es von Anfang an oder durch Nachfolge oder als Garant, Bürge, Indossant oder Kreditversicherer) haftbar ist;

succession or as guarantor, endorser or credit insurer) in respect of such indebtedness;

territoire de la République Fédérale (selon la définition qui en est donnée dans le présent Accord) ne soit responsable de cette dette (soit originellement, soit par voie de succession, soit encore en tant qu'avaliste, endosseur ou garant);

(ii) alle weiteren Akzepte, Zeitgelder, Barvorschüsse und/oder sonstigen Formen des Bankkredits in nichtdeutscher Währung, die im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens noch ausstehen und sich aus besonderen Kreditvereinbarungen ergeben, die nach Maßgabe der Bestimmungen eines der früheren Abkommen als Ersatz für einen zuvor diesen Abkommen oder einem von ihnen unterliegenden kurzfristigen Kredit oder durch Investierung von Registerguthaben auf Grund der früheren Abkommen oder eines von ihnen getroffen worden sind;

(ii) Any further acceptances, time deposits, cash advances and or other forms of banking credit in non-German currency outstanding at the date of this Agreement and arising out of special credit arrangements which were made pursuant to the provisions of any of the previous Agreements in substitution for any short-term credit previously subject to those Agreements or any of them or by way of investment of registered credit balances under the previous Agreements or any of them;

(ii) Toutes autres acceptations, dépôts à terme, avances en espèces et crédits bancaires de toutes autres formes, libellés en monnaie non allemande et non encore remboursés à la date du présent Accord, et résultant d'accords spéciaux de crédits conclus, conformément aux dispositions de l'un quelconque des Accords précédents, soit en substitution d'un crédit à court terme quelconque précédemment soumis à ces accords ou à l'un quelconque d'entre eux, soit au titre de l'investissement des soldes créditeurs enregistrés dans le cadre des accords précédents ou de l'un quelconque d'entre eux;

(iii) alle Schuldverpflichtungen aus Zinsen, die aus Schuldverpflichtungen angefallen sind, die unter die vorstehenden Absätze (i) und (ii) bis zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens einschließlich fallen und in Bezug auf die der ausländische Bankgläubiger die Option (i) gemäß Ziffer 11 a dieses Abkommens ausgeübt hat bzw. so behandelt wird, als habe er diese Option ausgeübt;

(iii) All indebtedness in respect of interest which shall have accrued on indebtedness falling within the foregoing paragraphs (i) and (ii) up to and including the date of this Agreement and in respect of which the Foreign Bank Creditor shall have elected or be deemed to have elected option (i) expressed in Clause 11 A hereof;

(iii) Toutes les créances relatives aux arrérages d'intérêt des dettes visées par les paragraphes (i) et (ii) du présent Article jusqu'à la date du présent Accord incluse, lorsque le Créancier Bancaire Etranger aura exercé ou sera censé avoir exercé à leur égard l'option prévue à l'Article 11A du présent Accord en choisissant la solution exposée à l'alinéa (i) de cet Article;

(iv) alle weitere Verschuldung, in irgendeiner Form eines Bankkredits, die durch Rekommerzialisierung eines kurzfristigen Kredites im Sinne der vorstehenden Absätze (i) bis (iii) nach Maßgabe der Bestimmungen der Ziffer 5 dieses Abkommens entstanden ist.

(iv) Any further indebtedness arising out of any form of banking credit which shall have been granted by way of recommercialisation of any short-term credit as defined in the foregoing paragraphs (i) to (iii) pursuant to the provisions of Clause 5 hereof.

(iv) Toutes autres créances afférentes aux crédits bancaires de quelque forme que ce soit accordés au titre de la recommercialisation d'un crédit à court terme quelconque selon la définition qui en est donnée aux alinéas (i) à (iii) du présent Article, conformément aux dispositions de l'Article 5 du présent Accord.

„Deutscher Schuldner" bedeutet und umfaßt:

(i) jeden Bankier sowie jede Bank-, Handels- oder Industriefirma oder -gesellschaft, die in der Bundesrepublik ansässig sind und denen Verpflichtungen mit Bezug auf einen kurzfristigen Kredit obliegen. Nicht eingeschlossen sind die ausländischen Zweigniederlassungen, Konzern- und Tochtergesellschaften der vorgenannten Unternehmen; jedoch kann gegenüber einer deutschen Handels- oder Industriefirma oder -gesellschaft wegen der an ihre ausländischen Zweigniederlassungen, Konzern- und Tochtergesellschaften gewährten Kredite der Beitritt zu diesem Abkommen in solchen Fällen erklärt werden, in denen der Beitritt zu irgendeinem der früheren Abkommen zulässig war. Nach erfolgtem Beitritt sind solche Kredite für die Zwecke dieses Abkommens in jeder Beziehung als der deutschen Mutterfirma oder -gesellschaft zur Verfügung gestellte kurzfristige Kredite zu behandeln;

"German Debtor" means and includes

(i) Any banker, banking institution or commercial or industrial firm or company ordinarily resident in the Federal Republic who is liable in respect of a short-term credit but does not include a foreign branch, subsidiary or affiliation thereof except that adherence may be effected by notification to any German commercial or industrial firm or company in respect of credits granted to its foreign branches, subsidiaries or affiliations in cases in which adherence was permitted to be made to any of the previous Agreements. Upon such adherence such credits shall be treated in all respects for the purposes of this Agreement as short-term credits granted to the German parent firm or company;

L'expression «Débiteur Allemand» désigne:

(i) Tout banquier et établissement bancaire, toute entreprise ou société commerciale ou industrielle ayant sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale et se trouvant débiteurs d'un crédit à court terme. Elle ne s'étend pas à leurs succursales, bureaux ou filiales à l'étranger, étant entendu toutefois que, par notification adressée à l'une quelconque des entreprises ou sociétés commerciales ou industrielles allemandes, il sera possible d'accéder au présent Accord au titre des crédits accordés aux succursales, bureaux ou filiales à l'étranger de cette entreprise ou société dans tous les cas où cette possibilité existait dans le cadre de l'un quelconque des précédents Accords. Une fois cette accession effectuée, les crédits en cause seront traités, à tous égards, aux fins de l'application du présent Accord, comme des crédits à court terme accordés à l'entreprise ou société principale en Allemagne;

(ii) alle Nachfolger (im Sinne der Begriffsbestimmung dieses Abkommens) eines der vorerwähnten Bankiers, oder einer der vorerwähnten Bank-, Handels- oder Industriefirmen oder -gesellschaften;

(iii) jeden deutschen öffentlichen Schuldner im Sinne der Begriffsbestimmung des Kreditabkommens für deutsche öffentliche Schuldner von 1932.

„Deutscher Bankschuldner" bedeutet jeden deutschen Schuldner, dessen Geschäftsbetrieb in erster Linie das Bankgeschäft zum Gegenstand hat.

„Deutscher Handels- oder Industrieschuldner" bedeutet jeden deutschen Schuldner, der nicht deutscher Bankschuldner oder deutscher öffentlicher Schuldner im Sinne dieser Begriffsbestimmungen ist.

„Nachfolger" bedeutet und umfaßt:

(i) jede in der Bundesrepublik ansässige Partei, die infolge von Tod, Liquidation, Neuordnung oder Konkurs eines deutschen Schuldners oder eines früheren deutschen Schuldners mit Bezug auf einen kurzfristigen Kredit haftbar ist;

(ii) jede in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft, deren ursprüngliche Vermögenswerte ganz oder zu einem wesentlichen Teil von einem deutschen Schuldner oder einem früheren deutschen Schuldner stammen und die kraft Gesetzes oder auf sonstige Weise mit Bezug auf einen kurzfristigen Kredit haftbar geworden ist.

„Ausländischer Bankgläubiger" bedeutet und umfaßt jeden Bankier und jedes Bankinstitut, die in einem der in der Präambel dieses Abkommens aufgeführten Länder ansässig sind, sowie jede andere in einem dieser Länder ansässige Firma oder Organisation, die Gläubiger einer Verschuldung aus kurzfristigen Krediten sind und die in jedem Falle diesem Abkommen gemäß seiner Ziffer 22 bedingungslos beigetreten sind.

„Bundesrepublik" bedeutet und umfaßt das im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens zur Bundesrepublik Deutschland und zu Berlin (West) gehörende Gebiet.(1)

„Deutsch" bedeutet zur Bundesrepublik im Sinne der obigen Begriffsbestimmung gehörend.

„Ausländisch" bedeutet zu einem am 31. Dezember 1937 außerhalb des Deutschen Reichs liegenden Lande gehörend.

„Firma" gilt auch für Einzelpersonen, die unter ihrem Privatnamen oder unter einem Firmennamen ihr Geschäft betreiben.

„Zahlungsunfähigkeit" in Anwendung auf einen deutschen Schuldner bedeutet einen Zustand, in dem der Schuldner aus Mangel an bereiten Mit-

(1) Siehe Unteranlage.

(ii) Any successors (as herein defined) of a banker, banking institution or commercial or industrial firm or company as aforesaid;

(iii) Any German Public Debtor as that expression is defined in the German Public Debtors' Credit Agreement of 1932.

"German Bank Debtor" means any German Debtor whose primary business is that of banking.

"German Commercial or Industrial Debtor" means any German Debtor who is not a German Bank Debtor or a German Public Debtor as hereinbefore referred to.

"Successors" means and includes

(i) Every party ordinarily resident in the Federal Republic who is liable in respect of a short-term credit as a result of the decease, liquidation, re-organisation or bankruptcy of any German Debtor or former German Debtor.

(ii) Any company ordinarily resident in the Federal Republic which, having derived all or a substantial part of its initial assets from a German Debtor or former German Debtor, has by operation of law or otherwise become liable in respect of a short-term credit.

"Foreign Bank Creditor" means and includes any banker or banking institution ordinarily resident in one of the countries named in the preamble to this Agreement and any other firm or corporation ordinarily resident in one of those countries to whom indebtedness under short-term credits is owing and who shall in either case have unconditionally adhered to this Agreement in accordance with Clause 22 hereof.

"Federal Republic" means and includes the territory comprised in the Federal Republic of Germany and the Western Sectors of Berlin on the date of this Agreement.(1)

"German" means appertaining to the Federal Republic as herein defined.

"Foreign" means appertaining to any country outside the territory comprised in the German State on the 31 st day of December, 1937.

"Firm" includes an individual trading in his own or under a firm name.

"Insolvency" where used with reference to a German Debtor means a state in which the Debtor for want of liquid assets, not merely temporary,

(1) See Sub-Annex.

(ii) Tout successeur (au sens indiqué ci-dessous) d'un banquier ou d'un établissement bancaire, entreprise ou société commerciale ou industrielle comme il est dit ci-dessus;

(iii) Tout Débiteur Public Allemand, selon la définition donnée dans l'Accord de Crédit des Débiteurs Publics Allemands de 1932.

L'expression «Débiteur Bancaire Allemand» désigne tout Débiteur Allemand dont les opérations de banque constituent l'activité principale.

L'expression «Débiteur Commercial ou Industriel Allemand» désigne tout Débiteur Allemand qui n'est ni un Débiteur Bancaire Allemand ni un Débiteur Public Allemand, comme il est dit ci-dessus.

L'expression «Successeurs» désigne:

(i) Toute personne physique ou morale ayant sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale devenue débitrice au titre d'un crédit à court terme à la suite du décès, de la liquidation, de la réorganisation ou de la faillite d'un Débiteur Allemand ou d'un ancien Débiteur Allemand quelconque;

(ii) Toute société ayant sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale dont la totalité ou la majeure partie de l'actif initial provient d'un Débiteur Allemand ou d'un Ancien Débiteur Allemand et qui est devenue, du fait de l'application de la loi ou pour toute autre raison, débitrice au titre d'un crédit à court terme.

L'expression «Créancier Bancaire Etranger» désigne tout banquier ou établissement bancaire et toute autre entreprise ou société ayant sa résidence habituelle sur le territoire de l'un des pays cités dans le Préambule au présent Accord, détenteur d'une créance au titre de crédits à court terme et ayant accédé inconditionnellement au présent Accord conformément aux dispositions de l'Article 22 dudit Accord.

L'expression «République Fédérale» doit s'entendre du territoire de la République Fédérale d'Allemagne et des Secteurs Occidentaux de Berlin à la date du présent Accord. (1)

Le terme «allemand» se réfère à la République Fédérale telle qu'elle est définie par l'alinéa ci-dessus.

Le terme «étranger» se réfère à tout pays situé hors des frontières de l'Etat allemand telles qu'elles étaient définies au 31 décembre 1937.

Le terme «entreprise» comprend les personnes privées effectuant des opérations commerciales soit sous leur nom propre, soit sous la raison sociale d'une entreprise quelconque.

Le terme «insolvabilité», appliqué à un Débiteur Allemand, désigne la situation dans laquelle, par suite d'un manque de liquidités non temporaire,

(1) Voir Annexe III A.

teln, und zwar nicht nur vorübergehend, außerstande ist, seine gesamten Schulden bei Fälligkeit zu bezahlen.

„Die früheren Abkommen" bedeutet und umfaßt die Deutschen Kreditabkommen von 1931—1939, die Deutschen Kreditabkommen für öffentliche Schuldner von 1932—1938, die Deutsch-Amerikanischen Stillhalteabkommen von 1939 und 1940 und die kurzfristige Kredite von Bankgläubigern in der Schweiz betreffenden Abkommen, bekannt unter der Bezeichnung „Das Deutsche Kreditabkommen von 1940, 1941, 1942, 1943 und 1944."

„Nennwert" in Bezug auf zur Zeit ausstehende kurzfristige Kredite bedeutet den Gesamtbetrag derartiger kurzfristiger Kredite gemäß den letzten den entsprechenden Ausländischen Bankenausschüssen zur Verfügung stehenden Angaben. Für Zwecke der Umrechnung in deutsche Währung ist dieser Betrag zum amtlichen Mittelkurs in der Bundesrepublik am ersten Werktage vor dem Tage der Umrechnung umzurechnen.

2. Laufzeit des Abkommens (1)

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, treten die Bestimmungen dieses Abkommens am ..... 1952 in Kraft und bleiben für eine Zeit von 12 Kalendermonaten von dem genannten Tage an in Geltung. Das Abkommen kann jedoch beim Eintritt jedes der folgenden Ereignisse durch die Ausländischen Bankenausschüsse vorzeitig gekündigt werden:

(i) Wenn in der Bundesrepublik ein Moratorium erklärt wird, das in irgendwelche Verpflichtungen deutscher Schuldner gegenüber ausländischen Bankgläubigern aus diesem Abkommen eingreift, oder

(ii) wenn in Zukunft internationale Entscheidungen oder Regierungsmaßnahmen finanzieller, politischer oder wirtschaftlicher Art eine Lage schaffen, die nach Auffassung einer Mehrheit der Ausländischen Bankenausschüsse die Durchführung dieses Abkommens ernstlich gefährdet, oder

(iii) wenn die Ausländischen Bankenausschüsse, nachdem sie die Aufmerksamkeit des Deutschen Ausschusses hierauf gelenkt haben, feststellen sollten, daß irgendwelche der in der Einleitung 7 enthaltenen Bedingungen nicht erfüllt worden sind.

(2) Eine derartige Kündigung läßt die aus diesem Abkommen vor dem Zeitpunkt der Kündigung erwachsenen Rechte und Pflichten unberührt und bedarf, um wirksam zu werden, einer Mitteilung in schriftlicher Form oder durch Telegramm oder Funk (unter Angabe des Termins, zu dem das Abkommen beendet werden soll), die im Namen der Mehrheit der Ausländischen Bankenausschüsse unterzeichnet und an die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und den Deutschen Ausschuß gerichtet sein muß. Die Nichtbenachrichtigung des Deutschen Ausschusses macht jedoch die Kündigung nicht unwirksam

(1) Siehe Unteranlage.

is unable to discharge all his debts as they mature.

"The previous Agreements" means and includes the German Credit Agreements of 1931 to 1939, the German Public Debtors' Credit Agreements of 1932 to 1938, the German-American Standstill Agreements of 1939 and 1940, and the Agreements relating to short-term credits owing to banking creditors in Switzerland and known respectively as "Das Deutsche Kreditabkommen von 1940, 1941, 1942, 1943 und 1944."

"Face Value" in relation to short-term credits for the time being outstanding means the total amount of such short-term credits according to the latest information available to the respective Foreign Bankers' Committees expressed for the purposes of computation in German currency calculated at the official middle rate quoted in the Federal Republic on the first working day prior to the day on which the computation is made.

2. Period of Agreement (1)

(1) Unless otherwise stated, the provisions of this Agreement shall come into force on the ..... day of ..... 1952, and remain in force for a period of twelve calendar months from that date, subject to earlier determination by the Foreign Bankers' Committees in any of the following events, namely:—

(i) If there shall be declared in the Federal Republic a moratorium which affects any obligation of German Debtors to Foreign Bank Creditors dealt with in this Agreement, or

(ii) If in the future international decisions or governmental action of a financial, political or economic character create a situation in which, in the opinion of a majority of the Foreign Bankers' Committees, the carrying out of this Agreement becomes seriously endangered, or

(iii) If the Foreign Bankers' Committees, after the attention of the German Committee has been drawn to the matter, shall find that any of the terms contained in Recital (7) has not been complied with.

(2) Any such determination shall be without prejudice to rights and obligations accrued under this Agreement prior to the date of such determination and to be effective must be made by notice in writing or by cable or radiogram (specifying the date upon which this Agreement is to be determined) signed on behalf of a majority of the Foreign Bankers' Committees and despatched to the Bank for International Settlements and to the German Committee, but failure so to notify the German Committee shall not nullify such termination.

(1) See Sub-Annex.

le débiteur se trouve dans l'impossibilité de s'acquitter de la totalité de ses dettes à leur échéance.

L'expression «les Accords précédents» désigne les Accords de Crédit Allemands de 1931 à 1939, les Accords de Crédit des Débiteurs Publics Allemands de 1932 à 1938, les Accords de Standstill germano-américains de 1939 et 1940 et les Accords relatifs aux crédits à court terme consentis par les créanciers bancaires en Suisse et connus sous le nom de «Das Deutsche Kreditabkommen von 1940, 1941, 1942, 1943 und 1944».

L'expression «Valeur nominale» appliquée aux crédits à court terme encore non remboursés à l'heure actuelle, désigne le montant total de ces crédits, selon les dernières informations dont disposent les Comités Bancaires Etrangers respectifs, exprimé, pour les besoins des calculs, en monnaie allemande sur la base du taux moyen officiel en vigueur dans la République Fédérale le premier jour ouvrable précédant le jour du calcul.

2. Durée de l'Accord (1)

(1) Sauf indication contraire, les dispositions du présent Accord entreront en vigueur le ..... 1952 et resteront effectives pendant une période de douze mois civils à dater de ce jour, à moins de dénonciation anticipée par les Comités Bancaires Etrangers dans l'un quelconque des cas suivants:

(i) Si un moratoire est déclaré sur le territoire de la République Fédérale à l'égard de l'une quelconque des obligations traitées dans le présent Accord des Débiteurs Allemands envers les Créanciers Bancaires Etrangers;

(ii) Si, dans l'avenir, des décisions internationales ou des mesures gouvernementales à caractère financier, politique ou économique créent une situation de nature à compromettre gravement, de l'avis de la majorité des Comités Bancaires Etrangers, l'application du présent Accord;

(iii) Si les Comités Bancaires Etrangers, après avoir appelé l'attention du Comité allemand sur la question, jugent que l'une quelconque des conditions posées au paragraphe 7 de l'Exposé des motifs du présent Accord n'a pas été observée.

(2) Cette dénonciation ne saurait affecter les droits et obligations acquis par l'effet du présent Accord avant la date de ladite dénonciation. Celle-ci, pour être effective, devra être notifiée par lettre, télégramme ou radiogramme (spécifiant la date à laquelle cette dénonciation prend effet), signé au nom de la majorité des Comités Bancaires Etrangers et adressé à la Banque des Règlements Internationaux et au Comité Allemand. Cependant, le fait de ne pas notifier le Comité Allemand ne saurait infirmer en aucune manière la dénonciation.

(1) Voir Annexe III A.

(3) Die Erklärung eines allgemeinen Auslandsmoratoriums in der Bundesrepublik in jedweder Form beendet das Abkommen *ipso facto*.

3. Aufrechterhaltung der Kredite usw.

(1) Während der Laufzeit dieses Abkommens wird das Recht jedes ausländischen Bankgläubigers auf Rückzahlung kurzfristiger Kredite, wegen derer er diesem Abkommen beigetreten ist, bis zur Beendigung dieses Abkommens aufgeschoben, soweit nicht ein derartiger ausländischer Bankgläubiger auf Grund irgendeiner Ziffer dieses Abkommens auf frühere Bezahlung Anspruch hat. Jeder deutsche Schuldner erklärt sich durch seinen Beitritt zu diesem Abkommen damit einverstanden, daß alle kurzfristigen Kredite, wegen derer er beigetreten ist, bei Beendigung dieses Abkommens in voller Höhe in der betreffenden ausländischen Währung fällig und zahlbar sind, vorbehaltlich solcher Verminderungen, die auf Grund irgendwelcher Bestimmungen dieses Abkommens vor der Beendigung vorgenommen worden sind.

(2) Weder der Vollzug dieses Abkommens noch irgendeine der darin enthaltenen Bestimmungen darf in irgendeiner Weise die Rechte und Pflichten eines ausländischen Bankgläubigers und seines deutschen Schuldners in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit berühren, soweit sie sich herleiten aus:

(i) der Vornahme oder Unterlassung einer Handlung zugunsten des ausländischen Bankgläubigers durch den deutschen Schuldner während des Zeitraumes zwischen der Beendigung des letzten der früheren auf den betreffenden kurzfristigen Kredit anwendbaren Abkommens und dem Inkrafttreten dieses Abkommens oder

(ii) der Ausübung irgendwelcher dem ausländischen Bankgläubiger während des im vorstehenden Absatz genannten Zeitraumes zustehenden Rechte oder Befugnisse.

Der Beitritt des ausländischen Bankgläubigers zu diesem Abkommen in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit gilt als Anerkennung und Bestätigung jeder von seinem deutschen Schuldner zugunsten des genannten ausländischen Bankgläubigers gemäß dem vorstehenden Absatz (i) unternommenen Maßnahme; diese Anerkennung gilt mit Wirkung von dem Zeitpunkt, in dem die betreffende Maßnahme getroffen wurde.

(3) Die im vorstehenden Absatz vorgesehene Anerkennung gilt nicht für Zahlungen deutscher Schuldner in deutscher Währung mit Ausnahme für Zahlungen, die mit ausdrücklicher Zustimmung des ausländischen Bankgläubigers an diesen oder für diesen geleistet worden sind.

(4) In Bezug auf jeden kurzfristigen Kredit oder Teil hiervon, für den ein deutscher Bankschuldner gemäß Ziffer 7, Absatz 1 des 1939-Abkommens

(3) The declaration in the Federal Republic of a general foreign moratorium in whatever form shall *ipso facto* determine this Agreement.

3. Maintenance of Credits, etc.

(1) During the period of this Agreement the right of any Foreign Bank Creditor to repayment of short-term credits with respect to which he has adhered to this Agreement shall be postponed until the termination of this Agreement, except that such Foreign Bank Creditor shall be entitled to any earlier payment granted or permitted by any Clause of this Agreement. Every German Debtor by adhering hereto agrees that all short-term credits with respect to which he adheres shall be due and payable in full in the relative foreign currency on the termination of this Agreement, subject to such reductions as shall have been made prior to such termination pursuant to any of the provisions hereof.

(2) Neither the execution of this Agreement nor anything contained herein shall operate to prejudice any of the rights and obligations of a Foreign Bank Creditor and his German Debtor in respect of a short-term credit which have arisen

(i) as a result of any act or thing done or omitted by the German Debtor for the benefit of the Foreign Bank Creditor during the period from the termination of the latest of the previous Agreements applicable to the relative short-term credit and the coming into force of this Agreement, or

(ii) as a result of the exercise by the Foreign Bank Creditor of any rights or powers available to him during the period mentioned in the last foregoing paragraph.

By adhering to this Agreement in respect of any short-term credit the Foreign Bank Creditor shall be deemed to ratify and confirm any action taken by his German Debtor for the benefit of such Foreign Bank Creditor as specified in the foregoing paragraph (i) and such ratification shall be deemed to have had effect at the time when the relative action was taken.

(3) The ratification provided in the preceding sub-Clause shall not apply to any payments made by any German Debtor in German currency other than payments made to or for the account of the Foreign Bank Creditor with his express consent.

(4) With respect to any short-term credit or part thereof in regard to which a German Bank Debtor was required pursuant to sub-Clause (1) of Clause 7

(3) La déclaration sur le territoire de la République Fédérale d'un moratoire étranger général, de quelque forme que ce soit, entrainera, *ipso facto*, la dénonciation du présent Accord.

3. Maintien des Crédits, etc.

(1) Pendant toute la durée du présent Accord, les droits de l'un quelconque des Créanciers Bancaires Etrangers au remboursement des crédits à court terme au titre desquels il aura accédé au présent Accord seront suspendus jusqu'à la date d'expiration dudit Accord, sous réserve du droit de chaque Créancier Bancaire Etranger aux remboursements anticipés accordés ou autorisés par l'une quelconque des dispositions du présent Accord. En accédant audit Accord, tout Débiteur Allemand accepte que tous les crédits à court terme au titre desquels cette accession est effectuée soient dus et payables pour leur totalité, à l'expiration du présent Accord, dans la monnaie étrangère correspondante, sous réserve des réductions qui auront pu être effectuées avant cette expiration, par application de l'une quelconque des dispositions de l'Accord.

(2) Ni l'exécution du présent Accord, ni aucune de ses dispositions ne saurait affecter les droits et obligations d'un Créancier Bancaire Etranger et de son Débiteur Allemand afférents à un crédit à court terme et résultant:

(i) de toute action ou omission du Débiteur Allemand ayant bénéficié au Créancier Bancaire Etranger pendant la période comprise entre l'expiration du dernier des Accords précédents applicable au crédit à court terme en cause et l'entrée en vigueur du présent Accord, ou

(ii) de l'exercice par le Créancier Bancaire Etranger pendant la période mentionnée à l'alinéa précédent de tous droits ou pouvoirs qui lui étaient dévolus.

En accédant au présent Accord au titre d'un crédit à court terme quelconque, le Créancier Bancaire Etranger sera censé avoir ratifié et confirmé toute mesure prise à son bénéfice par son Débiteur Allemand comme il est prévu à l'alinéa (i) ci-dessus et cette ratification sera censée avoir pris effet au moment de l'intervention de la mesure en question.

(3) La ratification prévue au paragraphe précédent ne s'applique pas aux versements effectués en monnaie allemande par le Débiteur Allemand sauf si ces versements ont été faits au compte ou pour le compte du Créancier Bancaire Etranger avec son consentement formel.

(4) En ce qui concerne les crédits à court terme ou la fraction des crédits à court terme pour lesquels un Débiteur Bancaire Allemand était tenu, en

(oder entsprechenden Bestimmungen jedes späteren Abkommens) einen eigenen Wechsel oder ein Garantieschreiben seines Kunden beschaffen mußte, hat er nach Beitritt zu diesem Abkommen dem ausländischen Bankgläubiger einen neuen eigenen Wechsel oder (falls der ausländische Bankgläubiger dies wünscht) ein neues Garantieschreiben, das nicht früher datiert ist als dieses Abkommen, zu beschaffen und hat dieses für den ausländischen Bankgläubiger gemäß dem erwähnten Absatz (oder entsprechenden Bestimmungen) zu verwahren oder ihm zu übermitteln. Ein derartiges Garantieschreiben muß eine Verpflichtung des Kunden enthalten, daß er den deutschen Bankschuldner in der von diesem gewünschten Form und in dem gewünschten Ausmaße entschädigen wird, falls dieser Bankschuldner freiwillig den betreffenden kurzfristigen Kredit oder einen Teil hiervon gemäß Ziffer 10 dieses Abkommens in deutscher Währung zurückzahlt.

of the 1939 Agreement (or corresponding provisions of any subsequent Agreement) to obtain from its client an *eigene Wechsel* or letter of guarantee, such Bank Debtor shall upon his adherence to this Agreement procure for the Foreign Bank Creditor a new *eigene Wechsel* or (at the option of the Foreign Bank Creditor) a new letter of guarantee dated not earlier than the date of this Agreement and shall hold the same for or forward it to the Foreign Bank Creditor as required by the said sub-Clause (or corresponding provisions). Such letter of guarantee shall contain an obligation of the client to reimburse the German Bank Debtor in the form and to the extent demanded by such Bank Debtor in the event that such Bank Debtor voluntarily repays the relative short-term credit or part thereof in German currency pursuant to Clause 10 hereof.

vertu du paragraphe (1) de l'Article 7 de l'Accord de 1939 (ou des dispositions correspondantes de tout accord ultérieur), d'obtenir de son client une «*eigene Wechsel*» ou une lettre de garantie, ce Débiteur Allemand procurera dès son accession à l'Accord, au Créancier Bancaire Etranger, une nouvelle «*eigene Wechsel*» ou (au choix du Créancier Bancaire Etranger) une nouvelle lettre de garantie datée au plus tôt du jour du présent Accord. Il la tiendra à la disposition du Créancier Bancaire Etranger ou la lui fera parvenir conformément aux prescriptions du paragraphe susvisé (ou des dispositions correspondantes). Cette lettre de garantie contiendra l'engagement du client de rembourser le Débiteur Bancaire Allemand sous la forme et dans la mesure exigées par lui au cas où ce Débiteur Bancaire rembourserait volontairement, en monnaie allemande, le crédit ou la fraction de crédit à court terme en question, conformément à l'Article 10 du présent Accord.

(5) Jeder deutsche Bankschuldner oder deutsche Handels- oder Industrieschuldner ist verpflichtet, jeden für seine Rechnung von einem ausländischen Bankgläubiger akzeptierten Wechsel bei Fälligkeit einzulösen.

(5) Every German Bank Debtor or German Commercial or Industrial Debtor shall be obligated to cover at maturity any bill accepted for its account by a Foreign Bank Creditor.

(5) Tout Débiteur Bancaire Allemand et tout Débiteur Commercial ou Industriel Allemand est tenu d'assurer la couverture, à l'échéance, de tout effet accepté pour son compte par un Créancier Bancaire Etranger.

(6) Jeder ausländische Bankgläubiger, der einen kurzfristigen Kredit in einer anderen als der eigenen Währung aufrechterhält, kann durch schriftliche Mitteilung an seinen deutschen Schuldner in jedem Zeitpunkt während der Laufzeit dieses Abkommens einen derartigen Kredit in die eigene Währung des ausländischen Bankgläubigers umwandeln. Diese Umwandlung ist daraufhin in den Büchern des ausländischen Bankgläubigers und des deutschen Schuldners vorzunehmen; der in der neuen Währung ausgedrückte Betrag des kurzfristigen Kredites ist auf Grund der in der Bundesrepublik im Zeitpunkt der Mitteilung notierten amtlichen Mittelkurse für den Umtausch deutscher Währung in die ursprüngliche Währung des Kredites und in diese neue Währung zu errechnen.

(6) Any Foreign Bank Creditor to whom a short-term credit is owing in a currency other than that of his own country may, by giving notice in writing to his German Debtor at any time within the period of this Agreement, convert such credit into the currency of the country of such Foreign Bank Creditor. Such conversion shall thereupon be effected in the books of the Foreign Bank Creditor and the German Debtor, and the amount of the short-term credit expressed in the new currency shall be calculated by reference to the official middle rates for exchange of German currency into the original currency of the credit and such new currency respectively quoted in the Federal Republic on the date of the relative notice.

(6) Tout Créancier Bancaire Etranger d'un crédit à court terme libellé dans une monnaie autre que celle de son propre pays, peut, sur notification écrite adressée à son Débiteur Allemand à tout moment au cours de la durée du présent Accord, convertir cette créance dans la monnaie de son propre pays. Cette conversion sera immédiatement effectuée dans les livres du Créancier Bancaire Etranger et du Débiteur Allemand, et le montant dans la nouvelle monnaie du crédit à court terme sera calculé sur la base des taux moyens officiels de change entre la monnaie allemande et la monnaie dans laquelle le crédit était libellé à l'origine d'une part, entre la monnaie allemande et la nouvelle monnaie d'autre part, les taux utilisés étant ceux cotés dans la République Fédérale à la date de la notification en question.

4. Rückführung der Verschuldung (vorläufig nicht wirksam)

Jeder ausländische Bankgläubiger hat das Recht, drei Monate nach Abschluß dieses Abkommens und danach am Ende eines Zeitraumes von je drei Kalendermonaten während der Laufzeit dieses Abkommens endgültige Rückzahlungen von ... % des Gesamtbetrages der ihm von seinen deutschen Schuldnern bei Inkrafttreten dieses Abkommens geschuldeten kurzfristigen Kredite, wegen derer der Beitritt erfolgt, zu verlangen. Diese Rückzahlung hat in der Landeswährung des ausländischen Bankgläubigers zu erfolgen und das Recht auf Rückzahlung der gesamten kurzfristigen Kredite mit ... % kann von dem ausländischen Bankgläubiger durch Anwendung dieses Gesamtrückzahlungsrechts auf die von einem oder mehreren seiner deutschen Schuldner geschuldeten

4. Reduction of Indebtedness (Temporarily inoperative)

Each Foreign Bank Creditor shall have the right to require permanent repayment, three months after the date of this Agreement and at the end of each three calendar monthly period thereafter during the period of this Agreement, by ... per cent. of the total amount of the short-term credits owing to such Foreign Bank Creditor by his German Debtors at the date of the coming into force of this Agreement, in respect of which adherence shall be made. Such repayment shall be made in the currency of the country of the Foreign Bank Creditor and the right to repayment of the total of the short-term credits by ... per cent., may be exercised by the Foreign Bank Creditor by applying such aggregate repayment right to the short-term credits owing by one or more of his German Debtors

4. Réduction de la Dette (Clause temporairement sans effet)

Chaque Créancier Bancaire Etranger est en droit d'exiger, à l'expiration d'un délai de trois mois à compter de la date du présent Accord, et par la suite, pendant toute la durée dudit Accord, à l'issue de chaque trimestre civil, le remboursement définitif de .... pour cent du montant total des crédits à court terme qui lui étaient dus par ses Débiteurs Allemands lors de l'entrée en vigueur de l'Accord, et au titre desquels il aura accédé audit Accord. Ce remboursement sera effectué dans la monnaie du pays du Créancier Bancaire Etranger intéressé et ce dernier pourra exercer son droit global au remboursement de .... pour cent du montant total de ses crédits à court terme, à l'encontre des crédits qui lui sont dus par un ou plusieurs de ses Débiteurs Allemands selon ce qu'il

kurzfristigen Kredite nach Wahl des ausländischen Bankgläubigers ausgeübt werden. Der ausländische Bankgläubiger ist berechtigt, seine Rückzahlungsrechte gegenüber einer bestimmten Verschuldung eines bestimmten deutschen Schuldners geltend zu machen.

[ANMERKUNG: Für das Verfahren bei der Zahlung werden möglicherweise weitere Bestimmungen erforderlich sein.]

as the Foreign Bank Creditor may elect. The Foreign Bank Creditor shall be entitled to allocate his repayment rights to any particular indebtedness owing by an individual German Debtor.

[NOTE.—Additional provisions may be required for mechanics of payment.]

pourra décider. Le Créancier Bancaire Etranger sera en droit d'appliquer ses droits à remboursement à l'une quelconque des dettes dues par un Débiteur Allemand particulier.

[NOTE.—Des dispositions additionnelles pourront être nécessaires pour déterminer les modalités du paiement.]

5. Rekommerzialisierung

(1) Die Bank deutscher Länder wird den ausländischen Bankgläubigern jeweils mitteilen, daß ein gewisser Prozentsatz (im folgenden als „festgesetzter Prozentsatz" bezeichnet) der gesamten kurzfristigen Kredite jedes ausländischen Bankgläubigers, die im Zeitpunkt des Abschlusses geschuldet werden, rekommerzialisiert werden kann

(2) Daraufhin kann jeder ausländische Bankgläubiger innerhalb von 3 Monaten nach einer solchen Mitteilung mit Banken oder anderen Firmen in der Bundesrepublik (die nach den Begriffsbestimmungen dieses Abkommens deutsche Schuldner sind oder werden können) Vereinbarungen über die Eröffnung neuer Kreditlinien (im folgenden als „Ersatzlinien" bezeichnet) bis zu dem festgesetzten Prozentsatz seiner in dem vorstehenden Absatz erwähnten gesamten kurzfristigen Kredite treffen.

(3) Nach Abschluß jeder derartigen Vereinbarung teilt der ausländische Bankgläubiger der Bank deutscher Länder mit, daß beabsichtigt ist, die betreffende Ersatzlinie gegen endgültige Rückzahlung eines gleichen Betrages bestimmt bezeichneter kurzfristiger Kredite oder Teile hiervon (nachstehend „näher bezeichnete Verschuldung" genannt), die von einem deutschen, von einem ausländischen Bankgläubiger bezeichneten Schuldner (nachstehend als „näher bezeichneter Schuldner" bezeichnet), geschuldet werden, zu eröffnen. Die Bank deutscher Länder hat das Recht, der Vereinbarung ihre Zustimmung zu versagen, wenn sie nicht davon überzeugt ist, daß der neue Schuldner von der Ersatzlinie genügenden Gebrauch machen kann, außer wenn die Ersatzlinie einer deutschen Außenhandelsbank gegeben werden soll.

(4) Falls die Bank deutscher Länder gegen die Rekommerzialisierungsvereinbarung gemäß dem vorstehenden Absatz keinen Einspruch erhebt, teilt der ausländische Bankgläubiger dem näher bezeichneten Schuldner mit, daß er die näher bezeichnete Verschuldung zurückzuzahlen hat. Der Schuldner soll daraufhin so schnell wie möglich durch die Bank deutscher Länder die Rückzahlung in ausländischer Währung veranlassen. Nach Rückzahlung ist die Ersatzlinie zur Inanspruchnahme offen.

5. Recommercialisation

(1) The Bank deutscher Länder shall from time to time announce to the Foreign Bank Creditors that a certain percentage (hereinafter called the "stated percentage") of each Foreign Bank Creditor's aggregate short-term credits outstanding on the date of this Agreement may be recommercialized.

(2) Thereupon each Foreign Bank Creditor may within three months of such announcement arrange with Banks or other concerns in the Federal Republic (being or capable of becoming German Debtors as defined in this Agreement) for the opening of new credit lines (hereinafter called "substituted lines") up to the stated percentage of his aggregate short-term credits referred to in the preceding sub-Clause.

(3) Upon any such arrangement being concluded the Foreign Bank Creditor shall notify the Bank deutscher Länder that it is proposed to open the relative substituted line upon final repayment of an equal amount of specified short-term credits or parts thereof (hereinafter called "designated indebtedness") owing by a German Debtor (hereinafter called the "designated Debtor") and designated by the Foreign Bank Creditor. Except where the substituted line is with a German licensed foreign trade bank (Aussenhandelsbank) the Bank deutscher Länder shall have the right to disapprove the arrangement if it is not satisfied that the new debtor will be able to make adequate use of the substituted line.

(4) Unless the Bank deutscher Länder disapproves the arrangement for recommercialisation, pursuant to the preceding sub-Clause, the Foreign Bank Creditor shall give notice to the designated Debtor to repay the designated indebtedness and such Debtor shall, as promptly as possible, arrange through the Bank deutscher Länder for such repayment in foreign currency and upon such repayment the substituted line will be open for availment.

5. Recommercialisation

(1) La Bank deutscher Laender annoncera périodiquement aux Créanciers Bancaires Etrangers qu'un certain pourcentage (désigné ci-après sous le nom de «pourcentage spécifié») du total général des crédits à court terme de chaque Créancier Bancaire Etranger, non remboursés à la date du présent Accord, peut être recommercialisé.

(2) Chaque Créancier Bancaire Etranger pourra, dans les trois mois suivant cette notification, s'entendre avec des banques ou d'autres entreprises situées sur le territoire de la République Fédérale (qu'elles soient déjà des Débiteurs Allemands selon la définition qui en est donnée dans le présent Accord, ou qu'elles soient susceptibles de le devenir) en vue de l'ouverture de nouvelles lignes de crédit («substituted lines») dans la limite du pourcentage spécifié du total général de ses crédits à court terme, comme il est dit au paragraphe précédent.

(3) Dès la conclusion de cette convention, le Créancier Bancaire Etranger notifiera à la Bank deutscher Laender qu'il se propose d'ouvrir la nouvelle ligne de crédit correspondante en échange du remboursement définitif d'un montant équivalent de certains crédits, ou d'une fraction de certains crédits, à court terme (appelés ci-après «la dette désignée») dus par un Débiteur Allemand particulier (appelé ci-après «le Débiteur désigné») et spécifiés par le Créancier Bancaire Etranger. Sauf dans le cas où la nouvelle ligne de crédit serait ouverte à une banque allemande agréée pour les opérations commerciales avec l'étranger (Aussenhandelsbank), la Bank deutscher Laender pourra refuser son accord à la convention si elle n'a pas la certitude, à sa propre satisfaction, que le nouveau débiteur est bien en mesure de faire un usage approprié de la nouvelle ligne de crédit.

(4) Sauf dans le cas où la Bank deutscher Laender désapprouverait la convention de recommercialisation, dans les conditions prévues au paragraphe précédent, le Créancier Bancaire Etranger adressera au Débiteur désigné une notification le mettant en demeure de rembourser la dette désignée et ce Débiteur devra, aussi rapidement que possible, prendre les dispositions nécessaires par l'intermédiaire de la Bank deutscher Laender pour effectuer ce remboursement en devises étrangères. Dès l'intervention de ce remboursement, la nouvelle ligne de crédit sera disponible pour utilisation.

(5) Ein ausländischer Bankgläubiger, der eine Sicherheit für eine bezeichnete Verschuldung empfangen hat, soll den näher bezeichneten Schuldner von seiner Bereitschaft benachrichtigen, im Falle einer teilweisen Rückzahlung gegen die Rückzahlung einen verhältnismäßigen Teil dieser Sicherheit freizugeben, es sei denn, daß die Sicherheit nicht teilbar ist, oder daß das Abkommen zwischen den Parteien etwas anderes bestimmt. Unterläßt der ausländische Bankgläubiger eine solche Mitteilung, so ist er nicht berechtigt, die Rückzahlung dieser Verschuldung zu verlangen.

(6) Ein ausländischer Bankgläubiger, der einen Meta-Kredit im Sinne der Ziffer 7 des Deutschen Kreditabkommens von 1931 gegeben hat oder an einem solchen beteiligt war, und der auf Grund noch bestehender, die inneren Rechtsbeziehungen der Parteien regelnder Abmachungen berechtigt ist, eine gesonderte Rückzahlung wegen seiner Beteiligung zu verlangen, darf Rückzahlung der Verschuldung eines deutschen Handels- und Industrieschuldners nicht verlangen, wenn er nicht gleichzeitig die Rückzahlung wenigstens eines entsprechenden Anteils der Verschuldung des deutschen Bankschuldners aus dem Meta-Kredit verlangt, vorausgesetzt, daß der betreffende deutsche Bankschuldner diesem Abkommen beigetreten ist.

(7) Kein Konsortium als solches kann von den Rechten Gebrauch machen, die einem ausländischen Bankgläubiger gemäß dieser Ziffer gewährt werden. Etwaige Rechte des einzelnen Konsorten, die ihn entweder im Falle seines Ausscheidens aus dem Konsortium oder auf Grund von Vereinbarungen mit dem Konsortium berechtigen, für sich allein Rückzahlung auf Grund dieser Ziffer zu verlangen, werden von diesem Absatz nicht berührt.

(8) Ersatzlinien dürfen nur durch Wechselziehungen in Anspruch genommen werden, die der Finanzierung des Handels zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern dienen, nicht aber zum Zwecke der Schaffung von Devisen oder zur Finanzierung von Geschäften, die sich zweckmäßiger mit inländischen Krediten finanzieren lassen. Dabei ist vorausgesetzt, daß ein ausländischer Bankgläubiger nicht verpflichtet ist, einen Wechsel für ein Geschäft zu akzeptieren, das zu der betreffenden Zeit von den Behörden des Staates des ausländischen Gläubigers verboten oder nicht genehmigt ist oder das von den Banken des betreffenden Landes normalerweise nicht durch einen Akzeptkredit finanziert werden würde. Wenn es streitig wird, ob ein Wechsel diesen Bedingungen entspricht, so soll diese Frage durch Verständigung zwischen dem betreffenden Ausländischen Bankenausschuß mit dem Deutschen Ausschuß erledigt werden. Alle ausstehenden Wechsel sind von dem deutschen Schuldner jeweils bei Fälligkeit bar in der Währung des Kredites abzu-

(5) A Foreign Bank Creditor who has received security for designated indebtedness shall notify the designated Debtor of his willingness in case of a part repayment to release, against such repayment, a proportionate part of such security except where the security is not capable of division or except where the agreement between the parties otherwise provides. Failing such notification the Foreign Bank Creditor shall not be entitled to demand repayment of such indebtedness.

(6) In so far as a Foreign Bank Creditor who has given or participated in giving a credit on joint account as defined in Clause 7 of the German Credit Agreement of 1931 is entitled (under any still subsisting arrangements governing the rights of the parties to such credit *inter se)* to demand any separate repayment on account of his participation, he shall not be permitted to demand repayment of the indebtedness owing by a German Commercial or Industrial Debtor without at the same time demanding repayment of at least a corresponding proportion of the indebtedness owing by the German Bank Debtor in the joint account provided that such German Bank Debtor has adhered to this Agreement.

(7) No syndicate as such may exercise any of the rights of a Foreign Bank Creditor under this Clause. Nothing in this sub-Clause in intended to affect such rights as any participant in a syndicate may have either through withdrawal from such syndicate or by arrangements therewith to make an individual demand for repayment of designated indebtedness under this Clause.

(8) Substituted lines shall be available only by bills drawn for financing trade between the Federal Republic and other countries and not merely for the purpose of creating foreign exchange or for the purpose of financing business which could more properly be financed by inland credits; provided that a Foreign Bank Creditor shall not be obliged to accept any bill drawn in respect of a transaction which is for the time being prohibited or disapproved by the authorities of the respective foreign creditor country or which it would not be the current practice of banks in such country to finance by an acceptance credit. If any question shall arise whether any bill complies with the foregoing provisions, such question shall be decided by agreement between the Foreign Bankers' Committee concerned and the German Committee. All such bills outstanding at any time shall be covered by the German Debtor at maturity in cash in the currency of the credit and the unavailment thus created shall be again availed of only in accordance with this sub-Clause.

(5) Tout Créancier Bancaire Etranger ayant reçu, au titre d'une dette désignée, des garanties sous forme de gage devra notifier au Débiteur désigné qu'il est prêt en cas de remboursement partiel, et en échange de ce remboursement, à libérer une fraction proportionnelle de gage à moins que celui-ci ne puisse être divisé ou que la convention entre les parties n'en dispose autrement. A défaut de cette notification, le Créancier Bancaire Etranger ne pourra exiger le remboursement de la dette en cause.

(6) Dans la mesure où un Créancier Bancaire Etranger ayant ouvert ou participé à l'ouverture d'un crédit en compte joint, selon la définition qui en est donnée par l'Article 7 de l'Accord de Crédit Allemand de 1931, est en droit (conformément aux arrangements encore en vigueur régissant les droits respectifs des parties à ce crédit) de réclamer un remboursement séparé au titre de sa participation, il ne pourra exiger le remboursement de la créance sur un Débiteur Industriel ou Commercial Allemand sans exiger en même temps le remboursement d'au moins une fraction correspondante de la dette du Débiteur Bancaire Allemand envers le compte joint, à condition que ce Débiteur Bancaire Allemand ait accédé au présent Accord.

(7) Aucun Syndicat ne pourra, en tant que tel, exercer l'un quelconque des droits dévolus à un Créancier Bancaire Etranger dans le cadre du présent article. Le présent paragraphe ne saurait affecter le droit éventuel des membres d'un Syndicat, à la suite, soit de leur retrait de ce syndicat, soit de la conclusion d'un arrangement avec lui, d'exiger individuellement le remboursement de la dette désignée conformément au présent Article.

(8) Les nouvelles lignes de crédit ne seront disponibles qu'au moyen d'effets destinés à financer les opérations commerciales entre la République Fédérale et les autres pays et non simplement à créer des ressources en devises étrangères ou à financer des transactions susceptibles d'être financées de façon mieux appropriée par des crédits intérieurs. Cependant, aucun Créancier Bancaire Etranger ne sera tenu d'accepter un effet tendant au financement d'une transaction actuellement non autorisée ou désapprouvée par les autorités du pays créancier étranger en cause, ou que les Banques de ce pays n'ont pas pour pratique normale de financer par un crédit d'acceptation. En cas de doute sur le point de savoir si un effet satisfait aux conditions énoncées ci-dessus, la question sera tranchée par accord entre le Comité Bancaire Etranger intéressé et le Comité Allemand. Tous les effets en circulation à un moment quelconque seront couverts à leur échéance par le Débiteur Allemand, en espèces et dans la monnaie du crédit, et la ligne de crédit ainsi redevenue disponible ne

decken, und die dadurch geschaffene offene Linie ist wiederum nur im Einklang mit diesem Absatz in Anspruch zu nehmen. Für die hier erwähnte Barzahlung kann der deutsche Schuldner den Erlös eines neuen Wechsels benutzen, jedoch nur unter den Voraussetzungen,

(i) daß der neue Wechsel dem ausländischen Bankgläubiger möglichst eine Woche, mindestens aber vier Werktage, vor der Fälligkeit des fällig werdenden Wechsels vorgelegt wird, und zwar unter Hinweis darauf, daß sein Erlös dazu bestimmt ist, den fällig werdenden Wechsel abzudecken;

(ii) daß der neue Wechsel den Erfordernissen dieses Absatzes entspricht;

(iii) daß der ausländische Bankgläubiger den neuen Wechsel vor der Fälligkeit des fällig werdenden Wechsels akzeptiert hat.

Wird ein derart vorgelegter neuer Wechsel von dem ausländischen Bankgläubiger mit der Begründung nicht akzeptiert, daß er den Erfordernissen dieses Absatzes nicht entspreche, so ist der deutsche Schuldner verpflichtet, den fällig werdenden Wechsel pünktlich am Fälligkeitstage durch Barüberweisung abzudecken; er kann in solchem Falle durch den Deutschen Ausschuß den betreffenden Ausländischen Bankenausschuß anrufen, und wenn die beiden Ausschüsse darin übereinstimmen, daß der neue Wechsel die Erfordernisse dieses Absatzes erfüllt, so ist der ausländische Bankgläubiger verpflichtet, ihn zu akzeptieren.

(9) Hat ein ausländischer Bankgläubiger es unterlassen, innerhalb von 3 Monaten nach jeweiliger Bekanntgabe eines festgesetzten Prozentsatzes von seinem Rekommerzialisierungsrecht ganz oder teilweise Gebrauch zu machen, so verfällt sein Recht (ohne jedoch das Recht dieses ausländischen Bankgläubigers auf weitere Rekommerzialisierungen bei Bekanntgabe eines neuen festgesetzten Prozentsatzes zu berühren).

(10) Die Bank deutscher Länder wird sich dafür einsetzen, daß ein gewisses Geschäftsvolumen für die Rekommerzialisierung zur Verfügung gestellt wird.

(11) Ein ausländischer Bankgläubiger, der eine Ersatzlinie eröffnet hat, und der Schuldner, dem eine solche Linie gewährt wird, unterliegen in Bezug auf diese Ersatzlinien allen Bestimmungen dieses Abkommens. Beitrittserklärungen darüber sind auszutauschen, sobald der ausländische Bankgläubiger Rückzahlung der betreffenden bezeichneten Verschuldung erhalten hat.

(12) Wird nach Auffassung der Bank deutscher Länder eine Ersatzlinie nicht genügend im Interesse der deutschen Wirtschaft ausgenutzt, so kann die Bank deutscher Länder von dem ausländischen Bankgläubiger verlangen, daß er den Teil der Linie, der noch nicht ausgenutzt ist, anderen von dem

For the cash payment referred to herein a German Debtor may use the proceeds of a new bill; provided that--

(i) the new bill shall have been presented to the Foreign Bank Creditor a week, if possible, and at least four business days before the due date of the maturing bill and shall have been designated for the purpose of meeting the maturing bill from the proceeds;

(ii) the new bill complies with the requirements of this sub-Clause, and

(iii) the Foreign Bank Creditor shall have accepted the new bill before the due date of the maturing bill.

If a new bill so offered is not so accepted by the Foreign Bank Creditor on the grounds that it does not comply with the requirements of this sub-Clause the German Debtor shall be bound to remit cash to cover the maturing bill punctually on maturity. The German Debtor in that case may apply to the Foreign Bankers' Committee concerned through the German Committee and if such Committees agree that the new bill does comply with the requirements of this sub-Clause, then the Foreign Bank Creditor shall be bound to accept the new bill.

(9) If a Foreign Bank Creditor has failed within three months of the announcement of any stated percentage to take advantage of the whole or part of his rights to arrange recommercialisation, such rights shall lapse (without however affecting such Foreign Bank Creditor's right to other recommercialisation pursuant to subsequent announcements of stated percentages).

(10) The Bank deutscher Länder will use its best efforts to arrange that a certain amount of eligible business shall be available for recommercialisation.

(11) A Foreign Bank Creditor who has opened a substituted line and the Debtor to whom such line is granted shall be subject to all the provisions of this Agreement in respect of such substituted line and forms of adherence in respect thereof shall be exchanged upon the Foreign Bank Creditor receiving repayment of the relative designated indebtedness.

(12) If in the opinion of the Bank deutscher Länder a substituted line is not being adequately availed of in the interests of the German economy, the Bank deutscher Länder may require the Foreign Bank Creditor to place so much of such line as is not then availed of at the disposition of

pourra être à nouveau utilisée que dans les conditions prévues au présent paragraphe. En ce qui concerne le remboursement en espèces dont il est question ci-dessus tout Débiteur Allemand pourra utiliser le produit d'un nouvel effet à condition:

(i) que le nouvel effet ait été présenté au Créancier Bancaire Etranger une semaine, si possible, et quatre jours ouvrables au minimum avant la date de l'échéance de l'ancien effet et qu'il soit destiné à couvrir l'ancien effet;

(ii) que le nouvel effet satisfasse aux conditions posées dans le présent paragraphe, et

(iii) que le Créancier Bancaire Etranger ait accepté le nouvel effet avant la date d'échéance de l'ancien effet.

Si le Créancier Bancaire Etranger n'accepte pas le nouvel effet ainsi présenté en faisant valoir qu'il ne satisfait pas aux conditions posées dans le présent paragraphe, le Débiteur Allemand sera obligé de remettre les fonds en espèces nécessaires pour couvrir ponctuellement l'ancien effet à la date d'échéance. Dans ce cas, le Débiteur Allemand pourra, par l'intermédiaire du Comité allemand, s'adresser au Comité Bancaire Etranger intéressé et si ce Comité convient que le nouvel effet remplit effectivement les conditions posées au présent paragraphe, le Créancier Bancaire Etranger sera tenu de l'accepter.

(9) Au cas où un Créancier Bancaire Etranger n'aurait pas, dans les trois mois suivant l'annonce d'un pourcentage spécifié quelconque, fait valoir tout ou partie de ses droits à la recommercialisation, il sera forclos à cet égard. (Le présent paragraphe ne saurait cependant affecter les droits du Créancier Bancaire Etranger à d'autres opérations de recommercialisation à la suite des notifications ultérieures de pourcentages spécifiés.)

(10) La Bank deutscher Laender fera tous ses efforts pour qu'un certain volume d'affaires appropriées soit disponible aux fins de la recommercialisation.

(11) Le Créancier Bancaire Etranger ayant ouvert une nouvelle ligne de crédit et le Débiteur bénéficiaire seront assujettis, au titre de cette nouvelle ligne de crédit, à toutes les dispositions du présent Accord. Les formules d'accession y afférentes seront échangées dès que le Créancier Bancaire Etranger aura été remboursé de la dette désignée correspondante.

(12) Si la Bank deutscher Laender estime que la nouvelle ligne de crédit n'est pas utilisée suffisamment dans l'intérêt de l'économie allemande, elle pourra demander au Créancier Bancaire Etranger de placer la fraction de la ligne de crédit non encore utilisée à la disposition d'une autre banque,

ausländischen Bankgläubiger ausgewählten und von der Bank deutscher Länder nicht abgelehnten Banken oder Bankinstituten oder Handels- oder Industriefirmen oder -gesellschaften in der Bundesrepublik (die deutsche Schuldner sind oder werden können) zur Verfügung stellt. In diesem Falle erlischt die ursprüngliche Ersatzlinie *pro tanto* und die neue Linie über den gleichen Betrag stellt eine neue Ersatzlinie dar; der ausländische Bankgläubiger sowie der neue deutsche Schuldner unterliegen in Bezug auf die neue Ersatzlinie allen Bestimmungen dieses Abkommens und es sind Beitrittserklärungen darüber auszutauschen. Unterläßt es der ausländische Bankgläubiger, einen der Bank deutscher Länder zusagenden neuen deutschen Schuldner zu benennen, so kann diese einen neuen deutschen Schuldner vorschlagen; weigert sich der ausländische Bankgläubiger, den vorgeschlagenen neuen deutschen Schuldner zu akzeptieren, so ist über die Berechtigung dieser Weigerung auf Ersuchen der Bank deutscher Länder durch Verständigung zwischen dem Deutschen Ausschuß und dem zuständigen Ausländischen Bankenausschuß zu entscheiden; falls diese Ausschüsse sich nicht einigen können, entscheidet der Schiedsausschuß.

some other bank, banking institution or commercial or industrial firm or company in the Federal Republic (being or capable of becoming a German Debtor) selected by the Foreign Bank Creditor and not disapproved by the Bank deutscher Länder. In such case the original substituted line shall be cancelled *pro tanto* and the new line of equivalent amount shall constitute a new substituted line, and the Foreign Bank Creditor and new German Debtor shall be subject to all the provisions of this Agreement in respect of the new substituted line and forms of adherence in respect thereof shall be exchanged. If the Foreign Bank Creditor shall fail to select a new German Debtor to the satisfaction of the Bank deutscher Länder the latter may propose a new German Debtor; and, if the Foreign Bank Creditor shall refuse to accept such proposed new German Debtor, the reasonableness of such refusal shall at the request of the Bank deutscher Länder be determined by agreement between the German Committee and the relative Foreign Bankers' Committee and, if such Committees are unable to agree, then by the Arbitration Committee.

établissement bancaire, entreprise ou société commerciale ou industrielle située dans la République Fédérale (qu'elle ait déjà la qualité de Débiteur Allemand ou qu'elle soit susceptible de le devenir) choisie par le Créancier Bancaire Etranger et admise par la Bank deutscher Laender. En pareil cas, une fraction équivalente de la nouvelle ligne de crédit primitivement ouverte sera supprimée et une nouvelle ligne de crédit, de montant équivalent, sera ouverte. Le Créancier Bancaire Etranger et le nouveau Débiteur Allemand seront assujettis, au titre de cette nouvelle ligne de crédit, à toutes les dispositions du présent Accord et les formules d'accession y afférentes seront alors échangées. A défaut pour le Créancier Bancaire Etranger de désigner un nouveau Débiteur Allemand satisfaisant pour la Bank deutscher Laender, celle-ci pourra proposer un nouveau Débiteur Allemand; si le Créancier Bancaire Etranger refuse d'accepter celui-ci, la Bank deutscher Laender pourra demander au Comité allemand et au Comité Bancaire Etranger intéressé de décider d'un commun accord si ce refus est raisonnablement justifié. En cas de désaccord sur ce point entre les deux Comités, la question devra être soumise au Comité d'Arbitrage.

6. Sicherheit

(1) (a) In allen Fällen, in denen

(i) ein deutscher Bankschuldner von einem seiner Kunden als Deckung für zu dessen Verfügung gehaltene Kredite eine Sicherheit hat, gleichgültig ob eine allgemeine oder eine besondere Sicherheit (einschließlich Garantien und Bürgschaften), und

(ii) die diesem Kunden gewährten Kredite, seien sie gesichert oder nicht, aus einem kurzfristigen Kredit herrühren, den der deutsche Bankschuldner bei einem oder mehreren ausländischen Bankgläubigern aufgenommen hat,

hat der deutsche Bankschuldner die jeweils von ihm gehaltene Sicherheit in ihrer Gesamtheit oder einen verhältnismäßigen Anteil hieran für den oder die betreffenden ausländischen Bankgläubiger unter den gleichen Bedingungen, unter denen er diese Sicherheit selbst hält, in rechtsgültiger Form als Treuhänder zu halten. Eine derartige Treuhänderschaft läßt das Recht des deutschen Bankschuldners, die in Frage kommenden, von ihm jeweils gehaltenen Sicherheiten im Rahmen der üblichen Bankpraxis zu behandeln, unberührt.

(b) Falls die Sicherheiten zur zwangsweisen Verwertung gelangen, sind die Erlöse zwischen dem deutschen Bankschuldner und den ausländischen Bankgläubigern, soweit dies irgend möglich ist, nach Maßgabe der Bestimmungen zu verteilen, die auf Grund des 1939-Abkommens für eine derartige Verteilung gelten würden.

6. Security

(1)—(a) Where

(i) A German Bank Debtor holds from any of its clients any security, whether general or specific (including guarantees) as collateral for credit facilities held by the German Bank Debtor at the disposal of such client and

(ii) the credit facilities granted to such client (whether secured or not) have arisen out of any short-term credit owed to one or more Foreign Bank Creditors by the German Bank Debtor

the whole of such security or a *pro rata* share thereof for the time being held by the German Bank Debtor shall be held by the German Bank Debtor in valid and effectual trust for such Foreign Bank Creditor or Foreign Bank Creditors, upon the same terms and conditions as those upon which it is held by the German Bank Debtor. The existence of such trust shall not interfere with the administration by German Bank Debtors in accordance with ordinary banking practice of any such security from time to time held by them.

(b) In the event of the security becoming enforceable the proceeds thereof shall be divided amongst the German Bank Debtor and the Foreign Bank Creditors as nearly as possible in accordance with the provisions which would have been applicable to such division under the 1939 Agreement.

6. Sûretés

(1) (a) Lorsque

(i) un Débiteur Bancaire Allemand a reçu de l'un de ses clients des sûretés quelconques, générales ou particulières (y compris une garantie) en nantissement de facilités de crédit tenues par le Débiteur Bancaire Allemand à la disposition de ce client, et lorsque

(ii) les facilités de crédit accordées à ce client (garanties ou non) proviennent d'un crédit à court terme contracté envers un ou plusieurs des Créanciers Bancaires Etrangers par le Débiteur Allemand intéressé,

l'ensemble, ou une part proportionnelle, des sûretés alors détenues par le Débiteur Bancaire Allemand, sera détenu par ce débiteur à titre de dépôt valide et effectif constitué pour le compte du ou des Créanciers Bancaires Etrangers intéressés, aux termes et dans les conditions applicables à ces sûretés, entre les mains du Débiteur Bancaire Allemand. Cette constitution en dépôt ne saurait affecter l'administration par les Débiteurs Bancaires Allemands conformément aux pratiques bancaires habituelles, de l'une quelconque des sûretés qui pourraient momentanément se trouver entre leurs mains.

(b) Lorsque l'exécution de la créance exigera la mise en jeu des sûretés constituées, le produit de ces sûretés devra être réparti entre le Débiteur Bancaire Allemand et les Créanciers Bancaires Etrangers, en conformité, dans toute la mesure du possible, des dispositions qui auraient été applicables à cette répartition dans le cadre de l'Accord de 1939.

(c) Falls es ihnen zum Schutze der eigenen Interessen sowie zum Schutze der Interessen der ausländischen Bankgläubiger notwendig erscheint, haben die deutschen Bankschuldner auch weiterhin Sicherheiten von ihren Kunden zu beschaffen und in angemessener Höhe aufrechtzuerhalten.

(d) Jeder deutsche Bankschuldner hat seinen ausländischen Bankgläubigern eine schriftliche Bestätigung darüber zu geben, daß er für sie Sicherheiten nach den Bestimmungen dieses Absatzes in treuhänderischer Verwahrung hält und hat ferner seinen ausländischen Bankgläubigern auf generelles oder spezielles Verlangen per 30. Juni und 31. Dezember aufgemachte Aufstellungen zu übermitteln, aus denen hervorgeht (i) der — in Prozenten geschätzte — Umfang, in dem die in Absatz (a) dieser Ziffer aufgeführten kurzfristigen Kredite gesichert sind, (ii) der Gesamtbetrag der von dem deutschen Bankschuldner dem ausländischen Bankgläubiger — an den die Aufstellung gerichtet ist — geschuldeten kurzfristigen Kredite, (iii) der geschätzte Wert des Anteils des ausländischen Bankgläubigers an den in (i) erwähnten Sicherheiten und (iv) Einzelheiten über die so gehaltenen Sicherheiten, aus denen sich ihr Charakter und der Umfang ergibt, in dem Sicherheiten für die Verpflichtungen eines jeden einzelnen Kunden gehalten werden. Diese Aufstellungen sind nach einem zwischen dem Deutschen Ausschuß und den Ausländischen Bankenausschüssen vereinbarten Einheitsmuster zu liefern.

(2) Bei kurzfristigen Krediten für Rechnung deutscher Handels- oder Industrieschuldner hat der deutsche Handels- oder Industrieschuldner eine Deckungssicherheit zugunsten eines ausländischen Bankgläubigers mit folgender Maßgabe zu stellen:

(a) Wenn und insoweit der deutsche Handels- oder Industrieschuldner auf Grund der gemäß dem letzten der früheren auf den betreffenden kurzfristigen Kredit anwendbaren Abkommen bestehenden Vereinbarung verpflichtet war, eine Sicherheit zu stellen, hat er während der Laufzeit dieses Abkommens weiterhin eine gleichartige Sicherheit und im gleichen Ausmaße zu stellen.

(b) Wenn und insoweit das Stellen der Sicherheit im Einklang mit dem Geschäftsbetrieb des deutschen Handels- oder Industrieschuldners steht und diese Sicherheit ohne Gefährdung der Stellung anderer Gläubiger gegeben werden kann.

(3) Ein deutscher Schuldner hat auf Verlangen jedem seiner ausländischen Bankgläubiger unverzüglich ein Exemplar seiner letzten geprüften Bilanz sowie weitere Angaben über seine finanzielle Lage zu übermitteln, die der ausländische Bankgläubiger vernünftigerweise fordern kann.

(c) The German Bank Debtors shall continue, whenever it appears to them necessary for the protection of the interests of themselves and the Foreign Bank Creditors, to obtain security from their clients and to maintain it at an appropriate amount.

(d) Each German Bank Debtor shall furnish his Foreign Bank Creditors with confirmation in writing of the holding of security in trust for them pursuant to the provisions of this sub-Clause and supply to his Foreign Bank Creditors upon general or specific request statements in the standard form agreed upon by the German Committee with the Foreign Bankers' Committees and made up as at the 30th June and the 31st December showing (i) by an estimated percentage figure, the extent to which any short-term credit referred to in paragraph (a) of this sub-Clause is secured, (ii) the total amount of the short-term credits owed by the German Bank Debtor to the Foreign Bank Creditor to whom the statement is supplied, (iii) the estimated value of the *pro rata* share of the Foreign Bank Creditor in the security mentioned in (i) above, and (iv) details of the security so held showing the nature thereof and the extent to which security is held for the obligations of any particular clients.

(2) In the case of short-term credits for account of German Commercial or Industrial Debtors the German Commercial and Industrial Debtor shall provide collateral security in favour of a Foreign Bank Creditor as follows:—

(a) Where and so far as under the arrangement existing under the latest of the previous Agreements applicable to the relative short-term credit the German Commercial or Industrial Debtor was under obligation to provide security, he shall continue to provide security of the same character and to the same extent during the period of this Agreement.

(b) Where and so far as the giving of security is consonant with the business of the German Commercial or Industrial Debtor and such security can be given without endangering the position of his other creditors.

(3) A German Debtor shall promptly upon demand furnish to any of his Foreign Bank Creditors a copy of his last audited Balance Sheet and such other particulars relating to his financial position as the Foreign Bank Creditor may reasonably require.

(c) Les Débiteurs Bancaires Allemands continueront, chaque fois qu'ils l'estimeront nécessaire à la protection de leurs intérêts et des intérêts des Créanciers Bancaires Etrangers, à exiger des sûretés de leurs clients et à maintenir ces sûretés au niveau approprié.

(d) Tout Débiteur Bancaire Allemand confirmera par écrit à ses Créanciers Bancaires Etrangers qu'il est détenteur de certaines sûretés pour leur compte, conformément aux dispositions du présent alinéa.

Il devra également fournir à ses Créanciers Bancaires Etrangers, sur demande générale ou particulière, des déclarations du modèle convenu entre le Comité Allemand et les Comités Bancaires Etrangers, établies au 30 juin et au 31 décembre et indiquant: (i) l'évaluation, en pourcentage, de la fraction garantie de l'un quelconque des crédits à court terme mentionnés à l'alinéa (a) du présent alinéa; (ii) le montant total des crédits à court terme dus par le Débiteur Bancaire Allemand au Créancier Bancaire Etranger destinataire de la déclaration; (iii) l'estimation de la part proportionnelle revenant au Créancier Bancaire Etranger dans les sûretés mentionnées en (i) ci-dessus, et (iv) le détail des sûretés ainsi détenues, y compris leur nature et la mesure dans laquelle elles ont été constituées au titre des obligations de certains clients particuliers.

(2) Dans le cas des crédits à court terme pour le compte des Débiteurs Commerciaux ou Industriels Allemands, le Débiteur Commercial ou Industriel Allemand fournira au Créancier Bancaire Etranger des garanties collatérales:

(a) lorsque, et dans la mesure où, conformément à l'arrangement existant en vertu du dernier des Accords précédents applicable au crédit à court terme en question, le Débiteur Commercial ou Industriel Allemand était tenu de fournir des sûretés; en pareil cas, ce Débiteur devra continuer à fournir des sûretés de même nature et de même importance pendant toute la durée du présent Accord;

(b) lorsque, et dans la mesure où, la fourniture de ces sûretés est compatible avec la marche des affaires du Débiteur Commercial ou Industriel Allemand et ne risque pas de compromettre la situation de ses autres créanciers.

(3) Tout Débiteur Allemand devra, sur la demande de l'un quelconque de ses Créanciers Bancaires Etrangers, lui communiquer sans délai copie du dernier bilan vérifié par des commissaires aux comptes, ainsi que tous détails concernant sa position financière que le Créancier Bancaire Etranger pourra raisonnablement demander.

(4) Ein ausländischer Bankgläubiger kann mit Genehmigung der Bank deutscher Länder jede im Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit bestehende Sicherheit außerhalb der Bundesrepublik realisieren und den Nettoertrag dieser Realisierung (nach Bezahlung aller durch die Realisierung entstandenen Kosten) zur endgültigen Verringerung oder Tilgung des betreffenden kurzfristigen Kredits verwenden. Vorausgesetzt wird, daß er verpflichtet ist, die im Interesse des deutschen Schuldners vernünftigerweise zu erlangenden besten Bedingungen zu sichern.

(4) A Foreign Bank Creditor may with the consent of the Bank deutscher Länder realise outside the Federal Republic any security in existence at the date of this Agreement in respect of a short-term credit and apply the net proceeds of such realisation (after payment of all expenses incurred in effecting realisation) in permanent reduction or discharge of the relative short-term credit. Provided that he shall be obligated to secure the best terms and conditions reasonably obtainable in the interest of the German Debtor.

(4) Tout Créancier Bancaire Etranger pourra, avec le consentement de la Bank deutscher Laender, procéder à la liquidation, hors de la République Fédérale, des sûretés existant à la date du présent Accord et constituées au titre d'un crédit à court terme. Le produit net de cette liquidation (après déduction ou à l'annulation définitive du à l'opération) sera affecté à la réduction ou à l'annulation définitive du crédit à court terme correspondant; le Créancier Bancaire Etranger sera tenu, cependant, de s'assurer les meilleures conditions de liquidation qui pourraient raisonnablement être obtenues dans l'intérêt du Débiteur Allemand.

7. Übertragung von kurzfristigen Krediten von einem Gläubiger auf den anderen

Ein ausländischer Bankgläubiger hat das Recht, jeden kurzfristigen Kredit oder einen Teil hiervon (i) auf einen anderen ausländischen Bankgläubiger oder (ii) auf jede zu diesem Zweck von dem Ausländischen Bankenausschuß des Landes des Übertragers und von dem Deutschen Ausschuß genehmigte andere Person, Firma oder Gesellschaft zu übertragen; vorausgesetzt, daß

(a) eine derartige Übertragung keine Veränderung der Bedingungen zur Folge haben darf, die für den Kredit oder einen Teil hiervon maßgebend waren, es sei denn, daß der betreffende deutsche Schuldner seine Zustimmung gibt;

(b) unmittelbar nach Durchführung einer derartigen Übertragung die erforderlichen Beitrittserklärungen zwischen dem neuen Gläubiger und dem deutschen Schuldner ausgetauscht werden;

(c) jede derartige Übertragung auf einen ausländischen Bankgläubiger oder auf eine der genannten anderen Personen, Firmen oder Gesellschaften in dem Lande eines der anderen Ausländischen Bankenausschüsse außerdem der Zustimmung der Bank deutscher Länder unterliegt.

Ist die Übertragung bewirkt und sind die erforderlichen Beitrittserklärungen ausgetauscht, so hat der Übernehmende die gleichen Rechte und Pflichten hinsichtlich des kurzfristigen Kredits oder eines Teils hiervon als wäre er der ursprüngliche Gläubiger.

7. Switching of Creditors

A Foreign Bank Creditor shall have the right to transfer any short-term credit or part thereof (i) to another Foreign Bank Creditor or (ii) to any other person, firm or corporation approved for that purpose by the Foreign Bankers' Committee of the country of the transferor and the German Committee; provided that

(a) no such transfer shall (except by agreement with the German Debtor in question) involve any change in the terms attaching to such credit or part of a credit;

(b) forthwith upon any such transfer being effected the necessary forms of adherence shall be exchanged between the transferee and the German Debtor;

(c) any such transfer to a Foreign Bank Creditor or other person, firm or corporation as aforesaid in the country of one of the other Foreign Bankers' Committees shall also be subject to the consent of the Bank deutscher Länder.

Upon any such transfer being effected and the necessary forms of adherence being exchanged the transferee shall have the same rights and obligations in respect of the short-term credit or part of a credit so transferred as if he were the original creditor.

7. Substitution de Créanciers

Tout Créancier Bancaire Etranger est en droit de transférer tout ou partie d'un crédit à court terme: (i) à un autre Créancier Bancaire Etranger ou (ii) à toute autre personne physique ou morale approuvée par le Comité Bancaire Etranger du pays du Créancier cédant et le Comité Allemand, à condition:

(a) que le transfert n'implique (sauf par accord avec le Débiteur Allemand en question) aucune modification des conditions afférentes au crédit ou à la fraction de crédit en cause;

(b) qu'immédiatement après le transfert, les formules nécessaires d'accession soient échangées entre le cessionnaire et le Débiteur Allemand;

(c) que tout transfert de cette nature à un Créancier Bancaire Etranger ou à une autre personne physique ou morale résidant dans le pays de l'un des autres Comités Bancaires Etrangers soit également soumis à l'agrément de la Bank deutscher Laender.

Lorsque le transfert a été effectué et les formules d'accession nécessaires échangées, le cessionnaire devient titulaire des mêmes droits et des mêmes obligations que le premier créancier au titre du crédit ou de la portion de crédit à court terme ainsi transféré.

8. Wechsel des Schuldners

Jeder ausländische Bankgläubiger kann jederzeit während der Laufzeit dieses Abkommens mit Zustimmung des deutschen Schuldners (der zuvor die Zustimmung der Bank deutscher Länder einholen muß) Vereinbarungen hinsichtlich der Übertragung der Verpflichtungen aus von einem deutschen Schuldner geschuldeten kurzfristigen Krediten (worunter nicht eine Ersatzlinie im Sinne der Ziffer 5 dieses Abkommens zu verstehen ist) auf einen anderen Bankier, ein anderes Bankinstitut oder eine andere Handels- oder

8. Switching of Debtors

Any Foreign Bank Creditor may at any time during the period of this Agreement with the agreement of the German Debtor (who shall first obtain the consent of the Bank deutscher Länder) make arrangements for the transfer to another banker, banking institution or commercial or industrial firm or company in the Federal Republic (being or capable of becoming a German Debtor) of liability in respect of a short-term credit (not being a substituted line as defined in Clause 5 hereof) owing by any German

8. Substitution de Débiteurs

Tout Créancier Bancaire Etranger peut, à tout moment pendant la durée du présent Accord, et avec l'agrément du Débiteur Allemand (qui devra préalablement obtenir le consentement de la Bank deutscher Laender), prendre les dispositions nécessaires en vue de transférer à une autre banque, établissement bancaire, entreprise, ou société commerciale ou industrielle située sur le territoire de la République Fédérale (qu'elle ait déjà la qualité de Débiteur Allemand ou soit susceptible de l'acquérir) la dette relative à un crédit à

Industriefirma oder -gesellschaft in der Bundesrepublik (die deutsche Schuldner sind oder werden können) treffen. Ist die Übertragung bewirkt, so unterliegen der ausländische Bankgläubiger und der neue deutsche Schuldner hinsichtlich dieses Kredits allen Bestimmungen dieses Abkommens, und es sind die entsprechenden Beitrittserklärungen auszutauschen.

Debtor. Upon such transfer being effected the Foreign Bank Creditor and the new German Debtor shall be subject to all the provisions of this Agreement in respect of such credit and forms of adherence in respect thereof shall be exchanged.

court terme (ne constituant pas une nouvelle ligne de crédit selon la définition de l'Article 5 ci-dessus) dû par un Débiteur Allemand. Lorsque le transfert aura été effectué, le Créancier Bancaire Etranger et le nouveau Débiteur Allemand seront assujettis à toutes les dispositions du présent Accord au titre du crédit en cause, et les instruments d'accession y afférents seront échangés.

9. Gewährung von neuen Krediten

(1) Stellt ein ausländischer Bankgläubiger während der Laufzeit dieses Abkommens der deutschen Wirtschaft zusätzliche Devisenkredite zur Verfügung, indem er einer deutschen Bank, einem deutschen Bankinstitut oder einer deutschen Handels- oder Industriefirma oder -gesellschaft eine neue Kreditlinie (worunter keine Ersatzlinie im Sinne von Ziffer 5 dieses Abkommens zu verstehen ist) in nichtdeutscher Währung zur Finanzierung des Handels zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern zur Verfügung stellt, so bringt jede ursprüngliche und spätere Inanspruchnahme dieser Kreditlinie ein Rückzahlungsrecht gemäß dieser Ziffer in Höhe von 3 % des in Anspruch genommenen Betrages für je drei Monate der Inanspruchnahme zur Entstehung. Eine derartige neue Kreditlinie unterliegt nicht diesem Abkommen.

9. Extension of New Credits

(1) If any Foreign Bank Creditor shall during the continuance of this Agreement make additional foreign exchange facilities available to the German economy by granting to any German bank, banking institution or commercial or industrial firm or company a new credit line (not being a substituted line as defined in Clause 5 hereof) in non-German currency for the purpose of financing trade between the Federal Republic and other countries, every original and subsequent availment of such credit line shall give rise to repayment rights in accordance with this Clause of an amount at the rate of 3 per cent. of such availment for every three months of such availment. Any such new credit line shall not be subject to this Agreement.

9. Ouverture de nouveaux Crédits

(1) Au cas où, pendant la durée du présent Accord, un Créancier Bancaire Etranger mettrait de nouvelles facilités de crédit en devises étrangères à la disposition de l'économie allemande, en accordant à une banque, institution bancaire, entreprise, ou société commerciale ou industrielle allemandes quelconques une ligne de crédit additionnelle (ne constituant pas une «nouvelle ligne de crédit» au sens de la définition donnée à l'Article 5 ci-dessus) en monnaie non-allemande en vue de financer les opérations commerciales entre la République Fédérale et d'autres pays, l'utilisation initiale et toute utilisation ultérieure d'un crédit de cette nature donnera au Créancier Bancaire Etranger le droit d'obtenir le remboursement, dans les conditions du présent Article, d'un montant équivalent à 3 % du crédit utilisé, pour chaque trimestre pendant lequel l'utilisation sera effective. Les lignes de crédit additionnelles en question ne seront pas assujetties aux dispositions du présent Accord.

(2) Für die Zwecke dieser Ziffer umfaßt der Begriff "Inanspruchnahme" die Akzeptierung eines Wechsels, die Gewährung eines Barvorschusses und bei bestätigten Krediten die Eröffnung eines derartigen Kredites.

(2) For the purpose of this Clause the term "availment" shall include the acceptance of a bill, the granting of a cash advance and, in the case of a confirmed credit, the opening of such credit.

(2) Pour l'application du présent Article le terme «utilisation» (availment) doit s'entendre également de l'acceptation d'un effet, de l'octroi d'une avance en espèces, et dans le cas d'un crédit confirmé, de l'ouverture de ce crédit.

(3) Diese Rückzahlungsrechte können von dem ausländischen Bankgläubiger nach seiner Wahl durch Anwendung auf von einem oder mehreren seiner deutschen Schuldner geschuldete kurzfristige Kredite oder Teile hiervon ausgeübt werden.

(3) Such repayment rights may be exercised by the Foreign Bank Creditor by applying the same to such short-term credits or parts thereof owing by any one or more of his German Debtors as the Foreign Bank Creditor may select.

(3) Le Créancier Bancaire Etranger pourra exercer ses droits à remboursement à l'encontre de tout ou partie des crédits à court terme dus par celui, ou ceux de ses Débiteurs Allemands qu'il pourra désigner.

(4) Nach jeder derartigen Inanspruchnahme kann der ausländische Bankgläubiger den oder die deutschen Schuldner, gegenüber deren kurzfristigen Krediten oder Teilen hiervon er die erwähnten Rückzahlungsrechte auszuüben beabsichtigt, entsprechend benachrichtigen; ein Durchdruck dieser Mitteilung muß mit Einzelheiten über die neue Kreditlinie und ihre Inanspruchnahme von dem ausländischen Bankgläubiger gleichzeitig der Bank deutscher Länder übermittelt werden. Jeder derartige deutsche Schuldner hat so schnell wie möglich über die Bank deutscher Länder in ausländischer Währung die endgültige Rückzahlung des in der Mitteilung des Gläubigers genannten Betrages zu veranlassen.

(4) Upon any such availment notice may be given by the Foreign Bank Creditor to the German Debtor or Debtors to whose short-term credits or parts thereof he proposes to apply any repayment right as aforesaid and a copy of such notice, together with particulars of the new credit line and the availment thereof, shall simultaneously be forwarded by the Foreign Bank Creditor to the Bank deutscher Länder. Each such German Debtor shall as promptly as possible arrange through the Bank deutscher Länder for final repayment in foreign currency of the relative amount specified in the Creditor's notice.

(4) Le Créancier Bancaire Etranger pourra, dès l'utilisation des crédits, notifier au Débiteur ou aux Débiteurs Allemands intéressés les crédits ou fractions de crédits à court terme sur lesquels il se propose d'exercer le droit à remboursement ci-dessus mentionné. Le Créancier Bancaire Etranger adressera en même temps à la Bank deutscher Laender copie de cette notification ainsi que les détails relatifs à la ligne de crédit additionnelle et à son utilisation. Chaque Débiteur Allemand prendra, dès que possible, par l'intermédiaire de la Bank deutscher Laender, les dispositions nécessaires au remboursement définitif en devises étrangères du montant spécifié dans la notification qui lui aura été adressée par le Créancier.

(5) Die Bestimmungen der Absätze (5), (6) und (7) der Ziffer 5 dieses Abkommens gelten *mutatis mutandis* als Bestandteil dieser Ziffer.

(5) The provisions of sub-Clauses (5), (6) and (7) of Clause 5 hereof shall be deemed to be incorporated *mutatis mutandis* in this Clause.

(5) Les dispositions des paragraphes (5), (6) et (7) de l'Article 5 ci-dessus seront censées être incorporées *mutatis mutandis* au présent Article.

(6) Unterläßt es ein deutscher Schuldner, einer Rückzahlungsaufforderung mit angemessener Schnelligkeit Folge zu leisten, so ist der ausländische Bankgläubiger berechtigt, das betreffende Rückzahlungsrecht oder Teile hiervon im Einklang mit den vorstehenden Bedingungen gegenüber anderen kurzfristigen Krediten auszuüben.

10. Rückzahlung in deutscher Währung

(1) Jeder deutsche Schuldner kann auf Ersuchen seines ausländischen Bankgläubigers Rückzahlung eines bestimmten kurzfristigen Kredits oder eines Teils hiervon in deutscher Währung—nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen umgerechnet—vereinbaren und zwar in dem gleichen Ausmaße wie der betreffende deutsche Schuldner am 24. Mai 1952 eine derartige Rückzahlung gemäß der an die Bank deutscher Länder gerichteten Direktive (50) 6 der Alliierten Bankkommission vom 26. Juni 1950 freiwillig hätte leisten können.

(2) Die Umrechnung von ausländischer Währung in deutsche Währung erfolgt zu dem amtlichen Mittelkurs in der Bundesrepublik einen Werktag vor dem Tage, an dem die Zahlung in deutscher Währung erfolgt.

(3) Jede derartige Zahlung stellt nach Annahme durch den ausländischen Bankgläubiger eine endgültige Rückzahlung des Devisenbetrages des kurzfristigen Kredits oder eines Teiles des kurzfristigen Kredits, umgerechnet zu dem in Absatz (2) dieser Ziffer vorgesehenen Umrechnungssatz, dar.

(4) Guthaben in deutscher Währung, die aus Rückzahlungen von kurzfristigen Krediten gemäß dieser Ziffer oder gemäß Ziffer 11 a entstehen, sollen nach Maßgabe der Bestimmungen alliierter Gesetze, Verordnungen, Direktiven und Genehmigungen (einschließlich von der Bank deutscher Länder erteilter allgemeiner und besonderer Genehmigungen), die am 24. Mai 1952 in der Bundesrepublik in Kraft waren, oder soweit sonstige Bestimmungen der Bank deutscher Länder dies zulassen, verwendbar und übertragbar sein. Jedoch darf keine Vorschrift der Bank deutscher Länder in Bezug auf die Übertragung und die Verwendung deutscher Währungsguthaben, soweit ausländische Bankgläubiger berührt werden, jeweils ungünstigere Auswirkungen für diese Gläubiger haben oder ihre Rechte mehr einschränken als die genannten Gesetze, Verordnungen, Direktiven und Genehmigungen.

11. Provisionen und Zinsen

Vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an sind alle Provisionen und Diskontspesen im Rahmen der üblichen Bankpraxis sowie Wechselstempel im voraus und Zinsen allmonatlich in der Währung zu entrichten, in welcher der betreffende Kredit aufrechterhalten wird. Es ist wünschenswert, daß die Berechnung von Provisionen und Zinsen sich in ver-

(6) If any German Debtor shall fail to comply with a notice for repayment with reasonable promptitude the Foreign Bank Creditor shall be entitled to apply the relative repayment right or part thereof to some other short-term credits in accordance with the foregoing conditions.

10. Repayment in German Currency

(1) Any German Debtor may arrange at the request of his Foreign Bank Creditor to make repayment of a particular short-term credit or part thereof in German currency, converted as hereinafter provided, to the same extent as such German Debtor might on 24th May, 1952, have voluntarily made such repayment pursuant to Directive (50) 6 of the Allied Bank Commission to the Bank deutscher Länder dated 26th June, 1950.

(2) Conversion from foreign currency into German currency shall be calculated at the official middle rate quoted in the Federal Republic one working day previous to the day on which the payment in German currency is actually made.

(3) Every such payment shall upon acceptance by the Foreign Bank Creditor constitute final repayment of the foreign currency amount of the short-term credit or part of the short-term credit calculated at the conversion rate provided in sub-Clause (2) of this Clause.

(4) Balances in German currency arising from repayment of short-term credits pursuant to this Clause or Clause 11 A shall be applicable and transferable as permitted under provisions of any Allied laws, ordinances, directives and licences (including General and Special licences issued by the Bank deutscher Länder) in effect in the Federal Republic on 24th May, 1952, or as otherwise permitted by the Bank deutscher Länder. However, no regulation of the Bank deutscher Länder shall at any time with regard to the transfer and use of German currency balances and affecting Foreign Bank Creditors be more unfavourable in effect to such Creditors, or cause their rights to be more limited, than such rights as existed under the aforesaid laws, ordinances, directives and licences.

11. Commission and Interest Charges

As from the date of this Agreement all commission and discounting charges in keeping with usual banking practice, together with bill stamp duty, shall be paid in advance and interest shall be paid monthly in the currency in which the respective credit is maintained. It is desirable that commission and interest charges shall not be more than reasonable under the circumstances

(6) Au cas où un Débiteur Allemand ne se conformerait pas dans un délai raisonnable à la notification de remboursement, le Créancier Bancaire Etranger serait en droit d'appliquer tout ou partie des droits à remboursement en cause à d'autres crédits à court terme conformément aux conditions stipulées ci-dessus.

10. Remboursement en Monnaie Allemande

(1) Tout Débiteur Allemand pourra, à la demande de son Créancier Bancaire Etranger, prendre des dispositions pour rembourser en monnaie allemande selon les conditions de conversion prévues ci-dessous, tout ou partie d'un crédit à court terme particulier, dans la mesure où ce Débiteur Allemand aurait pu, le 24 mai 1952, avoir volontairement effectué ce remboursement en vertu de l'Instruction No (50) 6 du 26 juin 1950 adressée par la Commission Alliée de la Banque à la Bank deutscher Laender.

(2) La conversion en monnaie allemande du montant exprimé en devises étrangères s'effectuera sur la base du taux moyen officiel coté dans la République Fédérale le jour ouvrable précédant le jour du versement effectif en monnaie allemande.

(3) Tout versement de ce genre constituera, dès l'acceptation du Créancier Bancaire Etranger, remboursement définitif du montant en devises du crédit à court terme en cause, ou d'une fraction de ce crédit, d'après le taux de conversion prévu au paragraphe (2) du présent Article.

(4) Les soldes en monnaie allemande résultant des remboursements de crédits à court terme effectués en vertu du présent Article ou de l'Article 11 A pourront être utilisés et transférés conformément aux dispositions des lois, ordonnances, instructions et licences alliées (y compris les licences générales et spéciales délivrées par la Bank deutscher Laender) en vigueur sur le territoire de la République Fédérale au 24 mai 1952, ou conformément aux autres autorisations données par la Bank deutscher Laender. Toutefois, la Bank deutscher Laender ne pourra en aucun cas prendre de dispositions règlementaires relatives au transfert et à l'utilisation des soldes en monnaie allemande, et affectant les Créanciers Bancaires Etrangers, qui soient plus défavorables pour ces Créanciers ou aient pour effet de limiter leurs droits plus étroitement que les lois, ordonnances, instructions et licences mentionnées ci-dessus.

11. Commissions et Intérêts

A compter de la date du présent Accord, toutes les commissions et tous les frais d'escompte conformes aux usages bancaires, ainsi que le droit de timbre sur les lettres de change, seront payés d'avance, et l'intérêt sera versé mensuellement dans la monnaie dans laquelle le crédit en cause est maintenu. Il est souhaitable que commissions et intérêts ne dépassent pas un

nünftigen, den Umständen angemessenen Grenzen hält; sollte über ihre Höhe eine Meinungsverschiedenheit zwischen einem ausländischen Bankgläubiger und einem deutschen Schuldner entstehen, so kann die Angelegenheit den betreffenden Zentralnotenbanken vorgelegt werden.

and should any difference arise as to the amount thereof between a Foreign Bank Creditor and a German Debtor the matter may be referred to their respective Central Banks.

montant raisonnable compte tenu des circonstances, et tout différend éventuel quant à leur montant entre le Créancier Bancaire Etranger et le Débiteur Allemand pourra être soumis à leurs Banques Centrales respectives.

11a. Zinsrückstände

Zinsen auf kurzfristige Kredite werden zum Jahressatz von 4% für die Zeit vom Tage der letzten Zinszahlung an den ausländischen Bankgläubiger oder vom Tage der Beendigung des letzten der früheren hierauf anwendbaren Abkommen (je nachdem, welches Datum später liegt,) bis zum Tage des Abschlusses dieses Abkommens berechnet. Sie sind nach Wahl des ausländischen Bankgläubigers entweder

(i) vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens an zum Kapitalbetrag des betreffenden kurzfristigen Kredites hinzuzuschlagen und bilden für den Zweck des Beitritts zu diesem Abkommen sowie für alle anderen Zwecke dieses Abkommens einen Teil dieses kurzfristigen Kredites oder

(ii) zu stunden und werden in der betreffenden ausländischen Währung bei Beendigung dieses Abkommens fällig, unbeschadet dessen jedoch, daß zu jeder Zeit vor dieser Beendigung dem ausländischen Bankgläubiger gemäß Ziffer 10 dieses Abkommens die gesamten gestundeten Zinsen oder ein Teil davon in Deutscher Mark gezahlt werden können (umgerechnet zu dem einen Werktag vor der Zahlung in der Bundesrepublik notierten amtlichen Mittelkurs).

Jeder ausländische Bankgläubiger soll gleichzeitig mit der Übersendung der Beitrittserklärung an seinen deutschen Schuldner diesem mitteilen, welche der Optionen er auszuüben wünscht; falls dies nicht geschieht, wird der Gläubiger so behandelt, als habe er die Option (i) ausgeübt.

11 A. Arreas of Interest

Interest on short-term credits at the rate of 4 per cent. per annum for the period since the date to which such interest was last paid to the Foreign Bank Creditor or the date of termination of the latest of the previous Agreements applicable thereto (whichever be the later) up to the date of this Agreement shall, at the option of the Foreign Bank Creditor concerned, either

(i) as of the date of this Agreement be added to the principal of the relative short-term credit and form part thereof for the purpose of adherence to and for all other purposes of this Agreement, or

(ii) be postponed and fall due in the relative foreign currency upon the termination of this Agreement, provided however that at any time prior to such termination the Foreign Bank Creditor may be paid pursuant to the provisions of Clause 10 hereof all or any part of such postponed interest in German currency (converted at the official middle rate quoted in the Federal Republic one working day previous to the day on which payment is actually made).

Each Foreign Bank Creditor, upon giving notice to his German Debtor of adherence to this Agreement, shall at the same time notify such Debtor which of the options the Creditor elects to exercise and, if no election is so notified, the Creditor shall be deemed to have elected to exercise option (i).

11A. Arriérés d'Intérêt

Des intérêts au taux de 4% par an seront calculés pour chaque crédit à court terme au titre de la période comprise entre la date du dernier paiement d'intérêts au Créancier Bancaire Etranger, ou la date d'expiration du dernier des Accords précédents applicable si elle est postérieure, et la date du présent Accord. Ces intérêts seront, au choix du Créancier Bancaire Etranger intéressé:

(i) soit calculés à la date du présent Accord et ajoutés au principal du crédit à court terme en cause, et considérés comme une partie intégrante de celui-ci pour ce qui concerne l'accession au présent Accord et toutes les autres fins prévues par celui-ci,

(ii) soit différés, auquel cas ils deviendront exigibles dans la monnaie étrangère en cause lors de l'expiration du présent Accord, sous réserve cependant qu'à tout moment avant cette date, le Créancier Bancaire Etranger pourra, en vertu des dispositions de l'Article 10 ci-dessus, recevoir en monnaie allemande tout ou partie de ces intérêts différés (convertis sur la base du taux moyen officiel coté sur le territoire de la République Fédérale le jour ouvrable précédant le jour du paiement effectif).

Dans la notification de son accession au présent Accord adressée à son Débiteur Allemand, chaque Créancier Bancaire Etranger lui notifiera en même temps l'option qu'il a choisi d'exercer et, en l'absence d'une telle notification, le Créancier sera réputé avoir choisi la solution prévue à l'alinéa (i).

12. Prorata-Teilungen von Zahlungen und Sicherheiten seitens deutscher Banken

(1) Wenn ein deutscher Schuldner, der sowohl einem ausländischen Bankgläubiger wie einem deutschen Bankschuldner gegenüber verschuldet ist, innerhalb der Laufzeit dieses Abkommens oder innerhalb von drei Monaten nach Beendigung seiner Laufzeit zahlungsunfähig geworden ist, die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens beantragt oder eine andere Regelung ähnlicher Art mit allen oder einzelnen seiner Gläubiger angestrebt hat oder in Konkurs geraten ist, so hat der deutsche Bankschuldner alle Rückzahlungen, die er von dem deutschen Schuldner innerhalb der letzten vier Monate

12. Prorating of Payments and Security by German Banks

(1) If a German Debtor, who is indebted both to a Foreign Bank Creditor and to a German Bank Debtor, has become insolvent or has sought a composition or other arrangement of a similar character with all or some of his creditors or has been declared bankrupt within the period of this Agreement or within three months thereafter, the German Bank Debtor shall prorate with the Foreign Bank Creditor any repayments received by the German Bank Debtor from the German Debtor at any time within four months before the happening of such event, as well as any security

12. Partage proportionnel des Versements et des Sûretés par les Banques Allemandes

(1) Au cas où un Débiteur Allemand, ayant des dettes à la fois vis-à-vis d'un Créancier Bancaire Etranger et d'un Débiteur Bancaire Allemand, deviendrait insolvable, ou solliciterait un concordat ou arrangement de même nature avec l'ensemble ou quelques-uns de ses créanciers, ou serait déclaré failli, pendant la durée du présent Accord ou dans les 3 mois suivant son expiration, le Débiteur Bancaire Allemand partagera proportionnellement avec le Créancier Bancaire Etranger le montant de tous les versements que le Débiteur Allemand aura pu effectuer entre les mains du Débiteur Bancaire

vor Eintritt eines solchen Ereignisses sowie alle Sicherheiten (mit Einschluß von Garantien und Bürgschaften), die er von ihm innerhalb der Laufzeit dieses Abkommens erhalten hat, mit dem ausländischen Bankgläubiger verhältnismäßig zu teilen.

(2) Der Konkursverwalter, jede deutsche mit der Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder einer Vereinbarung der vorerwähnten Art betraute Person, sowie der deutsche Bankschuldner haben allen beteiligten ausländischen Bankgläubigern volle Informationen über die oben angeführten Rückzahlungen und Sicherheitsleistungen zu geben.

13. Aufrechterhaltung der Verpflichtung von Garanten, Bürgen usw.

(1) Kein Garant, Bürge, Indossant oder Kreditversicherer in der Bundesrepublik eines kurzfristigen Kredites soll von seinen Verpflichtungen aus der Garantie, der Bürgschaft, dem Indossament oder der Versicherung deshalb befreit werden, weil durch dieses Abkommen oder als Folge davon eine Stundung oder eine Änderung in der Form des kurzfristigen Kredites oder eines Teiles desselben (einschließlich der in Ziffer 19 dieses Abkommens vorgesehenen Veränderung) eintritt. Ebensowenig soll derjenige, der in der Bundesrepublik für einen kurzfristigen Kredit bedingungslos oder bedingt als Schuldner haftet, dadurch befreit werden, daß ein Dritter eine Teilzahlung in Anrechnung auf den genannten Kredit leistet oder daß durch dieses Abkommen oder als Folge davon eine Änderung in der Form des kurzfristigen Kredites oder eines Teiles desselben eintritt. Ist die Verbindlichkeit eines deutschen Schuldners von einem Garanten, Bürgen oder Kreditversicherer außerhalb der Bundesrepublik garantiert oder versichert, der sich mit der Stundung oder mit einer Änderung in der Form der Verbindlichkeit nicht einverstanden erklärt, so werden dem deutschen Schuldner die Vergünstigungen gemäß diesem Abkommen nicht zuteil.

(2) Wenn ein Gesellschafter einer Firma, sei diese ein deutscher Bankschuldner oder ein deutscher Handels- oder Industrieschuldner, während der Laufzeit dieses Abkommens entweder durch Tod oder aus einem anderen Grunde als Gesellschafter ausscheidet, so gilt jede aus einem gemäß diesem Abkommen aufrechterhaltenen kurzfristigen Kredit erwachsende Verpflichtung als eine zur Zeit jenes Ausscheidens bestehende Verpflichtung. Die persönliche Haftung einer solchen Person oder, im Falle ihres Todes, die Haftung ihres Nachlasses für Verpflichtungen der Firma, die im Zeitpunkt ihres Ausscheidens bestanden, soll sich auf jede Verpflichtung erstrecken, die aus einem solchen kurzfristigen Kredit entsteht, solange er gemäß diesem Abkommen aufrechterhalten wird.

(including guarantees) received from the German Debtor at any time within the period of this Agreement.

(2) The Trustee in bankruptcy (Konkursverwalter), any German official in charge of any composition or arrangement as aforesaid and the German Bank Debtor shall furnish all the Foreign Bank Creditors concerned with full information as to any repayments made or security given as aforesaid.

13. Retention of the Liability of Guarantors, etc.

(1) No guarantor, endorser or credit insurer in the Federal Republic in respect of any short-term credit shall obtain any release from obligations under his guarantee, endorsement or insurance by reason of the postponement of or any change in the form of such short-term credit or part thereof (including the change provided for in Clause 19 hereof) by virtue of or consequent upon this Agreement and no debtor in the Federal Republic whether absolutely or contingently liable in respect of any short-term credit shall be released by reason of any partial payment on account thereof by any third party or by reason of any change in the form of such short-term credit or any part thereof by virtue of or consequent upon this Agreement. If the indebtedness of a German Debtor is guaranteed or credit insured by a guarantor or credit insurer outside the Federal Republic who does not assent to the postponement of or change in the form of such indebtedness the German Debtor shall not be entitled to the benefit of this Agreement.

(2) If a person being a partner of a firm which is a German Bank Debtor or German Commercial or Industrial Debtor ceases to be a partner during the continuance of this Agreement whether owing to his death or from any other cause any liability arising under any short-term credit maintained under this Agreement shall be deemed to be a liability existing at the date when such person ceased to be a partner; and the personal liability of such person or if he be dead the liability of his estate for liabilities of his firm which were existing at the date when he ceased to be a partner shall apply to any liability arising under any such short-term credit while maintained under this Agreement.

Allemand à tout moment au cours des quatre mois qui auront précédé cet événement. Il procédera au même partage pour toutes les sûretés (y compris les garanties) qui auront été fournies par le Débiteur Allemand à un moment quelconque pendant la durée du présent Accord.

(2) Le syndic de la faillite (Konkursverwalter), ou les fonctionnaires allemands chargés de l'exécution du concordat ou de l'arrangement dont il est question ci-dessus, ainsi que le Débiteur Bancaire Allemand, devront fournir à tous les Créanciers Bancaires Etrangers intéressés des renseignements complets sur tous les versements effectués et sur les sûretés données, comme il est indiqué ci-dessus.

13. Maintien de la responsabilité des Garants, etc.

(1) Aucun garant, endosseur ou avaliste, résidant sur le territoire de la République Fédérale, ne pourra être relevé des obligations qui lui incombent au titre d'un crédit à court terme quelconque en vertu de sa garantie, de son endos ou de son aval, du fait de l'ajournement de tout ou partie de ce crédit ou de modifications dans sa forme (y compris les modifications prévues à l'Article 19 ci-dessous) par application ou en conséquence du présent Accord. Aucun débiteur résidant dans la République Fédérale et responsable totalement ou conditionnellement d'un crédit à court terme ne sera considéré comme relevé de ses obligations du fait du remboursement partiel du crédit par un tiers ou de la modification de la forme de tout ou partie de ce crédit à court terme par application ou en conséquence du présent Accord. Si l'obligation du Débiteur Allemand est garantie par un avaliste ou un garant résidant hors du territoire de la République Fédérale et qui n'accepte pas l'ajournement ou la modification de la forme de cette obligation, le Débiteur Allemand ne pourra prétendre au bénéfice des dispositions du présent Accord.

(2) Si un des membres d'une société de personnes ayant la qualité de Débiteur Bancaire Allemand ou de Débiteur Commercial ou Industriel Allemand cesse d'appartenir à cette société pendant la durée du présent Accord, soit pour cause de décès, soit pour toute autre raison, toutes les obligations résultant d'un crédit à court terme maintenu dans le cadre du présent Accord seront réputées avoir été en existence à la date à laquelle l'intéressé a cessé d'appartenir à la société de personnes en question; l'intéressé ou, en cas de décès, sa succession, seront, dans la mesure où ils sont responsables de celles des obligations de la société qui étaient en existence à la date à laquelle il a cessé d'appartenir à celle-ci, responsables de toutes les obligations résultant du maintien du crédit à court terme en cause dans le cadre du présent Accord.

14. Konkurs, Zahlungsunfähigkeit oder Vertragsverletzung sowie die für den deutschen Schuldner eintretenden Wirkungen des Verlustes der Vergünstigungen aus dem Abkommen

(1) Wenn zu irgendeiner Zeit während der Laufzeit dieses Abkommens ein deutscher Schuldner in Konkurs gerät oder zahlungsunfähig wird, so geht er alsdann ohne weiteres aller Rechte und Vergünstigungen aus diesem Abkommen verlustig. Wenn ein ausländischer Bankgläubiger während der Laufzeit dieses Abkommens die Behauptung aufstellt, daß ein deutscher Schuldner zahlungsunfähig geworden ist, und wenn diese Behauptung bestritten wird, so hat jede Partei das Recht, den Streit dem Schiedsausschuß zur Entscheidung zu unterbreiten. Bis zur Entscheidung des erwähnten Schiedsauschusses hat der ausländische Bankgläubiger von jedweden Schritten gegen den deutschen Schuldner abzusehen.

(2) Wenn ein deutscher Schuldner während der Laufzeit dieses Abkommens bei dem zuständigen Gericht Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens stellt oder eine Regelung ähnlicher Art mit allen oder einzelnen seiner Gläubiger anstrebt, so kann jeder ausländische Bankgläubiger dieses Schuldners jederzeit vor Bestätigung des Vergleichs oder einer anderen Regelung durch das zuständige Gericht dem betreffenden Schuldner dieses Abkommen im Verhältnis zwischen ihm und dem Schuldner aufkündigen mit der Folge, daß der Schuldner damit der Rechte und Vergünstigungen aus diesem Abkommen verlustig geht.

(3) Wenn zu irgendeiner Zeit während der Laufzeit dieses Abkommens ein ausländischer Bankgläubiger behauptet, daß ein deutscher Schuldner eine Bestimmung dieses Abkommens verletzt und es unterlassen habe, diese Verletzung trotz Aufforderung binnen zwei Wochen nach Empfang der förmlichen Mitteilung des ausländischen Bankgläubigers wiedergutzumachen, so kann der ausländische Bankgläubiger den Streit dem Schiedsausschuß zur Entscheidung unterbreiten. Falls dies geschieht, so darf bis zur Entscheidung des Schiedsausschusses kein Beteiligter irgendwelche Schritte in der Sache unternehmen. Wenn der Schiedsausschuß gegen den deutschen Schuldner entscheidet, und dieser es unterläßt, der Entscheidung binnen zwei Wochen nach ihrem Erlaß Genüge zu leisten, so geht er ohne weiteres aller Rechte oder Vergünstigungen aus diesem Abkommen hinsichtlich des von dem betreffenden ausländischen Bankgläubiger zu seiner Verfügung gehaltenen kurzfristigen Kredites verlustig.

(4) Falls ein deutscher Schuldner zu irgendeiner Zeit seine Rechte oder Vergünstigungen aus diesem Abkommen aufgrund irgendeiner Bestimmung des vorstehenden Absatzes dieser Ziffer verlustig geht, so werden bei Eröffnung des Konkurs- oder Vergleichsverfahrens, bei eingetretener Zahlungsunfähigkeit oder anderen Vereinbarungen ähnlicher Art mit allen

14. Bankruptcy, Insolvency or Breach; and Effect of Loss of Benefits of this Agreement by a German Debtor

(1) If at any time during the period of this Agreement a German Debtor is declared bankrupt or becomes insolvent he shall forthwith cease to enjoy any benefits and privileges under this Agreement. If a Foreign Bank Creditor during the period of this Agreement claims that a German Debtor has become insolvent and this claim is disputed either party shall have the right to refer the dispute for decision to the Arbitration Committee. Pending a decision by the said Arbitration Committee the Foreign Bank Creditor shall refrain from taking any steps against the German Debtor.

(2) If at any time during the period of this Agreement a German Debtor applies to the competent tribunal for a composition (Vergleichsverfahren) or other arrangement of a similar character with all or some of his creditors any Foreign Bank Creditor of such Debtor at any time before such composition or other arrangement is confirmed by the competent tribunal may give notice to such Debtor terminating this Agreement as between the parties and upon the giving of such notice the Debtor shall cease to enjoy any benefits and privileges under this Agreement.

(3) If at any time during the continuance of this Agreement a Foreign Bank Creditor claims that a German Debtor has committed a breach of any of the provisions of this Agreement and has failed to remedy such breach upon request within a fortnight of receipt of formal notice from the Foreign Bank Creditor, such Foreign Bank Creditor may refer the dispute to the Arbitration Committee for decision. If such reference shall have been so made no steps shall be taken in the matter by any party to this Agreement pending a decision by the Arbitration Committee. If the Arbitration Committee shall give a decision adverse to the German Debtor and the German Debtor shall fail, within a fortnight of the decision of such Committee, to comply therewith the German Debtor shall forthwith cease to enjoy any benefits or privileges under this Agreement in respect of the short-term credit held at his disposal by the Foreign Bank Creditor.

(4) If a German Debtor ceases at any time to enjoy any benefits or privileges under this Agreement by reason of any of the provisions of the foregoing sub-Clauses of this Clause, then in the case of bankruptcy, insolvency or composition (Vergleichsverfahren) or other arrangement of a similar character with all or some of his creditors his indebtedness to all his

14. Faillite, Insolvabilité ou Violation de l'Accord; Effets de la Déchéance pour un Débiteur Allemand

(1) Au cas où, à un moment quelconque pendant la durée du présent Accord, un Débiteur Allemand serait déclaré en faillite ou deviendrait insolvable, il sera immédiatement déchu des bénéfices et privilèges prévus par ledit Accord. Si, pendant la durée de l'Accord, un Créancier Bancaire Etranger proclame qu'un Débiteur Allemand est devenu insolvable et si cette déclaration est contestée, chaque partie aura le droit de porter le différend devant la Commission d'arbitrage pour décision. En attendant que cette Commission ait statué sur l'affaire, le Créancier Bancaire Etranger devra s'abstenir de toute mesure à l'encontre du Débiteur Allemand.

(2) Au cas où, à un moment quelconque pendant la durée du présent Accord, un Débiteur Allemand s'adresserait au tribunal compétent pour obtenir un concordat (Vergleichsverfahren) ou tout autre arrangement de même nature avec l'ensemble ou quelques-uns de ses créanciers, tout Créancier Bancaire Etranger de ce Débiteur pourra, avant que ce concordat ou cet arrangement n'ait été confirmé par le tribunal compétent, notifier au Débiteur intéressé qu'il dénonce l'Accord en ce qui concerne leurs relations mutuelles. Dès cette notification, le Débiteur cessera de jouir des bénéfices et privilèges prévus par le présent Accord.

(3) Au cas où, à un moment quelconque pendant la durée du présent Accord, un Créancier Bancaire Etranger déclarerait qu'un Débiteur Allemand a violé l'une quelconque des dispositions du présent Accord et n'a pas réparé les effets de cette violation, dans les deux semaines suivant la réception d'une notification officielle à cet effet du Créancier Bancaire Etranger, celui-ci pourra soumettre le différend à la Commission d'arbitrage pour décision. En pareil cas, aucune mesure ne pourra être prise dans ce domaine par l'une quelconque des parties au présent Accord avant l'intervention de la décision de la Commission d'arbitrage. Si cette Commission se prononce contre le Débiteur Allemand et si ce dernier ne se conforme pas à cette décision dans les deux semaines suivant l'intervention de celle-ci, le Débiteur Allemand sera immédiatement déchu des bénéfices ou privilèges prévus par le présent Accord en ce qui concerne le crédit à court terme tenu à sa disposition par le Créancier Bancaire Etranger.

(4) Lorsqu'en vertu des dispositions des paragraphes précédents du présent Article un Débiteur Allemand cesse, à un moment quelconque, de jouir des bénéfices ou privilèges prévus par le présent Accord, ses dettes deviennent immédiatement exigibles et payables, soit envers l'ensemble de ses Créanciers Bancaires Etrangers si la déchéance est due à la faillite, l'insolvabilité

oder einzelnen seiner Gläubiger seine Verpflichtungen gegenüber allen seinen ausländischen Bankgläubigern, im Falle der Vertragsverletzung dagegen seine Verpflichtungen gegenüber den durch diese Verletzung betroffenen ausländischen Bankgläubigern, sofort fällig und zahlbar, und es steht daraufhin dem bzw. den in Frage kommenden ausländischen Bankgläubigern frei, ihre Rechte gegen den deutschen Schuldner in demselben Umfange einzuklagen und wegen dieser zu vollstrecken sowie von allen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen, die ihnen zuständen, wenn sie in der Bundesrepublik ansässig wären.

Foreign Bank Creditors, and in the case of a breach of his indebtedness to the Foreign Bank Creditor or Creditors affected by such breach, shall forthwith become due and payable and thereupon nothing shall prevent the Foreign Bank Creditor or Creditors concerned from prosecuting and enforcing all his or their claims against the German Debtor including the exercise of such remedies as he or they would have if permanently resident in the Federal Republic.

ou l'introduction d'une demande de concordat (Vergleichsverfahren) ou d'autre arrangement de même nature avec l'ensemble ou quelques-uns de ses créanciers, soit envers le ou les Créanciers Bancaires Etrangers affectés si la déchéance est due à la violation des dispositions du présent Accord. Rien n'empêchera alors le ou les Créanciers Bancaires Etrangers intéressés de poursuivre et d'exécuter toutes leurs créances à l'encontre du Débiteur Allemand, notamment par la voie des recours qui leur seraient ouverts s'ils résidaient de façon permanente sur le territoire de la République Fédérale.

(5) Die Tatsache, daß ein deutscher Schuldner die Vergünstigungen gemäß diesem Abkommen verloren hat, läßt die Rechte eines Dritten, die zur Zeit eines solchen Verlustes bestanden, unberührt; insbesondere bleiben die Rechte seines ausländischen Bankgläubigers gegenüber der Deutschen Golddiskontbank wegen einer Garantie für kurzfristige Kredite, für die der betreffende Schuldner haftete, unberührt.

(5) The fact that a German Debtor has lost the benefit of this Agreement shall not prejudice the rights of any party which existed at the date on which such loss of benefit took place and in particular shall not prejudice the rights of his Foreign Bank Creditor against the Deutsche Golddiskontbank in respect of any guarantee of short-term credits in respect of which such Debtor was liable.

(5) Le fait pour un Débiteur Allemand d'être déchu du bénéfice du présent Accord ne saurait affecter les droits que toute partie pouvait détenir à la date de la déchéance, et notamment les droits que son Créancier Bancaire Etranger pourrait détenir à l'encontre de la Deutsche Golddiskontbank au titre de toute garantie des crédits à court terme dont ce Débiteur était responsable.

(6) Wenn ein deutscher Schuldner zu irgendeiner Zeit aus einem anderen Grunde als der Eröffnung eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens der Rechte oder Vergünstigungen aus diesem Abkommen auf Grund einer gemäß Absatz (2) dieser Ziffer erfolgten Kündigung verlustig geht, so sind die Bestimmungen der Ziffer 16 dieses Abkommens auf die Verpflichtungen des Schuldners in Bezug auf die betreffende Verschuldung nicht anwendbar.

(6) If a German Debtor shall at any time cease to enjoy any benefits or privileges under this Agreement by reason of notice given pursuant to sub-Clause (2) of this Clause other than in case of a composition (Vergleichsverfahren), then the provisions of Clause 16 hereof shall not be applicable to the obligations of such Debtor in respect of the relative indebtedness.

(6) Lorsqu'un Débiteur Allemand cesse à un moment quelconque de jouir des bénéfices ou privilèges prévus par le présent Accord à la suite d'une notification donnée dans les conditions prévues au paragraphe 2 du présent Article, à l'exception du cas de concordat (Vergleichsverfahren), les dispositions de l'Article 16 ci-après ne seront pas applicables aux obligations de ce Débiteur au titre de la dette en cause.

15. Aufrechterhaltung von Krediten über längere Zeiträume

Jeder ausländische Bankgläubiger kann mit seinem deutschen Schuldner Vereinbarungen über die Aufrechterhaltung seiner kurzfristigen Kredite oder einiger davon für einen längeren Zeitraum als in Ziffer (2) dieses Abkommens vorgesehen treffen oder über den Ersatz dieser Kredite durch andere, die für einen längeren als in der genannten Ziffer vorgesehenen Zeitraum aufrechtzuerhalten sind. Im Falle einer solchen Vereinbarung ist bei Vorliegen der Zustimmung der Bank deutscher Länder der derart verlängerte oder ersetzte kurzfristige Kredit nicht mehr Gegenstand dieses Abkommens.

15. Maintenance of Credits for Longer Periods

Any Foreign Bank Creditor may make arrangements with his German Debtor for the maintenance of his short-term credits or some of them for a period longer than is provided by Clause 2 of this Agreement or for the substitution of such credits by other credits to be maintained for a period longer than is provided by that Clause. On the making of any such arrangement the short-term credit or short-term credits which is or are so extended or substituted shall cease to be subject to this Agreement if the Bank deutscher Länder agrees.

15. Maintien des Crédits pour de plus longues périodes

Tout Créancier Bancaire Etranger peut s'entendre avec son Débiteur Allemand pour maintenir tout ou partie de ses crédits à court terme pendant une période plus longue qu'il n'est prévu à l'Article 2 du présent Accord, ou pour remplacer ces crédits par d'autres crédits qui seront maintenus pendant une période plus longue qu'il n'est prévu par ledit Article. Dès l'intervention de cet arrangement, le ou les crédits à court terme ainsi prorogés ou remplacés cesseront d'être assujettis au présent Accord si la Bank deutscher Laender y consent.

16. Beschaffung von Devisen

Die Bank deutscher Länder übernimmt es, jederzeit während der Laufzeit dieses Abkommens die Devisen bereitzustellen, die erforderlich sind, um den deutschen Schuldnern die Erfüllung ihrer aus diesem Abkommen sich ergebenden Verpflichtungen zu ermöglichen, für die die Beschaffung von Devisen notwendig ist.

16. Provision of Foreign Exchange

The Bank deutscher Länder undertakes to make available at all times during the period of this Agreement the necessary foreign exchange to enable the German Debtors to discharge the obligations necessitating the provision of foreign exchange and assumed by them under or pursuant to this Agreement.

16. Fourniture de devises étrangères

La Bank deutscher Laender s'engage à tenir constamment disponibles, pendant toute la durée du présent Accord, les devises étrangères nécessaires pour permettre aux débiteurs allemands de s'acquitter des obligations en devises assumées par eux par application, ou en conséquence du présent Accord.

17. Beratender Ausschuß

(1) Um von Fall zu Fall mit dem Deutschen Ausschuß und der Bank deutscher Länder Beratungen zu pflegen und um die Ausländischen Bankenausschüsse über während der Laufzeit des Abkommens auftauchende Fragen

17. Consultative Committee

(1) For the purpose of conferring from time to time with the German Committee and the Bank deutscher Länder and keeping the Foreign Bankers' Committees informed of matters arising during the period of

17. Comité Consultatif

(1) En vue de permettre des consultations périodiques avec le Comité Allemand et la Bank deutscher Laender, de tenir les Comités Bancaires Etrangers informés des questions qui se poseront pendant la durée du pré-

auf dem laufenden zu halten sowie zur Wahrnehmung weiterer mit den Bestimmungen dieses Abkommens in Einklang stehender Obliegenheiten, die ihm entweder durch das Abkommen selbst oder durch die Ausländischen Bankenausschüsse zugewiesen werden, kann jederzeit von dem Vorsitzenden des Vereinigten Ausschusses von Vertretern Ausländischer Bankenausschüsse eine Sitzung eines beratenden Ausschusses einberufen werden, der aus Delegierten der Ausländischen Bankenausschüsse besteht; diese Sitzung ist von ihm jeweils dann einzuberufen, wenn er hierzu von dem Deutschen Ausschuß oder einem der Ausländischen Bankenausschüsse aufgefordert wird. Jeder Ausländische Bankenausschuß, der dieses Abkommen unterzeichnet, ist zur Ernennung eines Delegierten berechtigt. Jede nach oder in Übereinstimmung mit dieser Ziffer anberaumte Sitzung kann durch Mitteilung des Vorsitzenden des vorerwähnten Vereinigten Ausschusses wieder aufgehoben oder verschoben werden.

this Agreement and of performing such other duties, consistent with the terms of this Agreement, as shall be entrusted to them under this Agreement or by the Foreign Bankers' Committees, a meeting of a Consultative Committee consisting of delegates representing the Foreign Bankers' Committees may be convened at any time by the Chairman of the Joint Committee of Representatives of Foreign Bankers' Committees and shall be so convened by him at any time if he is requested so to do by the German Committee or by any Foreign Bankers' Committee. Each Foreign Bankers' Committee signatory to this Agreement shall be entitled to nominate a delegate. Any meeting fixed by or in accordance with this Clause may be cancelled or postponed by notice given by the Chairman of the said Joint Committee.

sent Accord, et de remplir telles autres fonctions compatibles avec les dispositions de l'Accord et qui lui seraient confiées soit par ledit Accord, soit par les Comités Bancaires Etrangers, un Comité consultatif composé de représentants des Comités Bancaires Etrangers pourra être convoqué à tout moment par le Président du Comité Mixte des Représentants des Comités Bancaires Etrangers. Celui-ci sera tenu de convoquer le Comité Consultatif si le Comité Allemand ou l'un des Comités Bancaires Etrangers en fait la demande. Chaque Comité Bancaire signataire du présent Accord sera en droit de désigner un délégué. Toute réunion fixée en vertu du présent Article pourra être décommandée ou différée par notification du Président du Comité Mixte susvisé.

(2) Vorbehaltlich der nachstehenden Bestimmungen werden alle Beschlüsse der Delegierten durch Abstimmung der anwesenden Delegierten, die eine Mehrheit der Ausländischen Bankenausschüsse darstellen, gefaßt, vorausgesetzt, daß diese Mehrheit der Ausländischen Bankenausschüsse mindestens 50 % des Nennbetrages der alsdann noch ausstehenden kurzfristigen Kredite vertritt.

(2) Subject as hereinafter provided all decisions of the delegates shall be taken by the vote of delegates present and representing a majority of the Foreign Bankers' Committees, provided that such majority of Foreign Bankers' Committees shall represent not less than 50 per cent. in face value of the short-term credits then outstanding.

(2) Sous réserve des dispositions ci-après, toutes les décisions seront prises par un vote des délégués présents et représentant une majorité des Comités Bancaires Etrangers, à condition que cette majorité représente au moins 50 %, en valeur nominale, des crédits à court terme alors non remboursés.

(3) Der hiernach bestellte Ausschuß kann durch einstimmigen Beschluß der bei einer Sitzung anwesenden Delegierten und mit Zustimmung des Deutschen Ausschusses die Bestimmungen dieses Abkommens auslegen und von Fall zu Fall abändern. Es soll jedoch keine Abänderung vorgenommen werden, die die Rechte der Vertragsparteien oder der diesem Abkommen Beigetretenen wesentlich ändert. Die Feststellung des hiernach bestellten Ausschusses und des Deutschen Ausschusses, daß eine solche Abänderung die erwähnten Rechte nicht wesentlich ändert, ist für alle Parteien des Abkommens und diejenigen, die ihm beitreten, bindend.

(3) The Committee herein appointed may by unanimous vote of the delegates present at a meeting and with the agreement of the German Committee construe and amend the terms of this Agreement from time to time, provided that no amendment shall be made which shall substantially change the rights of the parties or adherents hereto. The determination of the Committee herein appointed and of the German Committee that any such amendment does not substantially change such rights shall be binding on all the parties and adherents hereto.

(3) Le Comité ainsi nommé pourra, par un vote unanime des délégués présents et avec l'agrément du Comité allemand, interpréter et amender périodiquement le texte du présent Accord, à condition qu'aucun amendement ne soit apporté qui puisse affecter substantiellement les droits des parties au présent Accord ou de ceux qui y auront accédé. Lorsque le Comité en question et le Comité allemand auront décidé qu'un amendement n'affecte pas substantiellement ces droits, cette décision sera obligatoire pour toutes les parties au présent Accord et ceux qui y auront accédé.

(4) Wird es zu irgendeinem Zeitpunkt auf Grund der dann in der Bundesrepublik in Kraft befindlichen Gesetze einem ausländischen Bankgläubiger ermöglicht, die Rückzahlung eines kurzfristigen Kredites oder eines Teiles davon in deutscher Währung zu verlangen, so kann der beratende Ausschuß durch einstimmigen Beschluß der bei einer Sitzung anwesenden Delegierten (oder durch schriftliche Zustimmung aller dieser Delegierten ohne formelle Sitzung) die Ziffern 10 und 11 a dieses Abkommens dahin abändern, daß der Schuldner zu der darin behandelten Zahlung in deutscher Währung verpflichtet ist, und zwar wenn und insoweit als ein ausländischer Bankgläubiger dies verlangt, vorbehaltlich jedoch gegebenenfalls noch in der Bundesrepublik im Hinblick auf derartige Zahlungen bestehender Beschränkungen. Jede derartige Abänderung ist für alle Parteien dieses Abkommens und diejenigen, die ihm beitreten, bindend.

(4) If at any time it becomes possible under laws then in force in the Federal Republic for a Foreign Bank Creditor to require repayment of a short-term credit or any part thereof in German currency, then the Consultative Committee by unanimous vote of its delegates at a meeting (or by written agreement of all such delegates without a formal meeting) may amend Clauses 10 and 11 A of this Agreement so as to make payment in German currency thereunder compulsory upon the Debtor if and to the extent that a Foreign Bank Creditor shall require the same subject, however, to any then still subsisting limitations in force in the Federal Republic regarding such payments. Any such amendment shall be binding upon all the parties and adherents hereto.

(4) Au cas où, à un moment quelconque, les lois en vigueur sur le territoire de la République Fédérale autoriseraient un Créancier Bancaire Etranger à demander le remboursement en monnaie allemande de tout ou partie d'un crédit à court terme, le Comité Consultatif pourra, par un vote unanime de ses délégués au cours d'une réunion (ou, sans réunion officielle, par l'accord écrit de tous ses délégués), modifier les Articles 10 et 11 A du présent Accord, de façon à rendre le remboursement en monnaie allemande, prévu par ces Articles, obligatoire pour le débiteur, dans la mesure où un Créancier Bancaire Etranger en ferait la demande, sous réserve cependant des limitations qui, à l'époque, pourraient encore être en vigueur sur le territoire de la République Fédérale à l'égard de ces remboursements. Toute modification de cette nature sera obligatoire pour toutes les parties au présent Accord et pour ceux qui y auront accédé.

18. Anlagen in deutscher Währung auf Grund früherer Abkommen

Vom Zeitpunkt des Abschlusses dieses Abkommens sind Zinsen und Erträgnisse aus Registermarkanlagen gemäß Ziffer 10 eines der früheren Abkommen gemäß den Bestimmungen der Ziffer 10 (5) (g) des 1939-Abkommens zu behandeln, vorausgesetzt, daß der Satz, zu welchem diese Zinsen und Erträgnisse transferiert werden, nicht den in dem betreffenden Zeitpunkt für kurzfristige Kredite an ausländische Bankgläubiger des gleichen Gläubigerstaates zahlbaren Zinssatz überschreitet.

18. Investments under Previous Agreements

As from the date of this Agreement interest and earnings in respect of investments made out of Registered Credit Balances pursuant to Clause 10 of any of the previous Agreements shall be dealt with as provided in clause 10 (5) (g) of the 1939 Agreement; provided that the rate at which such interest and earnings will be transferred shall not exceed the rate of interest for the time being payable on short-term credits to Foreign Bank Creditors in the same creditor country.

18. Investissements effectués dans le cadre des Accords précédents

A compter de la date du présent Accord, les intérêts et les autres revenus afférents aux investissements effectués avec les Soldes Créditeurs Enregistrés, par application de l'Article 10 de l'un quelconque des Accords précédents, recevront application du traitement prévu par l'Article 10 (5) (g) de l'Accord de 1939, à condition que le taux de transfert de ces intérêts et autres revenus ne dépasse pas le taux d'intérêt actuellement payable, au titre des crédits à court terme, aux Créanciers Bancaires Etrangers du même pays créancier.

19. Fälligkeit der Kredite

Alle Verbindlichkeiten, die sich aus unter dieses Abkommen fallenden kurzfristigen Krediten ergeben, werden bei Ablauf oder Beendigung des Abkommens fällig und zahlbar. Die ausländischen Bankgläubiger sind daraufhin berechtigt, die Konten der deutschen Schuldner in Höhe aller für die Rechnung dieser deutschen Schuldner akzeptierten Wechsel zu belasten, und zwar auch dann, wenn die Wechsel einen späteren Verfalltag tragen. Jedoch dürfen Zinsen erst von der Fälligkeit der Wechsel an berechnet werden. Im Falle von bestätigten Krediten ist der ausländische Bankgläubiger berechtigt, den Gesamtbetrag aller auf Grund eines solchen Kredits vor Ablauf dieses Abkommens gezogenen Wechsel als effektive Verbindlichkeit zu belasten, ungeachtet der Tatsache, daß die betreffenden Wechsel in dem erwähnten Zeitpunkt noch nicht zum Akzept vorgelegt worden sind. Der nicht in Anspruch genommene Teil eines bestätigten Kredites kann als bedingte Verbindlichkeit belastet werden; Zinsen dürfen jedoch nicht belastet werden, bis die Wechsel fällig werden oder bis der ausländische Bankgläubiger auf Grund eines solchen Kredites tatsächlich Barvorlagen gemacht hat.

19. Maturity of Credits

All indebtedness arising under short-term credits covered by this Agreement shall mature on the expiration or termination hereof and such indebtedness shall thereupon become due and payable. Furthermore, on such expiration or termination, Foreign Bank Creditors shall be entitled to debit the accounts of German Debtors with the amount of all bills accepted for account of such German Debtors notwithstanding the fact that the bills themselves are drawn for later maturity but so that no interest shall be chargeable until the bills mature. In the case of confirmed credits, Foreign Bank Creditors shall be entitled to debit as an actual liability the amount of all bills drawn thereunder prior to the expiration of this Agreement, notwithstanding the fact that such bills have not at that date been presented for acceptance and, as a contingent liability, the unused balance of any confirmed credit, but so that interest shall not be chargeable until the bills mature or until cash has actually been advanced by Foreign Bank Creditors in respect of such credits.

19. Echéance des Crédits

Toutes les dettes correspondant aux crédits à court terme visés par le présent Accord viendront à échéance lors de l'expiration ou de la dénonciation dudit Accord et le montant en deviendra immédiatement exigible et payable. En outre, lors de l'expiration ou de la dénonciation de l'accord, les Créanciers Bancaires Etrangers seront en droit de débiter les comptes des Débiteurs Allemands du montant de tous les effets acceptés pour compte de ces Débiteurs même lorsque leur date d'échéance sera postérieure; dans ce dernier cas, cependant, aucun intérêt ne pourra être compté avant cette échéance. Dans le cas des crédits confirmés, les Créanciers Bancaires Etrangers seront en droit de porter au débit comme une obligation effective le montant de tous les effets tirés avant la date d'expiration du présent Accord même si ces effets n'ont pas à cette date été présentés pour acceptation, et comme une obligation conditionnelle le solde inutilisé de tout crédit confirmé; mais aucun intérêt ne pourra être compté tant que les effets ne seront pas arrivés à échéance ou tant que des fonds n'auront pas été effectivement avancés par les Créanciers Bancaires Etrangers au titre de ces crédits.

20. Schiedsgerichtsbarkeit

(1) Etwaige Streitigkeiten, die zwischen ausländischen Bankgläubigern einerseits und deutschen Schuldnern [1] oder der Bank deutscher Länder andererseits über die Auslegung dieses Abkommens oder über andere sich aus diesem Abkommen ergebende Fragen entstehen, sind einem nach den Bestimmungen dieser Ziffer gebildeten Schiedsausschuß zu unterbreiten.

(2) Der Schiedsausschuß wird wie folgt gebildet:

(a) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ernennt drei Personen zu ständigen Ausschußmitgliedern, von denen eine zum Vorsitzenden des Ausschusses und eine zweite zum stellvertretenden Vorsitzenden mit der Funktion bestellt wird, in Abwesenheit des Vorsitzenden die Sitzungen des Ausschusses zu leiten.

20. Arbitration

(1) In case any dispute shall occur between Foreign Bank Creditors and German Debtors [1] or the Bank deutscher Länder as to the interpretation of this Agreement or as to any matter or thing arising thereout, the same shall be referred to an Arbitration Committee constituted in accordance with the provisions of this Clause.

(2) The Arbitration Committee shall be constituted as follows:—

(a) The Bank for International Settlements shall nominate three persons to serve as permanent members of the Arbitration Committee, designating one of such persons as Chairman of the Committee and a second person as Vice-Chairman to preside over any meeting of the Committee in the absence of the Chairman.

20. Arbitrage

(1) En cas de litige entre les Créanciers Bancaires Etrangers d'une part, et les Débiteurs Allemands [1] ou la Bank deutscher Laender d'autre part, au sujet de l'interprétation de l'Accord ou d'une question en découlant, le litige sera soumis à une Commission d'Arbitrage instituée conformément aux dispositions du présent Article.

(2) La Commission d'Arbitrage sera composée de la manière suivante:

(a) La Banque des Règlements Internationaux désignera trois personnes comme membres permanents de la Commission d'Arbitrage, la première en qualité de Président de la Commission, la seconde en qualité de Vice-Président chargé de présider les réunions de la Commission en l'absence du Président.

[1] Siehe Unteranlage.

[1] See Sub-Annex.

[1] Voir Annexe III A.

(b) Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ernennt außerdem drei weitere Personen als Ersatzmitglieder des Schiedsausschusses, die anstelle eines oder mehrerer der ständigen Mitglieder für den Fall zur Verfügung stehen sollen, daß die letzteren zeitweilig aus Krankheits- oder anderen Gründen verhindert sein sollten, an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen. Dabei ist Bestimmung darüber zu treffen, an die Stelle welcher ständigen Mitglieder die einzelnen Ersatzmitglieder treten sollen. Ein Ersatzmitglied darf an Sitzungen des Ausschusses nur in Abwesenheit und als Vertreter des betreffenden ständigen Mitgliedes teilnehmen.

(3) Die Verfahrensordnung des Schiedsausschusses muß u. a. folgende Vorschriften enthalten:

(a) Die Unterzeichner dieses Abkommens (d. h. die Ausländischen Bankenausschüsse, der Deutsche Ausschuß und die Bank deutscher Länder) müssen von dem Datum der Verhandlung über eine dem Schiedsausschuß von einem der Unterzeichner unterbreitete Frage mindestens zehn Tage vor der Verhandlung benachrichtigt werden, und jeder Unterzeichner hat gemäß den Bestimmungen des nachfolgenden Unterabsatzes dieses Absatzes die Rechte einer Prozeßpartei.

(b) Alle an einem dem Schiedsausschuß unterbreiteten Streitfall beteiligten Parteien sind berechtigt, die Verhandlung durch einen Vertreter, Anwalt oder sonstigen Bevollmächtigten wahrzunehmen und dem Schiedsausschuß ihre Stellungnahme in Richtung einer Bejahung oder Verneinung der zur Verhandlung stehenden Frage gemäß dem von dem Schiedsausschuß jeweils vorgeschriebenen Verfahren in Form eines Schriftsatzes zu unterbreiten.

(c) Der Schiedsausschuß hat von Fall zu Fall die Termine und die Orte, an denen seine Sitzungen stattfinden sollen, festzusetzen und alle Unterzeichner dieses Abkommens rechtzeitig hiervon zu benachrichtigen.

(d) Der Schiedsausschuß hat jede von ihm erlassene Entscheidung, gleichviel ob sie einstimmig gefaßt ist oder nicht, mit einer kurzen schriftlichen Begründung zu versehen. Von einer solchen Urteilsbegründung kann auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Ausschusses abgesehen werden, es sei denn, daß eine Partei vor der Verhandlung den Antrag auf schriftliche Niederlegung der Gründe gestellt hat. In den Fällen, in denen keine schriftliche Begründung gegeben ist, muß die Entscheidung die Feststellung enthalten, daß der Ausschuß einstimmig einen dahingehenden Beschluß gefaßt und daß keine Partei einen Antrag des oben erwähnten Inhalts gestellt hat.

(b) In addition the Bank for International Settlements shall nominate three persons who shall be available to serve as alternate members of the Arbitration Committee in place of any one or more of the permanent members who may from time to time be unable through illness or otherwise to attend meetings of the Committee, specifying the permanent member which each such alternate is to replace. No alternate shall be entitled to attend any meeting of the Committee except in the absence of and as substitute for his respective permanent member.

(3) The Rules of the Arbitration Committee shall provide *inter alia* that: —

(a) Not less than ten days' notice shall be given to each of the signatories to this Agreement (that is to say, the Foreign Bankers' Committees, the German Committee and the Bank deutscher Länder) of the hearing of any questions referred to the Arbitration Committee by any of such signatories and thereupon each of such signatories shall have the rights of a party to the proceedings as provided in the next succeeding paragraph of this sub-Clause.

(b) In respect of every question referred to the Arbitration Committee all parties to the proceedings shall be entitled to be represented at the hearing thereof by a representative, lawyer or other agent and to submit for consideration of the Arbitration Committee a written statement of arguments in support of or in opposition to such question in accordance with such regulations as to procedure as the Arbitration Committee may from time to time prescribe.

(c) The Arbitration Committee shall decide from time to time the times and places at which the sessions of the Committee are to take place and shall give due notice thereof to all signatories to this Agreement.

(d) The Arbitration Committee shall in respect of every decision made by it, whether or not such decision is unanimous, state briefly in writing the grounds upon which such decision is based provided, however, that the grounds for the Committee's decision need not be given if the Committee so determines by a unanimous vote, unless one of the parties has prior to the hearing requested in writing that the grounds be stated. In cases where no grounds are stated the award shall contain a record of the fact that a unanimous decision to that effect was passed by the Committee and that no request was made by any of the parties as aforesaid.

(b) La Banque des Règlements Internationaux désignera en outre trois personnes en qualité de membres suppléants de la Commission d'Arbitrage. Ces dernières pourront remplacer le ou les membres permanents qui, pour cause de maladie ou pour toute autre raison, ne seraient pas en mesure d'assister aux séances de la Commission. La Banque des Règlements Internationaux spécifiera le membre permanent que chaque membre suppléant sera chargé de remplacer. Les suppléants ne pourront assister aux réunions de la Commission qu'en l'absence des membres permanents qu'ils sont respectivement chargés de remplacer.

(3) Le règlement de la Commission d'Arbitrage devra contenir, entre autres, les clauses suivantes:

(a) Chacun des signataires du présent Accord (c'est-à-dire les Comités Bancaires Etrangers, le Comité Allemand et la Bank deutscher Laender) devra être prévenu au moins 10 jours à l'avance de la tenue d'une audience sur une question soumise à la Commission d'Arbitrage par l'un quelconque des signataires. De ce chef chaque signataire assumera immédiatement tous les droits inhérents à la qualité de partie au débat au sens des dispositions de l'alinéa ci-dessous.

(b) Pour chaque question soumise à la Commission d'Arbitrage, chacune des parties au débat sera en droit de se faire représenter à l'audience en cause par un représentant, conseil juridique ou autre mandataire et de soumettre à l'examen de la Commission d'Arbitrage un exposé écrit des arguments invoqués par elle à l'appui ou à l'encontre des thèses en présence, conformément aux règles de procédure que la Commission d'Arbitrage pourra périodiquement adopter.

(c) La Commission d'Arbitrage fixera périodiquement les heures et lieux de ses audiences et les notifiera à tous les signataires du présent Accord.

(d) Pour chacune de ses décisions, unanimes ou non, la Commission d'Arbitrage exposera brièvement par écrit les attendus de la décision. Toutefois ces attendus n'auront pas à être donnés si la Commission en dispose autrement par un vote unanime, sauf dans le cas où l'une des parties aurait, avant l'audience, demandé par écrit qu'ils soient communiqués. Lorsque les attendus ne seront pas fournis, la décision devra préciser qu'il en a été ainsi décidé à l'unanimité par la Commission et qu'aucune requête n'a été formulée par l'une quelconque des parties comme il est dit ci-dessus.

(e) Erklärt sich der Schiedsausschuß für die Entscheidung eines ihm unterbreiteten Streitfalles nicht für zuständig und verneint das an sich zuständige ordentliche Gericht in dem Lande einer der am Verfahren beteiligten Parteien seine Zuständigkeit mit der Begründung, daß der Ausschuß zuständig sei, oder wird der Streitfall ganz oder zum Teil an den Ausschuß zurückverwiesen, so hat in beiden Fällen der Ausschuß den Streitfall zu entscheiden.

(e) If the Arbitration Committee shall, in respect of any question referred to it, declare itself not to be competent to decide the same and if upon application to the appropriate court of law in the country of any of the parties to the proceedings, jurisdiction shall be declined upon the ground that jurisdiction rests with the Committee, or, if the question be referred back wholly or in part to the Committee, then in either such case the Committee shall decide the question.

(e) Si la Commission d'Arbitrage se déclare incompétente pour connaître d'une question qui lui est soumise, et si, après recours au tribunal approprié du pays de l'une quelconque des parties intéressées au débat, ce tribunal se déclare à son tour incompétent, motif pris de ce que la question est du ressort de la Commission d'Arbitrage, ou si la question est renvoyée entièrement ou partiellement à la Commission, il appartiendra à celle-ci de trancher le différend.

21. Unkosten

Die durch die Vorbereitung, den Vollzug und die Durchführung dieses Abkommens entstehenden und damit zwangsläufig verbundenen Kosten und Auslagen, einschließlich der den Ausländischen Bankenausschüssen für Rechtsberatung oder aus anderem Anlaß vor Abschluß des Abkommens (jedoch nicht vor dem 1. November 1950) und während seiner Fortdauer gemachten ordnungsgemäß entstandenen Aufwendungen, fallen den deutschen Schuldnern zur Last. Der Deutsche Ausschuß hat für die Bezahlung aller dieser Kosten, Auslagen und Vergütungen Sorge zu tragen.

21. Expenses

The costs and expenses of and incidental to the preparation and execution of this Agreement and of carrying the terms thereof into effect, including all legal costs and other expenses properly incurred by Foreign Bankers' Committees prior to the execution of this Agreement (but not earlier than 1st November, 1950) and during the continuance thereof, shall be for the account of the German Debtors. Provision for the payment of all such costs, expenses and remuneration shall be made by the German Committee.

21. Dépenses

Les frais et dépenses afférents à la préparation, à la signature et à l'exécution du présent Accord, y compris tous les frais d'ordre juridique et les autres dépenses exposés par les Comités Bancaires Etrangers avant la signature (mais postérieurement au 1er novembre 1950) et pendant la durée du présent Accord, seront à la charge des Débiteurs Allemands. Des dispositions seront prises par le Comité Allemand en vue du remboursement de ces frais, dépenses et rémunérations.

22. Beitritt

(1) Der Beitritt zu diesem Abkommen wird von jedem ausländischen Bankgläubiger dadurch vollzogen, daß er seinem deutschen Schuldner bzw. seinen deutschen Schuldnern innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Abkommens seine Beitrittserklärung mittels eines Schreibens in doppelter Ausfertigung unter Verwendung eines einheitlichen — bei den Ausländischen Bankenausschüssen in den betreffenden ausländischen Gläubigerländern erhältlichen — Musters anzeigt. Das Schreiben hat die kurzfristigen Kredite, für die der deutsche Schuldner haftet und auf die der Beitritt sich bezieht, im einzelnen zu bezeichnen. Jeder deutsche Schuldner hat binnen vier Tagen nach Empfang einer Beitrittserklärung von einem seiner ausländischen Bankgläubiger an diesen ein Schreiben zur Absendung zu bringen, in dem er seinen Beitritt unter Verwendung eines einheitlichen — bei der Bank deutscher Länder oder einer Landeszentralbank erhältlichen — Musters bestätigt.(1) Der ausländische Bankgläubiger kann seinen Beitritt auch durch Kabel erklären, muß dies aber alsdann in der oben angegebenen Weise bestätigen.

22. Adherence

(1) Adherence to this Agreement shall be effected by each Foreign Bank Creditor notifying to his German Debtor or Debtors within two months from the coming into force of this Agreement his willingness to adhere, by means of a letter in standard form rendered in duplicate (specifying the short-term credits in respect of which such German Debtor or Debtors are liable and in respect of which adherence is made) which will be obtainable from the Foreign Bankers' Committees in the respective foreign creditor countries. Every German Debtor shall forward within four days of receipt of a letter of adherence from any of his Foreign Bank Creditors a letter confirming his adherence(1) in standard form which will be obtainable from the Bank deutscher Länder or any Landeszentralbank.(1) Adherence by the Foreign Bank Creditor may be effected by cable subsequently confirmed in the foregoing manner.

22. Accession à l'Accord

(1) Pour accéder au présent Accord chaque Créancier Bancaire Etranger notifiera à son ou à ses Débiteurs Allemands, dans les deux mois suivant l'entrée en vigueur dudit Accord, qu'il est prêt à y accéder. Cette notification (qui spécifiera les crédits à court terme, dus par le ou les Débiteurs Allemands intéressés, au titre desquels l'accession est effectuée) sera établie par écrit, en double exemplaire, sur une formule type qui pourra être obtenue auprès des Comités Bancaires Etrangers dans chaque pays créancier intéressé. Dans les quatre jours de la réception d'une lettre d'accession émanant de l'un quelconque de ses Créanciers Bancaires Etrangers, le Débiteur Allemand devra lui faire parvenir une lettre confirmant son accession.(1) Cette lettre sera établie sur une formule type qui pourra être obtenue auprès de la Bank deutscher Laender ou de toute Landeszentralbank.(1). Tout Créancier Bancaire Etranger pourra notifier son accession par un télégramme, sous réserve d'en confirmer ultérieurement les termes selon la procédure ci-dessus.

(2) Jeder ausländische Bankgläubiger, der früher an einem Konsortialkredit beteiligt war, hat das Recht, diesem Abkommen wegen seiner Beteiligung an dem Geschäft beizutreten.

(2) Each Foreign Bank Creditor who formerly participated in a syndicate credit shall be entitled to adhere to this Agreement in respect of his participation in the business.

(2) Tout Créancier Bancaire Etranger ayant précédemment participé à un syndicat constitué en vue de l'octroi d'un crédit à court terme sera en droit d'accéder au présent Accord au titre de sa participation.

(3) Nach erfolgtem Beitritt werden der ausländische Bankgläubiger und der deutsche Schuldner hinsichtlich der hierbei bezeichneten kurzfristigen Kredite Vertragsparteien dieses Abkom-

(3) Upon adherence having been effected the Foreign Bank Creditor and the German Debtor shall become parties to this Agreement in respect of the short-term credits so specified,

(3) Dès l'accession, le Créancier Bancaire Etranger et le Débiteur Allemand deviendront parties au présent Accord au titre des crédits à court terme spécifiés dans les lettres d'ac-

(1) Siehe Unteranlage.

(1) See Sub-Annex.

(1) Voir Annexe III A.

mens. Von diesem Zeitpunkt an stehen ihnen die Rechte zu und übernehmen sie die Verpflichtungen, die in diesem Abkommen für die ausländischen Bankgläubiger und für die deutschen Schuldner vorgesehen sind.

and shall thenceforth be entitled to the rights granted to and be subject to the obligations to be assumed by the Foreign Bank Creditors and German Debtors respectively under this Agreement.

cession, et deviendront de ce fait titulaires des droits et obligations incombant respectivement aux Créanciers Bancaires Etrangers et aux Débiteurs Allemands, dans le présent Accord.

(4) Jeder Ausländische Bankenausschuß kann mit Zustimmung des Deutschen Ausschusses die Frist verlängern, innerhalb derer einzelne oder mehrere ausländische Bankgläubiger des betreffenden Landes diesem Abkommen beitreten können. Wird jedoch eine Person, Firma oder Gesellschaft in der Bundesrepublik während der Laufzeit dieses Abkommens in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit oder einen Teil hiervon auf dem Wege der Nachfolge oder Ersatznachfolge haftbar, oder werden gemäß Ziffer 5, Ziffer 7 oder Ziffer 8 dieses Abkommens neue Beitrittserklärungen ausgetauscht, so kann der Beitritt in Bezug auf einen derartigen Kredit oder einen Teil dieses Kredits ohne die vorerwähnte Zustimmung innerhalb einer angemessenen Zeit, nachdem die Nachfolge oder ein anderes maßgebendes Ereignis stattgefunden hat, erfolgen.

(4) Any Foreign Bankers' Committee may, with the consent of the German Committee, extend the time within which any one or more Foreign Bank Creditors in its country may adhere to this Agreement. Provided that where any person, firm or company in the Federal Republic becomes liable in respect of a short-term credit or part thereof by way of succession or substituted succession during the period of this Agreement or where new adherences are exchanged pursuant to Clause 5, 7 or 8 hereof, adherence in respect of such credit or part of a credit may be made without such consent as aforesaid within a reasonable time after such succession or other relevant event takes place.

(4) Tout Comité Bancaire Etranger pourra, avec l'assentiment du Comité Allemand, prolonger le délai pendant lequel un ou plusieurs des Créanciers Bancaires Etrangers de son pays pourront accéder au présent Accord. Cependant, lorsqu'une personne, ou une société de personnes ou de capitaux, se trouvant sur le territoire de la République Fédérale sera, pendant la durée du présent Accord, devenue, par succession ou substitution, débitrice de tout ou partie d'un crédit à court terme, ou lorsque de nouveaux instruments d'accession seront échangés par application des Articles 5, 7 ou 8, l'accession au titre du crédit ou de la fraction de crédit en cause pourra, sans l'assentiment prévu ci-dessus, être effectuée dans un délai raisonnable à compter de la succession ou substitution en question.

(5) Im Falle eines kurzfristigen Kredites oder eines Teiles hiervon, der einem Bankschuldner gewährt worden ist, der nicht in der Bundesrepublik ansässig ist, oder den sein ausländischer Bankgläubiger nicht mehr ausfindig machen oder identifizieren kann und in Bezug auf den ein Kunde eines derartigen deutschen Bankschuldners, der normalerweise in der Bundesrepublik ansässig ist, ebenfalls haftbar ist, muß dieser Kunde (auf Verlangen des ausländischen Bankgläubigers) diesem Abkommen in Bezug auf einen derartigen Kredit bzw. einen Teil hiervon beitreten; auf diesen Kredit finden dann die Bestimmungen dieses Abkommens in gleichem Maße Anwendung, als wäre er ursprünglich dem Kunden unmittelbar gewährt worden.

(5) In the case of any short-term credit or part thereof which has been granted to a bank debtor who is not ordinarily resident inside the Federal Republic or whom his Foreign Bank Creditor can no longer locate or identify and in respect of which a client of such bank debtor ordinarily resident inside the Federal Republic is also liable, such client shall be bound (if the Foreign Bank Creditor so requires) to adhere to this Agreement in respect of such credit or part of a credit to which the provisions of this Agreement shall then apply as if the same had originally been granted direct to the client.

(5) Lorqu'un crédit, ou une fraction de crédit, à court terme aura été accordé à un débiteur bancaire qui n'aura pas sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale ou que le Créancier Bancaire Etranger ne pourra plus retrouver ou identifier, et qu'un client de ce débiteur bancaire, ayant sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale, sera également responsable de ce crédit ou de cette fraction de crédit, ce client sera tenu (si le Créancier Bancaire Etranger en fait la demande) d'accéder au présent Accord au titre du crédit ou de la fraction de crédit en question auxquels les dispositions du présent Accord deviendront alors applicables comme s'ils avaient été accordés directement à l'origine à ce client.

(6) Im Falle eines kurzfristigen Kredites oder eines Teiles hiervon, der einem Handels- oder Industrieschuldner, der nicht in der Bundesrepublik ansässig ist, gewährt worden ist, oder den sein ausländischer Bankgläubiger nicht mehr ausfindig machen oder identifizieren kann, und in Bezug auf den eine in der Bundesrepublik ansässige Person ebenfalls als Garant, Bürge, Indossant oder Kreditversicherer haftet, muß diese Person auf Verlangen des ausländischen Bankgläubigers diesem Abkommen in Bezug auf einen derartigen Kredit oder einen Teil hiervon beitreten; auf diesen Kredit finden dann die Bestimmungen dieses Abkommens in gleichem Maße Anwendung, als wäre er ursprünglich der betreffenden Person unmittelbar gewährt worden.

(6) In the case of any short-term credit or part thereof which has been granted to a commercial or industrial debtor who is not ordinarily resident inside the Federal Republic or whom his Foreign Bank Creditor can no longer locate or identify and in respect of which some person ordinarily resident inside the Federal Republic is also liable as guarantor, endorser or credit insurer, such person shall be bound (if the Foreign Bank Creditor so requires) to adhere to this Agreement in respect of such credit or part of a credit to which the provisions of this Agreement shall then apply as if the same had originally been granted direct to such person.

(6) Lorsqu'un crédit, ou une fraction de crédit, à court terme aura été accordé à un débiteur commercial ou industriel qui n'aura pas sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale ou que le Créancier Bancaire Etranger ne pourra plus retrouver ou identifier, et qu'une personne, ayant sa résidence habituelle sur le territoire de la République Fédérale, sera également responsable de ce crédit ou de cette fraction de crédit en qualité de garant, endosseur ou avaliste, cette personne sera tenue (si le Créancier Bancaire Etranger en fait la demande) d'accéder au présent Accord au titre du crédit ou de la fraction de crédit en question auxquels les dispositions du présent Accord deviendront alors applicables comme s'ils avaient été accordés directement à l'origine à ce particulier.

(7) Ist oder wird eine deutsche Bank, Handels- oder Industriefirma im Wege der Nachfolge Erstschuldnerin eines kurzfristigen Kredites oder eines Teiles hiervon nach oder infolge eines deutschen Gesetzes (z. B. Durchführungsverordnung Nr. 35 zum Währungsge-

(7) Where a German banking, commercial or industrial concern becomes or has become the successor to the primary liability under any short-term credit or part thereof pursuant to or as a result of German law (*e.g.*, Reg. 35 under Monetary Law No. 63 or Credit

(7) Lorsqu'une entreprise bancaire, commerciale ou industrielle succédera ou aura succédé au débiteur primaire d'un crédit, ou d'une fraction de crédit, à court terme, par application ou en conséquence de la loi allemande (notamment du Règlement d'appli-

setz Nr. 63 oder Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952), so kann der ausländische Bankgläubiger diesem Abkommen gegenüber einer derartigen Firma in Bezug auf einen solchen Kredit oder einen Teil davon beitreten; die betreffende Firma muß ihren Beitritt ihrerseits in der in diesem Abkommen vorgesehenen Weise und mit der entsprechenden Wirkung bestätigen. Diese Bestimmung findet auch im Falle einer Ersatznachfolge in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit oder einen Teil hiervon Anwendung, wenn diese Ersatznachfolge im Einklang zu den im gegenwärtigen Zeitpunkt in der Bundesrepublik in Kraft befindlichen Gesetzen steht (z. B. Artikel 7 (3) des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952). Mit dem Beitritt eines deutschen Nachfolgeschuldners in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit oder einen Teil davon hört der betreffende Beitritt eines deutschen Vorgängerschuldners auf, Kraft und Wirkung zu haben (es sei denn, daß in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist).

Institution Law promulgated March 29, 1952) the Foreign Bank Creditor may adhere to this Agreement *vis-à-vis* such concern in respect of such credit or part of a credit and such concern shall confirm adherence on its part in the manner and with the effects provided in this Agreement. This provision shall also be operative in the case of any substituted succession in respect of a short-term credit or part thereof where such substitution is in accordance with laws now in force in the Federal Republic (*e.g.*, Art. 7 (3) of Credit Institution Law promulgated March 29, 1952). Upon adherence by any successor German Debtor in respect of a short-term credit or part thereof the relative adherence by any predecessor German Debtor shall (except as herein otherwise provided) cease to have force and effect.

cation N° 35 de la Loi N° 63 sur la Réforme monétaire ou de la Loi sur les institutions de crédit promulguée le 29 Mars 1952), le Créancier Bancaire Etranger pourra accéder au présent Accord vis-à-vis de cette entreprise au titre du crédit ou de la fraction de crédit en cause, et l'entreprise intéressée devra confirmer sa propre accession selon la procédure et avec les effets prévus dans le présent Accord. Les présentes dispositions s'appliqueront également aux cas de succession par substitution d'un crédit ou d'une fraction de crédit chaque fois que cette substitution sera conforme à la législation actuellement en vigueur dans la République Fédérale (notamment l'article 7 [3] de la Loi sur les institutions de crédit du 29 mars 1952). Dès l'accession au présent Accord, au titre d'un crédit, ou d'une fraction de crédit, à court terme, du Débiteur Allemand successeur, l'accession du Débiteur Allemand auquel il s'est substitué cessera immédiatement de porter ses effets (sauf lorsqu'il est autrement disposé dans le présent Accord).

(8) Sind oder werden auf Grund der im gegenwärtigen Zeitpunkt in der Bundesrepublik in Kraft befindlichen Gesetze (z. B. Durchführungsverordnung Nr. 35 zum Umstellungsgesetz Nr. 63 oder Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952) eines oder mehrere Nachfolgebankinstitute mit dem ursprünglichen deutschen Bankschuldner in Bezug auf einen kurzfristigen Kredit oder einen Teil hiervon gesamtschuldnerisch haftbar, so muß (vorbehaltlich der Bestimmungen der zwei nachfolgenden Absätze) dieses Nachfolgeinstitut oder müssen diese Nachfolgeinstitute diesem Abkommen in Bezug auf einen solchen Kredit oder einen Teil hiervon ebenfalls beitreten; in diesem Falle jedoch bleibt der Beitritt des ursprünglichen deutschen Bankschuldners in vollem Umfange in Kraft und wirksam.

(8) Where pursant to laws now in force in the Federal Republic (*e.g.*, Reg. 35 under Monetary Law No. 63 or Credit Institution Law promulgated March 29, 1952) one or more successor banking institutions become or have become jointly liable with the original German Bank Debtor in respect of a short-term credit or part thereof, then (subject to the provisions of the two succeeding sub-Clauses) such successor institution or institutions shall also adhere to this Agreement in respect of such credit or part of a credit, but in such case the adherence of the original German Bank Debtor shall continue in full force and effect.

(8) Lorsque, par application de la législation actuellement en vigueur dans la République Fédérale (notamment du Règlement d'application N° 35 de la Loi N° 63 sur la Réforme monétaire ou de la Loi sur les institutions de crédit promulguée le 29 mars 1952), un ou plusieurs établissements bancaires successeurs deviendront ou seront devenus responsables, conjointement avec le Débiteur Bancaire Allemand initial, d'un crédit, ou d'une fraction de crédit, à court terme, ce ou ces établissements accéderont également au présent Accord (sous réserve des dispositions des deux paragraphes suivants) au titre du crédit ou de la fraction de crédit en question. Toutefois, dans ce cas, l'accession du Débiteur Bancaire Allemand initial gardera toute sa valeur et continuera de produire tous ses effets.

(9) Ist ein kurzfristiger Kredit oder ein Teil davon einem deutschen Bankschuldner gewährt worden und in Bezug darauf ein außerhalb des Gebietes der Bundesrepublik ansässiger Kunde dieses Bankschuldners ebenfalls haftbar, so ist weder der deutsche Bankschuldner noch irgendein mit ihm gesamtschuldnerisch haftendes Bankinstitut verpflichtet, auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens irgendwelche Maßnahmen in Bezug auf diesen Kredit oder einen Teil hiervon zu ergreifen (abgesehen von dem Beitritt als Anerkenntnis des Bestehens und der Höhe dieses Kredites oder eines Teiles davon), sofern nicht und bis nicht der ausländische Bankgläubiger auch ohne dieses Abkommen berechtigt wäre, in der Bundesrepublik die Bezahlung der betreffenden Verschuldung nach deutschem Recht zu erzwingen.

(9) In the case of any short-term credit or part thereof which has been granted to a German Bank Debtor and in respect of which a client of such German Bank Debtor ordinarily resident outside the Federal Republic is also liable, neither the German Bank Debtor nor any banking institution jointly liable with it shall be obliged to take any action in respect of such credit or part of a credit under the provisions of this Agreement (except to adhere by way of acknowledgment of the existence and amount of such credit or part of a credit) unless and until the Foreign Bank Creditor would be entitled in the absence of this Agreement to enforce payment in the Federal Republic of the relative indebtedness under German law.

(9) Lorsqu'un crédit, ou une fraction de crédit, à court terme aura été accordé à un Débiteur Bancaire Allemand et qu'un client de ce dernier, ayant sa résidence habituelle hors de la République Fédérale, sera également responsable de ce crédit ou de cette fraction de crédit, ni le Débiteur Bancaire Allemand, ni aucun établissement bancaire solidaire ne seront tenus de prendre, au titre du crédit ou de la fraction de crédit en question, aucune des mesures prévues par le présent Accord (excepté en ce qui concerne leur accession qui devra être effectuée et constituera reconnaissance de l'existence et du montant du crédit ou de la fraction de crédit en question), sauf dans la mesure où le Créancier Bancaire Etranger aurait été, en l'absence du présent Accord, autorisé par la Loi allemande à poursuivre le remboursement de sa créance sur le territoire de la République Fédérale.

(10) Im Falle eines aus einem ursprünglichen Barvorschuß, der nicht in einen Akzeptkredit umgewandelt worden ist, stammenden kurzfristigen Kre-

(10) In the case of any short-term credit derived from an original cash advance which was not converted into an acceptance credit, payment of

(10) Lorsqu'un crédit à court terme résultera d'une avance en espèces non transformée en crédit d'acceptation, et que le Créancier Bancaire

dits, dessen Bezahlung der ausländische Bankgläubiger (auf Grund der gegenwärtig in der Bundesrepublik in Kraft befindlichen Gesetze, z. B. der Durchführungsverordnung Nr. 35 zum Umstellungsgesetz Nr. 63 oder Artikel 7 (2) des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952) innerhalb der Bundesrepublik lediglich anteilmäßig erzwingen kann, sind der deutsche Bankschuldner und jedes Bankinstitut, das gesamtschuldnerisch mit ihm haftbar ist, nicht verpflichtet, auf Grund der Bestimmungen dieses Abkommens in Bezug auf den Anteil, dessen Bezahlung der ausländische Bankgläubiger im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht erzwingen kann, über den Beitritt als Anerkenntnis des Bestehens und der Höhe des Kredits hinaus Maßnahmen zu ergreifen, solange nicht der ausländische Bankgläubiger ohne dieses Abkommen berechtigt wäre, in der Bundesrepublik die Bezahlung der betreffenden Verschuldung nach deutschem Recht zu erzwingen.

which the Foreign Bank Creditor (by reason of laws for the time being in force in the Federal Republic, *e.g.*, Reg. 35 under Monetary Law No. 63 or Art. 7 (2) of the Credit Institution Law promulgated March 29, 1952) can enforce within the Federal Republic only to the extent of a proportionate part, the German Bank Debtor and any banking institution which may be jointly liable with it shall not be obliged to take any action under the provisions of this Agreement in respect of that proportionate part which the Foreign Bank Creditor cannot for the time being enforce (except to adhere by way of acknowledgement of the existence and amount thereof) until the Foreign Bank Creditor would be entitled in the absence of this Agreement to enforce payment in the Federal Republic of the relative indebtedness under German law.

Etranger ne pourra (du fait de la législation actuellement en vigueur sur le territoire de la République Fédérale et, notamment, du Règlement d'application N° 35 de la Loi N° 63 sur la Réforme monétaire ou de l'article 7 (2) de la Loi sur les institutions de crédit promulguée le 29 mars 1952) obtenir qu'un remboursement partiel sur le territoire de la République Fédérale, ni le Débiteur Bancaire Allemand ni aucun établissement bancaire solidaire ne seront tenus de prendre aucune des mesures prévues par le présent Accord au titre de la fraction du crédit dont le Créancier Bancaire Etranger ne peut actuellement poursuivre le remboursement (excepté en ce qui concerne leur accession qui devra être effectuée et constituera reconnaissance de l'existence et du montant de la fraction en cause) avant le moment où le Créancier Bancaire Etranger aurait été, en l'absence du présent Accord, autorisé, par la Loi allemande, à poursuivre le remboursement de sa créance sur le territoire de la République Fédérale.

23. Deutsche Golddiskontbank

(1) Nichts in diesem Abkommen soll die Verpflichtung der Deutschen Golddiskontbank oder die Rechte eines ausländischen Bankgläubigers gegen sie beschränken, wie diese in dem letzten der auf einen bestimmten kurzfristigen Kredit anwendbaren früheren Abkommen niedergelegt oder enthalten sind; Ziffer 23 des 1939-Abkommens wird durch Bezugnahme zu einem Bestandteil dieses Abkommens (mit Wirkung vom Tage seines Abschlusses an); jedoch sind im Wortlaut dieser Ziffer folgende Änderungen vorzunehmen:

(a) Absatz (3) dieser Ziffer ist so zu ändern, daß die Worte „dieses Abkommen" in Absatz 5 (b) der Ziffer 23 des 1933-Abkommens durch die Worte „irgendeines der früheren Abkommen" zu ersetzen sind.

(b) Absatz (4) dieser Ziffer ist so zu ändern, daß die Worte „Ziffer 23 der 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937 und 1938-Abkommen" ersetzt werden durch die Worte „Ziffer 23 irgendeines der früheren Abkommen."

(c) Die Absätze (5) und (7) sind zu streichen.

(2) Der Liquidator der Deutschen Golddiskontbank anerkennt mit der Unterzeichnung dieses Abkommens die Bestimmung des Absatzes (1) dieser Ziffer. Gleichzeitig anerkennt er gegenüber jedem einzelnen ausländischen Bankgläubiger, der einen kurzfristigen Kredit oder einen Teil eines kurzfristigen Kredites hält, dessen Bezahlung bisher von der Deutschen Golddiskontbank garantiert war, und in Bezug auf welchen der Beitritt zu diesem Abkommen erfolgt, daß die Haftung aus dieser Garantie in vollem Ausmaße in Kraft und wirksam bleibt in dem Umfange, in dem der betreffende Kredit oder ein Teil davon noch nicht bezahlt oder getilgt worden ist.

23. Deutsche Golddiskontbank

(1) Nothing contained herein shall limit the obligations of, or the rights of any Foreign Bank Creditor against the Deutsche Golddiskontbank as the same are set forth or incorporated in the latest of the previous Agreements applicable to a particular short-term credit and Clause 23 of the 1939 Agreement is incorporated herein by reference (to be effective as from the date of this Agreement) except that as regards the text of such Clause:—

(a) sub-Clause (3) thereof shall be deemed to be amended so that the words "this Agreement" in sub-Clause (5) (b) of Clause 23 of the 1933 Agreement shall be substituted by the words "any of the previous Agreements."

(b) sub-Clause (4) thereof shall be deemed to be amended so that the words "Clause 23 of the 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937 and 1938 Agreements" shall be substituted by the words "Clause 23 of any of the previous Agreements."

(c) sub-Clauses (5) and (7) thereof shall be deleted.

(2) The Liquidator of the Deutsche Golddiskontbank by signing this Agreement accepts the provisions of sub-Clause (1) of this Clause and severally acknowledges to each Foreign Bank Creditor holding any short-term credit or part of a short-term credit payment of which has heretofore been guaranteed by the Deutsche Golddiskontbank and in respect of which adherence is made to this Agreement that, to the extent that such credit or part of a credit has not heretofore been paid or satisfied, the liability upon such guarantee remains in full force and effect.

23. Deutsche Golddiskontbank

(1) Aucune des dispositions du présent Accord ne saurait limiter les obligations de la Deutsche Golddiskontbank, ou les droits des Créanciers Bancaires Etrangers à l'encontre de cette institution, ces obligations et droits étant énoncés ou incorporés dans le dernier des précédents Accords applicable à chaque crédit à court terme particulier. L'Article 23 de l'Accord de 1939 devra être considéré comme incorporé au présent Accord (pour prendre effet à compter de la date de celui-ci) sauf que:

(a) le paragraphe 3 de cet Article sera considéré comme modifié, l'expression «le présent Accord», qui figure au paragraphe 5 (b) de l'Article 23 de l'Accord de 1933 étant remplacée par les mots «l'un quelconque des accords précédents»;

(b) le paragraphe 4 de cet Article sera considéré comme modifié, l'expression «l'Article 23 des Accords de 1932, 1933, 1934, 1935, 1936, 1937 et 1938» étant remplacée par l'expression «l'Article 23 de l'un quelconque des Accords précédents»;

(c) les paragraphes 5 et 7 de cet Article seront considérés comme supprimés.

(2) Par la signature du présent Accord, le liquidateur de la Deutsche Golddiskontbank sera considéré comme ayant accepté les dispositions du paragraphe (1) du présent Article et comme ayant donné à chacun des Créanciers Bancaires Etrangers ayant accédé au présent Accord au titre d'un crédit, ou d'une fraction de crédit à court termé antérieurement garantis par la Deutsche Golddiskontbank, l'assurance que, dans la mesure où ces crédits ou fractions de crédit n'ont pas encore été remboursés ou satisfaits, la responsabilité au titre de la garantie garde toute sa valeur et continue de produire tous ses effets.

24. Zahlungen aus anderen Quellen

Falls ein ausländischer Bankgläubiger nach seinem Beitritt zu diesem Abkommen in Bezug auf irgendeine bestehende Verschuldung eines Schuldners in dem Gebiet, das am 31. Dezember 1937 zum Deutschen Reich gehörte, Bezahlung irgendeines Geldbetrages aus einer anderen Quelle als von diesem Schuldner annimmt, und falls er diesen Betrag kraft Gesetzes oder aus anderen Gründen oder auf eigenen Wunsch auf unter dieses Abkommen fallende kurzfristige Kredite verrechnen muß, so soll dieser ausländische Bankgläubiger diese Gelder zur endgültigen Rückzahlung der Verschuldung aus dem kurzfristigen Kredit oder gegebenenfalls den kurzfristigen Krediten verwenden, in Bezug auf die er den Betrag empfangen hat; hat er den Betrag nicht in Bezug auf einen besonderen kurzfristigen Kredit oder auf besondere kurzfristige Kredite empfangen, so muß der Betrag von dem ausländischen Bankgläubiger gegen kurzfristige Kredite verrechnet werden, die er selbst bestimmt, es sei denn, daß der ausländische Bankgläubiger noch weitere Kredite der genannten Art (jedoch keine kurzfristigen Kredite) zur Verfügung hält, gegen die er von Rechts wegen diese Gelder verrechnen kann und nach seiner Wahl verrechnet.

Unmittelbar nach Verwendung dieser Gelder zur Rückführung eines oder mehrerer kurzfristiger Kredite muß der ausländische Bankgläubiger den betreffenden deutschen Schuldner bzw. die betreffenden deutschen Schuldner und den Deutschen Ausschuß sowie seinen eigenen Ausländischen Bankenausschuß davon unterrichten; die Verschuldung in Bezug auf den kurzfristigen Kredit oder die kurzfristigen Kredite, gegen welche diese Gelder derart verrechnet worden sind, ist danach endgültig zurückgezahlt.

24. Payments from Other Sources

In the event that subsequent to his adherence to this Agreement any Foreign Bank Creditor shall in relation to any existing indebtedness owed by a debtor in the territory comprised in the German State on the 31st day of December, 1937, accept payment of any sum of money from a source other than such debtor, which sum he is required by operation of law or otherwise or elects to apply against short-term credits covered by this Agreement, then such Foreign Bank Creditor shall apply such moneys in permanent repayment of indebtedness in respect of the short-term credit or credits (if any) in relation to which such sum was received; provided that if such sum was not received in relation to any particular short-term credit or credits then, unless the Foreign Bank Creditor has other indebtedness of the nature aforesaid (not being short-term credits) owing to him against which he can legally apply and elects to apply such moneys, the same shall be applied by the Foreign Bank Creditor against such short-term credit or credits as he may select. Promptly upon application of such moneys in reduction of any short-term credit or credits the Foreign Bank Creditor shall notify the relative debtor or debtors and the German Committee and his own Foreign Bankers' Committee of such application and the indebtedness in respect of the short-term credit or credits against which such moneys are so applied shall thereafter be permanently repaid accordingly.

24. Versements ayant d'autres origines

Au cas où, à la suite de son accession au présent Accord, un Créancier Bancaire Etranger accepterait d'une tierce partie, au titre d'une dette quelconque incombant à un débiteur résidant à l'intérieur des frontières de l'Etat allemand telles qu'elles étaient définies au 31 décembre 1937, un versement quelconque qu'il serait tenu, soit par l'application de la loi soit pour toute autre raison, ou qu'il déciderait lui-même d'utiliser à la réduction des crédits à court terme couverts par le présent Accord, ce Créancier Bancaire Etranger devra affecter ces montants au remboursement définitif de la dette correspondant au crédit ou aux crédits à court terme (s'il en existe) au titre desquels lesdits montants lui auront été versés. Toutefois, lorsque le versement n'aura pas été effectué au titre d'un ou plusieurs crédits à court terme spécifiquement désignés, le Créancier Bancaire Etranger devra affecter le montant reçu à la réduction du ou des crédits à court terme de son choix, à moins qu'il ne soit détenteur d'autres créances répondant à la définition ci-dessus (et ne présentant pas le caractère de crédits à court terme) à la réduction desquelles il serait légalement en droit, et choisirait, d'utiliser ledit versement. Le Créancier Bancaire Etranger notifiera immédiatement au ou aux Débiteurs Allemands intéressés et au Comité Allemand, ainsi qu'à son propre Comité Bancaire Etranger, l'affectation du versement à la réduction du ou des crédits à court terme en cause, dès qu'il y aura procédé; et la dette correspondant au crédit ou aux crédits à court terme auxquels ce versement aura été affecté sera de ce fait définitivement remboursée.

25. Vollzug und kurze Bezeichnung des Abkommens

(1) Originalausfertigungen dieses Abkommens mit den Unterschriften des Deutschen Ausschusses, der Bank deutscher Länder und der betreffenden Ausländischen Bankenausschüsse sind über die betreffenden Zentralnotenbanken der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zwecks sicherer Verwahrung für alle beteiligten Parteien zu übersenden.

(2) Für Zwecke der Bezugnahme kann dieses Abkommen als „DAS DEUTSCHE KREDITABKOMMEN VON 1952" bezeichnet werden.

25. Execution and Short Title

(1) The original parts of this Agreement executed by the German Committee, the Bank deutscher Länder and the respective Foreign Bankers' Committee shall be forwarded through the respective Central Banks to the Bank for International Settlements for retention by that institution in safe custody for all parties interested therein.

(2) For purposes of reference this Agreement may be referred to as "THE GERMAN CREDIT AGREEMENT OF 1952."

25. Signature et Titre abrégé de l'Accord

(1) Les originaux du présent Accord, signés par le Comité Allemand, la Bank deutscher Laender et les Comités Bancaires Etrangers intéressés seront envoyés, par l'intermédiaire des banques centrales, à la Banque des Règlements Internationaux qui en sera le dépositaire pour le compte des parties intéressées.

(2) Le présent Accord pourra être nommé l'«ACCORD DE CRÉDIT ALLEMAND DE 1952.»

26. Mitteilungen

In den Bestimmungen dieses Abkommens vorgesehene schriftliche Mitteilungen oder Benachrichtigungen, einschließlich der als „förmlich" bezeichneten, gelten als ordnungsmäßig erfolgt, wenn sie mit der Post, durch Telegramm, Funk oder Kabel (unter Vorausbezahlung der Gebühren) an eine vom Empfangsberechtigten angegebene Adresse gesandt oder an diese Adresse überbracht werden. Hat der Empfangsberechtigte keine besondere Adresse bezeichnet, so ist die Mitteilung an seine gewöhnliche Geschäftsadresse zu richten.

26. Notices

Any notice in writing, formal or otherwise, required to be given pursuant to any of the provisions of this Agreement shall be deemed to have been duly given if sent by post, telegram, radiogram or cablegram (charges prepaid) to or delivered at an address furnished by the party entitled to receive the notice or if no such address shall have been furnished, the said party's usual place of business.

26. Notifications

Toutes les notifications écrites, à caractère soit officiel soit officieux, exigées par les dispositions du présent Accord, seront considérées comme ayant été dûment données lorsqu'elles auront été envoyées par voie postale, télégraphique ou radio-télégraphique (port payé) ou remises, soit à une adresse fournie par la partie destinataire de ladite notification, soit, si aucune adresse de ce genre n'a été donnée, au domicile commercial habituel de la partie intéressée.

27. [Weggefallen]

28. Überschriften

Überschriften dienen nur für Zwecke der Bezugnahme und sind für die Auslegung dieses Abkommens ohne Bedeutung.

29. Erforderliche Unterschriften

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald es von dem Deutschen Ausschuß und der Bank deutscher Länder unterzeichnet, und von Ausländischen Bankenausschüssen unterzeichnet und gegebenenfalls ratifiziert ist, welche ausländische Bankgläubiger vertreten, deren kurzfristige Kredite 75% der bestehenden kurzfristigen Kredite, nach dem Nennwert gerechnet, darstellen.

27. [Deleted]

28. Headings

Headings are intended for reference only and are not intended in any way to govern the construction of this Agreement.

29. Requisite Signatures

This Agreement shall become effective when signed by the German Committee and the Bank deutscher Länder and when signed and (where appropriate) ratified by Foreign Bankers' Committees representing Foreign Bank Creditors whose short-term credits constitute 75 per cent. in face value of the short-term credits outstanding.

27. [Supprimé]

28. Titres des Articles

Les titres des différents articles du présent Accord n'ont été donnés que pour faciliter les références éventuelles et n'ont nullement pour objet d'en fixer l'interprétation.

29. Signatures nécessaires

Le présent Accord entrera en vigueur lorsqu'il aura été signé par le Comité Allemand et la Bank deutscher Laender, et lorsqu'il aura été signé et (en cas de besoin) ratifié, par des Comités Bancaires Etrangers représentant des Créanciers Bancaires Etrangers dont les crédits à court terme constituent, en valeur nominale, 75% du montant des crédits à court terme non remboursés.

UNTERANLAGE ZU ANLAGE III

Briefwechsel zwischen Vertretern der Gläubiger und der Schuldner enthaltend zusätzliche Vereinbarungen, die sie in Bezug auf Anlage III getroffen haben

An

den Amerikanischen Ausschuß für Stillhaltegläubiger Deutschlands

den Britischen Bankenausschuß für Deutsche Angelegenheiten

den Schweizerischen Bankenausschuß für das Deutsche Kreditabkommen

Das Deutsche Kreditabkommen von 1952

Sehr geehrte Herren,

Wir nehmen Bezug auf die von dem Dreimächteausschuß für deutsche Schulden im Namen der in dem Ausschuß vertretenen Regierungen sowie von der Deutschen Delegation im Namen der Bundesrepublik abgegebenen Erklärungen, denen zufolge ihre Regierungen bereit sind, durch entsprechende Verwaltungsmaßnahmen in Deutschland das Deutsche Kreditabkommen von 1952 (enthalten in Anlage III zu dem Abkommen über Deutsche Auslandsschulden und im folgenden als „das Abkommen von 1952" bezeichnet) mit der Ratifizierung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten zu lassen; jedoch sind die in dem Abkommen von 1952 vorgesehenen Devisenzahlungen außer den sich normalerweise aus Ziffer 5 des erwähnten Abkommens ergebenden Zahlungen aufzuschieben, bis das Abkommen über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Regierungsabkommen" bezeichnet) gemäß Artikel 35 des Regierungsabkommens in Kraft tritt.

Wir nehmen ferner Bezug auf die nach dem Abkommen von 1952 zwischen Gläubigern und Schuldnern unter bestimmten Bedingungen auszutauschenden Formulare für Beitrittserklärungen; in diesen Beitrittserklärungen

SUB-ANNEX TO ANNEX III

Exchange of Letters between Creditor and Debtor Representatives Recording Supplementary Understandings Reached by them with Respect to Annex III

To

The American Committee for Standstill Creditors of Germany.

The British Banking Committee for German Affairs.

The Swiss Banking Committee for the German Credit Agreement.

The German Credit Agreement of 1952

Dear Sirs,

We refer to the statements which have been made by the Tripartite Commission on German Debts on behalf of the Governments represented thereon and by the German Delegation on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that their Governments are prepared by appropriate administrative action in Germany to permit the German Credit Agreement of 1952 (contained in Annex III to the Agreement on German External Debts and below referred to as "the 1952 Agreement") to come into force on ratification of the Agreement on German External Debts by the Federal Republic of Germany, except that foreign currency payments provided for in the 1952 Agreement, other than those normally arising pursuant to Clause 5 thereof, shall be postponed until the Agreement on German External Debts (below referred to as the "Intergovernmental Agreement") comes into force in accordance with Article 35 thereof.

We also refer to the forms of Adherence proposed to be exchanged conditionally between creditors and debtors under the 1952 Agreement in which reference is made (*inter alia*) to the postponement of foreign currency

ANNEXE III A

Echange de lettres enregistrant certains accords supplémentaires conclus entre les représentants des créanciers et des débiteurs au sujet de l'Annexe III

Aux

Comité américain des créanciers de standstill de l'Allemangne,

Comité bancaire britannique pour les Affaires allemandes,

Comité bancaire suisse pour l'Accord de Crédit allemand.

Accord de crédit allemand de 1952

Messieurs,

Aux termes des déclarations faites par la Commission Tripartite des Dettes Allemandes au nom des Gouvernements représentés dans son sein et par la Délégation allemande pour les Dettes extérieures au nom du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, ces Gouvernements sont prêts à prendre les mesures administratives appropriées en Allemagne en vue de permettre à l'Accord de crédit allemand de 1952 (qui constitue l'Annexe III à l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes, et qui est désigné ci-après sous le nom d'«Accord de 1952») d'entrer en vigueur dès la ratification de l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes par la République Fédérale d'Allemagne, étant précisé que les paiements en devises étrangères prévus par l'Accord de 1952, autres que ceux résultant normalement de l'application de son Article 5, seront différés jusqu'à la date où l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes (désigné ci-après par le nom d'«Accord Intergouvernemental») entrera en vigueur conformément aux dispositions de son Article 35.

De même, les formules d'accession qu'il est proposé d'échanger conditionnellement entre créanciers et débiteurs au titre de l'Accord de 1952 font allusion (entre autres) à l'ajournement prévu ci-dessus des paiements en devi-

von 1952 wird unter anderem auf den oben erwähnten Aufschub von Devisenzahlungen nach diesem Abkommen Bezug genommen. Die Schuldner erklären sich damit einverstanden, daß sie mit dem vollen Inkrafttreten des Abkommens von 1952 gemäß dem erwähnten Regierungsabkommen unverzüglich an die Gläubiger alle Devisenzahlungen nach dem Abkommen von 1952 leisten werden, die in der Zwischenzeit aufgeschoben worden sind.

Wir erklären uns damit einverstanden, daß das Abkommen von 1952 nach Erfüllung der Bestimmungen der Ziffer 29 des Abkommens und nach der Ratifizierung des genannten Regierungsabkommens durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten soll, jedoch seine Wirksamkeit verliert, wenn es nicht bei Inkrafttreten des Regierungsabkommens in dieses einbezogen worden ist. Demgemäß ist Ziffer 2 des Abkommens von 1952 so aufzufassen, als wäre der Tag, an dem die Bestimmungen der Ziffer 29 des Abkommens erfüllt sind und an dem die Ratifizierung des Regierungsabkommens von der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen worden ist, als derjenige eingesetzt, an dem die Bestimmungen des Abkommens von 1952 in Kraft treten sollen.

Ferner übernehmen wir es, sofern das Abkommen von 1952 bei Inkrafttreten des Regierungsabkommens gemäß Artikel 35 in dieses einbezogen wird, alles zu tun, was in unseren Kräften liegt, um unverzüglich an die Gläubiger die Leistung aller Devisenzahlungen nach dem Abkommen von 1952 zu ermöglichen, die in der Zwischenzeit aufgeschoben worden sind.

Wir bestätigen, daß nach dem Willen der Parteien des Abkommens von 1952 folgende Änderungen im Wortlaut dieses Abkommens, wie er in Anhang 5 des Schlußberichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden wiedergegeben ist, vorzunehmen und in den zu unterzeichnenden Text des Abkommens aufzunehmen sind:

Absatz 7 der Präambel. — Die Wörter „von der Regierung der Bundesrepublik oder einer anderen zuständigen Behörde" sind zu ersetzen durch die Wörter „von den zuständigen Regierungsstellen der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West)".

Das Wort „und" ist am Ende des Unterabsatzes (ii) einzusetzen und das gleiche Wort am Ende des Unterabsatzes (iii) zu streichen.

Vor Unterabsatz (iv) sind einzusetzen die Wörter „und haben soweit wie möglich sicherzustellen, daß".

Ziffer 1. Begriffsbestimmungen. — Die Wörter „und wird zur Bezeichnung des Gebietes und nicht der Regierungszuständigkeit verwendet" sind am Ende der Begriffsbestimmung von „Bundesrepublik" hinzuzufügen.

payments under that Agreement as mentioned above and the debtors agree that upon the 1952 Agreement becoming fully effective pursuant to the said Intergovernmental Agreement, they will make prompt payment to the creditors of all foreign currency payments under the 1952 Agreement which shall in the meantime have been postponed.

We hereby agree that the 1952 Agreement shall come into force upon compliance with the provisions of Clause 29 thereof and upon ratification of the said Intergovernmental Agreement by the Federal Republic of Germany, but shall cease to become effective of if it is not included in the said Intergovernmental Agreement when the latter Agreement comes into force. Accordingly Clause 2 of the 1952 Agreement shall be read as if the date when compliance shall have been made with Clause 29 of that Agreement and when ratification of the Intergovernmental Agreement shall have been made by the Federal Republic of Germany were inserted therein as the date upon which the provisions of the 1952 Agreement shall come into force.

We further agree that, if the 1952 Agreement is included in the said Intergovernmental Agreement when the latter Agreement comes into force in accordance with Article 35 thereof, we will do all such things as are within our respective powers to enable prompt payment to be made to the creditors of all foreign currency payments under the 1952 Agreement which shall in the meantime have been postponed.

We confirm that, by agreement between the parties to the 1952 Agreement, the following amendments are to be made to the text of that Agreement as contained in Appendix 5 to the Final Report of the Conference on German External Debts and are to be incorporated in the Agreement in the form in which it is signed, viz:—

Paragraph (7) of Preamble.—The words "Government of the Federal Republic or other appropriate authority" to be substituted by the words "appropriate governmental authorities in the Federal Republic of Germany and the Western Sectors of Berlin."

The word "and" to be inserted at the end of sub-paragraph (ii) and the same word to be deleted at the end of sub-paragraph (iii).

Sub-paragraph (iv) to be preceded by the words "and shall ensure as far as possible that".

Clause 1: Definitions.—The words "and relates to the identification of territory and not to governmental jurisdiction" to be added at the end of the definition of "Federal Republic".

ses dus au titre dudit Accord. Les débiteurs conviennent que, dès que l'Accord de 1952 sera devenu pleinement applicable par suite de la mise en vigueur de l'Accord Intergouvernemental, ils verseront sans délai à leurs créanciers tous les paiements en devises étrangères au titre de l'Accord de 1952 qui auront été ajournés dans l'intervalle.

Nous confirmons par les présentes que l'Accord de 1952 entrera en vigueur lorsque les conditions prévues dans son Article 29 auront été remplies et lorsque l'Accord Intergouvernemental aura été ratifié par la République Fédérale d'Allemagne, mais qu'il cessera d'avoir effet s'il n'est pas inclus dans cet Accord Intergouvernemental lors de l'entrée en vigueur de ce dernier. En conséquence, la date d'entrée en vigueur de l'Accord de 1952 au sens de l'Article 2 de cet Accord doit s'entendre de la date à laquelle les conditions prévues à l'Article 29 dudit Accord auront été remplies et l'Accord Intergouvernemental aura été ratifié par la République Fédérale d'Allemagne.

Nous confirmons en outre que, si l'Accord de 1952 est inclus dans ledit Accord Intergouvernemental lors de l'entrée en vigueur de ce dernier par application de son Article 35, nous ferons chacun de notre côté tout ce qui est en notre pouvoir pour permettre un versement rapide aux créanciers de tous les paiements en devises résultant de l'application de l'Accord de 1952 qui auront été ajournés dans l'intervalle.

Nous confirmons que, conformément à l'accord intervenu entre les parties à l'Accord de 1952, les amendements suivants devront être apportés au texte de l'Accord figurant en Annexe 5 au Rapport final de la Conférence des dettes extérieures allemandes et que ces amendements devront être incorporés dans l'instrument qui sera signé.

Paragraphe (7) du Préambule.—Remplacer les mots «le Gouvernement de la République Fédérale et les autres Autorités appropriées» par les mots «les Autorités publiques compétentes de la République Fédérale d'Allemagne et de Berlin (Ouest)».

Ajouter le mot «et» à la fin de l'alinéa (ii).

Faire précéder l'alinéa (iv) des mots «Les Autorités publiques compétentes de la République Fédérale d'Allemagne et de Berlin (Ouest) veilleront dans toute la mesure du possible
(iv) à ce que .... etc.»

Article (1) Définitions.—Dans la définition de l'expression «République Fédérale» ajouter in fine les mots «Cette définition vise à identifier le territoire en cause et non à définir la compétence gouvernementale».

Ziffer 20. Schiedsgerichtsbarkeit. — In Unterabsatz 1 sind die Wörter „diesem Abkommen beigetretenen" vor den Wörtern „deutschen Schuldnern" einzusetzen.

Ziffer 22. Beitritt. — Im zweiten Satz sind die Wörter „seinen Beitritt" in der drittletzten Zeile zu streichen, und das Wort „bestätigt" in der letzten Zeile ist durch die Wörter „seinen Beitritt zu diesem Abkommen bestätigt und, wenn der Gläubiger dies verlangt, sich bereit erklärt, jedem von dem Deutschen Ausschuß und der Bank deutscher Länder unterzeichneten Erneuerungs- oder Verlängerungsabkommen beizutreten" zu ersetzen.

Clause 20: Arbitration.—In sub-Clause (1) the words "who have adhered to this Agreement" to be inserted after the words "German Debtors".

Clause 22: Adherence.—In sub-Clause (1) the words "confirming his adherence" to be deleted and the words "confirming his adherence to this Agreement and (if the creditor so requests) agreeing that he will adhere to any renewal or extension thereof that may be signed by the German Committee and the Bank deutscher Länder" to be inserted at the end of the second sentence of that sub-Clause.

Article (20) Arbitrage.—Dans le paragraphe (1), insérer après les mots «Débiteurs allemands» les mots ayant accédé au présent Accord».

Article (22) Accession à l'Accord.— Dans le paragraphe (1) à la fin de la troisième phrase, supprimer les mots «et confirmant son accession» et les remplacer par les mots «confirmant qu'il accède au présent Accord et déclarant (si le créancier en fait la demande) qu'il accédera à tout accord de renouvellement ou d'extension qui pourrait être signé par le Comité Allemand et la Bank deutscher Länder.»

Der unterzeichnete Deutsche Ausschuß erklärt sich hierdurch gemäß Ziffer 22 (4) des Abkommens von 1952 damit einverstanden, daß Ihre Ausschüsse den Zeitraum, innerhalb dessen ausländische Bankgläubiger in Ihren Staaten dem Abkommen von 1952 beitreten können, verlängern, um den Beitritt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des erwähnten Regierungsabkommens zu ermöglichen.

We, the undersigned German Committee, hereby consent, in accordance with Clause 22 (4) of the 1952 Agreement, to your Committee's extending the time within which any one or more foreign bank creditors in your respective countries may adhere to the 1952 Agreement to enable such adherence to be made at any time within two months of the said Intergovernmental Agreement coming into force.

Le Comité Allemand soussigné accepte par les présentes, conformément au paragraphe 22 (4) de l'Accord de 1952, que vos Comités prolongent le délai au cours duquel un ou plusieurs créanciers bancaires étrangers de vos pays respectifs auront la possibilité d'accéder à l'Accord de 1952, de façon à leur permettre d'accéder pendant un délai de deux mois à compter de l'entrée en vigueur de l'Accord Intergouvernemental.

Schlußformel.

Für den Deutschen Ausschuß
für Stillhalteschulden
gez. Abs

Für die Bank deutscher Länder

gez. Vocke
gez. v. Schelling

Yours faithfully,

For and on behalf of the German Committee for Standstill Debts
signed:

For and on behalf of the Bank deutscher Länder
signed:

Veuillez agréer, ...

Signé pour le Comité allemand des Dettes de Standstill et en son nom:

Signé pour la Bank deutscher Länder et en son nom:

An:

den Deutschen Ausschuß für Stillhalteschulden

die Bank deutscher Länder.

Das Deutsche Kreditabkommen von 1952

Sehr geehrte Herren,

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens betreffend die Maßnahmen zur Inkraftsetzung des obigen Abkommens sowie den in diesem Abkommen vorgesehenen zeitweiligen Aufschub von Devisenzahlungen an die Gläubiger mit Ausnahme der sich normalerweise aus Ziffer 5 des Abkommens ergebenden Zahlungen und bestätigen zugleich, daß wir die in Ihrem Schreiben aufgeführten Bestimmungen und Bedingungen annehmen.

Insbesondere sind wir damit einverstanden,

(a) daß das Abkommen von 1952 nach Erfüllung der Bestimmungen der Ziffer 29 des Abkommens und nach Ratifizierung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Regierungsabkommen" bezeichnet) durch die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, jedoch seine Wirksamkeit verliert, wenn es bei Inkrafttreten des Regierungsabkommens nicht in dieses einbezogen worden ist,

To:

The German Committee for Standstill Debts.

The Bank deutscher Länder.

The German Credit Agreement of 1952

Dear Sirs,

We acknowledge receipt of your letter with regard to the arrangements for the bringing into force of the above Agreement and the temporary postponement of payment to the creditors of foreign currency payments provided for in that Agreement, other than those normally arising pursuant to Clause 5 thereof, and hereby confirm our acceptance of the terms and conditions set out in your letter.

In particular we agree—

(a) that the 1952 Agreement shall come into force upon compliance with the provisions of Clause 29 thereof and upon ratification of the Agreement on German External Debts (below referred to as the "Intergovernmental Agreement") by the Federal Republic of Germany but shall cease to become effective if it is not included in the said Intergovernmental Agreement when the latter Agreement comes into force;

Au

Comité allemand pour les Dettes de Standstill,

et à la Bank deutscher Länder

Accord de crédit allemand de 1952

Messieurs,

Nous avons l'honneur d'accuser la réception de votre lettre relative aux arrangements pris en vue de l'entrée en vigueur de l'Accord cité en référence et de l'ajournement temporaire du versement aux créanciers des paiements en devises prévus dans l'Accord en question, autres que ceux résultant de l'application normale de son Article (5), et nous confirmons par les présentes notre acceptation des modalités et conditions exposées dans votre lettre.

Nous vous confirmons en particulier notre accord sur les points suivants:

(a) l'Accord de 1952 entrera en vigueur lorsque les conditions prévues dans son Article 29 auront été remplies et lorsque l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes (désigné ci-après par les mots «l'Accord Intergouvernemental») aura été ratifié par la République Fédérale d'Allemagne, mais cessera d'avoir effet s'il n'est pas inclus dans l'Accord Intergouvernemental lors de l'entrée en vigueur de ce dernier;

(b) daß alle in dem Abkommen von 1952 vorgesehenen Devisenzahlungen mit Ausnahme der sich normalerweise aus Ziffer 5 des Abkommens ergebenden Zahlungen bis zum Inkrafttreten des Regierungsabkommens gemäß dessen Artikel 35 aufzuschieben sind, und

(c) daß die in Ihrem Schreiben aufgeführten Änderungen im Wortlaut des Abkommens von 1952 in den zu unterzeichnenden Text des Abkommens aufzunehmen sind.

Dieses Schreiben kann in mehreren Ausfertigungen hergestellt werden, die jeweils das gleiche Schriftstück darstellen.

Schlußformel.

Für den Amerikanischen Ausschuß für Stillhaltegläubiger Deutschlands gezeichnet:

Für den Britischen Bankenausschuß für deutsche Angelegenheiten gezeichnet:

Für den Schweizerischen Bankenausschuß für das Deutsche Kreditabkommen gezeichnet:

(b) that all foreign currency payments provided for in the 1952 Agreement, other than those normally arising pursuant to Clause 5 thereof, shall be postponed until the Intergovernmental Agreement comes into force in accordance with Article 35 thereof; and

(c) that the amendments to the text of the 1952 Agreement set out in your letter are to be incorporated in the Agreement in the form in which it is signed.

This letter may be executed in several counterparts which taken together will constitute one and the same instrument.

Yours faithfully,

For and on behalf of the American Committee for Standstill Creditors of Germany.
signed:

For and on behalf of the British Banking Committee for German Affairs.
signed:

For and on behalf of the Swiss Banking Committee for the German Credit Agreement.
signed:

(b) tous les paiements en devises étrangères prévus dans l'Accord de 1952, autres que ceux résultant de l'application normale de son Article 5, seront ajournés jusqu'à l'entrée en vigueur de l'Accord Intergouvernemental par application de son Article 35;

(c) les amendements au texte de l'Accord de 1952 indiqués dans votre lettre seront incorporés à l'Accord tel qu'il sera signé.

La présente lettre pourra être signée en plusieurs exemplaires qui constitueront ensemble un seul et unique instrument.

Veuillez agréer, ...

Signé pour le Comité américain des créanciers de Standstill de l'Allemagne et en son nom:

Signé pour le Comité bancaire britannique pour les Affaires allemandes et en son nom:

Signé pour le Comité bancaire suisse pour l'Accord de crédit allemand et en son nom:

ANLAGE IV

[Anmerkung: Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang 6 des Konferenzberichts; es sind lediglich solche Änderungen vorgenommen worden, die zur Erreichung einer übereinstimmenden Fassung in den drei Sprachen erforderlich waren.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Regelung von Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, gewisser Forderungen aus dem Kapitalverkehr und verschiedener anderer Forderungen

Inhalt

Kapitel A

Beschreibung und Forderungen

ARTIKEL

1. Forderungen aus dem Waren- und Dienstleistungsverkehr.
2. Forderungen aus dem privaten Kapitalverkehr.
3. Erträgnisse aus Vermögensanlagen.
4. Weitere Geldforderungen.
5. Ausnahmen.

Kapitel B

Allgemeine Grundsätze

6. Umstellung auf D-Mark.
7. Fremdwährungsforderungen mit Goldklauseln.
8. Umrechnung von Fremdwährungsforderungen in D-Mark.
9. Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden.

ANNEX IV

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix 6 to the Report of the Conference on German External Debts with such changes as were required to achieve uniformity in the three languages.]

Agreed Recommendations for the Settlement of Claims arising out of Goods and Services Transactions, of certain Claims arising from Capital Transactions and of various other Claims

Contents

Section A

Classification of Claims

ARTICLE

1. Claims arising out of transactions for goods and services.
2. Claims arising out of private financial transactions.
3. Income from investments.
4. Other monetary claims.
5. Exceptions.

Section B

General Principles

6. Conversion into Deutsche Mark.
7. Claims expressed in foreign currency with gold clauses.
8. Computation in Deutsche Mark of claims expressed in foreign currency.
9. Konversionskasse for German External Debts.

ANNEXE IV

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 6 au Rapport de la Conférence des dettes extérieures allemandes, avec les modifications nécessaires pour assurer la concordance des textes dans les trois langues.]

Recommandations agréées pour le Règlement des créances nées de livraisons de marchandises et de prestations de services, de certaines créances financières et de diverses autres créances

Table des matières

Chapitre A

Champ d'application du règlement

ARTICLES

1. Créances nées d'échanges de marchandises et de services.
2. Créances financières privées.
3. Revenus d'investissements.
4. Autres créances pécuniaires.
5. Exceptions.

Chapitre B

Principes généraux

6. Conversion en Deutschemark.
7. Créances en devises étrangères avec clause-or.
8. Evaluation en Deutschemark de créances en devises étrangères.
9. Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden (Caisse de conversion pour les dettes extérieures allemandes).

10. Einzahlung bei der Deutschen Verrechnungskasse.
11. Härteklausel.
12. Rechtsnachfolge in der Forderung und in der Schuld.
13. Gläubigerwechsel.
14. B itritt zur Schuldenregelung. Devisenrechtliche Bestimmungen, Schuldnerverpflichtungen.
15. Regelung von Streitfällen.
16. Gemischte Kommission.
17. Schiedsgericht.
18. Zahlung in D-Mark.
19. Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben.
20. Einfluß der Regelung auf Forderungen.
21. Währungsoptionsklauseln ohne Goldklausel.
22. Zugeständnisse zugunsten der Schuldner.
23. Echte Konversionen.
24. Währung, in der zu bezahlen ist.
25. Bereinigungsgesetze für deutsche Wertpapiere.

Kapitel C

Regelung von alten Handelsforderungen

26. Forderungen aus Warenlieferungen.
27. Forderungen aus Vorauszahlungen auf Warenlieferungen und Dienstleistungen.
28. Löhne, Gehälter, Pensionen, die auf einem Beschäftigungsverhältnis beruhen, Provisionen.
29. Leistungen aus der Sozialversicherung.
30. Forderungen aus dem privaten Versicherungsverkehr.
31. Sonstige alte Handelsforderungen.
32. Gemeinsame Bestimmungen für alte Handelsforderungen.

Kapitel D

Regelung von Forderungen aus dem privaten Kapitalverkehr

33. Forderungen in deutscher Währung.
34. Forderungen in fremder Währung.

Kapitel E

Rückständige Erträgnisse aus Vermögensanlagen

35.

Kapitel F

Weitere Geldforderungen

36.

Unteranlage.—Gemeinsame Erklärung der deutschen und der schweizerischen Delegation zu den Verhandlungen über die Regelung der Schweizer Frankengrundschulden.

10. Payments into the Deutsche Verrechnungskasse.
11. Hardship clause.
12. Succession to claims and debts by operation of law.
13. Change of creditor.
14. Participation in the Debt Settlement, foreign currency regulations, debtor obligations.
15. Settlement of disputes.
16. Mixed Commission.
17. Court of Arbitration.
18. Payment in Deutsche Mark.
19. Utilisation of blocked Deutsche Mark accounts.
20. Effect of the settlement on claims.
21. Currency option clauses without a gold clause.
22. Concessions in favour of debtors.
23. Effective Conversion.
24. Currency of payment.
25. Validation laws for German bonds.

Section C

Settlement of Old Commercial Claims

26. Claims arising out of supplies of goods.
27. Claims arising out of prepayments for supplies of goods and services.
28. Wages, salaries, pensions based on employment, commission.
29. Services from social insurance.
30. Claims arising out of private insurance business.
31. Other old commercial claims.
32. Joint provisions for old commercial debts.

Section D

Settlement of Claims arising out of Private Financial Transactions

33. Claims in German currency.
34. Claims in non-German currency.

Section E

Arrears of Income from Investments

35.

Section F

Other Monetary Claims

36.

Sub-Annex—Joint Statement by the German and Swiss Delegations concerning the negotiations on the Swiss Franc Land Charges (Schweizer Frankengrundschulden).

10. Versements à la Deutsche Verrechnungskasse.
11. Clause relative aux cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile.
12. Transmission, par succession légale, des créances et des dettes.
13. Cession de créance.
14. Accession au règlement des dettes. Dispositions de contrôle des changes. Obligations du débiteur.
15. Règlement des litiges.
16. Commission Mixte.
17. Tribunal arbitral.
18. Paiement en Deutschemark.
19. Utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark.
20. Influence du règlement sur les créances.
21. Clauses d'option de change sans clause-or.
22. Affectation au bénéfice des débiteurs des concessions faites par les créanciers.
23. Conversion effective.
24. Monnaie de paiement.
25. Lois de validation des valeurs mobilières allemandes.

Chapitre C

Règlement des créances commerciales anciennes

26. Créances nées de livraisons de marchandises.
27. Créances nées du paiement anticipé de marchandises et de services.
28. Salaires, traitements et pensions résultant de contrats de travail, commissions.
29. Prestations d'assurances sociales.
30. Créances au titre des assurances privées.
31. Créances commerciales anciennes diverses.
32. Dispositions communes à toutes les créances commerciales anciennes.

Chapitre D

Règlement des créances financières privées

33. Créances en monnaie allemande.
34. Créances en monnaie non allemande.

Chapitre E

Revenus arriérés d'investissements

35.

Chapitre F

Créances pécuniaires diverses

36.

Annexe IV A.—Déclaration commune des Délégations suisse et allemande au sujet des négociations sur le règlement des Dettes foncières suisses libellées en francs suisses (Schweizer Frankengrundschulden).

KAPITEL A

Beschreibung der Forderungen

Unter die nachstehende Regelung fallen:

Artikel 1

Geldforderungen aus dem internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr und Geldforderungen verwandten Charakters, die vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind, gegen private und öffentliche Schuldner (alte Handelsforderungen).

Insbesondere kommen in Betracht:

(1) Forderungen aus Warenlieferungen,

(2) Forderungen aus Vorauszahlungen auf Warenlieferungen und Dienstleistungen,

(3) Nebenkosten des Warenverkehrs, soweit sie in der Warenrechnung nicht enthalten sind; hierunter fallen auch Frachten und ähnliches,

(4) Forderungen aus Dienstleistungen, soweit sie nicht in anderen Ziffern erfaßt sind; hierunter fallen auch Aufsichtsrats- und Treuhändergebühren,

(5) Vergütungen für gewerbliche Schutzrechte, Urheberrechte, technische Hilfe und ähnliche Forderungen,

(6) Schadensersatzansprüche im Zusammenhang mit dem Waren- und Dienstleistungsverkehr, die vor dem 8. Mai 1945 entstanden und fällig geworden sind,

(7) Löhne, Gehälter, Pensionen, die auf einem Beschäftigungsverhältnis beruhen, und Provisionen,

(8) Leistungen aus der Sozialversicherung,

(9) Forderungen aus dem privaten Versicherungsverkehr.

Forderungen, die zwar in Ziffer (1) bis (9) nicht ausdrücklich erwähnt sind, aber eindeutig zum Bereich der in diesem Artikel geregelten Forderungen aus dem internationalen Waren- und Dienstleistungsverkehr gehören, sind den entsprechenden Ziffern zuzuordnen.

Artikel 2

Folgende vor dem 8. Mai 1945 entstandene Forderungen aus dem Kapitalverkehr einschließlich geschuldeter Zinsen gegen nicht-öffentliche Schuldner:

(1) Forderungen, die auf deutsche Währung ohne Gold- oder Währungsklausel lauten;

(2) Forderungen, die auf Fremdwährung oder auf deutsche Währung mit Gold- oder Währungsklausel lauten, sofern sie

(a) von natürlichen Personen geschuldet werden und nicht unter einer Firma des Schuldners begründet sind, ohne Rücksicht auf Laufzeit und Betrag; oder

(b) gegen deutsche Firmen lauten und natürlichen oder juristi-

SECTION A

Classification of Claims

The settlement shall include:

Article 1

Monetary claims arising out of international transactions for goods and services, as well as monetary claims of a similar character, against private or public debtors which became due before 8th May, 1945 (old commercial claims).

These cover, in particular—

(1) Claims arising out of supplies of goods;

(2) Claims arising out of prepayments for supplies of goods and services;

(3) Incidental charges in connection with the exchange of goods, in so far as they are not contained in the invoice; these also cover freights and similar items;

(4) Claims arising out of services, in so far as they are not comprised in other items; these also cover directors' and trustees' fees;

(5) Claims in respect of industrial property rights, copyrights, technical aid and similar claims;

(6) Claims for damages in connection with goods and services transactions which arose and became due prior to 8th May, 1945;

(7) Wages, salaries and pensions based on employment, and commission;

(8) Payments arising out of social insurance;

(9) Claims arising out of private insurance business.

Claims not specifically mentioned in paragraphs (1) to (9) which clearly fall within the scope of the international goods and services transactions dealt with in this section, shall be allotted to the corresponding items.

Article 2

The following claims which arose out of financial transactions before 8th May, 1945, including any interest outstanding, against non-public debtors:—

(1) Claims expressed in German currency without gold or non-German currency clause;

(2) Claims expressed either in foreign currency or in German currency with gold or foreign currency clause, which—

(a) are owed by natural persons and not contracted in the name of a firm belonging to the debtor, irrespective of duration and amount; or

(b) are owed by German firms and belong to natural or legal

CHAPITRE A

Champ d'application du règlement

Le règlement ci-après s'applique aux créances suivantes:

Article 1

Créances pécuniaires nées d'échanges internationaux de marchandises et de services, et créances pécuniaires de caractère analogue, échues avant le 8 mai 1945 à l'encontre de débiteurs privés et publics (créances commerciales anciennes).

Il s'agit notamment:

(1) des créances nées de livraisons de marchandises,

(2) des créances nées du paiement anticipé de marchandises et de services,

(3) des frais accessoires afférents aux mouvements de marchandises, pour autant qu'ils n'ont pas été facturés avec les marchandises, y compris les frêts et dépenses analogues,

(4) des créances nées de prestations de services, dans la mesure où elles ne sont pas visées par d'autres alinéas, y compris les jetons de présence des membres de conseils d'administration et des trustees,

(5) des redevances afférentes aux droits de propriété industrielle, droits d'auteur, assistance technique et des créances analogues,

(6) des créances d'indemnité nées et exigibles avant le 8 mai 1945, au titre de dommages subis à l'occasion de livraisons de marchandises ou de prestations de services,

(7) des salaires, traitements, pensions résultant de contrats de travail et commissions,

(8) des prestations d'assurances sociales,

(9) des créances nées d'opérations d'assurance privée.

Les créances qui, bien que ne figurant pas expressément dans les catégories (1) à (9) ci-dessus, appartiennent cependant nettement à la catégorie des créances nées d'échanges internationaux de marchandises et de services réglées par le présent Article, doivent être classées aux alinéas correspondants.

Article 2

Créances financières ci-après, y compris les intérêts impayés, nées avant le 8 mai 1945, à l'encontre de débiteurs privés:

(1) créances libellées en monnaie allemande, sans clause-or ni clause de change;

(2) créances libellées, soit en devises étrangères, soit en monnaie allemande avec clause-or ou clause de change, lorsque ces créances:

(a) portent sur des personnes physiques et n'ont pas été contractées au nom d'une société appartenant au débiteur, sans égard à la durée ou au montant de la créance; ou

(b) portent sur des sociétés allemandes appartenant directe-

schen Personen oder Personengruppen zustehen, welche mittelbar oder unmittelbar Eigentümer der betreffenden deutschen Firmen sind, gleichgültig, ob die Forderungen in nicht-marktfähigen Wertpapieren verbrieft oder in anderer Form begründet sind; oder

(c) eine ursprünglich vorgesehene Laufzeit von weniger als fünf Jahren haben; oder

(d) ursprünglich den Betrag von US-$ 40.000 oder dessen Gegenwert (Kurs vom 1. Juli 1952) nicht erreichten, ohne Rücksicht auf die Laufzeit.

(3) Forderungen, die zwar unter Ziffer (1) und Ziffer (2) nicht ausdrücklich erwähnt sind, aber eindeutig zum Bereich der in diesem Artikel geregelten Forderungen aus dem Kapitalverkehr und nicht zum Bereich der Regelungsvorschläge in den Anlagen I bis III des Abkommens über deutsche Auslandsschulden gehören.

(4) Als Ausnahme: Forderungen aus Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, wenn der Schuldner oder Grundstückseigentümer eine Gemeinde oder eine andere öffentliche Stelle ist und das Grundpfandrecht nicht Teil eines Anleihevertrages ist.

Wegen der Frankengrundschulden gemäß den deutsch-schweizerischen Staatsverträgen vom 6. Dezember 1920 und vom 25. März 1923 wird auf die Unteranlage verwiesen.

persons, or groups of persons, who are directly or indirectly owners of the German firms concerned, irrespective of whether the claims are in the form of non-marketable bonds or in any other form; or

(c) originally had a duration stipulated at less than 5 years; or

(d) were originally below the sum of U.S. $ 40,000 or its equivalent (at the rate of exchange on 1st July, 1952), irrespective of duration.

(3) Claims not specifically mentioned in (1) and (2) but clearly falling within the scope of claims arising from financial transactions and not falling under the settlement proposals in Annexes I to III to the Agreement on German External Debts.

(4) By way of exception, claims arising out of mortgages and land charges (Grund- und Rentenschulden) where the debtor or land owner is a Gemeinde (municipality) or another public institution and the charge does not form part of a loan contract.

See Sub-Annex regarding the Swiss franc land charges (Schweizer Frankengrundschulden) pursuant to the German-Swiss Agreements of 6th December, 1920, and 25th March, 1923.

ment ou indirectement à la personne ou groupe de personnes physiques ou morales créancières, que ces créances se présentent sous la forme de valeurs mobilières non négociables ou sous toute autre forme; ou

(c) avaient une durée initiale inférieure à 5 ans; ou

(d) avaient, sans égard à la durée, un montant initial inférieur à 40.000 dollars américains ou à la contre-valeur de cette somme (au cours du 1er juillet 1952);

(3) créances qui, bien que non mentionnées expressément aux alinéas (1) et (2) ci-dessus, appartiennent cependant nettement à la catégorie des créances financières réglées par le présent Article et ne relèvent pas des projets de règlement contenus dans les Annexes I à III de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes.

(4) A titre exceptionnel, créances nées d'hypothèques, de dettes foncières et de rentes foncières («Grund- und Rentenschulden») lorsque le débiteur ou propriétaire foncier est une commune ou une autre autorité publique et que le droit de gage ne résulte pas d'un contrat d'emprunt.

Les dettes foncières en francs suisses («Schweizer Frankengrundschulden») visées par les accords intergouvernementaux germano-suisses des 6 décembre 1920 et 25 mars 1923, font l'objet de l'Annexe A au présent document.

Artikel 3

Vor dem 8. Mai 1945 zu Gunsten von ausländischen Gläubigern angefallene Erträgnisse aus Vermögensanlagen, die im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) belegen sind, soweit diese Erträgnisse nicht in einer anderen Anlage des Abkommens über deutsche Auslandsschulden oder in diesem selbst behandelt werden.

Insbesondere kommen in Betracht:

(1) Dividenden auf Wertpapiere, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) ausgegeben worden sind;

(2) Gewinne;

(3) Miet- und Pachtzinsen.

Article 3

Income of foreign creditors from investments in the Federal Republic of Germany or Berlin (West), which was due before 8th May, 1945, in so far as it is not dealt with in the Agreement on German External Debts or in another Annex thereto.

This includes, in particular—

(1) Dividends on securities issued within the Federal Republic or Berlin (West);

(2) Profits;

(3) Rents.

Article 3

Revenus antérieurs au 8 mai 1945 au bénéfice de créanciers étrangers d'investissements dans la République Fédérale d'Allemagne ou Berlin (Ouest), pour autant qu'ils ne sont pas traités dans l'Accord sur les dettes extérieures allemandes ou une autre Annexe à cet Accord.

Il s'agit notamment:

(1) des dividendes sur titres émis dans la République Fédérale d'Allemagne ou Berlin (Ouest);

(2) des bénéfices;

(3) des loyers et fermages.

Artikel 4

Vor dem 8. Mai 1945 entstandene Geldforderungen, die nicht in anderen Anlagen des Abkommens über deutsche Auslandsschulden und nicht in Artikel 1 bis 3 dieses Regelungsvorschlages erwähnt sind, die aber ihrem Charakter nach zum Bereich dieses Regelungsvorschlages gehören.

Article 4

Monetary claims which arose prior to 8th May, 1945, not dealt with in other Annexes to the Agreement on German External Debts and not mentioned in Articles 1—3 of this settlement proposal, but which by their character fall within the scope of this settlement proposal.

Article 4

Créances pécuniaires, nées avant le 8 mai 1945, qui ne sont traitées ni dans d'autres Annexes à l'Accord sur les dettes extérieures allemandes, ni aux Articles 1 à 3 de la présente proposition de règlement, mais relèvent par leur caractère de la présente proposition de règlement.

Artikel 5

Ausnahme

Ausgenommen von dieser Regelung sind bis auf weiteres Forderungen gegen die Stadt Berlin und gegen Versorgungsbetriebe, die in Berlin liegen und von Berlin kontrolliert werden.

Article 5

Exceptions

Excluded from this settlement proposal are, until otherwise stipulated, claims against the City of Berlin and against public utilities located in the area of and controlled by Berlin.

Article 5

Exceptions

Sont exclues, jusqu'à nouvel ordre, de la présente proposition de règlement les créances à l'encontre de la Ville de Berlin et de services publics situés sur son territoire et contrôlés par Berlin.

KAPITEL B

Allgemeine Grundsätze

Artikel 6

Umstellung auf D-Mark

(1) Auf Reichsmark lautende Forderungen werden geregelt, nachdem sich der ausländische Gläubiger damit einverstanden erklärt hat, daß seine Forderung in demselben Verhältnis auf D-Mark umgestellt wird wie eine gleichartige Forderung eines inländischen Gläubigers. Dies gilt auch für Geldforderungen, welche auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel lauten, die aber nicht spezifisch ausländischen Charakter im Sinne der nachstehenden Ziffer (2) besitzen. Die deutschen Devisenbehörden werden weiterhin eine zu einer Umstellung nach dem Umstellungsgesetz oder zu einer Neufestsetzung nach der D-Mark-Bilanzgesetzgebung etwa erforderliche Genehmigung erteilen, soweit der Gläubiger auf die Umstellung oder Neufestsetzung Anspruch hat.

(2) Es besteht Übereinstimmung darüber, daß solche in Goldmark oder in Reichsmark mit Goldklausel ausgedrückten Geldforderungen des Kapitalverkehrs und Hypotheken, die spezifisch ausländischen Charakter tragen, auf D-Mark im Verhältnis 1 : 1 umgestellt werden sollen.

Die Feststellung der einen spezifisch ausländischen Charakter darstellenden Merkmale bei derartigen Geldforderungen wird in weiteren Verhandlungen erörtert werden.(1) Die Verhandlungspartner behalten sich ihre Stellungnahme zu der Frage, in welchen Fällen und in welcher Weise der hier festgestellte Grundsatz durchgeführt werden kann, zunächst vor. Es bleibt der Deutschen Delegation überlassen zu entscheiden, wie die zu findende Lösung in den Rahmen der deutschen Gesetzgebung über die Währungsreform und den Kriegs- und Nachkriegslastenausgleich eingefügt werden kann.

Die erwähnten Verhandlungen zwischen einer deutschen Delegation und den Vertretern der Gläubiger sollen bis spätestens 31. Oktober 1952 stattfinden.

Artikel 7

Fremdwährungsforderungen mit Goldklausel

Für die Regelung dieser Forderungen sollen die folgenden Grundsätze *mutatis mutandis* Anwendung finden:

Auf Gold-Dollar oder Gold-Schweizerfranken lautende Schulden sind im Verhältnis von 1 Gold-Dollar = 1 Dollar US-Währung und 1 Gold-Schweizerfranken = 1 Franken Schweizer-Währung umzurechnen. Die neuen Verträge lauten auf Währungs-Dollar oder Währungs-Schweizerfranken.

Andere Schulden mit Goldklauseln (ausgenommen auf deutsche Währung lautende Schulden mit Goldklauseln — siehe Artikel 6, Ziff. 2) sind nur in der Währung des Landes zahlbar, in dem

(1) Siehe jetzt Anlage VII.

SECTION B

General Principles

Article 6

Conversion into Deutsche Mark

(1) Claims expressed in Reichsmark shall be settled after the foreign creditor has declared his agreement to his claim being converted into Deutsche Mark at the same rate as would apply in the case of a similar claim of a domestic creditor. This applies also to such monetary claims expressed in Goldmark or Reichsmark with a gold clause as have no specific foreign character within the meaning of the following paragraph (2). The German Foreign Exchange Control Authorities shall continue to issue any licence necessary for a conversion pursuant to the Conversion Law or for a modification of the conversion rate pursuant to the legislation on Deutsche Mark balance sheets, to the extent that the creditor is entitled to such conversion or modification.

(2) The principle is accepted that such monetary claims arising from financial transactions and mortgages, expressed in Goldmark or in Reichsmark with a gold clause as had a specific foreign character, shall be converted into Deutsche Mark at the rate of 1 Goldmark, or 1 Reichsmark with a gold clause, = 1 Deutsche Mark.

The definition of the criteria constituting the specific foreign character of such claims shall be the subject of further negotiation(1). The contracting parties reserve their position as to the question in which cases and in which way the above principle can be implemented. It shall lie with the German Delegation to decide how the solution arrived at can be fitted into the framework of the German laws on currency reform and on the equalisation of war and post-war burdens.

The above-mentioned negotiations between a German Delegation and the creditors' representatives should take place not later than 31st October, 1952.

Article 7

Claims expressed in Foreign Currency with Gold Clauses

For the purpose of the settlement of these claims the following principles shall apply *mutatis mutandis*:—

In the case of debts expressed in gold dollars or gold Swiss francs, the debts shall be computed on the basis of 1 currency dollar equalling 1 gold dollar and 1 currency Swiss franc equalling 1 gold Swiss franc, and the new contracts shall be expressed in currency dollars or currency Swiss francs respectively.

In the case of other debts with gold clauses (excluding German currency debts with gold clauses—see Article 6, paragraph 2) the amounts due shall be payable only in the currency of the

(1) See now Annex VII.

CHAPITRE B

Principes généraux

Article 6

Conversion en Deutschemark

(1) Les créances en Reichsmark seront réglées après que le créancier étranger aura déclaré accepter que sa créance soit convertie en Deutschemark au même taux que le serait une créance analogue d'un créancier allemand. La présente disposition s'applique également aux créances pécuniaires en Mark-or ou Reichsmark avec clause-or, qui ne présentent pas un caractère spécifiquement étranger au sens de l'alinéa (2) ci-après. Le Contrôle des changes allemand continuera à accorder l'autorisation éventuellement nécessaire soit à la conversion selon la Loi de conversion, soit à la réévaluation selon la législation relative aux bilans en Deutschemark, dans la mesure où le créancier a droit à la conversion ou à la réévaluation.

(2) Il a été convenu que les créances pécuniaires financières et les hypothèques en Mark-or ou en Reichsmark avec clause-or, présentant un caractère spécifiquement étranger, seraient converties en Deutschemark au taux de 1 Mark-or ou 1 Reichsmark avec clause-or pour 1 Deutschemark.

La définition des critères applicables pour décider du caractère spécifiquement étranger des créances ci-dessus fera l'objet de négociations ultérieures.(1) Les parties aux négociations réservent leur position quant à la détermination des cas dans lesquels le principe ainsi établi pourra être appliqué ainsi que de ses modalités d'application. Il appartiendra à la Délégation allemande de décider de quelle manière la solution qui sera trouvée pourra être insérée dans le cadre des lois allemandes sur la réforme monétaire et sur la péréquation des charges nées de la guerre ou de l'après-guerre.

Les négociations prévues ci-dessus entre une Délégation allemande et des représentants de créanciers devraient avoir lieu avant le 31 octobre 1952 au plus tard.

Article 7

Créances en devises étrangères avec clause-or

Le principe suivant s'appliquera *mutatis mutandis* au règlement de ces créances:

Les dettes libellées en dollars-or ou francs suisses-or seront calculées à raison d'un dollar courant pour un dollar-or et d'un franc suisse courant pour un franc suisse-or, et les nouveaux contrats seront libellés, suivant le cas, en dollars courants ou en francs suisses courants.

Pour les autres dettes avec clause-or (à l'exception des dettes en monnaie allemande avec clause-or qui font l'objet de l'Article 6, paragraphe (2), les sommes dues seront payables

(1) Voir Annexe VII.

die Anleihe aufgenommen worden oder die Emission erfolgt ist (im folgenden als „Emissionswährung" bezeichnet). Der geschuldete Betrag wird als Gegenwert eines Dollarbetrages nach dem zur Zeit der Fälligkeit der Zahlung maßgebenden Wechselkurs errechnet. Dieser Dollarbetrag wird dadurch ermittelt, daß der Nennwert zu dem im Zeitpunkt der Aufnahme oder Emission der Anleihe maßgebenden Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet wird. Der so errechnete Betrag in der Emissionswährung darf jedoch nicht niedriger sein, als wenn er zu dem am 1. August 1952 maßgebenden Wechselkurs berechnet würde.

country in which the loan was raised or the issue was made (referred to below as "the currency of issue"), the amount due being computed as the equivalent at the rate of exchange when the amount is due for payment of a sum in U. S. dollars which shall be arrived at by converting the amount of the obligation expressed in the currency of issue into U. S. dollars at the rate of exchange ruling when the loan was raised or the issue made. The amount of currency of issue so reached shall, however, not be less than if it were computed at the rate of exchange current on 1st August, 1952.

seulement dans la monnaie du pays dans lequel l'emprunt a été contracté ou émis (cette monnaie est désignée ci-après par l'expression «monnaie d'émission»). Le montant dû sera calculé à la contre-valeur, sur la base du taux de change en vigueur à l'époque de l'échéance, de la somme en dollars américains obtenue en convertissant en dollars américains le montant de l'obligation, exprimé dans la monnaie d'émission, sur la base du taux en vigueur à l'époque du contrat ou de l'émission. Le montant en monnaie d'émission ainsi obtenu ne pourra cependant être inférieur à ce qu'il aurait été sur la base du taux de change en vigueur le 1er août 1952.

Artikel 8
Umrechnung von Fremdwährungsforderungen in D-Mark

Fremdwährungsforderungen werden in D-Mark zu den dem Internationalen Währungsfonds bekanntgegebenen, am Tage vor der Zahlung gültigen Paritäten umgerechnet. Wenn keine Parität festgesetzt ist, erfolgt die Umrechnung zu dem am Tage vor der Zahlung geltenden Mittelkurs der Bank deutscher Länder.

Article 8
Computation in Deutsche Mark of Claims expressed in Foreign Currency

Claims expressed in foreign currency shall be computed in Deutsche Mark based on the parity of the day preceding the date of repayment, as notified to the International Monetary Fund. Where no parity is laid down, the computation shall be made according to the mean rate of exchange quoted by the Bank deutscher Länder on the day preceding the date of payment.

Article 8
Evaluation en Deutschemark de créances en devises étrangères

Les créances en devises étrangères seront évaluées en Deutschemark sur la base des parités notifiées au Fonds Monétaire International, en vigueur la veille du paiement. Si aucune parité n'est fixée, la conversion aura lieu sur la base du cours moyen de la Bank deutscher Länder, en vigueur la veille du paiement.

Artikel 9
Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden

I. Die deutsche Delegation vertrat die Auffassung, daß der deutsche Schuldner in Höhe seiner Zahlungen an die Konversionskasse endgültig von seiner Schuld befreit worden sei. Die Gläubigervertreter waren jedoch der Ansicht, daß solche Zahlungen an die Konversionskasse nach dem Rechte ihrer Länder in der Regel nicht als schuldbefreiend für den deutschen Schuldner anerkannt würden.

Von dem Wunsche getragen, fruchtlosen rechtlichen Erörterungen ein Ende zu setzen, einigten sich beide Seiten daraufhin, eine praktische Lösung zu suchen, welche die von den Gläubigern erhobenen Ansprüche ohne zeitraubende Formalitäten regeln würde.

Die Deutsche Delegation und die ausländischen Gläubigervertreter einigten sich daher unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsstandpunkte wie folgt:

(1) Der deutsche Schuldner verpflichtet sich, die Forderung des Gläubigers ohne Rücksicht auf die an die Konversionskasse geleisteten Zahlungen nach Maßgabe der neuen Regelungsbedingungen zu erfüllen, soweit der Gläubiger
   (a) die der Einzahlung des Schuldners entsprechende Zahlung seitens der Konversionskasse tatsächlich nicht erhalten hat oder
   (b) eine auf der Einzahlung des Schuldners beruhende Zahlung oder Leistung der Konversionskasse an ihn zurückgewiesen hat, weil er die Zah-

Article 9
Konversionskasse for German External Debts

I.—The German Delegation was of the opinion that the German debtor was definitively discharged of his debt to the extent of his payments into the Konversionskasse. The creditor representatives, on the other hand, were of the opinion that as a rule such payments into the Konversionskasse would not be recognised as discharging the German debtors under the laws of their respective countries.

In their desire to put an end to fruitless legal discussions, both sides agreed to seek a practical solution which would permit settlement of the claims of the creditors without unnecessary formalities.

Accordingly the German Delegation and the foreign creditor representatives, while reserving their respective legal positions, have agreed as follows:—

(1) The German debtor undertakes to settle the creditor's claim in accordance with the new settlement terms, regardless of the payments made to the Konversionskasse, to the extent that the creditor—
   (a) has not in fact received from the Konversionskasse the payment corresponding to that made by the debtor to it, or
   (b) refused to accept a payment or performance from the Konversionskasse based on a payment made by the debtor, on the ground that he (the cred-

Article 9
Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden
(Caisse de conversion pour les dettes extérieures allemandes)

I.—La Délégation allemande estimait que le débiteur allemand était définitivement libéré de sa dette à concurrence de ses paiements à la Konversionskasse. Les représentants des créanciers, par contre, estimaient que de tels versements à la Konversionskasse ne seraient pas, en règle générale, reconnus par la loi de leurs pays comme libératoires pour le débiteur allemand.

Désireux de mettre un terme à de stériles discussions juridiques, les deux parties se sont mises d'accord pour rechercher une solution pratique permettant de régler, sans formalités inutiles, les demandes des créanciers.

Tout en maintenant leurs positions juridiques, la Délégation allemande et les représentants des créanciers étrangers sont donc convenus de ce qui suit:

(1) Le débiteur allemand s'engage à rembourser son créancier, selon les nouvelles conditions de règlement, sans égard aux paiements faits à la Konversionskasse, dans la mesure où le créancier:
   (a) n'a pas effectivement reçu de la Konversionskasse le paiement correspondant au versement du débiteur, ou
   (b) a refusé le paiement ou la prestation de la Konversionskasse fondés sur le versement du débiteur, parce qu'il ne voulait pas reconnaître comme libéra-

lung oder Leistung nicht als schuldtilgend anerkennen wollte.

Bei Wertpapieren, auf die das Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds Anwendung findet, bezieht sich diese Regelung nur auf solche Schuldverschreibungen und Zinsscheine, die auf Grund dieses Gesetzes und etwaiger mit dem Emissionsland über die Anwendung dieses Gesetzes geschlossener Abkommen anerkannt worden sind oder für die der Gläubiger nach Maßgabe dieses Gesetzes einen Feststellungsbescheid erhalten hat.

(2) Den Schuldnern werden die Beträge aus deutschen öffentlichen Mitteln erstattet.

(3) Soweit der Schuldner Zahlungen an die Konversionskasse geleistet hat, auf welche Ziffer (1) keine Anwendung findet, ist er von seiner Schuld befreit.

II. Unter Vorbehalt der allgemeinen Bestimmungen, die vorstehend unter I niedergelegt sind, wird folgendes bestimmt:

(a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die volle Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger für die Beträge zu übernehmen, welche von Schuldnern im Saargebiet in die Konversionskasse eingezahlt worden sind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(b) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger in Höhe von 60 v.H. der Beträge zu übernehmen, die von Schuldnern in Österreich, Frankreich, Belgien und Luxemburg in die Konversionskasse eingezahlt worden sind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(c) Die Bundesregierung wird mit den Vertretern der ausländischen Gläubiger vor Ende Dezember 1952 Verhandlungen über die Durchführung dieser Verpflichtungen aufnehmen.

Artikel 10

Einzahlungen bei der Deutschen Verrechnungskasse

Die Verhandlungspartner haben die Einzahlungen deutscher Schuldner bei der Deutschen Verrechnungskasse, die nicht zur Auszahlung an den Gläubiger geführt haben, erörtert.

Angesichts der Verschiedenheit der zwischen Deutschland und den anderen Ländern noch abzuwickelnden Verträge sind Gläubiger und Schuldner der Auffassung, daß die ungeklärten Fragen durch Regierungsverhandlun-

itor) was unwilling to recognise such payment or performance as discharging the debt.

In the case of securities subject to the Validation Law for German Foreign Currency Bonds, the arrangement set out above shall apply only to such Bonds and Coupons as shall have been validated pursuant to the Provisions of such law and of any agreement entered into with the country of issue respecting the application of such law, or with respect to the declaratory decrees (Feststellungsbescheide) which the creditor shall have received pursuant to the said law.

(2) The amounts so paid by the debtors shall be reimbursed to them out of German public funds.

(3) Payments made by the debtor into the Konversionskasse which do not fall within the provisions of sub-paragraph (1) shall be considered as discharging the debt to the extent of such payments.

II.—Subject to the general provisions contained in paragraph I above:—

(a) the Federal Government agrees to assume liability for full payment in the due currencies to the foreign creditors of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in the Saar in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied;

(b) the Federal Government agrees to assume liability for payment in the respective foreign currencies to the foreign creditors of 60 per cent. of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in Austria, France, Belgium and Luxembourg in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied;

(c) the Federal Government will negotiate with the foreign creditors' representatives before the end of December 1952 as regards the implementation of these undertakings.

Article 10

Payments into the Deutsche Verrechnungskasse

The negotiating parties have discussed the payments made by German debtors to the Deutsche Verrechnungskasse which were not paid out to the creditors.

In view of the variations in the terms of the contracts between Germany and other countries, which are not yet executed, the creditors and debtors are of the opinion that the questions which have not been clarified should be

toires ce paiement ou cette prestation.

Dans le cas des valeurs mobilières soumises à la loi de validation des valeurs mobilières allemandes émises à l'étranger, le présent règlement ne s'applique qu'aux obligations et coupons validés conformément aux dispositions de cette Loi ou de tout accord conclu en ce qui concerne l'application de la Loi avec le pays où les valeurs ont été émises, ou au titre d'un jugement déclaratoire (Feststellungsbescheide) obtenu par le créancier en exécution de ladite Loi.

(2) Les débiteurs seront remboursés des sommes en cause sur les fonds publics allemands.

(3) Les paiements faits par le débiteur à la Konversionskasse qui ne tombent pas sous le coup de l'alinéa (1) ci-dessus sont considérés comme libératoires pour le débiteur à concurrence de leur montant.

II.—Sous réserve des dispositions générales du paragraphe I ci-dessus:

(a) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer le responsabilité du paiement intégral aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par des débiteurs sur le territoire de la Sarre, et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contre-parties.

(b) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer la responsabilité du paiement aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, de 60 % des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par des débiteurs en Autriche, en France, en Belgique, et au Luxembourg et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contre-parties.

(c) Le Gouvernement Fédéral entrera en négociations avec les représentants des créanciers étrangers avant la fin de décembre 1952 au sujet de l'application de ces engagements.

Article 10

Versements à la Deutsche Verrechnungskasse

Les parties aux négociations ont examiné la question des versements des débiteurs allemands à la Deutsche Verrechnungskasse, qui n'ont pas été suivis d'un paiement au créancier.

Etant donné la diversité des contrats encore à liquider entre l'Allemagne et les autres pays, créanciers et débiteurs estiment que les questions non élucidées devraient être réglées par la voie de négociations intergouvernementales

gen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den betreffenden Staaten einer Regelung zugeführt werden sollten.

Artikel 11
Härteklausel

Wenn und soweit die wirtschaftliche Lage eines Schuldners durch Krieg, Kriegsfolgen oder andere außerordentliche Umstände so beeinträchtigt worden ist, daß dem Schuldner die Regelung seiner Verpflichtungen zu den Bedingungen oder Terminen dieses Regelungsvorschlages nicht zugemutet werden kann, so soll er Erleichterungen erhalten. Diese Erleichterungen sollen der Billigkeit und den besonderen Verhältnissen des Schuldners Rechnung tragen. Sie sollen den Zugeständnissen entsprechen, die der Schuldner aus solchen Gründen nach dem deutschen Recht, insbesondere dem Vertragshilferecht, von einem deutschen Gläubiger erhalten hat oder erhalten könnte.

Kommen Gläubiger und Schuldner nicht zu einer Einigung, so entscheidet das zuständige deutsche Gericht. Gegen die erstinstanzliche Entscheidung des Gerichts kann der Gläubiger nach seiner Wahl entweder die ihm nach dem deutschen Recht zustehenden Rechtsmittel einlegen oder innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach der Zustellung der erstinstanzlichen Entscheidung das gemäß Artikel 17 gebildete Schiedsgericht anrufen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist bindend.

Artikel 12
Rechtsnachfolge in der Forderung und in der Schuld

(1) Hat ein ausländischer Gläubiger Forderungen eines anderen ausländischen Gläubigers durch Rechtsnachfolge von Todes wegen erworben oder erfolgt ein solcher Erwerb in der Zukunft, so wird die Forderung im Rahmen dieses Regelungsvorschlages so behandelt, als ob sie dem ursprünglichen Gläubiger zustände. Das gleiche gilt für ähnliche Vorgänge gesetzlicher Rechtsnachfolge.

(2) Als Nachfolger des Schuldners haftet, wer durch Gesetz oder bindende Anordnung die Schuld zu übernehmen oder durch Vertrag übernommen hat.

Artikel 13
Gläubigerwechsel

(1) Der Gläubiger kann den Gesamtbetrag seiner Forderung, für die er Zahlung nach dem Ausland verlangen kann, auf einen anderen Ausländer übertragen, vorausgesetzt, daß die Übertragung

(a) an eine im gleichen Währungsraum ansässige Person erfolgt,

(b) keine Veränderung der Bedingungen zur Folge hat, die für die Forderung maßgebend sind,

(c) nicht mittelbar oder unmittelbar zur Abdeckung der Forderung führt.

solved by Governmental negotiations between the Federal Republic of Germany and the States concerned.

Article 11
Hardship Clause

Where and in so far as the financial position of a debtor has been affected by war or the repercussions of war or other extraordinary conditions, to such an extent that the debtor cannot be expected to settle his obligations in accordance with the conditions and within the time-limits laid down in this settlement proposal, he should be granted relief. This shall be equitable and take into account the debtor's special circumstances. The relief shall be in accordance with the concessions which the debtor has been or may be granted by a German creditor on similar grounds under German Law, especially under the legislation for the Relief of Debtors (Vertragshilferecht).

Where the creditor and debtor do not reach agreement, the competent German Court shall make a decision. The creditor shall have the option of appealing against the decision of the Lower Court under the provisions of German Law, or, within a period of 30 days after notice of the Court decision has been served, of appealing to the Court of Arbitration constituted according to the provisions of Article 17. The decision of the Court of Arbitration shall be binding.

Article 12
Succession to Claims and Debts by Operation of Law

(1) Where a foreign creditor has acquired or shall hereafter acquire claims of another foreign creditor by legal succession on death, the claim shall be treated within the framework of this settlement proposal in the same manner as if the original creditor continued to be entitled to it. The same shall apply to similar cases of succession by operation of law.

(2) Any person who, by law or by a binding order, is under an obligation to take over the debt, or who has taken it over by contract, shall be liable for the debt as the successor of the debtor.

Article 13
Change of Creditor

(1) The creditor may assign to some other foreigner the total amount of his claim for which he may demand payment to a foreign country, provided that the assignment—

(a) is made to a resident within the same currency area,

(b) does not entail any modification of the terms underlying the claim,

(c) does not result indirectly or directly in settlement of a claim.

entre la République Fédérale d'Allemagne et les Etats intéressés.

Article 11
Clause relative aux cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile

Si, et dans la mesure où la situation financière d'un débiteur a été si gravement compromise par la guerre, les suites de la guerre ou d'autres circonstances exceptionnelles, qu'il ne peut lui être demandé de s'acquitter de ses obligations dans les conditions et délais prévus dans la présente proposition de règlement, il doit obtenir des allègements. Ceux-ci doivent répondre à l'équité et à la situation particulière du débiteur. Ils doivent correspondre aux concessions dont le débiteur a déjà bénéficié ou pourrait bénéficier pour les mêmes motifs vis-à-vis d'un créancier allemand en vertu de la loi allemande et, en particulier, de la législation sur l'aide aux débiteurs (Vertragshilferecht).

Si le créancier et le débiteur ne parviennent pas à s'entendre, la question sera tranchée par le Tribunal allemand compétent. Le créancier pourra faire appel de la décision de première instance, à son choix, soit en utilisant les recours qui lui sont ouverts par la Loi allemande, soit en s'adressant, dans les 30 jours de la notification de la décision de première instance, au Tribunal arbitral constitué conformément aux dispositions de l'article 17. La décision de ce Tribunal lie les parties.

Article 12
Transmission, par succession légale, des créances et des dettes

(1) Si un créancier étranger a acquis, ou acquiert à l'avenir, par succession à cause de mort, une créance d'un autre créancier étranger, cette créance sera traitée, dans le cadre de la présente proposition de règlement, comme si elle appartenait encore au créancier originel. Il en va de même dans les cas analogues de succession juridique légale.

(2) Est substitué au débiteur quiconque est tenu, aux termes de la Loi ou d'une Ordonnance exécutoire, de reprendre la dette, ou l'a reprise en vertu d'un contrat.

Article 13
Cession de créance

(1) Le créancier peut céder à un autre étranger le montant total d'une créance dont il peut exiger le paiement à l'étranger, à condition que:

(a) le cessionnaire réside dans la même zone monétaire que le cédant,

(b) la cession n'ait pas pour effet de modifier les éléments caractéristiques de la créance,

(c) la cession ne serve, ni directement ni indirectement, au règlement de la créance.

Die zuständigen deutschen Stellen werden die Genehmigung zur Abtretung erteilen, wenn die in (a) bis (c) erwähnten Voraussetzungen vorliegen. Sie sollen darüber hinaus begründete Anträge eines ausländischen Gläubigers auf Genehmigung der Abtretung von Teilbeträgen seiner Forderung wohlwollend prüfen.

Mit dem Übergang der Forderung erhält der neue Gläubiger die gleichen Rechte und Pflichten wie der ursprüngliche Gläubiger. Verlangt der neue Gläubiger vom Schuldner die Abgeltung der Forderung in D-Mark, so finden auf sein Sperrguthaben nach Ablauf einer Frist von drei Monaten seit dem Gläubigerwechsel die Regelungen für „ursprüngliche Sperrguthaben" Anwendung.

(2) Für die Übertragung von Forderungen, für die der Gläubiger nur Zahlung in D-Mark verlangen kann, sind die jeweils im Bundesgebiet und in Berlin (West) geltenden Bestimmungen über die Verwendung und Übertragung solcher Forderungen maßgebend (vergleiche Artikel 19).

The competent German authorities will give permission for the assignment if the conditions laid down in (a) to (c) are fulfilled. Over and above this, they shall give favourable consideration to well-founded applications by a foreign creditor for approval of an assignment of part of his claim.

By the acquisition of the claim the new creditor shall have the same rights and obligations as the original creditor. Should the new creditor demand from the debtor settlement of the claim in Deutsche Mark, the regulations for "original blocked accounts" shall apply to his blocked account after a period of three months has elapsed since the change of creditors occurred.

(2) As far as the assignment of claims is concerned for which the creditor can demand payment only in Deutsche Mark, the regulations concerning the use and assignment of such claims in force at the time in the territory of the Federal Republic of Germany and Berlin (West) shall be decisive (see Article 19).

Les services allemands compétents accorderont l'autorisation de cession quand seront remplies les conditions (a) à (c). Ils devront en outre examiner avec bienveillance les demandes fondées d'un créancier étranger en vue de la cession partielle de sa créance.

La cession de la créance confère au nouveau créancier les droits et devoirs du créancier initial. Si le nouveau créancier demande au débiteur un remboursement en Deutschemark, les règlements régissant les «avoirs bloqués originels» s'appliquent à ces avoirs bloqués après un délai de 3 mois à compter de la cession.

(2) La cession des créances pour lesquelles le créancier ne peut exiger le paiement qu'en Deutschemark est soumise aux dispositions en vigueur au moment considéré dans la République Fédérale et Berlin (Ouest) sur l'utilisation et la cession de telles créances. (Voir article 19)

Artikel 14

Beitritt des Gläubigers und des Schuldners zur Schuldenregelung. Devisenrechtliche Bestimmungen, Schuldnerverpflichtungen

(1) Gläubiger und Schuldner, die eine Forderung und Verpflichtung nach den Bedingungen dieses Regelungsvorschlags regeln wollen, haben darüber schriftliche Erklärungen auszutauschen. Die Beitrittserklärung des Gläubigers kann auch über eine im Gläubigerland zur Weiterleitung solcher Erklärungen errichtete Stelle abgegeben werden.

(2) Das Schuldverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner unterliegt den jeweils geltenden deutschen und ausländischen Devisenbestimmungen unter Berücksichtigung der besonderen Erleichterungen und Zusicherungen, die in diesem Regelungsvorschlag festgelegt sind.

(3) Lehnt der Schuldner die Abgabe einer Erklärung ab, erklärt sich aber der Gläubiger dem Schuldner gegenüber an seine Beitrittserklärung gebunden, so werden die deutschen Devisenbehörden dem Gläubiger auf dessen Antrag im Rahmen seiner Beitrittserklärung alle notwendigen Devisengenehmigungen erteilen.

Diese Devisengenehmigungen sollen den Gläubiger in den Stand setzen, die von ihm gegen den Schuldner geltend gemachten Forderungen einzuklagen und beizutreiben in dem Umfange und in der Weise, die der Regelungsvorschlag für den betreffenden Fall vorsieht.

Soweit der Gläubiger durch Zwangsvollstreckung keine Befriedigung erhalten hat, kann er seine Beitrittserklärung gegenüber dem Schuldner widerrufen.

Die Erteilung der Devisengenehmigung stellt keine Entscheidung über Bestand und Höhe der Forderung dar.

Article 14

Participation of Creditors and Debtors in the Debt Settlement, Foreign Currency Regulations, Debtor Obligations

(1) Creditors and debtors desiring to settle a claim and obligation under the terms of this settlement proposal, must exchange written declarations to this effect. The creditor's declaration of participation may also be made through an agency established in the creditor country for the transmission of such declarations.

(2) The valid Exchange Control Regulations in Germany and abroad, taking into consideration the special facilities and assurances specified in this settlement proposal, shall apply to the relations between the creditor and debtor.

(3) Where the debtor refuses to make a declaration but the creditor declares himself bound to his own declaration of participation in relation to the debtor, the German Foreign Exchange Authorities shall at the request of the creditor issue to him within the limits of his declaration of participation any necessary foreign exchange licences.

Such foreign exchange licences shall enable the creditor to sue for and recover his claims against the debtor to the extent and in the manner provided in this settlement proposal for such claims.

In so far as the creditor has not obtained satisfaction by judicial execution, he may evoke his declaration of participation.

The issue of the foreign exchange licence shall not constitute a decision on the existence and amount of the claim.

Article 14

Accession du créancier et du débiteur au règlement des dettes. Dispositions de Contrôle des changes. Obligations du débiteur

(1) Le créancier et le débiteur désireux de régler une créance et une obligation selon les conditions de la présente proposition de règlement, doivent échanger des déclarations écrites dans ce sens. La déclaration d'adhésion du créancier peut aussi être transmise par l'intermédiaire d'un organisme créé à cet effet dans le pays du créancier.

(2) Le rapport juridique entre créancier et débiteur est sujet aux dispositions allemandes et étrangères de contrôle des changes en vigueur, compte tenu des allègements et concessions particuliers prévus par le présent projet de règlement.

(3) Si le débiteur se refuse à souscrire la déclaration en question, mais que le créancier se déclare lié, vis-à-vis du débiteur, par sa déclaration d'adhésion, le Contrôle des changes allemand accordera au créancier, sur sa demande, dans le cadre de sa déclaration d'adhésion, toutes les autorisations nécessaires en matière de contrôle des changes. Ces autorisations devront permettre au créancier de poursuivre le débiteur et de recouvrer sa créance dans la mesure et de la manière prévues dans le présent projet de règlement.

Si le créancier n'a pas reçu satisfaction par exécution forcée, il peut révoquer sa déclaration d'adhésion.

La délivrance de l'autorisation du Contrôle des changes ne constitue pas une décision sur l'existence et le montant de la créance.

(4) Falls der Gläubiger Zahlung in D-Mark verlangt, hat er dem Schuldner gegenüber schriftlich zu erklären, daß er die Zahlung als Erfüllung seiner Forderung annimmt.

(5) Falls der Gläubiger Zahlung nach dem Ausland verlangen kann und verlangt, hat der Schuldner alle Maßnahmen zu treffen, die nach den jeweils geltenden deutschen Devisenbestimmungen erforderlich sind, um die notwendigen Zahlungsmittel in ausländischer Währung zu beschaffen.

Artikel 15
Regelung von Streitfällen

Soweit in diesem Regelungsvorschlag nicht ausdrücklich anderweitige Bestimmungen getroffen worden sind, werden Streitfälle zwischen Gläubiger und Schuldner über Bestand und Höhe der Forderungen von dem Gericht oder dem zwischen den Parteien vereinbarten Schiedsgericht entschieden, das nach dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis zuständig ist.

Artikel 16
Gemischte Kommission

Zur Entscheidung von Meinungsverschiedenheiten, welche sich aus der Auslegung dieser Regelung ergeben, soll eine Gemischte Kommission gebildet werden, welche aus einer gleichen Zahl von Vertretern der Gläubigerländer einerseits und der Bundesregierung Deutschlands andererseits sowie einem Obmann bestehen soll.

Es wird empfohlen, daß die Kommission zuständig sein soll, Fragen von grundsätzlicher Bedeutung für die Auslegung dieser Regelung zu entscheiden, die ihr von den Regierungen vorgelegt werden.

Ist eine Regierung der Auffassung, daß ein Fall, der vor dem Schiedsgericht (Artikel 17) anhängig ist, grundsätzliche Bedeutung besitzt, so wird empfohlen, daß die Regierung verlangen kann, daß das Schiedsgericht den Fall an die Gemischte Kommission verweist. Dasselbe Recht sollte das Schiedsgericht haben.

Artikel 17
Schiedsgericht

Das im Artikel 11 vorgesehene Schiedsgericht soll aus je einem vom Gläubiger und vom Schuldner ernannten Schiedsrichter bestehen. Die beiden Schiedsrichter sollen einen Obmann wählen. Können sie sich über seine Person nicht einigen, so sollen sie den Präsidenten der Internationalen Handelskammer bitten, ihn zu ernennen.

Die Schiedsrichter sollen in ihrem Heimatland die Befähigung zum Richteramt haben; für den Obmann ist dies nicht erforderlich.

Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Es entscheidet auch darüber, welche Partei die Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

Die Deutsche Delegation wird der Bundesregierung empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß in Fällen, in denen die Parteien nicht in der Lage sind, Kosten vorzuschießen oder die

(4) Should the creditor require payment in Deutsche Mark, he shall be obliged to make a written declaration to the debtor that he accepts such payment in settlement of his claim.

(5) Where the creditor is entitled to require, and requires, payment in a foreign country, the debtor shall be obliged to take all the steps necessary under valid German Foreign Exchange Control Regulations to procure the necessary instruments of payment in foreign currency.

Article 15
Settlement of Disputes

Except as otherwise expressly provided in this settlement proposal, any disputes between creditor and debtor as to the existence and the amount of any claims shall be decided by a Court of Law, or a Court of Arbitration agreed upon by the parties, which is competent in view of the legal relationship between the parties.

Article 16
Mixed Commission

A Mixed Commission, which shall be composed of an equal number of representatives of the creditor countries, on the one hand, and of the Federal Government, on the other hand, as well as of one Chairman, shall be set up to decide differences as to the interpretation of this settlement.

It is recommended that the Commission shall be competent to decide questions of fundamental importance for the interpretation of this settlement which are submitted to it by the Governments concerned.

Where a Government is of the opinion that a case, which is pending in the Court of Arbitration (Article 17), is of fundamental importance, it is recommended that the Government may require the Court of Arbitration to refer the case to the Mixed Commission. The Court of Arbitration should have the same right.

Article 17
Court of Arbitration

The Court of Arbitration referred to in Article 11 shall be composed of one arbitrator appointed by each of the parties. The two arbitrators shall elect a chairman. Should they not be able to agree on the person, they shall request the President of the International Chamber of Commerce to appoint him.

The arbitrators shall possess the qualifications required for holding judicial office in their respective countries; this shall not apply to the Chairman.

The Court of Arbitration shall decide upon its own procedure. It shall also decide which party shall bear the costs.

The German Delegation will advise the Federal Government to make provision that in cases where the parties are unable to make an advance of costs or bear the costs as fixed, the

(4) Au cas où le créancier demande le paiement en Deutschemark, il doit, vis-à-vis du débiteur, déclarer par écrit qu'il accepte le paiement en Deutschemark en règlement de sa créance.

(5) Au cas où le créancier peut demander et demande en fait le transfert, le débiteur doit prendre toutes les mesures exigées par la législation allemande de contrôle des changes en vigueur, pour se procurer les moyens de paiement nécessaires en devises étrangères.

Article 15
Règlement les litiges

En l'absence de dispositions contraires expresses de la présente proposition de règlement, les litiges entre créanciers et débiteurs sur l'existence ou le montant des créances seront tranchés par le Tribunal ou par le Tribunal arbitral convenu entre les parties, qui est compétent d'après le rapport juridique existant.

Article 16
Commission Mixte

En vue du règlement des divergences d'opinion résultant de l'interprétation du présent règlement, une Commission Mixte sera instituée. Elle comprendra un nombre égal de représentants des pays créanciers, et de représentants du gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ainsi qu'un Président.

Il est recommandé que la Commission soit compétente pour décider des questions d'importance fondamentale relatives à l'interprétation du présent règlement qui lui seraient soumises par les Gouvernements.

Si un Gouvernement estime qu'un cas soumis à l'appréciation du Tribunal arbitral (Article 17) pose une question d'importance fondamentale, il est recommandé qu'il puisse demander que le Tribunal arbitral renvoie le litige à la Commission Mixte. Le Tribunal arbitral devrait avoir le même droit.

Article 17
Tribunal arbitral

Le Tribunal arbitral prévu à l'Article 11 se composera d'un arbitre nommé par le créancier et d'un arbitre nommé par le débiteur. Ces deux arbitres désigneront un Président. S'ils ne peuvent se mettre d'accord sur ce choix, ils demanderont au Président de la Chambre de Commerce Internationale de procéder à cette désignation.

Les arbitres doivent être qualifiés pour exercer dans leur pays les fonctions de juges; cette condition n'est pas exigée du Président.

Le Tribunal arbitral règle lui-même sa procédure. Il décide également quelle partie doit payer les dépens.

La Délégation allemande recommandera au Gouvernement Fédéral de veiller à ce que, dans les cas où les parties ne seraient pas en mesure de faire l'avance ou de supporter les

festgesetzten Kosten zu tragen, die Bezahlung dieser Kosten in einer angemessenen Weise geregelt wird.

Das Schiedsgericht kann auf gemeinsamen Antrag der Parteien auch zur Entscheidung über andere Streitigkeiten zwischen Gläubiger und Schuldner tätig werden.

In den Regierungsverhandlungen zur Inkraftsetzung der Empfehlungen der Schuldenkonferenz sollen nähere Bestimmungen über das in diesem Artikel vorgesehene Schiedsgericht vereinbart werden.

payment of such costs shall be adequately settled.

On the joint application of the parties, the Court of Arbitration may also decide in other disputes between creditors and debtors.

Detailed provisions relative to the Court of Arbitration proposed in this Article shall be agreed upon in the Governmental discussions for the implementation of the recommendations of the Conference on German External Debts.

dépens fixés par le Tribunal, le paiement de ceux-ci soit réglé d'une manière adéquate.

Le Tribunal arbitral pourra, à la demande commune des parties, connaître également d'autres litiges entre créancier et débiteur.

Au cours des négociations intergouvernementales en vue de la mise en vigueur des recommandations de la Conférence des dettes extérieures allemandes, des dispositions détaillées devront être convenues en ce qui concerne le Tribunal arbitral prévu par le présent Article.

Artikel 18
Zahlung in D-Mark

Unter Zahlung in D-Mark im Sinne dieser Regelung ist die Zahlung in deutscher Währung auf ein Konto zu verstehen, das der ausländische Gläubiger unter seinem Namen bei einem Kreditinstitut im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) besitzt oder für sich einrichten läßt. Das Konto unterliegt den jeweils geltenden deutschen Devisenbestimmungen.

Die Erteilung von Sondergenehmigungen für anderweitige Zahlungsarten werden hierdurch nicht ausgeschlossen.

Article 18
Payment in Deutsche Mark

Payment in Deutsche Mark according to this settlement shall be understood as meaning payment in German currency into an account held by a foreign creditor or opened in his name at his request with a financial institution in the territory of the Federal Republic of Germany or Berlin (West). The account shall be subject to the German Foreign Exchange Control Regulations from time to time in force.

This shall not exclude the issue of special licences for other forms of payment.

Article 18
Paiement en Deutschemark

Par «paiement en Deutschemark» au sens du présent règlement, il faut entendre le paiement en monnaie allemande à un compte que le créancier étranger possède ou fait ouvrir à son nom dans un établissement financier dans le territoire de la République Fédérale d'Allemagne ou de Berlin (Ouest). Ce compte sera sujet à la réglementation allemande de contrôle des changes en vigueur.

La disposition ci-dessus n'exclut pas la délivrance d'autorisations spéciales pour d'autres modalités de paiement.

Artikel 19
Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben

(1) Dem ausländischen Gläubiger eines „ursprünglichen Guthabens" in deutscher Währung soll es erlaubt sein, sein Guthaben im Rahmen der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelung in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bestehenden Regelungen zu verwenden, einschließlich des Rechts zur Übertragung derartiger Guthaben auf eine andere Person außerhalb Deutschlands.

(2) Dem ausländischen Gläubiger eines „erworbenen Guthabens" in deutscher Währung soll es auch künftig erlaubt sein, sein Guthaben auf eine andere Person außerhalb Deutschlands zu übertragen. Dem ausländischen Gläubiger eines solchen Guthabens soll es auch künftig erlaubt sein, sein Guthaben hauptsächlich für langfristige Investierungen in der deutschen Wirtschaft zu verwenden.

(3) Die zuständigen deutschen Behörden sollen die Regelungen treffen, die erforderlich sind, um einen illegalen Abfluß der Guthaben in deutscher Währung zu verhindern oder andere für die deutsche Wirtschaft und für die Gesamtheit der Gläubiger nachteilige Mißbräuche auszuschließen. Verwendungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelung durch eine allgemeine Genehmigung erlaubt sind, können zur Sicherung der Kontrolle von dem Erfordernis einer Einzelgenehmigung abhängig gemacht werden, ohne daß hierdurch die allgemeinen Verwendungsmöglichkeiten beschränkt werden.

(4) Die zuständigen deutschen Behörden werden sich bemühen, Erleichterungen für die Verwendung gesperrter

Article 19
Utilisation of Blocked Deutsche Mark Accounts

(1) The foreign creditor of an "original credit account" in German currency shall be permitted to utilise it within the framework of the legal provisions in force in the Federal Republic of Germany and Berlin (West) at the time this settlement comes into effect, including the right to assign such credits to another person outside Germany.

(2) The foreign creditor of an "acquired credit account" in German currency shall continue to be permitted to assign his credit to another person outside Germany.

The foreign creditor of such account shall continue to be permitted to utilise his credit mainly for long-term investments in the German economy.

(3) The competent German authorities shall draw up the regulations necessary to prevent the illegal disposal of credits in German currency and to preclude any other abuses detrimental to the German economy and to the creditors as a whole. Utilisations permitted by a general licence at the time this settlement comes into force may, in order to ensure proper control, be made dependent upon the issue of a separate licence without thereby restricting the general possibilities of utilisation.

(4) The competent German authorities will endeavour to provide facilities for the utilisation of blocked

Article 19
Utilisation d'avoirs bloqués en Deutschemark

(1) Le créancier étranger détenteur d'un «avoir originel» en monnaie allemande pourra utiliser son avoir dans le cadre de la réglementation en vigueur lors de l'entrée en vigueur du présent règlement dans la République Fédérale d'Allemagne et Berlin (Ouest); il pourra également céder de tels avoirs à une autre personne hors d'Allemagne.

(2) Le créancier étranger détenteur d'un «avoir de cession» en monnaie allemande conservera le droit de céder cet avoir à une autre personne hors d'Allemagne.

Le créancier étranger détenteur d'un tel avoir conservera le droit d'utiliser cet avoir principalement à des investissements à long terme dans l'économie allemande.

(3) Les Autorités allemandes compétentes prendront les règlements nécessaires pour prévenir toute évasion illégale des avoirs en monnaie allemande ou tout autre abus préjudiciable à l'économie allemande et à l'ensemble des créanciers. Les utilisations permises en vertu d'une autorisation générale lors de l'entrée en vigueur du présent règlement, pourront, en vue de permettre le contrôle, être soumises à une autorisation individuelle, sans que les possibilités générales d'utilisation soient, de ce fait, restreintes.

(4) Les Autorités allemandes compétentes s'efforceront de prévoir des possibilités d'utilisation des avoirs

D-Mark-Guthaben in dem Maße zu schaffen, das die devisenwirtschaftliche Lage zuläßt. Sie werden bestrebt sein, das Genehmigungsverfahren soweit wie möglich zu vereinfachen.

(5) Zur Erörterung allgemeiner Fragen, die mit der Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben zusammenhängen, soll die Bundesregierung einen Beratungsausschuß bilden, dessen Mitglieder paritätisch von den hauptsächlichen Gläubigerländern einerseits und von der Bundesrepublik Deutschland andererseits gestellt werden.

Artikel 20

Einfluß der Regelung auf Forderungen

Soweit nichts Gegenteiliges bestimmt ist, soll diese Regelung als solche die hier behandelten Forderungen nicht verändern.

Artikel 21

Währungsoptionsklauseln ohne Goldklausel

Die Entscheidung, in welcher Währung Forderungen mit Währungsoptionsklauseln (ohne Goldklausel) bezahlt werden sollen, bleibt Regierungsvereinbarungen vorbehalten.

Artikel 22

Zugeständnisse zu Gunsten der Schuldner

Die Gläubiger sind der Auffassung, daß die Vorteile aus den Zugeständnissen, die sie im Rahmen dieser Regelung machen, den Schuldnern zugute kommen sollen.

Artikel 23

Echte Konversionen

(1) Eine Änderung in den Bedingungen eines Schuldverhältnisses gilt als echte Konversion, wenn sie vor dem 9. Juni 1933 vorgenommen worden ist. Ferner, wenn sie an diesem Tage oder danach als Ergebnis freier Verhandlungen oder wegen eingetretener oder drohender Zahlungsunfähigkeit des Schuldners zustandegekommen ist.

(2) Es wird vermutet, daß eine echte Konversion auf Grund freier Verhandlungen nicht vorliegt, wenn der Gläubiger bei der Konversion durch den deutschen Treuhänder für Feindvermögen oder eine ähnliche von einer deutschen Behörde ohne seine Zustimmung ernannte Person vertreten war.

(3) Bei Forderungen aus Schuldverschreibungen liegt eine echte Konversion auch dann nicht vor, wenn sie sich lediglich auf die Annahme eines vom Schuldner gemachten einseitigen Angebots durch den Gläubiger beschränkt hat.

(4) Der Schuldner ist dafür beweispflichtig, daß eine echte Konversion vorliegt.

(5) Bei Kirchenanleihen gilt jede Konversion als echt.

Artikel 24

Währung, in der zu bezahlen ist

Bestimmungen darüber, in welcher Währung eine Geldforderung zu be-

Deutsche Mark accounts to such an extent as the foreign exchange situation shall permit. They will aim at simplifying the licence procedure as much as possible.

(5) The Federal Government shall set up an Advisory Committee composed of an equal number of representatives of the main creditor countries, on the one hand, and of representatives of the Federal Republic, on the other hand, for the discussion of general matters in connection with the utilisation of blocked Deutsche Mark accounts.

Article 20

Effect of the Settlement on Existing Claims

In the absence of any contrary provision, this settlement shall not modify the claims dealt with therein.

Article 21

Currency Option Clauses without a Gold Clause

The decision as to the currency in which claims with currency option clauses (without a gold clause) shall be discharged, shall be reserved to intergovernmental arrangements.

Article 22

Concessions in Favour of Debtors

The creditors are of the opinion that the concessions granted under the terms of this settlement should accrue to the benefit of the debtors.

Article 23

Effective Conversion

(1) A change in the terms of the debt relationship between creditor and debtor shall be considered as an effective conversion, if it was made before 9th June, 1933, or if it occurred on or after 9th June, 1933, as a result of free negotiation or on account of the insolvency or threatened insolvency of the debtor.

(2) It shall be presumed that there is no effective conversion resulting from free negotiation if at the time of conversion the creditor was represented by the German Custodian of Enemy Property or by a similar person appointed by the German authorities without his consent.

(3) In the case of bonded claims, a conversion shall likewise not be considered an effective conversion if the creditor has merely accepted a unilateral offer made by the debtor.

(4) The burden shall be on the debtor to prove that the conversion was an effective conversion.

(5) In the case of Church loans, any conversion shall be considered effective.

Article 24

Currency of Payment

Provisions as to the currency in which monetary claims shall be

bloqués en Deutschemark, dans la mesure où le permettra la situation des changes. Elles auront pour but de simplifier dans la mesure du possible la procédure de délivrance des autorisations.

(5) En vue de la discussion de questions générales liées à l'utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark, le Gouvernement Fédéral constituera une Commission consultative composée sur une base paritaire de représentants des principaux pays créanciers d'une part et de la République Fédérale d'autre part.

Article 20

Influence du règlement sur les créances existantes

Sauf dispositions contraires, le présent règlement, en tant que tel, ne modifie pas les créances auxquelles il est applicable.

Article 21

Clauses d'option de change sans clause-or

La décision quant à la monnaie dans laquelle les créances avec clauses d'option de change (sans clause-or) devront être réglées reste réservée pour des accords intergouvernementaux.

Article 22

Affectation au bénéfice des débiteurs des concessions faites par les créanciers

Les créanciers estiment que le bénéfice des concessions consenties par eux dans le cadre du présent règlement doit profiter aux débiteurs.

Article 23

Conversion effective

(1) Toute modification des conditions d'une dette est considérée comme une conversion effective, si elle a eu lieu avant le 9 juin 1933, ou encore, si elle a eu lieu le 9 juin 1933 ou après cette date et à la suite de libres négociations ou en raison de l'insolvabilité survenue ou imminente du débiteur.

(2) Il sera présumé qu'il n'y a pas conversion effective résultant de libres négociations si le créancier était représenté, au moment de la conversion, soit par le Séquestre allemand des biens ennemis, soit par une personne analogue désignée par des autorités allemandes sans son assentiment.

(3) Dans le cas des créances ayant la forme d'obligations, il n'y a pas non plus conversion effective lorsque le créancier s'est borné uniquement à accepter une offre unilatérale du débiteur.

(4) Le débiteur aura la charge de prouver qu'il y a conversion effective.

(5) Dans le cas des emprunts des églises, toute conversion sera considérée comme effective.

Article 24

Monnaie de paiement

Les dispositions concernant la monnaie dans laquelle une créance pécu-

zahlen ist, bleiben Regierungsvereinbarungen vorbehalten.

Artikel 25

Bereinigungsgesetze für deutsche Wertpapiere

Diese Regelung findet keine Anwendung auf Schuldverschreibungen und Zinsscheine, die auf Grund des deutschen Wertpapierbereinigungsgesetzes vom 19. August 1949 (Wirtschaftsgesetzbl. S. 295) und des Bereinigungsgesetzes für deutsche Auslandsbonds vom August 1952 der Bereinigung bedürfen, solange diese Schuldverschreibungen oder Zinsscheine nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Gesetze und etwaiger mit dem Emissionsland über diese Gesetze geschlossener Abkommen nicht bereinigt worden sind.

discharged, are reserved to intergovernmental arrangements.

Article 25

Validation Laws for German Bonds

This settlement shall not apply to bonds and interest coupons which require to be validated under the German Validation Law for Bonds of 19th August, 1949 (Wirtschaftsgesetzbl., page 295) and the Validation Law for German External Bonds of August, 1952, until these bonds and interest coupons have been validated pursuant to the provisions of such laws or any agreement which may be concluded with the country of issue with regard to such laws.

niaire doit être réglée restent réservées pour des accords intergouvernementaux.

Article 25

Lois de validation des valeurs mobilières allemandes

Le présent règlement ne s'applique pas aux obligations et coupons dont la validation est requise en vertu de la Loi de validation des valeurs mobilières allemandes du 19 août 1949 (Wirtschaftsgesetzbl. II, 1949, page 295) et de la Loi de validation des valeurs mobilières allemandes émises à l'étranger d'août 1952, tant que ces obligations ou coupons n'auront pas été validés selon les dispositions de ces lois ou de tout accord intergouvernemental qui pourrait être conclu, en ce qui concerne l'application de ces lois, avec le pays où les valeurs ont été émises.

KAPITEL C

Regelung von alten Handelsforderungen (Artikel 1)

SECTION C

Settlement of Old Commercial Claims (Article 1)

CHAPITRE C

Règlement des créances commerciales anciennes (Article 1)

Artikel 26

Forderungen aus Warenlieferungen (Artikel 1 [1])

(1) Der Gläubiger soll vom Schuldner Zahlung nach dem Ausland verlangen können, und zwar:

(a) in Höhe eines Drittels des geschuldeten Betrages mit Beginn des Jahres 1953,

(b) in Höhe der restlichen zwei Drittel des geschuldeten Betrages in zehn gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Januar 1954.

(2) Der Gläubiger kann bis zum 31. Dezember 1953 verlangen, daß der Schuldner an Stelle der unter Ziffer (1) (b) vorgesehenen Zahlung nach dem Ausland innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung den Restbetrag seiner Forderung (zwei Drittel des ursprünglich geschuldeten Betrages) in D-Mark zahlt. Gläubigern und Schuldnern wird anheimgestellt, beim Vorliegen besonderer Umstände eine Verlängerung dieser Frist um weitere drei Monate zu vereinbaren.

(3) Nach dem 31. Dezember 1953 kann der Gläubiger die Bezahlung der Restforderung in D-Mark nur im Einvernehmen mit dem Schuldner verlangen.

Article 26

Claims arising out of Supplies of Goods (Article 1 [1])

(1) The creditor shall be entitled to demand payment to a foreign country as follows:—

(a) in respect of one-third of the amount owed as from the beginning of the year 1953,

(b) in respect of the remaining two-thirds of the amount owed in ten equal yearly instalments, starting on 1st January, 1954.

(2) The creditor may up to 31st December, 1953, demand that the debtor, instead of effecting payment to a foreign country as stipulated under (1) (b), shall, within three months after such request pay the balance of his claim (two-thirds of the original amount owed) in Deutsche Mark. It shall be left to the creditors and debtors in special circumstances to agree upon extension of the time limit for a further three months.

(3) After 31st December, 1953, payment of the balance of the claim in Deutsche Mark may be demanded only in agreement with the debtor.

Article 26

Créances nées de livraisons de marchandises (Article 1 [1])

(1) Le créancier pourra exiger du débiteur le transfert:

(a) à partir du début de 1953, d'un tiers de la somme due,

(b) à partir du 1er janvier 1954 et en 10 annuités égales des deux tiers restants.

(2) Le créancier pourra, jusqu'au 31 décembre 1953, exiger de son débiteur, au lieu du transfert prévu à l'alinéa 1 (b), le paiement en Deutschemark du reste de sa créance (soit les 2/3 du montant dû à l'origine) dans un délai de 3 mois à compter de la demande. Il est laissé à la discrétion des créanciers et des débiteurs de convenir d'une prolongation de 3 mois du délai en question, en cas de circonstances particulières.

(3) Après le 31 Décembre 1953, le créancier ne pourra exiger qu'avec l'assentiment du débiteur le paiement en Deutschemark du solde de la créance.

Artikel 27

Forderungen aus Vorauszahlungen auf Warenlieferungen und Dienstleistungen (Artikel 1 [2])

(1) Gläubiger und Schuldner sollen sich, soweit erforderlich mit Genehmigung ihrer zuständigen Behörden, auf eine den individuellen Verhältnissen entsprechende Regelung einigen.

(2) Kann eine Einigung nicht erreicht werden, so soll der Gläubiger vom Schuldner Zahlung des geschuldeten Betrages nach dem Ausland in zehn gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Oktober 1953, verlangen können.

(3) Der Gläubiger kann bis zum 31. Dezember 1953 verlangen, daß der Schuldner an Stelle der unter Ziffer (2)

Article 27

Claims arising out of Prepayments for Supplies of Goods and Services (Article 1 [2])

(1) Creditors and debtors should, where necessary, with the approval of their competent authorities, agree upon a settlement appropriate to the circumstances of the case.

(2) Should it not be possible to reach agreement, the creditor shall be entitled to ask the debtor for payment to a foreign country of the amount owed in ten equal yearly instalments, starting as from 1st October, 1953.

(3) The creditor may up to 31st December, 1953, demand that the debtor, instead of effecting payment to a

Article 27

Créances nées du paiement anticipé de marchandises ou de services (Article 1 [2])

(1) Les créanciers et les débiteurs doivent se mettre d'accord, avec l'autorisation des autorités compétentes de leurs pays respectifs, sur un règlement correspondant à leur cas d'espèce.

(2) Si une entente ne peut être atteinte, le créancier pourra exiger du débiteur le transfert du montant dû, en 10 annuités égales à partir du 1er octobre 1953.

(3) Le créancier pourra, jusqu'au 31 Décembre 1953, exiger de son débiteur, au lieu du transfert prévu

vorgesehenen Zahlung nach dem Ausland innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung den gesamten Betrag der Forderung in D-Mark zahlt. Gläubigern und Schuldnern wird es anheimgestellt, beim Vorliegen besonderer Umstände eine Verlängerung dieser Frist um weitere drei Monate zu vereinbaren.

(4) Nach dem 31. Dezember 1953 kann der Gläubiger die Bezahlung der Forderung in D-Mark nur im Einvernehmen mit dem Schuldner verlangen.

foreign country as stipulated under (2), shall, within three months after such request, pay the total amount of the claim in Deutsche Mark. It shall be left to the creditors and debtors, in special circumstances, to agree upon extension of the time limit for a further three months.

(4) After 31st December, 1953, payment of the claim in Deutsche Mark may be demanded only in agreement with the debtor.

au paragraphe (2), le paiement en Deutschemark de la totalité de sa créance dans un délai de trois mois à compter de la demande. Il est recommandé aux créanciers et aux débiteurs de convenir d'une prolongation de 3 mois de ce délai en cas de circonstances particulières.

(4) Après le 31 Décembre 1953, le créancier ne pourra qu'avec l'assentiment du débiteur exiger le paiement de la créance en Deutschemark.

Artikel 28

Löhne, Gehälter, Pensionen, die auf einem Beschäftigungsverhältnis beruhen, Provisionen (Artikel 1 [7])

(1) Der Gläubiger soll vom Schuldner Zahlung des geschuldeten Betrages nach dem Ausland in fünf gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Januar 1953, verlangen können. In diese Regelung können auf Antrag des Berechtigten oder einer privaten oder öffentlichen Stelle, die der Berechtigte ordnungsmäßig bevollmächtigt hat, für ihn zu handeln, bei den zuständigen deutschen Stellen auch solche Beträge einbezogen werden, die nachweislich vorübergehend vom Berechtigten oder von seinem Arbeitgeber zu seinen Gunsten auf ein Konto bei einem im Bundesgebiet oder in Berlin (West) gelegenen Kreditinstitut eingezahlt waren.

Den zuständigen deutschen Stellen wird es vorbehalten sein, die Möglichkeit einer beschleunigten Zahlung nach dem Ausland in Härtefällen wohlwollend zu prüfen.

(2) Der Gläubiger kann jederzeit verlangen, daß der Schuldner den Restbetrag, der noch nicht nach dem Ausland überwiesen ist, innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung in D-Mark zahlt.

Article 28

Wages, Salaries and Pensions based on Employment, Commission (Article 1 [7])

(1) The creditor shall be entitled to demand from the debtor payment to a foreign country of the amount owed in five equal yearly instalments, starting on 1st January, 1953. On application by the claimant, or by a private or governmental organisation which the claimant has duly authorised to act on his behalf, to the competent German authorities this settlement may also include such amounts as, according to proof furnished, have been paid temporarily into an account with a financial institution located in the Federal territory or Berlin (West) by the claimant or by his employer to the claimant's credit.

It shall lie with the competent German authorities to give favourable consideration to the possibility of an early payment to a foreign country in cases of hardship.

(2) The creditor may, at any time, demand that the debtor shall, within three months after being so requested, pay, in Deutsche Mark, the balance of the claim which has not yet been transferred to a foreign country.

Article 28

Salaires, traitements et pensions résultant de contrats de travail, commissions (Article 1 [7])

(1) Le créancier pourra exiger du débiteur le transfert du montant dû, en 5 annuités égales, à partir du 1er janvier 1953. Dans ce règlement pourront être incorporés également, sur demande adressée aux autorités allemandes compétentes par l'intéressé ou par une organisation privée ou publique dûment autorisée par lui à agir en son nom, les montants dont il peut être prouvé qu'ils ont été versés temporairement soit par l'intéressé, soit en sa faveur par son employeur, à un compte ouvert dans un établissement financier dans le territoire de la République Fédérale ou de Berlin (Ouest).

Il appartiendra aux Autorités allemandes compétentes d'examiner avec bienveillance dans les cas particulièrement dignes d'intérêt, la possibilité d'une accélération du transfert.

(2) Le créancier peut, à tout moment, exiger de son débiteur le paiement en Deutschemark, dans un délai de 3 mois à compter de la demande, du solde non encore transféré à l'étranger.

Artikel 29

Leistungen aus der Sozialversicherung (Artikel 1 [8])

Diese Leistungen sind bereits Gegenstand bilateraler Verhandlungen und Abkommen oder können es in Zukunft werden. Es wird empfohlen, die rückständigen Leistungen in diese Abkommen einzubeziehen.

Article 29

Services from Social Insurance (Article 1 [8])

These services are already or may become the subject of bilateral agreements and negotiations. It is recommended that the arrears of such payments be incorporated into these agreements.

Article 29

Prestations d'assurances sociales (Article 1 [8])

Ces prestations font déjà ou pourront faire l'objet de négociations et d'accords bilatéraux. Il est recommandé de comprendre dans ces accords les prestations arriérées.

Artikel 30

Forderungen aus dem privaten Versicherungsverkehr (Artikel 1 [9])

(1) Beiderseitige Forderungen und Schulden aus Versicherungs- und Rückversicherungsverträgen oder -abkommen aller Art oder in Verbindung mit solchen Verträgen oder Abkommen können Gegenstand bilateraler Verhandlungen sein.

Solche Forderungen und Schulden können nur nach Maßgabe der einschlägigen bilateralen Vereinbarungen geltend gemacht werden.

(2) Wenn solche bilateralen Vereinbarungen für die direkte Versicherung nicht bestehen oder nicht bis zum 31. März 1953 abgeschlossen sind, werden

Article 30

Claims arising out of Private Insurance Business (Article 1 [9])

(1) Claims and debts of either Party arising out of insurance or reinsurance contracts or agreements of any kind, or in connection with such contracts or agreements, may be the subject of bilateral arrangements.

Such claims and debts may be settled only in accordance with the relevant bilateral arrangements.

(2) Where no such bilateral arrangements for direct insurance exist or have been concluded by 31st March, 1953, claims of foreign insurance

Article 30

Créances au titre des assurances privées (Article 1 [9])

(1) Les créances et dettes réciproques nées de contrats ou d'accords d'assurance ou de réassurance de toute espèce ou en liaison avec de tels contrats ou accords peuvent faire l'objet de négociations bilatérales.

Ces créances et dettes ne pourront être réglées que conformément aux accords bilatéraux applicables.

(2) En l'absence de tels accords bilatéraux relatifs aux assurances directes ou s'il n'en est pas conclu avant le 31 mars 1953, les créances des

Ansprüche von ausländischen Versicherungsnehmern gegen Versicherungsgesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) nach den folgenden Bestimmungen geregelt:

(a) Forderungen aus Lebensversicherungsverträgen gemäß den Vorschriften in Artikel 33 und 34.

(b) Forderungen aus Schadens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsverträgen:

(aa) Ist der Versicherungsvertrag zur Sicherung von Vermögensanlagen geschlossen worden, die in der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) belegen sind, erfolgt Zahlung nach den in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) geltenden Devisenbestimmungen in D-Mark.

(bb) Forderungen aus anderen Schadens-, Unfall- und Haftpflichtversicherungsverträgen werden nach den Vorschriften in Artikel 31 geregelt.

(c) Forderungen aus Versicherungsverträgen jeder Art auf Rentenzahlung gemäß den Bestimmungen in Artikel 28.

Einzelheiten zu den Bestimmungen unter Ziffer (2) sind noch im Regierungsabkommen zu regeln.

holders against insurance companies in the Federal Republic of Germany and Berlin (West) shall be settled pursuant to the following provisions:—

(a) Claims arising out of life insurance contracts pursuant to the provisions of Articles 33 and 34.

(b) Claims arising out of damage, accident or third party insurance contracts:

(aa) where the insurance contract was concluded for the safeguarding of assets in the Federal Republic of Germany or Berlin (West), payment shall be effected in Deutsche Mark pursuant to the Foreign Exchange Regulations in force in the Federal Republic of Germany and Berlin (West);

(bb) all other such claims shall be settled pursuant to the provisions of Article 31.

(c) Claims arising out of all types of insurance contracts for payments of pensions pursuant to the provisions of Article 28.

Details of the provisions under Paragraph (2) shall be laid down in the Intergovernmental Agreement.

assurés étrangers à l'encontre des compagnies d'assurances dans la République Fédérale d'Allemagne et Berlin (Ouest) seront réglées conformément aux dispositions suivantes:

(a) pour les créances nées de contrats d'assurance-vie, selon les dispositions des Articles 33 et 34;

(b) pour les créances nées de contrats d'assurances dommages, accidents ou responsabilité:

(aa) si le contrat d'assurance concerne des biens situés dans la République Fédérale d'Allemagne ou Berlin (Ouest), le paiement aura lieu en Deutschemark conformément aux dispositions du contrôle des changes en vigueur dans la République Fédérale et Berlin (Ouest).

(bb) Les créances nées d'autres contrats d'assurances dommages, accidents et responsabilité seront réglées conformément aux dispositions de l'Article 31;

(c) pour les créances nées de contrats d'assurance de toute nature comportant le paiement de rentes, selon les dispositions de l'Article 28.

Les détails des dispositions du paragraphe (2) seront réglés dans l'Accord Intergouvernemental.

Artikel 31

Sonstige alte Handelsforderungen (Artikel 1 [3], [4], [5], [6])

(1) Der Gläubiger soll vom Schuldner Zahlung des geschuldeten Betrages nach dem Ausland in zehn gleichen Jahresraten, beginnend mit dem 1. Juli 1953, verlangen können.

(2) Der Gläubiger kann bis zum 31. Dezember 1953 verlangen, daß der Schuldner an Stelle der unter Ziffer (1) vorgesehenen Zahlung nach dem Ausland innerhalb von drei Monaten nach Aufforderung den geschuldeten Betrag in D-Mark zahlt. Gläubigern und Schuldnern wird es anheimgestellt, beim Vorliegen besonderer Umstände eine Verlängerung dieser Frist um weitere drei Monate zu vereinbaren.

(3) Nach dem 31. Dezember 1953 kann der Gläubiger die Bezahlung der Forderung in D-Mark nur im Einvernehmen mit dem Schuldner verlangen.

(4) In besonders gelagerten Fällen können Gläubiger und Schuldner, vorbehaltlich der Genehmigung durch die zuständigen Stellen, eine abweichende Regelung treffen.

Article 31

Other old Commercial Claims (Article 1 [3], [4], [5] and [6])

(1) The creditor shall be entitled to demand from the debtor payment to a foreign country of the amount owed in ten equal yearly instalments, starting on 1st July, 1953.

(2) The creditor may, up to 31st December, 1953, demand that the debtor, instead of effecting payment to a foreign country as stipulated under (1) above, shall, within three months after such request pay the amount owed in Deutsche Mark. It is left to the creditors and debtors, in special circumstances, to agree upon extension of the time limit for a further three months.

(3) After the 31st December, 1953, the creditor may demand payment of his claim in Deutsche Mark only in agreement with the debtor.

(4) In certain special cases the creditor and debtor may agree upon settlement in some other form, subject to approval by the competent authorities.

Article 31

Créances commerciales anciennes diverses (Article 1 [3], [4], [5] et [6])

(1) Le créancier pourra exiger du débiteur le transfert du montant dû, en 10 annuités égales à partir du 1er juillet 1953.

(2) Le créancier pourra, jusqu'au 31 décembre 1953, exiger de son débiteur, au lieu du transfert prévu au paragraphe (1) ci-dessus, le paiement en Deutschemark du montant dû, dans un délai de 3 mois à compter de la demande. Il est laissé à la discrétion des créanciers et des débiteurs de convenir d'une prolongation de 3 mois du délai en question, en cas de circonstances particulières.

(3) Après le 31 décembre 1953, le paiement en Deutschemark de la créance ne pourra être exigé qu'en accord avec le débiteur.

(4) Dans des cas particuliers, créancier et débiteur pourront, sous réserve de l'autorisation des autorités compétentes, convenir d'un règlement différent.

Artikel 32

Gemeinsame Bestimmungen für alte Handelsforderungen (Artikel 1 [1] bis [9])

(1) Rückständige Zinsen

Wenn auf eine Forderung Zinsen geschuldet werden, so sollen für die Errechnung der bis zum 31. Dezember 1952 rückständigen Zinssumme die folgenden Zinssätze ohne Berechnung von Zinseszinsen angewandt werden:

Article 32

Joint Provisions for Old Commercial Debts (Article 1, [1] to [9])

(1) Arrears of Interest

Where interest is owing on a claim, the following interest rates, without allowing for compound interest, shall apply for the computation of the arrears of interest owed up to 31st December, 1952:—

Article 32

Dispositions communes à toutes les créances commerciales anciennes (Article 1 [1] à [9])

(1) Arriérés d'intérêts

Si des intérêts sont dus sur une créance, les arriérés d'intérêts jusqu'au 31 décembre 1952 seront calculés à intérêts simples au taux suivant:

(a) bei einem bisherigen jährlichen Zinssatz von 4 % oder weniger bleibt der bisherige Zinssatz bestehen;

(b) bei einem bisherigen jährlichen Zinssatz von mehr als 4 % wird dieser auf 2/3, jedoch nicht unter jährlich 4 % ermäßigt.

Der ermäßigte Betrag der rückständigen Zinsen wird der Hauptforderung zugeschlagen.

(2) Künftige Zinsen

Für die Zeit vom 1. Januar 1953 bis zum 31. Dezember 1957 sollen Zinsen nicht geschuldet werden.

Wurden auf die Forderung in der Zeit bis zum 1. Januar 1953 Zinsen geschuldet, so ist ab 1. Januar 1958 der dann noch nicht getilgte Betrag der Forderung in seiner jeweils ausstehenden Höhe zu verzinsen. Der Zinssatz soll 75 % des geschuldeten Zinssatzes betragen.

Der neue Zinssatz soll jedoch mindestens 4 % und höchstens 6 % jährlich betragen. Wenn bisher ein Zinssatz von 4 % jährlich oder weniger geschuldet wurde, bleibt dieser bestehen. Die Zinsen sollen jährlich nachträglich zusammen mit dem Tilgungsbetrag nach dem Ausland gezahlt werden.

(3) Sonderdepot

(a) Für Forderungen der Gruppen nach Artikel 1 (1) bis (7) kann der Gläubiger an Stelle der Zahlung gemäß Artikel 26, 27, 28 oder 31 vom Schuldner die Zahlung auf ein auf seinen Namen lautendes D-Mark-Depot-Konto bei einer von den zuständigen deutschen Behörden zu bestimmenden Stelle verlangen, wenn sein Anspruch nachweislich gefährdet ist.

Soweit sich der Schuldner gegenüber einem solchen Verlangen auf die Härteklausel (siehe Artikel 11) beruft, soll das Einzahlungsverlangen des Gläubigers erst wirksam sein, wenn die Berufung des Schuldners auf die Härteklausel endgültig zurückgewiesen ist.

(b) Der Schuldner kann den Betrag einer Schuld, die zu den in Absatz (a) genannten Gruppen gehört, zugunsten des Gläubigers auf ein solches Depot einzahlen, wenn nachweislich

(aa) der Schuldner Erbe oder Testamentsvollstrecker des ursprünglichen Schuldners ist und der Nachlaß verteilt werden soll;

(bb) der Schuldner eine Gesellschaft ist und diese in Liquidation tritt;

(cc) der Konkursverwalter oder die Vergleichsperson des Schuldners Konkurs- oder Vergleichsquoten ausschütten.

(c) Die Zahlung auf ein Depot, die in Übereinstimmung mit den obigen Vorschriften stattfindet, befreit den Schuldner von seiner Schuld. Der Gläubiger wird in diesem Falle hinsichtlich der Zahlung nach dem Ausland so behandelt, als ob der auf dem Depot ein-

(a) where the annual interest rate has heretofore been 4 per cent. or less, the interest rate shall remain the same as before;

(b) where the annual interest rate has heretofore been more than 4 per cent., this shall be reduced to 2/3 but not less than 4 per cent. per annum.

The reduced amount of interest arrears shall be added to the principal.

(2) Future Interest

No interest shall be due for the period from 1st January, 1953, to 31st December, 1957.

Where interest was due for the period up to 1st January, 1953, the amount of the claims for the time being outstanding on or after 1st January, 1958, shall bear interest. The rate of interest shall represent 75 per cent. of the due rate.

The new rate of interest shall, however, be not less than 4 per cent. nor more than 6 per cent. per annum. Where heretofore a rate of interest of 4 per cent. per annum or less was due, this rate shall remain. The interest shall be paid at the end of each year in non-German currency together with the amortisation amount.

(3) Special Deposit

(a) As far as claims of groups in Article 1, (1) to (7), are concerned the creditor may, instead of specifying payment in accordance with Article 26, 27, 28 or 31, require the debtor to effect payment into a Deutsche Mark Deposit Account maintained in his name with an agency to be designated by the competent German authorities, if his claim is proved to be jeopardized.

Should the debtor in respect of such a request invoke the hardship clause (see Article 11), the demand of the creditor for a deposit shall take effect only when the invocation of the hardship clause by the debtor has been finally rejected.

(b) The debtor may pay the amount of a debt covered by the categories specified by paragraph (a) into such a deposit in favour of the creditor, provided he can furnish proof that—

(aa) he (the debtor) is the heir or executor of the original debtor and the estate is due to be apportioned;

(bb) he (the debtor) is a company going into liquidation;

(cc) the receiver or the composition administrator of the debtor is paying out dividends on bankruptcy or composition settlements.

(c) Payment into a deposit account in accordance with the above-mentioned provisions shall discharge the debtor from his debt. In this case, the creditor shall, in respect of payment to a foreign country, be accorded the same treatment as if the amount

(a) si le taux d'intérêt annuel était jusqu'ici inférieur ou égal à 4 %, le taux antérieur subsistera;

(b) si le taux d'intérêt annuel était jusqu'ici supérieur à 4 %, ce taux sera réduit aux deux tiers, mais ne devra pas être inférieur à 4 %.

Le montant réduit des arriérés d'intérêts sera ajouté au principal de la créance.

(2) Intérêts futurs

Aucun intérêt n'est dû pour la période du 1er janvier 1953 au 31 décembre 1957.

Si des intérêts sont dus sur la créance pour la période antérieure au 1er janvier 1953, le montant non encore amorti de la créance au 1er janvier 1958 ou après, porte intérêt à compter de cette date. Le taux d'intérêt se monte à 75 % du taux d'intérêt dû.

Le nouveau taux d'intérêt ne devra toutefois pas être inférieur à 4 % ni supérieur à 6 % par an. Si le taux d'intérêt appliqué jusqu'ici est égal ou inférieur à 4 %, il reste inchangé. Les intérêts doivent être transférés à la fin de chaque année, en même temps que l'amortissement.

(3) Dépôt spécial

(a) Dans le cas d'une créance visée à l'Article 1, alinéas (1) à (7), le créancier pourra, s'il peut prouver que sa créance est menacée, exiger du débiteur, au lieu du paiement conformément aux Articles 26, 27, 28 ou 31, le paiement à un compte de dépôt en Deutschemark ouvert à son nom dans un établissement à désigner par les autorités allemandes compétentes.

Si le débiteur, en réponse à cette demande, invoque la clause relative aux cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile (Article 11), il ne sera tenu de donner suite à la demande de versement du créancier que lorsque le bénéfice de la clause en question lui aura été définitivement refusé.

(b) Le débiteur peut verser le montant d'une dette appartenant à l'une des catégories énumérées à l'alinéa (a) ci-dessus, à un tel compte de dépôt en faveur du créancier, s'il peut être prouvé:

(aa) que le débiteur est l'héritier ou l'exécuteur testamentaire du débiteur originel et que la succession doit être partagée; ou

(bb) que le débiteur est une société et que celle-ci entre en liquidation;

(cc) que le syndic de faillite ou l'administrateur de liquidation judiciaire procède à une distribution.

(c) Le versement effectué à un compte de dépôt, conformément aux dispositions ci-dessus, libère le débiteur de sa dette. Le créancier bénéficie, en ce cas, des mêmes conditions de transfert que si le montant versé au compte de dépôt (y compris les intérêts,

gezahlte Betrag (einschließlich Zinsen, falls die Depot-Stelle Zinsen vergütet) noch bei dem Schuldner stände.

(d) Der Gläubiger hat jederzeit das Recht, die Überweisung eines auf Sonderdepot eingezahlten Betrages auf sein D-Mark-Konto (siehe Artikel 18) zu verlangen.

(4) Kleinforderungen

Die zuständigen deutschen Stellen werden bei Forderungen auf kleinere Beträge Anträge der Beteiligten auf Genehmigung einer beschleunigten Zahlung nach dem Ausland wohlwollend prüfen.

(5) Zahlungen für Waren und Dienstleistungen, bei denen der Gläubiger nachweist, daß die Einzahlung auf sein Konto ohne seine Zustimmung erfolgt ist

Ein Gläubiger, der nachweist, daß eine Einzahlung auf sein Bank- oder Postscheckkonto für Waren oder Dienstleistungen (Artikel 1) ohne seine Zustimmung erfolgt ist, soll durch die Tatsache der Einzahlung auf ein derartiges Konto nicht das Recht auf Behandlung der Einzahlung gemäß Kapitel C verlieren.

KAPITEL D

Regelung von Forderungen aus dem privaten Kapitalverkehr (Artikel 2)

Artikel 33

Forderungen aus dem Kapitalverkehr in deutscher Währung, einschließlich solcher Forderungen, die auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel lauten und die nicht spezifisch ausländischen Charakter (siehe Artikel 6) besitzen, können auch weiterhin zu den vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungsbedingungen nach Maßgabe der in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) im Zeitpunkt der Zahlung geltenden Devisenbestimmungen bezahlt werden. Nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen kann nur Zahlung in D-Mark erfolgen.

Artikel 34

Forderungen aus dem Kapitalverkehr, die auf Fremdwährung lauten, und solche, die auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel lauten, jedoch spezifisch ausländischen Charakter (siehe Artikel 6) besitzen, sollen wie folgt geregelt werden:

(1) Die Feststellung, welche Kapital- und Zinsbeträge unbezahlt sind, erfolgt, soweit der Schuldner Zahlungen an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden geleistet hat, unter Anwendung der Bestimmungen des Artikels 9.

(2) Wenn Zinsen geschuldet werden, so sollen für die Errechnung der bis zum 31. Dezember 1952 rückständigen Zinssumme die folgenden Zinssätze ohne Berechnung von Zinseszinsen angewandt werden:

(a) bei einem bisherigen jährlichen Zinssatz von 4% oder weniger bleibt der bisherige Zinssatz bestehen;

on deposit (including interest, if the deposit agency pays interest) were in the hands of the debtor.

(d) The creditor shall have the right, at any time, to demand transfer of an amount paid into a special deposit account to his Deutsche Mark account (Article 18).

(4) Small Claims

In cases of claims for small amounts, the competent German authorities shall give favourable consideration to applications of interested parties for approval of an early payment to a foreign country.

(5) Payments for Supplies of Goods and Services where the Creditor can furnish Proof that the Payment into his Account was effected without his Consent

A creditor who furnishes proof that a payment in respect of goods and services to his bank account or Postscheckkonto (Article 1) was effected without his consent shall, by payment into such an account, not forgo his right of having the payment dealt with under Section C.

SECTION D

Settlement of Claims arising out of Private Financial Transactions (Article 2)

Article 33

Claims in German currency arising out of financial transactions, including such claims as are expressed in Goldmark or Reichsmark with a gold clause and are not of a specific foreign character (Article 6), may continue to be discharged under the agreed contractual interest and amortisation terms, pursuant to the foreign exchange regulations in force at the time of payment in the Federal Republic of Germany and Berlin (West). According to the regulations at present valid, payment may be made only in Deutsche Mark.

Article 34

Claims expressed in a foreign currency, arising out of financial transactions, and those expressed in Goldmark or Reichsmark with a gold clause but which are of a specific foreign character (Article 6) shall be settled as follows:—

(1) Where the debtor has effected payments to the "Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden," the amounts of unpaid principal and interest shall be determined in accordance with the provisions of Article 9.

(2) Where interest is owing, the following interest rates without allowing for compound interest shall be applicable for the computation of the arrears of interest owing up to 31st December, 1952:—

(a) where the annual interest rate has heretofore been 4 per cent. or less, the interest rate shall remain the same as before;

au cas où l'établissement tenant le compte de dépôt en verse) se trouvait encore entre les mains du débiteur.

(d) Le créancier a, à tout moment, le droit d'exiger le virement à son compte en Deutschemark (Article 18) d'un montant versé à un compte de dépôt spécial.

(4) Créances de faible montant

Dans le cas des créances de faible montant, les Services allemands compétents examineront avec bienveillance les demandes des intéressés en vue d'un transfert accéléré.

(5) Paiements au titre des livraisons de marchandises et des prestations de services, à propos desquels le créancier prouve que le versement à son compte a été effectué sans son assentiment

Un créancier qui prouve qu'un versement à son compte bancaire ou postal, pour livraisons de marchandises ou prestations de services (Article 1), a eu lieu sans son assentiment, ne peut, du fait du versement à un compte de ce genre, perdre son droit à voir son versement traité conformément au Chapitre C.

CHAPITRE D

Règlement des créances financières privées (Article 2)

Article 33

Les créances en capital en monnaie allemande, y compris celles en mark-or ou en Reichsmark avec clause-or qui ne présentent pas un caractère spécifiquement étranger (Article 6), pourront continuer à être payées aux conditions convenues, en ce qui concerne tant l'intérêt que l'amortissement, conformément aux dispositions de contrôle des changes en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne et Berlin (Ouest) au moment du paiement. Selon les dispositions actuellement en vigueur, le paiement ne peut avoir lieu qu'en Deutschemark.

Article 34

Les créances en capital en devises étrangères et celles en mark-or ou en Reichsmark avec clause-or mais présentant un caractère spécifiquement étranger (Article 6), seront réglées comme suit:

(1) Dans la mesure où le débiteur a effectué des versements à la «Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden», la détermination des montants en capital et des intérêts restant dus sera faite selon les dispositions de l'Article 9.

(2) Si des intérêts sont dus, le montant des arriérés d'intérêts jusqu'au 31 Décembre 1952 sera calculé, à intérêts simples, aux taux suivants:

(a) si le taux d'intérêt annuel était jusqu'ici inférieur ou égal à 4%, le taux antérieur subsiste;

(b) bei einem bisherigen jährlichen Zinssatz von mehr als 4 % wird dieser auf $^2/_3$, jedoch nicht unter jährlich 4 % ermäßigt.

(3) Der nach Ziffer 1 und 2 errechnete Betrag der rückständigen Zinsen wird der noch unbezahlten Forderung zugeschlagen. Der sich hieraus ergebende neue Kapitalbetrag wird ab 1. Januar 1953 mit einem Satz verzinst, der 75 % des beim Inkrafttreten dieser Regelung geltenden Zinssatzes betragen soll. Der neue Zinssatz soll jedoch

(a) bei Forderungen, die in Schuldverschreibungen verbrieft sind, mindestens 4 % jährlich und höchstens $5^1/_4$ % jährlich,

(b) bei anderen Forderungen mindestens 4 % jährlich und höchstens 6 % jährlich

betragen. Wenn bisher ein Zinssatz von 4 % oder weniger geschuldet wurde, bleibt dieser Zinssatz bestehen.

Die Zinsen sollen mindestens halbjährlich nach dem Ausland gezahlt werden.

(4) Bei Forderungen, die Gegenstand einer echten Konversion gewesen sind, bildet der Zinssatz, der durch die echte Konversion vereinbart worden ist, die Rechnungsgrundlage für etwaige Kürzungen gemäß Ziffer (2) und (3).

Zeitlich begrenzte Zinsermäßigungen werden nur für den Zeitraum berücksichtigt, für den sie vereinbart worden sind.

(5) Bei Forderungen, die Gegenstand einer nicht echten Konversion gewesen sind, bildet der Zinssatz, der ohne diese Konversion gegolten haben würde, die Rechnungsgrundlage für etwaige Kürzungen gemäß Ziffer (2) und (3).

(6) Der neue Kapitalbetrag ist ab 1. Januar 1958 durch Zahlung nach dem Ausland wie folgt zu tilgen:

(a) in den ersten fünf Jahren (1. Januar 1958 bis 31. Dezember 1962) mit 3 % jährlich;

(b) in den zweiten fünf Jahren (1. Januar 1963 bis 31. Dezember 1967) mit 8 % jährlich;

(c) in den folgenden drei Jahren (1. Januar 1968 bis 31. Dezember 1970) mit 15 % jährlich.

Die Zinsen werden auf den jeweils ausstehenden Kapitalbetrag errechnet.

(7) Bis zum 30. Juni 1953 kann der Gläubiger verlangen, daß die gemäß Ziffer (2) und (4) errechneten rückständigen Zinsen nicht gemäß Ziffer (3) dem Kapital zugeschlagen, sondern durch Zahlung in D-Mark

(b) where the annual interest rate has heretofore been more than 4 per cent., this shall be reduced to $^2/_3$ but not to less than 4 per cent. per annum.

(3) The amount of arrears of interest computed in accordance with paras. (1) and (2) shall be added to the undischarged claim. The resulting new principal shall bear interest as from 1st January, 1953, at a rate which shall represent 75 per cent. of the interest rate in force at the time this settlement comes into effect. The new interest rate shall, however, be

(a) in the case of bonded claims, at least 4 per cent. and at the most $5^1/_4$ per cent. per annum,

(b) in the case of other claims, at least 4 per cent. and at the most 6 per cent. per annum.

Where an interest rate of 4 per cent. or less has been owed heretofore, this rate shall remain the same.

The interest shall be payable to a foreign country at least semi-annually.

(4) In the case of any claims which have been the subject of an effective conversion that rate of interest agreed upon in the effective conversion shall form the basis for the computation of any reduction pursuant to paras. (2) and (3).

Interest reductions on which there is a time-limit shall be taken into consideration only for the period for which they were arranged.

(5) In the case of any claims which have been the object of a non-effective conversion, that rate of interest which would have been valid without this conversion shall form the basis for the computation of any reductions pursuant to paras. (2) and (3).

(6) The new principal shall be discharged as from 1st January, 1958, by payment to a foreign country as follows:—

(a) during the first five years (1st January, 1958, to 31st December, 1962) at 3 per cent. per annum;

(b) during the next five years (1st January, 1963, to 31st December, 1967) at 8 per cent. per annum;

(c) during the subsequent three years (1st January, 1968, to 31st December, 1970) at 15 per cent. per annum.

Interest shall be computed on the principal outstanding from time to time.

(7) The creditor may demand up to 30th June, 1953, that arrears of interest computed in accordance with paras. (2) and (4) shall not be added to the principal according to para. (3) but shall be dis-

(b) si le taux d'intérêt annuel était jusqu'ici supérieur à 4 %, il sera réduit aux deux tiers, sans jamais être inférieur à 4 %.

(3) Le montant des arriérés d'intérêts calculé selon les alinéas (1) et (2) ci-dessus sera ajouté à la créance non encore remboursée. Le nouveau montant en capital ainsi obtenu portera intérêt, à partir du 1er janvier 1953, à un taux fixé à 75 % du taux applicable lors de l'entrée en vigueur du présent règlement. Toutefois, le nouveau taux d'intérêt ne devra pas être :

(a) inférieur à 4 % ni supérieur à $5^1/_4$ % par an, pour les créances sous forme d'obligations;

(b) inférieur à 4 % ni supérieur à 6 % par an pour les autres créances.

Si le taux d'intérêt en vigueur jusqu'ici était égal ou inférieur à 4 %, il reste inchangé.

Les intérêts devront être transférés au moins tous les six mois.

(4) Dans le cas des créances ayant fait l'objet d'une conversion effective, c'est le taux d'intérêt convenu lors de la conversion effective qui sert de base de calcul pour les abattements éventuels conformément aux alinéas (2) et (3).

Les réductions d'intérêt valables pour une durée limitée ne sont prises en considération que pour la période pour laquelle elles ont été convenues.

(5) Dans le cas des créances ayant fait l'objet d'une conversion non effective, le taux d'intérêt qui aurait été applicable si cette conversion n'avait pas eu lieu sert de base de calcul pour les abattements éventuels conformément aux alinéas (2) et (3).

(6) Le nouveau montant en capital sera amorti à partir du 1er Janvier 1958 par le transfert des annuités suivantes:

(a) pendant les 5 premières années (du 1er Janvier 1958 au 31 Décembre 1962) une annuité de 3 %;

(b) pendant les 5 années suivantes (du 1er Janvier 1963 au 31 Décembre 1967) une annuité de 8 %;

(c) pendant les 3 années suivantes (du 1er Janvier 1968 au 31 Décembre 1970) une annuité de 15 %;

Les intérêts seront calculés sur le montant en capital subsistant au moment de chaque transfert.

(7) Jusqu'au 30 Juin 1953, le créancier pourra exiger que les arriérés d'intérêts calculés conformément aux alinéas (2) et (4) ci-dessus ne soient pas ajoutés au capital conformément à l'alinéa (3), mais

beglichen werden. Der Schuldner soll die Zahlung innerhalb von sechs Monaten nach Aufforderung leisten.

(8) Bei geringen Beträgen können die Beteiligten in Sonderfällen mit Genehmigung der zuständigen deutschen Stellen abweichende Rückzahlungsbedingungen vereinbaren.

(9) Gläubiger und Schuldner können unter Beachtung der jeweils in der Bundesrepublik Deutschland oder in Berlin (West) geltenden Devisenbestimmungen die Bezahlung der Forderung oder eines Teilbetrages in D-Mark vereinbaren.

(10) Die zuständigen deutschen Stellen behalten sich vor, in Härtefällen Anträge der Beteiligten auf Genehmigung abweichender Rückzahlungsbedingungen wohlwollend zu prüfen.

(11) Ausländische Gläubiger der im Artikel 2, Ziffer (2) (b), aufgeführten Forderungen können die Bezahlung der bis zum 31. Dezember 1952 fällig gewordenen Zinsen ohne die in Ziffer (2) dieses Artikels vorgesehene Kürzung in D-Mark verlangen, falls sie diese Zahlung an Erfüllungs Statt annehmen.

(12) Für die Regelung von Forderungen aus Schuldverschreibungen und Zinsscheinen, die unter diesen Regelungsvorschlag fallen, können erforderlichenfalls die in der Anlage II des Abkommens über deutsche Auslandsschulden niedergelegten Grundsätze zur Ergänzung dieses Regelungsvorschlags herangezogen werden.

charged by payment in Deutsche Mark. The debtor shall effect payment within six months after such request.

(8) Where small amounts are involved, the parties concerned may, in special cases, agree upon different terms of repayment with the approval of the competent German authorities.

(9) Creditors and debtors may, in accordance with the Foreign Exchange Regulations in force in the Federal Republic of Germany and Berlin (West), agree upon payment of the claim or part thereof in Deutsche Mark.

(10) The competent German authorities reserve, in cases of hardship, the right of giving favourable consideration to applications by the parties concerned for the approval of different terms of repayment.

(11) Foreign creditors of claims listed in Article 2, para. (2) (b), may ask for payment in Deutsche Mark of the interest due up to 31st December, 1952, without the reduction proposed in paragraph (2) of this Article, provided they accept such payment as discharge of their claim.

(12) If necessary, the principles laid down in Annex II to the Agreement on German External Debts may be adopted to supplement these rules for the settlement of claims arising out of bonds and interest coupons covered by this settlement proposal.

soient réglés par paiement en Deutschemark. Le débiteur devra effectuer ce paiement dans les 6 mois de la demande.

(8) Pour les montants de faible importance, les intéressés pourront, dans des cas particuliers et avec l'autorisation des autorités allemandes compétentes, convenir de conditions de remboursement différentes.

(9) Les créanciers et les débiteurs pourront, compte tenu des dispositions de contrôle des changes alors en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne ou Berlin (Ouest), convenir du règlement en Deutschemark de tout ou partie de la créance.

(10) Les autorités allemandes compétentes se réservent d'examiner avec bienveillance, dans les cas particulièrement dignes d'intérêt, les demandes des intéressés en vue de conditions de remboursement différentes.

(11) Les créanciers étrangers titulaires des créances énumérées à l'Article 2, alinéa (2) (b) pourront exiger le paiement en Deutschemark des intérêts échus au 31 Décembre 1952 sans la réduction prévue à l'alinéa (2) du présent Article, s'ils acceptent ce paiement comme un règlement complet.

(12) Le cas échéant, les principes posés dans l'Annexe II de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes pourront être appliqués, pour compléter la présente proposition de règlement, au règlement des créances afférentes aux obligations et coupons qui relèvent de la présente proposition de règlement.

KAPITEL E
Rückständige Erträgnisse aus Vermögensanlagen
(Artikel 3)

Artikel 35

Die Zahlung erfolgt nach den in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) geltenden Devisenbestimmungen in D-Mark.

SECTION E
Arrears of Income from Investments
(Article 3)

Article 35

Payments shall be made in Deutsche Mark pursuant to the foreign exchange regulations in force in the Federal Republic of Germany and Berlin (West).

CHAPITRE E
Revenus arriérés d'investissements
(Article 3)

Article 35

Le paiement a lieu en Deutschemark conformément aux dispositions de contrôle des changes en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne et à Berlin (Ouest).

KAPITEL F
Weitere Geldforderungen
(Artikel 4)

Artikel 36

Solche Forderungen werden nach den Bestimmungen der Forderungsgruppe geregelt, zu der sie gehören oder der sie ihrem Charakter nach am ähnlichsten sind. In Zweifelsfällen wird auf die Praxis in den Zahlungsabkommen abgestellt.

SECTION F
Other Monetary Claims
(Article 4)

Article 36

These claims shall be settled pursuant to the provisions for the category of claims to which they either belong or, by their character, are most similar. In cases of doubt, the same practice shall apply as in the Payment Agreements.

CHAPITRE F
Autres créances pécuniaires
(Article 4)

Article 36

Ces créances sont réglées conformément aux dispositions applicables à la catégorie de créances à laquelle elles appartiennent ou avec laquelle elles présentent, en raison de leur caractère, le plus d'analogie. En cas de doute, il sera tenu compte des dispositions généralement contenues dans les accords de paiement.

UNTERANLAGE ZU ANLAGE IV

[ANMERKUNG. Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie in Anlage A zu Anhang 6 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden.]

Gemeinsame Erklärung der deutschen und der schweizerischen Delegation zu den Verhandlungen über die Regelung der Schweizer Frankengrundschulden

In Ausführung der am 20. März 1952 durch die Gläubiger- und Schuldnerseite zu Händen der Londoner Schuldenkonferenz unterzeichneten Erklärung haben am 10. bis 11. Juni 1952 in Freiburg i. B. Verhandlungen stattgefunden. Diese konnten jedoch nicht zum Abschluß gebracht werden. Die Londoner Konferenz ist hierüber durch eine Erklärung vom 11. Juni 1952 unterrichtet worden.

Die Fortsetzung der Verhandlungen erwies sich bisher zufolge verschiedener Umstände als nicht möglich. Die Parteien werden dieselben jedoch raschest möglich unter Hinzuziehung der Vertrauensstelle wieder aufnehmen. Die Deutsche Delegation wird die Londoner Konferenz rechtzeitig vor Unterzeichnung des allgemeinen Regierungsabkommens zur Regelung der deutschen Auslandsschulden über deren Ergebnis unterrichten.

Die schweizerische Seite verweist erneut auf das der Konferenz im Anschluß an die Erklärungen der Schweizerischen Delegation in der zweiten Plenarsitzung vom 29. Februar 1952 vorgebrachte Exposé über die Schweizer Frankengrundschulden, das unter Ref. Nr. GD/V/Verh.Ausschuß D/Dok. 3 vom 13. März 1952 zur Verteilung gelangt ist. Die schweizerische Seite behält sich demzufolge ihre weitere Stellungnahme je nach dem Ergebnis der bilateralen Verhandlungen vor.

Die deutsche Seite ist demgegenüber der Auffassung, daß die Schweizer Frankengrundschulden Gegenstand der Londoner Konferenz zur Regelung der deutschen Auslandsschulden und nach den Grundsätzen zu regeln sind, die im Verhandlungsausschuß D ausgearbeitet werden.

Es besteht Übereinstimmung, daß ein im Rahmen der Regelung für die im Verhandlungsausschuß D behandelten Schulden einzurichtendes Schiedsgericht für die Schweizer Frankengrundschulden nicht zuständig sein soll, sondern die in Frage kommenden Fälle der gemäß den deutsch-schweizerischen Staatsverträgen errichteten Vertrauensstelle unterbreitet werden sollen.

London, den 25. Juli 1952

gez. Paul Leverkühn
gez. König

SUB-ANNEX TO ANNEX IV

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Annex A to Appendix 6 to the Report of the Conference on German External Debts.]

Joint Statement by the German and Swiss Delegations concerning the Negotiations on the Settlement of the Swiss Franc Land Charges (Schweizer Frankengrundschulden)

Discussions were held at Freiburg i. B. on 10th-11th June, 1952, in implementation of the statement made on 20th March, 1952, by the creditor and debtor representatives—for the attention of the London Debt Conference. These negotiations could not, however, be brougth to a conclusion. The London Conference was informed of this by a statement on 11th June, 1952.

Owing to various circumstances it has so far proved impossible to continue the negotiations. The parties will, however, resume the discussions, in consultation with the "Vertrauensstelle," at the earliest possible date. The German Delegation will inform the London Conference of their results in good time before the signing of the general Governmental Agreement on the settlement of German External Debts.

The Swiss side refers again to the exposé on the Swiss Franc land charges which was submitted to the Conference subsequent to the statements made by the Swiss Delegation in the Second Plenary Meeting on 29th February, 1952, and distributed under Ref. No. GD/V/Negotiating Committee D/Doc. 3 of 13th March, 1952. The Swiss side reserves the right, therefore, of making a further statement, dependent upon the results of the bilateral negotiations.

On the other hand, the German side is of the opinion that the Swiss Franc land charges fall under the terms of reference of the London Conference for the Settlement of German External Debts and that they are to be settled in accordance with the principles laid down by Negotiating Committee D.

Both sides agree that a Court of Arbitration, which is to be set up within the scope of the settlement of the debts dealt with in Negotiating Committee D, shall not be competent to deal with the Swiss Franc land charges but that the cases arising shall be submitted to the "Vertrauensstelle" set up pursuant to the German-Swiss Agreements.

London, 25th July, 1952.

signed: Paul Leverkuehn
signed: Koenig

ANNEXE IV A

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 6 A au Rapport de la Conférence des dettes extérieures allemandes.]

Déclaration commune des Délégations allemande et suisse au sujet des négociations relatives au règlement des dettes foncières suisses libellées en francs suisses (Schweizer Frankengrundschulden).

En exécution de la déclaration du 20 mars 1952 soumise par les représentants des créanciers et des débiteurs à la Conférence des Dettes allemandes de Londres, des négociations ont eu lieu à Fribourg en Brisgau les 10 et 11 juin 1952. Elles n'ont cependant pu aboutir à une conclusion. La Conférence de Londres en a été informée par une déclaration du 11 juin 1952.

La continuation des négociations n'a pas jusqu'ici été possible par suite de diverses circonstances. Les parties les reprendront toutefois le plus tôt possible avec la participation de l'Office Fiduciaire (Vertrauensstelle). La Délégation allemande avisera de leur résultat la Conférence de Londres, avant la signature de l'Accord Intergouvernemental sur le règlement des dettes extérieures allemandes.

La Délégation suisse renvoie une fois de plus à l'«Exposé concernant les dettes foncières libellées en francs suisses» présenté à la Conférence à la suite des déclarations de la Délégation suisse à la deuxième séance plénière du 29 février 1952 (voir GD/V/Comité de Négociation D/Doc. 3 du 13 mars 1952). Elle réserve en conséquence sa position ultérieure, qui dépendra de l'issue des négociations bilatérales.

La Délégation allemande estime en revanche que les dettes foncières suisses libellées en francs suisses entrent dans le cadre de la Conférence de Londres sur le règlement des dettes extérieures allemandes et qu'elles doivent être réglées selon les principes élaborés au Comité de négociation D.

Les deux parties sont convenues que le tribunal arbitral à établir dans le cadre du règlement des dettes traitées au Comité D ne doit pas être compétent à l'égard des dettes foncières suisses libellées en francs suisses, mais que les cas en question doivent être soumis à l'Office Fiduciaire créé conformément aux accords intergouvernementaux germano-suisses.

Londres, le 25 juillet 1952

Signé: Paul Leverkuehn
Signé: Koenig

ANLAGE V

[ANMERKUNG: Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang 7 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Behandlung von Zahlungen an die Konversionskasse

I. Die Deutsche Delegation vertrat die Auffassung, daß der deutsche Schuldner in Höhe seiner Zahlungen an die Konversionskasse endgültig von seiner Schuld befreit worden sei. Die Gläubigervertreter waren jedoch der Ansicht, daß solche Zahlungen an die Konversionskasse nach dem Recht ihrer Länder in der Regel nicht als schuldbefreiend für den deutschen Schuldner anerkannt würden.

Von dem Wunsche getragen, fruchtlosen rechtlichen Erörterungen ein Ende zu setzen, einigten sich beide Seiten darauf, eine praktische Lösung zu suchen, welche die von den Gläubigern erhobenen Ansprüche ohne zeitraubende Formalitäten regeln würde.

Die Deutsche Delegation und die ausländischen Gläubigervertreter einigten sich daher unter Aufrechterhaltung ihrer Rechtsstandpunkte wie folgt:

(1) Der deutsche Schuldner verpflichtet sich, die Forderung des Gläubigers ohne Rücksicht auf die an die Konversionskasse geleisteten Zahlungen nach Maßgabe der neuen Regelungsbedingungen zu erfüllen, soweit der Gläubiger

(a) die der Einzahlung des Schuldners entsprechende Zahlung seitens der Konversionskasse tatsächlich nicht erhalten hat oder

(b) eine auf der Einzahlung des Schuldners beruhende Zahlung oder Leistung der Konversionskasse an ihn zurückgewiesen hat, weil er die Zahlung oder Leistung nicht als schuldtilgend anerkennen wollte.

Bei Wertpapieren, auf die das Bereinigungsgesetz für deutsche Auslandsbonds Anwendung findet, bezieht sich diese Regelung nur auf solche Schuldverschreibungen und Zinsscheine, die auf Grund dieses Gesetzes und etwaiger mit dem Emissionsland über die Anwendung dieses Gesetzes geschlossener Abkommen anerkannt worden sind oder für die der Gläubiger nach Maßgabe dieses Gesetzes einen Feststellungsbescheid erhalten hat.

(2) Den Schuldnern werden die Beträge aus deutschen öffentlichen Mitteln erstattet.

(3) Soweit der Schuldner Zahlungen an die Konversionskasse geleistet hat, auf welche Unterabsatz (1) keine Anwendung findet, ist er von seiner Schuld befreit.

ANNEX V

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix 7 to the Report of the Conference on German External Debts.]

Agreed Recommendations for the Treatment of Payments made to the Konversionskasse

I. The German Delegation was of the opinion that the German debtor was definitively discharged of his debt to the extent of his payments into the Konversionskasse. The creditor representatives, on the other hand, were of the opinion that as a rule such payments into the Konversionskasse would not be recognised as discharging the German debtors under the laws of their respective countries.

In their desire to put an end to fruitless legal discussions, both sides agreed to seek a practical solution which would permit settlement of the claims of the creditors without unnecessary formalities.

Accordingly, the German Delegation and the foreign creditor representatives while reserving their respective legal positions, have agreed as follows:—

(1) The German debtor undertakes to settle the creditor's claim in accordance with the new settlement terms, regardless of the payments made to the Konversionskasse, to the extent that the creditor—

(a) has not in fact received from the Konversionskasse the payment corresponding to that made by the debtor to it, or

(b) refused to accept a payment or performance from the Konversionskasse based on a payment made by the debtor, on the ground that he (the creditor) was unwilling to recognise such payment or performance as discharging the debt.

In the case of securities subject to the Validation Law for German Foreign Currency Bonds, the arrangement set out above shall apply only to such Bonds and Coupons as shall have been validated pursuant to the provisions of such law and of any agreement entered into with the country of issue respecting the application of such law, or with respect to the declaratory decrees (Feststellungsbescheide) which the creditor shall receive pursuant to the said law.

(2) The amounts so paid by the debtors shall be reimbursed to them out of German public funds.

(3) Payments made by the debtor into the Konversionskasse which do not fall within the provisions of subparagraph (1) shall be considered as discharging the debt to the extent of such payments.

ANNEXE V

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe 7 au Rapport de la Conférence des dettes extérieures allemandes.]

Recommandations agréées pour le traitement des Paiements faits à la Konversionskasse

I. La Délégation allemande estimait que le débiteur allemand était définitivement libéré de sa dette à concurrence de ses paiements à la Konversionskasse. Les représentants des créanciers, par contre, estimaient que de tels versements à la Konversionskasse ne seraient pas, en règle générale, reconnus par la loi de leurs pays comme libératoires pour le débiteur allemand.

Désireux de mettre un terme à de stériles discussions juridiques, les deux parties se sont mises d'accord pour rechercher une solution pratique permettant de régler, sans formalités inutiles, les demandes des créanciers.

Tout en maintenant leurs positions juridiques, la Délégation allemande et les représentants des créanciers étrangers sont donc convenus de ce qui suit:

(1) Le débiteur allemand s'engage à rembourser son créancier, selon les nouvelles conditions de règlement, sans égard aux paiements faits à la Konversionskasse, dans la mesure où le créancier:

(a) n'a pas effectivement reçu de la Konversionskasse le paiement correspondant au versement du débiteur, ou

(b) a refusé le paiement ou la prestation de la Konversionskasse fondés sur le versement du débiteur, parce qu'il n voulait pas reconnaître comme libératoires ce paiement ou cette prestation.

Dans le cas des valeurs mobilières soumises à la Loi de validation des valeurs mobilières allemandes émises à l'étranger, le présent règlement ne s'applique qu'aux obligations et coupons validés conformément aux dispositions de cette Loi ou de tout accord conclu, en ce qui concerne l'application de la Loi, avec le pays où les valeurs ont été émises ou au titre d'un jugement déclaratoire (Feststellungsbescheide) obtenu par le créancier en exécution de ladite Loi.

(2) Les débiteurs seront remboursés des sommes en cause sur les fonds publics allemands.

(3) Les paiements par le débiteur à la Konversionskasse qui ne tombent pas sous le coup de l'alinéa 1 ci-dessus sont considérés comme libératoires pour le débiteur à concurrence de leur montant.

II. Unter Vorbehalt der allgemeinen Bestimmungen, die vorstehend unter I niedergelegt sind, wird folgendes bestimmt:

(a) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die volle Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger für die Beträge zu übernehmen, welche von Schuldnern im Saargebiet in die Konversionskasse eingezahlt worden sind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(b) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist bereit, die Haftung für die Bezahlung in den geschuldeten Währungen an die ausländischen Gläubiger in Höhe von 60 v.H. der Beträge zu übernehmen, die von Schuldnern in Österreich, Frankreich, Belgien und Luxemburg in die Konversionskasse eingezahlt worden sind und für welche die ausländischen Gläubiger weder Zahlung in ausländischer Währung erhalten haben noch auf sonstige Weise befriedigt worden sind.

(c) Die Bundesregierung wird mit den Vertretern der ausländischen Gläubiger vor Ende Dezember 1952 Verhandlungen über die Durchführung dieser Verpflichtungen aufnehmen.

II. Subject to the general provisions contained in paragraph I above:—

(a) the Federal Government agrees to assume liability for full payment in the due currencies to the foreign creditors of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in the Saar, in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied;

(b) the Federal Government agrees to assume liability for payment in the due currencies to the foreign creditors of 60 per cent. of the sums paid into the Konversionskasse by debtors in Austria, France, Belgium and Luxembourg in respect of which the foreign creditors have not received foreign exchange payments or been otherwise satisfied; and

(c) the Federal Government will negotiate with the foreign creditors' representatives before the end of December 1952 as regards the implementation of these undertakings.

II. Sous réserve des dispositions générales du paragraphe I ci-dessus:

(a) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer la responsabilité du paiement intégral aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par des débiteurs sur le territoire de la Sarre, et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contreparties.

(b) Le Gouvernement Fédéral s'engage à assumer la responsabilité du paiement aux créanciers étrangers, dans les monnaies dans lesquelles elles étaient exigibles, de 60% des sommes qui ont été versées à la Konversionskasse par des débiteurs en Autriche, en France, en Belgique, et au Luxembourg et au titre desquelles les créanciers étrangers n'ont pas reçu de versements en devises étrangères ou bénéficié d'autres contreparties.

(c) Le Gouvernement Fédéral entrera en négociations avec les représentants des créanciers étrangers avant la fin de décembre 1952 au sujet de l'application de ces engagements.

ANLAGE VI

[ANMERKUNG: Der nachstehend wiedergegebene Wortlaut ist der gleiche wie im Anhang B des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden.]

Vereinbarte Empfehlungen für die Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben

Für die Verwendung von gesperrten D-Mark-Guthaben sind nachstehende Vereinbarungen getroffen worden:

(1) Dem ausländischen Gläubiger eines „ursprünglichen Guthabens" in deutscher Währung soll es erlaubt sein, sein Guthaben im Rahmen der im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelung in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West) bestehenden Regelungen zu verwenden, einschließlich des Rechts zur Übertragung derartiger Guthaben auf eine andere Person außerhalb Deutschlands.

(2) Dem ausländischen Gläubiger eines „erworbenen Guthabens" in deutscher Währung soll es auch künftig erlaubt sein, sein Guthaben auf eine andere Person außerhalb Deutschlands zu übertragen.

Dem ausländischen Gläubiger eines solchen Guthabens soll es auch künftig erlaubt sein, sein Guthaben hauptsächlich für langfristige Investierungen in der deutschen Wirtschaft zu verwenden.

ANNEX VI

[NOTE: The text reproduced hereunder is the text of Appendix B to the Report of the Conference on German External Debts.]

Agreed Recommendations for the Utilisation of Blocked Deutsche Mark Accounts

The following detailed arrangements have been agreed upon for the utilisation of blocked Deutsche Mark accounts:—

(1) The foreign creditor of an "original credit account" in German currency shall be permitted to utilise it within the framework of the regulations in force in the German Federal Republic and Berlin (West) at the date on which this settlement comes into effect, including the right to assign such accounts to another person outside Germany.

(2) The foreign creditor of an "acquired credit account" in German currency shall continue to be permitted to assign his account to another person outside Germany.

The foreign creditor of such account shall continue to be permitted to utilise his account mainly for long-term investments in the German economy.

ANNEXE VI

[NOTE: Le texte reproduit ci-dessous est celui de l'Annexe B au Rapport de la Conférence des dettes extérieures allemandes.]

Recommandations agréées pour l'utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark

Les arrangements détaillés ci-dessous ont été convenus en ce qui concerne l'utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark:

(1) Le créancier étranger détenteur d'un «avoir originel» en monnaie allemande pourra utiliser son avoir dans le cadre de la réglementation en vigueur lors de l'entrée en vigueur du présent règlement dans la République Fédérale d'Allemagne et Berlin (Ouest); il pourra également céder de tels avoirs à une autre personne hors d'Allemagne.

(2) Le créancier étranger détenteur d'un «avoir de cession» en monnaie allemande conservera le droit de céder cet avoir à une autre personne hors d'Allemagne.

Le créancier étranger détenteur d'un tel avoir conservera le droit d'utiliser cet avoir principalement à des investissements à long terme dans l'économie allemande.

(3) Die zuständigen deutschen Behörden sollen die Regelungen treffen, die erforderlich sind, um einen illegalen Abfluß der Guthaben in deutscher Währung zu verhindern oder andere für die deutsche Wirtschaft und für die Gesamtheit der Gläubiger nachteilige Mißbräuche auszuschließen. Verwendungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Regelung durch eine allgemeine Genehmigung erlaubt sind, können zur Sicherung der Kontrolle von dem Erfordernis einer Einzelgenehmigung abhängig gemacht werden, ohne daß hierdurch die allgemeinen Verwendungsmöglichkeiten beschränkt werden.

(4) Die zuständigen deutschen Behörden werden sich bemühen, Erleichterungen für die Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben in dem Maße zu schaffen, das die devisenwirtschaftliche Lage zuläßt. Sie werden bestrebt sein, das Genehmigungsverfahren soweit wie möglich zu vereinfachen.

(5) Zur Erörterung allgemeiner Fragen, die mit der Verwendung gesperrter D-Mark-Guthaben zusammenhängen, soll die Deutsche Regierung einen Beratungsausschuß bilden, dessen Mitglieder paritätisch von den hauptsächlichen Gläubigerländern einerseits und von der Bundesrepublik Deutschland andererseits gestellt werden.

(3) The competent German authorities shall draw up and issue the regulations necessary to prevent the illegal disposal of accounts in German currency and to preclude any other abuses detrimental to the German economy and to the creditors as a whole. Utilisations permitted by a general licence at the time this settlement comes into force may, in order to ensure proper control, be made dependent upon the issue of a special licence without thereby restricting the general possibilities of utilisation.

(4) The competent German authorities will endeavour to provide facilities for the utilisation of blocked Deutsche Mark accounts to such an extent as the foreign exchange situation shall permit. They will aim at simplifying the licence procedure as much as possible.

(5) The German Government shall set up an Advisory Committee composed of an equal number of representatives of the main creditor countries, on the one hand, and of representatives of the German Federal Republic, on the other, for the discussion of general matters in connexion with the utilisation of blocked Deutsche Mark accounts.

(3) Les Autorités allemandes compétentes prendront les règlements nécessaires pour prévenir toute évasion illégale des avoirs en monnaie allemande ou tout autre abus préjudiciable à l'économie allemande et à l'ensemble des créanciers. Les utilisations permises en vertu d'une autorisation générale lors de l'entrée en vigueur du présent règlement pourront, en vue d'assurer le contrôle, être soumises à une autorisation individuelle, sans que les possibilités générales d'utilisation soient, de ce fait, restreintes.

(4) Les Autorités allemandes compétentes s'efforceront de prévoir des possibilités d'utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark, dans la mesure où le permettra la situation des changes. Elles auront pour but de simplifier dans la mesure du possible la procédure de délivrance des autorisations.

(5) En vue de la discussion de questions générales liées à l'utilisation des avoirs bloqués en Deutschemark, le Gouvernement Fédéral constituera une Commission consultative composée sur une base paritaire de représentants des principaux pays créanciers d'une part et de la République Fédérale d'autre part.

ANLAGE VII

Vereinbarung über Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel, die spezifisch ausländischen Charakter tragen

Die Deutsche Delegation
für Auslandsschulden
243—18 Del 39—2177/52

An den
Herrn Vorsitzenden des Dreimächteausschusses für deutsche Schulden

29, Chesham Place
London, S.W. 1

London, 21. November 1952

Herr Vorsitzender,

Die in Artikel V Ziffer 3 des Anhangs 4 und in Artikel 6 des Anhangs 6 zum Schlußbericht der Londoner Schuldenkonferenz vorbehaltenen und in Sir Otto Niemeyers und Herrn Hermann J. Abs' gemeinsamem Brief an den Dreimächteausschuß für deutsche Schulden erwähnten Verhandlungen, in welchen die Merkmale für den spezifisch ausländischen Charakter von Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel oder Goldoption festgelegt werden sollten, haben vom 21. Oktober bis zum 21. November in London zwischen der Deutschen Delegation für Aus-

ANNEX VII

Agreement on Goldmark Liabilities and Reichsmark Liabilities with a Gold Clause, having a specific foreign character

German Delegation
for External Debts.
243—18 Del. 39—2177/52.

To the
Chairman of the
Tripartite Commission on
German Debts,
29 Chesham Place,
London, S. W. 1.

London 21st November, 1952.

Mr. Chairman,

The negotiations provided for in Article V, paragraph 3, of Appendix 4 and in Article 6 of Appendix 6 to the Final Report of the London Debt Conference and referred to in the joint letter from Sir Otto Niemeyer and Herr Hermann J. Abs to the Tripartite Commission on German Debts, the purpose of which was to define the criteria constituting the specific foreign character of Goldmark liabilities and of Reichsmark liabilities with a gold clause or a gold option, took place in London from 21st October to 21st November, 1952, between the German Delegation for External Debts

ANNEXE VII

Accord sur les dettes en Mark-or, ou en Reichsmark avec une clause-or présentant un caractère spécifiquement étranger

Délégation allemande
pour les dettes extérieures.
243—18 Del. 39—2177/52.

A M. le Président de la Commission Tripartite des Dettes allemandes,

29, Chesham Place,
Londres, S.W. 1.

Londres, 21 novembre 1952

Monsieur le Président,

Les négociations en vue de définir les critères applicables pour décider du caractère spécifiquement étranger des obligations en mark-or, en Reichsmark avec une clause-or ou en Reichsmark avec une option-or, négociations qui avaient été prévues par l'Article V, paragraphe (3) de l'Annexe 4 et l'Article 6 de l'Annexe 6 du Rapport final de la Conférence des dettes de Londres et qui étaient mentionnées dans la lettre commune de Sir Otto Niemeyer et de M. Hermann J. Abs à la Commission Tripartite des Dettes allemandes, ont eu lieu à Londres du 21 octobre au 21 novembre 1952 entre

landsschulden und einer Delegation von britischen, amerikanischen, schweizerischen und niederländischen Gläubigervertretern stattgefunden.

Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, daß diese Verhandlungen am 21. November 1952 zu einer Einigung geführt haben, die in einer heute unterzeichneten Vereinbarung niedergelegt wurde. Die Vorsitzenden der beiden Delegationen haben bei Unterzeichnung der Vereinbarung vier Briefe vom 21. November 1952 ausgetauscht, welche der Klarstellung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit der Vereinbarung dienen, nämlich:

1. Briefwechsel betreffend den Transfer von Schuldbeträgen aus Goldmarkforderungen mit spezifisch ausländischem Charakter,

2. Briefwechsel betreffend Auslegung der Bestimmung über den „Treuhandvertrag",

3. Briefwechsel betreffend eine Auslegungsfrage im Zusammenhang mit der 40. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz,

4. Briefwechsel betreffend Gläubigervorbehalt für die Umstellung von Zweitschuldnerverbindlichkeiten und die Möglichkeit der Zurückziehung dieses Vorbehalts.

Wir beehren uns, je einen Abdruck des von uns unterzeichneten Textes der Vereinbarung, in deutscher und englischer Sprache, und der vier Briefwechsel, in deutscher bzw. englischer Sprache, mit der Bitte um Genehmigung, soweit erforderlich, vorzulegen, und wären Ihnen zu Dank verbunden, wenn die Vereinbarung ebenso wie die vier Briefwechsel den Anlagen I, II und IV des Schuldenabkommens als Unteranlagen beigefügt werden könnten.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender, den Ausdruck unserer ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Hermann J. Abs
Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden.

gez. N. Leggett
Vorsitzender des Verhandlungsausschusses B der Konferenz über deutsche Auslandsschulden.

Anmerkung:—

1. *Die Unterzeichner des vorstehenden Briefes haben vereinbart, daß diese Schriftstücke nunmehr Anlage VII des Abkommens über deutsche Auslandsschulden werden sollen; die im letzten Absatz des Briefes ausgesprochene Bitte, sie den Anlagen I, II und IV des Abkommens als Unteranlagen beizugeben, ist damit überholt.*

2. *Die im Schlußabsatz des vorstehenden Briefes erwähnten Briefwechsel sind jetzt zusammengefaßt worden und liegen der Anlage VII als Unteranlage bei.*

and a delegation of British, American, Swiss and Netherlands creditor representatives.

We are glad to be able to inform you that these negotiations resulted on 21st November, 1952, in an understanding which was recorded in an Agreement signed to-day. The Chairmen of the two Delegations, in signing this Agreement, exchanged four letters dated 21st November, 1952, designed to clarify various questions in connection with the Agreement, as follows:—

1. Exchange of letters concerning the transfer of amounts due for payment on Goldmark claims with a specific foreign character.

2. Exchange of letters concerning the interpretation of the provision on a "trusteeship contract".

3. Exchange of letters concerning a question of interpretation in connexion with the 40th Executory Ordinance to the Currency Conversion Law.

4. Exchange of letters concerning a reservation by the creditors with respect to the conversion of claims against secondary debtors and the possibility of the withdrawal of this reservation.

We have the honour to submit to you one copy of the text of the Agreement in the German and English languages and of the four exchanges of letters, also in the German and English languages, with the request that you should approve them as soon as possible. We should be grateful if the Agreement and also the four exchanges of letters could be appended as sub-Annexes to Annexes I, II and IV of the Debt Agreement.

Please accept, Mr. Chairman, the expression of our highest esteem.

signed: Hermann J. Abs
Head of the German Delegation for External Debts.

signed: N. Leggett
Chairman of Negotiating Committee B at the Conference on German External Debts.

Note—

1. *It was agreed by the signatories to the above letter that these documents should become Annex VII to the Agreement on German External Debts and not sub-Annexes to Annexes I, II and IV of that Agreement, as requested in the final paragraph above.*

2. *The exchanges of letters referred to in the final paragraph above have now been summarised and are attached as the Sub-Annex to Annex VII.*

la Délégation allemande pour les dettes extérieures et une Délégation de représentants des créanciers britanniques, américains, suisses et néerlandais.

Nous sommes heureux de vous faire connaître que ces négociations ont abouti le 21 novembre 1952 à une entente enregistrée dans un Accord qui a été signé aujourd'hui. Lors de la signature de cet Accord, les Présidents des deux Délégations ont échangé quatre lettres, datées du 21 novembre 1952, qui ont pour objet de clarifier diverses questions posées par l'Accord. Ces lettres sont les suivantes:

1. Echange de lettres relatif au transfert des montants dus sur des créances en mark-or ayant un caractère spécifiquement étranger.

2. Echange de lettres sur l'interprétation de la clause relative au contrat de «Trusteeship».

3. Echange de lettres sur une question d'interprétation relative à la 40ème Ordonnance d'application de la Loi de Conversion monétaire.

4. Echange de lettres relatif à une réserve des créanciers visant la conversion des créances à l'encontre de débiteurs secondaires et à la possibilité d'un retrait de cette réserve.

Nous avons l'honneur de vous soumettre une copie du texte de l'Accord en anglais et en allemand et les quatre échanges de lettres également en anglais et en allemand, en vous demandant de bien vouloir les approuver aussitôt que possible. Nous serions heureux que l'Accord ainsi que les quatre échanges de lettres soient joints aux Annexes I, II et IV de l'Accord sur les dettes.

Veuillez agréer, Monsieur le Président, etc.

signé: Herman J. Abs
Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures.

signé: N. Leggett
Président du Comité de Négociations «B» à la Conférence des dettes extérieures allemandes.

Note:

(1) *Les signataires de la lettre ci-dessus ont accepté que les documents cités soient joints en Annexe VII à l'Accord sur les dettes extérieures allemandes, au lieu d'être attachés aux Annexes I, II et IV comme prévu dans le dernier paragraphe de la communication ci-dessus.*

(2) *Les échanges de lettres mentionnés dans le dernier paragraphe de cette communication ont été résumés et sont joints en Annexe VII A.*

Vereinbarung über Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel, die spezifisch ausländischen Charakter tragen

London, 21. November 1952

Auf Grund der Vorbehalte in Artikel V Ziffer 3 des Anhangs 4 und in Artikel 6 des Anhangs 6 zum Schlußbericht der Londoner Schuldenkonferenz sowie des gemeinsamen Schreibens des deutschen Delegationsleiters Herrn Hermann J. Abs und Sir Otto Niemeyer an den Dreimächteausschuß für deutsche Schulden vom 19. November 1952, betreffend Goldmarkanleihen deutscher Gemeinden, wird folgendes vereinbart:

I.—Von den nachfolgenden Forderungen und Rechten wird anerkannt, daß sie einen spezifisch ausländischen Charakter im Sinne der vorgenannten Bestimmungen tragen.

1. In Goldmark oder in Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption ausgedrückte Forderungen aus im Ausland ausgegebenen oder plazierten Schuldverschreibungen, die von inländischen Schuldnern ausgestellt worden sind,

   (a) wenn sie eine Anleihe darstellen, deren Bedingungen zeigen, daß sie zur Anlage, zum Absatz oder zum Handel ausschließlich im Ausland bestimmt war. Waren die Zinsen einer Schuldverschreibung vom Steuerabzug vom Kapitalertrag befreit worden, so gilt die Schuldverschreibung als zu einer Anleihe gehörend, welche zur Anlage, zum Absatz oder zum Handel ausschließlich im Ausland bestimmt war; oder

   (b) wenn sie nach dem Inhalt der Schuldverschreibungen ausschließlich im Ausland zahlbar sind.

   Als Anleihe im Sinne der Buchstaben (a) oder (b) gilt auch ein Teil einer Anleihe, der sich durch besondere Bezeichnung oder besondere steuerliche und börsenmäßige Behandlung in Deutschland von dem übrigen Teil der Anleihe unterscheidet, es sei denn, daß die zu diesem Teil der Anleihe gehörenden Schuldverschreibungen vor dem 1. September 1939 zum amtlichen Handel an einer deutschen Börse zugelassen waren.

2. In Goldmark oder in Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption ausgedrückte Forderungen aus von inländischen Schuldnern im Ausland aufgenommenen sonstigen Anleihen oder Darlehen aus dem Kapitalverkehr einschließlich der durch Grundpfandrecht gesicherten Forderungen dieser Art,

   (a) wenn in den ursprünglichen, schriftlichen Vereinbarungen über das Schuldverhältnis aus-

Agreement on Goldmark Liabilities and Reichsmark Liabilities with a Gold Clause, having a specific foreign character

London 21st November, 1952.

By virtue of the reservations made in Article V, paragraph 3, of Appendix 4, and in Article 6 of Appendix 6 of the Final Report of the London Debt Conference, and of the joint letter addressed by the Head of the German Delegation, Herr Hermann J. Abs, and Sir Otto Niemeyer to the Tripartite Commission on German Debts, dated 19th November, 1952, on the subject of Goldmark loans of German municipalities, it is agreed as follows:—

I.—In respect of the claims and rights specified below it is recognised that they have a specific foreign character within the meaning of the above-mentioned provisions.

1. Claims expressed in Goldmarks or in Reichsmarks with a gold clause or a gold option arising out of bonds made out by German debtors and issued or placed abroad, if—

   (a) they constitute a loan, the conditions of which show that it was intended for investment, sale or negotiation in foreign countries only. Where the interest on any bond has been exempt from taxation of capital yield, the bond shall be considered as forming part of a loan which was intended for investment, sale or negotiation in foreign countries only;

   (b) they are payable in foreign countries only under the terms of the bonds.

   Any part of a loan which differs from the other parts of the loan in respect of special designation or special treatment in Germany as regards taxation or quotation shall likewise be considered as a loan within the meaning of (a) or (b) above, except where the bonds belonging to such part of a loan were officially quoted on a German Stock Exchange before 1st September, 1939.

2. Claims expressed in Goldmarks, or in Reichsmarks with a gold clause or a gold option, arising from other loans or advances resulting from financial transactions and raised abroad by German debtors, including claims of this kind secured by mortgage charges; if

   (a) it was expressly agreed under the original written debt arrangements that the place of

Accord sur les obligations en Mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or présentant un caractère spécifiquement étranger

Londres, 21 novembre 1952.

En vertu des réserves formulées dans l'Article V, paragraphe 3 de l'Annexe 4, et dans l'Article 6 de l'Annexe 6 du Rapport final de la Conférence des dettes de Londres, et de la lettre commune adressée par le Président de la Délégation allemande, M. Hermann J. Abs et par Sir Otto Niemeyer à la Commission Tripartite des Dettes allemandes, le 19 novembre 1952, au sujet des emprunts en mark-or des Municipalités allemandes, il est décidé ce qui suit:

I.—Il est reconnu que les droits et créances spécifiés ci-dessous présentent un caractère spécifiquement étranger au sens des dispositions susvisées.

1. Créances exprimées en mark-or, en Reichsmark avec une clause-or ou en Reichsmark avec une option-or, afférentes à des obligations établies par des débiteurs allemands et émises ou placées à l'étranger, à condition que ces obligations:

   (a) constituent un emprunt, dont les termes démontrent qu'il était exclusivement destiné à être placé ou négocié dans des pays étrangers. Lorsque l'intérêt d'une obligation quelconque était exempt d'impôt sur les revenus du capital, l'obligation sera considérée comme faisant partie d'un emprunt exclusivement destiné à être placé ou négocié dans des pays étrangers;

   (b) soient, aux termes des obligations elles-mêmes, payables dans des pays étrangers seulement.

   Toute partie d'un emprunt différant des autres parties en raison, soit de sa désignation spéciale, soit de son assujettissement en Allemagne à un régime spécial en matière fiscale ou en ce qui concerne la cotation, sera de même considérée comme un emprunt au sens des paragraphes (a) ou (b) ci-dessus sauf lorsque les obligations de cette partie de l'emprunt étaient officiellement cotées sur un marché allemand des valeurs avant le 1er septembre 1939.

2. Créances exprimées en mark-or, en Reichsmark avec une clause-or ou en Reichsmark avec une option-or, afférentes à d'autres emprunts ou crédits résultant de transactions financières, contractés à l'étranger par des débiteurs allemands, y compris les créances de l'espèce garanties par des hypothèques, à condition:

   (a) qu'il ait été expressément convenu dans les accords initiaux écrits relatifs à la dette que le

drücklich festgelegt war, daß der Zahlungsort oder der Gerichtsstand im Ausland liegen oder ausländisches Recht anwendbar sein sollte, und

(b) wenn der Gegenwert, sofern die Schuld nach dem 31. Juli 1931 begründet wurde, in ausländischer Währung, freier Reichsmark oder Gold zur Verfügung gestellt worden ist oder aus einem gesperrten Reichsmarkkonto stammt, dem Rückzahlungen aus einem vor dem 31. Juli 1931 gewährten Goldmark- oder Fremdwährungsdarlehen aus dem Ausland gutgeschrieben worden waren, sofern der ausländische Gläubiger die aus dem gesperrten Reichsmarkkonto entnommenen Beträge mit Zustimmung der zuständigen deutschen Devisenbehörden an einen anderen deutschen Schuldner unter Vereinbarung einer Goldklausel oder Goldoptionsklausel erneut ausgeliehen hat.

Als im Ausland aufgenommen gilt eine Anleihe oder ein Darlehen auch, wenn dem Schuldner bei der Begründung der Schuld bekannt war, daß der inländische Gläubiger auf Grund eines Treuhandvertrages lediglich der Treuhänder eines Geldgebers im Ausland war. Eine Anleihe oder ein Darlehen, die bei dem ausländischen Treuhänder eines inländischen Geldgebers aufgenommen sind, gelten nicht als im Ausland aufgenommen.

II.—Zu den in Abschnitt I genannten Forderungen und Rechten gehören nicht Forderungen ausländischer Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen, die nach deutschem Recht eine Umstellungsrechnung aufzustellen haben, sofern die Forderungen in diese Umstellungsrechnung als Aktivposten einzustellen sind.

III.(1)—Für Grundpfandrechte (Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden), die am 20. Juni 1948 zur Sicherung der in dieser Vereinbarung bezeichneten persönlichen Forderungen eines ausländischen Gläubigers bestellt waren, verbleibt es vorbehaltlich der folgenden Bestimmungen bei der bisherigen Umstellung, die auf Grund des Umstellungsgesetzes einschließlich der dazu ergangenen 40. Durchführungsverordnung vorgenommen worden ist.

In Fällen, in denen ein solches Grundpfandrecht nach diesen Vorschriften anders als im Verhältnis von 1 : 1 umgestellt worden ist, wird die dingliche Sicherung des Gläubigers durch Grundpfandrecht im Nennbetrag des ihm am 20. Juni 1948 zustehenden Grundpfandrechtes abzüglich seitheriger Minderungen im gleichen Rang wiederhergestellt, soweit dies ohne Beeinträchtigung der in der Zeit vom 21. Juni 1948 bis zum 15. Juli 1952 durch Dritte erworbenen dinglichen Rechte möglich ist. Soweit in dem genannten Zeitraum Dritte dingliche Rechte erworben haben,

(1) Der Wortlaut dieses Absatzes ist am 12. Februar 1953 zwischen den beteiligten Parteien vereinbart worden.

payment or the competent court is situated abroad or foreign law is applicable; and if

(b) whenever the debt was incurred after 31st July, 1931, the equivalent was made available in foreign currency, free Reichsmarks or gold, or originates in a blocked Reichsmark account to which repayments on a Goldmark or foreign currency loan from a foreign country granted before 31st July, 1931, had been credited, provided that the foreign creditor has again loaned out the amounts withdrawn from the blocked Reichsmark account, with the consent of the competent German Foreign Exchange Control Authorities, to some other German debtor, stipulating a gold clause or gold option Clause for such renewed loan.

A loan or advance shall likewise be deemed to have been raised in a foreign country if the debtor was aware, when the indebtedness was incurred, that the German creditor, by virtue of a trusteeship contract, was merely the trustee of a foreign lender. A loan or advance raised from the foreign trustee of a German lender shall not be deemed to have been raised in a foreign country.

II.—The claims and rights mentioned under I do not include claims of foreign credit institutions and insurance enterprises which under German Law are required to prepare a conversion sheet, provided the claims have to figure as assets on the conversion sheet.

III.(1)—In the case of real estate liens (mortgages, land charges and terminable annuities), which on 20th June, 1948, had been entered for the purpose of securing the personal claims of a foreign creditor specified in such agreement, the original conversion shall, subject to the provisions set out hereinafter, continue to apply as carried out in accordance with the Conversion Law, including the 40th Executory Ordinance issued thereto. In those cases where any such real estate lien has, in accordance with these prescriptions, been converted at a rate other than 1:1, the security in favour of the creditor in the form of real estate lien of the same nominal amount as the real estate lien in his favour on the 20th June, 1948, less any subsequent reductions thereof, will be re-established in equal rank in so far as this is possible without interference with any real property rights which a third party may have acquired during the period between the 21st June, 1948, and 15th July, 1952.

(1) The text of this paragraph was agreed between the parties concerned on 12th February, 1953.

paiement serait fait à l'étranger, que le tribunal compétent serait un tribunal situé dans un pays étranger ou que la dette serait assujettie à la loi étrangère et

(b) que dans le cas des dettes contractées après le 31 juillet 1931, les sommes prêtées aient été versées en monnaie étrangère, en Reichsmark libres ou en or ou aient été prélevées sur un compte en Reichsmark bloqués au crédit duquel avaient été portés des versements provenant d'un remboursement d'emprunts en mark-or ou en devises étrangères contractés à l'étranger avant le 31 juillet 1931, à condition que les sommes provenant du compte en Reichsmark bloqués aient été prêtées à nouveau par le créancier étranger à un autre débiteur allemand avec le consentement des autorités allemandes de contrôle des changes et qu'une clause-or ou qu'une clause d'option-or ait été stipulée dans ce nouvel emprunt.

Un emprunt ou un crédit sera de même considéré comme ayant été contracté en pays étranger si le débiteur savait, au moment où la dette a été contractée, que le créancier allemand, agissant en vertu d'un contrat de «Trusteeship» n'était que le mandataire d'un prêteur étranger. Un emprunt ou crédit contracté auprès du mandataire étranger d'un prêteur allemand ne sera pas considéré comme ayant été contracté en pays étranger.

II.—Parmi les créances et les droits mentionnés au paragraphe I ne sont pas comprises les créances des compagnies d'assurance et des établissements de crédit étrangers qui, aux termes de la loi allemande, sont tenus de préparer un bilan de conversion, à condition que les créances aient été portées à l'actif de ce bilan.

III.(1)—Dans le cas des sûretés réelles immobilières (hypothèques, privilèges et garanties foncières, «Grund- und Rentenschulden») constituées au 20 juin 1948 en vue de garantir certaines créances personnelles, spécifiées au contrat, de créanciers étrangers, la conversion initiale continuera, sous réserve des dispositions prévues ci-après, de s'appliquer conformément aux dispositions de la Loi de conversion monétaire et de la 40ème Ordonnance d'application de cette Loi. Lorsqu'une sûreté réelle immobilière aura, conformément à ces dispositions, été convertie à un taux autre que celui de 1 Deutschemark pour 1 Reichsmark, la garantie sera rétablie en faveur du créancier sous la forme d'une sûreté réelle immobilière ayant la même valeur nominale que la sûreté qui existait le 20 juin 1948 (déduction faite des réductions postérieures à cette date) et ayant le même rang que la sûreté antérieure dans la mesure où cette prise de rang pourra être faite sans porter atteinte aux droits

(1) Le texte de ce paragraphe a été adopté par les parties le 12 février 1953.

gelten folgende Grundsätze, wobei Einverständnis darüber besteht, daß sie im einzelnen durch die deutsche Gesetzgebung ausgestaltet werden:

(a) Hat das Eigentum an dem Grundstück gewechselt, so wird die fehlende Sicherung des Gläubigers durch Grundpfandrecht nur in dem Umfange wiederhergestellt, in welchem eine öffentliche Last für die Hypothekengewinnabgabe vermindert wird.

(b) Hat ein Dritter ein anderes dingliches Recht an dem Grundstück erworben, so wird die fehlende Sicherung des Gläubigers durch Grundpfandrecht nur in dem nächstbereiten Range, jedoch bei Verminderung einer öffentlichen Last für die Hypothekengewinnabgabe, insoweit sie dem Dritten zugute kommt, im Range vor dessen Recht wiederhergestellt.

(c) Der Gläubiger einer Forderung spezifisch ausländischen Charakters soll ein Pfandrecht an einem dem Schuldner zu gewährenden Entschädigungsanspruch erhalten, soweit seine dingliche Sicherung nicht im ursprünglichen Rang und zum vollen Betrage der gesicherten Forderung wiederhergestellt werden kann.

(d) Der Schuldner soll aus öffentlichen Mitteln in die Lage versetzt werden, in den Fällen, in welchen der Gläubiger kein dem Betrag des früheren Grundpfandrechtes entsprechendes Grundpfandrecht erhalten kann, die Forderung auch insoweit zu erfüllen, als sie mangels Wiederherstellung der früheren Sicherung aus den Sicherheiten nicht befriedigt werden kann.

Es besteht Einverständnis darüber, daß für Berlin (West) eine den Besonderheiten des dort geltenden Rechts angepaßte entsprechende Regelung getroffen wird, ohne daß dadurch die bestehenden Rechte oder die vorstehend vorgesehenen Rechte der Gläubiger vermindert werden.

IV.—Voraussetzung für den spezifisch ausländischen Charakter ist in jedem Falle, daß die Forderungen am 1. Januar 1945 einer Person zustanden, welche in diesem Zeitpunkt die Staatsangehörigkeit eines Gläubigerstaates besaß oder in diesem Zeitpunkt, ohne die deutsche Staatsangehörigkeit zu besitzen, in einem Gläubigerstaat ansässig war. Soweit eine Forderung oder ein diese sicherndes Grundpfandrecht in diesem Zeitpunkt einem Treuhänder zustand, kommt es nicht auf die Person

To the extent that third parties may have acquired such rights during the said period, the following rules shall apply, it being agreed that they will in detail be established by German legislation:—

(a) Where the real property has changed ownership, the security in favour of the creditor, in the form of a real estate lien, which is lacking will be re-established only to the extent that a public charge in respect of the levy on mortgage profits (Hypothekengewinnabgabe) is or will be reduced.

(b) Where a third party has acquired some other real estate right in the property, the security in favour of the creditor, in the form of a real estate lien, which is lacking will be re-established only in the next best rank. Where, however, a public charge in respect of the levy on mortgage profits (Hypothekengewinnabgabe) is reduced, the re-established security will rank before the rights of such third party in so far as and to the extent that the third party benefits from the reduction.

(c) A creditor who has a claim of a specific foreign character shall be given a lien on such compensation claim as is to be awarded to the debtor to the extent that such creditor's real estate security cannot be re-established in its original rank or cannot be re-established for the full amount for which the claim was secured.

(d) In cases where the creditor cannot be given a real estate lien corresponding in amount with the former real estate lien, the debtor shall, out of public funds, be enabled to meet the claim in so far as and to the extent that it cannot be satisfied out of security owing to the impossibility of the re-establishment of the former security.

It is agreed that in respect of Berlin (West) an analogous arrangement adapted to the special characteristics of local legislation will apply without the creditors' existing rights or those provided under the terms set forth above being thereby reduced.

IV.—In every case it will be a prerequisite for the specific foreign character that the claims on 1st January, 1945, were held by a person who at that time was a national of a creditor country or, without possessing German nationality, was resident in a creditor country. In cases where a claim or a real estate lien securing a claim was at that date held by a trustee, the criterion shall not be the person of the trustee but the person of the grantor of the trust. A juridical person shall

réels que des tiers pourraient avoir acquis sur les biens immobiliers en cause entre le 21 juin 1948 et le 15 juillet 1952. Dans la mesure où de tels droits auraient été acquis par des tiers au cours de cette période, les principes suivants seront appliqués. Leurs détails seront réglés par la Loi allemande:

(a) Si les biens immobiliers ont changé de propriétaire, la garantie disparue ne sera rétablie en faveur du créancier, sous la forme d'une sûreté réelle immobilière, que dans la mesure où le montant du prélèvement opéré au titre de la taxation des bénéfices réalisés lors de la conversion des hypothèques (Hypothekengewinnabgabe) est ou sera réduit.

(b) Lorsqu'un tiers a acquis d'autres droits réels sur les biens immobiliers, la garantie disparue ne sera rétablie en faveur du créancier que sous la forme d'une sûreté réelle immobilière de rang immédiatement inférieur. Toutefois, lorsque le montant du prélèvement opéré au titre de la taxation des bénéfices réalisés lors de la conversion des hypothèques (Hypothekengewinnabgabe) sera réduit, la sûreté rétablie prendra rang avant les droits acquis par le tiers dans la mesure où celui-ci aura bénéficié de la réduction.

(c) Tout créancier dont la créance présente un caractère spécifiquement étranger se verra accorder un privilège sur la créance de compensation qui pourra être accordée à son débiteur, dans la mesure où la sûreté réelle immobilière constituée en sa faveur ne pourra être rétablie à son rang ou à son montant antérieurs.

(d) Lorsqu'il n'est pas possible de donner au créancier une sûreté réelle immobilière correspondant par son montant à la sûreté antérieure, le débiteur recevra, sur les fonds publics, un montant lui permettant de satisfaire à la créance dans la mesure où elle ne pourrait, vu l'impossibilité de rétablir la sûreté initiale, être recouvrée sur les biens gagés.

Il est convenu que des principes analogues, compte tenu des ajustements nécessaires eu égard aux caractéristiques particulières à la législation locale, seront appliqués à Berlin (Ouest), étant entendu que les droits existants des créanciers ou les droits prévus en leur faveur par les modalités ci-dessus ne pourront être réduits.

IV.—Dans tous les cas, la reconnaissance du caractère spécifiquement étranger est subordonnée à la condition préalable que la créance ait été détenue au 1er janvier 1945 par une personne qui, à l'époque, possédait la qualité de ressortissant d'un pays créancier ou qui, sans être ressortissant allemand, résidait dans un pays créancier. Lorsqu'une créance ou une sûreté réelle immobilière garantissait une créance qui était, à l'époque, détenue par un mandataire, il sera tenu

des Treuhänders, sondern auf die Person des Treugebers an. Eine juristische Person gilt im Sinne der vorstehenden Bestimmungen als Angehörige des Staates, nach dessen Gesetzen sie errichtet ist.

V.—Die Gläubigervertreter verlangten, daß die Forderungen, einschließlich der Grundpfandrechte, ausländischer Gläubiger gegen Zweitschuldner [im Sinne des durch AHK-Gesetz Nr. 46 (Amtsblatt 1951 Nr. 46 S. 756) neugefaßten § 15 Absatz (8) des Umstellungsgesetzes — jedoch ohne Beschränkung auf Angehörige der Vereinten Nationen—], soweit diese Forderungen oder Grundpfandrechte auf Goldmark oder auf Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption lauteten, als spezifisch ausländischen Charakter tragend angesehen und im Verhältnis von 1 Goldmark oder 1 Reichsmark mit Goldklausel = 1 Deutsche Mark umgestellt werden möchten. Die Deutsche Delegation erwiderte hierauf, daß diese Forderungen und Grundpfandrechte unter dem Gesichtspunkt der Sicherheiten, welche der deutsche Erstschuldner in seinem Angebot gemäß dem Londoner Schuldenregelungsplan vorzuschlagen haben würde, betrachtet werden sollten.

Es bestand Einigkeit darüber, daß diese Angelegenheit bis zur Klärung der Frage der Sicherheiten für die einzelnen Erstschuldnerverbindlichkeiten zurückgestellt werden sollte. Die Gläubigervertreter behielten sich jedoch das Recht vor, eine endgültige Regelung der Umstellung der Zweitschuldnerverbindlichkeiten im Verhältnis von 1 Goldmark oder 1 Reichsmark mit Goldklausel = 1 Deutsche Mark zu verlangen, falls die im Einzelfall von dem deutschen Erstschuldner angebotenen Sicherheiten nicht ausreichen sollten.

gez. Hermann J. Abs
Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden

gez. N. Leggett
Vorsitzender des Verhandlungsausschusses B der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

be deemed to be a national of the country under the laws of which it was established.

V.—The Creditor representatives asked that the claims, including real estate liens, of foreign creditors against secondary debtors [as defined in Article 15, paragraph (8), of the Conversion Law as newly worded by AHC Law No. 46 (Official Gazette 1951, No. 46, page 756)—without restriction, however, to United Nations nationals—], in such cases where they are expressed in Goldmarks or Reichsmarks with a gold clause or gold option, shall be regarded as having a specific foreign character and be converted at the rate of 1 Goldmark, or 1 Reichsmark with gold clause, = 1 Deutsche Mark. To this the German Delegation replied that these claims and real estate liens should be considered from the point of view of the security which the German primary debtor would have to propose in the offer to be made under the London Debt Settlement.

It was agreed that this matter should be held over pending the clarification of the question of security for the individual primary debtors' obligations. The Creditor representatives, however, reserved the right to demand final settlement of the conversion at the rate of 1 Deutsche Mark = 1 Goldmark or Reichsmark with a gold clause or gold option, of the secondary debtors' obligations in the event that the security offered by the German primary debtor in any particular case should not be sufficient.

signed: Hermann J. Abs
Head of the German Delegation for External Debts

signed: N. Leggett
Chairman of Negotiating Committee B at the Conference on German External Debts

compte non de la personne du mandataire mais de la personne du mandant. Toute personne morale sera censée avoir la qualité de ressortissant du pays selon les lois duquel elle a été constituée.

V.—Les représentants des créanciers ont demandé que les créances de créanciers étrangers à l'encontre de débiteurs secondaires [selon la définition de l'Article 15 (paragraphe 8) de la Loi de conversion, modifiée par la Loi n° 46 de la Haute Commission Alliée (Amtsblatt 1951 n° 46, page 756), mais sans la restriction qui en limite l'application aux ressortissants des Nations-Unies], y compris les sûretés réelles immobilières constituées par ces débiteurs secondaires, soient, dans les cas où les créances sont exprimées en mark-or, en Reichsmark avec une clause-or ou en Reichsmark avec une option-or, considérées comme présentant un caractère spécifiquement étranger et converties au taux de 1 mark-or ou 1 Reichsmark avec clause-or pour 1 Deutschemark. La Délégation allemande a répondu à cette demande que ces créances et sûretés réelles immobilières devraient être considérées du point de vue de la garantie que le débiteur primaire allemand devrait proposer dans l'offre à formuler par lui en application du Règlement des dettes de Londres.

Il a été décidé que cette question serait laissée en instance en attendant que soit clarifiée la question de la garantie des obligations des débiteurs primaires individuels. Les représentants des créanciers se sont toutefois réservé le droit d'exiger le règlement définitif de l'obligation du débiteur secondaire au taux de 1 mark-or, 1 Reichsmark avec une clause-or ou 1 Reichsmark avec une option-or pour 1 Deutschemark, dans le cas où la sûreté offerte par le débiteur primaire allemand ne serait pas suffisante.

signé: Hermann J. Abs
Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures

signé: N. Leggett
Président du Comité de Négociation «B» de la Conférence des dettes extérieures allemandes

UNTERANLAGE ZU ANLAGE VII

Vereinbarte Bestimmungen zur Klärung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit Anlage VII

An den
Vorsitzenden des Dreimächteausschusses für deutsche Schulden
29, Chesham Place, London, S.W. 1.

London, den 9. Februar 1953

Herr Vorsitzender,

Wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 21. November 1952, dem vier Schriftwechsel beigefügt waren, die

SUB-ANNEX TO ANNEX VII

Agreed Provisions designed to clarify various Questions in Connection with Annex VII

The Chairman,
The Tripartite Commission on German Debts,
29, Chesham Place, London, S.W. 1.

London 9th February, 1953.

Mr. Chairman,

We refer to our letter of the 21st November, 1952, to which we attached four exchanges of letters designed to

ANNEXE VII

Dispositions agréées tendant à clarifier diverses questions relatives à l'Annexe VII

Au Président de
la Commission tripartite

29, Chesham Place, Londres, S.W. 1.

Londres, 9 février 1953.

Monsieur le Président,

Notre lettre du 21 novembre 1952 comportait en Annexe quatre échanges de lettres destinés à clarifier diverses

verschiedene Fragen im Zusammenhang mit dem Abkommen vom 21. November 1952 über Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel spezifisch ausländischen Charakters klären sollten.

Es wurde angeregt, aus Gründen der Einfachheit diese vier Schriftwechsel zu einem Schriftstück zusammenzufassen, das dem erwähnten Abkommen vom 21. November 1952 beigefügt werden sollte. Der Wortlaut dieser Anlage ist nunmehr zwischen uns vereinbart worden, und wir beehren uns, Ihnen diese Anlage in englischer und deutscher Sprache zu übermitteln und Sie zu ersuchen, sie dem erwähnten Abkommen als Anlage beizufügen.

Schlußformel.

gez. Hermann J. Abs
Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden

gez. N. J. F. Leggett
Vorsitzender des Verhandlungsausschusses B der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

clarify various questions in connection with the Agreement of the 21st November, 1952, on Goldmark liabilities and Reichsmark liabilities with a Gold Clause, having a specific foreign character.

It was suggested that for the sake of simplicity these four exchanges of letters might be embodied in one document, to be annexed to the abovementioned Agreement of the 21st November, 1952. The text of such an Annex has now been agreed on between us, and we have the honour to submit it to you herewith, in English and German, and to request that it may be appended as an Annex to the Agreement referred to.

Please accept, Mr. Chairman, the expression of our highest esteem.

signed: Hermann J. Abs
Head of the German Delegation for External Debts

signed: N. J. F. Leggett
Chairman of Negotiating Committee B at the Conference on German External Debts

questions relatives à l'Accord du 21 novembre 1952 sur les obligations libellées en mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or, présentant un caractère spécifiquement étranger.

Dans un souci de simplification, il a été suggéré que ces quatre échanges de lettres pourraient être fondus en un seul document qui serait annexé à l'Accord susvisé du 21 novembre 1952. Nous sommes parvenus à un accord sur le texte de ce document et nous avons l'honneur de vous l'adresser sous ce pli en anglais et en allemand en vous demandant de bien vouloir l'annexer à l'Accord précité.

Veuillez agréer,...

signé: Hermann J. Abs
Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures

signé: N. J. F. Leggett
Président du Comité de Négociation «B» à la Conférence des dettes extérieures allemandes

Anlage zu der Vereinbarung vom 21. November 1952 über Goldmarkverbindlichkeiten und Reichsmarkverbindlichkeiten mit Goldklausel

Die nachstehenden Bestimmungen sollen eine Anlage zu der Vereinbarung vom 21. November 1952 bilden:

1. Es wird bestätigt, daß der Transfer von Beträgen, welche für die Zahlung von auf Goldmark oder Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption lautenden Forderungen nach Anhang 3 und 4 des Berichts der Konferenz über deutsche Auslandsschulden geschuldet werden, so zu behandeln ist, als wären diese Beträge gemäß Artikel 11 Absatz 1 Buchstabe a des Entwurfs eines Regierungsabkommens über deutsche Auslandsschulden in einer nichtdeutschen Währung im Auslande zu zahlen.

2. Es besteht Einigkeit darüber, daß das Vorhandensein eines „Treuhandvertrages", wie im letzten Absatz des Artikels I Absatz 2 der Vereinbarung vom 21. November 1952 erwähnt, nicht nur durch eine Vertragsurkunde oder durch Briefe, die sich auf die Treuhandschaft beziehen, bewiesen werden kann, sondern auch durch die Behandlung, die ein ausländischer Geldgeber als Gläubiger Jahre hindurch von den zuständigen deutschen Behörden, welche die Devisenkontrolle zu handhaben hatten, erfahren hat.

3. Es besteht Einigkeit darüber, daß bei Hypotheken (d. h. allen Grundpfandrechten), die auf nichtdeutsche Währung lautende Forderungen sichern und die gemäß Artikel I § 2 Ziffern 1, 2 und 5 der 40. Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Währungs-

Annex to Agreement of 21st November, 1952, on Goldmark Liabilities and Reichsmark Liabilities with a Gold Clause, having a Specific Foreign Character

The following provisions shall constitute an Annex to the Agreement dated 21st November, 1952:—

1. It is confirmed that the transfer of amounts due in respect of claims expressed in Goldmarks or in Reichsmarks with a Gold Clause or Gold Option, under Appendices 3 and 4 of the Report of the Conference on German External Debts, shall be treated as if they were payable in a non-German currency in a foreign country in accordance with Article 11, paragraph 1 (a) of the draft Intergovernmental Agreement on German External Debts.

2. It is agreed that the existence of a "trusteeship contract," as referred to in the last paragraph of Article 1 2 of the Agreement of 21st November, 1952, may be proved not only by a document of contract or letters referring to the trusteeship but also by the treatment of the foreign lender as a creditor which was extended to him over the years by the competent German foreign exchange control authorities.

3. It is agreed that, in the case of mortgages (i. e., all Grundpfandrechte) securing claims expressed in non-German currency which are converted at the rate of 1 Deutsche Mark = 1 Reichsmark or Reichsmark with a Gold Clause or Gold Option in accordance

Annexe à l'Accord du 21 novembre 1952 sur les obligations en mark-or ou en Reichsmark avec une clause-or présentant un caractère spécifiquement étranger

Les dispositions ci-dessous constituent une Annexe à l'Accord du 21 novembre 1952:

1. Il est confirmé que les montants exigibles, par application des Annexes 3 et 4 au Rapport de la Conférence des Dettes extérieures allemandes, au titre de créances libellées en mark-or, en Reichsmark avec une clause-or ou en Reichsmark avec une option-or seront traités, en ce qui concerne les transferts, comme si ces montants étaient payables en monnaie non allemande dans un pays étranger conformément aux dispositions de l'Article 11 paragraphe 1 (a) du projet d'Accord Intergouvernemental sur les dettes extérieures allemandes.

2. Il est convenu que l'existence d'un contrat de mandat («trusteeship») au sens du dernier alinéa du paragraphe I (2) de l'Accord du 21 novembre 1952, peut être prouvée non seulement par la présentation d'un contrat écrit ou de lettres relatives au «trusteeship», mais également par le traitement appliqué dans le passé au prêteur étranger, en sa qualité de créancier, par les autorités allemandes compétentes en matière de contrôle des changes.

3. Il est convenu que dans le cas des hypothèques (c'est-à-dire dans le cas de tous les «Grundpfandrechte») garantissant des créances exprimées en monnaie non allemande et converties, conformément à l'Article 1, paragraphe 2, alinéas 1, 2 et 5 de la

umstellung im Verhältnis von 1 Deutsche Mark = 1 Reichsmark oder 1 Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption umgestellt werden, diese Umstellung endgültig ist; aus diesem Grunde ist dieser Fall nicht in die Vereinbarung vom 21. November 1952 einbezogen.

4. Nach Artikel V der Vereinbarung vom 21. November 1952 haben sich die Gläubiger das Recht vorbehalten, bei ihren Forderungen (einschließlich von Grundpfandrechten) gegen Zweitschuldner eine endgültige Regelung der Umstellung im Verhältnis von 1 Deutsche Mark = 1 Goldmark oder 1 Reichsmark mit Goldklausel oder Goldoption zu verlangen, falls die im Einzelfall von dem deutschen Erstschuldner zur Regelung seiner Verbindlichkeit angebotene Sicherheit vom Gläubiger als unzureichend angesehen werden sollte. In diesem Zusammenhang wird der Leiter der Deutschen Schuldendelegation, Herr Hermann J. Abs, den Versuch machen, die betreffenden Erstschuldner zu bewegen, ihren ausländischen Gläubigern unverzüglich Regelungsangebote zu machen, welche, falls sie angenommen werden, die Gläubiger in eine Lage versetzen, die in keiner Weise ungünstiger ist als ihre gegenwärtige Lage, wie sie in der 40. Durchführungsverordnung zum Währungsumstellungsgesetz vorgesehen ist. Falls derartige Angebote gemacht und angenommen werden, so wird erwogen werden, daß die Gläubiger den von ihnen in dem erwähnten Artikel V gemachten Vorbehalt zurückziehen, soweit er die Umstellung ihrer Forderungen gegen Zweitschuldner betrifft.

Der erwähnte Vorbehalt bezieht sich zwar streng genommen nur auf Gläubiger, die unter die 40. Durchführungsverordnung zum Währungsumstellungsgesetz und unter Artikel 15 dieses Gesetzes (in seiner durch Gesetz 46 geänderten Fassung) fallen, d. h. auf Staatsangehörige der Vereinten Nationen, jedoch besteht Einigkeit darüber, daß dieser Vorbehalt nach dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung aller Gläubiger auch für Forderungen gegen Zweitschuldner von Gläubigern, die nicht Staatsangehörige der Vereinten Nationen sind, gelten soll.

with Article I, paragraph 2, Clauses 1, 2 and 5 of the 40th Executory Ordinance to the Currency Conversion Law, that conversion is final; this affords the reason why such case is not included in the Agreement of 21st November, 1952.

4. Under Article V of the Agreement of 21st November, 1952, the creditors have reserved the right, in the case of their claims (including real estate liens) against secondary debtors, to demand final settlement of the conversion at the rate of 1 Deutsche Mark = 1 Goldmark or 1 Reichsmark with a Gold Clause or Gold Option, in the event that in the offer made by any particular German primary debtor for settlement of his liability the security offered is not deemed by the creditor to be sufficient. In this connexion the head of the German Delegation for External Debts, Mr. Hermann J. Abs, will seek to influence the respective primary debtors to make without delay to their foreign creditors offers of settlement which if accepted will leave the creditors in a position in no way inferior to their present position as provided in the 40th Executory Ordinance to the Currency Conversion Law. If such offers are made and accepted it is contemplated that the creditors will withdraw the reservation made by them in Article V as regards the conversion of their claims against the secondary debtors.

Although the above-mentioned reservation strictly relates only to creditors whose cases are covered by the 40th Executory Ordinance to the Currency Conversion Law and Article 15 of that Law (as amended by Law 46), *i. e.*, United Nations nationals, it is agreed that, according to the principle of non-discrimination and equal treatment of all creditors, such reservation shall also apply to claims against secondary debtors of creditors who are not United Nations nationals.

40ème Ordonnance d'application de la loi de conversion monétaire, au taux de 1 Deutschemark pour 1 Reichsmark, 1 Reichsmark avec une clause-or ou 1 Reichsmark avec une option-or, la conversion est définitive. C'est pour cette raison que l'Accord du 21 novembre 1952 ne contient aucune disposition sur ce point particulier.

4. Aux termes du paragraphe V de l'Accord du 21 novembre 1952, les créanciers se sont réservé le droit d'exiger le règlement définitif de la conversion de leurs créances sur des débiteurs secondaires (et des sûretés réelles immobilières qui les garantissent), au taux de 1 Deutschemark pour 1 mark-or, 1 Reichsmark avec une clause-or ou 1 Reichsmark avec une option-or, lorsque la sûreté offerte par le débiteur primaire allemand particulier dans son offre de règlement ne paraîtrait pas suffisante au créancier. A cet égard, le Président de la Délégation allemande pour les dettes extérieures, M. Hermann J. Abs, s'efforcera d'user de son influence sur les débiteurs primaires en cause pour les amener à faire sans délai à leurs créanciers étrangers des offres de règlement telles que leur acceptation ne placera en aucun cas le créancier dans une situation moins favorable que celle qui lui est actuellement réservée par la 40ème Ordonnance d'application de la Loi de conversion monétaire. Si de telles offres sont formulées et acceptées, il est à prévoir que les créanciers retireront la réserve qu'ils ont formulée dans le paragraphe V en ce qui concerne la conversion de leurs créances à l'encontre de débiteurs secondaires.

Bien que la réserve mentionnée ci-dessus ne concerne que les créanciers auxquels la 40ème Ordonnance d'exécution de la Loi de conversion monétaire et l'Article 15 de ladite Loi (modifié par la Loi n° 46) sont applicables, c'est-à-dire les ressortissants des pays membres des Nations Unies, il est entendu que, conformément aux principes de non discrimination et d'égalité de traitement entre tous les créanciers, cette réserve s'appliquera également aux créances, à l'encontre de débiteurs secondaires, des personnes ne possédant pas la qualité de ressortissants de pays membres des Nations Unies.

ANLAGE VIII

Vereinbarte Auslegung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden

Artikel 5 Absatz 2 des Abkommens über deutsche Auslandsschulden darf nicht so ausgelegt werden, als würden dadurch Rechte gemäß den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften oder solche Rechte beeinträchtigt, die aus Abkommen hergeleitet werden können, welche vor der Unterzeichnung des Abkommens über deutsche Auslandsschulden zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einer Partei dieses Abkommens unterzeichnet wurden.

ANNEX VIII

Agreed Interpretation concerning Paragraph (2) of Article 5 of the Agreement on German External Debts

Nothing in paragraph (2) of Article 5 of the Agreement on German External Debts shall be construed as affecting any rights under existing legislation in the Federal Republic of Germany, or which are provided for in any agreement which has been signed, prior to the signature of the Agreement on German External Debts, between the Federal Republic of Germany and any of the other Parties to the last mentioned Agreement.

ANNEXE VIII

Interprétation agréée concernant le paragraphe (2) de l'Article 5 de l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes

Aucune des dispositions du paragraphe (2) de l'Article 5 de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes ne pourra être interprétée comme affectant les droits établis par la législation actuellement en vigueur dans la République Fédérale d'Allemagne ou prévus par un accord signé entre la République Fédérale d'Allemagne et une ou plusieurs autres Parties à l'Accord sur les dettes extérieures allemandes avant la signature de ce dernier Accord.

ANLAGE IX

Satzung des Schiedsgerichtshofes für das Abkommen über deutsche Auslandsschulden

Artikel 1

(1) Der Schiedsgerichtshof für das Abkommen über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Schiedsgerichtshof" bezeichnet) setzt sich aus acht ständigen Mitgliedern zusammen, von denen ernannt werden:

(a) drei Mitglieder von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland;

(b) ein Mitglied von der Regierung der Französischen Republik;

(c) ein Mitglied von der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland;

(d) ein Mitglied von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika;

(e) ein Präsident und ein Vizepräsident gemeinsam von den zur Ernennung der anderen ständigen Mitglieder des Schiedsgerichthofes berechtigten Regierungen. Einigen sich diese Regierungen nicht binnen vier Monaten nach dem Inkrafttreten des Abkommens über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Abkommen" bezeichnet) über die Ernennung des Präsidenten und Vizepräsidenten oder eines von beiden, so wird der Präsident des Internationalen Gerichtshofes auf ein Ersuchen, das die Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland auf Grund der ihr hiermit von den Parteien dieses Abkommens erteilten Ermächtigung an ihn richtet, die Ernennung oder die Ernennungen vornehmen.

(2) Ist eine Partei des Abkommens, ausgenommen die in Absatz 1 dieses Artikels genannten Regierungen, Partei eines Verfahrens vor dem Schiedsgerichtshof, so ist diese Partei berechtigt, für dieses Verfahren ein zusätzliches Mitglied zu ernennen. Steht dieses Recht mehreren Parteien dieses Abkommens zu, so ist das zusätzliche Mitglied von ihnen gemeinsam zu ernennen.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, ein zusätzliches Mitglied für Verfahren zu ernennen, an denen ein gemäß Absatz 2 dieses Artikels ernanntes zusätzliches Mitglied teilnimmt.

(4) Die ersten Ernennungen ständiger Mitglieder des Schiedsgerichtshofes sind binnen zweier Monate nach dem Inkrafttreten des Abkommens der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland mitzuteilen. Die Wiederbesetzung freiwerdender Sitze ist binnen eines Monats nach dem Freiwerden mitzuteilen.

ANNEX IX

Charter of the Arbitral Tribunal for the Agreement on German External Debts

Article 1

(1) The Arbitral Tribunal for the Agreement on German External Debts (hereinafter referred to as "the Tribunal") shall be composed of eight permanent members appointed as follows:—

(a) three members appointed by the Government of the Federal Republic of Germany;

(b) one member appointed by the Government of the French Republic;

(c) one member appointed by the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland;

(d) one member appointed by the Government of the United States of America;

(e) a President and a Vice-President who shall be appointed jointly by the Governments entitled to appoint the other permanent members of the Tribunal. If such Governments fail to agree on the appointment of the President and Vice-President or either of them within four months of the entry into force of the Agreement on German External Debts (hereinafter referred to as "the Agreement"), the President of the International Court of Justice shall, at the request of the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland made in pursuance of the authority hereby conferred upon it by the Parties to the Agreement, make such appointment or appointments.

(2) When a Party to the Agreement, other than any Government specified in paragraph (1) of this Article is a party to a proceeding before the Tribunal, such Party shall be entitled to appoint an additional member to sit in such proceeding. If more than one Party to the Agreement would be so entitled, such Parties shall be entitled to appoint an additional member jointly.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall be entitled to appoint an additional member to sit in proceedings in cases where an additional member appointed as provided in paragraph (2) of this Article also sits.

(4) The initial appointments of permanent members of the Tribunal shall be notified to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within two months of the entry into force of the Agreement. Appointments to fill vacancies shall be notified within one month of such vacancy.

ANNEX IX

Charte du Tribunal d'arbitrage de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes

Article 1

(1) Le Tribunal d'Arbitrage de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes, dénommé ci-après «le Tribunal», se compose de huit membres permanents désignés comme suit:

(a) trois membres nommés par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne;

(b) un membre nommé par le Gouvernement de la République Française;

(c) un membre nommé par le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord;

(d) un membre nommé par le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique;

(e) un Président et un Vice-Président nommés conjointement par les Gouvernements en droit de nommer les autres membres permanents du Tribunal. Au cas où ces Gouvernements n'auraient pu, dans les quatre mois de l'entrée en vigueur de l'Accord sur les Dettes extérieures allemandes (dénommé ci-après «l'Accord»), se mettre d'accord sur la nomination du Président ou du Vice-Président ou de l'un d'entre eux, le Président de la Cour Internationale de Justice procédera à la nomination ou aux nominations, à la demande du Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord agissant en vertu des pouvoirs qui lui sont conférés par les Parties contractantes, dans la présente Charte.

(2) Lorsqu'une partie à une instance devant le Tribunal est une Partie contractante, autre que les Gouvernements mentionnés au paragraphe (1) du présent Article, cette Partie est en droit de nommer un membre supplémentaire qui siège pour l'instance en cause. Lorsque plusieurs Parties contractantes sont dans cette situation, ces Parties sont en droit de nommer conjointement un membre supplémentaire.

(3) Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est en droit de nommer un membre supplémentaire pour siéger dans toute instance dans laquelle un membre supplémentaire, nommé conformément au paragraphe (2) du présent Article, siège également.

(4) Les premières nominations de membres permanents du Tribunal seront notifiées au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dans les deux mois de l'entrée en vigeur de l'Accord. Les nominations aux sièges devenus vacants seront notifiées dans le mois de la vacance.

(5) Parteien des Abkommens, die ein zusätzliches Mitglied gemäß Absatz 2 dieses Artikels ernennen, haben die Ernennung dem Schiedsgerichtshof binnen eines Monats mitzuteilen, nachdem das Verfahren, für das die Ernennung erfolgt, bei ihm anhängig geworden ist. Wird die Ernennung des zusätzlichen Mitgliedes dem Schiedsgerichtshof nicht innerhalb dieses Zeitraumes mitgeteilt, so wird das Verfahren durchgeführt, ohne daß zusätzliche Mitglieder mitwirken.

(6) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Ernennung eines zusätzlichen Mitgliedes, die sie gemäß Absatz 3 dieses Artikels vornimmt, dem Schiedsgerichtshof binnen eines Monats, gerechnet von dem Tage, anzeigen, an dem die Mitteilung über die Ernennung eines zusätzlichen Mitgliedes, die gemäß Absatz 2 dieses Artikels erfolgt ist, bei dem Schiedsgerichtshof eingegangen ist. Wird die Ernennung des zusätzlichen Mitgliedes dem Schiedsgerichtshof nicht innerhalb dieses Zeitraumes mitgeteilt, so wird das Verfahren durchgeführt, ohne daß dieses zusätzliche Mitglied mitwirkt.

Artikel 2

(1) Die Amtsdauer der ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes beträgt fünf Jahre. Sie können für eine oder mehrere weitere Amtsperioden von je fünf Jahren wiederernannt werden.

(2) Wenn der Präsident oder der Vizepräsident stirbt, sein Amt niederlegt oder an der Ausübung seiner Amtspflichten verhindert ist, wird der Nachfolger von den zur Ernennung der anderen ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berechtigten Regierungen gemeinsam ernannt. Einigen sich diese Regierungen nicht binnen eines Monats nach Freiwerden des Sitzes über den Nachfolger, so wird der Präsident des Internationalen Gerichtshofes ersucht, die Ernennung gemäß Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe e dieser Satzung vorzunehmen.

(3) Wenn ein anderes ständiges Mitglied stirbt, sein Amt niederlegt oder an der Ausübung seiner Amtspflichten verhindert ist, hat die Regierung, die dieses Mitglied ernannt hat, binnen zweier Monate nach Freiwerden des Sitzes einen Nachfolger zu ernennen, der für die restliche Zeit der Amtsdauer seines Vorgängers an dessen Stelle tritt.

(4) Wenn ein ständiges Mitglied vorübergehend nicht in der Lage ist, an den Sitzungen des Schiedsgerichtshofes teilzunehmen, kann die Regierung, die dieses Mitglied ernannt hat, für die Dauer seiner Verhinderung einen Stellvertreter ernennen.

(5) Ein ständiges Mitglied, dessen Amtszeit abgelaufen ist oder das sein Amt niederlegt, hat gleichwohl seine Amtspflichten bis zur Ernennung seines Nachfolgers weiter auszuüben. Auch nach Ernennung des Nachfolgers

(5) Parties to the Agreement who appoint an additional member under paragraph (2) of this Article shall notify the Tribunal of such appointment within one month from the date on which the proceeding, in respect of which the appointment is made, is instituted before the Tribunal. If the appointment of such additional member is not notified to the Tribunal within this period, the proceeding shall be conducted without the participation of additional members.

(6) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify the Tribunal of the appointment by it of an additional member under paragraph (3) of this Article within one month of the receipt by the Tribunal of the notification of the appointment of an additional member under paragraph (2) of this Article. If the appointment of such additional member is not notified to the Tribunal within this period, the proceeding shall be conducted without the participation of such member.

Article 2

(1) The term of office of permanent members of the Tribunal shall be five years. They may be reappointed for one or more additional terms of five years.

(2) If the President or the Vice-President dies or resigns or is prevented from carrying out the duties of his office, the successor President or Vice-President shall be appointed jointly by the Governments entitled to appoint the permanent members of the Tribunal. If such Governments fail to agree on such successor within one month of the date on which the vacancy has occurred, a request shall be made to the President of the International Court of Justice to make the appointment in accordance with the provisions of paragraph (1) (e) of Article 1 of this Charter.

(3) If a permanent member other than the President or the Vice-President dies or resigns or is prevented from carrying out the duties of his office, the Government which appointed him shall within two months of the date on which such vacancy has occurred appoint a successor who shall hold office for the remainder of the term for which the member he replaces was appointed.

(4) If a permanent member is temporarily unable to attend the sittings of the Tribunal, the Government which appointed him may appoint an alternate member to replace him during his absence.

(5) A permanent member whose term of office has expired or who resigns his office shall nevertheless continue to discharge his duties until his successor is appointed. After such appointment he shall, unless the

(5) Les Parties contractantes nommant un membre supplémentaire par application du paragraphe (2) du présent Article notifieront leur nomination au Tribunal dans un délai d'un mois à compter de l'introduction de l'instance pour laquelle cette nomination est faite. Au cas où la nomination de ce membre supplémentaire ne serait pas notifiée au Tribunal dans ce délai, l'instance sera conduite sans la participation de membres supplémentaires.

(6) Lorsque le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne nomme un membre supplémentaire par application du paragraphe (3) du présent Article, il notifie cette nomination au Tribunal dans un délai d'un mois à compter de la réception par celui-ci de la notification de la nomination du membre supplémentaire désigné par application du paragraphe (2) du présent Article. Au cas où la nomination du membre supplémentaire désigné par le Gouvernement Fédéral ne serait pas notifiée au Tribunal dans ce délai, l'instance sera conduite sans la participation de ce membre supplémentaire.

Article 2

(1) Les membres permanents du Tribunal sont nommés pour cinq ans. Leur mandat peut être renouvelé.

(2) Au cas où le Président ou le Vice-Président décède, démissionne ou se trouve empêché de remplir les devoirs de sa charge, son successeur est désigné par les Gouvernements en droit de nommer les membres permanents du Tribunal. Si ces Gouvernements ne peuvent se mettre d'accord pour la désignation de ce successeur dans un délai d'un mois à compter de la vacance, le Président de la Cour Internationale de Justice sera prié de procéder à la nomination, conformément aux dispositions du paragraphe (1) (e) de l'Article 1 de la présente Charte.

(3) Au cas où un membre permanent autre que le Président ou le Vice-Président décède, démissionne ou se trouve empêché de remplir les devoirs de sa charge, le Gouvernement qui l'avait nommé nomme son successeur dans les deux mois de la vacance. Ce successeur demeure en exercice pour tout le temps qui reste à courir avant l'expiration du mandat du membre qu'il remplace.

(4) Lorsqu'un membre permanent est temporairement empêché d'assister aux séances du Tribunal, le Gouvernement qui l'a nommé peut nommer un membre suppléant pour le remplacer pendant la durée de son absence.

(5) Un membre permanent dont le mandat est expiré ou qui démissionne doit cependant continuer à exercer ses fonctions jusqu'à ce que son successeur ait été nommé. Après cette nomination à moins que le Président n'en décide

hat das ausgeschiedene Mitglied seine Amtspflichten in schwebenden Verfahren, an denen es mitgewirkt hat, bis zu ihrer endgültigen Erledigung weiterhin auszuüben, sofern nicht der Präsident des Schiedsgerichtshofes eine andere Anordnung trifft.

President of the Tribunal directs otherwise, continue to discharge his duties respecting pending cases in which he has participated, until such cases are finally disposed of.

autrement, il doit continuer à exercer ses fonctions dans les affaires en instance dont il avait à s'occuper, jusqu'à ce que ces affaires aient été définitivement réglées.

(6) Ständige Mitglieder können vor Ablauf ihrer Amtszeit nur auf Grund einer Übereinkunft zwischen den in Artikel 1 Absatz 1 dieser Satzung genannten Regierungen ihres Amtes enthoben werden; bei Mitgliedern, die durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt sind, ist außerdem dessen Zustimmung erforderlich.

(6) No permanent member may be dismissed before the expiry of his term of office, except by agreement between the Governments referred to in paragraph (1) of Article 1 of this Charter and, in the case of any member appointed by the President of the International Court of Justice, with the consent of the President of the International Court of Justice.

(6) Aucun membre permanent ne peut être révoqué avant l'expiration de son mandat, si ce n'est par accord entre les Gouvernements mentionnés au paragraphe (1) de l'Article 1 de la présente Charte, et, s'il s'agit d'un membre nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice, avec le consentement de celui-ci.

Artikel 3

(1) Alle Mitglieder des Schiedsgerichtshofes müssen die für die Ausübung hoher richterlicher Ämter in ihrem Staate erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen oder sonstige Sachverständige von anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiete des internationalen Rechts sein.

Article 3

(1) All members of the Tribunal shall have the qualifications required in their countries for appointment to high judicial office or shall be lawyers or other experts of recognised competence in international law.

Article 3

(1) Tous les membres du Tribunal doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs à de hautes fonctions judiciaires, ou être des jurisconsultes ou d'autres experts possédant une compétence notoire en droit international.

(2) Die Mitglieder des Schiedsgerichtshofes dürfen von keiner Regierung Weisungen einholen oder entgegennehmen. Sie dürfen weder eine Tätigkeit ausüben, die mit der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Pflichten unvereinbar ist, noch an der Entscheidung eines Falles mitwirken, mit dem sie vorher in irgendeiner anderen Eigenschaft befaßt waren oder an dem sie ein unmittelbares Interesse haben.

(2) Members of the Tribunal shall not seek or accept instructions from any Government. They shall not engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties nor shall they participate in the adjudication of any case with which they had been previously concerned in any other capacity or in which they have a direct interest.

(2) Les membres du Tribunal ne doivent ni solliciter ni accepter d'instructions d'aucun Gouvernement; ils ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre ou dans laquelle ils ont un intérêt direct.

(3)—(a) Während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf sind die Mitglieder des Schiedsgerichtshofes, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, von der gerichtlichen Verfolgung wegen solcher Handlungen befreit, die sie in Ausübung ihrer Amtspflichten vorgenommen haben. Mitglieder des Schiedsgerichtshofes, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind von der gerichtlichen Verfolgung wegen solcher Handlungen, die sie in Ausübung ihres Amtes vorgenommen haben, in dem gleichen Ausmaße befreit wie die Richter, die bei deutschen Gerichten in der Bundesrepublik Deutschland tätig sind.

(3)—(a) During and after their terms of office the members of the Tribunal who are not of German nationality shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties. Members of the Tribunal of German nationality shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties to the same extent as judges officiating in German courts in the Federal Republic of Germany.

(3)—(a) Pendant la durée et après l'expiration de leur mandat, les membres du Tribunal qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions. Les membres du Tribunal qui sont de nationalité allemande jouissent de la même immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions que les juges siégeant dans les tribunaux allemands sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

(b) Die Mitglieder des Schiedsgerichtshofes, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, genießen im Gebiete der Bundesrepublik Deutschland die gleichen Vorrechte und Befreiungen, wie sie den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen.

(b) The members of the Tribunal who are not of German nationality shall enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded to members of diplomatic missions.

(b) Les membres du Tribunal qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les membres de missions diplomatiques.

Artikel 4

(1) Der Schiedsgerichtshof verhandelt und entscheidet die bei ihm anhängigen Sachen in Plenarsitzungen. An den Plenarsitzungen nehmen grundsätzlich alle ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes sowie die zusätzlichen Mitglieder teil, die für den einzelnen Streitfall oder für die dem Schiedsgerichtshof vorgelegte Angelegenheit ernannt sind; der Präsident und der Vizepräsident dürfen jedoch nicht gleichzeitig an der Sitzung teilnehmen. Der Schiedsgerichtshof ist beschlußfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind.

Article 4

(1) All matters before the Tribunal shall be heard by the Tribunal in plenary session. A plenary session shall in principle include all the permanent members of the Tribunal and any additional members appointed for the particular dispute or matters referred to it except that the President and the Vice-President shall not both sit at the same time. Five members shall constitute a quorum.

Article 4

(1) Toute affaire dont le Tribunal est saisi est entendue par lui en assemblée plénière. L'assemblée plénière comprend, en principe, tous les membres permanents du Tribunal et les membres supplémentaires éventuellement nommés pour les questions ou le litige particulier soumis au Tribunal; toutefois, le Président et le Vice-Président ne peuvent siéger en même temps. Le quorum est de cinq membres.

In Plenarsitzungen wirken mit:

(a) der Präsident oder in seiner Abwesenheit der Vizepräsident;

(b) eine gleiche Anzahl von ständigen Mitgliedern, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ernannt sind, und von ständigen Mitgliedern, die von anderen Parteien des Abkommens ernannt sind;

(c) die zur Teilnahme an der Sitzung berechtigten zusätzlichen Mitglieder.

(2) In Abwesenheit des Präsidenten nimmt der Vizepräsident dessen Befugnisse und Pflichten wahr.

A plenary session shall be composed of—

(a) the President or, in his absence, the Vice-President;

(b) an equal number of permanent members appointed by the Government of the Federal Republic of Germany and of permanent members appointed by other Parties to the Agreement;

(c) any additional members entitled to sit.

(2) In the absence of the President, the Vice-President shall exercise the authority and carry out the duties of the President.

Une assemblée plénière doit comprendre:

(a) le Président, ou, en son absence, le Vice-Président;

(b) un nombre égal de membres permanents nommés par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et de membres permanents nommés par d'autres Parties contractantes.

(c) Eventuellement les membres supplémentaires en droit de siéger.

(2) En l'absence du Président, le Vice-Président assume les pouvoirs et exerce les fonctions du Président.

Artikel 5

Der Schiedsgerichtshof hat seinen Sitz in der Bundesrepublik Deutschland; der Ort des Sitzes wird noch durch ein zusätzliches Verwaltungsabkommen bestimmt, das zwischen den zur Ernennung der ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berechtigten Regierungen abgeschlossen wird.

Article 5

The seat of the Tribunal shall be at such place within the territory of the Federal Republic of Germany as shall be determined by a subsidiary administrative agreement between the Governments entitled to appoint the permanent members of the Tribunal.

Article 5

Le siège du Tribunal sera établi sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne au lieu qui sera déterminé par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements en droit de nommer les membres permanents du Tribunal.

Artikel 6

Der Schiedsgerichtshof wendet bei der Auslegung des Abkommens und seiner Anlagen die allgemein anerkannten Regeln des internationalen Rechts an.

Article 6

The Tribunal shall, in the interpretation of the Agreement and the Annexes thereto, apply the generally accepted rules of international law.

Article 6

Dans l'interprétation de l'Accord et de ses Annexes, le Tribunal appliquera les règles généralement acceptées du droit international.

Artikel 7

(1)—(a) Die amtlichen Sprachen des Schiedsgerichtshofes sind Deutsch, Englisch und Französisch. Der Präsident kann jedoch mit Zustimmung der Parteien des Verfahrens anordnen, daß im Einzelfalle in einem Verfahren nur eine oder zwei der genannten Sprachen gebraucht werden sollen.

(b) Die Entscheidungen des Schiedsgerichtshofes ergehen in allen drei Sprachen.

(2) Die Regierungen werden in ihrer Eigenschaft als Parteien eines Verfahrens vor dem Schiedsgerichtshof durch Beauftragte vertreten, denen Rechtsanwälte zur Seite stehen können.

(3) Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Von der mündlichen Verhandlung kann auf Antrag der Parteien des Verfahrens abgesehen werden.

(4) Der Schiedsgerichtshof entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen werden schriftlich abgesetzt; sie enthalten eine Darstellung des Sachverhalts und eine Begründung sowie gegebenenfalls die Wiedergabe einer abweichenden Meinung eines Mitgliedes.

Article 7

(1)—(a) The official languages of the Tribunal shall be English, French and German. However, the President may, with the consent of the parties, direct that only one or two of these languages shall be used in the proceedings in any case.

(b) The decisions of the Tribunal shall be delivered in all three languages.

(2) Governments, parties to proceedings before the Tribunal, shall be represented by agents who may be assisted by counsel.

(3) The proceedings shall consist of two parts, written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if the parties to the proceeding so request.

(4) All decisions of the Tribunal shall be taken by a majority vote. Decisions shall be rendered in writing and shall include a statement of the facts and the grounds for the decision, together with the opinion of any member dissenting therefrom.

Article 7

(1)—(a) Les langues officielles du Tribunal sont le français, l'anglais et l'allemand. Toutefois le Président peut, avec le consentement des parties, décider que seule l'une d'elles ou deux d'entre elles seront employées dans la procédure d'une affaire.

(b) Les décisions du Tribunal seront rendues dans les trois langues.

(2) Les Gouvernements parties à un litige soumis au Tribunal sont représentés devant lui par des agents qui peuvent être assistés par des conseils.

(3) La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur la demande des parties.

(4) Le Tribunal statue à la majorité. Les décisions sont rendues par écrit, elles comprennent un exposé des faits et sont motivées. Elles indiquent également les opinions dissidentes éventuelles.

Artikel 8

(1) Die Mittel für die Bezüge und Tagegelder des Präsidenten und des Vizepräsidenten werden aufgebracht zu einer Hälfte von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, zur anderen Hälfte zu gleichen Teilen von den anderen Regierungen, die zur Ernennung ständiger Mitglieder berechtigt sind.

Article 8

(1) The salaries and allowances of the President and Vice-President shall be borne as to one-half by the Government of the Federal Republic of Germany and as to the other half in equal proportions by the other Governments entitled to appoint permanent members.

Article 8

(1) Les traitements et indemnités du Président et du Vice-Président sont à la charge du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne pour une moitié, l'autre moitié étant répartie par fractions égales entre les autres Gouvernements en droit de nommer des membres permanents.

(2) Die Mittel für die Bezüge und Tagegelder der anderen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes werden von der Regierung aufgebracht, die das Mitglied ernannt hat; haben mehrere Regierungen ein Mitglied gemeinsam ernannt, so tragen sie die Kosten zu gleichen Teilen.

(3) Die zur Deckung der sonstigen Kosten des Schiedsgerichtshofes erforderlichen Mittel werden von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland aufgebracht.

(4) Die Verwaltung und Unterbringung des Schiedsgerichtshofes sowie die Einstellung und die Gehälter des Personals werden durch ein zusätzliches Verwaltungsabkommen geregelt, das zwischen den zur Ernennung der ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berechtigten Regierungen abgeschlossen wird.

(2) The salary and allowances of each of the other members of the Tribunal shall be borne by the Government which has appointed him, and, if appointed by more than one Government, in equal proportions by the appointing Governments.

(3) The funds requisite to meet the other costs of the Tribunal shall be provided by the Government of the Federal Republic of Germany.

(4) The administration and the accommodation of the Tribunal, staff appointments and staff salaries shall be regulated by a subsidiary administrative agreement between the Governments entitled to appoint permanent members of the Tribunal.

(2) Le traitement et les indemnités de chacun des autres membres du Tribunal sont à la charge du Gouvernement qui l'a nommé. Au cas où un membre aurait été nommé par plusieurs Gouvernements, ces frais seront répartis par fractions égales entre les Gouvernements en cause.

(3) Les fonds nécessaires aux autres frais du Tribunal seront fournis par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne.

(4) Les questions administratives intéressant le Tribunal, les locaux dont il disposera, la nomination du personnel et ses traitements seront réglés par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements en droit de nommer les membres permanents du Tribunal.

Artikel 9

Der Schiedsgerichtshof gibt sich seine eigene Verfahrensordnung, die mit den Bestimmungen dieser Satzung und des Abkommens im Einklang stehen muß.

Article 9

The Tribunal shall determine its own rules of procedure consistent with the provisions of this Charter and of the Agreement.

Article 9

Le Tribunal arrêtera ses règles de procédure dans le cadre de la présente Charte et de l'Accord.

ANLAGE X

Satzung der Gemischten Kommission

Artikel 1

(1) Die Gemischte Kommission (im folgenden als „Kommission" bezeichnet) für die Auslegung der Anlage IV des Abkommens über deutsche Auslandsschulden (im folgenden als „Abkommen" bezeichnet) setzt sich zusammen aus den acht ständigen Mitgliedern des gemäß Artikel 28 des Abkommens errichteten Schiedsgerichtshofes und den zusätzlichen Mitgliedern, die von Fall zu Fall gemäß Absatz 2 und 3 dieses Artikels ernannt werden; jedoch darf jede Regierung, die ein ständiges Mitglied für den Schiedsgerichtshof ernannt hat, anstelle dieses ständigen Mitglieds eine andere Person in die Kommission entsenden. (Die Mitglieder der Kommission, die ständige Mitglieder des Schiedsgerichtshofes sind oder die in die Kommission anstelle ständiger Mitglieder des Schiedsgerichtshofes entsandt werden, werden im folgenden als „ständige Mitglieder der Kommission" bezeichnet.)

(2) Ist die Regierung eines Gläubigerstaates, die nicht zur Ernennung ständiger Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berechtigt ist, oder eine Person, welche die Staatsangehörigkeit dieses Staates besitzt oder dort ansässig ist, Partei eines Verfahrens vor der Kommission, so ist diese Regierung berechtigt, ein zusätzliches Mitglied für dieses Verfahren zu ernennen. Sollte dieses Recht für mehrere Regierungen in Betracht kommen, so können sie ein zusätzliches Mitglied gemeinsam ernennen.

ANNEX X

Charter of the Mixed Commission

Article 1

(1) The Mixed Commission (hereinafter referred to as "the Commission") for the interpretation of Annex IV to the Agreement on German External Debts (hereinafter referred to as "the Agreement") shall be composed of the eight permanent members of the Arbitral Tribunal established under Article 28 of the Agreement and such additional members as may be appointed from time to time pursuant to the provisions of paragraphs (2) and (3) of this Article, provided, however, that any Government which has appointed a permanent member to the said Arbitral Tribunal may, instead of appointing such permanent member to the Commission, appoint another person. (The members of the Commission who are permanent members of the Arbitral Tribunal or are appointed in place of such permanent members of the Arbitral Tribunal are hereinafter referred to as "permanent members of the Commission.")

(2) When the Government of a creditor country, other than those Governments entitled to appoint permanent members to the Arbitral Tribunal, or a person who is a national of, or resides in, such country, is a party to proceedings before the Commission, such Government shall be entitled to appoint an additional member to sit in such proceedings. If more than one Government would be so entitled, such Governments may appoint an additional member jointly.

ANNEXE X

Charte de la Commission Mixte

Article 1

(1) La Commission Mixte (dénommée ci-après «la Commission») instituée pour l'interprétation de l'Annexe IV de l'Accord sur les dettes extérieures allemandes (dénommé ci-après «l'Accord») comprend les huit membres permanents du Tribunal d'Arbitrage établi par application de l'Article 28 de l'Accord, et les membres supplémentaires qui peuvent être nommés temporairement par application des dispositions des paragraphes (2) et (3) du présent Article. Toutefois, tout Gouvernement ayant nommé l'un des membres permanents du Tribunal d'Arbitrage peut, au lieu de désigner ce membre permanent pour siéger à la Commission, y nommer une autre personne. (Les membres de la Commission ayant la qualité de membres permanents du Tribunal d'Arbitrage et les membres nommés à la place de ces membres permanents sont désignés ci-après par l'expression «membres permanents de la Commission»).

(2) Lorsqu'une partie à une instance devant la Commission est soit le Gouvernement d'un pays créancier autre que les Gouvernements en droit de nommer les membres permanents du Tribunal d'Arbitrage, soit une personne possédant la qualité de ressortissant ou de résident de ce pays, le Gouvernement intéressé est en droit de nommer un membre supplémentaire qui siège pour l'instance en cause. Lorsque plusieurs Gouvernements se trouvent dans cette situation, ces Gouvernements sont en droit de nommer conjointement un membre supplémentaire.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, ein zusätzliches Mitglied für Verfahren zu ernennen, an denen ein gemäß Absatz 2 dieses Artikels ernanntes zusätzliches Mitglied teilnimmt.

(4) Die Ernennung eines ständigen Mitglieds der Kommission, das anstelle eines ständigen Mitglieds des Schiedsgerichtshofes entsandt wird, ist binnen zweier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland mitzuteilen. Die Wiederbesetzung freiwerdender Sitze von Mitgliedern, die gemäß den Bestimmungen dieses Absatzes ernannt sind, ist binnen eines Monats nach Freiwerden des Sitzes mitzuteilen.

(5) Parteien des Abkommens, die ein zusätzliches Mitglied gemäß Absatz 2 dieses Artikels ernennen, haben die Ernennung der Kommission binnen eines Monats mitzuteilen, nachdem das Verfahren, für das die Ernennung erfolgt ist, bei ihr anhängig geworden ist. Wird die Ernennung des zusätzlichen Mitglieds nicht innerhalb dieses Zeitraumes mitgeteilt, so wird das Verfahren durchgeführt, ohne daß zusätzliche Mitglieder mitwirken.

(6) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wird die Ernennung eines zusätzlichen Mitglieds, die sie gemäß Absatz 3 dieses Artikels vornimmt, der Kommission binnen eines Monats, gerechnet von dem Tage, anzeigen, an dem die Mitteilung über die Ernennung eines zusätzlichen Mitglieds, die gemäß Absatz 2 dieses Artikels erfolgt ist, bei der Kommission eingegangen ist. Wird die Ernennung des zusätzlichen Mitglieds der Kommission nicht innerhalb dieses Zeitraumes mitgeteilt, so wird das Verfahren durchgeführt, ohne daß dieses zusätzliche Mitglied mitwirkt.

Artikel 2

Für die ständigen Mitglieder der Kommission gelten hinsichtlich der Amtszeit, der Wiederernennung, der Ernennung von Nachfolgern und Stellvertretern, der weiteren Ausübung der Amtspflichten nach Niederlegung des Amts oder Ablauf der Amtszeit sowie der Amtsenthebung die gleichen Bestimmungen, wie sie in Artikel 2 der Satzung des Schiedsgerichtshofes (Anlage IX des Abkommens) für ständige Mitglieder des Schiedsgerichtshofes enthalten sind.

Artikel 3

(1) Alle Mitglieder der Kommission müssen die für die Ausübung hoher richterlicher Ämter in ihrem Staate erforderlichen Voraussetzungen erfüllen oder Juristen oder sonstige Sachverständige von anerkannter Sachkenntnis auf dem Gebiete des internationalen Rechts sein.

(2) Die Mitglieder der Kommission dürfen von keiner Regierung Weisungen einholen oder entgegennehmen.

(3) The Government of the Federal Republic of Germany shall be entitled to appoint an additional member to sit in proceedings in cases where an additional member appointed as provided in paragraph (2) of this Article also sits.

(4) The appointment of any permanent member of the Commission who is appointed in place of a permanent member of the Arbitral Tribunal shall be notified to the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland within two months of the entry into force of the Agreement. Appointments to fill vacancies of members appointed in accordance with the provisions of this paragraph shall be notified within one month of such vacancy.

(5) Parties to the Agreement who appoint an additional member pursuant to paragraph (2) of this Article shall notify the Commission of such appointment within one month from the date on which the proceeding, in respect of which the appointment is made, is instituted before the Commission. If the appointment of such additional member is not notified within this period, the proceeding shall be conducted without the participation of additional members.

(6) The Government of the Federal Republic of Germany shall notify the Commission of the appointment by it of an additional member under paragraph (3) of this Article within one month of the receipt by the Commission of the notification of the appointment of an additional member under paragraph (2) of this Article. If the appointment of such additional member is not notified to the Commission within this period, the proceeding shall be conducted without the participation of such member.

Article 2

The permanent members of the Commission shall be subject to the same provisions respecting the term of office, reappointment, appointment of successors and alternate members, discharge of duties subsequent to resignation or expiration of term of office and dismissal as are provided in Article 2 of the Charter of the Arbitral Tribunal (Annex IX to the Agreement) for permanent members of the Arbitral Tribunal.

Article 3

(1) All members of the Commission shall have the qualifications required in their countries for appointment to high judicial office or shall be lawyers or other experts of recognised competence in international law.

(2) Members of the Commission shall not seek or accept instructions from any Government. They shall not

(3) Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne est en droit de nommer un membre supplémentaire pour siéger dans toute instance dans laquelle un membre supplémentaire nommé conformément au paragraphe (2) du présent Article siège également.

(4) La nomination de tout membre permanent de la Commission, nommé à la place d'un membre permanent du Tribunal d'Arbitrage sera notifiée au Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord dans les deux mois de l'entrée en vigueur de l'Accord. Les nominations aux sièges devenus vacants des membres nommés conformément aux dispositions du présent paragraphe seront notifiées dans le mois de la vacance.

(5) Les Parties contractantes nommant un membre supplémentaire par application du paragraphe (2) du présent Article notifieront leur nomination à la Commission dans un délai d'un mois à compter de l'introduction nomination est faite. Au cas où la nomination de ce membre supplémentaire ne serait pas notifiée à la Commission dans ce délai, l'instance sera conduite sans la participation de membres supplémentaires.

(6) Lorsque le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne nomme un membre supplémentaire par application du paragraphe (3) du présent Article, il notifie cette nomination à la Commission dans un délai d'un mois à compter de la réception par celle-ci de la notification de la nomination du membre supplémentaire désigné par application du paragraphe (2) du présent Article. Au cas où la nomination du membre supplémentaire désigné par le Gouvernement Fédéral ne serait pas notifiée à la Commission dans ce délai, l'instance sera conduite sans la participation de ce membre supplémentaire.

Article 2

Les membres permanents de la Commission seront soumis, en ce qui concerne la durée et le renouvellement de leur mandat, la nomination de leurs successeurs ou de leurs suppléants, l'exercice de leurs fonctions après démission ou expiration du mandat, et la révocation, aux règles prévues pour les membres permanents du Tribunal d'Arbitrage par l'Article 2 de la Charte de ce Tribunal (Annexe IX à l'Accord).

Article 3

(1) Tous les membres de la Commission doivent réunir les conditions requises pour être nommés dans leurs pays respectifs à de hautes fonctions judiciaires, ou être des jurisconsultes ou d'autres experts possédant une compétence notoire en droit international.

(2) Les membres de la Commission ne doivent ni solliciter ni accepter d'instructions d'aucun Gouvernement

Sie dürfen weder eine Tätigkeit ausüben, die mit der ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Pflichten unvereinbar ist, noch an der Entscheidung eines Falles mitwirken, mit dem sie vorher in irgendeiner anderen Eigenschaft befaßt waren oder an dem sie ein unmittelbares Interesse haben.

(3)—(a) Während ihrer Amtszeit und nach deren Ablauf sind die Mitglieder der Kommission, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, von der gerichtlichen Verfolgung wegen solcher Handlungen befreit, die sie in Ausübung ihrer Amtspflichten vorgenommen haben. Mitglieder der Kommission, welche die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind von der gerichtlichen Verfolgung wegen solcher Handlungen, die sie in Ausübung ihrer Amtspflichten vorgenommen haben, in dem gleichen Ausmaße befreit wie die Richter, die bei deutschen Gerichten in der Bundesrepublik tätig sind.

(b) Die Mitglieder der Kommission, die nicht deutsche Staatsangehörige sind, genießen im Gebiete der Bundesrepublik Deutschland die gleichen Vorrechte und Befreiungen, wie sie den Mitgliedern diplomatischer Missionen zustehen.

engage in any activity incompatible with the proper exercise of their duties nor shall they participate in the adjudication of any case with which they were previously concerned in any other capacity or in which they have a direct interest.

(3)—(a) During and after their terms of office the members of the Commission who are not of German nationality shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties. Members of the Commission of German nationality shall enjoy immunity from suit in respect of acts performed in the exercise of their official duties to the same extent as judges officiating in German courts in the Federal Republic of Germany.

(b) The members of the Commission who are not of German nationality shall enjoy in the Federal territory the same privileges and immunities as are accorded to members of diplomatic missions.

ils ne peuvent se livrer à aucune activité incompatible avec l'exercice normal de leurs fonctions, ni participer au règlement d'aucune affaire dont ils ont eu antérieurement à s'occuper à un autre titre ou dans laquelle ils ont un intérêt direct.

(3)—(a) Pendant la durée et après l'expiration de leur mandat, les membres de la Commission qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent de l'immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions. Les membres de la Commission qui sont de nationalité allemande jouissent de la même immunité de juridiction à raison des actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions que les juges siégeant dans les Tribunaux allemands sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne.

(b) Les membres de la Commission qui ne sont pas de nationalité allemande jouissent sur le territoire fédéral des mêmes privilèges et immunités que ceux qui sont prévus pour les membres des missions diplomatiques.

Artikel 4

Die Kommission verhandelt und entscheidet die bei ihr anhängigen Sachen in der Besetzung von drei ständigen Mitgliedern und den zusätzlichen Mitgliedern, falls solche für das Verfahren ernannt sind. Folgende ständige Mitglieder der Kommission wirken in den Verfahren mit:

(a) Ein Vorsitzender, als welcher der Präsident des Schiedsgerichtshofes oder, falls dieser abwesend ist oder es angeordnet hat, der Vizepräsident des Schiedsgerichtshofes amtiert;

(b) ein Mitglied, das von dem Vorsitzenden aus der Zahl der von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ernannten ständigen Mitglieder der Kommission bestimmt wird;

(c) ein Mitglied, das von dem Vorsitzenden aus der Zahl der anderen ständigen Mitglieder der Kommission bestimmt wird; jedoch muß in Verfahren, in denen

(i) eine Regierung eines Gläubigerstaates, der das Recht zur Ernennung eines ständigen Mitglieds zusteht, oder

(ii) eine Person, welche die Staatsangehörigkeit eines solchen Staates besitzt oder dort ansässig ist,

als Partei beteiligt ist, das von der Regierung des in Betracht kommenden Staates ernannte ständige Mitglied mitwirken. Wären nach dieser Bestimmung mehrere ständige Mitglieder zur Mitwirkung berufen, so bestimmt der Vorsitzende, welches von ihnen mitwirken soll.

Article 4

A proceeding before the Commission shall be heard by three permanent members of the Commission and, if additional members have been appointed in respect of the proceeding, by such additional members. The permanent members of the Commission who sit in a proceeding shall be—

(a) a Chairman who shall be the President of the Arbitral Tribunal or, in his absence or at his instruction, the Vice-President of the Arbitral Tribunal;

(b) a member appointed by the Chairman from among the permanent members of the Commission appointed by the Government of the Federal Republic of Germany;

(c) a member appointed by the Chairman from among the other permanent members of the Commission, provided that in any proceeding to which one of the parties is—

(i) a Government of a creditor country entitled to appoint a permanent member, or

(ii) a person who is a national of, or resides in, such country,

the permanent member appointed by the Government of such country shall sit. If more than one permanent member would be entitled to sit under this provision, the Chairman shall appoint one of such members.

Article 4

Toute instance dont la Commission est saisie est entendue par trois membres permanents de la Commission et, dans le cas où des membres supplémentaires ont été nommés pour cette instance, par ces membres supplémentaires. Les membres permanents de la Commission siégeant dans une instance sont les suivants:

(a) un Président, qui est soit le Président du Tribunal d'Arbitrage soit, en son absence ou sur ses instructions, le Vice-Président du Tribunal d'Arbitrage;

(b) un membre nommé par le Président parmi les membres permanents de la Commission nommés par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne;

(c) un membre nommé par le Président parmi les autres membres permanents de la Commission, étant précisé que dans toute instance où l'une des parties est:

(i) soit le Gouvernement d'un pays créancier en droit de nommer un membre permanent,

(ii) soit une personne possédant la qualité de ressortissant ou de résident de ce pays,

le membre permanent nommé par ce Gouvernement siège pour l'instance en cause. Lorsque plusieurs membres permanents sont en droit d'invoquer la disposition qui précède, le Président de la Commission désigne celui d'entre eux qui siège pour l'instance.

Artikel 5

Die Kommission hat ihren Sitz an demselben Ort wie der Schiedsgerichtshof.

Article 5

The seat of the Commission shall be in the same place as the seat of the Arbitral Tribunal.

Article 5

Le siège de la Commission est le même que celui du Tribunal d'Arbitrage.

Artikel 6

Die Kommission wendet bei der Auslegung der Anlage IV des Abkommens die allgemein anerkannten Regeln des internationalen Rechts an.

Article 6

The Commission shall, in the interpretation of Annex IV to the Agreement, apply the generally accepted rules of international law.

Article 6

Dans l'interprétation de l'Annexe IV à l'Accord, la Commission appliquera les règles généralement acceptées du droit international.

Artikel 7

(1)—(a) Die amtlichen Sprachen der Kommission sind Deutsch, Englisch und Französisch. Der Vorsitzende kann jedoch mit Zustimmung der Parteien des Verfahrens anordnen, daß im Einzelfalle in einem Verfahren nur eine oder zwei der genannten Sprachen gebraucht werden sollen.

(b) Die Entscheidungen der Kommission ergehen in allen drei Sprachen.

(2) Die Regierungen werden in ihrer Eigenschaft als Parteien eines Verfahrens vor der Kommission durch Beauftragte vertreten, denen Rechtsanwälte zur Seite stehen können. Privatpersonen können sich durch Rechtsanwälte vertreten lassen.

(3) Das Verfahren besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Von der mündlichen Verhandlung kann auf Antrag der Parteien des Verfahrens abgesehen werden.

(4) Die Kommission entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen werden schriftlich abgesetzt; sie enthalten eine Darstellung des Sachverhalts und eine Begründung sowie gegebenenfalls die Wiedergabe einer abweichenden Meinung eines Mitglieds.

(5) Die Kommission kann in jedem bei ihr anhängigen Verfahren eine Frage, die nach ihrer Auffassung für die Auslegung der Anlage IV des Abkommens von grundsätzlicher Bedeutung ist, dem Schiedsgerichtshof zur Entscheidung vorlegen. In diesem Falle setzt die Kommission das Verfahren bis zur Entscheidung des Schiedsgerichtshofes aus.

(6) Ruft eine Partei des Abkommens gegen eine Entscheidung der Kommission gemäß Artikel 31 Absatz 7 des Abkommens den Schiedsgerichtshof an, so hat sie dies der Kommission schriftlich mitzuteilen.

(7) Sofern die Kommission nichts anderes anordnet, trägt jede Partei des Verfahrens ihre eigenen Kosten.

Article 7

(1)—(a) The official languages of the Commission shall be English, French and German. However, the Chairman may, with the consent of the parties, direct that only one or two of these languages shall be used in the proceedings in any case.

(b) The decisions of the Commission shall be delivered in all three languages.

(2) Governments, parties to proceedings before the Commission, shall be represented by agents who may be assisted by counsel. Private persons may be represented by counsel.

(3) The proceedings shall consist of two parts, written and oral. Oral proceedings may be dispensed with if the parties to the proceeding so request.

(4) All decisions of the Commission shall be taken by a majority vote. They shall be rendered in writing and shall include a statement of the facts and the grounds for the decision together with the opinion of any member dissenting therefrom.

(5) The Commission may in any proceeding before it refer a question which it considers to be of fundamental importance to the interpretation of Annex IV to the Agreement to the Arbitral Tribunal for decision. In such case the Commission shall suspend such proceeding pending the decision of the Arbitral Tribunal.

(6) If a Party to the Agreement appeals from a decision of the Commission to the Arbitral Tribunal under the provisions of paragraph (7) of Article 31 of the Agreement, it shall file a notice of such appeal with the Commission.

(7) Unless the Commission directs otherwise, each party to the proceedings shall pay its own costs.

Article 7

(1)—(a) Les langues officielles de la Commission sont le français, l'anglais et l'allemand. Toutefois, le Président peut, avec le consentement des parties, décider que seule l'une d'elles ou deux d'entre elles seront employées dans la procédure d'une affaire.

(b) Les décisions de la Commission sont rendues dans les trois langues.

(2) Les Gouvernements parties à un litige soumis à la Commission sont représentés devant elle par des agents qui peuvent être assistés par des Conseils, les personnes privées peuvent être représentées par des Conseils.

(3) La procédure comprend une phase écrite et une phase orale. La procédure orale peut être supprimée sur la demande des parties.

(4) La Commission statue à la majorité. Ses décisions sont rendues par écrit; elles comprennent un exposé des faits et sont motivées; elles indiquent également les opinions dissidentes éventuelles.

(5) Dans toute instance, la Commission peut renvoyer au Tribunal d'Arbitrage pour décision toute question qu'elle considère comme d'importance fondamentale pour l'interprétation de l'Annexe IV à l'Accord. En pareil cas, la Commission suspend l'instance dans l'attente de la décision du Tribunal d'Arbitrage.

(6) Toute Partie au présent Accord qui fait appel d'une décision de la Commission devant le Tribunal d'Arbitrage par application du paragraphe (7) de l'Article 31 de l'Accord, doit notifier l'appel à la Commission.

(7) Sauf décision contraire de la Commission, chacune des Parties à l'instance paie ses propres frais.

Artikel 8

(1) Die Mittel für die Bezüge und Tagegelder eines ständigen Mitglieds der Kommission, das anstelle eines ständigen Mitglieds des Schiedsgerichtshofes in die Kommission entsandt wird sowie der zusätzlichen Mitglieder werden von den Regierungen aufgebracht, welche die betreffenden Mitglieder ernannt haben.

Article 8

(1) The salary and allowances of a permanent member of the Commission who is appointed in place of a permanent member of the Arbitral Tribunal and of any additional member shall be borne by the Government or Governments appointing such member.

Article 8

(1) Le traitement et les indemnités de chaque membre permanent de la Commission nommé à la place d'un membre permanent du Tribunal d'Arbitrage et de tout membre additionnel sont à la charge du Gouvernement ou des Gouvernements qui l'ont nommé.

(2) Für die Kosten, die von den Parteien des Verfahrens erhoben werden, wird ein Gebührentarif durch ein zusätzliches Verwaltungsabkommen festgesetzt, das zwischen den zur Ernennung der ständigen Mitglieder des Schiedsgerichtshofes berechtigten Regierungen abgeschlossen wird.

(3) Die nicht durch die Gebühren gedeckten sonstigen Kosten der Kommission werden von der Bundesrepublik Deutschland getragen.

(4) Die Kommission wird sich hinsichtlich ihrer Verwaltung, ihrer Unterbringung und ihres Personals der Verwaltungseinrichtungen des Schiedsgerichtshofes bedienen. Sonstige Verwaltungsmaßnahmen für die Kommission werden in dem in Absatz 2 dieses Artikels erwähnten zusätzlichen Verwaltungsabkommen getroffen.

Artikel 9

Die Kommission gibt sich ihre eigene Verfahrensordnung, die mit den Bestimmungen dieser Satzung und des Abkommens in Einklang stehen muß.

(2) The scale of fees payable by parties to proceedings shall be determined by a subsidiary administrative agreement between the Governments entitled to appoint permanent members of the Arbitral Tribunal.

(3) Any other costs of the Commission not covered by the fees shall be borne by the Federal Republic of Germany.

(4) The Commission shall, with respect to its administration, accommodation and staff make use of the administrative facilities provided for the Arbitral Tribunal. Any special administrative arrangements for the Commission shall be provided for in the subsidiary administrative agreement referred to in paragraph (2) of this Article.

Article 9

The Commission shall determine its own rules of procedure consistent with the provisions of this Charter and of the Agreement.

(2) Le barème des frais de justice payables par les parties aux instances sera fixé par un accord administratif subsidiaire entre les Gouvernements en droit de nommer les membres permanents du Tribunal d'Arbitrage.

(3) Tous les autres frais de la Commission non couverts par les frais de justice sont à la charge de la République Fédérale d'Allemagne.

(4) En ce qui concerne l'administration, les locaux et le personnel, la Commission fera appel aux ressources administratives à la disposition du Tribunal d'Arbitrage. Les mesures administratives particulières à la Commission qui pourraient être nécessaires seront prévues par l'accord administratif subsidiaire visé au paragraphe (2) du présent Article.

Article 9

La Commission arrêtera ses règles de procédure dans le cadre de la présente Charte et de l'Accord.

ANHANG A

Schriftwechsel vom 6. März 1951 über die Vereinbarung zwischen den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits

A.

Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierte Hohe Kommission

Bonn, den 6. März 1951.

Herr Hoher Kommissar,

Ich beehre mich, Ihnen in Beantwortung Ihres Schreibens vom 23. Oktober 1950 — AGSEC (50) 2339 — folgendes mitzuteilen:

I

Die Bundesrepublik bestätigt hiermit, daß sie für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches haftet, einschließlich der später zu Verbindlichkeiten des Reiches zu erklärenden Schulden anderer Körperschaften, sowie für die Zinsen und anderen Kosten für Obligationen der österreichischen Regierung, soweit derartige Zinsen und Kosten nach dem 12. März 1938 und vor dem 8. Mai 1945 fällig geworden sind.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß bei der Feststellung der Art und des Ausmaßes, in welchen die Bundesrepublik diese Verpflichtungen erfüllt, der allgemeinen Lage der Bundesrepublik und insbesondere den Wirkungen der territorialen Beschränkung ihrer Herrschaftsgewalt und ihrer Zahlungsfähigkeit Rechnung getragen wird.

II

Die Bundesregierung anerkennt hiermit dem Grunde nach die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe, soweit die Haftung hierfür nicht bereits durch das zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossene Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit vom 15. Dezember 1949 anerkannt worden ist, oder die Bundesrepublik nicht gemäß Artikel 133 des Grundgesetzes die Verbindlichkeit hierfür bereits übernommen hat. Sie ist bereit, den Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen.

Die Bundesregierung hält es für zweckmäßig, die mit der Anerkennung und Abwicklung dieser Schulden zusammenhängenden Fragen in zweiseitigen Abkommen mit den Regierungen der an der Wirtschaftshilfe beteiligten Staaten nach Art des mit den Vereinigten Staaten von Amerika geschlossenen Abkommens vom 15. Dezember 1949 zu regeln. Sie setzt vor-

APPENDIX A

Exchange of Letters embodying the Agreement of 6th March, 1951, between the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America and the Government of the Federal Republic of Germany

A.

Letter to the Allied High Commission from the German Federal Chancellor

Bonn 6th March, 1951.

Mr. High Commissioner,

In reply to your letter of 23rd October, 1950—AGSEC (50) 2339—I have the honour to inform you as follows:—

I

The Federal Republic hereby confirms that it is liable for the pre-war external debt of the German Reich, including those debts of other corporate bodies subsequently to be declared liabilities of the Reich, as well as for interest and other charges on securities of the Government of Austria to the extent that such interest and charges became due after 12th March, 1938, and before 8th May, 1945.

The Federal Government understands that in the determination of the manner in which and the extent to which the Federal Republic will fulfil this liability account will be taken of the general situation of the Federal Republic, including, in particular, the effects of the limitations on its territorial jurisdiction and its capacity to pay.

II

The Federal Government acknowledges hereby in principle the debt arising from the economic assistance furnished to Germany since 8th May, 1945, to the extent to which liability for such debt has not previously been acknowledged in the Agreement on Economic Co-operation concluded on 15th December, 1949, between the Federal Republic and the United States of America, or for which the Federal Republic has not already taken over responsibility under Article 133 of the Basic Law. The Federal Government is ready to accord the obligations arising from the economic assistance priority over all other foreign claims against Germany or German nationals.

The Federal Government regards it as appropriate to regulate any questions connected with the recognition and settlement of these debts by bilateral agreements with the Governments of the countries which have rendered economic assistance patterned on the Agreement concluded with the United States of America on 15th December, 1949. The Federal Government takes

APPENDICE A

Echange de lettres enregistrant l'Accord du 6 Mars 1951 entre les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni et des Etats-Unis d'Amérique et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne

A.

Lettre du Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne au Président de la Haute Commission Alliée

Bonn, 6 Mars 1951.

M. le Haut-Commissaire,

En réponse à votre lettre du 23 octobre 1950, j'ai l'honneur de vous communiquer ce qui suit:

I

La République Fédérale confirme par la présente lettre qu'elle répond des dettes extérieures d'avant-guerre du Reich allemand y compris les dettes des autres entités à déclarer ultérieurement comme constituant des obligations du Reich, ainsi que des intérêts et autres charges des titres émis par le Gouvernement autrichien dans la mesure où de tels intérêts et charges étaient exigibles après le 12 mars 1938 et avant le 8 mai 1945.

Le Gouvernement Fédéral comprend que, lors de la fixation des modalités et des montants des paiements à effectuer par la République Fédérale au titre de ses obligations, il sera tenu compte de sa situation générale, plus particulièrement de l'effet de la limitation de sa compétence territoriale et de sa capacité de paiement.

II

Le Gouvernement Fédéral déclare reconnaître en principe les dettes provenant de l'aide économique fournie à l'Allemagne depuis le 8 mai 1945, pour autant que ces dettes ne se trouvent pas déjà reconnues par l'accord de coopération économique conclu le 15 décembre 1949 entre la République Fédérale et les Etats-Unis ou au titre des obligations assumées par la République Fédérale aux termes de l'article 133 de la Loi Fondamentale. Le Gouvernement Fédéral est disposé à accorder aux obligations résultant de l'aide économique la priorité par rapport à toutes autres créances extérieures envers l'Allemagne ou ses ressortissants.

Le Gouvernement Fédéral juge opportun de régler les questions relatives à la reconnaissance et au règlement de ces dettes par des accords bilatéraux avec les Gouvernements des Etats ayant contribué à l'aide économique, sur le modèle de l'accord du 15 décembre 1949 conclu avec le Gouvernement des Etats-Unis. Il tient pour admis que ces accords contiendront une clause

aus, daß diese Abkommen für den Fall von Meinungsverschiedenheiten eine Schiedsklausel enthalten. Die Bundesregierung ist bereit, mit den beteiligten Regierungen sofort in Verhandlungen über den Abschluß dieser Abkommen einzutreten.

III

Die Bundesregierung bringt hiermit ihren Wunsch zum Ausdruck, den Zahlungsdienst für die deutsche äußere Schuld wieder aufzunehmen. Sie geht dabei davon aus, daß zwischen ihr und den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika Einverständnis über folgendes besteht:

Es liegt im Interesse einer Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und anderen Ländern, sobald wie möglich einen Zahlungsplan auszuarbeiten, der die Regelung der öffentlichen und privaten Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige zum Gegenstand hat.

Bei der Ausarbeitung dieses Planes sind interessierte Regierungen einschließlich der Bundesregierung, Gläubiger und Schuldner zu beteiligen.

Der Zahlungsplan soll insbesondere die Forderungen behandeln, deren Regelung geeignet ist, die wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Ländern zu normalisieren. Er wird der allgemeinen Wirtschaftslage der Bundesrepublik, insbesondere der Zunahme ihrer Lasten und der Minderung ihrer volkswirtschaftlichen Substanz Rechnung tragen. Die Gesamtwirkung des Planes darf weder die deutsche Wirtschaft durch unerwünschte Auswirkungen auf die innere Finanzlage aus dem Gleichgewicht bringen noch vorhandene oder künftige deutsche Devisenbestände über Gebühr in Anspruch nehmen. Er darf auch nicht die Finanzlast für irgendeine der Besatzungsmächte merklich vermehren.

In allen Fragen, die sich aus den Verhandlungen über den Zahlungsplan und über die Zahlungsfähigkeit ergeben, können die beteiligten Regierungen Sachverständigengutachten einholen.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist in Abkommen niederzulegen. Es besteht Einverständnis darüber, daß der Plan nur vorläufigen Charakter hat und der Revision unterliegt, sobald Deutschland wiedervereinigt und eine endgültige Friedensregelung möglich ist.

Genehmigen Sie, Herr Hoher Kommissar, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

gez. Adenauer

for granted that these agreements will contain an arbitration clause for cases of dispute. The Federal Government is prepared at once to enter into negotiations for the conclusion of such agreements with the Governments concerned.

III

The Federal Government hereby expresses its desire to resume payments on the German external debt. It understands that there is agreement between it and the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of the United States of America on the following:—

It is in the interest of the re-establishment of normal economic relations between the Federal Republic and other countries to work out as soon as possible a settlement plan which will govern the settlement of public and private claims against Germany and German nationals.

Interested Governments, including the Federal Republic, creditors and debtors, shall participate in working out this plan.

The settlement plan shall in particular deal with those claims, the settlement of which would achieve the objective of normalising the economic and financial relations of the Federal Republic with other countries. It will take into account the general economic position of the Federal Republic, notably the increase of its burdens and the reduction in its economic wealth. The general effect of this plan shall neither dislocate the German economy through undesirable effects on the internal financial situation nor unduly drain existing or potential German foreign-exchange resources. It shall also not add appreciably to the financial burden of any occupation Power.

The Governments concerned may obtain expert opinions on all questions arising out of the negotiations on the settlement plan and on the capacity to pay.

The result of the negotiations shall be set forth in agreements. It is agreed that the plan will be provisional in nature and subject to revision as soon as Germany is reunited and a final peace settlement becomes possible.

I beg your Excellency to accept the assurance of my highest esteem.

signed: Adenauer

d'arbitrage dans le cas de litiges. Le Gouvernement Fédéral est prêt à entamer sans délai des pourparlers avec les Gouvernements intéressés au sujet de la conclusion de ces accords.

III

Le Gouvernement Fédéral exprime son désir de reprendre le paiement de la dette extérieure allemande. Il comprend qu'il y a accord entre lui et les Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur ce qui suit:

«Dans l'intérêt du rétablissement des relations économiques normales entre la République Fédérale et les autres pays, il convient d'élaborer au plus vite un plan de paiements portant sur le règlement des créances publiques et privées existant à l'encontre de l'Allemagne et de ses ressortissants.

Les Gouvernements intéressés, y compris la République Fédérale les créanciers et débiteurs, doivent participer à l'éboration de ce plan.

Le plan de paiements doit traiter notamment des créances dont le règlement peut contribuer à normaliser les rapports économiques et financiers entre la République Fédérale et les autres pays. Il tiendra compte de la situation économique générale de la République Fédérale et, notamment, de l'accroissement de ses charges et de la diminution de sa substance économique. Le plan ne doit pas avoir pour effet général de déséquilibrer l'économie allemande par des répercussions indésirables sur la situation financière intérieure, ni d'affecter outre mesure les ressources allemandes en devises, présentes ou futures. Le plan ne doit pas non plus augmenter sensiblement les charges financières supportées par une Puissance occupante quelconque.

Les Gouvernements intéressés pourront, pour toutes les questions résultant des négociations sur le plan de paiements ou la capacité de paiement, demander l'avis d'experts.

Les résultats obtenus au cours des négociations doivent faire l'objet d'accords. Il est entendu que le plan aura un caractère purement provisoire et sera sujet à révision dès que l'unité allemande aura été rétablie et qu'un règlement définitif de paix sera devenu possible».

Veuillez agréer, Monsieur le Haut-Commissaire, l'expression de ma très haute considération.

signé: Adenauer

B.

Antwortschreiben der Alliierten Hohen Kommission im Namen der Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika an den Bundeskanzler

6. März 1951

Herr Bundeskanzler,

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 6. März 1951 über die deutschen Schulden beehren wir uns, im Namen der Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika die von der Bundesregierung gegebenen Zusicherungen hinsichtlich der Haftung der Bundesrepublik für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reiches sowie für die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 von den drei Regierungen geleisteten Wirtschaftshilfe zur Kenntnis zu nehmen.

Was den Vorrang für die Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe der Nachkriegszeit betrifft, so sind wir befugt zu erklären, daß die drei Regierungen nicht beabsichtigen, diesen Vorrang in einer Weise geltend zu machen, die die Regelung ausländischer Forderungen aus nach dem 8. Mai 1945 abgeschlossenen und für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Bundesrepublik wesentlichen Handelsgeschäften verhindern würde.

Hinsichtlich der Frage einer Schiedsklausel in den Abkommen über die Schulden aus der Nachkriegswirtschaftshilfe sind die drei Regierungen bereit, bei den Verhandlungen über diese Abkommen zu prüfen, ob die Einfügung einer solchen Klausel für Angelegenheiten, die sich zur Regelung durch ein derartiges Verfahren eignen, zweckmäßig ist.

Wir beehren uns ferner, im Namen der drei Regierungen die Auffassung der Bundesregierung, wie sie im zweiten Absatz des Abschnitts I und im Abschnitt III des Schreibens Euerer Exzellenz zum Ausdruck gebracht ist, zu bestätigen. Unsere Regierungen bereiten gegenwärtig Vorschläge über die Methode für die Ausarbeitung eines Zahlungsplans vor; diese werden die Beteiligung ausländischer Gläubiger, deutscher Schuldner und interessierter Regierungen einschließlich der Bundesregierung vorsehen. Die Vorschläge werden eine geordnete Gesamtregelung der Vorkriegsansprüche gegen Deutschland und die deutschen Schuldner, sowie der sich aus der Nachkriegswirtschaftshilfe ergebenden Schulden zum Ziel haben; diese Regelung soll eine gerechte und billige Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Interessen, einschließlich derjenigen der Bundesregierung, gewährleisten. Es ist beabsichtigt, die sich ergebende Regelung in einem multilateralen Abkommen niederzulegen; etwa für notwendig erachtete bilaterale Abkommen würden im Rahmen des Zahlungsplanes abgeschlossen werden. Sobald ihre Vorschläge fertiggestellt sind, werden

B.

Reply to the German Federal Chancellor from the Allied High Commissioners on behalf of the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America

6th March, 1951.

Mr. Chancellor,

In reply to your letter of 6th March, 1951, on the subject of German indebtedness we have the honour, on behalf of the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, to acknowledge the undertakings of the Federal Government in regard to the responsibility of the Federal Republic for the pre-war external debts of the German Reich and for the debt arising out of the economic assistance furnished to Germany by the three Governments since 8th May, 1945.

With regard to the priority accorded to the obligations arising from the post-war economic assistance, we are authorised to state that the three Governments would not propose to exercise this priority in such a way as to restrict settlement of foreign-held claims arising out of trade subsequent to 8th May, 1945, essential to the economic recovery of the Federal Republic.

With regard to the question of an arbitration clause in agreements covering the debts for post-war economic assistance, the three Governments will be prepared, when negotiating such agreements, to consider whether it would be useful to include an arbitration clause to deal with any matters which might be appropriately settled by such a procedure.

We further have the honour on behalf of the three Governments to confirm the understandings of the Federal Government as set forth in the second paragraph of Article I and in Article III of your Excellency's letter. They are now engaged in preparing proposals for the working out of settlement arrangements: these will provide for the participation of foreign creditors, German debtors, and interested Governments, including the Federal Government. The proposals will be designed to arrive at an orderly overall settlement of pre-war claims against Germany and German debtors and of the debt arising out of the post-war economic assistance, which would be fair and equitable to all the interests affected, including those of the Federal Government. It is the intention that the resulting settlement should be embodied in a multilateral agreement; any bilateral agreements that may be considered to be necessary would be concluded within the framework of the settlement plan. As soon as their proposals are ready the three Governments will communicate them to the Federal Government and to other interested Governments and will

B.

Réponse du Président de la Haute-Commission Alliée au Chancelier de la République Fédérale d'Allemagne

6 mars 1951

M. le Chancelier,

En réponse à votre lettre du 6 mars 1951, concernant les dettes allemandes nous avons l'honneur, au nom des Gouvernements des Etas-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de prendre acte des engagements du Gouvernement Fédéral relatifs à la responsabilité de la République Fédérale au titre des dettes extérieures d'avant-guerre du Reich allemand et de la dette découlant de l'assistance économique fournie à l'Allemagne par les trois Gouvernements depuis le 8 mai 1945.

En ce qui concerne la priorité aux obligations qui découlent de l'assistance économique d'après-guerre, nous sommes autorisés à déclarer que les trois Gouvernements ne se proposent pas d'exercer cette priorité d'une manière qui gêne le règlement des créances étrangères résultant d'opérations commerciales postérieures au 8 mai 1945 et essentielles au relèvement économique de la République Fédérale.

En ce qui concerne l'inclusion d'une clause d'arbitrage dans les accords relatifs aux dettes découlant de l'assistance économique d'après-guerre, les trois Gouvernements seront disposés, en négociant ces accords, à examiner s'il est opportun d'y prévoir une telle clause pour les questions susceptibles d'être utilement réglées par une telle procédure.

Nous avons également l'honneur de confirmer, au nom des trois Gouvernements, l'interprétation du Gouvernement Fédéral, telle qu'elle apparaît au paragraphe 2 de l'Article I et à l'Article III de la lettre de votre Excellence. Nos Gouvernements élaborent actuellement des propositions conduisant à un dispositif de règlement; il est prévu d'y faire participer les créanciers étrangers, les débiteurs allemands et les Gouvernements intéressés, y compris le Gouvernement Fédéral. Ces propositions tendront à un règlement d'ensemble et ordonné des créances d'avant-guerre à l'encontre de l'Allemagne et des débiteurs allemands, ainsi que des dettes découlant de l'assistance économique d'après-guerre; ce règlement devra assurer un traitement juste et équitable de tous les intérêts en cause, y compris ceux du Gouvernement Fédéral. Il est prévu d'inclure l'arrangement qui en découlera dans un accord multilatéral; les accords bilatéraux qui pourront être jugés nécessaires seraient conclus dans le cadre du plan de règlement. Dès que leurs propositions seront prêtes, les trois Gouvernements les communiqueront au Gouvernement Fédé-

die drei Regierungen sie der Bundesregierung und anderen beteiligten Regierungen zuleiten und mit ihnen diese Vorschläge sowie das in dieser Angelegenheit anzuwendende Verfahren erörtern.

Wir beehren uns zu erklären, daß unsere drei Regierungen das oben angeführte Schreiben Euerer Exzellenz und dieses Schreiben als Beurkundung eines Abkommens zwischen den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits über die in diesen Schreiben behandelten Fragen der deutschen Schulden betrachten. Diese Schreiben sind in deutscher, englischer und französischer Sprache abgefaßt worden; alle diese Fassungen sind in gleicher Weise maßgebend.

Genehmigen Sie, Herr Bundeskanzler, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochachtung.

gezeichnet:

A. François-Poncet,
Für die Regierung der Französischen Republik

Ivone Kirkpatrick,
Für die Regierung des Vereinigten Königreichs

John J. McCloy,
Für die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

discuss with them these proposals and the procedure to be adopted for dealing with the subject.

We have the honour to state that our three Governments regard your Excellency's letter under reference and this letter as placing on record an agreement between the Governments of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, on the one hand, and the Government of the Federal Republic on the other, concerning the questions of German indebtedness covered in these letters. These letters are prepared in English, French and German, each text being equally authentic.

Accept, Mr. Chancellor, the renewed assurances of our highest esteem.

signed:

A. François-Poncet
For the Government of the French Republic

Ivone Kirkpatrick
For the Government of the United Kingdom

John J. McCloy
For the Government of the United States of America

ral et aux autres Gouvernements intéressés; ils discuteront avec eux des propositions, ainsi que de la procédure à suivre en la matière.

Nous avons l'honneur de faire savoir que nos trois Gouvernements considèrent que la lettre de votre Excellence visée ci-dessus, ainsi que la présente lettre, enregistrent l'accord des Gouvernements des Etats-Unis d'Amérique, de la France et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord d'une part, et du Gouvernement de la République Fédérale d'autre part, sur les questions relatives aux dettes allemandes visées par ces lettres. Les lettres ont été rédigées en français, en anglais et en allemand, chaque texte faisant également foi.

signé:

A. François-Poncet
Pour le Gouvernement de la République Française

Ivone Kirkpatrick
Pour le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord

John J. McCloy
Pour le Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique

ANHANG B

Bericht der Konferenz über deutsche Auslandsschulden

(ohne Anhänge)

London, Februar—August 1952

I.—Einleitung

1. Die Internationale Konferenz über deutsche Auslandsschulden wurde von den Regierungen der Republik Frankreich, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ziel einberufen, ein allgemeines Abkommen zur Regelung der deutschen Auslandsschulden auszuarbeiten. Die Konferenz legt den Regierungen der beteiligten Staaten diesen Bericht vor, in welchem sie ihre Tätigkeit darstellt und ihre Empfehlungen für eine Regelung dieser Schulden niederlegt. Die Konferenz regt an, diesen Bericht auch anderen interessierten Regierungen zugänglich zu machen.

2. Vor Einberufung der Konferenz haben die Regierungen Frankreichs des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und die Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits am 6. März 1951 eine Vereinbarung getroffen, in welcher die Bundesrepublik ihre Haftung für die äußeren Vorkriegsschulden des Deutschen Reichs bestä-

APPENDIX B

Report of the Conference on German External Debts

(without the Appendices thereto)

London February-August 1952

I.—Introduction

1. The International Conference on German External Debts was called by the Governments of the Republic of France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in order to work out a general agreement for the settlement of German external debts. The Conference presents to the Governments of the participating countries this Report describing its work and setting forth its recommendations relating to the settlement of these debts. The Conference suggests that copies of the Report should be made available to other interested Governments.

2. Prior to calling the Conference, the Governments of France, the United Kingdom and the United States of America and the Government of the Federal Republic of Germany concluded, on 6th March, 1951, an agreement in which the latter confirmed its liability for the pre-war external debts of the German Reich, acknowledged in principle its debts for post-war eco-

APPENDICE B

Rapport de la Conférence des Dettes Extérieures Allemandes

(sans ses Annexes)

Londres, février—août 1952

I. Introduction

1. La Conférence Internationale des Dettes extérieures allemandes a été réunie par les Gouvernements de la République Française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, et des Etats-Unis d'Amérique en vue d'élaborer un accord général pour le règlement des dettes extérieures allemandes. La Conférence soumet aux Gouvernements des pays participants le présent Rapport qui décrit ses travaux et expose ses recommandations pour le règlement de ces dettes. La Conférence suggère que des exemplaires de ce Rapport soient mis à la disposition des autres Gouvernements intéressés.

2. Avant de réunir la Conférence, les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis d'Amérique et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne avaient conclu, le 6 mars 1951, un accord par lequel ce dernier Gouvernement a confirmé qu'il répondait des dettes extérieures d'avant-guerre du Reich allemand, a reconnu en principe les

tigt, ihre Schulden aus der Deutschland von den drei Regierungen gewährten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe im Grundsatz anerkannt und ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, die Zahlungen auf die deutschen Auslandsschulden nach einem von allen beteiligten Parteien auszuarbeitenden Plan wiederaufzunehmen. Der Wortlaut des Schriftwechsels über diese Vereinbarung ist im Anhang 1 beigefügt.

3. Im Mai 1951 haben die drei Regierungen den Dreimächteausschuß für deutsche Schulden eingesetzt. Seine Aufgabe ist es, die drei Regierungen bei den Verhandlungen über die Regelung der deutschen Auslandsschulden zu vertreten und die Arbeiten der Konferenz in die Wege zu leiten. Die drei Regierungen waren in dem Dreimächteausschuß vertreten durch: M. François-Didier Gregh (Frankreich), Sir George Rendel (Vereinigtes Königreich) und Botschafter Warren Lee Pierson (Vereinigte Staaten von Amerika). Ihre Stellvertreter waren M. René Sergent (Frankreich), an dessen Stelle später M. A. Rodocanachi und M. H. Davost traten, Sir David Waley (Vereinigtes Königreich) und Gesandter J. W. Gunter (Vereinigte Staaten von Amerika).

4. Im Juni und Juli 1951 fanden zwischen dem Ausschuß und der Deutschen Delegation für Auslandsschulden, die von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt wurde, sowie Vertretern einiger der wichtigsten Gläubigerstaaten Vorbesprechungen statt. Der Leiter der Deutschen Delegation für Auslandsschulden war Herr Hermann J. Abs, sein Stellvertreter Präsident Dr. W. Kriege.

5. Im Dezember 1951 gab der Dreimächteausschuß der Deutschen Delegation die Beträge und die Zahlungsmodalitäten bekannt, welche die drei Regierungen zur vollen Regelung ihrer Ansprüche aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe unter der Voraussetzung anzunehmen bereit seien, daß eine befriedigende und gerechte Regelung der deutschen Vorkriegsschulden erzielt würde. Während der Konferenz erklärten sich die Vereinigten Staaten von Amerika außerdem bereit, unter entsprechender Abänderung ihres Angebots vom Dezember 1951, den Beginn der Tilgungszahlungen auf ihre Forderungen um 5 Jahre hinauszuschieben. Die Beträge und Zahlungsmodalitäten sind im Anhang 2 zu diesem Bericht enthalten. (1)

II.—Organisation der Konferenz

6. Die erste Vollsitzung der Konferenz fand am 28. Februar 1952 im Lancaster House in London statt. Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika waren dabei durch den Dreimächteausschuß für deut-

(1) Anhang 2 zum Konferenzbericht ist durch die Bestimmungen der am gleichen Tage wie das Abkommen über deutsche Auslandsschulden unterzeichneten Abkommen zur Regelung der Forderungen, die sich aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe ergeben, überholt. Im letzten Absatz der Präambel des letzteren Abkommens wird auf diese Abkommen Bezug genommen.

nomic assistance furnished to Germany by the three Governments, and declared its willingness to resume payments on the German external debts in accordance with a plan to be worked out by all interested parties. A copy of the exchange of letters embodying this agreement is contained in Appendix 1.

3. In May 1951 the three Governments set up the Tripartite Commission on German Debts to represent them in the negotiations relating to the settlement of German external debts and to organise the work of the Conference. The three Governments were represented on the Tripartite Commission by M. François-Didier Gregh (France), Sir George Rendel (United Kingdom), and Ambassador Warren Lee Pierson (United States); their alternates were M. René Sergent (France), who was later replaced by M. A. Rodocanachi and M. H. Davost, Sir David Waley (United Kingdom) and Minister J. W. Gunter (United States).

4. The Commission held preliminary discussions in June and July 1951 with the German Delegation on External Debts, appointed by the Government of the Federal Republic of Germany, and with representatives from some of the principal creditor countries. The German Delegation was headed by Herr Hermann J. Abs, with alternate Dr. W. Kriege.

5. In December 1951 the Tripartite Commission informed the German Delegation of the amounts and terms of payment which the three Governments were prepared to accept in full settlement of their claims in respect of post-war economic assistance, on condition that a satisfactory and equitable settlement of Germany's pre-war debts were achieved. During the Conference the United States of America further offered to defer collection of the principal of its claim for a period of five years and amended its offer of December 1951 accordingly. The amounts and terms are outlined in Appendix 2 of this Report.(1)

II.—Organisation of the Conference

6. The Conference held its first plenary meeting at Lancaster House, London, on 28th February, 1952. The Governments of France, the United Kingdom and the United States of America were represented by the Tripartite Commission on German

(1) Appendix 2 of the Conference Report has been superseded by the provisions of the Agreements for the settlement of the claims of the three Governments arising from the post-war economic assistance to Germany, signed on the same day as the Agreement on German External Debts. The last paragraph of the preamble of the latter Agreement makes reference to these Agreements.

dettes provenant de l'aide économique fournie à l'Allemagne après la guerre par les Trois Gouvernements, et a exprimé le désir de reprendre le paiement de la dette extérieure allemande conformément aux dispositions d'un plan à élaborer par toutes les parties intéressées. L'échange de lettres enregistrant cet Accord est reproduit à l'Annexe 1.

3. En mai 1951, les Trois Gouvernements ont établi la Commission Tripartite des dettes allemandes pour les représenter dans les négociations relatives au règlement des dettes extérieures allemandes et pour organiser les travaux de la Conférence. Les Trois Gouvernements étaient représentés à la Commission Tripartite par M. François-Didier Gregh (France), Sir George Rendel (Royaume-Uni), et l'Ambassadeur Warren Lee Pierson (Etats-Unis). Leurs suppléants étaient M. René Sergent, ultérieurement remplacé par M. A. Rodocanachi et M. H. Davost (France), Sir David Waley (Royaume-Uni), et le Ministre J. W. Gunter (Etats-Unis).

4. En juin et juillet 1951, la Commission a procédé à des consultations préliminaires avec la Délégation allemande pour les dettes extérieures nommée par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, et avec les représentants de certains des principaux pays créanciers. La Délégation allemande était présidée par M. Hermann J. Abs, M. Kriege étant son suppléant.

5. En décembre 1951, la Commission Tripartite a fait connaître à la Délégation allemande les montants et les modalités de paiement que les Trois Gouvernements étaient prêts à accepter en règlement total de leurs créances au titre de l'assistance économique d'après-guerre, à condition que soit réalisé un règlement satisfaisant et équitable des dettes d'avant-guerre de l'Allemagne. Au cours de la Conférence, les Etats-Unis ont offert, en outre, de différer pendant 5 ans le recouvrement du principal de leur créance et ont modifié en conséquence leur offre de décembre 1951. Les montants et les modalités de paiement proposés sont indiqués à l'Annexe 2 du présent Rapport.(1)

II. Organisation de la Conférence

6. La Conférence a tenu sa première séance plénière à Lancaster House, Londres, le 28 février 1952. Les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis étaient représentés par la Commission Tripartite des dettes allemandes. Les créanciers

(1) Les dispositions de l'Annexe 2 au Rapport de la Conférence sont devenues sans objet en raison de la conclusion des Accords sur le règlement des créances des Trois Gouvernements au titre de l'assistance économique d'après-guerre à l'Allemagne. Les Accords ont été signés le même jour que l'Accord sur les dettes extérieures allemandes. Le dernier paragraphe du préambule du présent Accord se réfère à ces Accords.

sche Schulden vertreten, während für die Privatgläubiger dieser drei Staaten besondere Delegationen erschienen waren. Von 22 Gläubigerstaaten wurden Delegationen entsandt, die sich aus Regierungsvertretern und teils auch aus Vertretern von Privatgläubigern zusammensetzten; drei Staaten entsandten Beobachter; die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich war als selbständige Gläubigerin vertreten; die Delegation der Bundesrepublik Deutschland umfaßte Regierungsvertreter und Vertreter der Privatschuldner.

7. Die Konferenz beschloß folgende Ausschüsse einzusetzen:

(a) Den Arbeits- und Organisationsausschuß, bestehend aus den drei Mitgliedern des Dreimächteausschusses, 13 Vertretern von Gläubigerinteressen aus Belgien, Brasilien, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten sowie aus fünf Vertretern der Schuldnerseite, die öffentliche und private Schuldnerinteressen wahrnahmen. Er hatte die Aufgabe, die Arbeiten der Konferenz zu lenken und dafür Sorge zu tragen, daß alle den Vollsitzungen vorgelegten Empfehlungen einer gerechten Gesamtregelung und gleichmäßigen Behandlung aller Gläubiger innerhalb der einzelnen Gruppen dienten.

(b) Den Gläubigerausschuß, in dem alle Delegationen der Gläubigerstaaten vertreten waren. Er hatte die Aufgabe, die Meinungen der verschiedenen Gläubigergruppen zu koordinieren, Gläubigervertreter für die Verhandlungsausschüsse zu ernennen und dem Arbeits- und Organisationsausschuß die Auffassung der Gläubiger zu allen in den Verhandlungsausschüssen beschlossenen Empfehlungen zu übermitteln.

(c) Das Konferenzsekretariat unter Leitung eines Generalsekretärs. Generalsekretär war zunächst Mr. H. A. Cridland, später Mr. E. H. Peck.

8. Der Arbeits- und Organisationsausschuß setzte vier Verhandlungsausschüsse zur Behandlung nachstehender Schuldenkategorien ein:

Ausschuß A: Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften;

Ausschuß B: Industrieanleihen;

Ausschuß C: Stillhalteschulden;

Ausschuß D: Handelsschulden und sonstige Verbindlichkeiten.

Die Ausschüsse setzten sich aus Vertretern der Gläubiger und der Schuldner sowie aus Beobachtern des Dreimächteausschusses zusammen. Zur Behandlung besonderer Schuldenarten bildeten die Verhandlungsausschüsse mehrere Unterausschüsse.

Debts; the private creditors of these three countries were represented by separate delegations; 22 creditor countries sent national delegations composed of governmental and, in many cases, private creditor representatives; 3 countries sent observers; the Bank for International Settlements was represented as a creditor in its own right; the Delegation of the Federal Republic of Germany included governmental representatives and representatives of private debtors.

7. In accordance with the decisions of the Conference, there were set up:—

(a) The Steering Committee, composed of the three members of the Tripartite Commission, 13 representatives of creditor interests from Belgium, Brazil, France, Italy, the Netherlands, Sweden, Switzerland, the United Kingdom and the United States, and 5 members representing public and private debtor interests. Its duty was to organise the work of the Conference and to ensure that all recommendations submitted to plenary meetings were such as to achieve an equitable overall settlement and equal treatment for all creditors within each category.

(b) The Creditors' Committee, in which each of the delegations of creditor countries was represented. Its duty was to co-ordinate the views of the various groups of creditor interests, to appoint creditor representatives to negotiating committees and to convey to the Steering Committee the creditors' views with respect to any recommendations resulting from negotiating committees.

(c) The Conference Secretariat under a Secretary-General. The Secretary-General was first Mr. H. A. Cridland and later Mr. E. H. Peck.

8. The Steering Committee established four negotiating Committees to deal, respectively, with the following categories of debts:—

Committee A.—Reich debts and other debts of public authorities;

Committee B.—Other medium- and long-term debts;

Committee C.—Standstill debts;

Committee D.—Commercial and miscellaneous debts.

Each Committee was composed of representatives of the creditors and debtors, together with observers from the Tripartite Commission. A number of sub-committees was set up by the Negotiating Committees to deal with specific types of debts.

privés de ces trois pays étaient représentés par des délégations distinctes; vingt-deux pays créanciers avaient envoyé des délégations composées de représentants du Gouvernement et, dans de nombreux cas, de représentants des créanciers privés; trois pays avaient envoyé des observateurs; la Banque des Règlements Internationaux était représentée en sa qualité particulière de créancier; la délégation de la République Fédérale d'Allemagne comprenait des représentants du Gouvernement et des représentants des débiteurs privés.

7. Conformément aux décisions de la Conférence, les organes suivants ont été constitués:

(a) le Comité Directeur, comprenant trois membres de la Commission Tripartite, treize représentants des intérêts créanciers des pays suivants: Belgique, Brésil, Etats-Unis, France, Italie, Pays-Bas, Royaume-Uni, Suède et Suisse, et cinq membres représentant les intérêts débiteurs publics et privés. Ce Comité était chargé d'organiser les travaux de la Conférence et de s'assurer que toutes les recommandations soumises à la Conférence en séance plénière étaient de nature à réaliser un règlement général équitable et l'égalité de traitement de tous les créanciers à l'intérieur de chaque catégorie;

(b) le Comité des créanciers, au sein duquel chaque délégation de pays créancier était représentées. Ce Comité était l'organe de coordination entre les points de vue des divers groupes d'intérêts créanciers. Il était chargé de désigner les représentants des créanciers aux différents Comités de négociation et de communiquer au Comité Directeur les vues des créanciers sur toutes les recommandations élaborées par les Comités de négociation;

(c) le Secrétariat de la Conférence placé sous l'autorité d'un Secrétaire général, M. H. A. Cridland, remplacé ultérieurement par M. E. H. Peck.

8. Le Comité Directeur a créé quatre Comités de négociation chargés respectivement des catégories de dettes suivantes:

Comité A: Dettes du Reich et dettes des autres autorités publiques;

Comité B: Autres dettes à moyen et à long-terme;

Comité C: Dettes de standstill,

Comité D: Dettes commerciales et dettes diverses.

Chaque comité comprenait des représentants des créanciers et des débiteurs, ainsi que des observateurs de la Commission Tripartite. Plusieurs sous-comités ont été constitués par les Comités de négociation pour traiter certaines catégories de dettes particulières.

9. Der Arbeits- und Organisationsausschuß setzte ferner zur Unterstützung der Konferenz einen Statistischen Ausschuß ein.

10. Die Konferenz fand in der Zeit vom 28. Februar bis 8. August 1952 statt. Die Konferenz unterbrach die Verhandlungen vom 5. April bis 19. Mai, um den Delegationen die erforderlichen Rückfragen zu ermöglichen.

III.—Richtlinien für die Ausarbeitung der Empfehlungen

11. Die Konferenz ist bei ihren Arbeiten von den folgenden Tatbeständen, Grundsätzen und Zielen ausgegangen:

(a) Die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika haben gegenüber der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Zusicherungen hinsichtlich der Herabsetzung der Nachkriegsforderungen aus der Deutschland gewährten Wirtschaftshilfe und hinsichtlich der Regelungsbedingungen abgegeben, die für die drei Regierungen annehmbar sind, falls eine befriedigende und gerechte Regelung der Vorkriegsschulden erreicht wird.

(b) Der Plan soll:

(i) der allgemeinen Wirtschaftslage der Bundesrepublik und den Wirkungen der territorialen Beschränkungen ihrer Herrschaftsgewalt Rechnung tragen; er darf weder die deutsche Wirtschaft durch unerwünschte Auswirkungen auf die innere Finanzlage aus dem Gleichgewicht bringen noch vorhandene oder künftige deutsche Devisenquellen über Gebühr in Anspruch nehmen; auch darf er keine erhebliche finanzielle Mehrbelastung einer der drei Regierungen mit sich bringen;

(ii) eine ordnungsgemäße Gesamtregelung vorsehen und eine gerechte und billige Behandlung aller beteiligten Interessen gewährleisten;

(iii) für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands in geeigneter Weise Vorkehrung treffen.

(c) Der Regelungsplan soll die Wiederherstellung normaler finanzieller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und anderen Staaten fördern. In diesem Sinne soll die Regelung:

(i) den Verzug Deutschlands durch zweckmäßige Behandlung von fälligen und fällig werdenden Schulden sowie von Zinsrückständen beseitigen;

(ii) eine Lage schaffen, die die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern ermöglicht;

(iii) derart sein, daß sie zu der Wiederherstellung des internationalen Kredits Deutschlands durch Neubegründung

9. The Steering Committee also established a Statistical Committee to assist the Conference.

10. The Conference was in session between 28th February and 8th August, 1952, with a recess form 5th April to 19th May, to enable necessary consultations to take place.

III.—Framework

11. In carrying out its work the Conference has been guided by the following facts, principles and objectives:—

(a) The Governments of France, the United Kingdom and the United States of America have given the Government of the Federal Republic of Germany assurances with regard to the scaling down and the terms of settlement of the post-war claims for economic aid extended to Germany, which would be accepted by the three Governments on condition that a satisfactory and equitable settlement of pre-war debts were achieved;

(b) The Settlement Plan should—

(i) take into account the general economic position of the Federal Republic and the effects of the limitations on its territorial jurisdiction; it should neither dislocate the German economy through undesirable effects on the internal financial situation, nor unduly drain existing or potential German foreign exchange resources, and it should not add appreciably to the financial burden of any of the three Governments;

(ii) provide for an orderly overall settlement and assure fair and equitable treatment of all the interests affected;

(iii) provide for appropriate action on the reunification of Germany.

(c) The Settlement Plan should promote the re-establishment of normal financial and commercial relations between the Federal Republic of Germany and other countries. To this end it should—

(i) eliminate the state of default of Germany by suitable treatment of matured and maturing debts and of arrears of interest;

(ii) lead to a situation which would permit a return to normal debtor-creditor relationships;

(iii) be of such a character as to contribute to the recovery of Germany's international credit by the restoration of confi-

9. Le Comité Directeur a également institué un Comité des statistiques chargé d'aider la Conférence dans ses travaux.

10. La Conférence a siégé du 28 février au 8 août 1952, avec une suspension du 5 avril au 19 mai en vue de permettre de procéder aux consultations nécessaires.

III. Cadre général

11. Dans la poursuite de ses travaux, la Conférence s'est basée sur les faits, les principes et les objectifs suivants:

(a) Les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis avaient donné au Gouvernement de la République Fédérale des assurances quant aux réductions et aux conditions de règlement qu'ils seraient prêts à accepter pour leurs créances d'après-guerre au titre de l'aide économique fournie par eux à l'Allemagne, à condition que soit réalisé un règlement satisfaisant et équitable des dettes d'avant-guerre.

(b) Le plan de règlement devait:

(i) tenir compte de la situation économique générale de la République Fédérale et des effets de la limitation de sa compétence territoriale; ne pas disloquer l'économie allemande par des répercussions inopportunes sur la situation financière intérieure, ni drainer indûment les ressources actuelles ou futures de l'Allemagne en devises, ni accroître sensiblement les charges financières de l'un quelconque des Trois Gouvernements;

(ii) prévoir un règlement général et méthodique et assurer le traitement juste et équitable de tous les intérêts en cause;

(iii) comporter des dispositions en vue de l'intervention des mesures appropriées lors de la réunification de l'Allemagne.

(c) Le plan devait favoriser le rétablissement de relations financières et commerciales normales entre la République Fédérale et les autres pays; à cette fin, il devait:

(i) mettre fin à l'état de carence de l'Allemagne au moyen d'un règlement approprié des dettes échues ou à échoir et des arriérés d'intérêts;

(ii) conduire à un état de fait qui permette un retour aux relations normales entre créanciers et débiteurs;

(iii) se présenter de telle sorte qu'il contribue à la restauration du crédit international de l'Allemagne par le rétablisse-

des Vertrauens in das finanzielle Ansehen und die Verläßlichkeit Deutschlands als Kreditnehmer beiträgt und dabei gleichzeitig eine angemessene Sicherheit dafür bietet, daß Deutschland in Bezug auf die von ihm einzugehenden Verpflichtungen nicht erneut in Verzug gerät;

(iv) mit der Erfüllung solcher Verpflichtungen vereinbar sein und diese soweit wie möglich erleichtern, welche die Bundesrepublik Deutschland als Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Hinblick auf den Transfer von Zahlungen für laufende Transaktionen einschließlich Zinsen und Erträgnissen aus Kapitalanlagen übernehmen wird oder schon übernommen hat.

dence in her financial standing and reliability as a borrower, while giving a reasonable assurance that Germany will not again default on her undertakings;

(iv) be compatible with and as far as possible facilitate the Federal Republic's eventual compliance with obligations which members of the International Monetary Fund and the Organisation for European Economic Co-operation have assumed with regard to the transfer of payments for current transactions, including interest and earnings on investments.

ment de la confiance dans sa stabilité financière et dans le respect de ses obligations d'emprunteur, tout en donnant une assurance raisonnable que l'Allemagne ne manquera pas de nouveau à ses engagements;

(iv) ne pas empêcher le Gouvernement Fédéral, et autant que possible le mettre en mesure d'observer en fin de compte les obligations que les membres du Fonds Monétaire International et de l'Organisation Européenne de Coopération Economique ont contractées en ce qui concerne le transfert des paiements courants, y compris les intérêts et les revenus des investissements.

IV.—Empfehlungen

12. *Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften.* — Die Empfehlungen für die Regelung der Schulden dieser Kategorie sind im Anhang 3 enthalten.

13. *Industrieanleiheschulden.* — Die Empfehlungen für die Regelung der Schulden dieser Kategorie sind im Anhang 4 enthalten.

14. *Stillhalteschulden.* — Die Empfehlungen für die Regelung der Schulden dieser Kategorie sind im Anhang 5 enthalten. Die Konferenz ist sich darüber einig, daß diese Empfehlungen zum frühest möglichen Termin verwirklicht werden sollen.

15. *Handels- und sonstige Verbindlichkeiten.* — Die Empfehlungen für die Regelung der Schulden dieser Kategorie sind im Anhang 6 enthalten.

16. Die Konferenz hat verschiedene Schuldenfragen geprüft, deren besonderer Charakter eine vollständige und endgültige Regelung im Verlaufe der Konferenz nicht zuließ. Es wurde Vorkehrung für ihre spätere Lösung durch Verhandlungen unter den beteiligten Interessengruppen getroffen. Die entsprechenden Bestimmungen sind in die betreffenden Anhänge zu dem vorliegenden Bericht eingearbeitet worden. Die später aufzunehmenden Verhandlungen sollen im Rahmen der Grundsätze und Ziele der Konferenz stattfinden; die daraus sich ergebenden Empfehlungen sollen, falls sie Billigung finden, in den Rahmen des Regierungsabkommens fallen.

17. Die vorgeschlagenen Regelungsbedingungen für die unter den Plan fallenden deutschen Schulden sind in eingehenden Verhandlungen zwischen Vertretern der Gläubiger und Schuldner ausgearbeitet worden. Sie lehnen sich so eng wie möglich an die bestehenden Verträge an.

18. Wie sich aus den Anhängen 3 bis 6 ergibt, soll auf die Kapitalbeträge aller unter die Empfehlungen fallenden Schulden während einer Anlaufzeit von 5 Jahren keine Rückzahlung

IV.—Recommendations

12. *Reich Debts and other Debts of Public Authorities.*—The recommendations for the settlement of debts in this category are contained in Appendix 3.

13. *Other Medium and Long-Term Debts.*—The recommendations for the settlement of debts in this category are contained in Appendix 4.

14. *Standstill Debts.*—The recommendations for the settlement of debts in this category are contained in Appendix 5. The Conference is in agreement that these recommendations should be put into effect at the earliest date possible.

15. *Commercial and Miscellaneous Debts.*—The recommendations for the settlement of debts in this category are contained in Appendix 6.

16. The Conference considered several debt problems the special nature of which made their complete and definitive settlement during the Conference impossible. Plans were laid for their subsequent solution in negotiations between the interests involved. Appropriate provisions in this regard have been included in the respective appendices of this Report. Such negotiations should be guided by the principles and objectives of the Conference and the resulting recommendations, if approved, should be covered by the Intergovernmental Agreement.

17. The terms proposed for the settlement of German debts covered by the Settlement Plan have been worked out in intensive negotiations between representatives of the creditors and the debtors. They conform as closely as possible to the existing contracts.

18. As will be seen from Appendices 3-6, no repayment in foreign exchange of the principal of any debt covered by the recommendations should be made during an initial period of five

IV. Recommandations

12. *Dettes du Reich et dettes des autres autorités publiques.*—Les recommandations pour le règlement des dettes de cette catégorie font l'objet de l'Annexe 3.

13. *Autres dettes à moyen et à long terme.*—Les recommandations pour le règlement des dettes de cette catégorie font l'objet de l'Annexe 4.

14. *Dettes de standstill.*—Les recommandations pour le règlement des dettes de cette catégorie font l'objet de l'Annexe 5. La Conférence a convenu que ces recommandations devraient être mises en vigueur le plus tôt possible.

15. *Dettes commerciales et dettes diverses.*—Les recommandations pour le règlement des dettes de cette catégorie font l'objet de l'Annexe 6.

16. La Conférence a examiné les problèmes soulevés par certaines dettes qui, en raison de leur nature spéciale, ne pouvaient faire l'objet d'un règlement complet et définitif au cours de la Conférence. Des plans ont été élaborés pour résoudre ces problèmes au cours de négociations ultérieures entre les représentants des intérêts en présence. Des dispositions appropriées ont été incluses à cet égard dans les Annexes au présent Rapport. Les négociations en question se fonderont sur les principes et les objectifs de la Conférence, et les recommandations qui en résulteront, si elles sont approuvées, seront sanctionnées par l'Accord Intergouvernemental.

17. Les modalités proposées pour le règlement des dettes allemandes d'avant-guerre ont été élaborées au cours de négociations approfondies entre représentants des créanciers et des débiteurs. Elles se conforment aussi étroitement que possible à celles des contrats existants.

18. Comme il ressort des Annexes 3 à 6, aucun remboursement en devises ne devrait être effectué, pendant une période initiale de 5 ans, au titre du principal d'une dette quelconque visée

in Devisen erfolgen, mit Ausnahme von Sonderfällen, wo die empfohlenen Regelungsbedingungen Bestimmungen enthalten, die während der Anlaufzeit die Rückzahlung von Kapitalbeträgen in gewissem Umfang zulassen.

19. Eine angemessene Behandlung von Härtefällen ist in den Anhängen vorgesehen.

Ist ein Schuldner nicht in der Lage, seine Verpflichtungen aus verschiedenen ausstehenden Verbindlichkeiten auf Auslandsanleihen im Rahmen der Schuldenregelung zu erfüllen, so sollen etwaige Verhandlungen zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern so geführt werden, daß die Interessen der beteiligten Gläubiger gleichmäßig gewahrt werden.

20. Die Regelung der Schulden der Stadt Berlin oder öffentlicher Versorgungsbetriebe, die der Stadt Berlin gehören oder von ihr kontrolliert werden, wird einstweilen ausgesetzt. In den Westsektoren Berlins ansässige Privatschuldner sind dagegen wie Bewohner der Bundesrepublik zu behandeln.

21. Das in Ziffer 38 erwähnte Regierungsabkommen soll vorsehen, daß die Bundesregierung den Transfer von Zinsen und Tilgungsraten nach Maßgabe des Regelungsplanes wieder aufnehmen und alles, was in ihren Kräften liegt, tun wird, diesen Transfer sicherzustellen.

Die Konferenz hat den Grundsatz anerkannt, daß der Transfer der nach dem Regelungsplan vorgesehenen Zahlungen die Entwicklung und die Aufrechterhaltung einer Zahlungsbilanzlage voraussetzt, in der diese Zahlungen wie andere Zahlungen für laufende Transaktionen durch Deviseneinnahmen aus Exporten und unsichtbaren Transaktionen gedeckt werden können, so daß eine mehr als vorübergehende Inanspruchnahme der Währungsreserven vermieden wird. Hierbei ist die noch nicht wiederhergestellte freie Konvertierbarkeit der Währungen gebührend in Betracht zu ziehen. Die Konferenz hat daher anerkannt, daß die Entwicklung und die Aufrechterhaltung dieser Zahlungsbilanzlage durch weitere internationale Zusammenarbeit im Sinne einer liberaleren Handelspolitik, einer Ausweitung des Welthandels und der Wiederherstellung der freien Konvertierbarkeit der Währungen erleichtert werden würden. Sie empfiehlt, daß alle Beteiligten den in diesem Absatz erwähnten Grundsätzen gebührend Rechnung tragen sollen.

Bei der Vorbereitung des Regierungsabkommens soll die Ausarbeitung von Bestimmungen erwogen werden, deren Zweck es ist sicherzustellen, daß der Plan zur Befriedigung aller Beteiligten gehandhabt und erfüllt wird, einschließlich von Bestimmungen, die in dem Fall angewandt werden, daß die Bundesrepublik trotz äußerster Anstrengungen Schwierigkeiten bei der Durchführung ihrer Verpflichtungen aus dem Regelungsplan gegenübersteht.

years, except in special cases where the recommended settlement terms contain provisions which justify some repayment of principal in the initial period.

19. Appropriate provision is made in the Appendices for cases of hardship.

If a debtor who has several external loans outstanding is unable to meet his obligations under the Settlement Plan, any negotiations between debtor and creditors should be so conducted as to give equal protection to the interests of the respective creditors.

20. The settlement of debts owed by the City of Berlin or by public utility enterprises owned or controlled by the City of Berlin and located therein is deferred for the time being. Private debtors residing in the Western Sectors of Berlin, however, should be treated like residents of the Federal Republic.

21. The Intergovernmental Agreement mentioned in paragraph 38 should provide that the Federal Government will resume the transfer of interest and amortisation instalments in accordance with the Settlement Plan, and will do everything in its power to ensure such transfer.

The Conference recognised the principle that the transfer of payments under the Settlement Plan implies the development and maintenance of a balance of payments situation in which those payments, like other payments for current transactions, can be financed by foreign exchange receipts from visible and invisible transactions so that more than a temporary drawing on monetary reserves is avoided. In this connection due consideration should be given to the fact that the convertibility of currencies has not yet been re-established. The Conference therefore recognised that the development and maintenance of this balance of payments situation would be facilitated by the continuance of international co-operation to promote liberal trade policies, the expansion of world trade and the revival of the free convertibility of currencies. It recommends that due account should be taken by all concerned of the principles referred to in this paragraph.

In preparing the Intergovernmental Agreement consideration should be given to working out provisions designed to ensure that the Settlement Plan is operated and fulfilled to the satisfaction of all parties concerned including provisions to apply in case the Federal Republic, in spite of its utmost efforts, is faced with difficulties in carrying out its obligations under the Plan.

par les recommandations, sauf dans les cas spéciaux où les conditions de règlement recommandées contiennent des dispositions justifiant un remboursement en principal pendant la période initiale.

19. Des dispositions appropriées ont été prévues dans les Annexes pour les cas où le débiteur se trouve dans une situation financière difficile.

Au cas où un débiteur de plusieurs emprunts étrangers se trouverait dans l'impossibilité de s'acquitter de ses obligations, toute négociation entre ce débiteur et ses créanciers devrait être conduite de façon à assurer une égale protection des intérêts de tous les créanciers de ces emprunts.

20. Le règlement des dettes de la Ville de Berlin ou des services publics lui appartenant ou contrôlés par elle et situés à Berlin est différé pour le moment. Cependant, les débiteurs privés résidant dans les secteurs occidentaux de Berlin devraient être traités comme les personnes résidant sur le territoire de la République Fédérale.

21. L'Accord Intergouvermental mentionné au paragraphe 38 devrait prévoir que le Gouvernement Fédéral reprendra le transfert des versements d'intérêts et d'amortissement conformément au plan de règlement et fera tout ce qui est en son pouvoir pour assurer ces transferts.

La Conférence a reconnu le principe que le transfert des versements prévus par le plan de règlement impliquait la création et le maintien d'une situation de la balance des paiements telle que ces versements, comme les autres versements afférents aux transactions courantes, puissent être financés au moyen des rentrées en devises provenant des transactions visibles et invisibles, sans prélèvement, autre que temporaire, sur les réserves monétaires. A cet égard il conviendrait de tenir compte du fait que la convertibilité des monnaies n'a pas encore été rétablie. La Conférence a reconnu en conséquence que la création et le maintien de cette situation de la balance des paiements seraient facilités par la poursuite de la coopération internationale en vue de l'instauration de politiques commerciales libérales, du développement du commerce mondial et du retour à la libre convertibilité des monnaies. Elle recommande qu'il soit dûment tenu compte par tous les intéressés des principes énoncés dans le présent paragraphe.

Dans la préparation de l'Accord Intergouvernemental, il conviendrait d'étudier l'élaboration de dispositions destinées à assurer que le plan de règlement sera exécuté et mené à bien à la satisfaction de toutes les parties intéressées; y compris des dispositions applicables au cas où la République Fédérale éprouverait, malgré tous ses efforts, des difficultés dans l'exécution des obligations lui incombant dans le cadre du plan.

22. Transferleistungen für Zins- und Tilgungszahlungen, die auf Grund des Regelungsplanes geschuldet werden, sollen als Zahlungen für laufende Transaktionen behandelt und, wo dies in Betracht kommt, als solche in alle Handels- und (oder) Zahlungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und einem der Gläubigerstaaten eingeschlossen werden, gleichgültig, ob es sich dabei um zwei- oder mehrseitige Abkommen handelt.

23. Bei der Durchführung der vereinbarten Bedingungen soll die Bundesregierung keine Diskriminierung oder Bevorzugung im Hinblick auf einzelne Schuldenarten, auf die geschuldeten Währungen oder in anderer Hinsicht zulassen, noch sollen Gläubigerstaaten dies verlangen.

24. Die Bundesregierung soll die für die Durchführung des Planes erforderlichen gesetzgeberischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen, um beispielsweise den ausländischen Gläubiger rechtlich in die Lage zu versetzen, seinen Anspruch vor deutschen Gerichten durchzusetzen.

25. Ein vom Schuldner dem Gläubiger gemachtes bzw. zu machendes Angebot bildet die Grundlage der im Plan vorgesehenen Regelungen. Selbst wenn ein solches Angebot von den Gläubigervertretern empfohlen worden ist oder auf einem Schiedsspruch beruht (es sei denn, daß ausdrücklich vereinbart worden ist, daß der Schiedsspruch für den betreffenden Gläubiger bindend ist), steht es dem Gläubiger frei abzulehnen. In diesem Falle hat er jedoch keinen Anspruch auf die Vorteile aus dem Regelungsplan.

Der Bundesregierung steht das Recht zu, dies bei Durchführung der Bestimmungen der Ziffer 24 zu berücksichtigen.

26. In dem Regierungsabkommen soll festgestellt werden, daß bei Annahme eines Angebots, sofern nach dem Regelungsplan das ursprüngliche Schuldverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner abgeändert oder ein neuer Vertrag zwischen Gläubiger und Schuldner abgeschlossen wird, der Schuldner bei voller Erfüllung der danach begründeten Verbindlichkeiten sowohl hinsichtlich seiner Verpflichtungen aus dem abgeänderten oder neuen Schuldverhältnis wie aus dem ursprünglichen Schuldverhältnis als voll und endgültig entlastet gilt.

27. Die Verjährung von Forderungen, die diesem Abkommen unterliegen, läuft nicht zwischen dem Zeitpunkt, in dem die aus dem ursprünglichen Vertrag geschuldeten Beträge für die Gläubiger nicht mehr verfügbar waren, und dem Zeitpunkt, in dem die geschuldeten Beträge nach dieser Regelung verfügbar sind.

Darüber hinaus soll die Verjährung gegen Rechte ausländischer Inhaber innerdeutscher Wertpapiere (einschließlich Solawechseln und Wechseln) frühestens nach Ablauf eines Jahres geltend gemacht werden, nachdem der

22. Transfers of interest and amortisation payments due under the Settlement Plan should be treated as payments for current transactions and, where appropriate, included in any arrangements relating to trade and/or payments between the Federal Republic and any of the creditor countries, regardless of whether such agreements are of a bilateral or multilateral nature.

23. No discrimination or preferential treatment in the fulfilment of the terms agreed on as among categories of debts or currencies in which payable, or in any other respects, should be permitted by the Federal Republic or sought by the creditor countries.

24. The Government of the Federal Republic should enact the legislative measures and take the administrative action necessary to implement the Plan, such as measures to give the foreign creditor the right to enforce his claim in German courts.

25. The basis of the settlements foreseen in this report is an offer made or to be made by the debtor to the creditor. Such offer, even if recommended by the creditor representatives, or resulting from arbitration, unless it is specifically agreed that arbitration is binding on individual creditors, may be refused by the creditor, in which case the benefit of the Settlement Plan cannot be claimend by him. The Government of the Federal Republic shall be entitled to take account of this position in giving effect to the provisions of paragraph 24.

26. The Intergovernmental Agreement should state that, in the case of an accepted offer whenever, under the Settlement Plan, the original debt relationship between the creditor and the debtor is modified, or a new contract concluded between the creditor and the debtor, the latter shall, upon the complete fulfilment of the obligations thereby constituted, be deemed to have discharged fully and finally both his obligations under the modified or new debt relationship and those under the original one.

27. Prescription on claims covered by the present Settlement Plan should not run during the period in which the sums due under the original contract ceased to be available to the creditors until the date when the sums due are available under the present Settlement Plan.

In addition prescription should not be invoked against the rights of foreign holders of internal German securities (including promissory notes and bills of exchange) until at least one year after transfer in foreign

22. Les transferts des intérêts et des versements d'amortissement exigibles en application du plan de règlement devraient être traités comme des paiements courants et, dans les cas appropriés, inclus dans tous les arrangements relatifs au commerce et/ou aux paiements entre la République Fédérale et l'un quelconque des pays créanciers, que ces arrangements soient bilatéraux ou multilatéraux.

23. Dans l'exécution des modalités convenues, aucune discrimination ou traitement préférentiel ne devrait être autorisé par la République Fédérale ou recherché par les pays créanciers, entre les diverses catégories de dettes ou selon la monnaie dans laquelle elles sont exigibles, ou à tout autre égard.

24. Le Gouvernement de la République Fédérale devrait prendre les mesures législatives et administratives nécessaires à la mise en vigueur du plan, notamment les mesures propres à donner aux créanciers le droit de poursuivre le recouvrement de leurs créances devant les tribunaux allemands.

25. Les règlements prévus dans le présent Rapport sont fondés sur une offre, faite ou à faire, par le débiteur aux créanciers. Cette offre, même si elle est recommandée par les représentants de créanciers, ou résulte d'un arbitrage (à moins qu'il n'ait été spécifiquement décidé que la décision arbitrale lie les créanciers individuels), pourra être refusée par le créancier, auquel cas ce dernier ne pourra revendiquer le bénéfice du plan de règlement. Le Gouvernement Fédéral sera en droit de tenir compte de cette situation lorsqu'il donnera effet aux dispositions du paragraphe 24.

26. L'Accord Intergouvernemental devrait déclarer que, dans le cas d'une offre acceptée, lorsque le lien juridique existant entre le débiteur et le créancier aura fait l'objet d'une modification ou lorsqu'un nouveau contrat aura été conclu entre eux pa. application du plan de règlement, le débiteur sera, dès l'exécution intégrale des obligations lui incombant à ce titre, considéré comme s'étant acquitté intégralement et définitivement, tant des obligations résultant du nouveau lien juridique que de celles résultant du lien juridique antérieur.

27. Les délais de prescription ne pourront courir à l'encontre des créances visées par le présent règlement pendant toute la période au cours de laquelle les sommes dues en vertu des contrats initiaux ont cessé d'être à la disposition des créanciers et jusqu'à la date à laquelle les sommes dues seront disponibles par application du présent plan de réglement.

En outre, la prescription ne pourra être invoquée à l'encontre des porteurs étrangers de valeurs mobilières allemandes intérieures (y compris les billets à ordre et les lettres de change) avant l'expiration d'un délai minimum

Transfer von Devisen für Zinsen oder Dividenden aus diesen Wertpapieren möglich ist.

Die Bundesregierung soll die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Befolgung dieses Grundsatzes sicherzustellen.

28. Einige Anleiheverträge enthalten eine Währungsoptionsklausel; dies bedeutet, daß der Gläubiger nach Wahl Bezahlung in einer vereinbarten anderen Währung als der des Emissionslandes verlangen kann. Auch andere Verträge können derartige Bestimmungen vorsehen. Diese Frage soll von den beteiligten Regierungen weiterhin erörtert werden, um vor Abschluß des Regierungsabkommens volle Einigung herbeizuführen.

Unbeschadet eines auf diesem Wege zu erzielenden Abkommens über die Währung, in der Zahlung zu leisten ist, sollen Währungsoptionsklauseln in Fällen, in denen der Vertrag die Zahlung eines feststehenden Betrages in der Alternativwährung vorsieht, als Devisensicherung gelten; z. B. hätte ein Gläubiger, der Inhaber eines Anspruchs aus einem Anleihevertrage mit einer solchen Währungsoptionsklausel ist, Anspruch in der Währung des Ausgabelandes auf den Gegenwert des Betrages, der in der Alternativwährung zahlbar gewesen wäre, falls die Option ausgeübt worden wäre. Dabei wird der am Tage der Fälligkeit geltende Wechselkurs zugrunde gelegt.

29. Im Sinne der in den vereinbarten Empfehlungen vorgeschlagenen Regelungen gilt, sofern nicht abweichende Bestimmungen vorgesehen sind (z. B. im Falle der Young-Anleihe), folgendes: —

Auf Gold-Dollar oder Gold-Schweizerfranken lautende Schulden sind im Verhältnis von 1 Dollar US-Währung = 1 Gold-Dollar und 1 Franken Schweizer Währung = 1 Gold-Schweizerfranken umzurechnen. Die neuen Verträge lauten auf Währungs-Dollar oder Währungs-Schweizerfranken.

Andere Schulden mit Goldklauseln (ausgenommen auf deutsche Währung lautende Schulden mit Goldklauseln — vgl. Anhänge 4 und 6) sind nur in der Währung des Landes zahlbar, in dem die Anleihe begeben worden oder die Emission erfolgt ist (im folgenden als „Emmissionswährung" bezeichnet). Der geschuldete Betrag wird als Gegenwert eines Dollarbetrages nach dem zur Zeit der Fälligkeit der Zahlung maßgebenden Wechselkurs errechnet. Dieser Dollarbetrag wird dadurch ermittelt, daß der Nennwert zu dem im Zeitpunkt der Begebung oder Emission der Anleihe maßgebenden Wechselkurs in US-Dollar umgerechnet wird. Der so errechnete Betrag in der Emissionswährung darf jedoch nicht niedriger sein, als wenn er zu dem am 1. August 1952 maßgebenden Wechselkurs berechnet würde.

exchange of interest or dividends on these securities is available.

The Federal Government should take any necessary measures to secure the observance of this principle.

28. Some loan contracts contain a currency option, *i.e.*, at the option of the creditor, payment may be required in some currency other than the currency of the country in which the loan was issued. Some other contracts may contain similar provisions. This matter is to be discussed further by the Governments concerned with a view to reaching full agreement before the conclusion of the Intergovernmental Agreement.

Without prejudice to any agreement which may thus be reached as to the currency in which payment is to be made, currency options should, in those cases where the contract provides for payment of a fixed amount of the alternative currency, be considered valid as exchange guarantees; *e.g.*, any creditor holding a loan contract containing such a currency option shall be entitled to receive in the currency of the country in which the loan was issued the equivalent, at the rate of exchange current on the date payment falls due, of the amount of the alternative currency which would have been payable if the option had been exercised.

29. For the purpose of the settlements foreseen in the Agreed Recommendations, except as otherwise provided, *e.g.*, in the case of the Young Loan, the following shall apply:—

In the case of debts expressed in gold dollars or gold Swiss francs, the debts shall be computed on the basis of 1 currency dollar equalling 1 gold dollar and 1 currency Swiss franc equalling 1 gold Swiss franc, and the new contracts shall be expressed in currency dollars or currency Swiss francs respectively.

In the case of other debts with gold clauses (excluding German currency debts with gold clauses—see Appendices 4 and 6) the amounts due shall be payable only in the currency of the country in which the loan was raised or the issue was made (below referred to as "the currency of issue"), the amount due being computed as the equivalent at the rate of exchange when the amount is due for payment of a sum in United States dollars which shall be arrived at by converting the amount of the obligation expressed in the currency of issue into United States dollars at the rate of exchange ruling when the loan was raised or the issue made. The amount of currency of issue so reached shall, however, not be less than if it were computed at the rate of exchange current on 1st August, 1952.

d'un an à compter de la date à laquelle le transfert en devises étrangères des intérêts ou dividendes afférents à ces valeurs mobilières, pourra de nouveau être effectué.

Le Gouvernement Fédéral prendra toute mesure nécessaire pour assurer le respect de ce principe.

28. Certains contrats d'emprunt contiennent une clause d'option de change permettant au créancier d'obtenir, à sa demande, le versement des sommes dues, dans une monnaie autre que celle du pays dans lequel l'emprunt a été émis. Certains autres contrats peuvent contenir des dispositions analogues. Les Gouvernements intéressés doivent discuter plus avant de cette question en vue d'aboutir à un accord avant la conclusion de l'Accord Intergouvernemental.

Sans préjudice de tout accord qui pourrait ainsi être conclu quant à la monnaie dans laquelle le paiement doit être fait, les clauses d'option de change devraient, dans les cas où le contrat prévoit le versement d'un montant fixe dans la monnaie de l'option, être considérées comme valables en tant que clauses de garantie de change; par exemple tout porteur d'un emprunt contenant une clause d'option de change serait en droit de recevoir, dans la monnaie du pays dans lequel l'emprunt a été émis, la contre-valeur, sur la base du taux de change en vigueur à la date d'échéance du paiement, du montant qui aurait été payable dans la monnaie de l'option, si l'option avait été exercée.

29. Dans le cadre des règlements prévus dans les recommandations, il sera fait application des modalités suivantes, sauf disposition contraire (notamment dans le cas de l'Emprunt Young):

Les dettes libellées en dollars-or ou francs suisses-or seront calculées à raison d'un dollar courant pour un dollar-or et d'un franc suisse courant pour un franc suisse-or, et les nouveaux contrats seront libellés, suivant le cas, en dollars courants ou en francs suisses courants.

Pour les autres dettes avec clause-or (à l'exception des dettes en monnaie allemande avec clause-or qui font l'objet des Annexes 4 et 6) les sommes dues seront payables seulement dans la monnaie du pays dans lequel l'emprunt a été contracté ou émis (cette monnaie est désignée ci-après par l'expression «monnaie d'émission»). Le montant dû sera calculé à la contre-valeur, sur la base du taux de change en vigueur à l'époque de l'échéance, de la somme en dollars américains obtenue en convertissant en dollars américains le montant de l'obligation, exprimé dans la monnaie d'émission, sur la base du taux en vigueur à l'époque du contrat ou de l'émission. Le montant en monnaie d'émission ainsi obtenu ne pourra cependant être inférieur à ce qu'il aurait été sur la base du taux de change en vigueur le 1er août 1952.

30. Zur Frage der Goldklausel im allgemeinen teilte der Dreimächteausschuß der Konferenz mit, daß die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika im Zuge der getroffenen Vereinbarungen, durch die eine umfassende Regelung des Problems der deutschen Schulden ermöglicht werden soll, beschlossen haben, daß, soweit es sich um die Regelung der deutschen Schulden handelt, Goldklauseln nicht beibehalten werden sollen, aber durch Devisensicherungen in irgendwelcher Form ersetzt werden könnten.

Was die Young-Anleihe angehe, so halte es der Dreimächteausschuß natürlich für wesentlich, daß die gleichmäßige Behandlung der verschiedenen Emissionen beibehalten werde, wie dies im Anleihevertrag vorgesehen sei. Die Vertreter der europäischen Inhaber haben ihr Bedauern über die Entscheidung ausgesprochen, von dem vertraglichen Anspruch der Inhaber dieser internationalen Anleihe auf Bezahlung in eigener Währung auf Goldgrundlage abzugehen. Sie haben daraufhin in den „Vereinbarten Empfehlungen für die Regelung von Reichsschulden und Schulden anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften" (Anhang 3) eine entsprechende Bestimmung ausschließlich im Hinblick auf diese von Regierungsseite getroffene Entscheidung eingefügt.

Entsprechende Bestimmungen sind in anderen Berichten an geeigneter Stelle enthalten.

31. Als Anhang 7 sind vereinbarte Empfehlungen für die Behandlung der Zahlungen an die Konversionskasse beigefügt.

32. Guthaben in Deutscher Mark, die einem Auslandsgläubiger aus der Regelung einer unter den Plan fallenden deutschen Schuld anwachsen, sollen zur Verwendung im Rahmen der wesentlichen, gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bestimmungen zur Verfügung stehen; hierbei ist die Abtretung der Guthaben an andere nicht in Deutschland ansässige Personen nicht ausgenommen. Vereinbarte Empfehlungen über die Verwendung von Guthaben in Deutscher Mark sind im Anhang 8 enthalten.

33. Es wurde erwogen, ob es erforderlich sei, den Erlaß von Rechtsvorschriften in den Gläubigerstaaten zu empfehlen, durch die ein Vorgehen einzelner Gläubiger zum Zwecke der Regelung ihrer Ansprüche gegen Deutschland eingeschränkt werden soll. Die Konferenz gelangte abschließend zu der Auffassung, daß für die erfolgreiche Abwicklung des Regelungsplanes der Erlaß derartiger Rechtsvorschriften nicht von wesentlicher Bedeutung ist.

34. Die im vorliegenden Bericht niedergelegten Empfehlungen stehen nach Auffassung der Konferenz im Einklang mit den in Ziffer 11 aufgeführten Grundsätzen.

35. Die Vertreter von Privatgläubigern, welche an der Konferenz teilgenommen haben, werden den einzelnen Gläubigern empfehlen, die Bedingun-

30. On the question of the gold clause in general the Tripartite Commission informed the Conference that, as part of the arrangements agreed on in order to make a comprehensive settlement of the German debt problem possible, the Governments of France, the United Kingdom and the United States of America had decided that, in so far as the German Debt settlement was concerned, gold clauses should not be maintained but might be replaced by some form of exchange guarantee.

With respect to the Young Loan, they of course regarded it as essential that the equality of treatment for the different issues of that Loan provided for under the loan contract should be maintained. The representatives of the European bondholders have expressed their regret at the decision to depart from the contractual right of the bondholders of this international Loan to payment in their own currencies on a gold basis. They have inserted in the "Agreed Recommendations for the Settlement of Reich debts and debts of other public authorities" (Appendix 3) the provision there included solely in view of this Governmental decision.

Corresponding provisions had been included in other reports where appropriate.

31. Appendix 7 contains agreed recommendations for the treatment of payments made to the Konversionskasse.

32. Deutsche Mark balances which accrue to a foreign creditor as the result of the settlement of a German debt falling under the Plan should be available for use substantially in accordance with the provisions at present in force in the Federal Republic of Germany, including the transfer of the balances to other non-residents of Germany. Agreed recommendations for the utilisation of Deutsche Mark accounts are set out in Appendix 8.

33. Consideration has been given to the question whether it is necessary to recommend the enactment of legislation in the creditor countries to limit the activities of creditors in seeking settlement of their claims against Germany. The conclusion has been reached that such legislation is not essential to the successful functioning of the Settlement Plan.

34. The Conference considers that the recommendations made in this Report conform to the principles set forth in paragraph 11.

35. The representatives of private creditors who have participated in the Conference will recommend to the individual creditors that the terms

30. Au sujet de la clause-or en général, la Commission Tripartite a fait savoir à la Conférence que, parmi les arrangements convenus afin de rendre possible un règlement général du problème des dettes allemandes, les Gouvernements de la France, du Royaume-Uni et des Etats-Unis avaient décidé que, dans le cadre du règlement des dettes allemandes, les clauses-or ne seraient pas maintenues mais pourraient être remplacées par une clause de garantie de change sous une forme ou sous une autre. Pour l'Emprunt Young, ces Gouvernements estiment naturellement essentiel de maintenir entre les différentes tranches l'égalité de traitement prévue par le contrat. Les Représentants des porteurs européens ont exprimé leurs regrets devant cette décision de déroger au droit contractuel des porteurs de cet Emprunt international à obtenir dans leur propre monnaie et sur une base-or le versement des sommes qui leur sont dues. C'est uniquement en raison de la décision des Gouvernements qu'ils ont inclus dans les «Recommandations agréées pour le règlement des dettes du Reich et des dettes des autres autorités publiques» (Voir Annexe 3), la disposition qui y figure maintenant.

Des dispositions correspondantes ont été insérées, aux endroits appropriés, dans les autres rapports.

31. L'Annexe 7 contient des recommandations agréées pour le traitement des paiements faits à la Konversionskasse.

32. Les avoirs en Deutschemark, qui pourraient revenir à un créancier étranger à la suite du règlement d'une dette allemande visée par le plan, devraient pouvoir être utilisés, par le créancier primitif, de façon généralement conforme aux règlements en vigueur sur le territoire de la République Fédérale et, notamment, pouvoir être transférés à d'autres personnes ne résidant pas en Allemagne. Les recommandations agréées quant à l'utilisation des avoirs en Deutschemark sont exposées en détail à l'Annexe 8.

33. La Conférence a également examiné la question de savoir s'il était nécessaire de recommander l'adoption, dans les pays créanciers, de textes législatifs destinés à restreindre les activités de tout créancier, en vue du règlement de leurs créances à l'encontre de l'Allemagne. La Conférence est arrivée à la conclusion que ces textes législatifs n'étaient pas essentiels au succès de l'exécution du plan de règlement.

34. La Conférence considère que les recommandations formulées dans le présent Rapport sont conformes aux principes exposés au paragraphe 11.

35. Les représentants de créanciers privés qui ont participé à la Conférence recommanderont aux créanciers particuliers, au nom desquels ils ont

gen des Regelungsplanes, soweit sie davon betroffen sind, anzunehmen.

36. Die Bundesregierung soll sich verpflichten, die technischen Vorbereitungen zu beschleunigen, die erforderlich sind, um die vorstehenden Vorschläge zu den in den Anhängen vorgesehenen Daten wirksam durchzuführen.

37. Die Konferenz gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die mit der Verwaltung von Anleihen befaßten Treuhänder sich bereitfinden werden, zur Durchführung des Regelungsplanes ihre Dienste zur Verfügung zu stellen.

38. Im Interesse der Wiederherstellung des deutschen Auslandskredites und im Interesse der Gläubiger, deren Ansprüche seit vielen Jahren ungeregelt geblieben sind, sollen sich die beteiligten Regierungen unverzüglich mit den in dem vorliegenden Bericht niedergelegten Empfehlungen befassen mit dem Ziele, ein Regierungsabkommen zu schließen, um dem Schuldenregelungsplan internationale Geltung zu verleihen und gleichzeitig die Schulden der Bundesrepublik aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe zu regeln.

Angenommen auf der Plenarsitzung der Konferenz am Freitag, den 8. August 1952.

of the Settlement Plan should be accepted, so far as they are concerned.

36. The Government of the Federal Republic should undertake to accelerate the technical preparations necessary to ensure the effective carrying out of the present proposals by the dates indicated in the respective Appendices.

37. The Conference expresses the hope that the Trustees concerned in the administration of loans will feel able to make their services available for the execution of the terms of the Settlement Plan.

38. In the interest of the re-establishment of Germany's credit abroad and in the interest of the creditors whose claims have gone unsettled for many years, the recommendations contained in this Report should be dealt with by the interested Governments without delay, with a view to entering into an Intergovernmental Agreement to give international authority to the Settlement Plan simultaneously with a settlement of the Federal Republic's debts in respect of post-war economic assistance.

Adopted at the Plenary Meeting of the Conference held on 8th August, 1952.

négocié, d'accepter, chacun pour ce qui le concerne, les modalités du plan de règlement.

36. Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne devrait s'engager à hâter les préparatifs techniques nécessaires pour assurer l'application effective des présentes propositions aux dates indiquées dans les diverses Annexes.

37. La Conférence exprime l'espoir que les Trustees chargés de l'administration d'emprunts se trouveront en mesure de prêter leurs services pour l'exécution des modalités du Plan de règlement.

38. Dans l'intérêt de la restauration du crédit de l'Allemagne à l'étranger, comme dans l'intérêt des personnes dont les créances sont restées non réglées pendant de nombreuses années, la Conférence demande instamment aux Gouvernements intéressés de donner suite au plus tôt aux recommandations contenues dans le présent Rapport, en vue de la conclusion d'un Accord Intergouvernemental destiné à donner une consécration internationale au Plan de Règlement, en même temps que d'un règlement des dettes de la République Fédérale au titre de l'assistance économique d'après-guerre.

Adopté par la séance plénière de la Conférence le 8 août 1952.

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission.

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission einschließlich der dazugehörigen Anlage A über die Form der Schuldverschreibung wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen sowie die dazugehörige Anlage A werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission

Agreement between the Federal Republic of Germany and the United States of America, relating to Indebtedness of Germany for awards made by the Mixed Claims Commission, United States and Germany

DA Deutschland gemäß den Bestimmungen des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland vom 23. Juni 1930 (im folgenden als „das Abkommen von 1930" bezeichnet) den Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als „die Vereinigten Staaten" bezeichnet) gegenüber aus Ansprüchen nebst Zinsen verschuldet war, die von der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission zu Gunsten der Vereinigten Staaten und deren Staatsangehörigen festgestellt worden waren; und

DA die Vereinigten Staaten gemäß den Bestimmungen des Abkommens von 1930 von Deutschland ausgegebene Schuldverschreibungen als Zeichen der vorgenannten Verschuldung besitzen; und

DA die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in einem in Form eines Briefwechsels gehaltenen Abkommen zwischen den Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland andererseits am 6. März 1951 bestätigte, daß sie für die Vorkriegs-Auslandsschulden des Deutschen Reiches haftet; und

DA die Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „Bundesrepublik" bezeichnet) und die Vereinigten Staaten den Wunsch hegen, im Zuge der allgemeinen Regelung der deutschen Schulden eine Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik aus der verbliebenen deutschen Verschuldung aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission zu Gunsten von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten herbeizuführen und die Regelung aller übrigen aus dem Abkommen von 1930 herrührenden Verbindlichkeiten bis zu der in Artikel 5 Absatz 1 des heute in London unterzeichneten Abkommens über deutsche Auslandsschulden vorgesehenen endgültigen allgemeinen Regelung aufzuschieben;

IST NUNMEHR zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten folgendes vereinbart worden:

1. Die Bundesrepublik zahlt an die Vereinigten Staaten den Gesamtbetrag von $ 97 500 000,— zu Gunsten der Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten oder deren Rechtsnachfolger oder Zessionare, denen durch Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission Ansprüche zuerkannt wurden, die bisher nicht voll erfüllt worden sind.

2. Der vorgenannte Gesamtbetrag ist von der Bundesrepublik in 26 Jahresraten in gesetzlicher Währung der Vereinigten Staaten an die Federal Reserve Bank von New York zur Gutschrift auf das Generalkonto des Schatzmeisters der Vereinigten Staaten nach folgendem Schema zu zahlen:

WHEREAS, Germany, under the terms of the agreement of June 23, 1930 between Germany and the United States of America (hereinafter referred to as the 1930 Agreement) was indebted to the United States of America (hereinafter called the United States) for awards and interest thereon entered in favor of the United States on its own behalf and on behalf of its nationals by the Mixed Claims Commission, United States and Germany; and

WHEREAS, the United States is holding, under the terms of the 1930 Agreement, bonds of Germany as evidence of such indebtedness; and

WHEREAS, in an agreement between the Governments of the French Republic, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States of America and the Federal Republic of Germany in the form of an exchange of letters, on March 6, 1951, the Government of the Federal Republic of Germany confirmed that it is liable for the pre-war external debt of the German Reich; and

WHEREAS, the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the Federal Republic) and the United States desire, as part of the general settlement of German debts, to make provision for the settlement of the obligations of the Federal Republic with regard to the remaining indebtedness of Germany for awards made by the Mixed Claims Commission, United States and Germany, on behalf of nationals of the United States, and to defer settlement of all other indebtedness under the 1930 Agreement until the final general settlement envisaged in Paragraph (1) of Article 5 of the Agreement on German External Debts, signed this day in London:

NOW, THEREFORE, it is agreed as follows:

1. The Federal Republic shall pay to the United States the total amount of $ 97,500,000.00 on behalf of those nationals of the United States or their successors or assignees, on whose behalf awards of the Mixed Claims Commission, United States an Germany, have heretofore been entered which awards have not been fully satisfied.

2. The said total amount shall be paid in 26 annual installments in lawful currency of the United States, by the Federal Republic at the Federal Reserve Bank of New York for credit in the general account of the Treasurer of the United States in accordance with the following schedule:

Rate Nr.	Fälligkeitsdatum	Betrag
1	1. April 1953	$ 3 000 000,00
2	1. April 1954	3 000 000,00
3	1. April 1955	3 000 000,00
4	1. April 1956	3 000 000,00
5	1. April 1957	3 000 000,00
6	1. April 1958	3 700 000,00
7	1. April 1959	3 700 000,00
8	1. April 1960	3 700 000,00
9	1. April 1961	3 700 000,00
10	1. April 1962	3 700 000,00
11	1. April 1963	4 000 000,00
12	1. April 1964	4 000 000,00
13	1. April 1965	4 000 000,00
14	1. April 1966	4 000 000,00
15	1. April 1967	4 000 000,00
16	1. April 1968	4 000 000,00
17	1. April 1969	4 000 000,00
18	1. April 1970	4 000 000,00
19	1. April 1971	4 000 000,00
20	1. April 1972	4 000 000,00
21	1. April 1973	4 000 000,00
22	1. April 1974	4 000 000,00
23	1. April 1975	4 000 000,00
24	1. April 1976	4 000 000,00
25	1. April 1977	4 000 000,00
26	1. April 1978	4 000 000,00

3. Falls die Bundesrepublik mit der Zahlung einer Jahresrate bei deren Fälligkeit säumig wird, so sind für diese Jahresrate vom Zeitpunkt der Fälligkeit bis zu dem Zeitpunkt, in dem die Jahresrate gezahlt wird, Zinsen zum Jahressatz von 3¾ v. H. zu zahlen.

4. Als Zeichen der in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens festgestellten Verbindlichkeiten gibt die Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten Schuldverschreibungen in der Form der Anlage A aus.

Die Schuldverschreibungen tragen fortlaufende Nummern von 1 bis 26 und das Ausgabedatum vom 1. Januar 1953; sie werden nacheinander nach Maßgabe der Bestimmungen des Artikels 2 dieses Abkommens fällig und zahlbar. Jede solche Schuldverschreibung lautet auf Dollar und ist zahlbar in gesetzlicher Währung der Vereinigten Staaten an die Regierung der Vereinigten Staaten. Die Schuldverschreibungen werden für die Bundesrepublik durch den Präsidenten und ein Mitglied der Bundesschuldenverwaltung unterzeichnet und sind dem Sekretär des Schatzamtes der Vereinigten Staaten im Schatzamt der Vereinigten Staaten in Washington auszuhändigen.

5. Nach Erhalt der gemäß Artikel 4 dieses Abkommens ausgegebenen Schuldverschreibungen werden die Vereinigten Staaten die von Deutschland auf Grund des Abkommens von 1930 als Zeichen der deutschen Verschuldung aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission ausgegebenen Schuldverschreibungen mit den folgenden Fälligkeitsterminen:

31. März 1932	30. September 1931
31. März 1933	30. September 1932
31. März 1934	30. September 1933
31. März 1935	30. September 1934
31. März 1936	30. September 1935
31. März 1937	30. September 1936
31. März 1938	30. September 1937
31. März 1939	30. September 1938
31. März 1940	30. September 1939
31. März 1941	30. September 1940
31. März 1942	30. September 1941
31. März 1943	30. September 1942

entwerten und der Bundesrepublik übergeben.

Installment No.	Due Date	Amount
1	April 1, 1953	$ 3,000,000.00
2	„ „ 1954	3,000,000.00
3	„ „ 1955	3,000,000.00
4	„ „ 1956	3,000,000.00
5	„ „ 1957	3,000,000.00
6	„ „ 1958	3,700,000.00
7	„ „ 1959	3,700,000.00
8	„ „ 1960	3,700,000.00
9	„ „ 1961	3,700,000.00
10	„ „ 1962	3,700,000.00
11	„ „ 1963	4,000,000.00
12	„ „ 1964	4,000,000.00
13	„ „ 1965	4,000,000.00
14	„ „ 1966	4,000,000.00
15	„ „ 1967	4,000,000.00
16	„ „ 1968	4,000,000.00
17	„ „ 1969	4,000,000.00
18	„ „ 1970	4,000,000.00
19	„ „ 1971	4,000,000.00
20	„ „ 1972	4,000,000.00
21	„ „ 1973	4,000,000.00
22	„ „ 1974	4,000,000.00
23	„ „ 1975	4,000,000.00
24	„ „ 1976	4,000,000.00
25	„ „ 1977	4,000,000.00
26	„ „ 1978	4,000,000.00

3. In the event the Federal Republic shall fail to pay any installment upon the due date, such installment shall bear interest at the rate of 3¾ per cent per annum from that date until the date when such installment is paid.

4. As evidence of the obligations set forth in the preceding articles of this agreement, the Federal Republic shall issue to the United States bonds in the form attached hereto as Exhibit A.

The bonds shall be numbered consecutively from 1 to 26, shall be dated January 1, 1953, and shall mature and be payable serially as provided for in Article 2 hereof. Each such bond shall be denominated in dollars and be payable to the Government of the United States in lawful currency of the United States. The bonds shall be signed for the Federal Republic by the President and a member of the Bundesschuldenverwaltung and shall be delivered to the Secretary of the Treasury of the United States at the United States Treasury in Washington.

5. Upon receipt by the United States of the bonds issued pursuant to Article 4 hereof, the United States shall cancel and deliver to the Federal Republic those bonds of Germany issued under the 1930 Agreement as evidence of Germany's indebtedness for awards of the Mixed Claims Commission, United States and Germany, which have the following maturity dates:

March 31, 1932	September 30, 1931
„ „ 1933	„ „ 1932
„ „ 1934	„ „ 1933
„ „ 1935	„ „ 1934
„ „ 1936	„ „ 1935
„ „ 1937	„ „ 1936
„ „ 1938	„ „ 1937
„ „ 1939	„ „ 1938
„ „ 1940	„ „ 1939
„ „ 1941	„ „ 1940
„ „ 1942	„ „ 1941
„ „ 1943	„ „ 1942

6. Die Vereinigten Staaten werden die von der Bundesrepublik gemäß diesem Abkommen geleisteten Zahlungen zur Verminderung der noch verbleibenden Verschuldung Deutschlands aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission zu Gunsten von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten verwenden; jedoch mit der Maßgabe, daß die vollständige Durchführung dieses Abkommens durch die Regierung der Bundesrepublik oder durch sie und die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands sowie die Zahlung der auf Grund dieses Abkommens fälligen Beträge als Erfüllung durch die Bundesrepublik und durch ein wiedervereinigtes Deutschland und als volle Befreiung eines jeden von diesen Staaten und Deutschlands von allen Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 23. Juni 1930 und aus den auf Grund des erwähnten Abkommens ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Bezug auf Ansprüche von Staatsangehörigen der Vereinigten Staaten aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission gelten und als solche von den Vereinigten Staaten angenommen werden; anderslautende Bestimmungen in dem Briefwechsel vom 23. Oktober 1950 und vom 6. März 1951 zwischen dem Bundeskanzler und den Alliierten Hohen Kommissaren für Deutschland bzw. in dem von dem Dreimächteausschuß ausgearbeiteten Memorandum vom Dezember 1951 stehen dieser Vereinbarung nicht entgegen.

6. The United States will apply the payments made by the Federal Republic as provided in this agreement in reduction of the remaining indebtedness of Germany in respect of awards of the Mixed Claims Commission, United States and Germany, made on behalf of nationals of the United States; provided, however, that full performance of this agreement by the Government of the Federal Republic or by it and the government of a re-united Germany and payment of the amounts due under this agreement shall constitute and be accepted by the United States as fulfillment by the Federal Republic and by a re-united Germany and as full discharge of each of them and of Germany of their respective obligations under the agreement of June 23, 1930, and the bonds issued pursuant thereto, in respect of awards of the Mixed Claims Commission, United States and Germany, made on behalf of nationals of the United States, anything in the exchange of letters of October 23, 1950 and March 6, 1951 between Chancellor Adenauer and the Allied High Commission for Germany or in the memorandum of December 1951 prepared by the Tripartite Commission on German Debts to the contrary notwithstanding.

7. Die Regelung der Verschuldung Deutschlands gegenüber den Vereinigten Staaten aus Entscheidungen der deutsch-amerikanischen Gemischten Kommission, die zu Gunsten der Vereinigten Staaten ergangen sind, wird bis zu der in Artikel 5 Absatz 1 des heute in London unterzeichneten Abkommens über deutsche Auslandsschulden vorgesehenen endgültigen allgemeinen Regelung aufgeschoben.

7. Settlement of the indebtedness of Germany in respect of the awards of the Mixed Claims Commission, United States and Germany, to the United States on its own behalf shall be deferred until the final general settlement envisaged in Paragraph (1) of Article 5 of the Agreement on German External Debts, signed this day in London.

8. Die von der Bundesrepublik gemäß diesem Abkommen zu zahlenden Beträge sind zahlbar ohne Abzug irgendwelcher gegenwärtiger oder künftiger Steuern oder anderer öffentlicher Abgaben, die von der Bundesrepublik oder von einer politischen oder örtlichen Steuerbehörde innerhalb der Bundesrepublik oder auf Grund einer Ermächtigung dieser Stellen auferlegt werden, und sind von solchen Steuern und Abgaben befreit.

8. The amounts to be paid by the Federal Republic in accordance with this agreement shall be paid without deduction for, and shall be exempt from, any and all taxes or other public dues present or future, imposed by or under authority of the Federal Republic or any political or local taxing authority within the Federal Republic.

9. Mitteilungen der Bundesrepublik sind ordnungsgemäß erfolgt, wenn sie der amerikanischen Botschaft in Bonn oder dem Sekretär des Schatzamtes im Schatzamt der Vereinigten Staaten in Washington übergeben werden. Von dem Sekretär des amerikanischen Schatzamtes unterzeichnete Mitteilungen, Ersuchen oder Zustimmungserklärungen gelten als Mitteilungen, Ersuchen oder Zustimmungserklärungen der Vereinigten Staaten und sind ordnungsgemäß erfolgt, wenn sie der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington oder dem Büro des Bundesministeriums der Finanzen in Bonn übergeben werden. Die Vereinigten Staaten können nach eigenem Ermessen auf irgendeine nach diesem Abkommen erforderliche Mitteilung verzichten. Ein derartiger Verzicht muß jedoch schriftlich erfolgen; er umfaßt und berührt nicht etwaige spätere Mitteilungen und beeinträchtigt kein den Vereinigten Staaten zustehendes Recht, nach diesem Abkommen Mitteilungen zu verlangen.

9. Any notice from or by the Federal Republic shall be sufficient if delivered to the American Embassy at Bonn or to the Secretary of the Treasury at the Treasury of the United States in Washington. Any notice, request, or consent under the hand of the Secretary of the Treasury of the United States shall be deemed and taken as the notice, request, or consent of the United States and shall be sufficient if delivered at the Embassy of the Federal Republic at Washington or at the office of the Ministry of Finance of the Federal Republic at Bonn. The United States in its discretion may waive any notice required hereunder, but any such waiver shall be in writing and shall not extend to or affect any subsequent notice or impair any right of the United States to require notice hereunder.

10. Die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten bekunden und bestätigen jeweils, daß für den Vollzug und die Inkraftsetzung dieses Abkommens in jeder Hinsicht ausreichende Ermächtigungen vorliegen und daß alle vor dem Abschluß dieses Abkommens erforderlichen Handlungen, Voraussetzungen und gesetzlichen Formalitäten so erfüllt sind, wie es die Gesetze der Bundesrepublik und der Vereinigten Staaten vorschreiben, und mit diesen Gesetzen in Einklang stehen.

10. The Federal Republic and the United States, each for itself represents and agrees that the execution and delivery of this agreement have in all respects been duly authorized, and that all acts, conditions, and legal formalities which should have been completed prior to the making of this agreement have been completed as required by the laws of the Federal Republic and the United States respectively and in conformity therewith.

11. Jede Streitigkeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in Bezug auf die Auslegung oder Durchführung dieses Abkommens wird auf dem Verhandlungswege oder in einer anderen alsdann zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten zu vereinbarenden Weise geregelt.

11. Any dispute between the Federal Republic and the United States respecting the interpretation or implementation of this agreement shall be settled through negotiation or by such other method as may then be agreed between the Federal Republic and the United States.

12. Dieses Abkommen ist von der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten in Übereinstimmung mit dem nach ihren Verfassungen vorgesehenen Verfahren zu genehmigen. Das Abkommen tritt in Kraft:

12. This agreement shall be approved by the Federal Republic and the United States in accordance with their respective constitutional procedures. The agreement shall enter into force:

(a) mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Washington und

(b) mit dem Inkrafttreten des Abkommens über deutsche Auslandsschulden zwischen der Bundesrepublik einerseits und Frankreich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten und anderen Staaten andererseits.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 27. Februar 1953 in deutscher und englischer Sprache, je in doppelter Ausfertigung, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Warren Lee Pierson

Anlage A

(Form der Schuldverschreibung)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
1. Januar 1953

$..... Nr.....

Die Bundesrepublik Deutschland, im folgenden als Bundesrepublik bezeichnet, verspricht hiermit, in Anbetracht der gegenseitigen Verpflichtungen, die in einem Abkommen vom ..... 1953 zwischen ihr und den Vereinigten Staaten von Amerika enthalten sind, der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, im folgenden als Vereinigte Staaten bezeichnet, am 1. April 19.... den Betrag von $..... für die in dem genannten Abkommen niedergelegten Zwecke zu zahlen. Diese Schuldverschreibung ist bei der Federal Reserve Bank of New York in gesetzlicher Währung der Vereinigten Staaten zahlbar.

Wenn diese Schuldverschreibung nicht am Fälligkeitstag bezahlt wird, sind von diesem Zeitpunkt bis zum Zeitpunkt der Zahlung auf den Nominalbetrag dieser Schuldverschreibung Zinsen zu einem Satze von 3¾ v.H. jährlich zu zahlen.

Diese Schuldverschreibung ist zahlbar ohne Abzug von sämtlichen gegenwärtigen oder künftigen Steuern oder anderen öffentlichen Abgaben, die von der Bundesrepublik oder irgendeiner politischen oder örtlichen Steuerbehörde oder auf Grund einer Ermächtigung dieser Stellen auferlegt werden, und ist auch von solchen Steuern und Abgaben befreit.

Diese Schuldverschreibung wird ausgegeben auf Grund der Bestimmungen eines Abkommens vom ....1953 zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten; die Schuldverschreibung unterliegt diesem Abkommen, auf das hiermit Bezug genommen wird.

ZU URKUND DESSEN hat die Bundesrepublik veranlaßt, daß diese Schuldverschreibung in ihrem Namen ausgestellt und übergeben wird.

FUR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die Bundesschuldenverwaltung

Präsident Mitglied

(a) upon the exchange of instruments of approval at Washington, and

(b) upon the coming into force of the Agreement on German External Debts between the Federal Republic on the one part, and France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States and other countries on the other part.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective governments have signed this agreement.

DONE at London on February 27, 1953 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Warren Lee Pierson

For the Federal Republic of Germany
signed:
Abs

Exhibit A

(Form of Bond)

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
Dated January 1, 1953

$..... No.....

The Federal Republic of Germany, herein called the Federal Republic, in consideration of the mutual covenants contained in an agreement dated ....., 1953, between it and the United States of America hereby promises to pay to the Government of the United States of America, herein called the United States, on April 1, 19.... for the purposes specified in said agreement the sum of $ .....,. This bond is payable at the Federal Reserve Bank of New York in lawful currency of the United States.

If this bond is not paid on the date when it is due, interest on the face amount of this bond shall be paid at the rate of 3¾ per cent per annum from such date until the date of payment.

This bond is payable without deduction for, and is exempt from, any and all taxes and other public dues, present or future, imposed by or under authority of the Federal Republic or any political or local taxing authority within the Federal Republic.

This bond is issued pursuant to the provisions of an agreement dated ....., 1953, between the Federal Republic and the United States, to which this bond is subject and to which reference is made.

IN WITNESS WHEREOF, the Federal Republic has caused this bond to be executed and delivered on its behalf.

FOR THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
The Bundesschuldenverwaltung

President Member

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer der Lieferung von Überschußgütern).

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer der Lieferung von Überschußgütern) wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel VIII in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für den Marshallplan
Blücher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Ansprüche der Vereinigten Staaten von Amerika aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe (außer der Lieferung von Überschußgütern)

Agreement between the Federal Republic of Germany and the United States of America regarding the settlement of the claim of the United States of America for post-war economic assistance (other than surplus property) to Germany

Die Bundesrepublik Deutschland
(im folgenden als „die Bundesrepublik" bezeichnet)
einerseits und

Die Vereinigten Staaten von Amerika
(im folgenden als „die Vereinigten Staaten" bezeichnet)
andererseits

HABEN IN DER ERWÄGUNG,

DASS die Vereinigten Staaten seit dem Zeitpunkt, in dem die amerikanischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges erstmals deutschen Boden betraten, Deutschland die im folgenden näher bezeichnete Wirtschaftshilfe geleistet haben;

DASS die Bundesrepublik in dem mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen, am 15. Dezember 1949 unterzeichneten Abkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Haftung für die Ansprüche der Vereinigten Staaten aus der Deutschland im Rahmen des ECA-Programms geleisteten Wirtschaftshilfe einschließlich der gemäß den ECA-Abkommen vom 9. und 14. Juli 1948 geleisteten Wirtschaftshilfe übernommen hat und in dem Schriftwechsel vom 6. März 1951 die Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe dem Grunde nach anerkannt hat, soweit die Haftung für diese Schulden nicht bereits vorher anerkannt worden war, und ihre Bereitschaft erklärt hat, den Verpflichtungen aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen;

DASS die Gesamthöhe der Ansprüche der Vereinigten Staaten aus derjenigen Hilfe, die sie Deutschland im Rahmen des GARIOA- und des ECA-Programms vor dem 1. Juli 1951 zugeteilt haben, auf $ 3 013 974 677 festgesetzt worden ist;

DASS es den Grundsätzen der Vereinigten Staaten entspricht, diese Ansprüche abzuändern, damit die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber den Vereinigten Staaten aus dieser Nachkriegs-Wirtschaftshilfe herabgesetzt und auf eine Grundlage gestellt werden können, die im wesentlichen der im Falle der anderen freien Nationen Europas geschaffenen Grundlage entspricht;

DASS die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten den Wunsch haben, daß die abgeänderte und herabgesetzte Verschuldung und die Zahlungsbedingungen nunmehr in einem Abkommen niedergelegt werden;

FOLGENDE VEREINBARUNGEN GETROFFEN:

Artikel I

(1) Die Bundesrepublik schuldet den Vereinigten Staaten den Gesamtbetrag von einer Milliarde US-Dollar ($ 1 000 000 000) für diejenige an Deutschland geleistete Wirtschaftshilfe, die vor dem 1. Juli 1951 im Rahmen des GARIOA- und des ECA-Programms der Vereinigten Staaten (siehe Begriffsbestimmungen in Artikel VII dieses Abkommens) zugeteilt worden ist.

WHEREAS the United States of America (hereinafter called the "United States") furnished certain economic assistance to Germany since the date of the initial entry of the forces of the United States into Germany during World War II hereinafter more specifically mentioned; and

WHEREAS the Federal Republic of Germany (hereinafter called "The Federal Republic") has by the Economic Cooperation Agreement between the Federal Republic and the United States signed on December 15, 1949 assumed the liability for the claims of the united States arising from economic assistance extended to Germany under the ECA Program, including the assistance extended under the Economic Cooperation Agreements concluded on July 9 and 14, 1948, and by the exchange of the letters of March 6, 1951, has acknowledged in principle the debt to the United States for economic assistance furnished to Germany since May 8th, 1945, to the extent to which liability for such debt had not previously been acknowledged, and has stated that it was ready to accord the obligations arising from post-war economic assistance priority over all other foreign claims against Germany or German nationals; and

WHEREAS the total amount of the claims of the United States for assistance authorized by it prior to July 1, 1951 to be furnished to Germany under the CARIOA and ECA programs has been determined to be $ 3,013,974,677; and

WHEREAS it is the policy of the United States to adjust such claims so that the obligations of the Federal Republic to the United States for such post-war economic assistance may be reduced and placed on a basis generally similar to that established for the other free nations of Europe; and

WHEREAS the Federal Republic and the United States desire that the adjusted and reduced indebtedness and the terms of payment thereon should now be set forth in one agreement;

NOW, THEREFORE, the United States and the Federal Republic have entered into the following agreement:

Article I

1. The Federal Republic is indebted to the United States in the total amount of one billion United States dollars ($ 1,000,000,000) for economic assistance to Germany which was authorized under the GARIOA and ECA programs of the United States (as defined in Article VII of the present Agreement) prior to July 1, 1951.

(2) Die Bundesrepublik verpflichtet sich hiermit, an die Export-Import-Bank von Washington, eine im Auftrage der Vereinigten Staaten handelnde Stelle, oder an deren Rechtsnachfolger oder Zessionare zur Tilgung der vorgenannten Verschuldung den Kapitalbetrag von einer Milliarde US-Dollar ($ 1 000 000 000) sowie halbjährlich vom 1. Januar 1953 an Zinsen zum Satze von jährlich 2½ v. H. auf den jeweils ausstehenden Kapitalbetrag zu zahlen. Die Zinsen werden in einer Höhe von je $ 12 500 000 erstmals am 1. Juli 1953 und danach am 1. Januar und 1. Juli jedes Jahres bis einschließlich 1. Januar 1958 gezahlt. Ab 1. Juli 1958 werden halbjährlich neunundfünfzig Raten in Höhe von je $ 23 790 000 und eine letzte Rate in Höhe des ausstehenden Restbetrages gezahlt; diese Raten werden zunächst auf die aufgelaufenen Zinsen und dann auf den Kapitalbetrag verrechnet.

(3) Kapital und Zinsen sind zahlbar am Sitz der Import-Export-Bank von Washington, Washington, D. C., in gesetzlichen Zahlungsmitteln der Vereinigten Staaten.

(4) Die Bundesrepublik kann jederzeit Vorauszahlungen in Höhe des gesamten ausstehenden nach diesem Abkommen geschuldeten Kapitalbetrages oder eines Teils davon leisten. Vorauszahlungen an die Vereinigten Staaten sind in US-Dollar vorzunehmen. Diese Zahlungen werden zunächst auf rückständige Zins- oder Tilgungsraten, im übrigen zu gleichen Teilen auf alle unbezahlten Tilgungsraten verrechnet. Soweit die Bundesrepublik Tilgungszahlungen aufgrund der gleichzeitig mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und Frankreich geschlossenen Abkommen über die Nachkriegs-Wirtschaftshilfe leistet, zu denen sie nach den Bestimmungen dieser Abkommen nicht verpflichtet ist, wird sie, sofern die Vereinigten Staaten nicht einer anderen Regelung zustimmen, Vorauszahlungen auf den nach diesem Abkommen geschuldeten Kapitalbetrag im gleichen Verhältnis zum Kapitalbetrag wie im Falle der Vorauszahlungen auf die Verschuldung nach den Abkommen mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland und Frankreich vornehmen.

(5) Bei Verzug in der pünktlichen und vollen Bezahlung der Zins- und Tilgungsraten werden das gesamte bisher unbezahlte Kapital und die Zinsen hierfür bis zum Zeitpunkt der Zahlung fällig und auf Verlangen der Vereinigten Staaten zahlbar. Wird von diesem Recht in einem bestimmten Verzugsfall kein Gebrauch gemacht, so bedeutet dies keinen Verzicht auf dieses Recht in diesem oder einem anderen Verzugsfall.

Artikel II

Die Bundesrepublik verzichtet auf und entläßt und befreit für sich selbst und für alle unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen die Vereinigten Staaten und deren Staatsangehörige von allen Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus der vor dem 1. Juli 1951 im Rahmen des GARIOA- und des ECA-Programms zugeteilten Wirtschaftshilfe ergeben oder irgendwie damit zusammenhängen oder die aus Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wirtschaftshilfe herrühren, einschließlich von Forderungen, die darauf beruhen, daß im Rahmen der genannten Programme Dollarbeträge oder Gegenwertmittel nicht unmittelbar zugunsten der deutschen Wirtschaft verwendet worden sind. Der Verzicht, die Befreiung und Entlassung, die in dem ersten Satze dieses Artikels ausgesprochen sind, gelten nicht für solche gegen andere Verpflichtete als die Regierung oder Regierungsstellen der Vereinigten Staaten gerichtete Forderungen, die aus mit amerikanischen nicht-behördlichen Lieferanten abgeschlossenen Verträgen für die Ausfuhr von Waren oder Dienstleistungen herrühren oder die in irgendeinem Zusammenhang mit derartigen Verträgen stehen.

Artikel III

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen in Absatz 2 dieses Artikels verzichten die Vereinigten Staaten in Anbetracht der Verpflichtungen, die die Bundesrepublik in diesem Abkommen übernimmt, und in Anbetracht des Abschlusses eines befriedigenden Abkommens über die Regelung der deutschen Auslandsschulden auf alle ihre Ansprüche gegen die Bundesrepublik, die sich aus der vor dem

2. The Federal Republic hereby promises to pay to the Export-Import Bank of Washington, an agency of the United States, its successors or assigns, in liquidation of the aforementioned indebtedness, the principal sum of one billion United States dollars ($ 1,000,000,000) and interest at the rate of 2½ % per annum on the unpaid principal balance thereof from time to time outstanding from January 1, 1953, such interest to be paid semi-annually. The first payment of interest in the amount of $ 12,500,000 shall be made on July 1, 1953; thereafter until and including January 1, 1958, $ 12,500,000 shall be paid on January 1 and July 1 of each year as interest. Beginning July 1, 1958 and semiannually thereafter, fifty-nine installments of $ 23,790,000 and one final installment of the unpaid balance shall be paid, such installments to be applied first to accrued interest and the remainder to principal.

3. The principal and interest are payable at the office of the Export-Import Bank of Washington, Washington, D. C. in lawful money of the United States.

4. The Federal Republic at any time may anticipate the payment of all or any part of the outstanding principal indebtedness under this Agreement. Any prepayment made to the United States shall be in United States dollars. Such payment shall be credited first to payments of interest or principal that are past due and unpaid if any, otherwise the prepayment shall be credited in equal proportions to all unpaid installments of principal. To the extent that the Federal Republic makes a payment of principal under agreements on postwar economic assistance entered into contemporaneously with the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and France, which it is not required to make pursuant to the terms of such agreements, it shall, unless the United States agrees otherwise, make prepayments with respect to the principal indebtedness under this Agreement proportionate to the prepayments made by the Federal Republic on the indebtedness under the agreements with the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and France.

5. Upon default in the prompt and full payment of any installment of principal or interest, the entire unpaid principal hereof and interest thereon to the date of payment shall become due and be payable at the option of the United States. The non-exercise of such right with respect to any particular default shall not constitute a waiver of such right with respect to such default or any other default.

Article II

The Federal Republic on behalf of itself and all persons subject to its jurisdiction hereby waives, and releases and discharges the United States and its nationals from, any and all claims and liabilities arising out of or in any way relating to the furnishing, pursuant to GARIOA and ECA programs, of economic assistance authorized prior to July 1, 1951, and related operations, including but not limited to, claims based upon expenditures of dollars or counterpart funds under such programs not of direct benefit to the German economy. The waiver, release, and discharge in the first sentence of this article do not include claims against others than the Government of the United States, or any agency or entity thereof, arising out of or in any way relating to contracts for the export of commodities or services with United States non-governmental suppliers.

Article III

1. Except as provided in paragraph 2 of this Article, in consideration of the undertakings of the Federal Republic herein provided, and of the conclusion of a satisfactory agreement for the settlement of German external debts, the United States hereby waives all claims of the United States against the Federal Republic arising from the furnishing, pursuant to the GARIOA and ECA

1. Juli 1951 im Rahmen des GARIOA- und ECA-Programms zugeteilten Wirtschaftshilfe ergeben, soweit diese Ansprüche eine Zahlung der Bundesrepublik über den in Artikel I dieses Abkommens festgesetzten Betrag hinaus oder vor den in diesem Abkommen festgelegten Terminen erfordern würden. Dieser Verzicht ist jedoch nicht so auszulegen, als berühre er in irgendeiner Weise die Verpflichtungen der Bundesrepublik, auf die ECA- und GARIOA-Gegenwertkonten Einzahlungen zu leisten, zu denen sie nach irgendwelchen bestehenden Abkommen verpflichtet ist, oder als berühre er die Rechte der Vereinigten Staaten hinsichtlich der Verwendung von Mitteln aus diesen Konten zugunsten der deutschen Wirtschaft oder der deutschen Bevölkerung. Dieser Verzicht ist ferner nicht so auszulegen, als berühre er in irgendeiner Weise das Recht der Vereinigten Staaten, diejenigen aus diesen Konten herrührenden Mittel für ihre eigenen Zwecke zu verwenden, die sie der Bundesrepublik bei der Errechnung des in der Präambel dieses Abkommens bezeichneten Gesamtbetrages ihrer Ansprüche gutgeschrieben haben.

(2) Dieses Abkommen berührt in keiner Weise die Verpflichtung der Bundesrepublik oder ihrer Rechtsvorgänger, von der ECA oder ihren Nachfolgeorganisationen ausgegebene Dollarbeträge aufgrund der einschlägigen Bestimmungen über die Verausgabung derartiger Beträge zurückzuerstatten. Soweit indessen diese Rückzahlungen auf am 30. Juni 1951 oder vorher ausgestellten Ermächtigungen für die Beschaffung von Waren oder technischer Hilfeleistungen beruhen, aber erst eingehen, nachdem die aufgrund des Gesetzes über gegenseitige Sicherheit in seiner geänderten oder ergänzten Fassung erteilte Ermächtigung zur Hilfeleistung an die Bundesrepublik erloschen ist, dienen sie zur Herabsetzung des Kapitalbetrages und sind zunächst auf rückständige Tilgungsraten, im übrigen nach Wahl der Vereinigten Staaten auf die nächstfällige unbezahlte Tilgungsrate oder auf alle unbezahlten Tilgungsraten zu gleichen Teilen zu verrechnen.

Artikel IV

(1) Die Bundesrepublik ist bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers nicht ungünstiger als eine ihrer eigenen Schulden zu behandeln, die unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen sowie unter die im letzten Absatz seiner Präambel erwähnten Abkommen fallen. Die Bundesrepublik ist ferner bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Vorrang des Transfers nicht ungünstiger als eine andere unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen fallende Schuld zu behandeln.

(2) Die Bundesrepublik ist ferner bereit, bei zukünftigen Darlehen oder Krediten, die von ihr oder unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen, Organisationen oder Unternehmungen aufgenommen werden, keine Schritte in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers zu unternehmen, die zur Folge haben würden, daß die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Schuld zu erfüllen, beeinträchtigt würde.

Artikel V

Alle Abkommen über die hier behandelte Wirtschaftshilfe bleiben in vollem Umfange in Kraft; jedoch werden die darin enthaltenen Bestimmungen über Sicherheiten und Vorrang durch Artikel IV dieses Abkommens ersetzt.

Artikel VI

Stellen die Parteien dieses Abkommens zu irgendeinem Zeitpunkt oder in Zeitabständen fest, daß es infolge ungünstiger wirtschaftlicher Umstände oder aus anderen Gründen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, Zins- oder Tilgungsraten zu stunden oder ihre Stundung vorzusehen oder die Änderung von Bestimmungen dieses Abkommens über die Zahlung von Zins- oder Tilgungsraten vorzunehmen oder vorzusehen oder dieses Abkommen in irgendeiner anderen Hinsicht zu ändern, so können sie in gegenseitigem Einvernehmen schriftlich eine solche Stundung, Änderung oder sonstige Modifizierung vornehmen.

programs, of economic assistance authorized prior to July 1, 1951, to the extent that such claims would cause the payment by the Federal Republic of more than the amount specified in Article I of this Agreement or before the times specified therein, provided, however, that this waiver shall not be construed as in any way affecting the obligations of the Federal Republic to make deposits to the ECA and GARIOA counterpart accounts of any sums it may be obligated so to deposit under any existing agreements, or the rights of the United States in respect of the use of funds from such accounts for the benefit of the German economy or people, nor shall this waiver be construed as in any way affecting the right of the United States to use for its own purposes the funds from such accounts for which it gave the Federal Republic credit in determining the total amount of its claim set forth in the preamble to this Agreement.

2. The obligation of the Federal Republic or its predecessors to refund dollars disbursed by the Economic Cooperation Administration or successor agencies under the applicable regulations governing the disbursement of such funds, shall in no way be affected by this Agreement; provided, however, that to the extent that such refunds are attributable to procurement or technical assistance authorizations issued on or before June 30, 1951, which refunds are received after authority under the Mutual Security Act, as amended or supplemented, to provide for assistance to the Federal Republic has ceased, they shall be considered as a reduction of principal, applied first to payments of principal past due and unpaid if any, otherwise at the option of the United States to the next due unpaid installment of principal or to all unpaid installments of principal in equal proportion.

Article IV

1. The Federal Republic agrees that it will accord to the indebtedness covered by this Agreement a treatment with respect to security and to priority of payment and of transfer not less favorable than that accorded to any indebtedness of the Federal Republic covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes and the agreements mentioned in the last clause of the preamble thereto. The Federal Republic further agrees that it will accord to the indebtedness covered by this Agreement a treatment with respect to priority of transfer not less favorable than that accorded to any other indebtedness covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes.

2. The Federal Republic further agrees that it will not take any action with respect to security and to priority of payment and of transfer accorded to any future loans or credits contracted by it or by persons, organizations or enterprises subject to its jurisdiction which would result in the impairment of the Federal Republic's ability to carry out its obligations regarding the indebtedness covered by this Agreement.

Article V

All agreements relating to the economic assistance herein mentioned, shall remain in full force and effect, except that provisions for security and priority in such agreements are hereby superseded by Article IV of this Agreement.

Article VI

If at any time or from time to time the parties hereto determine that it would be in their common interests because of adverse economic conditions or for any other reasons to postpone, or provide for the postponement of, any installments of interest or principal, or to alter or provide for the alteration of any of the provisions of this Agreement relating to the payment of interest and principal, or to alter this Agreement in any other respect, they may by mutual agreement in writing provide for any such postponement or alteration or other modification.

Artikel VII

Im Sinne dieses Abkommens bedeuten:

(1) Der Begriff „GARIOA-Programm" das nach den einschlägigen Bestimmungen der Haushaltsgesetze der Vereinigten Staaten für die Verwaltung und Unterstützung besetzter Gebiete genehmigte Wirtschaftshilfsprogramm sowie die gesamte übrige Wirtschaftshilfe — mit Ausnahme (a) der Lieferung von Überschußgütern und (b) der Hilfe im Rahmen des ECA-Programms —, die die Vereinigten Staaten Deutschland oder der deutschen Bevölkerung seit dem Zeitpunkt, in dem die amerikanischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges erstmals deutschen Boden betraten, unmittelbar oder mittelbar geleistet haben.

(2) der Begriff „ECA-Programm" das Programm, demzufolge die Vereinigten Staaten Deutschland Wirtschaftshilfe geleistet haben gemäß dem Abkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der amerikanischen und britischen Besatzungszone Deutschlands vom 14. Juli 1948, dem Abkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der französischen Besatzungszone Deutschlands vom 9. Juli 1948 und dem Abkommen über Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik vom 15. Dezember 1949 in der geänderten Fassung.

Artikel VIII

Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage in Kraft, an dem das Abkommen über deutsche Auslandsschulden zwischen der Bundesrepublik einerseits und Frankreich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten und anderen Staaten andererseits in Kraft tritt. Die Parteien dieses Abkommens werden Urkunden austauschen, in denen sie bestätigen, daß dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ihres Landes genehmigt worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 27. Februar 1953 in deutscher und englischer Sprache, je in doppelter Ausfertigung, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Warren Lee Pierson

Article VII

For the purpose of this Agreement:

1. The term "GARIOA program" shall mean the program of economic assistance authorized by applicable provisions of the United States Appropriation Acts for the Government and Relief of Occupied Areas, as well as any other economic assistance, other than (a) surplus property and (b) assistance included in the ECA program, furnished by the United States directly or indirectly, to Germany or the German people since the date of the initial entry of the forces of the United States into Germany during World War II.

2. The term "ECA program" shall mean the program under which the United States furnished economic assistance to Germany pursuant to the Economic Cooperation Agreement between the United States and the United States and United Kingdom Occupied Areas in Germany dated July 14, 1948; the Economic Cooperation Agreement between the United States and the French Zone of Occupation of Germany dated July 9, 1948; and the Economic Cooperation Agreement between the United States and the Federal Republic dated December 15, 1949, as amended.

Article VIII

This Agreement shall enter into force on the date of the coming into force of the Agreement on German External Debts between the Federal Republic on the one hand, and France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States and other nations on the other hand. The contracting parties will exchange instruments confirming that this Agreement has been approved in accordance with their respective constitutional requirements.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective governments have signed this Agreement.

DONE at London on February 27, 1953

in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Warren Lee Pierson

For the Federal Republic of Germany
signed:
Abs

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland.

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetzes beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland und dem am gleichen Tage in London vollzogenen Briefwechsel, soweit dieser auf die Durchführung des Artikels IV des Abkommens Bezug hat, wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen und der Briefwechsel werden nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen und der Briefwechsel, soweit dieser auf die Durchführung des Artikels IV des Abkommens Bezug hat, in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für den Marshallplan
Blücher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland

Agreement between the Federal Republic of Germany and the United States of America regarding the settlement of the obligation of the Federal Republic of Germany to the United States of America for surplus property furnished Germany.

Die Bundesrepublik Deutschland
(im folgenden als „die Bundesrepublik" bezeichnet)
einerseits und
Die Vereinigten Staaten von Amerika
(im folgenden als „die Vereinigten Staaten" bezeichnet)
andererseits

HABEN IN DER ERWÄGUNG,

DASS die Vereinigten Staaten von dem Zeitpunkt, in dem die amerikanischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges erstmals deutschen Boden betraten, bis zum 30. Juni 1951 Deutschland Wirtschaftshilfe geleistet haben;

DASS ein Teil dieser Wirtschaftshilfe in der Form der Lieferung von Überschußgütern an die Länder, den Zweizonen-Wirtschaftsrat und andere im deutschen öffentlichen Interesse tätige Stellen geleistet worden ist, der folgende Abkommen zugrunde gelegen haben:

(1) Abkommen vom 23. Januar 1948 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Zweizonen-Wirtschaftsrat;

(2) Abkommen vom gleichen Datum zwischen dem Europäischen Kommando der Armee der Vereinigten Staaten und dem Zweizonen-Wirtschaftsrat und

(3) das allgemein als „SIM-Programm" (Programm der Lieferung von Überschußgütern zum Arbeitsanreiz) bezeichnete Abkommen (die Höhe der Verschuldung aus diesem Programm geht aus einem Schreiben des Zweimächte-Kontrollamtes an die Bank deutscher Länder vom 10. Juni 1949 hervor);

DASS die Bundesrepublik mit Schreiben des Bundeskanzlers an die Alliierte Hohe Kommission vom 6. März 1951 die Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe dem Grunde nach anerkannt hat, soweit sie nicht gemäß Artikel 133 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland die Verbindlichkeit hierfür bereits übernommen hat, und ferner ihre Bereitschaft erklärt hat, den Verpflichtungen aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen;

DASS die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten bereit sind, sich über die gegenwärtige Höhe der Verschuldung aus der Lieferung von Überschußgütern und über die Zahlungsbedingungen zu einigen;

FOLGENDE VEREINBARUNG GETROFFEN:

Artikel I

Die Bundesrepublik schuldet den Vereinigten Staaten den Gesamtbetrag von zweihundertunddrei Millionen US-Dollar ($ 203 000 000) für die in der Präambel dieses Abkommens näher bezeichnete Lieferung von Überschußgütern an die deutsche Wirtschaft. Bei der Berechnung

WHEREAS the United States of America (hereinafter called the "United States") furnished economic assistance to Germany between the date of the initial entry of the forces of the United States into Germany during World War II and June 30, 1951; and

WHEREAS one type of such economic assistance has been the furnishing of surplus property to the Laender, the Bizonal Economic Council and other entities acting in the German public interest under the following agreements:

(1) the Agreement between the Government of the United States of America and the Bizonal Economic Council dated January 23, 1948;

(2) the Agreement between the United States Army, European Command, and the Bizonal Economic Council of the same date; and

(3) the Agreement commonly known as the Surplus Incentive Materials program, the amount of indebtedness resulting from such program being evidenced by a letter dated June 10, 1949 from the Bipartite Control Office to the Bank deutscher Laender; and

WHEREAS the Federal Republic of Germany (hereinafter called "The Federal Republic") has in a letter from the Chancellor of the Federal Republic to the Allied High Commission dated March 6, 1951, acknowledged in principle its debt to the United States for economic assistance furnished to Germany since May 8, 1945 to the extent to which it had not already taken over responsibility under Article 133 of the Basic Law for the Federal Republic and has stated that it was ready to accord the obligations arising from post-war economic assistance priority over all other foreign claims against Germany or German nationals; and

WHEREAS the Federal Republic and the United States are prepared to agree upon the current amount of the indebtedness arising from the furnishing of surplus property and the terms of payment thereon;

NOW, THEREFORE, the Federal Republic and the United States have entered into the following Agreement:

Article I

The Federal Republic is indebted to the United States in the total amount of two hundred and three million United States dollars ($ 203,000,000) for surplus property furnished to the German economy as specified in the preamble of this Agreement. This sum takes into account

dieses Betrages sind bereits berücksichtigt (a) von der Bundesrepublik vor dem 1. Januar 1953 an die Vereinigten Staaten geleistete Zahlungen und (b) Erstattungsverpflichtungen der Vereinigten Staaten gegenüber der Bundesrepublik für den Rückerwerb gewisser Überschußgüter durch die Vereinigten Staaten, ferner Abzüge für im Zusammenhang hiermit stehende Auslagen und Ansprüche, soweit es sich nicht um gemäß Artikel VII dieses Abkommens von dem Verzicht ausgeschlossene Ansprüche handelt. Von dem Betrage von $ 203 000 000 wird der nach Artikel VII dieses Abkommens vereinbarte Gesamtbetrag von Ersatzansprüchen Dritter abgesetzt.

Artikel II

Der in dem vorstehenden Artikel bezeichnete Kapitalbetrag von $ 203 000 000 ist von der Bundesrepublik an die Vereinigten Staaten in US-Dollar in 50 Halbjahresraten, beginnend am 1. Juli 1958, und danach halbjährlich, zu zahlen. Die jeweils fällig werdende Tilgungsrate soll dem am ersten Tage der betreffenden Tilgungsperiode ausstehenden noch nicht fälligen Teil des Gesamtbetrages, geteilt durch die Anzahl der noch nicht fälligen Raten, entsprechen.

Artikel III

Der ausstehende Kapitalbetrag ist ab 1. Januar 1953 mit jährlich 2⅜ v. H., halbjährlich zahlbar, zu verzinsen; die Zinsen werden am 1. Januar und 1. Juli jedes Jahres fällig und sind von der Bundesrepublik in US-Dollar an die Vereinigten Staaten zu zahlen. Die erste Zinszahlung ist am 1. Juli 1953 zu leisten.

Artikel IV

Falls die Vereinigten Staaten wünschen, daß für die Bezahlung eines Teils oder sämtlicher Ausgaben der Vereinigten Staaten in Deutschland Zahlungsmittel in der Währung der Bundesrepublik zur Verfügung gestellt werden, so können sie jederzeit mit einem solchen Verlangen an die Bundesrepublik herantreten; die Bundesrepublik ist bereit, jederzeit durch Zahlung an die Vereinigten Staaten oder an gegebenenfalls von den Vereinigten Staaten bezeichnete Personen oder Organisationen Beträge in der Währung der Bundesrepublik in einer Höhe zur Verfügung zu stellen, die den Gesamtbetrag des ausstehenden Kapitalbetrages zuzüglich der fälligen Zinsen nicht überschreitet. Die Parteien dieses Abkommens werden jedoch in Beratungen eintreten, falls die Vereinigten Staaten Zahlungen in einer Höhe verlangen sollten, die den Gegenwert von US $ 40 000 000 in einem jeweils vom 1. Juli ab gerechneten Zeitraum von 12 Monaten überschreitet. Werden Zahlungen in der Währung der Bundesrepublik nach den Bestimmungen dieses Artikels an die Vereinigten Staaten geleistet, so wird der Gegenwert des gezahlten Betrages in US-Dollar mit Wirkung vom Zahlungstag zunächst auf rückständige Zinsen, dann auf die nächstfällige halbjährliche Zinsrate oder Zins- und Tilgungsrate und im übrigen auf den ausstehenden Kapitalbetrag verrechnet. Abweichend hiervon wird der in US-Dollar ausgedrückte Gegenwert von Zahlungen, die nach dem Abkommen vom 18. Juli 1952 zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der Vereinigten Staaten über die Finanzierung gewisser Studienaustausch-Programme geleistet werden, zunächst auf rückständige Zinsen und im übrigen auf den ausstehenden Kapitalbetrag verrechnet.

Artikel V

Auf die Zahlungen nach Artikel IV dieses Abkommens einschließlich von Zahlungen nach dem Abkommen vom 18. Juli 1952 zwischen der Bundesrepublik und der Regierung der Vereinigten Staaten über die Finanzierung gewisser Studienaustausch-Programme ist derjenige am Tage der Zahlung irgendeiner Person, Organisation, Regierung oder Regierungsstelle zur Verfügung stehende Umrechnungskurs anzuwenden, der für die Vereinigten Staaten am günstigsten ist, vorausgesetzt, daß dieser Kurs nicht gesetzwidrig und, falls beide Länder mit dem Internationalen Währungsfonds Pari-Werte vereinbart haben, nicht in den Artikeln des Abkommens über den Fonds untersagt ist.

(a) payments already made by the Federal Republic to the United States prior to January 1, 1953, and (b) reimbursement owing to the Federal Republic by the United States for the reacquisition of certain of the surplus property by the United States and also allowances for expenses and claims in connection therewith except as certain claims are excluded from the waiver in Article VII of this Agreement. From the sum of $ 203,000,000 shall be deducted the total amount agreed upon in respect of third party claims for damages in accordance with Article VII of this Agreement.

Article II

The principal amount of $ 203,000,000 as mentioned in the preceding Article shall be paid in United States dollars by the Federal Republic to the United States in fifty semiannual installments, beginning on July 1, 1958, and semiannually thereafter. Each installment due on the principal shall be equal to so much of the unpaid portion (as of the first day of that installment period) of the total principal amount as has not previously become payable, divided by the number of installments that have not previously become payable.

Article III

Interest at the rate of 2⅜% per annum payable semiannually shall accrue commencing January 1, 1953, on the outstanding unpaid principal and shall be due and payable in United States dollars by the Federal Republic to the United States on January 1 and July 1 of each year. The first payment of interest shall be made on July 1, 1953.

Article IV

In the event the United States wishes to have currency of the Federal Republic made available for the payment of any or all expenditures in Germany of the United States, the United States may request the Federal Republic at any time or times to pay, and the Federal Republic agrees to furnish at such time or times, by payment to the United States or to such persons or organizations as the United States may designate, currency of the Federal Republic in an amount not in excess of the total amount of outstanding unpaid principal, plus interest due and payable; provided, however, that consultations will be held between the two parties if the United States should request payment of more than the equivalent of $ 40,000,000 in any one twelvemonth period next following July 1 of any year. In the event payment of currency of the Federal Republic is made under the terms of this Article, the United States dollar equivalent of the amount paid shall be credited as of the day of payment, first to past due interest, if any, second to the semiannual installment of interest or of principal and interest which is next due and then to the total amount of outstanding unpaid principal. However, the United States dollar equivalent of payments made pursuant to the agreement between the Federal Republic and the Government of the United States for financing certain educational exchange programs of July 18, 1952, shall be credited first to past due interest, if any, and then to the total amount of outstanding unpaid principal.

Article V

The rate of exchange to be used with respect to payments under Article IV of this Agreement, including payments provided for in the Agreement between the Federal Republic and the Government of the United States for financing certain educational exchange programs of July 18, 1952, shall be that rate most favorable to the United States, which on the day of such payment, is available to any person, organization, government or government instrumentality, provided such rate is not unlawful and, if both countries have agreed par values with the International Monetary Fund, is not prohibited by the Articles of Agreement of the Fund.

Artikel VI

Die Bundesrepublik kann jederzeit Vorauszahlungen in US-Dollar auf den ausstehenden Kapitalbetrag oder einen Teil davon leisten, vorausgesetzt, daß keine Zins- oder Tilgungsrate rückständig ist.

Artikel VII

Die Bundesrepublik entläßt und befreit für sich selbst und für alle unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen hiermit die Vereinigten Staaten und ihre Staatsangehörigen von sämtlichen Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus dem Verkauf und der Übertragung von Überschußgütern durch die Vereinigten Staaten an Deutschland ergeben oder irgendwie damit zusammenhängen, einschließlich von Forderungen und Verbindlichkeiten aus:

a) Buchungsfehlern oder Unstimmigkeiten,

b) ausdrücklichen oder stillschweigenden Garantien,

c) Fehlbeständen oder

d) Rückerwerb dieser Güter.

Dieser Verzicht gilt nicht für Ersatzansprüche Dritter aus dem Rückerwerb gewisser Überschußgüter durch die Vereinigten Staaten gegen die Bundesrepublik oder die für sie handelnden Stellen. Die von den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit solchen Ansprüchen zu zahlenden Beträge werden in Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen festgestellt, und der vereinbarte Gesamtbetrag wird von dem in Artikel I dieses Abkommens bezeichneten Schuldbetrag abgezogen. Dieser Verzicht gilt weiterhin nicht für die bei Dienststellen der Regierung der Vereinigten Staaten unmittelbar vorgebrachten Ansprüche von Einzelpersonen, die Eigentum an solchen Überschußgütern in Deutschland erworben hatten, welche später von der Regierung der Vereinigten Staaten ohne Zahlung an die betreffenden Personen zurückerworben worden sind.

Artikel VIII

In Anbetracht der Verpflichtungen, die die Bundesrepublik in diesem Abkommen übernimmt, verzichten die Vereinigten Staaten hiermit auf alle ihre finanziellen Ansprüche gegen die Bundesrepublik aus dem Verkauf und der Übertragung von Überschußgütern an Deutschland mit Ausnahme der in diesem Abkommen festgelegten Zahlungen. Hierbei sind die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten von der Absicht geleitet, die finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik aus den in der Präambel aufgeführten drei Abkommen zu den in diesem Abkommen niedergelegten Verpflichtungen zusammenzufassen, sodaß dieses Abkommen den ausschließlichen Nachweis für die finanziellen Verpflichtungen der Bundesrepublik aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland bildet. In allen anderen Beziehungen bleiben die vorerwähnten Abkommen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten weiterhin in vollem Umfange in Kraft; eine Ausnahme bilden die darin enthaltenen Bestimmungen über Sicherheiten und Vorrang, welche durch Artikel IX dieses Abkommens ersetzt werden.

Artikel IX

Die Bundesrepublik ist bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers nicht ungünstiger als eine ihrer eigenen Schulden zu behandeln, die unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen sowie unter die im letzten Absatz seiner Präambel erwähnten Abkommen fallen. Die Bundesrepublik ist ferner bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Vorrang des Transfers nicht ungünstiger als eine andere unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen fallende Schuld zu behandeln.

Die Bundesrepublik ist ferner bereit, bei zukünftigen Darlehen oder Krediten, die von ihr oder unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen, Organisationen oder Unternehmungen aufgenommen werden, keine Schritte in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers zu unternehmen, die zur Folge

Article VI

The Federal Republic at any time may anticipate the payment in United States dollars of all or any part of the outstanding principal indebtedness, provided no payment of interest or principal is then past due and unpaid.

Article VII

The Federal Republic on behalf of itself and all persons subject to its jurisdiction hereby releases and discharges the United States and its nationals from any and all claims and liabilities arising out of or in any way relating to the sale and transfer of surplus property by the United States to Germany including but not limited to claims or liabilities based upon:

a) Accounting errors or discrepancies,

b) warranties express or implied,

c) inventory deficiencies, or

d) reacquisition of such property.

This waiver does not apply to claims for damages lodged by third parties against the Federal Republic or its agencies arising from the reacquisition of certain of the surplus property by the United States. The amounts payable by the United States in connection with such claims shall be subject to negotiation and settlement between the two governments and the total amount agreed upon shall be deducted from the indebtedness specified in Article I of this Agreement. Nor does this waiver apply to direct claims filed with United States government agencies by individuals who acquired title to certain surplus property in Germany but which property was later reacquired by the United States without payment to such individuals.

Article VIII

In consideration of the undertakings of the Federal Republic herein provided, the United States hereby waives all pecuniary claims of the United States against the Federal Republic arising from the sale and transfer of surplus property to Germany other than payments therefore as herein set forth, it being the intent of the Federal Republic and the United States that the pecuniary obligation of the Federal Republic with respect to the three numbered agreements mentioned in the Preamble of this Agreement shall be merged into the undertakings expressed herein and that the present Agreement shall be the sole evidence of the Federal Republic's pecuniary obligation with respect to surplus property furnished Germany, provided that the above-mentioned agreements shall otherwise continue in full force and effect between the Federal Republic and the United States, except that provisions for security and priority in such agreements are hereby superseded by Article IX of this Agreement.

Article IX

The Federal Republic agrees that it will accord to the indebtedness covered by this Agreement a treatment with respect to security and to priority of payment and of transfer not less favorable than that accorded to any indebtedness of the Federal Republic covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes and the agreements mentioned in the last clause of the preamble thereto. The Federal Republic further agrees that it will accord to the indebtedness covered by this Agreement a treatment with respect to priority of transfer not less favorable than that accorded to any other indebtedness covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes.

The Federal Republic further agrees that it will not take any action with respect to security and to priority of payment and of transfer accorded to any future loans or credits contracted by it or by persons, organizations or enterprises subject to its jurisdiction which would result in the impairment of the Federal Republic's ability

haben würden, daß die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Schuld zu erfüllen, beeinträchtigt würde.

Artikel X

Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage in Kraft, an dem das Abkommen über deutsche Auslandsschulden zwischen der Bundesrepublik einerseits und Frankreich, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, den Vereinigten Staaten und anderen Staaten andererseits in Kraft tritt. Die Parteien dieses Abkommens werden Urkunden austauschen, in denen sie bestätigen, daß dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen ihres Landes genehmigt worden ist.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, am 27. Februar 1953 in deutscher und englischer Sprache, je in doppelter Ausfertigung, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
gezeichnet:
Warren Lee Pierson

to carry out its obligations regarding the indebtedness covered by this Agreement.

Article X

This Agreement shall enter into force on the date of the entry into force of the Agreement on German External Debts between the Federal Republic on the one hand, and France, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the United States and other nations on the other hand. The contracting parties will exchange instruments confirming that this Agreement has been approved in accordance with their respective constitutional requirements.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned representatives duly authorized thereto by their respective governments have signed this Agreement.

DONE at London on February 27, 1953 in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the United States of America
signed:
Warren Lee Pierson

For the Federal Republic of Germany
signed:
Abs

Foreign Service
United States of America

Mr. Hermann J. Abs,
Head of German Delegation on
External Debts,
29 Chesham Place,

London

London, England, February 27, 1953

Dear Mr. Abs:

I have the honor to confirm that in the course of our negotiations in connection with the provisions of Article IV of the Agreement between the United States of America and the Federal Republic of Germany regarding the Settlement of the Obligation of the Federal Republic of Germany to the United States of America for Surplus Property furnished Germany, the following understandings have been reached:

I.

It is the intention of the United States to give the Federal Republic 30 days' notice when payment of currency of the Federal Republic is to be made under the provisions of Article IV and to give 90 days' notice when the payment to be made exceeds the equivalent of $ 5 000 000.

Moreover, the United States will make every effort to inform the Federal Republic before April 1 of each year as to its approximate requirements for currency of the Federal Republic during the following twelve months.

II.

The United States is prepared, during the period ending June 30, 1954, to limit its request for the payment of currency of the Federal Republic to an amount equivalent to $ 48 million. Agreement has been reached that payment of the equivalent of the $ 48 million referred to above will be made as follows:

Date		U.S. Dollars in Millions
March	1953	5.0
April	1953	13.0
July	1953	5.0
October	1953	5.0
January	1954	5.0
April	1954	15.0

It is understood that until the Agreement between the United States of America and the Federal Republic of Germany regarding the settlement of the obligation of the Federal Republic of Germany to the United States of America for surplus property furnished Germany comes into effect, the payments referred to in this paragraph will be made pursuant to the provisions of the Surplus Property Agreements, signed January 23, 1948.

III.

The United States dollar equivalent of currency of the Federal Republic paid under Article IV or paid after January 1, 1953, pursuant to the provisions of the Surplus Property Agreements signed January 23, 1948, shall be applied as of the day of payment in the following manner and order of priority:

Die Deutsche Delegation
für Auslandsschulden

An den
Vertreter der Vereinigten Staaten
von Amerika im Dreimächteausschuß
für deutsche Schulden,

Herrn
Botschafter Warren Lee Pierson

London

London, den 27. Februar 1953

Sehr geehrter Mr. Pierson,

Ich beehre mich, den Eingang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen, dessen deutsche Übersetzung wie folgt lautet:

„Ich beehre mich, zu bestätigen, daß wir bei unseren Verhandlungen über die Bestimmungen von Artikel IV des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland zu folgenden Abreden gelangt sind:

I.

Die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Anforderung von Zahlungen, die nach den Bestimmungen von Artikel IV in der Währung der Bundesrepublik zu leisten sind, mit einer Frist von 30 Tagen anzukündigen und die Ankündigung mit einer Frist von 90 Tagen vorzunehmen, wenn die zu leistende Zahlung den Gegenwert von $ 5 Millionen übersteigt.

Darüber hinaus werden die Vereinigten Staaten ihr möglichstes tun, um der Bundesrepublik vor dem 1. April jedes Jahres ihren ungefähren Bedarf an Beträgen in der Währung der Bundesrepublik für die folgenden 12 Monate bekanntzugeben.

II.

Die Vereinigten Staaten sind willens, während des am 30. Juni 1954 endenden Zeitraums ihre Anforderung von Zahlungen in der Währung der Bundesrepublik auf einen Betrag im Gegenwert von $ 48 Millionen zu beschränken. Es ist Einigung erzielt worden, daß die Zahlung des oben erwähnten Gegenwertes von $ 48 Millionen wie folgt geleistet wird:

Datum		US-Dollar in Millionen
März	1953	5,0
April	1953	13,0
Juli	1953	5,0
Oktober	1953	5,0
Januar	1954	5,0
April	1954	15,0

Es besteht Einverständnis darüber, daß bis zum Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern an Deutschland die in diesem Teil erwähnten Zahlungen gemäß den Bestimmungen der am 23. Januar 1948 unterzeichneten Abkommen über die Lieferung von Überschußgütern erfolgen werden.

III.

Der US-Dollar-Gegenwert von Beträgen in der Währung der Bundesrepublik, die gemäß Artikel IV oder nach dem 1. Januar 1953 gemäß den Bestimmungen der am 23. Januar 1948 unterzeichneten Abkommen über die Lieferung von Überschußgütern gezahlt werden, wird mit Wirkung vom Zahlungstag in nachstehender Weise und Reihenfolge verrechnet:

(1) first, credited to past due interest, if any;

(2) second, an amount shall be set aside equivalent to the next due semiannual installment of interest calculated upon the amount of principal outstanding at the beginning of the semiannual period;

(3) third, credited to the next due semiannual installment of principal, provided an installment becomes due within six months following the payment; and

(4) then any remaining balance shall be credited to outstanding unpaid principal.

At the time the next semiannual installment of interest would have become due the interest shall be recalculated, taking into account any credits to principal during the preceding six-month period, and any excess amount which may have been set aside under (2) above, shall as of that date be credited first to the installment of principal due on that date, and then to outstanding unpaid principal.

IV.

The understandings set forth above constitute the arrangements agreed upon by our governments for carrying out the agreements referred to in the second paragraph of the preamble of the Agreement signed this day for the settlement of the obligation of the Federal Republic of Germany to the United States of America for surplus property furnished Germany and the terms of Article IV of the last-named Agreement. These arrangements will take effect upon the receipt of your reply confirming them. However, insofar as these arrangements carry out the terms of Article IV of the Agreement, they will become effective upon the exchange of instruments referred to in Article X of the Agreement.

I will appreciate it if you will confirm the concurrence of your Government in the foregoing understandings.

signed: Warren Lee Pierson
United States Representative
to the Tripartite Commission

1. Zuerst wird gegen rückständige Zinsen verrechnet;

2. dann wird ein Betrag im Gegenwert der nächstfälligen halbjährlichen Zinsrate abgezweigt, die auf den zu Beginn des Halbjahreszeitraums ausstehenden Kapitalbetrag errechnet wird;

3. drittens wird gegen die nächstfällige halbjährliche Tilgungsrate verrechnet, sofern eine Rate innerhalb der auf die Zahlung folgenden sechs Monate fällig wird; und

4. dann wird ein etwa verbleibender Rest auf den ausstehenden Kapitalbetrag verrechnet.

Zu dem Zeitpunkt, in dem die nächste halbjährliche Zinsrate fällig geworden wäre, werden die Zinsen unter Berücksichtigung aller während des vorhergehenden Sechsmonatszeitraums erfolgten Gutschriften auf den Kapitalbetrag neu berechnet, und überschießende Beträge, die gemäß vorstehender Ziffer 2 abgezweigt worden sind, werden mit Wirkung von diesem Zeitpunkt zunächst auf die zu diesem Zeitpunkt fällige Tilgungsrate und im übrigen auf den ausstehenden Kapitalbetrag verrechnet.

IV.

Die im Vorstehenden niedergelegten Abreden stellen die Vereinbarungen unserer Regierungen für die Durchführung der Abkommen dar, die in dem zweiten Absatz der Präambel des am heutigen Tage unterzeichneten Abkommens über die Regelung der Verbindlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinigten Staaten von Amerika aus der Lieferung von Überschußgütern erwähnt sind, und für die Durchführung der Bestimmungen von Artikel IV des letztgenannten Abkommens. Diese Vereinbarungen werden mit dem Eingang Ihrer Bestätigung wirksam. Insoweit diese Vereinbarungen jedoch zur Durchführung der Bestimmungen von Artikel IV des Abkommens dienen, werden sie mit dem Austausch der in Artikel X des Abkommens erwähnten Urkunden wirksam

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir das Einverständnis Ihrer Regierung mit den vorstehenden Abreden bestätigen würden."

Ich darf hiermit das Einverständnis meiner Regierung mit den in Ihrem Schreiben niedergelegten Abreden erklären.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Abs

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe.

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 10 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für den Marshallplan
Blücher

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die Regelung der Ansprüche des Vereinigten Königreichs aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

Agreement between Her Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the Federal Republic of Germany regarding the Settlement of the United Kingdom claim in respect of post-war economic assistance to Germany

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „die Bundesregierung" bezeichnet)

einerseits und

Ihrer Majestät Regierung im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland (im folgenden als „Ihrer Majestät Regierung" bezeichnet)

andererseits

HABEN IN DER ERWÄGUNG,

DASS die Bundesregierung durch ein Übereinkommen vom 6. März 1951 mit den Regierungen des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Französischen Republik (im folgenden als „die Drei Regierungen" bezeichnet) die Haftung der Bundesrepublik für die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe dem Grunde nach anerkannt und ihre Bereitschaft erklärt hat, den Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen;

DASS die Drei Regierungen der Bundesregierung ihre Bereitschaft mitgeteilt haben, zur Erleichterung einer Gesamtregelung der deutschen Auslandsschulden bedeutende Zugeständnisse hinsichtlich des Vorrangs sowie des Gesamtbetrages ihrer Ansprüche aus der Nachkriegs-Wirtschaftshilfe unter der Bedingung zu machen, daß eine befriedigende und gerechte Regelung der deutschen Vorkriegsschulden erzielt werde;

DASS die Drei Regierungen am heutigen Tage ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der beteiligten Gläubigerstaaten unterzeichnet haben, um den von der internationalen Konferenz über deutsche Auslandsschulden empfohlenen Bedingungen für die Regelung der deutschen Vorkriegs-Auslandsschulden Wirksamkeit zu verleihen, welche die Drei Regierungen für befriedigend und gerecht befunden haben;

FOLGENDE VEREINBARUNG GETROFFEN:

Artikel 1

Ihrer Majestät Regierung wird die nach Maßgabe des Artikels 2 durchzuführende Zahlung des Betrages von einhundertundfünfzig Millionen Pfund Sterling (£ 150 000 000) als vollständige und endgültige Regelung ihrer in der Anlage zu diesem Abkommen näher erläuterten Forderung von zweihundertundeine Million achthunderttausend Pfund Sterling (£ 201 800 000) aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 von dem Vereinigten Königreich geleisteten Wirtschaftshilfe annehmen.

Her Majesty's Government in the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as "Her Majesty's Government")

of the one part and

The Government of the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "The Federal Government")

of the other part,

CONSIDERING that, by an agreement concluded on 6th March, 1951, with the Governments of the United Kingdom, the United States of America and the French Republic (hereinafter called "the three Governments"), the Federal Government acknowledged in principle the liability of the Federal Republic for the debts arising from the economic assistance furnished to Germany since 8th May, 1945, and stated its readiness to accord the obligations arising from this economic assistance priority over all other foreign claims against Germany or German nationals;

CONSIDERING that the three Governments had informed the Federal Government that, in order to facilitate an overall settlement of Germany's external debts, they were prepared to make important concessions with respect both to priority and to the total amount of their claims for post-war economic assistance, on condition that a satisfactory and equitable settlement of Germany's pre-war debts was achieved;

CONSIDERING that the three Governments have this day signed an Agreement between the Governments of the interested creditor countries and the Federal Government to give effect to settlement terms for Germany's pre-war external debts, which were recommended by the International Conference on German External Debts and which the three Governments found to be satisfactory and equitable;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:—

Article 1

Her Majesty's Government will accept the payment of the sum of £ 150,000,000 (one hundred and fifty million pounds sterling), in the manner provided in Article 2, as a full and final discharge of all their claims amounting to £ 201,800,000 (two hundred and one million eight hundred thousand pounds sterling) in respect of the economic assistance furnished to Germany by the United Kingdom since 8th May, 1945, details of which are set out in the Annex to the present Agreement.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird an Ihrer Majestät Regierung den Betrag von einhundertundfünfzig Millionen Pfund Sterling (£ 150 000 000) in zwanzig gleichen Jahresraten von je sieben Millionen fünfhunderttausend Pfund Sterling (£ 7 500 000), und zwar jeweils am 1. August, zahlen. Die erste Zahlung wird am 1. August 1953 fällig.

Artikel 3

Ihrer Majestät Regierung übernimmt die Verantwortlichkeit für die Erfüllung aller Verbindlichkeiten, die im Zusammenhang mit den von Ihrer Majestät Regierung seit dem 8. Mai 1945 durchgeführten Importen nach Deutschland am 30. September 1951 bestanden haben; die Bundesregierung verzichtet auf alle Ansprüche wegen irgendwelcher Beträge, die Ihrer Majestät Regierung nach dem 30. September 1951 als Erlöse solcher Exporte eingezogen hat, welche vor dem 1. Januar 1947 aus der britischen Besatzungszone durchgeführt worden sind.

Artikel 4

Die Bundesregierung erläßt und befreit für sich selbst und für alle unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen die Regierung Ihrer Majestät und alle Organisationen und Personen, die in deren Namen oder unter deren Autorität tätig waren, von allen Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus der Durchführung des Programms der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten, in diesem Abkommen behandelten Wirtschaftshilfe oder aus der Verwendung von Gegenwertmitteln ergeben oder damit zusammenhängen.

Artikel 5

Falls die Bundesregierung mit den nach Artikel 2 dieses Abkommens zu leistenden Zahlungen in Verzug gerät, wird die Forderung Ihrer Majestät Regierung in Höhe von einhundertundfünfzig Millionen Pfund Sterling (£ 150 000 000) in voller Höhe fällig und zahlbar, jedoch unter Abzug der von der Bundesregierung nach diesem Abkommen gezahlten Raten.

Artikel 6

Die Bundesrepublik ist bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers nicht ungünstiger als eine ihrer eigenen Schulden zu behandeln, die unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen sowie unter die im letzten Absatz seiner Präambel erwähnten Abkommen fallen. Die Bundesrepublik ist ferner bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in bezug auf Vorrang des Transfers nicht ungünstiger als eine andere unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen fallende Schuld zu behandeln.

Die Bundesrepublik ist ferner bereit, bei zukünftigen Darlehen oder Krediten, die von ihr oder unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen, Organisationen oder Unternehmungen aufgenommen werden, keine Schritte in bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers zu unternehmen, die zur Folge haben würden, daß die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Schuld zu erfüllen, beeinträchtigt würde.

Artikel 7

Falls die Bundesrepublik auf Grund der gleichzeitig mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Frankreichs geschlossenen Abkommen über die Nachkriegs-Wirtschaftshilfe eine Zahlung leistet, zu der sie nach den Bestimmungen dieser Abkommen nicht verpflichtet ist, so wird sie, sofern Ihrer Majestät Regierung nicht einer anderen Regelung zustimmt, Zahlungen auf die in diesem Abkommen geregelte Schuld in dem gleichen Verhältnis leisten.

Artikel 8

Gelangen die Parteien dieses Abkommens zu irgendeinem Zeitpunkt zu der Auffassung, daß es infolge ungünstiger wirtschaftlicher Umstände oder aus anderen

Article 2

The Federal Government will pay to Her Majesty's Government the sum of £ 150,000,000 (one hundred and fifty million pounds sterling) by twenty equal yearly instalments of £ 7,500,000 (seven million five hundred thousand pounds sterling) each payable on 1st August. The first payment shall become due on 1st August, 1953.

Article 3

Her Majesty's Government will be responsible for meeting any liabilities outstanding on 30th September, 1951, in connexion with the imports into Germany by Her Majesty's Government since 8th May, 1945, and the Federal Government waive all claims in respect of any amounts collected by Her Majesty's Government after 30th September, 1951, as proceeds of exports from the British Zone of Occupation before 1st January, 1947.

Article 4

The Federal Government on behalf of itself and of all persons subject to its jurisdiction hereby releases and discharges Her Majesty's Government and all organisations and persons who have acted on behalf of or under the authority of Her Majesty's Government from any claims and liabilities arising out of or relating to the execution of the programme of economic assistance furnished to Germany since 8th May, 1945, and covered by the present Agreement, or arising out of or relating to the use of counterpart funds.

Article 5

In the event of the failure on the part of the Federal Government to make the payments agreed to be made in Article 2 of the present Agreement, the claim of Her Majesty's Government amounting to £ 150,000,000 (one hundred and fifty million pounds sterling) shall become due and payable in full, subject, however, to the deduction of the instalments previously paid by the Federal Government under the present Agreement.

Article 6

The Federal Republic agrees that it will accord to the indebtedness covered by the present Agreement a treatment with respect to security and to priority of payment and of transfer not less favourable than that accorded to any indebtedness of the Federal Republic covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes and the agreements mentioned in the last clause of the preamble thereto. The Federal Republic further agrees that it will accord to the indebtedness covered by the present Agreement a treatment with respect to priority of transfer not less favourable than that accorded to any other indebtedness covered by the Agreement on German External Debts and its Annexes.

The Federal Republic further agrees that it will not take any action with respect to security and to priority of payment and of transfer accorded to any future loans or credits contracted by it or by persons, organisations or enterprises subject to its jurisdiction which would result in the impairment of the Federal Republic's ability to carry out its obligations regarding the indebtedness covered by the present Agreement.

Article 7

In the event of the Federal Republic making a payment under agreements on post-war economic assistance entered into contemporaneously with the United States and France, which it is not required to make pursuant to the terms of such agreements, it shall, unless Her Majesty's Government agree otherwise, make proportionate payments with respect to the indebtedness under the present Agreement.

Article 8

If at any time the Parties to the present Agreement determine that it would be in their common interests, because of adverse economic conditions, or for any other

Gründen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, die Bestimmungen dieses Abkommens über die Zahlung zu ändern oder sonstige Änderungen in diesem Abkommen vorzunehmen, so werden sie in gegenseitigem Einvernehmen schriftlich Bestimmungen über eine solche Änderung oder Modifizierung treffen.

Artikel 9

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden in London ausgetauscht.

Artikel 10

Dieses Abkommen tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, frühestens jedoch mit dem Inkrafttreten des am heutigen Tage in London unterzeichneten Abkommens über deutsche Auslandsschulden.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am siebenundzwanzigsten Tage des Monats Februar neunzehnhundertdreiundfünfzig in doppelter Ausfertigung, je in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

gezeichnet: Abs
gezeichnet: George Rendel

reasons, to alter the provisions of the present Agreement relating to payment, or in any other respect, they will by mutual agreement in writing provide for such alteration or modification.

Article 9

The present Agreement shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be exchanged at London.

Article 10

The present Agreement shall enter into force when the instruments of ratification have been exchanged but not before the entry into force of the Agreement on German External Debts signed this day at London.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, having been duly authorised by their respective Governments, have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at London this twenty-seventh day of February nineteen hundred and fifty-three, in the English and German languages respectively, both texts being equally authoritative.

signed: George Rendel
signed: Abs

ANLAGE

Übersicht der Ausgaben des Vereinigten Königreichs für Wirtschaftshilfe an Deutschland vom 8. Mai 1945 bis 30. September 1951

	in Millionen £
1. Einfuhren durch Vereinigte Dienststellen für die Zivilverwaltung	23,7
2. Andere Einfuhren bis zum 31. Dezember 1946	87,2
3. Einfuhren 1947	78,6
4. Einfuhren 1948 bis 1950	31,3
	220,8
5. *Abzüglich* des Erlöses aus Exporten der Militärregierung in der britischen Besatzungszone Deutschlands bis zum 31. Dezember 1946	45,3
	175,5
6. JEIA-Beiträge des Vereinigten Königreichs in Geld und Waren als Betriebskapital	23,4
7. Zahlung an die JEIA zur Ablösung der Verpflichtungen nach dem revidierten Fusionsabkommen	2,5
8. Nachbelastung für Lieferungen und für die Überlassung von überschüssigen Vorräten durch die britische Rhein-Armee	0,4
	201,8

ANNEX

Summary of United Kingdom Expenditure on Economic Assistance to Germany from 8th May, 1945—30th September, 1951

	£ *million*
1. Imports through Combined Civil Affairs channels	23.7
2. Other imports up to 31st December, 1946	87.2
3. 1947 Imports	78.6
4. 1948 to 1950 Imports	31.3
	220.8
5. *Less* proceeds of exports by Military Government in British Zone of Germany up to 31st December, 1946	45.3
	175.5
6. Contributions by the United Kingdom to the Joint Export-Import Agency (J.E.I.A.) in cash and goods as Working Capital	23.4
7. Payment to the Joint Export-Import Agency in final settlement of obligations under the Revised Fusion Agreement	2.5
8. Deferred charge for supplies and surplus stores furnished by the British Army of the Rhine	0.4
	201.8

Gesetz betreffend das Abkommen vom 27. Februar 1953 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe.

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 27. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 7 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für den Marshallplan
Blücher

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Regelung der Ansprüche der Französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegs-Wirtschaftshilfe

Accord entre le Gouvernement de la République Française et le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne sur le règlement de la créance du Gouvernement Français au titre de l'assistance économique fournie à l'Allemagne après la guerre

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als „die Bundesregierung" bezeichnet)

einerseits und

Die Regierung der Französischen Republik (im folgenden als „die Französische Regierung" bezeichnet)

andererseits

HABEN IN DER ERWÄGUNG,

DASS Frankreich in dem Zeitraum zwischen dem 8. Mai 1945 und dem 18. Oktober 1948 Deutschland Wirtschaftshilfe geleistet hat und daß die Bundesregierung durch ein Übereinkommen vom 6. März 1951 mit den Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika (im folgenden als „die Drei Regierungen" bezeichnet) die Schulden aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe dem Grunde nach anerkannt und ihre Bereitschaft erklärt hat, den Verpflichtungen aus der Wirtschaftshilfe gegenüber allen anderen ausländischen Forderungen gegen Deutschland oder deutsche Staatsangehörige Vorrang einzuräumen;

DASS die Drei Regierungen der Bundesregierung ihre Bereitschaft mitgeteilt haben, zur Erleichterung einer Gesamtregelung der deutschen Auslandsschulden bedeutende Zugeständnisse hinsichtlich des Vorrangs sowie des Gesamtbetrages ihrer Ansprüche aus der Wirtschaftshilfe unter der Bedingung zu machen, daß eine befriedigende und gerechte Regelung der deutschen Vorkriegsschulden erzielt werde;

DASS die Drei Regierungen am heutigen Tage ein Abkommen zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der beteiligten Gläubigerstaaten unterzeichnet haben, um den von der Konferenz über deutsche Auslandsschulden empfohlenen Bedingungen für die Regelung der deutschen Auslandsschulden Wirksamkeit zu verleihen, welche die Regierungen Frankreichs, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten für befriedigend und gerecht befunden haben;

FOLGENDE VEREINBARUNG GETROFFEN:

Artikel 1

Die Bundesregierung verpflichtet sich, an den französischen Staatsschatz als Gesamtregelung der französischen, in der Anlage näher erläuterten Forderung von $ 15 789 936 aus der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten Wirtschaftshilfe einen Betrag von $ 11 840 000 in französischen Franken zu zahlen, und zwar in zwanzig Jahresraten in dem zum Zeitpunkt jeder Zahlung zu errechnenden Gegenwerte von $ 592 000; die Französische Regierung verpflichtet sich, diese Regelung anzunehmen. Die Zahlungen werden am 1. August jedes Jahres geleistet; die erste Zahlung erfolgt am 1. August 1953.

Artikel 2

Falls die Bundesregierung auf Grund der gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich geschlossenen Abkommen über die Nachkriegs-

Le Gouvernement de la République Française ci-après désigné comme « le Gouvernement Français »,

d'une part, et

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne ci-après désigné comme « le Gouvernement Fédéral »,

d'autre part,

CONSIDÉRANT qu'entre le 8 mai 1945 et le 18 octobre 1948, la France a fourni à l'Allemagne une assistance économique et que par un Accord conclu le 6 mars 1951 avec les Gouvernements de la France, des États-Unis d'Amérique et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après désignés comme « les trois Gouvernements »), le Gouvernement Fédéral a reconnu en principe les dettes provenant de l'assistance économique fournie à l'Allegmagne depuis le 8 mai 1945 et a déclaré qu'il était disposé à accorder aux obligations résultant de cette assistance économique la priorité par rapport à toutes autres créances étrangères envers l'Allemagne ou ses ressortissants;

CONSIDÉRANT que les trois Gouvernements ont fait savoir au Gouvernement Fédéral qu'afin de faciliter un règlement général des dettes extérieures de l'Allemagne ils étaient prêts à faire d'importantes concessions tant sur la priorité que sur le montant total de leurs créances d'assistance économique à condition que soit réalisé un règlement satisfaisant et équitable des dettes d'avant-guerre de l'Allemagne;

CONSIDÉRANT que les trois Gouvernements ont signé ce jour un Accord entre les Gouvernements des pays créanciers intéressés et le Gouvernement Fédéral pour donner effet aux modalités de règlement des dettes extérieures allemandes qui ont été recommandées par la Conférence des dettes extérieures allemandes et que les Gouvernements de la France, des États-Unis et du Royaume-Uni ont trouvé satisfaisantes et équitables,

SONT CONVENUS de ce qui suit:

Article 1

Le Gouvernement Fédéral s'engage à verser au Trésor Français, et le Gouvernement Français s'engage à accepter, en règlement intégral de sa créance de 15.789.936 dollars résultant de l'assistance économique qu'il a fournie à l'Allemagne depuis le 8 mai 1945 et dont les détails sont indiqués en annexe, un montant de 11.840.000 dollars payable en vingt versements annuels, en francs correspondant à la contre-valeur dans cette monnaie, à la date de chaque versement, de 592.000 dollars. Les versements seront effectués le 1er août de chaque année, le premier versement étant effectué le 1er août 1953.

Article 2

Au cas où le Gouvernement Fédéral effectuerait, au titre des accords sur l'assistance économique d'après-guerre conclus avec les États-Unis et le Royaume-Uni simultané-

Wirtschaftshilfe Zahlungen leistet, zu denen sie nach den Bestimmungen dieser Abkommen nicht verpflichtet ist, so wird sie, sofern die Französische Regierung nicht einer anderen Regelung zustimmt, Vorauszahlungen auf die in diesem Abkommen geregelte Schuld in dem gleichen Verhältnis leisten.

Artikel 3

Falls die Bundesregierung eine der im vorstehenden bezeichneten Raten am Fälligkeitstage nicht zahlen sollte, wird der dann auf die Summe von $ 11 840 000 gegenüber der Französischen Regierung noch ausstehende Restbetrag sofort fällig.

Artikel 4

Die Bundesregierung entläßt und befreit für sich selbst und für alle unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen die Französische Regierung und alle Organisationen und Personen, die in deren Namen oder unter deren Autorität tätig waren, von allen Forderungen und Verbindlichkeiten, die sich aus der Durchführung des Programms der Deutschland seit dem 8. Mai 1945 geleisteten, in diesem Abkommen behandelten Wirtschaftshilfe oder aus der Verwendung von Gegenwertmitteln ergeben oder damit zusammenhängen.

Artikel 5

Die Bundesregierung ist bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers nicht ungünstiger als eine ihrer eigenen Schulden zu behandeln, die unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen sowie unter die im letzten Absatz seiner Präambel erwähnten Abkommen fallen. Die Bundesregierung ist ferner bereit, die unter dieses Abkommen fallende Schuld in Bezug auf Vorrang des Transfers nicht ungünstiger als eine andere unter das Abkommen über deutsche Auslandsschulden und seine Anlagen fallende Schuld zu behandeln.

Die Bundesregierung ist ferner bereit, bei zukünftigen Darlehen oder Krediten, die von ihr oder unter ihrer Herrschaftsgewalt stehenden Personen, Organisationen oder Unternehmungen aufgenommen werden, keine Schritte in Bezug auf Sicherheiten und auf Vorrang der Zahlung und des Transfers zu unternehmen, die zur Folge haben würden, daß die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre Verpflichtungen hinsichtlich der unter dieses Abkommen fallenden Schuld zu erfüllen, beeinträchtigt würde.

Artikel 6

Gelangen die Parteien dieses Abkommens zu irgendeinem Zeitpunkt zu der Auffassung, daß es infolge ungünstiger wirtschaftlicher Umstände oder aus anderen Gründen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, die Bestimmungen dieses Abkommens über die Zahlung zu ändern oder sonstige Änderungen in diesem Abkommen vorzunehmen, so können sie in gegenseitigem Einvernehmen schriftlich Bestimmungen über eine solche Änderung oder Modifizierung treffen.

Artikel 7

Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das am heutigen Tage unterzeichnete Abkommen über deutsche Auslandsschulden in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, den siebenundzwanzigsten Februar neunzehnhundertdreiundfünfzig, in deutscher und französischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:
R. Massigli

ment au présent Accord, des payements auxquels il n'est pas tenu aux termes de ces accords, il devra, à moins que le Gouvernement Français n'en convienne autrement, effectuer dans la même proportion des payements anticipés au titre de la dette qui est l'objet du présent Accord.

Article 3

Au cas où le Gouvernement Fédéral n'effectuerait pas à la date d'échéance l'un des versements prévus ci-dessus, la totalité du montant restant dû au Gouvernement Français sur la somme de 11.840.000 dollars deviendra immédiatement exigible.

Article 4

Le Gouvernement Fédéral en son nom et au nom de toutes les personnes soumises à sa juridiction relève et décharge le Gouvernement Français et toutes les organisations ou personnes qui ont agi en son nom ou sous son autorité de toutes réclamations et obligations résultant de l'exécution du programme relatif à l'assistance économique qu'il a fournie à l'Allemagne depuis le 8 mai 1945 et qui est couverte par le présent Accord, ou relatives à cette exécution, ou résultant de l'utilisation de fonds de contrepartie, ou relatives à cette utilisation.

Article 5

Le Gouvernement Fédéral convient qu'il accordera à la dette qui est l'objet du présent accord un régime de garanties et de priorité de payement et de transfert qui ne sera pas moins favorable que celui de toute autre dette de la République Fédérale couverte par l'Accord sur les dettes extérieures allemandes et ses annexes, ou par l'un des accords visés par le dernier paragraphe du préambule de cet Accord. Le Gouvernement Fédéral convient en outre qu'il accordera à la dette qui est l'objet du présent accord un régime de priorité de transfert qui ne sera pas moins favorable que celui de toute autre dette couverte par l'Accord sur les dettes extérieures allemandes et ses annexes.

Le Gouvernement Fédéral convient en outre qu'il ne prendra aucune mesure relative à des garanties et à des priorités de payement et de transfert au bénéfice d'emprunts ou de crédits futurs, contractés par lui ou par des personnes, organisations ou entreprises sujettes à sa juridiction, qui aboutirait à compromettre la capacité de la République Fédérale d'exécuter ses obligations relatives à la dette qui est l'objet du présent Accord

Article 6

Si à un moment quelconque les Parties au présent Accord estiment de leur intérêt commun, par suite de conditions économiques adverses ou pour toute autre raison, d'amender les dispositions du présent Accord relatives aux payements qu'il prévoit ou de le modifier à tout autre égard, elles pourront par un accord écrit réaliser cet amendement ou cette modification.

Article 7

Le présent Accord entrera en vigueur le même jour que l'Accord sur les dettes extérieures allemandes signé ce jour.

EN FOI DE QUOI les soussignés dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements respectifs ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Londres, le vingt-sept février mil neuf cent cinquante-trois en deux textes, en langues française et allemande, les deux versions faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:
R. Massigli

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:
Abs

Anlage

	DOLLAR	DOLLAR
Vorschüsse des französischen Schatzamtes zur Bezahlung des bei direkten Handelsgeschäften der französischen Zone entstandenen Überhanges der Einfuhren über die Ausfuhren	185 292 921	
Rückerstattungen bis zum 18. Oktober 1948	147 009 284	
Saldo	38 283 637	38 283 637
Zahlungen des französischen Schatzamtes für von der französischen Zone durchgeführte Einfuhren		110 908 978
Übertragung eines Devisenguthabens und von Waren an die französische Zone durch Frankreich		7 153 506
		156 346 121
Bis zum 18. Oktober 1948 nicht bezahlte Exporte	116 364 842	
Einnahmen des französischen Schatzamtes für Rechnung der französischen Zone	5 189 508	
Lieferung an die U.N.R.R.A. auf französische Rechnung	789 069	
Abschlag für Kursänderungen	18 212 766	
	140 556 185	140 556 185
		15 789 936

Annexe

	DOLLARS	DOLLARS
Avances du Trésor Français pour régler l'excédent des importations sur les exportations pour les opérations faites directement par la zone française	185 292 921	
Remboursements à la date du 18 octobre 1948	147 009 284	
Solde	38 283 637	38 283 637
Payement par le Trésor Français d'importations faites par la zone française		110 908 978
Mise à la disposition de la zone française par la France d'un avoir en devises et de marchandises		7 153 506
		156 346 121
Exportations non réglées le 18 octobre 1948	116 364 842	
Encaissements par le Trésor Français pour compte de la zone française	5 189 508	
Fournitures à l'U.N.R.R.A. pour compte de la France	789 069	
Abattement pour variation de change	18 212 766	
	140 556 185	140 556 185
		15 789 936

Gesetz betreffend das Abkommen vom 26. Februar 1953 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949.

Vom 24. August 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I

Dem am 26. Februar 1953 in London unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949 wird zugestimmt.

Artikel II

(1) Das Abkommen wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen gemäß seinem Artikel 7 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel III

Dieses Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 24. August 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Finanzen
Schäffer

Der Bundesminister für den Marshallplan
Blücher

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über die Erstattung der Aufwendungen in Verbindung mit dem Aufenthalt deutscher Flüchtlinge in Dänemark von 1945 bis 1949

Overenskomst mellem Kongeriget Danmark og Forbundsrepublikken Tyskland angaende refusion af de i forbindelse med tyske flygtninges ophold i Danmark fra 1945 til 1949 afholdte udgifter

Die Bundesrepublik Deutschland
einerseits und
das Königreich Dänemark
andererseits

HABEN IN DER ERWÄGUNG,

DASS es im Interesse der beiden Staaten liegt, die Ansprüche aus der an deutsche Flüchtlinge beim Ende des Zweiten Weltkrieges und nach dessen Abschluß von Dänemark geleisteten Hilfe im Geiste freundnachbarlicher Beziehungen zu regeln;

DASS das Königreich Dänemark sich wie die anderen Staaten, die der Bundesrepublik Deutschland nach dem Kriege Wirtschaftshilfe geleistet haben, bereit erklärt hat, der Bundesrepublik Deutschland in Bezug auf die Höhe seiner Ansprüche Zugeständnisse zu machen;

DASS das Königreich Dänemark sich bereit erklärt hat, keine Erstattungsansprüche gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der vorbezeichneten Aufwendungen insoweit geltend zu machen, als das Königreich Dänemark Reparationsansprüche auf Hilfeleistung an die Flüchtlinge gestützt und zur Abgeltung dieser Ansprüche auch Reparationsleistungen tatsächlich erhalten hat;

DASS die Bundesrepublik Deutschland sich bereit erklärt hat, die Aufwendungen Dänemarks für die Unterbringung, den Unterhalt und die Rücksendung der deutschen Flüchtlinge nach Deutschland nach denselben Grundsätzen zu erstatten, die der Regelung finanzieller Ansprüche aus der Deutschland nach dem Kriege von anderen Staaten geleisteten Wirtschaftshilfe zugrunde gelegt worden sind;

FOLGENDE VEREINBARUNG GETROFFEN:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland wird zur endgültigen Regelung aller Ansprüche Dänemarks gegen Deutschland aus der an deutsche Flüchtlinge in der Zeit bis zum 15. Februar 1949 geleisteten Hilfe den Betrag von 160 Millionen dänischen Kronen nach Maßgabe des Artikels 2 an das Königreich Dänemark zahlen.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland wird an das Königreich Dänemark den in Artikel 1 genannten Betrag von 160 Millionen dänischen Kronen in zwanzig jährlichen Tilgungsraten von je 8 Millionen dänischen Kronen zahlen. Die Tilgungsraten werden bis zur völligen Begleichung des gesamten Betrages von 160 Millionen dänischen Kronen jeweils am 1. September fällig. Die erste Tilgungsrate wird am 1. September 1953 gezahlt.

Eine Verzinsung findet nicht statt, soweit die Tilgungsraten an den vorgesehenen Fälligkeitstagen gezahlt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland kann jederzeit Vorauszahlungen leisten, jedoch nur, nachdem sie sich mit den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Französischen Republik und des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland darüber beraten hat. Diese Vorauszahlungen werden auf alle ausstehenden Tilgungsraten zu gleichen Teilen verrechnet.

Artikel 3

Falls die Bundesrepublik Deutschland auf Grund der Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, der Französischen Republik und dem Vereinigten Königreich

Den Kongelige Danske Regering
på den ene side og
Forbundsrepublikken Tysklands Regering
på den anden side

HAR I BETRAGTNING AF,

AT det er i begge staters interesse at opnå en venskabelig afvikling af det krav, der er opstået som følge af den til tyske flygtninge ved den anden verdenskrigs slutning og efter krigens ophør af Danmark ydede hjælp,

AT Kongeriget Danmark i lighed med andre stater, som efter krigen har ydet Tyskland økonomisk bistand, har erklæret sig rede til overfor Forbundsrepublikken at gøre indrømmelser med hensyn til størrelsen af sit krav,

AT Kongeriget Danmark har erklæret sig rede til ikke overfor Forbundsrepublikken Tyskland at fremsætte erstatningskrav i anledning af ovennævnte udgifter, for så vidt som Kongeriget Danmark har baseret reparationskrav på ydelsen af hjælp til flygtningene og også faktisk har modtaget reparationsydelser til udligning af disse krav,

AT Forbundsrepublikken Tyskland har erklæret sig rede til at erstatte de af Danmark til de pågældende tyske flygtninges anbringelse, underhold og tilbagesendelse til Tyskland afholdte udgifter efter de samme grundsætninger, som anvendes ved afviklingen af finansielle krav, der er opstået som følge af økonomisk bistand ydet Tyskland af andre stater efter krigen,

TRUFFET FØLGENDE OVERENSKOMST:

Artikel 1

Forbundsrepublikken Tyskland vil til fuld og endelig afgørelse af ethvert krav fra Danmark mod Tyskland på grundlag af den til tyske flygtninge i tiden inden den 15. februar 1949 ydede hjælp betale en sum af danske kr. 160 millioner til Kongeriget Danmark i overensstemmelse med artikel 2.

Artikel 2

Forbundsrepublikken Tyskland vil betale Kongeriget Danmark det i artikel 1 nævnte beløb af danske kr. 160 millioner i tyve årlige afdrag, hvert på kr. 8 millioner. Afdragene forfalder til betaling den 1. september hvert år, indtil det samlede beløb af kr. 160 millioner er betalt, første gang den 1. september 1953.

Der finder ingen forrentning sted, forsåvidt afdragene betales på de fastsatte forfaldsdage.

Forbundsrepublikken Tyskland kan til enhver tid foretage forudbetalinger, dog kun efter forudgående drøftelse herom med regeringerne i Amerikas Forenede Stater, den Franske Republik og det Forenede Kongerige Storbritannien og Nordirland. Disse forudbetalinger afskrives på alle udestående afdrag med lige store beløb.

Artikel 3

I tilfælde af, at Forbundsrepublikken Tyskland foretager betalinger i henhold til overenskomsterne med Amerikas Forenede Stater, den Franske Republik og

von Großbritannien und Nordirland über die von diesen Ländern geleistete Nachkriegs-Wirtschaftshilfe Zahlungen zu einem Zeitpunkt oder in einem Umfang leistet, zu denen sie nach den Bestimmungen dieser Abkommen nicht verpflichtet ist, so wird sie unter Beachtung der Bestimmungen des Artikels 2 Absatz 3, sofern das Königreich Dänemark nicht darauf verzichtet, Vorauszahlungen auf die in diesem Abkommen geregelte Schuld in dem gleichen Verhältnis leisten.

Artikel 4

Die Zahlungen nach diesem Abkommen werden gemäß den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark jeweils in Kraft befindlichen Zahlungsabkommen durchgeführt, und zwar, solange das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion in Kraft bleibt und sowohl die Bundesrepublik Deutschland als auch das Königreich Dänemark der Zahlungsunion als Mitglieder angehören, über die Europäische Zahlungsunion.

Sollte das Abkommen über die Europäische Zahlungsunion vor Beendigung der nach diesem Abkommen zu leistenden Zahlungen außer Kraft treten, oder sollte die Bundesrepublik Deutschland oder das Königreich Dänemark aus der Europäischen Zahlungsunion vorzeitig ausscheiden, und sollte in dem betreffenden Zeitpunkt kein Zahlungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark in Kraft sein, so werden sich die beiden Regierungen über eine anderweitige Regelung des Transfers der Zahlungen nach diesem Abkommen verständigen.

Artikel 5

Falls die Bundesrepublik Deutschland mit den nach Artikel 1 und 2 dieses Abkommens zu leistenden Zahlungen in Verzug gerät, so wird die Forderung des Königreichs Dänemark in Höhe von 160 Millionen dänischen Kronen, jedoch abzüglich der nach diesem Abkommen von der Bundesrepublik Deutschland schon gezahlten Tilgungsraten, sofort fällig.

Artikel 6

Gelangen die Parteien dieses Abkommens zu irgendeinem Zeitpunkt zu der Auffassung, daß es infolge ungünstiger wirtschaftlicher Umstände oder aus anderen Gründen in ihrem gemeinsamen Interesse liegt, die Bestimmungen dieses Abkommens über die Zahlung zu ändern oder sonstige Änderungen in diesem Abkommen vorzunehmen, so werden sie in gegenseitigem Einvernehmen schriftlich Bestimmungen über eine solche Änderung oder Modifizierung treffen.

Artikel 7

Dieses Abkommen soll von der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark ratifiziert werden und mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten, jedoch frühestens an dem Tage des Inkrafttretens des internationalen „Abkommens über deutsche Auslandsschulden".

Das Datum, an dem das Abkommen in Kraft tritt, werden die beiden Regierungen durch Notenaustausch bei Übergabe der Ratifikationsurkunden feststellen.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten von ihren Regierungen gehörig bevollmächtigten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, den 26. Februar 1953, in doppelter Ausfertigung, je in deutscher und dänischer Sprache, wobei beide Fassungen gleichermaßen authentisch sind.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:
Abs

Für die Regierung
des Königreichs Dänemark
gezeichnet:
E. Reventlow

det Forenede Kongerige Storbritannien og Nordirland vedrørende den af disse lande ydede efterkrigshjælp på et tidspunkt, da, eller i et omfang, som den ikke i medfør af disse overenskomsters bestemmelser er forpligtet til, skal den under hensyntagen til bestemmelserne i artikel 2, stk. 3, medmindre Kongeriget Danmark giver afkald herpå, foretage en tilsvarende forholdsmæssig betaling forsåvidt angår det ved nærværende overenskomst regulerede skyldforhold.

Artikel 4

Betalingerne i henhold til nærværende overenskomst afvikles under den til enhver tid mellem Kongeriget Danmark og Forbundsrepublikken Tyskland gældende betalingsoverenskomst, idet de, så længe overenskomsten om Den Europæiske Betalingungsunion er i kraft, og såvel Kongeriget Danmark som Forbundsrepublikken Tyskland er medlemmer af betalingungsunionen, skal ske over Den Europæiske Betalingsunion.

Skulle overenskomsten om Den Europæiske Betalingsunion ophøre at have gyldighed inden erlæggelsen af den sidste ydelse i henhold til nærværende overenskomst, eller Kongeriget Danmark eller Forbundsrepublikken Tyskland inden ophøret af overenskomsten om betalingungsunionen udtræde af denne, og skulle på det pågældende tidspunkt ingen betalingsoverenskomst være i kraft mellem Kongeriget Danmark og Forbundsrepublikken Tyskland, vil de to regeringer optage forhandlinger om overførsel ad anden vej af de ved nærværende overenskomst hjemlede betalinger.

Artikel 5

Såfremt Forbundsrepublikken Tyskland kommer i restance med de i henhold til nærvænde overenskomsts artikel 1 og 2 skyldige betalinger, forfalder Kongeriget Danmarks samlede krav på danske kr. 160 millioner til betaling straks, dog med fradrag af de i medfør af nærværende overenskomst allerede af Forbundsrepublikken Tyskland betalte afdrag.

Artikel 6

Kommer de kontraherende parter på et eller andet tidspunkt til den opfattelse, at det som følge af ugunstige økonomiske forhold eller af andre grunde er i deres fælles interesse at ændre denne overenskomsts bestemmelser om betalingen eller at foretage andre ændringer i denne overenskomst, så vil de i gensidig forståelse skriftligt træffe bestemmelse om en sådan ændring eller modifikation.

Artikel 7

Nærværende overenskomst skal ratificeres af Kongeriget Danmark og Forbundsrepublikken Tyskland og træder i kraft ved udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne, dog tidligst på ikrafttrædelsesdatoen for den internationale "Overenskomst om Tysklands gæld til udlandet".

Datoen for ikrafttrædelsen af nærværende overenskomst vil blive bekræftet af de to regeringer ved noteveksling samtidig med udvekslingen af ratifikationsinstrumenterne.

TIL BEKRAEFTELSE HERAF har de undertegnede, af deres regeringer behørigt befuldmægtigede underskrevet nærværende overenskomst.

UDFAERDIGET i London, den 26. februar 1953
i to eksemplarer, hvert på dansk og tysk, således at begge tekster skal have lige gyldighed.

For den kongelige danske regering
(sign.)
E. Reventlow

For Forbundsrepublikken Tysklands regering
(sign.)
Abs

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz. — Verlag: Bundesanzeiger-Verlags-GmbH., Bonn/Köln. — Druck: Bundesdruckerei, Bonn
Das Bundesgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen, Teil I und Teil II.
Laufender Bezug nur durch die Post. Bezugspreis: vierteljährlich für Teil I = DM 4,—, für Teil II = DM 3,— (zuzüglich Zustellgebühr). Einzelstücke je angefangene 24 Seiten DM 0,40 (zuzüglich Versandgebühren DM 0,10) — Zusendung einzelner Stücke per Streifband gegen Voreinsendung des erforderlichen Betrages auf Postscheckkonto „Bundesanzeiger-Verlags-GmbH.-Bundesgesetzblatt" Köln 399